

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

**34. Jahrgang · München
Januar 1979 · Nr. 1/1979**

	3	Grußwort zum Jahreswechsel
Arbeitgeberfragen	5	Anzeige nach § 10 Abs. 2 Schwerbehindertengesetz für das Kalenderjahr 1978 Zuschläge für Nachtarbeit
Sozialversicherung	5	Soziale Selbstverwaltung vor neuen Anforderungen
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	6	Tarifloohnerhöhung: Verrechnung auf übertarifliche Zulage
Wettbewerbsrecht	6	Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe
Allgemeine Rechtsfragen	8	Produkthaftung Bestätigungsschreiben unter Vollkaufleuten Unzulässige Klausel in AGB
Konjunktur und Marktentwicklung	9 10	Konkurse in Bayern 1977/1978 Großhandel: Anhaltendes Umsatzwachstum
Außenhandel	10 11 12	Informationen BfA Abfertigung zum freien Verkehr vom Zollager Neue Zoll-Vordrucke Präferenzursprungsregeln einhalten Funktionieren des gemeinschaftlichen Versandverfahrens Änderung von Zollbescheiden zugunsten des Steuerpflichtigen
Verschiedenes	12	Förderung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Personalien	12	
Buchbesprechungen	13	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · Ass. Frankenberger · ORR a. D. Pfrang

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels G.m.b.H., München, Ottostr. 7. Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels EV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe u. Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Redaktion: Dipl.-Volkswirtin Deutsch. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder!

Mit dem Jahr 1979 wird das letzte Kapitel der 70er Jahre geschrieben. Die Wachstumseuphorie – aus dem Wirtschaftswunder heraus geboren – geht zu Ende. Die Diskussionen um Möglichkeiten und Grenzen, um Notwendigkeit und Sinn von Wachstumsziffern werden fortauern und nach wie vor von einer tiefgehenden Verunsicherung geprägt sein. Waren die 70er Jahre der große Wendepunkt und damit der Auftakt für eine länger andauernde Stagnationsphase? Sind wir an Sättigungsgrenzen gestoßen, die im Zusammentreffen mit weltweiten wirtschaftlichen wie politischen Strukturveränderungen tiefgreifende und spürbare Neuorientierungen unumgänglich machen? Wird es gelingen, eine Tendenzumkehr der seit Jahren sinkenden Kapitalrenditen herbeizuführen? Lassen sich Inflation und Arbeitsmarkt dauerhaft regulieren, ohne daß spürbare Wachstumsverluste eintreten?

Das sind nur einige der Fragen, die uns an diesem Jahresbeginn bewegen. Dabei kann gerade der Großhandel eine konjunkturelle Situation verzeichnen, die deutlich besser ist als vor einem Jahr. Die Umsatzkurve der vergangenen 12 Monate war günstiger, als wir dies noch vor Jahresfrist hoffen durften. Auch die Geschäftserwartungen sind im Augenblick positiver als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Wenn sie sich erfüllen sollten, könnten wir durchaus mit einer Umsatzentwicklung rechnen, die der bisher erreichten Steigerung von knapp 4% nominal und real mindestens gleichkommt.

Die zu erwartende Bewegung der Preise dürfte der seit 20 Monaten ununterbrochen fallenden Preiskurve wieder einen nach oben gerichteten Trend geben, so daß die seit Jahren unbefriedigende Ertragslage hoffentlich nicht noch katastrophalere Ausmaße erreichen wird. Die inzwischen im Durchschnitt auf 18,1% abgesunkene Eigenkapitalbasis des Großhandels ist ein Signal, das wir mit größtem Ernst und tiefer Sorge nicht nur selbst erkennen, sondern ebenso allen Verantwortlichen in unserem Staat und darüber hinaus der ganzen Öffentlichkeit vor Augen stellen müssen. Die Chancen zur Erhaltung der Wachstumskräfte unserer Betriebe und zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit werden in gleichem Maße herabgesetzt, wie die Tragfähigkeit der Eigenkapitaldecke schwindet.

Seine besondere Prägung erhält dieser Jahreswechsel allerdings durch die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche. Noch nie zuvor hat uns im Groß-

handel ein Streik in einem anderen Wirtschaftsbereich so sehr mitbetroffen, wie dieses Mal. Ein Einbruch der Gewerkschaften in die geschlossene Front der Arbeitgeber und, wenn wir uns nicht sehr täuschen, auch in die der deutlichen Mehrheit aller Arbeitnehmer, hätte verhängnisvolle Auswirkungen gerade für die kleineren und mittleren Betriebe. Was uns so besorgt macht, sind die verwendeten Parolen, mit denen selbst die bestfundierte Argumente der Wissenschaftler aller Bereiche, seien es Soziologen, Mediziner oder Ökonomen, ebenso in den Wind geschlagen werden, wie die deutlichen Warnungen, die sich hinsichtlich unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Vergangenheit für jeden erkennbar dargestellt und auch in den Leitlinien unserer derzeitigen Wirtschafts-, Steuer-, Zins- und Währungspolitik niedergeschlagen haben.

Dies ist kein Streit um eine Verbesserung der Arbeitnehmerstellung, dies ist politisch motivierter Kampf, mit dem unsere freie und soziale Marktwirtschaft überannt und aus den Angeln gehoben werden soll. Und lassen wir uns nichts vormachen: Wenn es bei Eisen und Stahl nicht zum gewünschten Teilergebnis einer Öffnung in Richtung auf die 35-Stunden-Woche gekommen ist, so werden sich neue Angriffswellen in anderen Tarifbereichen formieren.

Appelle zur Mäßigung, zu lohn- und tarifpolitischer Vernunft haben allenfalls neue Kampfparolen ausgelöst. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung um die Aussperrung, mit deren Abschaffung die tarifpolitische Handlungsfähigkeit der Unternehmer aufgehoben werden soll. Insbesondere auf Seiten der Gewerkschaftsführer dringen immer radikalere Töne durch. Herr Kluncker höchstpersönlich trägt ein Transparent mit der Aufschrift „Wer aussperrt, gehört eingesperrt“. Das Wecken von Emotionen ist das Verkehrteste, was man tun kann, wenn es derart schwierige Fragen zu lösen gilt wie die gerechte Verteilung der Einkommen. Das wissen auch unsere Tarifpartner. Eugen Loderer aber gefällt sich im Vorwort zu einer von der IG Metall herausgegebenen Broschüre in der Formulierung: „Sage mir, wie Du zur Aussperrung stehst, und ich sage Dir, was Du von der arbeitenden Mehrheit unseres Volkes hältst“. Nicht minder unqualifiziert sind die Ausführungen von DGB-Vize Muhr, die Aussperrung sei das „reaktionärste Mittel der Arbeitgeber“, als „ein Folterinstrument, mit dem uns die Arbeitgeber das Mark aus den Knochen pressen wollen“.

Hier sind die Grenzen der guten Sitten, auch in der Tarifaueinandersetzung, überschritten und eine gefährliche Abstempelung in ein Zweiklassensystem von Freund und Feind bedenklich nahe.

Wir müssen die Auffassung zurückweisen, die Aussperrung sei kein „normales Kampfmittel“ im Tarifkonflikt und werde als geplantes Machtmittel zur Disziplinierung der Gewerkschaftsbewegung schlechthin eingesetzt. Wir vertreten im Gegensatz dazu die Meinung, daß die Aussperrung die Parität nicht zerstört, sondern zu ihrer Aufrechterhaltung beiträgt. Die Akzeptierung der Normen des Bundesarbeitsgerichts zu diesem Thema sollte auch für die Gewerkschaften selbstverständliche Maxime ihres Handelns sein. Aber, und das ist eine der traurigsten und abstoßendsten Formen der Auseinandersetzungen, inzwischen wird auch gegen die Entscheidungen unserer höchsten Gerichte polemisiert und in der Öffentlichkeit Stimmung gemacht, bevor diese überhaupt ergangen sind. Wer das tut, demontiert tragende Elemente unseres demokratischen Rechtsstaates.

Für uns kann nur gelten, daß wir, auch wenn uns nicht jede einzelne Entwicklung unmittelbar erreicht oder trifft, fest zusammenstehen in der Verantwortung für unsere Betriebe, für unsere Mitarbeiter, für unsere Marktwirtschaft und für unsere Demokratie. Diese Solidarität zu wecken und zu fördern, wird auch 1979 die vornehmste Aufgabe unseres Verbandes sein.

1979 wird uns mit einigen kleinen Schritten und Maßnahmen hoffentlich auch Erleichterungen bringen. So ist uns z.B. die Ausbildung unseres Nachwuchses mit der Verordnung über die Berufsausbildung vom Januar vergangenen Jahres etwas praxisnäher gemacht worden. Äußerst erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß im Bereich der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern der Kaufmann im Groß- und Außenhandel Spitzenreiter mit 30,5% bei der Registrierung neuer Lehrverträge war.

Einige, durchaus positiv zu wertende Aspekte sehen wir auch in dem nach langwierigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuß erzielten Kompromiß zum „Steuerpaket“. Eine umfassende Steuerreform ist nicht daraus geworden, aber es ist bei allem Vorbehalt im Detail doch ein Schritt in die richtige Richtung. Dazu rechnen wir die Abschaffung der Mindestgewerbesteuer wie die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbe-Ertragssteuer. Im einkommensteuerlichen Bereich ist die Beseitigung des Tarifsprunges insbesondere für unsere Mitarbeiter eine begrüßenswerte Entzerrung und Entlastung. Für unsere mittelständischen Betriebe vermissen wir nach wie vor die dringend notwendigen Verbesserungen im Bereich der Warenlagerbewertung und der Abschreibungserleichterungen. Es bleibt auch hier noch vieles zu tun.

Die Mittelstandspolitik hat sich besonders in Bayern weiter verfestigt und in der Ausdehnung der Förderungsbereiche neue Aktivitäten ermöglicht. Auch die

Verbesserungen der Bedingungen zur Gründung neuer Existenzen können zur positiv hervorgehoben werden. Allerdings ist man in diesem Bereich drauf und dran, die „Gewächshauspolitik“ zu überziehen. Hilfen zur Bildung selbständiger Existenzen sollen sein, aber durch sie dürfen die nach wie vor bestehenden Belastungen gerade der kleineren und mittleren Unternehmen nicht überdeckt oder verniedlicht werden. Allein im Handel ist die Anzahl der Selbständigen zwischen 1960 und 1977 um mehr als 350.000 zurückgegangen. Zwar gehört auch diese Entwicklung zur Marktwirtschaft, wir müssen jedoch mit allen Mitteln – und dazu gehört auch die Förderung von Existenzgründungen – verhindern, daß es zu einem mittelständischen Kahl Schlag kommt, weil wir glauben, daß mit einem lebendigen wirtschaftlichen Mittelstand nach wie vor die gesündeste Wirtschaftsstruktur gewährleistet ist.

Bei den in den nächsten Wochen bevorstehenden Tarifverhandlungen wird es harte Diskussionen geben. Unsere Vertreter in den entsprechenden Gremien werden von uns Verständnis, Unterstützung und Solidarität erwarten dürfen.

Versagen wir auch unseren Mitarbeitern ein klärendes Wort und Gespräch über alle, für unseren künftigen Lebensstandard entscheidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenhänge nicht. Einsicht in das real Machbare setzt auch Erklärung voraus!

1979 verspricht ein turbulentes Finale der turbulenten 70er Jahre zu werden. Wollen wir hoffen, daß die wenigen Lichtblicke sich in den kommenden 12 Monaten nicht verfinstern. Unser vorsichtiger Optimismus gründet sich allerdings vorwiegend auf innenkonjunkturelle Indikatoren. Die ungewisse Entwicklung auf dem Weltmarkt, im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Devisenkurse, sind nur ein dünnes Eis für das Gewicht unserer Erwartungen. „Ohne Dollar läuft nichts“, so charakterisiert ein Wirtschaftsbrief die Ausgangsposition Anfang 1979. Die Härte der D-Mark muß mit oder ohne Europäisches Währungssystem erhalten bleiben. Wünschen wir deshalb uns und den dafür Verantwortlichen die Fähigkeit zu einer richtigen und rechtzeitigen Weichenstellung.

Unseren Mitgliedsfirmen wünschen wir ein erfolgreiches und zufriedenstellendes Neues Jahr. Als wichtigste Voraussetzung hierzu die notwendige Gesundheit, ein Quentchen Glück und daneben weiterhin die Freude, als selbständiger Kaufmann seinen Weg gehen zu können.

Alles Gute für 1979!

Der Präsident

Der Hauptgeschäftsführer

Konsul Senator Walter Braun

Werner Sattel

Arbeitgeberfragen

Anzeige nach § 10 Abs. 2 Schwerbehindertengesetz für das Kalenderjahr 1978

Wir möchten Sie auf die nach § 10 Abs. 2 SchwbG zu erstattende Anzeige für das Kalenderjahr 1978 hinweisen.

Gemäß § 10 Abs. 2 SchwbG haben alle Arbeitgeber, die in wenigstens einem Monat des Kalenderjahres 1978 über 16 oder mehr Arbeitsplätze im Sinne des § 6 Abs. 1 SchwbG – ohne Rücksicht darauf, ob in einem Betrieb bzw. einer Dienststelle (in folgendem: Betrieb) oder in mehreren Betrieben – verfügten, dem für ihren Sitz zuständigen Arbeitsamt für das Jahr 1978, aufgegliedert nach Monaten, folgendes anzuzeigen:

1. Zahl der Arbeitsplätze nach § 6 Abs. 1 SchwbG sowie § 6 Abs. 2 und 3 SchwbG, gesondert für jeden Betrieb.
2. Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Schwerbehinderten, Gleichgestellten und sonstigen anrechnungsfähigen Personen, gesondert nach ihrer Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen.
3. Mehrfachanrechnungen.
4. Gesamtbetrag der geschuldeten Ausgleichsabgabe.

Die Anzeige ist gesondert für jeden Betrieb bis spätestens **31. März 1979** zu erstatten. Die Weigerung, der Anzeigepflicht nachzukommen, stellt für private Arbeitgeber eine Ordnungswidrigkeit nach § 57 Abs. 1 Nr. 3 SchwbG dar, die mit einer Geldbuße bis zu DM 5000,- geahndet werden kann (§ 57 Abs. 2 SchwbG).

Die für die Anzeige erforderlichen Vordrucke werden in der Zeit von Mitte Dezember 1978 bis spätestens Mitte Januar 1979 allen anzeigepflichtigen Arbeitgebern zugesandt. Sofern im Einzelfall diese Arbeitgeber die Unterlagen nicht erhalten, können sie beim Arbeitsamt angefordert werden.

Wir machen Sie nochmals darauf aufmerksam, daß die nach dem nicht mehr geltenden Schwerbeschädigtengesetz gegebenen Möglichkeiten, wie z. B. Erlass oder Herabsetzung der Ausgleichsabgabe, Herabsetzung des Pflichtsatzes im Einzelfall, Anrechnung schwerbehinderter Arbeitgeber auf die Erfüllung der Beschäftigungspflicht, nicht mehr bestehen.

Zuschläge für Nachtarbeit

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, die aufgrund eines Tarifvertrages gezahlt werden, sind dem Grund und der Höhe nach in dem Umfang steuerfrei, wie er sich aus dem Tarifvertrag ergibt. Unser Manteltarifvertrag sieht hier in § 5 u. a. folgende Zuschlagsregelung vor:

Für Mehrarbeit 25%, für Nachtarbeit, soweit es sich um Mehrarbeit handelt, 50%.

Mitgliedsfirmen haben nun ihren Arbeitnehmern bei Nachtarbeit den Zuschlag von 50% in voller Höhe steuerfrei gewährt. Dies wurde bei Betriebsprüfungen von einigen Finanzämtern beanstandet, die die Auffassung vertraten, es handle sich hier um einen Mischzuschlag. Das würde bedeuten, daß 25% des Zuschlages auf Mehrarbeit entfallen und damit zu versteuern wären, während die anderen 25% steuerfrei blieben.

Der Bundesfinanzhof hat dieser Auffassung widersprochen und mit Urteil vom 16.6.1978 AZ: VI R 33/76 folgendes festgestellt:

„Tarifvertragliche Lohnzuschläge für Nachtarbeit können nach § 34 a Abs. 1 und 3 EStG auch dann in voller Höhe steuerfrei sein, wenn sie nur gewährt werden soweit die Nachtarbeit gleichzeitig Mehrarbeit ist“.

Das Gericht führt hierzu u. a. aus, daß auch dann wenn die Nachtarbeitszuschläge nur unter der Voraussetzung gezahlt werden, daß die Nachtarbeit gleichzeitig Mehrarbeit ist hieraus nicht gefolgert werden kann, daß sich der Zuschlag aus einem Mehr- und einem Nachtarbeitszuschlag zusammensetze. Vielmehr handle es sich um **einen** Zuschlag und zwar einen für Nachtarbeit. Beim Zusammentreffen mehrerer Zuschläge ist nur der jeweils höhere Zuschlag – hier für Nachtarbeit – zu bezahlen.

Da die Regelung des Manteltarifvertrages Zuschläge für „reine“ Nachtarbeit nicht enthält, kann aus den 50% ein für die Nachtarbeit entfallender Anteil nicht vorausgerechnet werden. Es kann somit auch nicht unterstellt werden, daß der Zuschlag nur insoweit als er den Mehrarbeitszuschlag übersteigt, Nachtarbeit abgilt.

Sozialversicherung

Soziale Selbstverwaltung vor neuen Anforderungen

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat die Selbstverwaltung aller Zweige der Sozialversicherung aufgefordert, die sich aus den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit ergebenden neuen Anforderungen verstärkt zu beachten. Es sei nötig, wie er in einem Beitrag zum 25-jährigen Bestehen der Sozialen Selbstverwaltung in der neuesten Ausgabe der Verbandszeitschrift „der arbeitgeber“ soeben erklärte, sich insbesondere einzusetzen für

- die Sicherung der Finanzgrundlagen der Sozialversicherung
- eine stärkere Ausrichtung der Ausgabenentwicklung der Sozialversicherung an den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen, um die Sozialkostenbelastung für Versicherte und Betriebe in Grenzen zu halten
- die Förderung von Maßnahmen der Prävention sowie der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation
- eine verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der Sozialversicherungszweige und zwischen den Sozialversicherungszweigen sowie mit den Vertragspartnern
- die Nutzung sinnvoller Möglichkeiten der Rationalisierung und Strukturverbesserung der Versicherungsträger
- die Erhöhung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Leistungen unserer sozialen Sicherung
- die Schärfung des Verantwortungsbewußtseins und Eigeninteresses gegenüber dem Sozialleistungssystem
- die versichertenennahe Betreuung und enge Zusammenarbeit mit den Betrieben bei der Abwicklung der Versicherungsverhältnisse
- die Stärkung des öffentlichen Bewußtseins für die Belange der sozialen Sicherung.

Esser hob hervor, daß es der 1953 erneuerten paritätischen Selbstverwaltung gelungen sei, die vielschichtigen Probleme der Sozialversicherung zum Wohle der Versicherten besser und wirkungsvoller zu lösen als eine staatliche Verwaltungsapparatur. Nachdem sich die Selbstverwaltung so überzeugend bewährt habe, sei es allerdings unver-

ständig, warum von Gewerkschaftskreisen immer wieder versucht werde, die Arbeitgebervertreter aus dieser Einrichtung zu verdrängen. Entgegen der von den Gewerkschaften geforderten alleinigen Besetzung der Selbstverwaltungsorgane mit Vertretern der Versicherten sollte die nachweisbar erfolgreiche Tätigkeit der Arbeitgebervertreter vielmehr ein Anlaß sein, ihre gleichberechtigte Mitwirkung auch dort zu verwirklichen, wo sie bisher noch fehle.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

Tarifloohnerhöhung: Verrechnung auf übertarifliche Zulage

Wir dürfen Sie von einem neuen Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG, Urteil vom 19. 7. 1978 – 5 AZR 180/77) unterrichten, das sich mit der Frage befaßt, ob eine Tarifloohnerhöhung auf übertarifliche Zulagen verrechnet werden darf. Das BAG hat hierzu folgende Leitsätze entwickelt:

a) Das Bundesarbeitsgericht hat in ständiger Rechtsprechung die Auslegungsregel entwickelt, daß übertarifliche Lohnzulagen im Fall einer Tarifloohnerhöhung insoweit gekürzt werden können, als durch eine Tarifloohnerhöhung der bisherige Gesamtlohn nicht erreicht wird, es sei denn, daß nach einer vertraglichen Abrede dem Arbeitnehmer die übertarifliche Lohnzulage als selbständiger Lohnbestandteil neben dem jeweiligen Tariflohn zustehen soll.

b) Können nach dem Arbeitsvertrag die Zulagen gekürzt werden oder gänzlich entfallen, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie gewährt wurden, nicht mehr vorliegen, so wird durch diese Klausel das Recht des Arbeitgebers, Tarifloohnerhöhungen auf bisher gezahlte übertarifliche Zulagen anzurechnen, nicht eingeschränkt. Die „Voraussetzungen“, unter denen die übertarifliche Zulage zugesagt wurde, umfassen auch die Höhe der jeweiligen tariflichen Löhne.

c) Hat der Arbeitgeber seit vielen Jahren keine Tarifloohnerhöhung auf übertarifliche Lohnbestandteile angerechnet, so folgt daraus jedenfalls dann keine Verpflichtung, in Zukunft ebenso zu verfahren, wenn er bei den früheren Tarifloohnerhöhungen jeweils durch Aushang darauf hingewiesen hatte, er wolle seinen Arbeitnehmern die Tarifloohnerhöhung trotz mangelnder Verpflichtung voll zu Gute kommen lassen.

In den Entscheidungsgründen zu diesen Leitsätzen werden 3 bemerkenswerte Feststellungen getroffen:

Zum einen wird bekräftigt, daß es auf die Auslegung des Arbeitsvertrages ankomme, ob eine Verrechnung erfolgen dürfe oder nicht. Die Verrechnung der Tarifloohnerhöhung darf dann nicht erfolgen, wenn dem Arbeitnehmer der übertarifliche Lohnbestandteil als relativ „selbständiger“ Lohnbestandteil neben dem jeweiligen Tariflohn zustehen soll.

Bedeutsam ist ferner die Interpretation des BAG hinsichtlich der in den Arbeitsverträgen üblichen Klausel, daß Zulagen gekürzt werden oder gänzlich entfallen, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie gewährt wurden, nicht mehr vorliegen. Nach Ansicht des BAG enthält diese Klausel keine Einschränkung der im Falle der Tarifloohnerhöhung grundsätzlich vorhandenen Möglichkeit, übertarifliche Zulagen zu kürzen, sondern eher eine Bestätigung.

Neu in dieser Deutlichkeit ist jedoch eine andere Feststellung des Urteils. Zwar hatte sich das BAG in dem zu entscheidenden Falle nicht mit der Frage zu befassen, ob eine Anrechnung auch dann nicht erfolgen dürfe, wenn der Arbeitgeber bisher niemals eine Tarifloohnerhöhung auf übertarifliche Lohnbestandteile angerechnet hat. Den Aus-

führungen des BAG ist jedoch zu entnehmen, daß, selbst wenn die einzelnen Arbeitsverträge entsprechende Verrechnungsklauseln enthalten, die Frage dann anders zu beurteilen ist, falls der Arbeitgeber durch die bisherige Nichtanrechnung einen Vertrauensbestand auf Erhalt der übertariflichen Zulagen auch für die Zukunft bei den Arbeitnehmern hat entstehen lassen. Aus diesem Urteil des BAG dürfte deshalb zu entnehmen sein, daß eine betriebliche Übung dieser Art als Verzicht auf die Anrechnungsmöglichkeiten bei künftigen Tarifloohnerhöhungen gedeutet werden würde.

Ein solcher Verzicht wird nicht angenommen, wenn – wie in dem vom BAG zu entscheidenden Falle – durch Aushang im Betrieb zum Ausdruck gebracht wird, daß der Arbeitgeber trotz mangelnder Verpflichtung die Tarifloohnerhöhungen im vollen Umfange zur Auswirkung kommen lassen wolle. Unter diesen Voraussetzungen kann nach Ansicht des BAG, ein Vertrauensstatbestand auf Erhalt der übertariflichen Zulagen auch für die Zukunft bei den Arbeitnehmern nicht entstehen.

Wettbewerbsrecht

Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe

In unseren LGA-Nachrichten Nr. 10/1978, S. 4 hatten wir Sie bereits davon unterrichtet, daß im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die der Ausgleichsabgabe zugrundeliegenden Bestimmungen des Schwerbehindertengesetzes schon zahlreiche Klagen wegen deren Erhebung vor den Verwaltungsgerichten anhängig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat inzwischen die Aussetzungs- und Vorlagebeschlüsse des Verwaltungsgerichts Aachen vom 6. 4. 1978 zur Entscheidung angenommen und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gemäß §§ 82 Abs. 1, 77 BVerfGG Gelegenheit zur Äußerung bis zum 31. 3. 1979 eingeräumt.

Dieser Sachverhalt war Gegenstand eines kürzlich mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen geführten Gesprächs, bei dem es im we-

Eigenschaften eines erfolgreichen Chefs

Mitglieder der AWMM, Arbeitsgemeinschaft für Werbung, Markt- und Meinungsforschung haben 500 Unternehmer und leitende Angestellte aus Groß- und Einzelhandel nach den „wichtigsten Eigenschaften eines erfolgreichen Chefs“ gefragt.

Werden die genannten Eigenschaften – entsprechend der Häufigkeit ihrer Nennung – mit Punkten bewertet – ergibt sich das folgende Bild:

1. Organisationstalent	174 Punkte
2. Sachkenntnis	162 Punkte
3. Begeisterungsfähigkeit	95 Punkte
4. Urteilsfähigkeit	71 Punkte
5. Selbstbeherrschung	114 Punkte
6. Intelligenz	51 Punkte
7. Entschlußfähigkeit	78 Punkte
8. Gerechtigkeit	157 Punkte
9. Einfühlungsvermögen	110 Punkte
10. „Über den Dingen stehen“	134 Punkte

sentlichen um die Frage ging, auf welchem Wege eine Unzahl weiterer Prozesse für die Zukunft vermieden werden könne, ohne dabei die Rechtsposition der Betriebe für den Fall der Verfassungswidrigkeit der Ausgleichsabgabe zu gefährden. Als Ergebnis dieser Unterredung ist ein Verfahren vorgeschlagen und beiderseits gebilligt worden, bei dem der Arbeitgeber seiner gesetzlichen Verpflichtung aus § 8 Abs. 2 SchwbG nachkommen kann, gleichzeitig aber die Rückzahlung der abgeführten Ausgleichsabgabe unter der Voraussetzung sichergestellt weiß, daß das Bundesverfassungsgericht die §§ 4 Abs. 1, 8 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 SchwbG für verfassungswidrig erklärt.

Die abgesprochene Regelung, der sich nach Möglichkeit alle Hauptfürsorgestellen anschließen wollen, beinhaltet im einzelnen folgendes:

Vor Abführung der Ausgleichsabgabe ist jeweils eine Erklärung der zuständigen Hauptfürsorgestelle des Inhalts einzuholen, daß sie sich im Falle der Feststellung der Verfassungswidrigkeit bereitfindet, nach Maßgabe und in den Grenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts den überwiesenen Betrag zurückzuerstatten. Die Hauptfürsorgestelle erhält hierzu ein separates Formular, das zweckmäßigerweise zugleich mit der Anzeige nach § 10 Abs. 2 SchwbG abgegeben wird. Ein Muster (1) dieses Formulars finden Sie am Ende dieses Artikels. Wichtig ist, daß in jedem Falle das Aktenzeichen der Hauptfürsorgestelle angegeben wird, damit eine beschleunigte Bearbeitung gewährleistet bleibt. Im Hinblick auf die Vollständigkeit der Angaben in der Schwerbehindertenanzeige sollte dem Arbeitsamt zusammen mit dieser eine Durchschrift des Anschreibens an die Hauptfürsorgestelle zugehen und ein entsprechender Hinweis unter Punkt IV. des Anzeigevordruckes – Errechnung der Arbeits- und Pflichtplätze sowie der zu zahlenden Ausgleichsabgabe – aufgenommen werden.

Firma

Ort, Datum

Muster 1

An die
Hauptfürsorgestelle

Aktenzeichen der Hauptfürsorgestelle:

Betr.: Vorbehaltserklärung zur Abführung der Ausgleichs-
abgabe nach § 8 Abs. 2 SchwbG

Sehr geehrte Herren,

wir haben dem zuständigen Arbeitsamt die Anzeige nach § 10 Abs. 2 SchwbG für das Kalenderjahr 1977 am übersandt und gleichzeitig damit die errechnete Ausgleichs-
abgabe in Höhe von an Sie abgeführt.

Bekanntlich ist dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Verfassungsmäßigkeit der die Ausgleichsabgabe tragenden Bestimmungen zur Entscheidung vorgelegt worden.

Im Hinblick darauf bitten wir zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten um Ihre Bestätigung, daß Sie für den Fall der Feststellung der Verfassungswidrigkeit bereit sind, den überwiesenen Betrag nach Maßgabe und in den Grenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zurückzuerstatten.

(Firmenstempel, Unterschrift)

Soweit die Hauptfürsorgestellen der angeforderten Verpflichtungserklärung nachkommen, erfolgt eine Rückerstattung der geleisteten Ausgleichsabgabe, allerdings ohne Verzinsung. Dieses Zugeständnis erscheint angesichts der Tatsache vertretbar, daß die Mittel aus der Abgabe direkt einer zweckgebundenen Verwendung zugeführt werden, andererseits mit diesem Verfahren das Prozeßrisiko umgangen werden kann.

Sollte die Hauptfürsorgestelle nicht in der gewünschten Weise Stellung nehmen, bleibt nach Zugang des Feststellungsbescheides nur die Möglichkeit, Rechtsmittel (hier: Widerspruch) einzulegen, will man dessen Bestandskraft vermeiden.

Inwieweit seitens der Hauptfürsorgestelle noch eine Verpflichtung zur Rückzahlung der im Kalenderjahr 1978 geleisteten Ausgleichsabgabe (Ausgleichsabgabe 1977) übernommen werden kann, sollte kurzfristig nach Absprache im Einzelfall geklärt werden. Vorsorglich haben wir auch zu diesem Zweck ein Musterformular (2) unten angefügt. Erklärt sich die Hauptfürsorgestelle nicht einverstanden, so bleibt auch in diesem Fall die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten: Qualifiziert man die widerspruchslose Entgegennahme der Ausgleichsabgabenzahlung als Verwaltungsakt, so kann, da eine Rechtsmittelbelehrung fehlt, noch binnen Jahres Widerspruch hiergegen eingelegt werden. Als Beginn der Jahresfrist wäre dabei sicherheits- halber der Tag der Zahlung im Jahre 1978 zugrunde zu legen.

Ist dagegen bereits Rechtsmittel gegen einen Feststellungsbescheid der Hauptfürsorgestelle eingelegt worden, so kann sich auch noch eine nachträgliche Zahlung der festgesetzten Abgabe bei gleichzeitiger Aussetzung des Widerspruchsverfahrens dort empfehlen, in denen die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs bislang noch nicht anerkannt ist.

Firma

Ort, Datum

Muster 2

An die
Hauptfürsorgestelle

Aktenzeichen der Hauptfürsorgestelle:

Betr.: Vorbehaltserklärung zur Abführung der Ausgleichs-
abgabe nach § 8 Abs. 2 Satz 2 SchwbG

Sehr geehrte Herren,

wir haben dem zuständigen Arbeitsamt heute die Anzeige nach § 10 Abs. 2 SchwbG für das Kalenderjahr 1978 übersandt und darin eine zu zahlende Ausgleichsabgabe in Höhe von errechnet.

Bekanntlich ist dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Verfassungsmäßigkeit der die Ausgleichsabgabe tragenden Bestimmungen zur Entscheidung vorgelegt worden.

Im Hinblick darauf bitten wir vor Abführung der Ausgleichsabgabe um Ihre Bestätigung, daß Sie im Falle der Feststellung der Verfassungswidrigkeit bereit sind, den überwiesenen Betrag nach Maßgabe und in den Grenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zurückzuerstatten.

(Firmenstempel, Unterschrift)

Allgemeine Rechtsfragen

Produktenhaftung

Grundsätzlich ist der Hersteller für sein in den Verkehr gebrachtes Produkt verantwortlich und für Fehler haftbar – und nicht der Händler. Jedoch ist auch der Händler zu besonderer Sorgfalt verpflichtet und zwar vor allem dann, wenn er nicht nur das betreffende Erzeugnis vertreibt, sondern Montagearbeiten ausführt. In diesem Fall kann auch der Händler regreßpflichtig gemacht werden, wenn er bzw. seine Bediensteten Fehler nicht erkennen, die man bei Beachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte feststellen können. Dies hat der Bundesgerichtshof in einem am 14. Juni 1977 verkündeten Urteil – VI ZR 247/75 herausgestellt:

„Rechtlich einwandfrei ist der Ausgangspunkt des Berufungsgerichts, wonach dem Umstand **allein** keine haftungsrechtlich maßgebliche Bedeutung zukomme, daß die Beklagte gegenüber ihrer Abnehmerin als Kranherstellerin auftrat. Es ist schon zweifelhaft, ob ein Unternehmen schon dadurch, daß es durch Anbringen von **Handelsmarken** oder sonstige Beschriftungen nur den Eindruck erweckt, Hersteller einer Ware zu sein, nach geltendem deutschen Deliktsrecht zu einem sogenannten „Quasi-Hersteller“ werden kann. Gefahrenabwendungspflichten entstehen nämlich im allgemeinen nicht schon dadurch, daß der Unternehmer seinen Namen an einem fremdhergestellten Industrieprodukt anbringt. Dies könnte allenfalls in Betracht kommen, wenn er damit rechnen müßte, daß der Benutzer im Hinblick auf das von diesem dem Namen entgegengebrachte Vertrauen Vorsichtsmaßregeln unterläßt, die er andernfalls beachten würde.

Die vom Berufungsgericht auf der Grundlage seiner tatsächlichen Feststellungen getroffene rechtliche Würdigung, die Beklagte treffe keine Verantwortung für die an der Vorgelegewelle vorhandenen Mängel, ist ebenfalls frei von Rechtsfehlern. Wer fremde Erzeugnisse lediglich vertreibt, ist nur dann verpflichtet, die Ware vor ihrem Verkauf auf eine gefahrenfreie Beschaffenheit zu untersuchen, wenn aus besonderen Gründen Anlaß zu einer solchen Überprüfung besteht oder die Umstände des Falles eine Überprüfung nahelegen. Der Beklagten oblag zum Teil aber noch die Endmontage. Damit hatte sie weitergehende Verkehrspflichten zu erfüllen als ein Händler. Im Streitfall gingen diese Pflichten aber nicht so weit, die Beklagte den strengen Pflichten zu unterwerfen, die Gesetz und Rechtsprechung einem Hersteller auferlegen. Ein Unternehmer, dessen Tätigkeit sich im wesentlichen darauf beschränkt, ein Fahrzeug, eine Maschine oder dergl. aus den ihm von einem anderen Unternehmer gelieferten Teilen nach den ihm gleichfalls von diesem zur Verfügung gestellten Plänen lediglich zu montieren, hat geringere Schadensabwendungspflichten zu erfüllen als ein Fabrikant, der ein Erzeugnis selbst konstruiert und es aus ihm zugelieferten Teilen zusammensetzt. Die vom erkennenden Senat den Warenherstellern im allgemeinen auferlegten Pflichten zur Prüfung zugelieferter Einbauteile auf **Fabrikationsfehler** können auf Montagebetriebe kaum übertragen werden. Diese haben auch bezüglich der Untersuchung solcher Teile auf **Konstruktionsfehler** geringere Pflichten als der Unternehmer, der Einbauteile für ein Endprodukt verwendet, das er selbst konstruierte.

Mit Recht führt das Berufungsgericht daher aus, von dem nur noch mit Montageleistungen befaßten Unternehmen könne nicht verlangt werden, die Konstruktion des Gerätes in seinen Einzelteilen an Hand von Zeichnungen und kon-

struktiven Erläuterungen nachzuvollziehen und die einzelnen Teile eingehend auf etwaige Fertigungsfehler zu untersuchen. Etwas anderes kann bezüglich der Konstruktion zwar dann gelten, wenn die Endmontage ein eingehendes Erfassen der Konstruktion und der ihr zugrundeliegenden Berechnungen voraussetzt. Auf Fertigungsfehler haben die Bediensteten eines Montagebetriebes allerdings dann zu achten und etwaige fehlerhafte Werkstücke auszuwechseln, soweit sie diese Fehler bei Beachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt beim Einbau erkennen können.

Die Beklagte durfte sich daher darauf beschränken, den fertig montierten Autokran einer sorgfältigen Funktionsprüfung zu unterziehen. Dabei konnte sie aber die fehlerhafte Konstruktion und Fertigung der Vorgelegewelle nicht entdecken, wie das Berufungsgericht unangetroffen feststellt.“

Dem Rechtsstreit lag der Tatbestand zu Grunde, daß die Beklagte einen von ihr nicht hergestellten Kran geliefert und auch die Montage übernommen hatte. Zudem hatte die Beklagte an dem „fremdhergestellten Industrieprodukt“ ihren Namen (Handelsmarke) angebracht. Bei der Montage brach infolge des Konstruktionsfehlers bei der Fabrikation eine Welle und der Ausleger stürzte auf ein Kesselhaus, wodurch erheblicher Sachschaden entstand. – Klage abgewiesen.

Bestätigungsschreiben unter Vollkaufleuten

Bestätigt ein Geschäftsmann seinem Gesprächspartner schriftlich den Inhalt von mündlichen Absprachen, dann muß der Empfänger eines solchen Briefes unverzüglich widersprechen, wenn er den Inhalt des Schreibens für falsch hält. Schweigt er hingegen, so kann er später nicht mit dem Einwand gehört werden, was hier als Einigung schriftlich niedergelegt worden sei, sei mündlich ganz anders abgesprochen worden. Allerdings muß derjenige, der aus dem Schweigen auf ein solches Bestätigungsschreiben Rechtsfolgen herleitet, den Nachweis erbringen, daß dem Gegner dieser Brief tatsächlich zugegangen ist und daß sich der Empfänger des Schreibens dagegen nicht in angemessener Frist gewehrt hat. Hierzu gehört auch der Beweis des Zeitpunkts, zu dem dem Empfänger das Bestätigungsschreiben zugegangen ist. Bei wichtigen Bestätigungsschreiben empfiehlt es sich daher, den Brief per Einschreiben mit Rückschein zu schicken.

Unzulässige Klausel in AGB

Folgende Klausel wird vom Gutachterausschuß für Allgemeine Geschäftsbedingungen – ohne Entscheidung über ihre generelle Wirksamkeit – im vorliegenden Fall als nicht zulässig beurteilt:

„Die Gewährleistung gegenüber unseren Fachhändlern ist auf den Ersatz fehlerhafter Teile beschränkt. Voraussetzung ist die Einsendung der fehlerhaften Teile (franko/franko) an uns mit Angabe des Rechnungsdatums an den Kunden, der Maschinen-Nummer und der Teile-Nummer.“

Der Ausschuß ist bei seiner Beurteilung von § 476a BGB, neu eingesetzt durch § 25 des AGB-Gesetzes, ausgegangen. Danach hat grundsätzlich der zur Nachbesserung verpflichtete Verkäufer auch die zum Zweck der Nachbesserung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, zu tragen. Die obige Kostenfreizeichnung hält der Ausschuß deshalb für eine unangemessene Benachteiligung des Vertragspartners des

Verwenders der AGB im Sinne der §§ 9 Abs. 1 und 2, 24 Satz 2a AGBG. Zur Begründung seiner Ansicht verweist der Ausschuß darauf, daß es grundsätzlich Pflicht des Herstellers ist, eine mangelhafte Ware nachzubessern oder die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche des Abnehmers zu erfüllen. Es sei zwar nichts dagegen einzuwenden, wenn der Abnehmer einen Teil der im Zuge der Nachbesserung erforderlichen Aufwendungen oder sogar alle Aufwendungen tragen soll, wenn ein entsprechender Ausgleich dafür vorgesehen wird oder wenn die getroffene Risikoverteilung den allgemein anerkannten Gebräuchen in der jeweiligen Branche entspricht. Die Gewährung eines günstigen Preises oder generell günstiger Konditionen, die keinen ausdrücklichen Bezug auf die Übernahme von Gewährleistungsaufwendungen haben, reicht nach Auffassung des Ausschusses aber für sich allein nicht aus, da sie allzu allgemeiner Natur ist und auf anderen Gründen beruhen kann, die zu einem möglichen Gewährleistungsfall keine Beziehung aufweisen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Verwender keine Tatsachen über eine branchenspezifische Übung darlegt, aus der sich eine generelle Berücksichtigung des Gewährleistungsrisikos im Preis oder in den Konditionen ergeben würde.

Konjunktur und Marktentwicklung

Konkurse in Bayern 1977/1978

Das Bayerische Statistische Landesamt hat in seinen Monatsheften Nr. 12/1978 einen ausführlichen Bericht über Konkurse und Vergleichsverfahren in Bayern 1977 und im 1. Halbjahr 1978 gebracht. Demnach gab es in Bayern 1977 mehr Konkursausfälle als je zuvor in einem Jahr seit der Währungsreform.

Es wurden 1673 Fälle registriert, das sind um 14% mehr als im Vorjahr. Trotzdem gingen die geltend gemachten Forderungen um 49% auf 906 Mill. DM zurück, weil nicht so große Zusammenbrüche erfolgten wie im Vorjahr. Der Anteil der mangels Masse abgelehnten Konkurse ist mit 76,4% wieder außerordentlich hoch. – Die meisten Konkursverfahren (319) betrafen Unternehmen des Dienstleistungs-

gewerbes. Gegen sie wurden Forderungen in Höhe von 260 Mill. DM geltend gemacht; gegen gescheiterte Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) sogar 288 Mill. DM. – Am Tag der Konkurseröffnung waren fast 9000 Arbeitnehmer von den fallierten Unternehmen beschäftigt. – Von den zusammengebrochenen Erwerbsunternehmen waren drei Viertel noch nicht acht Jahre alt. Die Summe der Schulden und die Zahl der verloren gegangenen Arbeitsplätze war aber bei den älteren Unternehmen wesentlich größer. – Hinsichtlich der Rechtsform war wieder die GmbH bzw. die GmbH und Co KG besonders stark von Insolvenzen betroffen. – Die Vergleichsverfahren haben bei den Zahlungsschwierigkeiten nur noch untergeordnete Bedeutung: 1977 wurden lediglich 22 Fälle mit einer Forderungshöhe von 46 Mill. DM gezahlt. – Im Vergleich zum Bund ereigneten sich in Bayern 18% aller Insolvenzfälle, es steht damit hinter Nordrhein-Westfalen mit 27%. – Bei den Wechsel- und Scheckprotesten ist die Tendenz in Bayern im wesentlichen weiterhin rückläufig. Die Zahl der protestierten Papiere hat 1977 gegenüber dem Vorjahr wieder abgenommen. Bei den Wechslen wurde auch insgesamt ein geringerer Betrag protestiert; bei den Schecks liegt er geringfügig über der Vorjahreszahl. – Im ersten Halbjahr 1978 sank die Zahl der Konkurse gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres und die Höhe der geltend gemachten Forderungen ging in etwa gleichem Maße zurück: Es wurden um 23% weniger Konkurse und um 24% geringere Forderungen ermittelt. Die meisten Fälle ereigneten sich bei Handelsunternehmen. Rund 4200 Beschäftigten gingen die Arbeitsplätze verloren. – Im Vergleich zum Bundesgebiet war in Bayern ein besonders starker Rückgang zu verzeichnen, nämlich um 23,6 gegenüber 6,6%.

Nach der Höhe der geltend gemachten Forderungen steht das verarbeitende Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit 288 Millionen DM an der Spitze, dicht gefolgt von den Dienstleistungsunternehmen mit 260 Millionen DM. Beim Baugewerbe und im Handel bewegen sich die Forderungsbeträge etwa in gleicher Höhe, nämlich bei 132 bzw. 128 Millionen DM. Den größten Schuldenberg beim Handel hinterließen die Großhandelsunternehmen mit fast 94 Millionen DM. 881 Beschäftigte verloren im Handel ihren Arbeitsplatz, darunter 441 im Großhandel.

Übersicht 2. Konkurse⁵⁾ von Erwerbsunternehmen in Bayern seit 1967 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Beantragte Konkurse ⁵⁾											
Verarbeitendes Gewerbe	139	116	97	94	104	113	166	229	293	257	270
Baugewerbe	140	107	116	79	98	99	110	264	323	237	229
Großhandel	58	34	42	49	54	50	49	70	112	115	139
Einzelhandel	54	58	76	57	80	106	96	126	121	96	135
Dienstleistungen einschl. Freie Berufe . .	87	87	76	94	93	106	134	197	257	291	319
Übrige Wirtschaftsbereiche ⁶⁾	45	59	38	27	33	37	40	58	66	74	95
Erwerbsunternehmen insgesamt .	523	461	445	400	462	511	595	944	1172	1070	1187
Mangels Masse abgelehnte Konkurse											
Insgesamt	301	276	282	229	286	340	389	576	859	849	913
davon											
Verarbeitendes Gewerbe	67	67	52	50	48	63	93	117	183	184	188
Baugewerbe	83	53	86	42	69	68	63	159	231	185	181
Großhandel	28	14	18	23	24	22	28	33	76	87	91
Einzelhandel	28	33	38	29	51	74	67	81	93	76	105
Dienstleistungen einschl. Freie Berufe . .	65	60	55	66	65	80	107	142	222	257	269
Übrige Wirtschaftsbereiche ⁶⁾	30	49	33	19	29	33	31	44	54	60	79

Großhandel: Anhaltendes Umsatzwachstum

I.

Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests hat sich im November das Geschäftsklima im Großhandel weiter verbessert, wenngleich sich durch retardierende Faktoren im Konsumgüterbereich die konjunkturellen Auftriebskräfte – im Durchschnitt betrachtet – etwas abgeschwächt haben. Die Geschäftslage wurde von den Testfirmen als befriedigend angesehen, die Geschäftserwartungen deuten auf eine – wenn auch nur leichte – Verstärkung der Belebungsimpulse in den kommenden Monaten hin. Die Umsätze blieben gegenüber Oktober weitgehend unverändert, während sie in der Vergleichsperiode der zurückliegenden Jahre häufig rückläufig waren.

Die Lagerbestände des Großhandels erwiesen sich weiterhin überwiegend als normal. Die Verkaufspreise zogen vereinzelt an; das Großhandelspreinsniveau liegt nur um 0,3% höher als im November 1977. Für die kommenden Monate ist – nach Meinung der Firmen – mit einer Fortsetzung der leichten Preisanstiegstendenzen zu rechnen.

II.

Im Großhandel mit **Rohstoffen, Halbwaren und Investitionsgütern** hat sich die konjunkturelle Absatzbelegung fortgesetzt. Die entsprechenden Vorjahresumsätze konnten per saldo von knapp einem Fünftel der Firmen übertroffen werden. Nach Meinung der Testfirmen werden sich die Auftriebskräfte in den kommenden Monaten wieder etwas beschleunigen.

Zu den Fachzweigen, in denen sich die Geschäftssituation deutlich verbessert hat, zählen insbesondere Eisen und Stahl, NE-Metalle, elektrisches Installationsmaterial, Technische Chemikalien, Häute und Felle sowie der Landhandel. Bemerkenswert sind hier vor allem die teilweise recht positiven Erwartungen der Testfirmen bezüglich der längerfristigen Geschäftsentwicklung. Gegenüber Oktober nur wenig verändert hat sich die Absatzsituation bei Baustoffen, Holz sowie Papier und Pappe, wenngleich auch hier die künftigen Geschäftserwartungen teilweise recht zusehrend sind. Etwas schwächer als bisher war demgegenüber der Geschäftsverlauf bei Werkzeugen und Maschinen sowie bei Kfz-Ersatzteilen und -Zubehör, eine Entwicklung, die auch in den kommenden Monaten anhalten dürfte.

Die Lagerbestände des Rohstoff- und Produktionsverbindungshandels erwiesen sich insgesamt nach wie vor weitgehend als normal. Am häufigsten wurde in den Sparten Werkzeuge und Maschinen sowie Kfz-Ersatzteile und -Zubehör von überhöhten Beständen gesprochen. Die Verkaufspreise zeigten im Berichtsmonat insgesamt wieder steigende Tendenz, eine zwar hauptsächlich bei NE-Metallen, Kfz-Ersatzteilen, Häuten und Fellen, Leder sowie – weitgehend saisonbedingt – auf breiter Front im Brennstoff- und Mineralöl- sowie im Landhandel.

III.

Im **Konsumgütergroßhandel** haben sich – insgesamt gesehen – die Vormonat-Belebungsimpulse im November abgeschwächt. Eine weitere Belebung der Absatzfähigkeit verzeichnete insbesondere der Nahrungs- und Genussmittelgroßhandel. Die Umsatzzunahme war hier im Berichtsmonat spürbar stärker als im Novemberdurchschnitt der zurückliegenden Jahre. Die Umsatzwachstumsrate hat sich jedoch – durch das relativ hohe Vorjahresniveau – verkleinert. Die Geschäftslage wurde abermals im Durchschnitt als befriedigend angesehen. Für die kommenden Monate rechnen die Testfirmen mit einer weiteren Bele-

bung der Absatzfähigkeit. Schwächetendenzen waren demgegenüber im Non-food-Sektor des Konsumgütergroßhandels zu verzeichnen, nachdem im Oktober eine spürbare Geschäftsbelebung vorgelegen hatte.

Die Abschwächungstendenzen waren dabei im Verbrauchsgüter- ebenso wie im Gebrauchsgüterbereich wirksam. Sie zeigten sich besonders in den Sparten Textilien und Bekleidung, Beleuchtungs- und Elektroartikel, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte, Pharmazeutika und Körperpflegemittel sowie Fahrräder. Lediglich bei Möbeln sowie optischen Artikeln waren deutliche Besserungstendenzen erkennbar. In den meisten Fachzweigen sind die Firmen bezüglich der längerfristigen Geschäftsaussichten optimistisch, d.h. sie rechnen mit einer Absatzbesserung.

Die Lagerbestände erwiesen sich sowohl bei Ver- als auch Gebrauchsgütern bei rund drei Zehnteln der Firmen als zu groß. Die Verkaufspreise tendierten lediglich im Verbrauchsgüterbereich nach oben. Bei Gebrauchsgütern waren sie – im Durchschnitt betrachtet – weitgehend stabil. In beiden Bereichen rechnet man allerdings für die nächsten Monate mit einer Beschleunigung der Preisauftriebstendenzen.

Außenhandel

Informationen BfA

Folgende Veröffentlichung der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA) können schriftlich (BfA, Postfach 108007, 5000 Köln 1) oder in Ausnahmefällen fernmündlich (0221/293011, App. 22) zu einem Selbstkostenbeitrag von 2,- DM je Exemplar (incl. Porto) angefordert werden:

Kurzmerkblätter

Praktische Hinweise zur Geschäftsanbahnung und -abwicklung einschließlich Geschäftsreisen; Außenhandels-, Zoll- und Devisenbestimmungen; Niederlassungs-, Patent-, Warenzeichen-, Lizenzrecht u.a. Rechtsfragen; Wichtige Anschriften und andere Hinweise.

Ghana	BM-297/78
Jemen	BM-279/78
Sambia	BM-291/78
Singapur	BM-285/78
Tschechoslowakei	BM-302/78
Türkei	BM-273/78
VR China	BM-304/78

Branchenbilder

Produktion; Import/Export; Absatzstruktur und -wege; Preise; Service; Liefer- und Zahlungsbedingungen; Werbung; Messen und Ausstellungen; Außenhandelsbestimmungen und Zölle; Anschriften wichtiger Verbände und Organisationen.

Frankreich – Markt für Lederwaren	BM-300/78
Jordanien – Markt für Glaserzeugnisse	BM-306/78
Jugoslawien – Gummiwarenindustrie	BM-283/78
Polen – Markt für Kabel	BM-281/78
Saudi-Arabien – Markt für Glaserzeugnisse	BM-299/78
Spanien – Markt für Baumaschinen	BM-286/78
Spanien – Markt für landwirtschaftliche Fahrzeuge	BM-303/78
Surinam – Markt für Uhren	BM-305/78
Tschechoslowakei – Zementindustrie	BM-301/78
UdSSR – Markt für Möbel	BM-282/78

Außenhandelsunternehmen und -organisationen in Staats-handelsländern

Amtliche Stellen, Außenhandelsunternehmen; Dienstleistungsunternehmen; Banken.

Ungarn	BM-296/78
Wirtschaftslage in der Elfenbeinküste	BM-288/78
Kaufkraft und Konsumgewohnheiten in Israel	BM-295/78
Praktische Hinweise für Geschäftsreisen nach Lybien	BM-307/78
Hinweise für das Qatar-Geschäft	BM-276/78
Die Unionsrepubliken der UdSSR – Kasachische SSR	BM-284/78
Wirtschaftslage in der VR China	BM-298/78

Abfertigung zum freien Verkehr vom Zollager

Im Vorgriff auf Änderung des § 46 ZG welche im Jahre 1979 mit dem 17. Zolländerungsgesetz erfolgen soll, läßt es das Bundesfinanzministerium in seinem Erlaß vom 19.5.1978 – III B 1 – Z 1000 – 48/78 – ab sofort zu, Zollgut aus dem offenen Zollager durch Abschreibung vom Lagerbestand ohne körperliche Entfernung in den freien Verkehr zu überführen. Dieses Verfahren bedarf einer besonderen Zulassung der Hauptzollämter, die nur erteilt wird, sofern ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Ein solches Bedürfnis kann darin liegen, daß z. B. die Ausnutzung eines Zollkontingents ohne körperliche Entfernung des Zollguts aus dem Zollager voraussichtlich nicht erfolgen kann, weil die Auslagerung nicht möglich sein wird. Auch die Notwendigkeit, kurzfristig nur günstige Abschöpfungen dann in Anspruch nehmen zu können, wenn eine Auslagerung nicht Voraussetzung für die Abfertigung zum freien Verkehr ist, kann ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis sein.

Die Regelung bedeutet u. E. einen weiteren Fortschritt in Richtung auf die Vereinfachung des Zollagerrechts.

Neue Zoll-Vordrucke

Die bundeseinheitlichen Vordrucke für die Zollgutlagerung werden gegenwärtig überarbeitet und zum Teil neu gestaltet. Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums sollen die neuen Vordrucke voraussichtlich ab 1.1.1979 zu verwenden sein.

Nachfolgende Zoll-Vordrucke dürften in der jetzigen Fassung nicht über den 31. 12. 1978 hinaus weiter verwendet werden: Lagerabgabeschein (0417), Beilage zum Lagerabgabeschein (0418), Lagerabmeldung (0419), Beilage zur Lagerabmeldung (0420) sowie Lageranmeldung in Zollniederlagen und Zollverschlußlagern (0421) und Beilage zu dieser Anmeldung (0422).

Präferenzursprungsregeln einhalten

Eine Vertragsklausel über die Ursprungseigenschaft einer Ware sollte als zusätzliche Vertragsbedingung beim Import präferenzberechtigter Ware in Erwägung gezogen werden. In früheren Presseveröffentlichungen ist bereits mehrfach auf die Bedeutung der genauen Einhaltung der Präferenzursprungsregeln hingewiesen worden. Jede falsch ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung kann für den Importeur oder für den Exporteur zu schwerwiegenden Nachteilen führen. Den Einführer von Waren trifft einseitig, bei Nichterfüllung des Zollfreiheitsstatbestands, nachträglich die volle Belastung der Zollnacherhebung, auch dann, wenn die Ware bereits weiterveräußert wurde. Der Exporteur muß in diesem Fall mit umfangreichen Nachprüfungen seitens der Zollverwaltung, mit Schadensersatzansprüchen des Käufers und mit straf- oder bußgeldrechtlicher Ahndung rechnen.

Gegen die Folgen der Nacherhebung sollten sich die Importeure in Kaufverträgen privatrechtlich absichern. Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) hat in diesem Jahr beim Bundeskartellamt folgende Empfehlung für die Einkaufsbedingungen der Unternehmen des Groß- und Außenhandels angemeldet:

„Der Verkäufer verpflichtet sich, die Überprüfung der Ursprungsnachweise durch die Zollverwaltung zu ermöglichen und sowohl die dazu notwendigen Auskünfte zu erteilen als auch evtl. erforderliche amtliche Bestätigungen beizubringen.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer den Schaden zu ersetzen, der diesem dadurch entsteht, daß der erklärte Ursprung infolge fehlerhafter Bescheinigung oder fehlender Nachprüfungsmöglichkeit von der zuständigen Behörde nicht anerkannt wird. Die Haftung tritt jedoch nur bei schuldhaftem Verhalten des Verkäufers ein.“

Das Bundeskartellamt weist in seiner Bekanntmachung Nr. 77/78 vom 29.6.78 darauf hin, daß diese Anmeldung noch keine Entscheidung über die Vereinbarkeit der empfohlenen Klausel mit dem Gesetz zur Regelung des Rechts der AGB vom 9.12.76 enthält und auch die Befugnis, nach diesem Gesetz sowie aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften die gerichtliche Prüfung zu verlangen, nicht eingeschränkt wird.

LGA-Stenogramm Dezember 1978

1. 12.

Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel

5. 12.

Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels unter Vorsitz unseres Präsidenten, Herrn Konsul Senator Walter Braun

Empfang der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern für die Bayerische Staatsregierung

6. 12.

Sitzung der Großen und Kleinen Tarifkommission zur Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde

7. 12.

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft

11. 12.

Tagung des Wirtschaftsbeirates

12. 12.

Sitzung des Betriebswirtschaftlichen Ausschusses im LGA

13. 12.

Vorbereitende Tarifdiskussion mit den Gewerkschaften

14. 12.

Sitzung Handel und Industrie Spielwaren, Nürnberg

18. 12.

Arbeitskreis Recht der VAB

19. 12.

Sitzung des Garantieausschusses, Kapitalbeteiligungsgesellschaft

Funktionieren des gemeinschaftlichen Versandverfahrens

Das mit der Verordnung (EWG) Nr. 252/77 eingeführte gemeinschaftliche Versandverfahren bildet im Rahmen des Zollwesens den Träger für den Warenverkehr in der Gemeinschaft. Die Funktionsfähigkeit dieses Verfahrens scheint jedoch nicht immer gesichert, wobei insbesondere bei der Verwendung des Kontrollexemplars T5 Schwierigkeiten auftraten. Bei einer von Vertretern der Kommissionsdienststellen in einigen Zollstellen durchgeführten Untersuchung wurde festgestellt,

- daß das Kontrollexemplar T5 zwar mit der Ware abgesandt, der Bestimmungs Zollstelle aber nicht vorgelegt wird;
- daß die Angaben, die das Papier enthalten soll, unvollständig oder unrichtig sind;
- daß das Papier Angaben enthält, die in den Gemeinschaftsregelungen nicht vorgesehen sind;
- daß in der Anmeldung zur Abfertigung zum freien Verkehr das Kontrollexemplar gar nicht erwähnt ist;
- daß die Kontrollexemplare T5 nicht oder verspätet zurückkommen.

Auf Grund dieser Feststellungen soll in der nächsten Sitzung des beratenden Ausschusses für Zollfragen bei der EG-Kommission dieses Thema erörtert werden. Wir bitten daher um Mitteilung, ob die Feststellungen der EG-Kommission aus ihrer praktischen Erfahrung bestätigt und evtl. noch ergänzt werden können. Insbesondere ist es von Interesse zu wissen, ob die Störungen allgemein in der EG auftreten oder nur schwerpunktmäßig in bestimmten Regionen.

Änderung von Zollbescheiden zugunsten des Steuerpflichtigen

Seit dem 1. Januar 1977 ist die Zollbehörde – zumindest in der Regel – verpflichtet, bestandskräftige Bescheide über Zölle und Verbrauchsteuern zugunsten des Steuerpflichtigen zu ändern, soweit Tatsachen oder Beweismittel nachträglich bekannt werden, die zu einer niedrigeren Steuer führen und den Pflichtigen kein grobes Verschulden daran trifft, daß die Tatsachen oder Beweismittel erst nachträglich bekannt werden. Unter diesen Voraussetzungen sei der Ermessensspielraum der Behörde in der Weise eingeschränkt worden, daß diese den fehlerhaften Abgabenbescheid in der Regel zu berichtigen habe. Die Rechtslage habe sich durch die neue Abgabenordnung zugunsten des Steuerpflichtigen geändert (rechtskräftiges Urteil des FG Münster vom 27. April 1978 – IV 412/78 Z: EFG 1978 S. 466):

Die Berichtigung zugunsten des Steuerpflichtigen ergebe sich aus der in § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO zum Ausdruck gekommenen Wertentscheidung des Gesetzgebers. Danach seien Steuerbescheide unter den genannten Voraussetzungen aufzuheben oder zu ändern. Insoweit werde der Finanzbehörde kein Ermessen eingeräumt. Selbst wenn diese Vorschrift auf Bescheide über Zölle oder Verbrauchsteuern nicht unmittelbar angewendet werden könne, müsse ihr Rechtsgedanke im Rahmen der Ermessensausübung zur Geltung gebracht werden. Denn soweit bereits für die bestandsfesteren Veranlagungssteuerbescheide eine Pflicht zur Berichtigung bestehe, müsse dies erst recht für die grundsätzlich frei abänderbaren Zoll- und Verbrauchssteuerbescheide gelten.

Verschiedenes

Förderung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Die Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages, haben aufgerufen, die Hanns Martin Schleyer-Stiftung wirkungsvoll zu unterstützen.

Die Hanns Martin Schleyer-Stiftung hat sich am 23. November 1978 in Anwesenheit von Bundespräsident Scheel der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bundestagspräsident Prof. Karl Carstens und Eberhard von Brauchitsch, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, umrissen dabei die Bedingungen für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung.

Wir nehmen dies zum Anlaß, Unternehmer und unternehmerische Organisationen, insbesondere alle, die den öffentlich erkennbaren Start der Stiftung abgewartet haben, aufzufordern, die Stiftung wirkungsvoll zu unterstützen.

Im Sinne von Hanns Martin Schleyer müssen wir die Idee der Freiheit fördern und vor allem in der jungen Generation lebendig erhalten.

Hierzu wird die Stiftung u. a.

- Stipendien an qualifizierte wissenschaftliche Nachwuchskräfte vergeben
- Symposien und Fachtagungen durchführen
- Wissenschaftliche Erkenntnisse für die Schule und für die Information in den Massenmedien umsetzen.

Wir alle, die wir in der Wirtschaft tätig sind, sollten diese Aufgabe als ständige Herausforderung zur Mitwirkung und Unterstützung betrachten.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Stiftung rechtlich selbständig sowie als gemeinnützig und „wissenschaftlichen Zwecken dienend“ von der zuständigen Finanzbehörde anerkannt ist. Zuwendungen zur Förderung des Stiftungszweckes sind gem. § 10b Abs. 1 Satz 2 EStG bzw. § 9 Ziffer 3a Satz 2 KStG in der Höhe von 10% des Gesamtbetrages der Einkünfte bzw. des Einkommens steuerlich abzugsfähig.

Bankverbindungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung:
Deutsche Bank Köln (BLZ 370 700 60) Kto.-Nr. 1 109 990
Dresdner Bank Köln (BLZ 370 800 40) Kto.-Nr. 9 804 900
Commerzbank Köln (BLZ 370 400 44) Kto.-Nr. 5 086 111

Personalien

Wir gratulieren

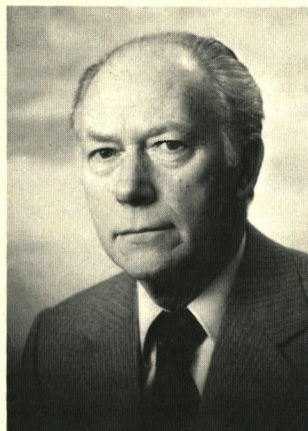
Herrn **Gerd Pühler**, persönlich haftender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Anton Jertschan KG, Tabakwarengroßhandel in München, zu seiner ehrenvollen Berufung als Handelsrichter am Landgericht München I auf die Dauer von drei Jahren.

Wir gratulieren herzlich.

Ebenfalls unsere herzlichen Glückwünsche gehen an Herrn **Richard Schahl**, Inhaber unserer gleichnamigen Mitgliedsfirma, Foto, Kino, Optik, in München. Richard Schahl wurde ebenfalls auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt.

Unserem Mitglied **Hans Ernst Kreiling**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma A. Kreiling GmbH, Walzmaterial, Eisenwaren, Sanitär- und Heizungs-Großhandel in Passau, zu seiner ehrenvollen Berufung zum Handelsrichter am Landgericht Passau.

Karl Leidl – 40jähriges Dienstjubiläum



Sein 40jähriges Dienstjubiläum konnte Prokurist **Karl Leidl**, Fa. Raab-Karcher-GmbH in München, jetzt feiern. Herr Leidl war am 1. 10. 1938 bei Raab-Karcher eingetreten. Es folgte eine 7jährige Unterbrechung durch Kriegsdienst und Gefangenschaft, am 1. 3. 1957 wurde er dann Personalchef und ihm gleichzeitig Handlungsvollmacht verliehen. Seit Januar 1973 verfügt er über Prokura. Unserer Tarifkommission gehört der Jubilar seit vielen Jahren als aktives und engagiertes Mitglied an.

Unseren herzlichen Glückwunsch!

Wendelin Holzner – 25jähriges Betriebsjubiläum

Am 1. Januar konnte Herr **Wendelin Holzner**, Mitarbeiter unserer Mitgliedsfirma F.W. Brügelmann Söhne, Textil-Großsortimenter in München, sein 25jähriges Firmenjubiläum feiern. Herr Holzner ist bei Brügelmann als Vertreter eingesetzt und bereist die Tour Süd-Ost-Bayern.

Wir gratulieren sehr herzlich.

100-jähriges Bestehen der Firma M. Juls. Scharpegge & Comp.

Am 14. 12. 1878 gründete Max Julius Scharpegge in Dorsten (Westfalen) die Großhandelsfirma M. Juls. Scharpegge & Comp., die damals technische Öle und Fette an die Industrie vertrieb.

Das Geschäft florierte.

Bereits um die Jahrhundertwende unterhielt der Betrieb drei Verkaufskontore: in Essen, Emmerich a/Niederrhein und Rheyt.

Nach dem 1. Weltkrieg und dem Tod des Firmengründers übernahm Sohn Heribert als alleiniger Inhaber den Großhandelsbetrieb, der durch die Kriegswirren darniederlag.

Der Geschäftssitz wurde nach Düsseldorf verlegt. Nach einer recht guten Anfangsphase waren durch Inflation und Arbeitslosigkeit schwere Jahre zu überbrücken.

Als der Betrieb im Jahre 1944 völlig ausbombte, wurde die Familie nach Amorbach evakuiert.

Der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg – der Geschäftssitz war inzwischen nach Amorbach verlegt worden, – brachte eine Umstrukturierung des Verkaufssortiments mit sich. Die Firma bemühte sich, mit Spezialbaustoffen und Isoliermaterialien einen neuen Kundenkreis zu erwerben.

Nach einer zunächst schwierigen Anlaufzeit stellten sich aber bald die ersten Erfolge ein. Heute, in der 3. Generation, führt der Großhandelskaufmann Dieter Scharpegge, den Betrieb.

Die Bauwirtschaft im Untermaingebiet, Südhessen und Nordbaden schätzt die Verlässlichkeit dieses Unternehmens mit seinem sprichwörtlich guten Service. Durch die Erweiterung des Warensortiments auf Baubedarfsartikel ist als nächstes Ziel die Erstellung einer ca. 1000 m² großen Lagerhalle geplant.

Im Hotel „Badischer Hof“ lud der Firmeninhaber seine Belegschaft zu einem Festessen ein. Er dankte seinen Mitarbeitern für die treue Mitarbeit und überreichte ein Erinnerungsgeschenk. Gleichzeitig wurden Frau Hedwig Ferlein und Herr Manfred Müller für über 10-jährige Betriebszugehörigkeit geehrt.

Die Belegschaft überreichte dem Firmeninhaber ein großes Blumengebilde mit Wünschen für weiterhin glückhaftes Gedeihen. Wir dürfen uns auf diesem Wege diesen Wünschen anschließen.

Buchbesprechungen

Produkthaftung – eine Gefahr für jeden Betrieb

von Dr. Joachim Hägele/Dr. Rainer Hägele

1. Auflage 1978 – 152 Seiten – broschiert – 24,80 DM – ISBN 3-7992-0216-1 Band 3 der Reihe „Rechtsratgeber für die Wirtschaftspraxis“

Produkthaftungsfälle gehören zu den schwierigsten und kostspieligsten Schadenersatzfällen. Und sie werden immer häufiger. Sie sind der Alptraum vieler Unternehmer und können jeden Betrieb treffen, ob Industrie, Handel, Dienstleistung oder Gewerbe. Spektakuläre Beispiele, wie der Conterganfall und verschiedene Rückrufaktionen der Hersteller von Autos, Reifen, technischen Geräten und Arzneimitteln, sind nur die Spitze des Eisbergs.

An der starken Zunahme von Produkthaftungsfällen ist nicht nur schuld, daß fehlerhaft konstruierte, fabrizierte oder nicht ausreichend erprobte Produkte auf den Markt kommen, sondern auch die verschärfte Rechtsprechung, welche die Haftung zugunsten des Geschädigten erheblich ausgeweitet hat. Sie besteht auch für Fehler von Mitarbeitern, wobei letztere zudem selbst der Haftung unterliegen.

Dieses Buch führt dem Leser klar vor Augen, welche vielfältigen Haftungsrisiken bestehen und wie ihnen begegnet werden kann, sei es durch entsprechende rechtliche und tatsächliche Gestaltungen, durch Abschluß von Versicherungen u.a. Die überall verstreuten Gesetzesgrundlagen sind im Anhang zusammengefaßt. Die Schrift richtet sich nicht nur an alle, welche die Produkthaftung treffen kann, sondern informiert auch Abnehmer und Konsumenten über ihre Rechte im Schadensfall und deren wirksame Geltendmachung.

Der Handelsvertreter-Vertrag

Eine Anleitung mit Beispielen zur Abfassung von Verträgen
Von Dr. Hans Hermann Eberstein.

5., neubearbeitete Auflage 1978, 158 Seiten, Kt. DM 28,—
ISBN 3-8005-6901-9

Schriften des Betriebs-Beraters, Heft 38

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Die jetzt schon in 5. Auflage vorliegende Schrift soll der Praxis als nützlicher Wegweiser für die sachgerechte Ausgestaltung der vertraglichen Beziehungen zwischen Unternehmer und Handelsvertreter dienen und damit zur Rechtssicherheit in der Vertragsgestaltung gerade auch kleinerer und mittlerer Unternehmen beitragen. Demgemäß sind die seit Erscheinen der Voraufgabe eingetretenen gesetzlichen Änderungen, vor allem zu Detailfragen des Ausgleichsanspruches und hinsichtlich der Grundsatzvorschriften des Gesetzes über Allgemeine Geschäftsbedingungen über eine ausgewogene Vertragsgestaltung berücksichtigt worden.

Ferner ist den neueren Erkenntnissen der Rechtsprechung u. a. zu der für die Praxis entscheidenden Frage der Zulässigkeit einer Vorauszahlung des Ausgleichsanspruches während der Vertragszeit und den neueren Entscheidungen der EG-Kommission über die kartellrechtliche Vereinbarkeit einzelner Vertragsabreden in grenzübergreifenden Handelsvertreterverträgen Rechnung getragen worden.

Entsprechend diesen Entwicklungen sind die entscheidenden Abschnitte der Broschüre grundlegend überarbeitet und die im Anhang beigefügten Musterverträge haben eine entsprechende Umgestaltung erfahren.

In dieser der neuesten Entwicklung angepaßten Form wird auch die 5. Auflage eine nützliche und zuverlässige Arbeitshilfe zur Abfassung von Handelsvertreter-Verträgen bieten.

So organisiert man Betriebsveranstaltungen

Feste, Ausflüge, Jubiläen, Wettbewerbe, Tage der offenen Tür u. a. erfolgreich durchführen

von Horst Völksen

1. Auflage 1978 – 126 Seiten – broschiert – 7,90 DM
Band 53 der „Taylorix-Wirtschafts-Taschenbücher“

Betriebsveranstaltungen, wie Feste, Ausflüge, Jubiläen, Wettbewerbe, Tage der offenen Tür u. a., sind wichtig, um den Zusammenhalt der Mitarbeiter zu fördern, das Betriebsklima günstig zu beeinflussen und den Kontakt mit der betrieblichen Außenwelt zu pflegen. Häufig wird hierbei jedoch recht laienhaft vorgegangen, und die für die verschiedenen Veranstaltungen geltenden „Spielregeln“ werden nicht eingehalten.

Horst Völksen, sehr erfahren im Organisieren betrieblicher Veranstaltungen, will dem durch eine systematische Darstellung abhelfen. Von der Idee bis in alle Einzelheiten der Durchführung, auf die es gerade bei solchen Anlässen oft besonders ankommt, bespricht er, wie Betriebsveranstaltungen so zu organisieren sind, daß sie für den Ausrichtenden und die Teilnehmer zu einem vollen Erfolg werden. Auch die arbeitsrechtlichen, steuerlichen und versicherungstechnischen Aspekte kommen zu ihrem Recht. Die Fülle von Anregungen und Gestaltungshilfen machen dieses wohlfeile Bändchen zu einem nützlichen Ratgeber.

Gesellschaftsrecht

Allgemeine Grundlagen. Abgrenzung Gesellschaft/Gemeinschaft/Verein. Personengesellschaften. Kapitalgesellschaften. Sonstige Zusammenschlüsse.

Von Fachhochschullehrer Prof. Dr. jur. Hermann Maiberg
Stollfuß-Studienbücher für Wirtschaft und Verwaltung, Bd. 5.
Stollfuß Verlag Bonn. 3. Aufl. 1978 – 272 S. Brosch. –
DM 26,80 – Best.-Nr. 44 4053.

Anders als beim klassischen Lehrbuch will dieser Band die einzelnen Teilgebiete des Gesellschaftsrechts am Grundsätzlichen orientiert praxisnah darstellen. Eine übersichtliche und systematisch saubere Gliederung, ferner pädagogisch geschickt eingestreute Beispiele und Beispielketten, zahlreiche Schaubilder, grafische Verdeutlichungen – z. B. über die Mitbestimmungsformen einschl. der paritätischen Mitbestimmung – sowie eine klare Sprache erleichtern es dem Leser, in den juristischen Stoff einzudringen. Neben der herrschenden Lehre sind Streitfragen nur knapp erwähnt. Das macht das Buch für den Studenten und den in der Gesellschaftspraxis Tätigen geeignet. Aber auch dem Wissenschaftler bietet es durch Anführung neuester Rechtsprechung und einschlägigen Fachschrifttums Einstiegshinweise in speziellere gesellschaftsrechtliche Probleme. Der steuerrechtliche Anhang zur jeweiligen Gesellschaftsform ist in der 3. Auflage erweitert und enthält Grundlinien der Körperschaftsteuerreform.

Sind Handelsgenossenschaften Kartelle?

Von Prof. Dr. Ernst Steindorff

86 Seiten, Kt. DM 18,—
Bestell-Nr. ISBN 3-8005-6909-4

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Die kartellrechtliche Diskussion um die Genossenschaften ist durch die ZVN-Entscheidung des Bundesgerichtshofes wieder in Gang gekommen. Die von Prof. Steindorff vorgelegte Studie befaßt sich mit einzelnen REWE- und EDEKA-Genossenschaften. Hierbei wird der Frage nachgegangen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Genossenschaften im Bereich von EDEKA und REWE der Vorwurf trifft, sie verstießen gegen das Kartellgesetz, und insbesondere gegen seinen § 1.

Der Autor kommt zum Ergebnis, daß die Genossenschaften generell nicht als Kartell anzusprechen sind, insbesondere, daß die in der Studie beurteilten Genossenschaftsfälle den Tatbestand des § 1 GWB nicht erfüllen.

Die Studie bietet in der auch uns stark interessierenden Diskussion neue und interessante Aspekte.

Ursprungsregelung der Freihandelsabkommen der EWG – Efta-Staaten

Immer mehr gewinnt die Ursprungsregelung der Freihandelsabkommen an Bedeutung.

Der Warenverkehr zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Efta-Staaten kann im Rahmen des jeweiligen Freihandelsabkommens seit dem 1. Juli 1977 überwiegend frei von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen abgewickelt werden. Diese Zollfreiheit kommt jedoch nur solchen Waren zugute, für die sämtliche Vorschriften einer umfangreichen Ursprungsregelung erfüllt worden sind. Die Beachtung der Ursprungsregeln ist somit unerläßliche Voraussetzung, um die Zollfreiheit nutzen zu können.

Die Ursprungsregeln dieser Freihandelsabkommen haben in dem jetzt fünfjährigen Freihandelszeitraum zahlreiche Änderungen und Ergänzungen erfahren. Zuletzt war aufgrund der am 1. Januar 1978 in Kraft getretenen Änderungen der Nomenklatur des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens zum gleichen Zeitpunkt eine Neufassung der Listen AB des Ursprungsprotokolls integriert und ferner eine besondere Ursprungsregel für Warenzusammenstellungen im Sinne der Allgemeinen Tarifierungsvorschrift 3 zum Zollarifschema geschaffen.

Die Präferenz-Ursprungsregelung des Warenverkehrs EWG-Efta gehört zu den schwierigsten Rechtsgebieten im Export. Auf diesem Gebiet hat sich die Broschüre „Ursprungsregelung“ seit der Erstauflage im Jahre 1973 als Informations- und Arbeitsunterlage sowie für Lernzwecke vielfach bewährt.

Mit der neu bearbeiteten 4. Auflage dieser Broschüre wird den Organisationen der Wirtschaft, den Seminaren sowie den sonstigen mit Ursprungsfragen befaßten Stellen, wiederum in der bewährten Form-Darstellung der Ursprungsregeln im Freihandelsraum EWG-Efta eine Information und Arbeitsunterlage für die Anwendung der Ursprungsvorschriften geboten. Sie ist geeignet, zur Vermeidung schwerwiegender Fehler bei der Kalkulation und der formalen Abwicklung von Außenhandelsgeschäften im Freihandelsraum beizutragen.

Broschüre DIN A 5, Umfang 206 Seiten, Preis: 34,50 DM einschl. Mwst.

Erschienen bei Purschke und Hensel, Fachverlag für die Außenwirtschaft 1000 Berlin 61, Postf. 150.

Im gleichen Verlag sind auch die erforderlichen Vordrucke erhältlich.

Das gemeinschaftliche Versandverfahren in der europäischen Gemeinschaft, der Schweiz und Österreich

Als vor 8 Jahren das gemeinschaftliche Versandverfahren in der EWG eingeführt wurde, konnte man über die Zukunft des Unternehmens noch keine verlässliche Aussage machen.

Heute kann folgendes festgestellt werden: Das dem Versand von Drittlandsgütern, also vom Zollgut dienende externe gemeinschaftliche Versandverfahren, hat in vorbildlicher Weise die verschiedenen nationalen Zollversandverfahren abgelöst und sich zu einem wirkungsvollen Instrument der Zollunion entwickelt. In den 8 Jahren seit seiner Entstehung konnte es erheblich verbessert werden. Hier sind neben den Verfahrenserleichterungen für den Eisenbahnverkehr und die sog. zugelassenen Versender und Empfänger die Anerkennung der Ladelisten als beschreibender Teil der Anmeldungen und die Anpassung der Formulare an den Genfer ECE Layout Key zu nennen.

Die Ausdehnung des Anwendungsbereiches auf die Schweiz und Österreich hat die Effizienz des Verfahrens ebenfalls beträchtlich vergrößert.

Dagegen mußten die 1970 gehegten Hoffnungen das für die Beförderung von Gemeinschaftsgütern, also zollfreien Waren, konzipierte interne gemeinschaftliche Versandverfahren kurzfristig wieder abschaffen zu können, aufgegeben werden.

Mangelnder Fortschritt bei der Harmonisierung der Umsatz- und Verbrauchssteuern sowie die Aufspaltung des gemeinsamen Agrarmarktes durch den Grenzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten haben nicht unerheblich zum Fortbestand dieses Provisoriums beigetragen.

Die Neugestaltung der gesamten Vorschriften über das gemeinschaftliche Versandverfahren zum 1. Juli 1977 sowie die neue Fassung der wichtigsten Vordrucke zum 1. Januar 1978 veranlaßten den Verlag, die vorliegende neue Textsammlung herauszugeben.

Wegen der besonderen Bedeutung, die das gemeinschaftliche Versandverfahren für die Ausfuhr hat, erschien es zweckmäßig, auch die wichtigsten Bestimmungen des Außenwirtschaftsrechts mit abzudrucken.

Die vorliegende Ausgabe ist geeignet, ebenso wie die frühere Textsammlung dazu beizutragen, den Benutzer des gemeinschaftlichen Versandverfahrens die tägliche Praxis zu erleichtern.

Broschüre DIN A 5, Umfang 376 Seiten.
Preis: 46,80 DM einschl. Mwst.

Handausgabe der neuesten Bestimmungen, Stand: 1. Januar 1978 einschließlich aller Vereinfachungsmaßnahmen und den Vorschriften über die Ausdehnung des Anwendungsbereiches.

Eine unentbehrliche Informations- und Arbeitsunterlage für die Anwendung des gemeinschaftlichen Versandverfahrens.

Erschienen bei Purschke und Hensel, Fachverlag für die Außenwirtschaft, 1000 Berlin 61, Postf. 150.

Im gleichen Verlag sind auch die erforderlichen Vordrucke erhältlich.

HAMMER/LASSIG

Postordnung und ergänzende Vorschriften

Textausgabe mit Erläuterungen und Wegweiser für die Wirtschaft durch die Benutzungs- und Gebührenbestimmungen der Deutschen Bundespost im Inland und nach dem Ausland

Von Dr. sc. pol. Karl-Heinrich HAMMER und Dr. jur. Roland LASSIG

Ergänzbare Ausgabe einschließlich 37. Ergänzungslieferung, 800 Seiten, DIN A 5, Plastikordner, DM 46,-.

Erich Schmidt Verlag · Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Die 37. Lieferung zu diesem ergänzbaren Handbuch ist inzwischen herausgebracht worden. Sie enthält die am 1. Januar 1979 in Kraft tretenden Änderungen der Postordnung sowie der Tarifänderungen im Inland und nach dem Ausland.

Wie bei diesem Werk üblich, sind die Änderungen und Ergänzungen bereits enthaltener Texte und Erläuterungen durch Randlinien kenntlich gemacht worden. Außerdem werden zur leichteren Orientierung unter jedem Stichwort jeweils die Bestimmungen für den Inlands- und für den Auslandsdienst getrennt aufgeführt.

„Arbeitsordner Betriebsplanung“

Plastikordner, DIN A 4, Preis: DM 90,-

erschienen im Selbstverlag,

Ralf Goettsch, Betriebsberater, Klenzesstraße 13, 8000 München 5

Konzipiert für kleinere Betriebe des Handwerks, des Handels und der Industrie, insbesondere bei Ein-Personen-Geschäftsleitungen, befähigt der Arbeitsordner den Praktiker zu einer umfassenden Ist-Analyse seines Betriebes.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Durch kritische Schlüsselfragen werden bestehende betriebliche Strukturen, Handhabungen und Arbeitsabläufe in allen wesentlichen Aufgabengebieten des Betriebes hinterfragt, Schwachstellen und Versäumnisse aufgedeckt und Anstöße zur Erarbeitung alternativer, zieladäquater Gestaltungsmöglichkeiten gegeben.

Bei kontinuierlicher Anwendung der vermittelten Arbeitsmethodik erwächst aus dem Arbeitsordner eine gelungene Planungshilfe zur stetigen Arbeit an den Zielen und Aufgaben des Betriebes sowie zur Erarbeitung der daraus resultierenden Gestaltungsaufgaben.

Folgende Aufgabengebiete werden durch konkret formulierte Arbeitsblätter abgedeckt:

Allgem. betriebliche Probleme, Firmenrecht, Produktions- oder Leistungsprogramm, Betriebsführung, Mitarbeiter und ihre Aufgaben, Öffentlichkeitsarbeit, Einkauf und Vorratshaltung, Verkauf und Kundenbetreuung, Rechnungswesen.

AGB im Bauwesen

Erläuterungen zur Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Wolfgang Heiermann und Liane Linke, Rechtsanwälte

1978. 180 Seiten. ISBN 3-7625-0925-5. Format 14,5 × 21 cm. Kartonierte DM 45,—. Bauverlag GmbH, Wiesbaden und Berlin.

Im Gegensatz zu den vielen auf dem Markt befindlichen allgemeinen Kommentierungen des neuen AGB-Gesetzes, vermittelt dieser spezielle AGB-Kommentar die notwendigen Erläuterungen zu den Auswirkungen dieses Gesetzes auf das Bauvertragsrecht. Das Buch ist ein vor allem praktischer Wegweiser für alle am Bau Beteiligten und für deren juristische Berater. Es wird zuverlässig dabei helfen, die oft schwierigen Probleme der AGB in der einzelvertraglichen Gestaltung richtig zu berücksichtigen.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die Verfasser auch die Bedeutung der VOB und einzelner Bestimmungen aus der VOB im Zusammenhang mit dem neuen AGB-Gesetz behandeln.

Insgesamt erhält der Leser aus kompetenter Sicht den erforderlichen kommentierten und sachbezogenen Überblick über die zweckmäßige Gestaltung von Bauverträgen auf der Grundlage des AGB-Gesetzes.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Auffrischungs- und Vertiefungstraining für Außendienstmitarbeiter

Fragetechnik

Die Fragetechnik ist die wichtigste Gesprächsform im Verkauf und zugleich das in der Praxis am wenigsten beherrschte Instrument.

Wie Sie durch sinnvollen Einsatz der Frageformen die Gesprächsführung erleichtern können:

- durch richtiges Fragen die Wünsche und Probleme der Kunden erkennen
- mehr Information bekommen
- das Gespräch steuern können
- Interesse wecken
- das Gespräch im Fluß halten
- Abschlüsse erzielen
- Ihren Verkaufserfolg effizienter machen können

ist der Inhalt dieses Seminars, den wir von Stufe zu Stufe mit modernen audio-visuellen Hilfsmitteln erarbeiten.

Termine: 2/407 Nürnberg, 8.–9.3.1979 **Gebühr:**
2/408 München, 15.–16.3.1979 DM 176,—



ERSTE KULMBACHER
ACTIENBRAUEREI

das
große Pils
aus
Kulmbach

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
Februar 1979 · Nr. 2/1979

	3	Risiken und Aufgaben des nächsten Jahrzehnts
Arbeitgeberfragen	5	Umfrage über Arbeitskräftemangel Entwicklung der Personalzusatzkosten
	6	Schwedischer Gewerkschaftschef: Keine neuen Arbeitsplätze durch eine Verkürzung der Arbeitszeit Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1979
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	7	Keine Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb Wann muß eine Krankheit bei Einstellung offenbart werden?
	8	Führerscheinentzug und Kündigung
Wettbewerbsrecht	9	Kartellrechtliche Beurteilung von Einkaufszusammenschlüssen – Handel
Der Großhandel, seine Kunden und Konkurrenten	9	Mittelständischer Kern im Handel wird sich behaupten können
Verbandsnachrichten	10	Jahreshauptversammlung Elektro – Rundfunk – Fernsehen
Mittelstand	10	Technologieberatung für Mittelstand ausbauen
Außenhandel	10	Wie wir die Freiheit im Handel verlieren
	12	1979: Fast 1200 DM im Monat
	13	Neue Vordrucke für die Zollgutlagerung Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen bei einer Zoll-Außenprüfung
	14	Umschuldungsverhandlungen fälliger Verbindlichkeiten mit Peru Erhöhung der Hafen- und Autobahngebühren in Italien
Verschiedenes	14	Wie motivieren?
Personalien	14	
Buchbesprechungen	16	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · Ass. Frankenberger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels G.m.b.H., München, Ottostr. 7. Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels EV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe u. Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Redaktion: Dipl.-Volkswirtin Deutsch. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Risiken und Aufgaben des nächsten Jahrzehnts

Zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben bedarf es weder eines anderen Gesellschafts- noch eines anderen Wirtschaftssystems. Dies hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), **Otto Esser**, bei den Bayerischen Unternehmertagen 1979 erklärt, wo er über „**Risiken und Aufgaben des nächsten Jahrzehnts**“ sprach. Esser: „Wir brauchen dazu nicht den 'neuen Menschen', sondern ausschließlich das notwendige Maß an Verantwortung, über den Augenblick hinaus mehr an die Zukunft der nachfolgenden Generation zu denken und danach zu handeln, wie wir es lange getan haben. Dies und die Überzeugung von der Wirkungsfähigkeit einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung gibt eine tragfähige Basis, um die Zukunft mit Erfolg anzugehen.“

Dazu müsse zunächst an folgenden Kernaufgaben festgehalten werden:

- das marktwirtschaftliche System zu erhalten, es nicht bürokratisch verkrusten zu lassen;
- die Dialog- und Konsensfähigkeit der Sozialpartner zurückzugewinnen statt sie ideologisch in Frage zu stellen;
- die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter zu motivieren und die Selbstverantwortung zu stärken statt die Illusion von einer uferlosen Freizeitgesellschaft zu nähren, in der die Arbeit zu einer Art Ausnahmezustand wird oder in der die Ansprüche und Rechte groß, aber die Pflichten klein geschrieben werden;
- und schließlich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Kurzatmigkeit und Scheinerfolge zu entsagen,
- stattdessen Maßnahmen zu treffen, die allmählich, dafür aber dauerhaft Abhilfe versprechen.

Daß die Konsensfähigkeit der Sozialpartner in Zweifel geraten ist, liegt nach Otto Esser daran, daß die Gewöhnung an rapide Wohlstandszuwächse es immer noch erschwere, die Erwartungen und das wirtschaftliche Mögliche in Einklang zu bringen. Die privaten Haushalte schätzten ohnehin ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten nüchterner ein, als es mancher Gewerkschaftsfunktionär oder Politiker wahrhaben wolle. Bei der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiter verhalte es sich nicht anders. Sie seien es jedenfalls nicht, auf die sich einige radikale Kräfte berufen könnten.

Es gehe nicht darum, den sozialen Fortschritt zurückzudrehen, sondern aus wirtschaftlichen Engpässen und kleineren Wachstumsraten die richtigen sozialpolitischen Konsequenzen zu ziehen und sie im öffentlichen Bewußtsein zu verankern.

Verfahre man gegenteilig und stachele unrealistische Erwartungen noch obendrein an, dann setze man sich selbst unter Erfüllungszwang, dem man nicht entsprechen könne. Das provoziere dann Enttäuschung und belaste das soziale Klima. Der Arbeitskampf in der Stahlindustrie stehe dafür als Beispiel. Die 35-Stunden-Woche sei gegenwärtig ein falsches und unerfüllbares Ziel. Der Einstieg konnte und durfte nicht gewährt werden.

Sorgen äußerte Otto Esser über den tarifpolitischen Stil, den die Gewerkschaften in jüngster Zeit praktizierten. In der Stahlindustrie hätten sie ultimative Forderungen gestellt und den Einstieg in die 35-Stunden-Woche und nur diesen und keine andere Form der Arbeitszeitverkürzung gewaltsam durchsetzen wollen. Die Gewerkschaftsführung habe

sich die Wortradikalität einiger radikaler Kräfte zu eigen gemacht und sie noch weiter angeheizt. Das alles müsse notwendigerweise auf Kosten der Kompromißfähigkeit und zu Lasten der Tarifautonomie selbst gehen, die man bei den Gewerkschaften wie bei uns als ein unverzichtbares Element unserer Ordnung ansehe. Wörtlich fuhr er fort: „Die Arbeitgeber werden einer solchen 'härteren Gangart', wie Herr Loderer diese Vorgehensweise nennt, auch in Zukunft geschlossen entgegentreten müssen; sie haben keine andere Wahl. Ich kann vor der Durchsetzung einer solchen tarifpolitischen Praxis nur warnen. Am Ende bringt sie keinem etwas; weder den Gewerkschaften noch den Arbeitgebern, noch den Arbeitnehmern. Vor der Verabsolutierung und Dogmatisierung hat noch keine demokratische Einrichtung standhalten können. Und die Tarifautonomie als Instrument der Befriedung sozialer Gegensätze ist eine empfindliche Einrichtung. Ihre Alternative ist die staatliche Lohn- und Preisregulierung. Und diese ist – wie alle ausländischen Beispiele zeigen – gegenüber der freien Tarifvereinbarung die eindeutig schlechtere.“

Gut für uns alle wäre es, so Otto Esser weiter, wenn wir ein Stück Dialog- und Kompromißfähigkeit in der Tarifpraxis zurückgewännen. Das bedeute dann allerdings auch Abschied zu nehmen von den lauthals proklamierten Festlegungen vor jeder Tarifrunde, um Mitgliedern und der „Basis“ zu imponieren; das bedeute dann auch größere Behutsamkeit und vorheriges Sondieren zwischen den Tarifpartnern, und es bedeute schließlich die Kontaktaufnahme der Tarifpartner während der Laufzeit, wenn es noch nicht um einen neuen Tarifvertrag geht. – In manchem Tarifbereich werde Letztgenanntes mit Erfolg praktiziert. Angesichts der Tatsache, daß die Gewerkschaftsseite ihre Tarifpolitik abstimme, hätten die Arbeitgeber nur die eine Chance der Solidarität, der vergleichweisen Abstimmung ihres tarifpolitischen Verhaltens sowie das Mittel der Aussperrung im Arbeitskampf. Ohne diese Elemente sei ein Gleichgewichtsverhältnis der Tarifpartner nicht denkbar. Ohne dieses wären Chancen und Risiken in der Tarifautonomie ungleich verteilt.

Den Versuch, die tarifpolitische Koordinierungspraxis auf dem Boden der Bundesvereinigung zu diskreditieren, wies Otto Esser zurück:

„1. In der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben ihre Mitglieder, die Tarifträgerverbände, schon seit den 60er Jahren gemeinsam und einstimmig ihre tarifpolitischen Grundsatzpositionen vereinbart. Sie bemühen sich entsprechend um die Einhaltung dieser gemeinsamen Beschlüsse. Über die Ergebnisse der Koordinierungspraxis wird in jedem Geschäftsbericht öffentlich berichtet.“

2. Auch bei den Gewerkschaften gibt es eine ähnliche oder vergleichbare Abstimmungspraxis, vielleicht nur mit dem einen Unterschied, der in der Natur der Sache liegt: Die Gewerkschaften sind in dem Ausmaß ihrer Forderungen unbegrenzt. Die Arbeitgeberverbände halten dagegen und müssen entsprechend ihre Grenzpositionen bestimmen.

Lassen Sie mich deshalb ganz deutlich und zugespitzt sagen: Wer dies als den 'Klassenkampf von oben' bezeichnet, der weiß entweder nicht, wovon er spricht, oder er will im anderen Fall den Unternehmern das Recht absprechen,

sich gegen gewerkschaftliche Tarifdiktate zur Wehr zu setzen.

Zum einen ist es ein Gebot der gesamtwirtschaftlichen Orientierung für die Arbeitgeberverbände, die große Tariflinie abzustecken und davon die Öffentlichkeit zu überzeugen. Zum anderen erfordert es die Vielgestaltigkeit der Strukturen in Betrieben und Branchen, den gesteckten Rahmen in der Tarifpraxis auszufüllen. Die Buntscheckigkeit der Tariflandschaft zeigt, daß von einer Uniformität oder von einer tarifpolitischen Zentralisierung überhaupt keine Rede sein kann.“

Der Präsident der Bundesvereinigung bedauerte, daß die Konzertierte Aktion nicht mehr zustande gekommen sei, der Spitzendialog mit dem DGB immer weiter hinausgezögert werde. Durch das Mitbestimmungsverfahren in Karlsruhe sei das soziale Klima in der Bundesrepublik trotz aller Auseinandersetzung im Vorfeld des Verfahrens nach der sachlich fairen Verhandlung am Ende eher gestärkt als belastet worden.

Die Fähigkeit zum sozialen Konsens hänge nicht von der Etablierung der Gewerkschaftsmacht in den Betrieben ab, sondern von der Kooperationsbereitschaft der Sozialpartner im überbetrieblichen Bereich und von der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und ihren Mitarbeitern. Deshalb könne die Einführung der paritätischen Mitbestimmung kein Gradmesser für die Reformfähigkeit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein. Der Fortschritt bis heute beweise die soziale Reformfähigkeit im Rahmen der Verfassung.

Nach der allmählichen wirtschaftlichen Besserung 1978 komme es im Jahr 1979 darauf an, alles zu unterlassen, was diesem, wenngleich nicht starken, so doch allmählichen Aufwärtstrend entgegenwirke. Entscheidend werde sein, daß die Konjunktur von den weiteren Tarifabschlüssen dieses Jahres und der Art der Tarifverhandlungen nicht noch zusätzlich belastet, sondern abgestützt werde. Die Tarifrunde in der Metallindustrie werden in diesem Zusammenhang einen entscheidenden Stellenwert für das Investitions- und soziale Klima haben. Es seien tarifpolitische Entscheidungen erforderlich, die zur Sicherung der stabilitätspolitischen Erfolge und auch zur Kostenstabilisierung beitragen, damit es in den Unternehmen zu einer durchgreifenden Verbesserung der Ertragskraft und Investitionsfähigkeit komme.

Otto Esser warnte vor einer Dramatisierung der technologischen Entwicklung. Die Schere zwischen Wachstum und Produktivitätsfortschritt, die als die eigentlich drohende Gefahr für die Beschäftigung in der Zukunft beschworen werde, sei für die deutsche Wirtschaft kein unabwendbares Schicksal. Es sei nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß sich diese Diskrepanz wieder schließt. Die wirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Jahr habe schon einen annähernden Gleichschritt von Produktivität und Sozialprodukt gebracht. Ohne eine Stabilisierung der Lohnkosten, ohne eine weitere Verbesserung der investitionspolitischen Rahmenbedingungen und ohne eine Förderung der Produktinnovationen sei dieses Ziel nicht erreichbar. Wenn es gelinge, die Schere zwischen Wachstum und Produktivitätsfortschritt auf diese Weise wieder zu schließen und gar in ihr Gegenteil umzukehren, dann fehle auch von dieser Seite her die Voraussetzung für forcierte Arbeitszeitverkürzungen. Dies gelte um so mehr angesichts der Facharbeiterlücke und der vornehmlichen Arbeitslosigkeit von Problemgruppen. Die Arbeitszeitverkürzung sei ein untaugliches Instrument zur Lösung von Arbeitsmarktp Problemen. Viel eher stehe zu befürchten, daß hierdurch – vor allem aber durch die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung –

das wirtschaftliche Wachstum behindert und die Beschäftigungsprobleme eher noch vergrößert würden.

Eine Ablehnung der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bedeute andererseits nicht, daß dies auch für jede andere Form der Arbeitszeitverkürzung gelten müsse. Entscheidend seien jedoch Art, Ausmaß und Motiv. Bereits seit 1950 gebe es einen Trend rückläufiger Arbeitszeit. Bis in die jüngste Vergangenheit hinein habe die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden Jahr für Jahr um knapp ein Prozent abgenommen. Vor allem die Verlängerung des Urlaubs und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch die Verlängerung der Schulzeit und durch das Vorziehen der flexiblen Altersgrenze habe in den letzten Jahren diese Zeitabnahme bewirkt. Urlaubsverlängerungen, Sonderfreistellung für Schichtarbeiter oder für Ältere, wofür es seit eh und je branchentypische Beispiele gebe, hätten ebenfalls ihre Rolle gespielt. Sie waren eine andere Form des Wohlstandszuwachses, die selbstverständlich den Lohnerhöhungsspielraum verkürzt habe.

Mittel der Beschäftigungspolitik waren solche Verkürzungen nie und würden es auch künftig nicht sein. Die Tarifrunde dieses Jahres werde ausschlaggebend dafür sein, ob wir in dieser Frage kontinuierlich und vernünftig weiter verfahren oder ob das falsche Pferd bestiegen werde. Dann allerdings würden die Auftriebskräfte der Konjunktur von der Arbeitszeit- und Kostenseite neue Rückschläge erfahren.

Als ein weiteres Schlüsselproblem für die Zukunft bezeichnete Esser die Produktinnovation: „Was uns Unternehmer angeht, so sehen wir in der Schaffung neuer Produkte, in der Qualitätsverbesserung, in der Minderung der Kosten und in der Verringerung des Energie- und Rohstoffaufwandes unsere Hauptaufgabe. Diese Anstrengungen gehören zum Wesen einer dynamischen Wirtschaft.“

Was uns fehlt, ist die prinzipielle Anerkennung durch die Politiker und die Gewerkschaften, daß die Investitionsrisiken und Ertragschancen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssen und daß es darum geht, bürokratische Hindernisse nicht nur öffentlich zu beklagen, sondern sich an ihrem Abbau zu beteiligen. Bisher sind Absichtserklärungen solcher Art nur wenig Taten gefolgt.“

Die Veränderung der internationalen Nachfrage- und Wettbewerbsbedingungen bedeute auch für die Arbeitnehmer eine Herausforderung. Eine Verstärkung des Bestands- und Kündigungsschutzes mit der Tendenz, die Arbeitsplätze beamtenähnlich abzusichern und dabei an die Vorstellungen des Beschäftigungszwangs dicht heranzukommen, sei gewiß die falsche Antwort. Es gehe vielmehr darum, die Grenzen abzustecken, wo Bestands- und Kündigungsschutz beginnen unsozial zu wirken, weil sie den technischen Fortschritt und die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze blockierten. Der forcierte Ausbau von Einkommens- und Arbeitsplatzsicherungen verfestige nicht nur die vorhandenen Mobilitäts- und Investitionshemmnisse, sondern habe obendrein einen arbeitsmarktpolitischen Bumerangeffekt: Je stärker der Bestandsschutz, desto strenger die Maßstäbe bei Neueinstellungen!

Die Politik der Nivellierung und Sockelbeträge, d.h. der überproportionalen Anhebung der Löhne und Gehälter für untere Tarifgruppen gegenüber den anderen habe dazu geführt, daß deren Leistungen künstlich verteuert und damit die Rationalisierungsoffer von morgen praktisch vorprogrammiert würden. Man könne wohl sagen, daß in vielen Fällen in der Vergangenheit durch eine in vieler Hinsicht fehlgeleitete Tarifpolitik Arbeitsplätze auf diese Weise nicht „wegrationalisiert“, sondern eher „wegtarifiziert“ worden seien.

Arbeitgeberfragen

Umfrage über Arbeitskräftemangel

Die Umfrage des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr hat bestätigt, daß globale Arbeitszeitverkürzungen die Besetzungsschwierigkeiten der Betriebe verstärken und sich ausgesprochen produktionshemmend auswirken würden. Ebenso verdeutlicht das Ergebnis, daß der Arbeitsmarkt durchaus in der Lage wäre, das Reservoir der hier lebenden Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer aufzunehmen. Das Ministerium unterstützt deshalb auch die Bestrebungen um eine flexiblere Handhabung des Arbeitserlaubnisverfahrens für diesen eingereisten Personenkreis.

In der Darstellung der Einzelergebnisse führt das Wirtschaftsministerium in seinem Bericht, gestützt auf eine Anfrage bei unserem Landesverband, auf, daß die befragten Firmen 13% offene Stellen gemeldet haben, das bedeutet, daß schätzungsweise 1–2% der Arbeitsplätze im gesamten bayerischen Groß- und Außenhandel nicht besetzt werden können. Ein deutlicher Schwerpunkt besteht im Großhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Werkzeugen, auf den allein etwa 15% der offenen Stellen entfallen. Von den fehlenden Arbeitskräften entfallen 52% auf Angestellte, 40% auf gewerbliche Arbeitnehmer und 8% auf Auszubildende.

Konsequenzen der Unternehmen

Nach dem Bericht sind die Konsequenzen, die von den Unternehmen aus dem Mangel an Arbeitskräften gezogen werden, äußerst vielfältiger Natur. Sie reichen von allgemeinen Maßnahmen wie Kontakten zur Arbeitsverwaltung und eigenen Inseraten, Handzetteln usw., zur Gewinnung von Kräften über Überstunden, Rationalisierungsmaßnahmen,

verstärkte Lehrlingsausbildung, betriebliche Einarbeitungs- und Schulungsmaßnahmen, verzögerte Auftragsausführung, Inanspruchnahme von Leiharbeitskräften, Vergaben an Subunternehmen bis hin zum Verzicht auf Produktions-erweiterung und Produktionsverlagerung ins Ausland.

Regionale Schwerpunkte des Arbeitskräftemangels sind vor allem die Ballungsgebiete, allen voran München und Umgebung. Doch bestehen auch in anderen industriell-gewerblichen Standorten sowie im Hinblick auf das Gastgewerbe auch in Fremdenverkehrsorten Schwierigkeiten, das gesuchte Personal zu finden.

Gesucht werden meist qualifizierte Fachkräfte, teilweise aber auch Hilfskräfte, vor allem im Baugewerbe. Relativ gering dagegen ist die Nachfrage nach Frauen; am meisten gesucht sind qualifizierte Bürokräfte (z.B. Sekretärinnen), jedoch nur in Ganztagsbeschäftigung und Verkäuferinnen im Einzelhandel.

Auffallendes Ergebnis der Untersuchung ist auch, daß die Gewinnung von Arbeitskräften den mittelständischen Betrieben, vor allem bei der Suche nach Fachkräften, mehr Schwierigkeiten bereitet, als Großunternehmen.

Entwicklung der Personalzusatzkosten

Die Personalzusatzkosten setzen sich aus den gesetzlichen, den tariflichen und den freiwilligen Leistungen zusammen. Von ihnen stiegen die **gesetzlichen** seit 1966 am stärksten. Sie erhöhten sich von 19,40 (1966) auf 30,70 DM (1975) je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit und dürften in diesem Jahr auf 32,20 DM klettern.

Auch die tariflichen und freiwilligen Personalnebenkosten sind kräftig gestiegen. Gemessen am Entgelt für geleistete Arbeit erhöhte sich ihr Anteil von 24% im Jahre 1966 auf 33,9% im Jahre 1977. Über die Entwicklung seit dem Jahr 1966 gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß:

	1966	1972	1975	1976	1977	1978
Gesetzliche Personalzusatzkosten in vH des Direktentgelts	19,4	27,0	30,7	30,7	31,6	32,2
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber	11,8	15,1	17,7	18,7	18,7	18,7
Bezahlte Feiertage	4,0	4,3	5,1	4,0	4,8	5,3
Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Beiträge z. Unfallversicherung usw., Konkursausfallgeld	3,6	7,6	7,9	8,0	8,1	8,2
Tarifliche und freiwillige Personalzusatzkosten insgesamt	24,0	24,9	27,6	32,2	33,1	33,9
Urlaub	9,8	10,2	12,2	15,9	16,3	16,6
Sonderzahlungen (Gratifikationen, 13. Monatsgehalt usw.)	5,0	5,9	6,3	7,4	7,7	8,0
Betriebliche Altersversorgung	4,0	3,9	2,2	2,4	2,5	2,6
Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung	0,3	0,3	1,5	1,5	1,6	1,7
Naturalleistungen (auch Wohnungshilfe), Belegschaftseinrichtungen, Familienbeihilfen, Berufsausbildung und sonstige Aufwendungen	4,9	4,6	5,4	5,0	5,0	5,0
gesetzliche, tarifliche und freiwillige Personalzusatzkosten insgesamt	43,4	46,2	54,6	62,9	63,8	65,5
						66 – 67

Schwedischer Gewerkschaftschef: Keine neuen Arbeitsplätze durch eine Verkürzung der Arbeitszeit

Die Erfahrung zeige, daß Arbeitszeitverkürzung in der Industrie nicht die Zahl der Beschäftigten erhöhe. „Wir haben bei uns durch Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 40 Wochenstunden nicht einen einzigen Arbeitsplatz schaffen können. Stattdessen sind 300 000 Arbeitsplätze in der Industrie verschwunden“, stellt der schwedische Gewerkschaftschef Gunnar Nilsson laut FAZ fest. Auf die Frage, warum die deutschen Metaller für eine Arbeitsplatzteilung kämpften, obwohl sie die gleichen Erfahrungen haben sollten, erklärte Nilsson im „Svenska Dagbladet“: „Wenn sich die Arbeitslosigkeit jahrelang auf hohem Niveau hält und sich keine Besserung abzeichnet, greift man zu solchen hoffnungslosen Maßnahmen. Wir in den Fachorganisationen behaupten, daß die Arbeitslosigkeit mit einer mehr aktiven Wirtschaftspolitik zu lösen ist.“

Man wisse, so der schwedische Gewerkschaftschef weiter, daß die Wirtschaft Arbeitszeitverkürzung mit neuen technischen Lösungen beantworte, die bewirkten, daß die Zahl der Beschäftigten nicht steige. Es gebe keinen Grund zur

Annahme, daß von dieser Linie zukünftig abgewichen werde.

Nilsson sieht ferner durch Arbeitszeitverkürzung die gewerkschaftlichen Möglichkeiten eingeschränkt, indem er wörtlich erklärt: „Es wird beispielsweise schwer, Lohnerhöhungen durchzusetzen, wenn von den Unternehmern gefordert wird, die gleiche Arbeit durch mehr Arbeiter ausführen zu lassen.“

Ein weiteres Risiko sieht er in der Verlagerung der Produktion. In diesem Zusammenhang spricht er die Befürchtung aus, daß die multinationalen Gesellschaften ihre Produktion aus Europa in die sogenannten Billiglohnländer, z. B. nach Südostasien, verlagerten.

Diese Äußerungen sollten zum Nachdenken anregen, zumal sie aus dem Munde eines Gewerkschaftsführers kommen, der in einem Land lebt, das durch sozialistische Experimente nicht zuletzt unter dem Druck der Gewerkschaften die Wirtschaft überfordert hat, mit Konsequenzen, die aufmerksamen Beobachtern der internationalen Szene bekannt sind. Man sollte nicht den Ast, auf dem man sitzt, absägen! Eine Erkenntnis, die die Gewerkschaften auch in der Bundesrepublik beherzigen sollten.

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1979

Zu einer Aussprache über die Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichtes 1979 hat Staatssekretär Dr. Schlecht vom Bundesministerium für Wirtschaft die Spitzenverbände des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, soweit sie Teilnehmer der früheren Konzertierten Aktion waren, am 10. Januar 1979 eingeladen. Für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) nahm Hauptgeschäftsführer Dr. Stahlmann teil. Weitere Gespräche wurden von Herrn Dr. Schlecht mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und dem Sachverständigenrat geführt. Wie bekannt, sieht das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 im § 3 vor, daß vor Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichtes die beteiligten Gruppen gehört werden sollen. Da aus den bekannten Gründen die Sitzungen des Lenkungsausschusses und der Konzertierten Aktion zur Zeit nicht mehr stattfinden, sind diese getrennten Gespräche notwendig geworden.

Das BMWi informierte über die sogenannten Eckwerte der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1979, wie sie in den Prognosen und Projektionen niedergelegt werden. Ausgangspunkt hierfür ist die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1978, die nach den jüngsten vorliegenden statistischen Daten ein reales Wachstum des Bruttosozialproduktes (BSP) von etwa 3,5% gebracht hat. Insbesondere seit dem zweiten Halbjahr 1978 habe sich die Entwicklung in allen wichtigen Faktoren deutlich gebessert, allerdings könne zum Jahreswechsel 1978/79 auch aus der Sicht des Ministeriums noch nicht mit hinreichender Sicherheit ein sich selbst tragender Aufschwung prognostiziert werden. Die Risiken dafür seien noch zu groß. Insbesondere wurden hier die handels-, wechselkurs-, entwicklungs- und energiepolitischen Risiken genannt. Auch sei nicht auszuschließen, daß zumindest klimatisch nach dem jüngsten Arbeitskampf die weiteren Lohnrunden dieses Jahres belastet würden. Dieses steht im übrigen nicht im Gegensatz zur Meinung des DGB. Die nach wie vor hohe Verschuldung der Öffentlichen

Hand müsse wohl dosiert und den konjunkturellen Erfordernissen angepaßt abgebaut werden.

Auf der Grundlage der verabschiedeten politischen Maßnahmen sei bei realistischer Schätzung mit einem realen Wachstum des BSP in 1979 von 4% zu rechnen. Die Arbeitslosenquote könne auf 4% gesenkt werden. Die Verbraucherpreisentwicklung würde jedoch auf 3% ansteigen, da einige der 1979 vorhandenen Sonderfaktoren wohl nicht mehr erwartet werden könnten. Diese Aussage bedeutet jedoch nicht, daß ein konjunktureller Geldentwertungsprozeß beginnt. Vom Außenbeitrag wird 1979 kein wesentlicher expansiver Effekt erwartet. Der private Verbrauch wird um knapp 4% steigen. Die Sparquote werde auch im Hinblick auf die steuerlichen Erleichterungen gleichbleiben. Bei der Investitionsentwicklung rechnet man gegenüber 1978 bei Bauinvestitionen mit einer Zunahme von 5%, bei Ausrüstungsinvestitionen mit einer Zunahme von 7%, wobei auch die Vorratsinvestitionen stärker ansteigen werden.

Zur Verteilungsrechnung wird bei nominaler Steigerung des BSP zwischen 7 und 8% folgendes angenommen: Die Beschäftigung steigt um 0,5%. Da jedoch auch die Zahl der Erwerbstätigen ansteigen wird, ist die Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit quantitativ nicht genau zu bestimmen. Die Arbeitszeit wird bei reiner Fortschreibung des bisherigen Trends um 0,5% abnehmen. Das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit wird um 7,5% steigen (pro-Kopf-Einkommen + 6%), das Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen zwischen 9 und 11%. Damit wird die bereinigte Lohnquote von 69% im Jahre 1978 auf 68,5% im Jahre 1979 geringfügig sinken. Sie erreicht damit den Stand wie im Jahre 1971. Eine solche Entwicklung würde auch der Vorstellung des Sachverständigenrates folgen, der eine notwendige Verteilungskorrektur in kleinen Schritten vorge schlagen hat, um wirtschaftliche und soziale Spannungen zu vermeiden.

Das Wirtschaftsministerium sieht zur Zeit keine Notwendigkeit zu weiteren konjunkturpolitischen Maßnahmen. Es

unterstützt die Geldmengenpolitik der Deutschen Bundesbank. Die Finanzpolitik der Öffentlichen Hände wird im bisherigen Rahmen fortgeführt, wobei mittelfristig jedoch nach wie vor eine Konsolidierung angestrebt wird. Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Programme werden weitergeführt. Neben einigen Sonderprogrammen wie ERP für Existenzgründungen, Mittelstandsförderung und Umweltschutz werden keine neuen Überlegungen grundsätzlicher Art im Jahreswirtschaftsbericht angekündigt werden.

Die Vertreter des Gemeinschaftsausschusses stimmten der Analyse und der Vorausschau des BMWi grundsätzlich zu. Auch nach Auffassung der Wirtschaft habe sich die wirtschaftliche Lage gefestigt, die Aussichten für das Jahr 1979 seien positiver zu bewerten als noch zu Anfang 1978. Die Belebung der Nachfrage, die größere Auslastung von Kapazitäten, die weitgehende Stabilisierung der Preise, die wenn auch nicht ausreichende Tendenzwende am Arbeitsmarkt und der Außenbeitrag lassen ein moderates Wachstum auch für 1979 erwarten. Allerdings wurde sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die relativ günstige Entwicklung nicht zuletzt beeinflußt worden ist und noch wird durch die Konjunkturprogramme der Öffentlichen Hand. Ansatzpunkte für einen sich selbst tragenden dynamischen Aufschwung seien, von einzelnen Bereichen abgesehen, nicht zu erkennen. Die exogenen Risiken insbesondere aus dem Ausland wurden insbesondere auch vom BGA nachhaltig unterstrichen.

Das nach wie vor vorhandene labile Investitionsklima sei aufgrund der Kosten- und Ertragslage weiter ein Hemmschuh für eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung. Die vor uns liegenden Tarifaueinandersetzungen seien klimatisch, unabhängig von ihren jeweiligen Ergebnissen, stark vorbelastet. Auch die ordnungspolitische Diskussion um den Staat als Reparaturwerkstätte der Marktwirtschaft trage nicht zu größerem Vertrauen der Unternehmer bei. Die außenwirtschaftlichen Risiken wurden von den Vertretern der gewerblichen Wirtschaft stärker akzentuiert als von den Vertretern des Ministeriums. Gleiches gilt für die Währungsrisiken einschließlich der möglichen inflationären Auswirkungen des Europäischen Währungssystems (EWS).

Übereinstimmend vertrat jedoch auch die Wirtschaft die Meinung, daß keine Notwendigkeit für neue weitere konjunkturpolitische Programme vorhanden sei, wobei jedoch die Konstanz der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesichert sein müsse. Das Schwergewicht wurde auf die Fortsetzung der Stabilitätspolitik gelegt, wobei Einigkeit herrschte, daß neben der hierfür notwendigen Geld- und Kreditpolitik auch die Finanz- und Tarifpolitik ihren Beitrag leisten müßten.

Das vom Ministerium angepeilte Wachstumsziel von 4% wurde als sehr optimistische und ehrgeizige Vorgabe bezeichnet.

Mit besonderem Nachdruck wurde das BMWi gebeten, die vorhandenen Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung zu betonen und nicht allzu optimistische Vorhersagen zu treffen, da diese dann ihrerseits sofort zu nicht vertretbaren Forderungen führen würden.

Zum besonders umstrittenen Problembereich Arbeitszeitverkürzung wird der Jahreswirtschaftsbericht lediglich einige allgemeine Hinweise enthalten. Die Verantwortung der Tarifparteien wird betont. Nach Auffassung des BMWi könne eine Arbeitszeitverkürzung – nach Branchen und Gruppen differenziert und der jeweiligen Struktur des Arbeitsmarktes angepaßt – lediglich eine flankierende Maßnahme zur Lösung arbeitsmarktpolitischer Probleme sein.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

Keine Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb

In einem Unternehmen mit etwa 870 Arbeitnehmern waren rd. 660 bei der tarifschließenden Gewerkschaft als Mitglieder eingetragen. Diese Gewerkschaft beabsichtigte nunmehr, außerhalb der Arbeitszeit und während der Pausen, aber im Betrieb, ihre Vertrauensleute wählen zu lassen. Dagegen setzte sich der Arbeitgeber zur Wehr, weshalb die Gewerkschaft bei Gericht beantragte, den Betrieb zur Duldung der Durchführung der Wahl der Vertrauensleute zu verurteilen. Sowohl in erster wie auch in zweiter Instanz konnte die Gewerkschaft jedoch mit ihrem Begehren nicht durchdringen und wir entnehmen dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf vom 14. 10. 1976 – 7 Sa 626/76 – folgende Sätze:

In der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts wird anerkannt, daß die Werbe- und Informationstätigkeit der Gewerkschaften durch Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes geschützt ist. Diese Tätigkeit gehört zum Kernbereich der verfassungsrechtlich gesicherten gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit. Die Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Betrieb ist jedoch nicht diesem Kernbereich zuzurechnen. Es geht dabei nämlich nicht in erster Linie um Werbung von Mitgliedern oder Informationserteilung, sondern um eine verbandsinterne Maßnahme, welche sich im innergewerkschaftlichen Bereich abspielt. Der geeignete Ort hierfür ist das Gewerkschaftshaus oder ein sonstiger Raum, in welchem die Gewerkschaft das Hausrecht ausübt. Die Gewerkschaft hat durchaus die Möglichkeit, die Wahl nach demokratischen Grundsätzen auch außerhalb des Betriebes vorzunehmen. Der Umstand, daß dann die Wahlbeteiligung geringer sein könnte, ist nicht entscheidend. Es ist Sache der Gewerkschaft, ihre Mitglieder dergestalt anzusprechen, daß sie zur Wahl erscheinen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Wann muß eine Krankheit bei Einstellung offenbart werden?

Ein Arbeitsvertrag kann nicht nur durch eine Kündigung, sondern auch durch eine Anfechtung beendet werden, wenn der Anfechtende den Arbeitsvertrag nicht geschlossen haben würde, hätte er zu diesem Zeitpunkt Kenntnis von Umständen gehabt, die einen vernünftig, objektiv und nüchtern urteilenden Arbeitgeber von der Einstellung abgehalten haben würden. Mit dieser Rechtsmaterie hatte sich das Landesarbeitsgericht Berlin in seinem Urteil vom 10. 10. 1977 – 9 Sa 61/77 – (BB 1978 Seite 1311) zu befassen. Es ging dabei um folgenden Sachverhalt: Der Betrieb hatte einen neuen Mitarbeiter eingestellt; nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß dieser an einem Magengeschwür litt und für die vorgesehene Tätigkeit nicht in Frage kam. Die seitens des Arbeitgebers unverzüglich erklärte Anfechtung wurde von der Kammer nicht bestätigt:

Der Arbeitgeber hat häufig ein verständliches Interesse zu erfahren, ob der Bewerber gesundheitlich in der Lage ist, die vorgesehene Arbeit ordnungsgemäß zu erledigen, während der kranke bzw. krank gewesene Arbeitsuchende bei wahrheitsgemäßer Beantwortung entsprechender Fragen Gefahr läuft, gar nicht erst eingestellt zu werden. Eine diesbezügliche Offenbarungspflicht kann ausnahmsweise nur dann angenommen werden, wenn der Bewerber infolge seiner Erkrankung die elementarsten Anforderungen an den vor-

gesehenen Arbeitsplatz bei objektiver Betrachtungsweise nicht erfüllen kann. So muß insbesondere eine Mitteilungspflicht für akute, nicht behebare, chronische oder ansteckende Krankheiten bejaht werden, wenn dadurch die allgemeine Leistungsfähigkeit nicht unerheblich herabgesetzt wird oder die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitnehmern des Betriebes diesen unzumutbar erscheint.

Das Bundesarbeitsgericht geht davon aus, daß der Arbeitnehmer ungefragt seinen Gesundheitszustand dann zu offenbaren habe, wenn er damit rechnen muß, infolge einer bereits vorliegenden Krankheit seiner Arbeitspflicht nicht nachkommen zu können. Es liegt aber auf der Hand, daß der erkrankte Arbeitnehmer, insbesondere wenn er die Krankheit nicht verschuldet hat, allein schon deswegen ein besonderes Interesse am Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses hat, weil er sonst in aller Regel seine einzige wirtschaftliche Existenzgrundlage verliert. Deshalb werden mit Recht besonders strenge Anforderungen gestellt, wenn der Arbeitgeber wegen krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers das Arbeitsverhältnis beenden will.

Führerscheinentzug und Kündigung

Ein Kraftfahrer hatte unter Alkoholeinwirkung bei einer Privatfahrt einen Verkehrsunfall verursacht und wurde hierfür unter anderem mit einem Führerscheinentzug von 7 Monaten bestraft. Die Firma reagierte mit einer fristlosen Entlassung, da sie schließlich einen Kraftfahrer mit und nicht ohne Führerschein benötigte. Während Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht die Klage des Arbeitnehmers gegen diese Maßnahme abgewiesen hatten, machte das Bundesarbeitsgericht in seinem Urteil vom 30. 5. 78 – 2 AZR 630/76 – (DB 1978 S. 1790) hiergegen Bedenken geltend und verwies die Sache zur erneuten Sachaufklärung, Verhandlung und Entscheidung an die zweite Instanz zurück. In den Gründen ist unter anderem folgendes zu lesen:

Die Entziehung des Führerscheines kann bei einem Arbeitnehmer, welcher als Kraftfahrer tätig ist, grundsätzlich die fristlose Kündigung rechtfertigen, weil der Arbeitnehmer dadurch seine Arbeitspflicht vorübergehend nicht mehr erfüllen kann und darf. Eine außerordentliche Kündigung kommt jedoch nur in Betracht, wenn alle anderen, nach den jeweiligen Umständen möglichen und angemessenen mildernden Mittel (z. B. Abmahnung, Versetzung, einverständliche Abänderung des Vertrages, außerordentliche Änderungskündigung oder ordentliche Kündigung) erschöpft sind, das in der bisherigen Form nicht mehr haltbare Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Der Entzug des Führerscheines wegen Trunkenheit im Verkehr bei einer Fahrt in der Freizeit ist nicht unter allen Umständen ein Grund, einen als Kraftfahrer eingestellten Arbeitnehmer fristlos zu entlassen.

Die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung ist auch bei einer außerordentlichen Kündigung in aller Regel dann zu prüfen, wenn das Hindernis, welches der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit seinem bisherigen Inhalt entgegensteht, es nicht zugleich ausschließt, den Arbeitnehmer zu anderen Bedingungen weiterzubeschäftigen. Dabei ist zur Klarstellung darauf hinzuweisen, daß eine außerordentliche Kündigung nicht schon deswegen unwirksam ist, weil der Arbeitgeber zuvor nicht geprüft hat, ob er den Arbeitnehmer auf einem anderen Arbeitsplatz weiterbeschäftigen kann und dem Arbeitnehmer deswegen auch keine Versetzung angeboten hat. Entscheidend ist vielmehr, ob die Umsetzung des Arbeitnehmers auf einen anderen freien Arbeitsplatz tatsächlich möglich war. Es kann deswegen vom Arbeitgeber erwartet werden, daß er von sich aus eine Übergangsregelung anstrebt, bevor er sich von dem Arbeitnehmer durch fristlose Kündigung zu trennen versucht.

Lehnt der Arbeitnehmer die Versetzung auf einen anderen Arbeitsplatz grundsätzlich oder zu den ihm angebotenen Bedingungen ohne Vorbehalt nach § 2 des Kündigungsschutzgesetzes ab, dann steht es dem Arbeitgeber frei, die außerordentliche Beendigungskündigung auszusprechen. Nimmt der Arbeitnehmer das Änderungsangebot unter dem Vorbehalt des § 2 des Kündigungsschutzgesetzes an, dann ist es dem Arbeitgeber zuzumuten, von der Beendigungskündigung abzusehen und eine außerordentliche Änderungskündigung zu erklären. Diese Kündigung kann er dann, wenn ihm eine Weiterbeschäftigung nach Ablauf der Kündigungsfrist nicht möglich oder nicht zumutbar ist, zugleich mit einer ordentlichen Kündigung verbinden. Zu den Umständen, die vom Arbeitgeber zu beweisen sind, gehört auch das von ihm behauptete Fehlen von freien Arbeitsplätzen, auf welche der Arbeitnehmer hätte versetzt werden können. Die Darlegungs- und Beweislast ist also nicht so aufzuteilen, daß der Kündigende nur die den Gekündigten im Rahmen der Interessenabwägung belastenden Umstände und der Gekündigte die für ihn günstigen Tatsachen darlegen und beweisen müßte.

LGA-Stenogramm für den Monat Januar 1979

12. 1.

Besprechung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr über die Ausgestaltung des Programms zur Förderung der kostenlosen Kurzberatungen im Handel

16. 1.

Neujahrsempfang der DAG, München

17. 1.

Empfang der IHK Augsburg anlässlich der Konstituierung der neugewählten Vollversammlung

18. 1.

Sitzung des Messebeirates im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr

19. 1.

Außerordentliche Gesellschafterversammlung der Bundesbetriebsberatungsstelle, Bonn

22. 1.

Teilnahme an einem Empfang des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels anlässlich der Verleihung der goldenen Ehrennadel an Herrn Dr. Marzin

23. 1.

Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des Bildungszentrums, München

24. 1. u. 25. 1.

Bayerische Unternehmertage, München, unter Beteiligung von Herrn Präsident Braun an der Podiumsdiskussion

25. 1.

Sitzung des Unterausschusses für Arbeits- und Tarifrecht des BGA in Köln

29. 1.

Sitzung des Berufsbildungsausschusses im LGA, München

30. 1.

Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den neuen Manteltarif

31. 1.

Teilnahme am Arbeitskreis „Weiterbildung“ der VAB

Wettbewerbsrecht

Kartellrechtliche Beurteilung von Einkaufszusammenschlüssen – Handel

Das Bundeskartellamt hat auf der Grundlage der Diskussion mit den betroffenen Verbänden die kartellrechtliche Beurteilung von Einkaufszusammenschlüssen erörtert. Der Präsident des Bundeskartellamtes hat sich über das Ergebnis der bisherigen Überlegungen in einem Schreiben an den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels wie folgt geäußert:

„Die grundsätzlich positive Einschätzung der Einkaufskooperationen selbständiger Handelsunternehmen beruht auf wettbewerbspolitischen Überlegungen. Die meisten an Einkaufskooperationen beteiligten kleinen und mittleren Unternehmen sind ohne die vielfältigen Leistungen der jeweiligen Kooperationszentrale nicht wettbewerbsfähig gegenüber den großbetrieblichen Handelsunternehmen. Ihnen gegenüber ermöglicht die Einkaufskooperation vergleichbare Einkaufskonditionen und zugleich die Inanspruchnahme und Finanzierung der sonstigen Leistungen der Kooperationszentrale. Die auf diese Weise ermöglichte Aufrechterhaltung einer vielfältigen Angebotsstruktur dient auch dem Endverbraucher unter der Voraussetzung, daß auf den Handelsstufen wesentlicher Wettbewerb bestehen bleibt. Bedenken werden in der wettbewerbspolitischen Diskussion gegen die Einkaufskooperation jedoch geltend gemacht, wenn sie die rechtliche Handlungsfreiheit und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Mitglieder oder der Lieferanten beschränkt oder durch hohe Marktanteile entscheidende Machtpositionen gegenüber den Lieferanten erreicht.

Das Bundeskartellamt teilt diese grundsätzlich positive wettbewerbspolitische Bewertung. In diesem Rahmen sieht das Bundeskartellamt keinen Anlaß zu kartellrechtlichen Maßnahmen aufgrund der §§ 1 und 15 GWB gegen die Einkaufskooperationen. Das gilt unabhängig von der Rechtsform (z.B. Genossenschaften, Handelsgesellschaften) und von der Organisationsform (Vermittlung durch oder Bezug über die Kooperationszentrale).

Unter dem Gesichtspunkt unzulässiger Bindungen der Mitglieder der Einkaufskooperationen werden in der Regel vor allem zu beanstanden sein:

- Bezugsbindungen aufgrund unmittelbarer vertraglicher Verpflichtung
- mittelbare (wirtschaftliche) Bezugsbindungen Konzentrationsrabatte und -boni sowie entsprechende Kostenumlagesysteme Verbot der Doppelmitgliedschaft, soweit dadurch die Bezugsmöglichkeiten bei anderen Lieferanten wesentlich eingeschränkt werden
- Vereinbarungen über Platzschutz der Mitglieder untereinander

Unter dem Gesichtspunkt unzulässiger Bindungen der Lieferanten sind vor allem zu beanstanden:

- Meistbegünstigungsklauseln (entsprechend Beschluß des Bundeskartellamtes Metro)
- Ausschluß der Direktbelieferung von Mitgliedern

Diese Aufzählung von regelmäßig unzulässigen Bindungen bedeutet nicht, daß nicht auch andere Bindungen vom Bundeskartellamt unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls beanstandet werden können, wie z.B. Preis- und Konditionenbindungen im Vermittlungsgeschäft oder Verpflichtungen der Mitglieder, bestimmte Dienstleistungen von der Zentrale in Anspruch zu nehmen.

Der Großhandel, seine Kunden und Konkurrenten

Mittelständischer Kern im Handel wird sich behaupten können

Die Bayerische Staatsregierung hat dem Bayerischen Landtag in angemessenen Zeitabständen – mindestens alle zwei Jahre – einen Bericht über die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe in Bayern zu erstatten, wie Art. 16 des Mittelstandsförderungsgesetzes vorschreibt. Das Mittelstandsförderungsgesetz weist der Politik für die kleinen und mittleren Unternehmen sowie für die freien Berufe zentrale Bedeutung im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Bayerischen Staatsregierung zu.

Der jetzt vorliegende zweite Bericht beschreibt die seit 1976 eingetretene zwischenzeitliche Entwicklung im mittelständischen Bereich. Für den Großhandel in Bayern werden folgende Aussagen getroffen:

1976 entfielen auf die Umsatzgrößenklassen bis 10 Millionen DM 95% der Großhandelsunternehmen. Dabei reicht der mittelständische Bereich z.T. noch in die Größenklasse von 10 Millionen DM bis 25 Millionen DM hinein. Etwa die Hälfte der steuerpflichtigen Unternehmen (50,9%) erzielte Jahresumsätze von weniger als 500.000 DM und kam damit lediglich auf einen Anteil am gesamten Großhandelsumsatz von 2,7%. Die 47,4% Mittelbetriebe (500 DM bis 25 Millionen DM Jahresumsatz) konnten dagegen einen fast gleich hohen Umsatzanteil (43%) verbuchen. Die restlichen 54,3% des Umsatzvolumens konzentrierten sich auf nur 1,7% der umsatzstärksten Großhandelsunternehmen in Bayern.

Eine Existenzfrage sieht die Bayerische Staatsregierung für den funktionsgerechten Großhandel darin, ob weite Industriekreise auch künftig der Einschaltung dieser Wirtschaftsstufe den Vorzug vor dem Ausbau eigener Vertriebsorganisationen geben werden und wie sich der Einzelhandel als wichtiger Marktpartner dieser Wirtschaftsstufen entfalten kann. Nach wie vor wird mit einer Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses im klein- und mittelbetrieblichen Handel gerechnet. Immerhin läßt aber die Anpassungsfähigkeit des mittelständischen Handels an die Erfordernisse zahlreicher Teilmärkte erwarten, daß sich ein mittelständischer Kern im Handel behaupten wird.

Braun bei Tagung mit Ministerpräsident Strauß in Paris

Neue Anstöße für eine fruchtbare europäische Afrikapolitik der EG erwartet Präsident Walter Braun von einer Ende Januar in Paris zu Ende gegangenen Afrikatagung prominenter deutscher und französischer Politiker, an der u.a. Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Staatsminister Dr. Fritz Pirkel, der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Dr. Jürgen Todenhöfer MdB und aus der nordbayerischen Wirtschaft Präsident Braun teilnahmen.

Europa und Afrika hätten mehr gemeinsame Interessen und seien stärker voneinander abhängig, als bisher in der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit sichtbar werde, sagte Braun. Innerhalb Europas wäre ein noch besser abgestimmtes aktives Handeln erwünscht, zu dem auch die Wirtschaft beitragen könne.

Verschiedenes

Jahreshauptversammlung Elektro - Rundfunk - Fernsehen

Die diesjährige Jahreshauptversammlung des Fachzweigs Elektro - Fundfunk - Fernsehen im LGA wurde wegen des anstehenden Themas „Regionalfachschau für Elektromaterial nach dem Dortmunder Modell“ in eine nordbayerische und eine südbayerische Versammlung geteilt, weil es auf diese Weise möglich war, mehrere Gäste zu diesem Thema zu hören. So nahmen als Gäste teil Herr Geyer, der Vorsitzende des Fachverbands 7 des ZVEI und Herr Ing. Zausinger, Vorsitzender des Landesinnungsverbands für das Bayerische Elektrohandwerk sowie das Vorstandsmitglied Herr Reil und der Geschäftsführer des Landesinnungsverbands, Herr Dr. Münnich, sowie die Herren Reiß und Zinsmeister der Firma BBC.

Nürnberger Großhändler hatten sich in Dortmund über die dortige Fachschau informiert. Bei dieser handelt es sich um eine reine technische Informationsschau für Elektroinstallateure. Die Versammlung sprach sich dafür aus, das Dortmunder Modell nach Bayern zu übertragen und abwechselnd einmal im Jahr die Fachschau in Nürnberg und München abzuhalten und sich daran zu beteiligen. Die „ELFA“ (= Elektrofachschau der Handelsvertreter) solle in dieser Veranstaltung aufgehen.

Vorher hatte der Vorsitzende, Herr Bihler, Babenhausen, die Mitglieder über das Ergebnis der Beiratssitzung des VEG in Berlin am 5. und 6. Oktober 1978 eingehend informiert.

Außenhandel

Wie wir die Freiheit im Handel verlieren

Der freie Welthandel wird Stück für Stück demontiert. Während das Freihandelsprinzip in internationalen Abkommen und auch als nationales Außenhandelscredo unverändert gültig ist, wird in Wirklichkeit wegen des Beschäftigungsrisikos ein Sektor nach dem anderen gegen die vermeintlich negativen Wirkungen des Freihandels abgeschirmt.

Der Einzug planwirtschaftlicher Elemente in die Handelspolitik bedeutet Verlust an Dynamik der Wirtschaft. Die Folge sind Versorgungsmängel und steigende Preise, hohe Finanzmittelaufwendungen für Subventionierung, hohe Verwaltungskosten für die Überwachung aller Regelungen und steigende Steuern.

Nur wenn Schutzmaßnahmen mit Maßnahmen zur Beseitigung der Strukturschwächen gekoppelt und zeitlich begrenzt werden, kann längerfristig die marktwirtschaftliche Handlungsfreiheit wieder gewonnen werden. Wir brauchen den frischen Wind des Wettbewerbs, denn in der Summe der Marktkräfte steckt mehr Vernunft als in der Summe der Verordnungen, die sie ersetzen soll.

Die Freiheit auf den Lippen und das Reglement in der Hand

„Der Europäische Rat bekräftigt seine Entschlossenheit, das offene Welthandelssystem durch gemeinsame Anstrengungen zu stärken. Die Ausweitung des Welthandels, die

Der Geschäftsführer Rechtsanwalt Waimann referierte sodann über das Thema „Rechtliche Probleme hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung“. Beide Zusammenkünfte verliefen harmonisch und die zahlreich erschienenen Mitglieder nahmen an den entstandenen Diskussionen lebhaft teil.

Mittelstand

Technologieberatung für Mittelstand ausbauen

Den Ausbau der Technologieberatung für mittelständische Unternehmen durch ein bayerisches Förderungsprogramm hat Präsident Walter Braun, in einem Schreiben an den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, als vordringlich bezeichnet.

Das von Jaumann bereits angekündigte Programm, dessen Verzögerung Braun befürchtet, soll unter Federführung der Landesgewerbeanstalt Bayern in Nürnberg in Zusammenarbeit mit Hochschul- und Fachhochschullehrern, den Kammern und anderen Institutionen eine zusätzliche technologische Know-how-Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen bieten, wobei u. a. die ersten Beratungsstunden vom Staat finanziert werden können.

Das Programm wäre, wie Braun feststellt, ein wesentlicher Fortschritt der gezielten Mittelstandsförderung in der industriellen Produktion, und es würde Nachteile gegenüber anderen Bundesländern ausgleichen.

Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum stehen in einem engen Zusammenhang. Die Gemeinschaft wird dem Protektionismus im internationalen Handel entgegenwirken und fordert in diesem Zusammenhang zu verstärkter internationaler Kooperation und Konsultation auf,.

Dieses war ein wesentlicher Kernpunkt des Ergebnisses der Gipfelkonferenz der Regierungschefs der EG in Bremen im Juli 1978. Der ungehinderte Außenhandel ohne Beschränkungen weder für einzelne Produkte noch gegenüber bestimmten Ländern ist die wichtigste Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Weltwirtschaft.

Die bislang liberalste Außenwirtschaftsphase, der Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg, hat durch steigenden Wohlstand einerseits und durch zahlreiche, wenn auch manchmal weitgehende Strukturveränderungen bewiesen, daß eine flexible, aber freie Anpassung an die Bedürfnisse der Weltwirtschaft langfristig erfolgreicher ist als eine hoheitliche Reglementierung.

Das eingangs angeführte Zitat ist rechtlich abgesichert durch zahlreiche internationale und nationale Gesetzesbindungen. Die GATT-Vorschriften und das Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland, der Vertrag zur Gründung der EWG und die Präambeln zu internationalen Rohstoff- oder Fertigwarenregelungen, die Handels-

abkommen zwischen der Gemeinschaft und zahlreichen Regionen der Dritten Welt sowie bilaterale Handelsabkommen stehen jeweils unter der Zielsetzung der Ausweitung der Handelsfreiheit, des Abbaus von mengenmäßigen Beschränkungen und des Verbotes von administrativen Handelseingriffen.

Diese verpflichtenden Thesen stehen jedoch leider in zunehmendem Widerspruch zu der praktischen Ausgestaltung der Handelspolitik. Sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsstaaten ist der Protektionismus in der jüngsten Vergangenheit erheblich angewachsen. Es bestehen starke Bemühungen, weitere Schutzmaßnahmen einzuführen. Diese Wünsche werden verschieden begründet. Gemeinsam ist, daß alle Anwender von Protektionismen sich auf das Primat des Strukturschutzes für die eigene Produktion berufen. Mit sogenannten Strukturverbesserungswünschen wird das Bekenntnis zur Freiheit ausgehöhlt. Der Beispiele sind viele:

Höchstzölle, Bardepots, technische Schutzvorschriften, Ursprungsregeln, autonome Import- bzw. Exportquoten, Ausgestaltung internationaler Vereinbarungen durch Selbstbeschränkungsabkommen, Schutzklauseln, Mindest- oder Höchstpreise und die Fülle der technischen Handelshemmnisse wie Normen, gesundheitliche Regelungen, Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften, Zollbewertungspraktiken, administrative Zulassungsverfahren, Schutzgesetze und vieles anderes sind das Instrumentarium, mit dem die internationale Verpflichtung zur Ausweitung des Freihandels umgangen wird.

Internationale Arbeitsteilung oft in Vergessenheit geraten

Dabei darf nicht übersehen werden, daß bei der Weiterentwicklung der Weltwirtschaft die Interessengegensätze verschiedener Staaten heftig aufeinanderprallen und zu Veränderungen in den Handelsströmen führen, die nicht nur eine allmähliche Anpassung und Umstrukturierung der Erzeugung, des Absatzes und des Verbrauches von Waren zur Folge haben, sondern teilweise sogar bruchartige Veränderungen bewirken. Deshalb sehen die vorgenannten internationalen Vereinbarungen auch grundsätzlich Schutzklauseln vor, mit deren Hilfe plötzlichen Strukturveränderungen vorgebaut und mittelfristige Strukturanpassungen durchgeführt werden können. Diese Schutzklauseln, die im Rahmen der GATT-Bindung grundsätzlich nur allgemein, das heißt gleichzeitig gegen alle Anbieter des strukturgefährdenden Produktes angewendet werden dürfen, werden aber in zunehmendem Maße durch bilaterale Vereinbarungen ersetzt, denen meistens eine unwiderrufliche Befristung fehlt. Nur diese wäre Anlaß für den so geschützten Industriebereich, Umstrukturierungsmaßnahmen nicht nur zu beginnen, sondern auch innerhalb der vorgesehenen Schutzfrist zu beenden.

Protektionismus steckt an

„Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschränken beizutragen,“ sagt der EWG-Vertrag in Artikel 110. Diese klare und eindeutige Zielsetzung ist anfänglich nur durchbrochen worden durch die Abkoppelung der Agrarmarktpolitik, die von Beginn der Gemeinschaft an protektionistische Züge trug. Der Ausbau der Zollunion der Gemeinschaft wurde begleitet von einem für die einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlichen Abbau der Einfuhrbeschränkungen und – parallel zu weltweiten Bemühungen im GATT – durch einen Abbau der Zölle und Einfuhrhemmnisse.

Die Gemeinschaft ergänzte dann diese liberale Zielsetzung durch weitere aus dem entwicklungspolitischen Bereich stammende Prioritäten. Diese bei einer Gesamtbeurteilung als positiv zu beurteilende handelspolitische Entwicklung fand dann allerdings in zunehmendem Maße in den letzten Jahren wesentliche Einengungen. Die Präferenzregelungen wurden durch verschärfte Ursprungsvorschriften einerseits und durch Verfahrensvorschriften bezüglich des Zugangs zu den Präferenzen andererseits beschnitten. Hier begann die Differenzierung nach am geringsten entwickelten Ländern, normal entwickelten Entwicklungsländern und relativ entwickelten Staaten, den sogenannten Schwellenländern, die je nach ihrem Entwicklungsstand nur noch unterschiedlich von gebotenen Präferenzen Nutzen ziehen durften.

Ergänzt wurde diese Handelspolitik durch eine jedenfalls gegenüber den osteuropäischen Staatshandelsländern zunächst einmal ausgebaute Liberalisierungspolitik. Diese wurde aber nicht allgemein zum Abbau der Präferenzvorteile der bisher begünstigten Länder gegenüber den außenstehenden Staaten genutzt. Die Diskriminierung zahlreicher – insbesondere ostasiatischer, pazifischer und südamerikanischer – Staaten gegenüber den Präferenzräumen der Gemeinschaft vertiefte sich stattdessen.

Eine besondere Erschwerung im Außenhandel wurde bewirkt durch zunehmende Ideologisierung des Verbraucherschutzes, der durch zahlreiche Schutzgesetze zu einem echten Protektionismusinstrument entwickelt wurde.

Über diese verschiedenen Zielsetzungen stülpte die Gemeinschaft obendrein die Vergemeinschaftung der handelspolitischen Reglementierungen, getrennt nach westlichen und östlichen Ländern. Mit diesen Regelungen sollte ursprünglich der erreichte Liberalisierungsgrad in der Gemeinschaft festgeschrieben werden. Tatsächlich wurden die besonders liberalen Außenwirtschaftsregelungen einzelner Mitgliedstaaten auf ein wesentlich weniger freiheitliches Niveau zurückgeschrieben, die Produktlisten verkürzt und der bislang noch geltende Vertrauensschutz weitgehend abgebaut. Im Rahmen dieser Entwicklung kam dann als neues Element die Sektoralisierung der Schutzmaßnahmen gegenüber einzelnen Lieferländern auch **innerhalb der EG** hinzu. Diese Lieferländer wurden zwar mit Gemeinschaftsabkommen überzogen, die ihrerseits dann allerdings in der praktischen Verwaltung, in der weiteren Unterteilung nach EG-nationalstaatlichen Regelungen, einzelstaatlichen Kontingenten, Schutzklauseln und ähnlichem differenziert wurden, so daß das Lieferland sich nicht mehr der EG, sondern sieben quasi autonomen Einzelstaaten gegenüber sah. Diese Schutzmaßnahmen reichen inzwischen von dem gesamten Textil- und Bekleidungssektor und weiten Bereichen des Stahlmarktes hin bis zu Schuhen, Glühlampen, Papier, Reißverschlüssen, Regenschirmen, Baukeramik, elektronischen Erzeugnissen und vielen anderen Gütern mehr.

Eine wesentliche Ursache für diese negative Entwicklung war vor allem die Unterlassung der Gemeinschaft, eine einheitliche Währungs- und Konjunkturpolitik im EWG-Vertrag vorzusehen. Das Fehlen einer europäischen Zentralbank macht sich in zunehmendem Maße als Anlaß für unterschiedliche strukturelle Entwicklungen und damit für nach dem jeweils schwächsten oder am meisten protektionistisch eingestellten Mitgliedstaat ausgerichtete Schutzmaßnahmen innerhalb der Gemeinschaft bemerkbar.

Erschwerend tritt für die Gemeinschaft hinzu, daß sie sich bei den Wünschen nach zusätzlichen Protektionsmaßnahmen im Einklang mit vielen anderen Industrieländern befindet und mit diesen gemeinsam im Rahmen internatio-

nationaler Absprachen eine Strangulierung der Entwicklungschancen wichtiger Länder der Dritten Welt bewirkt. Das System der Schutzmaßnahmen ist nämlich so angelegt, daß der Zugang jedenfalls zu den europäischen Märkten zunächst nach der Position des schwächsten Importpartners beurteilt wird und dann einer Festschreibung unterliegt, die eine Ausweitung des Exportes in die Gemeinschaft und damit die Gewinnung weiterer zusätzlicher Absatzmärkte in Europa verhindert.

Ausgestaltung und Praxis der Handelsbeschränkungen

Die Reglementierung nach außen wird in zunehmendem Maße ergänzt durch eine ungewöhnlich restriktive Handhabung aller Schutzinstrumentarien im Innern. Die für die Außenhändler bestehenden – ohnehin schon weitgehend eingeschränkten Freiräume – werden sorgfältigen Kontrollen und Verwaltungsmaßnahmen unterworfen, die manchmal den Rest an verbliebener Freiheit nur noch als liberales Lippenbekenntnis erscheinen lassen. Dies mögen einige Beispiele verdeutlichen:

– Internationale Abkommen werden von der Gemeinschaft grundsätzlich mit einer erheblichen Verzögerung, die zeitweilig mehrere Jahre umfaßt, ratifiziert und erst damit gültiges EG-Recht. Selbstverständlich ist aber für die Gemeinschaft, daß diese Regelungen schon vorläufig vor ihrer Verabschiedung angewendet und somit rückwirkend in Kraft gesetzt werden. Als Beispiel möge hierfür die Fülle der Textilselbstbeschränkungsabkommen mit einer Reihe von Lieferländern dienen, die in den letzten Dezembertagen des Jahres 1977 überstürzt zum Verhandlungsabschluß gebracht worden, aber im Dezember des Jahres 1978 noch immer nicht ratifiziert sind, obwohl sie seit Januar 1978 praktiziert werden. Dazugehörige vorläufige Verordnungen wurden zwar unter dem Datum des 31.12.1977 in Amtsblättern der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht. Diese sind jedoch zwischen Ende Februar und Mitte April 1978 gedruckt und ausgeliefert worden.

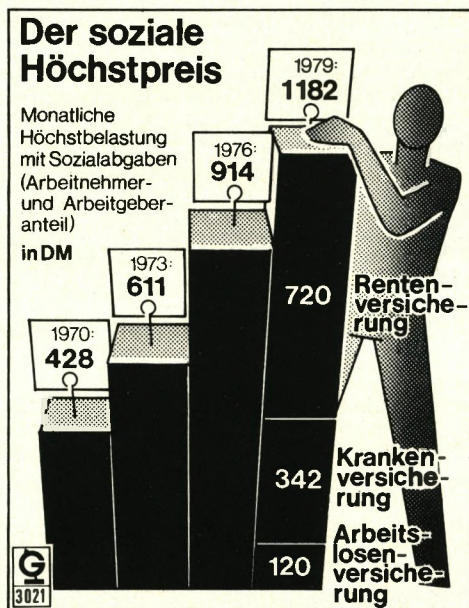
– Die Gemeinschaft hat nach Übertragung der handelspolitischen Autonomie von den Mitgliedstaaten auf Kommission und Ministerrat regelmäßig erhebliche Schwierigkeiten, sich auf einheitliche Mandate für Verhandlungen mit Drittländern zu einigen. Diese Verhandlungsmandate stellen in aller Regel unpräzise Kompromisse zwischen sehr unterschiedlichen Wunschvorstellungen jedes einzelnen Mitgliedstaates dar. Die daraus resultierenden Verhandlungsergebnisse mit Drittländern sind dann folglich ebenfalls mit dem Mangel der Ungenauigkeit behaftet. Solche Regelungen werden zunächst anhand der Handels- und Verwaltungspraxis erprobt und einer fortlaufenden Anpassung, Ergänzung und Präzisierung unterzogen. Diese verspäteten Konkretisierungen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden dann rückwirkend auf bereits eingeleitete oder getätigte Außenhandelsgeschäfte angewendet. Dabei fehlt es an ausreichendem Vertrauensschutz, der dadurch gewährt werden sollte, daß der bei Abschluß des Kontraktes gültige Wissensstand berücksichtigt und akzeptiert wird.

– Die Frage der Wahrung der Altverträge vor plötzlichen Eingriffen durch Anwendung von Schutzmaßnahmen aus dem EG-Außenhandelsrecht spielt in zunehmendem Maße eine wichtige Rolle. Die Gemeinschaft hatte ursprünglich zwar nicht die liberale Vorstellung des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes, das einen fast kompletten Altvertragschutz vorsieht, in ihre Verordnungen übernommen, sondern sich auf einen geringeren Schutz, der nur schwimmende Ware bei Entliberalisierung berücksichtigte, festgelegt. Selbst diese schon mit deutschen Rechtsvorstellungen nicht mehr in Einklang zu bringende Regelung wird jetzt bei der Novellierung der europäischen Außenwirtschaftsrechts-

vorschriften nochmals eingeengt, und somit praktisch auch jeglicher allgemeiner Vertrauensschutz beseitigt. Der notwendige – oft mehr als 12 Monate umfassende – Dispositionszeitraum des Importeurs zum Abschluß von Einkaufskontrakten wird damit durch staatliche Regulierungspraxis zu einem Risiko, das schlechterdings überhaupt nicht kalkulierbar ist, da eine Vorwarnung von den europäischen oder nationalen Behörden bezüglich derartiger Entliberalisierungsmaßnahmen nicht gegeben wird.

1979: Fast 1200 DM im Monat

Mehr als 1000 DM Sozialabgaben im Monat? Das erschien noch zu Beginn der 70er Jahre fast undenkbar. Damals waren 428 DM der Höchstpreis, den die guten Verdienner an die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zahlen mußten (wobei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil zusammengerechnet sind). Aber bereits im Jahre 1977 war die 1000-DM-Grenze übersprungen. 1978 kostete die soziale Sicherheit schon maximal 1093 DM im Monat, und 1979 werden es 1182 DM sein. Dieser Anstieg wird durch die Erhöhung der sogenannten Beitragsbemessungsgrenzen verursacht. Hinter diesem Begriff der Sozial-Bürokratie verbirgt sich zweierlei. Zum einen werden Sozialversicherungsbeiträge nur bis zu bestimmten Einkommensgrenzen erhoben; darüber hinausgehende Einkommensanteile sind nicht versicherbar und bleiben deshalb abgabenfrei. Zum anderen werden diese Einkommensgrenzen entsprechend der allgemeinen Verdienstenwicklung Jahr für Jahr angehoben, so daß immer höhere Einkommen in den Bereich der Sozialversicherungspflicht gelangen.



Für Renten- und Arbeitslosenversicherung lag die Beitragsbemessungsgrenze 1978 beispielsweise bei 3700 DM Monatsverdienst; sie wurde für 1979 auf 4000 DM angehoben. Der Rentenversicherungsbeitrag von 18 Prozent (neun Prozent vom Arbeitgeber und neun Prozent vom Arbeitnehmer) konnte also 1978 von höchstens 3700 DM berechnet werden, und das waren 666 DM im Monat. Für 1979 lautet die Rechnung: 18 Prozent von höchstens 4000 DM, was 720 DM ergibt.

– Das Problem der unzureichenden Veröffentlichungspraxis der Verwaltungsbehörden schärft die ohnehin schon bestehenden Einfuhrbeschränkungen zusätzlich. Die beispielsweise im Textilbereich bestehenden Kontingente werden zunächst dadurch überwacht, daß die Ausfuhrländer Exportlizenzen ausgeben. Fehler und Irrtümer bei der Ausstellung der Exportlizenzen, die oftmals auf Mängel bei der Handelsvertragsaushandlung zurückzuführen sind, sowohl was die Einordnung der Waren als auch die Zählweise angeht, werden hier aber nicht bekanntgegeben, so daß der Importeur, der Vertrauen in eine gültig erscheinende Exportlizenz des Ausfuhrlandes setzt, unverhofft, ohne daß eine Veröffentlichung beispielsweise im Bundesanzeiger vorliegt, vor die Tatsache gestellt wird, daß die Bundesrepublik Deutschland Einfuhrgenehmigungen für bereits verschifft Ware gar nicht mehr zu erteilen bereit ist.

– Mit Lieferländern ausgehandelte Kontingente werden grundsätzlich auf die Gemeinschaft nach einem sogenannten „Lastenteilungsschlüssel“ aufgeteilt. Die Summe der jeweils sieben Teilkontingente entspricht der insgesamt beschränkten Einfuhrmenge. Die einzelnen Mitgliedstaaten, die nach außen hin als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auftreten und verhandeln, sind aber nicht bereit, den Verbrauchs- und Absatzbedürfnissen innerhalb der Gemeinschaft dadurch Rechnung zu tragen, daß von dem Staat, der seine Quote nicht ausnutzt, auf ein anderes Mitglied, das seine zugeteilte Menge ausgenutzt hat, diese freien Beträge übertragen werden.

– Dieses Problem wird darüber hinaus noch verstärkt durch die ungewöhnlich häufige Anrufung des Artikels 115 EWG-Vertrag. Diese Vorschrift ist geschaffen worden, um die in der Phase der Gründung und Entstehung der Europäischen Gemeinschaft bestehende Gefahr von Verkehrsverlagerungen durch Umleitung der Handelsströme über andere EG-Mitgliedstaaten kontrollieren und unterbinden zu können. Diese Schutzvorschrift, die eigentlich heute keine Berechtigung mehr hat, nachdem die Übergangszeit lange vorüber ist, wird aber nach wie vor, und zwar nur im Rahmen einer sehr kursorischen Prüfung durch die Kommission angewendet. Das bedeutet, daß die europäischen Außenhändler, die nicht nur für ihren eigenen Nationalstaat Importe betreiben, sondern auch einen Transitverkehr aufgebaut haben, ohne Vorwarnung und ohne Kontrollmöglichkeit von ihren im europäischen Nachbarland gelegenen Absatzmärkten abgeschnitten werden. Manche EG-Staaten ahnden darüber hinaus derartige Transithandelsunternehmungen obendrein noch mit kräftigen Geldbußen oder Warenbeschlagnahme.

– Schließlich überschüttet die Verwaltung die Wirtschaft mit einer Fülle sich ständig verändernder und sich ergänzender beziehungsweise ersetzender Detailverwaltungsvorschriften, deren Befolgung alleine schon deshalb, weil fast nie zusammenhängende Veröffentlichungen dazu in den vorgeschriebenen Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblättern erfolgen, praktisch unmöglich ist.

Die Abweichungen von dem liberalen Handelsprinzip der Gemeinschaft sind an sich schon gravierend. Die teilweise – jedenfalls vorübergehend – gerechtfertigten Schutzmaßnahmen werden durch ihre Sektoralisierung nach außen und nach innen und durch ihre selektive Anwendung bezogen auf Produkt und Land nach einem System beschlossen und verhängt, das in gewissem Umfang willkürlichen Charakter hat. Die verwaltungsmäßige Verkündung und Anwendung dieser Vorschriften schließlich erschwert den Handel derart, daß eine langfristige Exportstrategie der Entwicklungsländer für den europäischen Markt genauso verhindert wird wie eine vernünftige Dispositionsfreiheit und Kalkulierbarkeit des Importgeschäftes. (Forts. folgt)

Neue Vordrucke für die Zollgutlagerung

Für den Zolланtrag auf Abfertigung von Waren zur Zollgutlagerung und für die Zolланmeldung ist ab 1.1.79 die Neufassung des Verbundvordrucks 0460/Muster 11 AHStat (Ausgabe 1979) zu verwenden. Dieser Vordruck ist, wie aus dem BMF-Erlaß III B 1 – Z 1901 – 129/78 (VSF-Nachrichten N 3278 v. 18.12.78) hervorgeht, so erweitert worden, daß er für alle Abfertigungen von Waren zur Zollgutlagerung, also auch für die Abfertigung zur Lagerung in einer Zollniederlage oder einem Zollverschlußlager verwendbar ist.

Die Aufmachung des Vordrucks 0460 (Satz zu 5 Blättern) ist unverändert geblieben. Der Vordruck in der bisherigen Fassung (Ausgabe 1977) kann für die Abfertigung von Waren zur Lagerung in einem offenen Zollager bis 31.12.79 aufgebraucht werden.

Für die Lagerabmeldung für Waren in einem Zollager, die einer neuen Zollbehandlung zugeführt werden sollen, gilt ab 1.1.79 der neue Zollvordruck 0424 (Ausgabe 1978). Dieser Vordruck ist als Satz zu 3 Blättern aufgelegt (Blatt 1 für den Abmelder, Blatt 2 für die Lagerzollstelle, Blatt 3 bei Vorwegvorführung der Waren für die Empfangszollstelle). Der Vordruck ist auch als Sammelabmeldung bei erleichterter Ausfuhr aus dem offenen Zollager verwendbar.

Ebenfalls zum 1.1.79 wird ein neuer Lagerabgabeschein (Vordruck 0425, Ausgabe 1978) herausgegeben, der beim Übergang von Zollgut von einem offenen Zollager in ein anderes offenes Zollager zu verwenden ist. Dieser Vordruck ist als Satz zu 4 Blättern aufgelegt (Blatt 1 für den Inhaber des Abgabelagers, Blatt 2 für den Inhaber des Empfangslagers, Blatt 3 für die Empfangszollstelle, Blatt 4 für die Abgabezollstelle).

Das Bundesfinanzministerium weist darauf hin, daß die bisherigen Vordrucke 0417 und 0418 (Lagerabgabeschein), 0419 und 0420 (Lagerabmeldung) sowie 0421 und 0422 (Anmeldung zur Zollgutlagerung in Zollniederlagen und Zollverschlußlagern) wegfallen. Sie können nicht über den 31.12.78 hinaus verwendet werden.

Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen bei einer Zoll-Außenprüfung

Das Bundesfinanzministerium hat ein Merkblatt herausgegeben, in dem die wesentlichen Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen bei einer Außenprüfung enthalten sind (VSF S 1310). Auf diese Rechte und Pflichten wird der Steuerpflichtige hingewiesen, wenn das Hauptzollamt eine Außenprüfung auf dem Gebiet der Zölle, der Abschöpfungen oder Verbrauchsteuern anordnet.

Der Steuerpflichtige und die von ihm benannten Personen haben bei der Feststellung der Sachverhalte mitzuwirken, die für die Besteuerung erheblich sein können. Insbesondere müssen Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere und andere Urkunden zur Einsicht und Prüfung vorgelegt werden, Auskünfte erteilt und die zum Verständnis der Aufzeichnung erforderlichen Erläuterungen gegeben werden. Für die Außenprüfung müssen ein geeigneter Arbeitsplatz sowie die erforderlichen Hilfsmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Ergibt sich während einer Außenprüfung der Verdacht einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit und richtet sich der Verdacht gegen den Steuerpflichtigen, so dürfen – so weit der Verdacht reicht – steuerliche Ermittlungen bei ihm erst fortgesetzt werden, wenn ihm die Einleitung des Straf- oder Bußgeldverfahrens mitgeteilt worden ist. Die Mitwirkung des Steuerpflichtigen kann, soweit die Feststellungen auch für Zwecke des Straf- oder Bußgeldver-

fahrens verwendet werden können, nicht mehr erzwungen werden; trotzdem bleibt der Steuerpflichtige für Zwecke der Besteuerung zur Mitwirkung verpflichtet. Das Hauptzollamt kann die Besteuerungsgrundlagen schätzen, falls eine zutreffende Ermittlung des steuerlichen Sachverhalts nicht möglich ist.

Der Steuerpflichtige wird während der Außenprüfung über die festgestellten Sachverhalte und die möglichen steuerlichen Auswirkungen unterrichtet, wenn dadurch Zweck und Ablauf der Prüfung nicht beeinträchtigt werden. Die Stellungnahme des Prüfers bindet nicht die für die Entscheidung zuständige Stelle. Der Steuerpflichtige hat ein Recht auf Abhaltung einer Schlußbesprechung, es sei denn, daß sich durch die Außenprüfung keine Änderung der Besteuerungsgrundlagen ergibt; er kann auf eine Schlußbesprechung verzichten.

Über das Ergebnis der Außenprüfung wird ein Prüfungsbericht gefertigt und dem Steuerpflichtigen übersandt. Führt die Außenprüfung zu keiner Änderung der Besteuerungsgrundlagen, so genügt eine schriftliche Mitteilung hierüber. Der Steuerpflichtige kann beantragen, daß ihm der Prüfungsbericht vor seiner Auswertung zur Stellungnahme übersandt wird.

Umschuldungsverhandlungen fälliger Verbindlichkeiten mit Peru

Der Ibero-Amerika Verein teilt mit, daß die Bundesregierung in Aussicht genommen habe, diejenigen peruanischen Schulden aus Kapitalhilfe und staatlich abgesicherten Forderungen und Handelsgeschäften, die im Jahre 1979/80 fällig werden, ein Jahr Laufzeit überschreiten und vor dem 1. 1. 1978 abgeschlossen worden sind, umzuschulden.

Um zu erreichen, daß eine Umschuldung auch für nicht Hermes gedeckte Forderungen erfolgt, was zur Zeit noch nicht Gegenstand der Verhandlungen ist, erscheint es wünschenswert, auch die nicht durch Hermes abgedeckten Forderungen zu erfassen. Alle Gläubiger, deren Forderungen den obengenannten Voraussetzungen entsprechen, werden daher gebeten, diese bis zum 15. Februar 1979 beim Ibero-Amerika Verein, Alsterglacis 8, 2000 Hamburg 36, anzumelden.

Erhöhung der Hafen- und Autobahngebühren in Italien

Das Jahr 1979 hat in Italien mit Gebührenerhöhungen auf breiter Front begonnen. Nachdem der größte italienische Handelshafen Genua die Güterumschlagtarife zum Jahresbeginn um 16% heraufgesetzt hat, haben nun auch die Hafenverwaltungen von Livorno und Triest Tarifierhöhungen von 12 bzw. 15% bekanntgegeben. Man erwartet überdies in den nächsten Wochen eine Korrektur der Telefongebühren, die bereits in den Herbstmonaten 1978 in Kraft treten sollte, infolge der zu erwartenden Auswirkung auf den Lebenshaltungskostenindex und damit auf die Preisentwicklung jedoch auf 1979 verschoben worden war.

Genua, Italiens wichtigster Handelshafen, hat bereits im Jahr 1978 durch seine hohen Hafengebühren zahlreiche Kunden an Livorno, aber auch an die Adria-Häfen Venedig und Triest verloren. Grund für die Abwanderung sind nicht nur die vergleichsweise hohen Tarife, sondern vor allem auch die Arbeitszeit der Hafenarbeiter. Sie beträgt in Genua monatlich durchschnittlich nur 13 bis 14 Tage; die Löhne sind jedoch weitaus höher als etwa vergleichsweise in Industrie und Handel. Für die Containerabfertigung beträgt der zu Jahresbeginn in Kraft getretene Aufschlag 18,4%; bei Schüttladung steigen die Tarife um 15%.

Mit Wirkung vom 10. 1. 79 haben auch die stark defizitären Autobahngesellschaften Italiens ihre Tarife um durchschnittlich 10% erhöht. Die Autobahnen der staatlichen Autobahngesellschaft Autostrade schlagen um ein Zehntel auf und fordern zusätzlich eine Lira pro Kilometer für Pkw und 3 Lire pro Kilometer für Lkw. Die übrigen Autobahnen passen ihre Tarife den Gebühren der staatlichen Gesellschaft an, was eine Erhöhung zwischen 3,7 und 35% bedeutet, je nachdem, wie weit die bestehenden Tarife von den Gebühren der staatlichen Autobahngesellschaften bisher differierten.

Verschiedenes

Wie motivieren?

Motivation ist in den letzten Jahren fast zu einem Modewort geworden. Eine Grundregel der Führungskunst lautet: Richtig motivierte Mitarbeiter erbringen bessere Leistungen, sind kreativer und mit ihrer Arbeit wesentlich zufriedener. Unzweifelhaft ist, daß viele Menschen in der Tat nicht aus sich heraus genügend Antrieb gewinnen, der sie zu Höchstleistungen befähigt. Von großem Einfluß auf die Leistung der Gruppe, der Abteilung, des Unternehmens ist daher, inwieweit es gelingt, Störfaktoren auszuschalten und Mitarbeitern Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu geben. Eine Befragung bei Mitarbeitern nach den Gründen für ihre Betriebstreue ergab im wesentlichen folgende Motive:

- Mitwirkung bei Entscheidungen
- ausreichende Information
- Anerkennung der Leistung
- das Bewußtsein, daß Fehler nicht überbewertet, sondern im Rahmen der Gesamtleistung gesehen werden
- gute Zusammenarbeit mit den Kollegen
- Aufstiegsmöglichkeiten
- materielle Leistungsanreize, z. B. Gewinnbeteiligung
- mit der Position verbundene Anerkennung auch bei Kunden und im Privatleben.

Die meisten der angesprochenen Faktoren hängen überwiegend vom Führungsstil ab. Prüfen Sie, ob in Ihrem Unternehmen alle Möglichkeiten zur optimalen Motivierung der Mitarbeiter genutzt werden.

Personalien

Wir gratulieren

Vorstandsmitglied Rolf Greif – 70 Jahre

Einen „runden“, seinen 70. Geburtstag konnte am 13. Januar unser Vorstandsmitglied, Rolf Greif, Inhaber unserer, auf eine bald 100jährige Tradition zurückblickende Mitgliedsfirma, Greif & Schlick, Großhandel mit Kfz-Teilen in Coburg, feiern.

Nach Kriegsende – Rolf Greif hat den 2. Weltkrieg selbst vom ersten bis zum letzten Tag als Offizier bei den Fallschirmjäger-Pionieren mitgemacht – übernahm der Jubilar das Erbe seines Großvaters. Er führte die Firma mit großem Erfolg weiter und erreichte es, den Ruf des bedeutenden Großhandelshauses weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekanntzumachen.

Unserem Vorstand gehört der Jubilar seit Mai 1957 an. Er war dort immer einer der Aktivisten und wurde auch für eine Reihe von Sonderaktionen mit großem Erfolg eingesetzt. Seit Jahren ist er ebenfalls Vorsitzender des Verbandes der Kraftfahrzeugteile und Zweirad-Großhändler in Düsseldorf. Seit Juni 1972 hat er das Amt des Vizepräsidenten der IHK Coburg inne. Zuvor war er viele Jahre in verschiedenen Ausschüssen der IHK tätig gewesen, wofür ihm 1966 die silberne Ehrenmedaille der Kammer verliehen wurde. Darüber hinaus ist Herr Greif ebenfalls als Handelsrichter beim Landgericht Coburg tätig.



Für seine vielfältigen Aktivitäten im Dienste der Allgemeinheit wurde ihm im vergangenen Jahr das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Uns bleibt, dem Jubilar das Allerbeste für die nächsten Jahre zu wünschen.

Kurt Nill 65 Jahre

Am 11. Januar konnte **Kurt Nill**, bis vor wenigen Tagen Präsident der Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben seinen 65. Geburtstag feiern.

Der gebürtige Augsburger ist geschäftsführender Gesellschafter der beiden in seiner Heimatstadt ansässigen Firmen Kröll & Nill KG und Fuggerhaus-Stoffe für den modernen Raum GmbH & Co. Er leitet das Gesamtunternehmen mit Schwerpunkt Heimtextilien und Verwaltung.

Kurt Nill absolvierte nach dem Abitur eine zweijährige Lehrzeit, an die sich ein einjähriger Auslandsaufenthalt anschloß. Unterbrochen vom Wehrdienst vervollständigte er mit einem Praktikum von 2 Jahren und dem Besuch der Textilfachschule seine Ausbildung. Kurt Nill nahm auch am 2. Weltkrieg teil.

Seit über einem Vierteljahrhundert stellte sich der Jubilar in den Dienst der Kammer Augsburg. 1952 wurde er Mitglied der Vollversammlung, 1966 Vizepräsident. Mit seiner Wahl zum Präsidenten 1976 hatte die Kammer Augsburg erstmals in ihrer Geschichte eine Persönlichkeit „aus dem Handelsstand“ an ihrer Spitze.

Als Aufsichtsratsmitglied gehörte er der Gilde International, Gesellschaft für textile Raumkultur GmbH, Düsseldorf, an. Außerdem ist er als Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Augsburg tätig.

Auch an dieser Stelle gelten unsere Glückwünsche noch einmal einer außerordentlich verdienten Unternehmerpersönlichkeit.

Thomas Scheuerle Mitglied des BGA-Importausschusses

Als Nachfolger seines Vaters hat **Thomas Scheuerle** die Mitgliedschaft im Importausschuß des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) übernommen.

Unser Vorstandsmitglied Erwin Scheuerle hat diesem Gremium mehr als 25 Jahre lang angehört und mit seiner Sachkenntnis und Erfahrung stets aktiv an den Stellungnahmen des Bundesverbandes mitgewirkt und sich vor allem für die Erhaltung des marktwirtschaftlichen Systems sowie die Durchsetzung einer liberalen Einfuhrpolitik eingesetzt. Dafür gebührt ihm unser aller Anerkennung und Dank.

Karnehm & Sohn – 40 Jahre

Jubiläums-Festwochen wurden vom 20. Januar bis 17. Februar 1979 aus Anlaß des 40jährigen Bestehens unserer Mitgliedsfirma Karnehm & Sohn, Möbel-Großhandel in München, gefeiert. Grund genug dazu gibt es: Seit 1939 entwickelte sich das Unternehmen in beständigem Wachstum zu einem der größten Möbel-Großhandels-Häuser im süddeutschen Raum mit Niederlassungen in München, Augsburg, Regensburg, Passau, Kempten-Durach und Eggenfelden.

Wir gratulieren herzlich und wünschen auch in Zukunft die gleiche erfolgreiche Vorwärtsentwicklung.

Wir betrauern

Frau Hulda Hassmann

Völlig unerwartet verstarb im 76. Lebensjahr die Senior-Chefin unserer Mitgliedsfirma Hassmann & Co. in Hof und Bayreuth, Frau Hulda Hassmann.

Kurz vor Kriegsende war ihr Mann gefallen, so daß sie den Sanitär-Großhandel allein weiterführen mußte und zu seiner heutigen Bedeutung ausbaute.

Trotz ihrer großen Verantwortung im geschäftlichen Bereich engagierte sich Hulda Hassmann über viele Jahre hinweg auf vielerlei sozialen Gebieten. 1966 wurde sie durch das Vertrauen der Bevölkerung in den Stadtrat berufen, dem sie bis 1972 angehörte. 6 Jahre lang war sie im Krankenhausbeirat tätig. Mehrmals sprang sie persönlich ein, wenn besonders große Not vorhanden war. Nicht nur bei den Bürgermeistern und Stadtratskollegen sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung erfreute sich Hulda Hassmann großer Achtung und besonderer Wertschätzung.

Wir werden das Andenken dieser hervorragenden Frau stets in Ehren halten.

Herr August Bätz

Im Alter von fast 75 Jahren verstarb am 27. Dezember 1978 Herr **August Bätz**, Firmengründer und Senior-Chef des gleichnamigen Textil-Großhandelshauses in Fürth.

Mit dem Verstorbenen haben wir einen tatkräftigen, ideenreichen Kaufmann verloren, der uns durch viele Jahre der Zusammenarbeit nahe verbunden war. Als stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Textil in unserem Landesverband hatte er seinen reichen Erfahrungs- und Kenntnis-schatz zur Verfügung gestellt. Auf seine Idee und Vorschlag hin wurden die Zusammenkünfte der nordbayerischen Textil-Großhändler ins Leben gerufen, nach dessen Vorbild im ganzen Bundesgebiet weitere derartige Gruppen gegründet wurden.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Mit Gleichgesinnten gründete er 1953 die SÜTEGRO in Nürnberg, die zu einem der größten und bekanntesten Textil-Einkaufsverbände Europas zählt.

Die Verdienste des Verstorbenen um die Allgemeinheit und speziell seine Branche wurden 1974 mit der Verleihung der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Dem Verstorbenen wird in unseren Reihen ein ehrendes Andenken bewahrt bleiben.

Herr Leopold Knopf

Völlig unerwartet verstarb der Senior-Chef unserer Mitgliedsfirma Elektro-Großhandel Leopold Knopf, Augsburg.

Leopold Knopf hatte in 30 Jahren unermüdlicher Aufbauarbeit sein Lebenswerk geschaffen. Unserem Landesverband gehörte er seit Anfang der Firmengründung an. In all den Jahren konnten wir ihn als einen aufrechten und angesehenen Kaufmann kennenlernen.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Buchbesprechungen

Publikation „Unternehmerische Personalpolitik“

Die Personalpolitik der Unternehmen ist ein permanent aktuelles Thema. Sie hat nicht nur im Rahmen der Unternehmenspolitik ständig an Bedeutung gewonnen, sondern ist gerade in der letzten Zeit auch zunehmend in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat das Personalwesen stets als wichtigen, integrierten Bestandteil einer umfassenden Unternehmenspolitik betrachtet und dies in zahlreichen Publikationen – insbesondere ihres Ausschusses für Soziale Betriebsgestaltung – immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Mit der jetzt vorgelegten Publikation „Unternehmerische Personalpolitik“ (320 Seiten, 36,- DM, Bachem Verlag, Köln) will die Bundesvereinigung ihre Vorstellungen über eine zeitgemäße unternehmerische Personalpolitik einem breiten Interessentenkreis umfassend darstellen. Sie wendet sich mit dieser Veröffentlichung an die Unternehmensleitungen und Führungskräfte, unabhängig von der Größe der Unternehmen, ferner an Wissenschaft und Politik sowie an die interessierte Öffentlichkeit.

Die besondere Bedeutung dieser Publikation ist darin zu suchen, daß die aktuellen Probleme der Personalpolitik aus unternehmerischer Sicht erstmals umfassend dargestellt werden. Ein vom Präsidenten der Bundesvereinigung und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Soziale Betriebsgestaltung gemeinsam unterzeichnetes Vorwort unterstreicht die Wichtigkeit des behandelten Themas.

Arbeitgeberverbände und deren Mitglieder können die von der Bundesvereinigung geförderte Verbandsausgabe zu folgenden Bedingungen bei Direktbestellung über die Bundesvereinigung oder beim Verlag Bachem in Köln – nicht über den Buchhandel – erwerben:

1 Exemplar	18,— DM
2–5 Exemplare pro Stück	15,— DM
6–50 Exemplare pro Stück	12,— DM

Diese Publikation enthält außerdem eine Analyse der Arbeitsbedingungen der Bundesrepublik.

Werner Rohwer

Baustoffkunde für den Baustoffkaufmann

4., neu bearbeitete Auflage 1979. 271 Seiten mit 65 Abbildungen und zahlreichen Tabellen. ISBN 3-7625-0942-5. Format 15 × 21 cm. Kartoniert DM 48,—. Bauverlag GmbH, Wiesbaden und Berlin.

Das in mehreren Auflagen bewährte Handbuch enthält die Beschreibung aller Baustoffarten nach Rohstoff, Aufbereitung, Fabrikation, Marktform und Verarbeitung. Vermittelt wird hier speziell das Fachwissen, das für den Baustoffkaufmann als dem Berater seiner Verarbeiterkunden und für den Baustoffeinkäufer der Bauunternehmen erforderlich ist. Darüber hinaus werden einige notwendige Ausführungen zur Bauchemie und zur Bauphysik gemacht, die den Baustoffkaufmann befähigen sollen, den Gedankengängen der Architekten, Bauingenieure und Bautechniker folgen zu können, wenn es sich um die Lösung von technischen Einzelfragen handelt.

Alle technischen und physikalischen Maßangaben wurden in der vorliegenden 4. Buchauflage auf die neuen SI-Einheiten umgestellt.

Inhaltsübersicht: Ein Wohnhaus wird gebaut. DIN-Normen. Steine und Erden. Natursteine. Keramische Baustoffe, Prüfung der geforderten Eigenschaften. Ausblühungen an Mauerflächen. Glas. Feuerfeste Steine und Massen. Bindemittel für Mörtel und Beton. Zuschläge. Zugabewasser. Zusatzmittel und Zusatzstoffe für Mörtel und Beton. Oberflächenhärtung. Die unter Verwendung von Bindemitteln hergestellten Baustoffe. Leichtbauplatten. Edelputze. Teer, Bitumen, Asphalt. Dach und Dichtungsbahnen. Wärmeschutz und Schallschutz im Hochhausbau. Dämmbaustoffe. Putzträger. Grundstücks- und Straßenentwässerung.

Die Herausforderung des Unternehmers

von Dr. Karl Lang

1. Auflage 1978

172 Seiten – gebunden – 26,50 DM

Aus Anlaß des 65. Geburtstages von Karl Lang, dem geschäftsführenden Gesellschafter der Taylorix-Unternehmen, erschien diese systematische Sammlung seiner Reden und Aufsätze. Sie bietet in den Kapiteln „Das Bild des Unternehmers“, „Der Unternehmer in Staat und Gesellschaft“, „Führung und Zusammenarbeit“, Unternehmensführung im Strukturellen Wandel“, „Rationalisierung und humane Arbeitswelt“, „Überwindung der Krise“, „Die Zukunft des Unternehmers“ einen tiefen Einblick in die Probleme moderner Unternehmensführung.

Lang liefert nicht nur viele praktische Hinweise, die insbesondere für Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft eine unmittelbare Führungshilfe sein können, sondern entwickelt auch ein fundiertes Unternehmerbild. Als Fazit zieht Lang aus seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit den Problemen der Unternehmensführung, „das wir bei unserem Tun immer ein doppeltes Ziel im Auge haben müssen, nämlich die Wirtschaftlichkeit und die Menschlichkeit. Ohne die Wirtschaftlichkeit schaffen wir es auf die Dauer nicht, ohne die Menschlichkeit ertragen wir es auf die Dauer nicht“.

Die Schrift will allen in der Wirtschaft Tätigen Mut machen, die vor ihnen liegenden schwierigen Aufgaben zu meistern. Ein Buch, das Stoff zum Nachdenken und Anregungen zum Bessermachen gibt.

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
März 1979 · Nr. 3/1979

Das aktuelle Thema	3	Walter Braun als Präsident der IHK Nürnberg wiedergewählt
Arbeitgeberfragen	3 4 5	Einführung eines Mutterschaftsurlaubs Frühsignale zum Erkennen von Insolvenzen Noch wirklich Arbeitslos? Umverteilung gestoppt Die Arbeitsbesprechung
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	5	Inkassoprämie auch während Erkrankung zu zahlen
Allgemeine Rechtsfragen	5	Neues statistisches Berichtssystem im Handel
Berufsausbildung und -Förderung	6 7 8	Auch Arbeitgeber für kürzere Studienzeiten Annahmekarten für Schulabgänger 1979 Verzicht auf Berufsbildungsabgabe 1979 Schreiben der Präsidenten der Spitzenverbände an Bundesminister Schmude 292573 Auszubildende
Verkehr	9	Einführung des Telefon-Nahdienstes mit Zeittakt
Außenhandel	9 10 11	Ursprungsnachweis für Textilerzeugnisse aus der Türkei Wie wir die Freiheit im Handel verlieren (Fortsetzung) Investitionen in Entwicklungsländern werden stärker gefördert Offizielle Beteiligung Brasiliens an internationalen 1979 in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Messen und Ausstellungen
Verschiedenes	12	Schulferien 1979
Personalien	12	
Buchbesprechungen	13	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · Ass. Frankenberger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels G.m.b.H., München, Ottostr. 7. Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels EV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe u. Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Redaktion: Dipl.-Volkswirtin Deutsch. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Walter Braun als Präsident der IHK Nürnberg wiedergewählt

Einstimmig hat die neue Vollversammlung der IHK Nürnberg in ihrer konstituierenden Sitzung Konsul Senator Walter Braun als Kammerpräsidenten in geheimer Abstimmung wiedergewählt. Damit wurde Walter Braun für die Jahre 1979 bis 1982 in seinem Amt als IHK-Präsident bestätigt.

Braun, Präsident unseres Landesverbandes bereits seit 1960, hat das Präsidentenamt der mittelfränkischen IHK bereits seit dem Jahre 1971 inne. Außerdem ist er Mitglied des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und Mitglied des Präsidiums unseres Bundesverbandes in Bonn (BGA), Mitglied des Bayerischen Senats und Honorarkonsul der Bundesrepublik Österreich für Nordbayern.

In seiner Ansprache vor der IHK-Vollversammlung meinte Präsident Braun, zwar würden die Unternehmen im laufenden Jahr keine großen Zuwachsraten erwarten, andererseits aber doch mit Umsatzsteigerungen rechnen. Allerdings ist im exportintensiven Mittelfranken (Exportquote 1978 36% des Umsatzes) nicht länger mehr die Ausfuhr die maßgebliche Konjunkturstütze; die wirtschaftliche Belebung werde 1979 hauptsächlich aus einer wachsenden Inlandsnachfrage erwartet.

Mit dieser positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft wächst nun auch in den mittelfränkischen Unternehmen wieder die Investitionsbereitschaft. Hinzu kommt, daß die Unternehmen in den letzten Jahren ihre Kapazitäten der veränderten Nachfrage angepaßt haben, so daß sich wenigstens von dieser Seite her die Ertragsentwicklung etwas entspannt habe.

Als eine nicht zu unterschätzende „Wachstumsbremse“ bezeichnete Konsul Senator Walter Braun den eklatanten Mangel an Fachkräften. Die mittelfränkischen Unternehmen stießen heute sehr rasch an ihre personellen Grenzen, die eine weitere Expansion verhinderten. Dabei seien nicht nur Führungskräfte und Facharbeiter Mangelware: auch zuverlässige männliche und weibliche Hilfskräfte können von der Arbeitsverwaltung im allgemeinen nur aus der Fluktuation, weniger aus dem problematischen Reservoir der längerfristig Arbeitslosen vermittelt werden, meinte Braun.

Arbeitgeberfragen

Einführung eines Mutterschaftsurlaubs

Obschon der jetzt vorliegende Regierungsentwurf zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs dem Bundesrat erst im ersten Durchgang vorliegt, scheinen uns dessen Bestimmungen so bedeutsam, daß wir schon jetzt auf die wesentlichen Neuerungen hinweisen möchten.

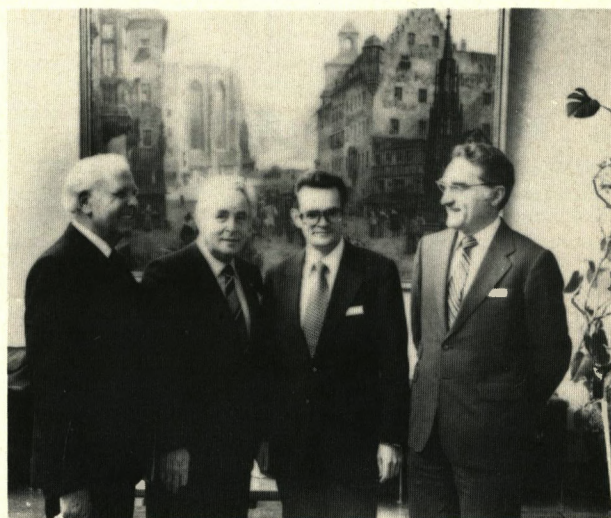
Der Regierungsentwurf beinhaltet

- Die Möglichkeit eines bis zu 4-monatigen Mutterschutzurlaubs im Anschluß an die 8-wöchige Freistellung nach der Geburt, d.h. der Arbeitnehmerin steht auf Wunsch 1/2 Jahr für ihr neugeborenes Kind zur Verfügung.

Auch im Handel mehr Zuversicht

Auch im Großhandel wachse der Optimismus wieder, stellte Kammerpräsident Braun fest. Der Handel registriere ein stärkeres Interesse an hochwertigen Verbrauchsgütern, beim Großhandel zeichneten sich allerdings für die kommenden Monate stärkere Preiserhöhungen für Rohstoffe, Halbwaren und Investitionsgüter ab.

Für das laufende Jahr erwartet Braun zwar kein „dynamisches“, aber doch ein weiter wachsendes Exportgeschäft“. Trotzdem bleiben Unwägbarkeiten, die den konjunkturellen Erholungsprozeß gefährden könnten: im Inland die hohe Staatsverschuldung und die weitere Steigung des Kostenniveaus sowie die Unsicherheiten über die Versorgung, im Ausland Schwankungen der Nachfrage, politische Einflüsse und die hohe Bewertung der DM.



Präsident Braun mit den Vizepräsidenten der IHK Nürnberg, von links: Rudolf Wöhr, Dr. Georg Bayer und Dr. August Drechsler.
Bild: Guttenger

- Während der Dauer des Mutterschaftsurlaubs Gewährung eines Mutterschaftsgeldes zu Lasten des Bundes bis zu DM 750,- mtl. netto durch die Krankenkasse bzw. bei nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Arbeitnehmerinnen durch das Bundesversicherungsamt in Berlin.
- Fortbestehender Versicherungsschutz in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung trägt bis 1981 der Bund.
- Verlängerung des Kündigungsschutzes nach der Geburt von jetzt 4 auf 6 Monate bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs, falls dieser in Anspruch genommen wird.

Gegenüber dem ursprünglichen Referentenentwurf ist hervorzuheben, daß die von der Arbeitnehmerin gegenüber ihrem Arbeitgeber einzuhaltende Ankündigungsfrist von 2 auf 3 Wochen vor Ablauf der 8-wöchigen Schutzfrist nach der Niederkunft verlängert worden ist.

Die arbeitsmarktpolitische Wirkung dieses Gesetzes ist, da Aushilfskräfte zur Vertretung im Mutterschaftsurlaub befindlicher Arbeitnehmerinnen nur selten zu finden sein dürften, kaum zu übersehen. Hinzuweisen ist auch darauf, daß die Finanzierungsregelung für die Beiträge zur Sozialversicherung nach 1981 noch völlig offen sind.

Frühsignale zum Erkennen von Insolvenzen

Die Pleitewelle in der deutschen Wirtschaft rollt ungebrochen weiter. Besorgnis erregend hieran ist vor allem die Tatsache, daß für die Konkursgläubiger immer weniger zu holen ist. Lehnte der Konkursrichter vor zehn Jahren nur vier von zehn Anträgen auf Konkurseröffnung ab, weil die verbliebene Deckungsmasse nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichte, so trifft dies inzwischen auf fast drei Viertel aller Konkurse zu.

Die immensen Forderungsausfälle haben für die Gläubiger oft fatale Folgen für ihre Ertragskraft oder gar Existenz. Gerade der Großhandel ist – wie auch das in den meisten Branchen in den letzten Jahren stark gestiegene Delkrederisiko zeigt – häufig Opfer dieser Entwicklung. Es gibt keinen hundertprozentig wirksamen Schutz vor den Folgen von Insolvenzen, jedoch einige Möglichkeiten, das Kreditrisiko wirksam zu minimieren. Dazu gehört vor allem das frühzeitige Erkennen von Anzeichen, die auf eine Insolvenz hindeuten. Die nachstehenden „Frühsignale“ sollen Ihnen beim Aufbau eines „Frühwarnsystems“ helfen.

I. Erkennbare Verschlechterung der Zahlweise

1. Zunehmende Mahnverfahren (Inkasso-Verfahren).
2. Wechsel (Verschlechterung) in den bisherigen Zahlungsmodalitäten, d. h. Ausdehnung der Zahlungsziele, langsame und schleppende Zahlweise, Bitte um Akzeptannahme, Prolongationen, Stundungen, Forderungsausfälle bei kapitalschwachen Unternehmen, Verzicht auf Skontoausnutzung.
3. Negative Mitteilungen von anderen Lieferanten.
4. Laufendes Überschreiten abgemachter Zahlungsziele.
5. Leistung vorher nicht vereinbarter Abschlagszahlungen.
6. Umstellung von Scheck- auf Wechsel-Zahlung.
7. Einführung einer gemischten Zahlungsart (Kombination von Überweisung, Scheck und Wechsel).
8. Außergerichtliche Krankheitssymptome: Wechselproteste, Scheckrückgaben, Einflußmaßnahmen Dritter (auf Geschäftsleitungen und auf die Verhandlung mit Gläubigern), Weitergabe von Forderungsabtretungen, Umwandlung von Forderungen in Darlehen oder in Gesellschaftsanteile.
9. Gerichtliche Krankheitssymptome: Zahlungsbefehle, Zahlungsklagen, Zwangsverwaltungen, Haftanordnung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und deren Abgabe (früher Offenbarungseid).
10. Zahlungsverzögerung durch Übersendung bereits akzeptierter Wechsel nach Überschreitung der Zahlungsziele.

II. Erhöhtes Kreditbedürfnis

1. Ausdehnung des Lieferantenkreises.
2. In der Größenordnung aus dem Rahmen fallende Aufträge.

III. Schutzbehauptungen für Zahlungsverzögerungen

1. Taktische Mängelrügen, um gestellte Zahlungsziele nicht einhalten zu müssen.
2. Man stellt die Zahlungsunfähigkeit als vorübergehend hin.
3. Lange Zahlungsverzögerungen, begründet mit Umstellungsschwierigkeiten bei der Einführung der EDV.

IV. Verschleierungsmaßnahmen

1. Mit Hilfe von Ehegatten, Angestellten etc. will man Lieferanten glauben machen, die Verschuldung sei überwunden.
2. Häufigere Reklamationen als früher zum Zwecke der Zahlungsverlängerung.
3. Unterbrechung bisher regelmäßig einlaufender Aufträge und danach sporadisch wieder einsetzende Bestellungen.
4. Aufträge werden aufgesplittet in kleine Lose, damit man sich nicht (etwa über Auskunfteien) nach der Vermögenslage erkundigt.
5. Auf alte Schulden werden unter Darlegung günstiger Zukunftsaussichten Teilzahlungen angeboten.
6. Einschränkung der Informationsbereitschaft.

V. Erkennbare Faktoren in der Situation der Firma

1. Unterkapitalisierte Firmen (d. h. geringes Haftungskapital im Vergleich zum Umsatz), hauptsächlich in Branchen, die aufgrund der verschärften Wirtschaftslage bereits zu kämpfen haben.
2. Umlaufende (zu prüfende) Gerüchte.
3. Hinweise aus den eigenen Angaben der Gefährdeten.
4. Schlechte Auftragslage.
5. Überholtes Produktionsprogramm bzw. Sortiment.
6. Überraschende und häufige Wechsel in der Geschäftsleitung.

VI. Erkennbare Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsgebahren der Firma

1. Lieferantenwechsel
2. Betriebseinschränkungen (z. B. Entlassungen, Aufgabe von Filialen, Kurzarbeit).
3. Finanzielle Schwierigkeiten von Firmen, bei denen Beteiligungen bestehen.
4. Überschuldung bei Kapitalgesellschaften (Auflösung von Rücklagen, Verkauf von Vermögenswerten).
5. Suche nach neuen Teilhabern.
6. Plötzliche dingliche Belastungen durch Banken und Lieferanten zwecks Kreditsicherung.
7. Änderung in den bisherigen Wettbewerbsverhältnissen (z. B. Errichtung von Konkurrenzunternehmen).
8. Änderungen in den bisherigen Absatzwegen.
9. Umgründungen bzw. Änderungen der Rechtsform, vorgenommen in der Hoffnung, daß hierdurch negative Feststellungen weggelassen oder getilgt werden.
10. Verlegung des Betriebssitzes an einen anderen Ort bzw. einen anderen Amtsgerichtsbezirk.

VII. Drohende Rückwirkungen durch Ausfälle bei Abnehmern

1. Änderung in den finanziellen Verhältnissen eines Großabnehmers (z. B. Konkurs eines Großkunden).
2. Konkurstabellen.

VIII. Allgemeine wirtschaftliche Faktoren (Konjunktur)

1. Abschwächung der Konjunktur
2. Notleitende einzelne Branchen
3. Auftragsschwund
4. Kapitalmangel
5. Änderungen in den Verbrauchergewohnheiten
6. Mode-Änderungen

Noch wirklich arbeitslos?

Wie das Industriemagazin berichtet, war ein Siegerländer Großunternehmen auf Wunsch des Arbeitsamtes vor einigen Monaten bereit, Dauerarbeitslose gegen normalen Lohn für einfache Tätigkeiten einzustellen.

Um sich die Arbeitsbedingungen anzuhören, erschienen von 13 eingeladenen Arbeitslosen nur sieben beim Amt. Einer von ihnen wollte das Programm gar nicht erst beginnen, also starteten nur sechs, von denen fünf als geeignet für das „Training“ erschienen. Von ihnen nahmen allerdings nur drei die Arbeit wirklich auf; einer verschwand nach drei, ein weiterer nach fünf Tagen auf Nimmerwiedersehen.

Nur ein Dauerarbeitsloser von 13 hat die Chance, eine neue Arbeit zu bekommen, wahrgenommen, ein Dutzend schied, überwiegend aus freien Stücken, vorzeitig aus oder ließ sich bald nicht mehr am Arbeitsplatz blicken.

Umverteilung gestoppt

Die in der Bundesrepublik seit Jahren anhaltende kräftige Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeitnehmer und zu Lasten der Unternehmen scheint zum Stillstand zu kommen. Zwar ist die Lohnquote, der Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Volkseinkommen, noch weit vom „Normal-Niveau“ des langjährigen Durchschnitts entfernt, doch ist 1978/79 eine Entwicklung eingeleitet worden, die eine gewisse Korrektur erkennen läßt. Damit ist ein Schritt in die auch nach Auffassung der Bundesregierung richtige Richtung getan worden. Ähnliche Korrekturen zeichnen sich in Frankreich und Italien ab. Es ist sicher kein Zufall, daß diese drei Länder 1979 mit einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums rechnen, während sich in Japan und den Vereinigten Staaten – dort steigt die Lohnquote – das Wachstum verlangsamt.

Die Arbeitsbesprechung

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln hat soeben ihren Arbeitsbericht Nr. 2 „Die Arbeitsbesprechung“ veröffentlicht.

Auf nur vier Seiten werden dort in erfreulich konzentrierter Form die wesentlichen Eigenschaften einer effektiven Arbeitsbesprechung im Betrieb dargelegt, die Unterschiede zum „Mitarbeitergespräch“ erläutert und Tips für die Gestaltung und Durchführung einer Arbeitsbesprechung gegeben. So soll die Arbeitsbesprechung beispielsweise nicht nur dazu dienen, betriebliche Zielsetzungen und Arbeitsanweisungen zu definieren oder Rückmeldungen über betriebliche Maßnahmen zu erhalten, sondern kann auch Mitarbeiter motivieren, sich am Prozeß der betrieblichen Problemlösung zu beteiligen.

Auch zur Ideenfindung (brainstorming) ist die Arbeitsbesprechung in idealer Weise geeignet, da bei geschickter Führung Mitarbeiter angeregt werden können, Ideen überhaupt zu äußern, auch wenn sie noch so utopisch klingen. Die Erarbeitung langfristiger, zukunftsweisender Strategien kann hier ihren Anfang haben.

Damit Arbeitsbesprechungen aber sinnvoll gestaltet werden, gibt das Faltblatt zweckmäßige Hinweise für die Vorbereitung, angefangen mit der Ausarbeitung einer Verhandlungsstrategie in Anbetracht schwieriger Mitarbeiter bis zur Bereitstellung von Erfrischungen und Überlegungen, wie das Raucherproblem zu lösen ist.

Das Faltblatt, das in erster Linie für Unternehmensleitungen und Führungskräfte gedacht ist, ist erhältlich bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Oberländer Ufer 72, Postfach 51 15 08, 5000 Köln 51.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

Inkassoprämie auch während Erkrankung zu zahlen

In seiner Entscheidung vom 11.1.d.J. (Betriebsberater 1978 S. 502) hatte sich das Bundesarbeitsgericht mit dem Begriff des Arbeitsentgeltes, das während der Krankheit zu zahlen ist, zu befassen.

Das BAG hat hierzu folgendes festgestellt:

Zum Arbeitsentgelt, welches im Krankheitsfall weiter zu zahlen ist, zählt alles, was dem Arbeitnehmer aufgrund seines Arbeitsvertrages als Gegenleistung dafür zufließt, daß er arbeitet.

Als Lohnbestandteil in diesem Sinne gelten auch Prämien, die für einen bestimmten vom Arbeitnehmer beeinflussbaren Erfolg, z.B. für bestimmte Arbeitsergebnisse gezahlt werden.

Prämien sollen dem Arbeitnehmer einen Anreiz zur Leistungsteigerung geben.

Sie sind – auch wenn sie freiwillig gewährt werden – Teil des Lohnes und nicht etwa ein Geschenk.

Inkassoprämien, die Auslieferungsfahrer eines Möbel-einzelhandelsunternehmens für die von ihnen beim Kunden kassierten Rechnungsbeträge erhalten, gehören zu dem bei Krankheit des Arbeiters fortzuzahlenden Arbeitsentgelt.

Sie sind auch bei der Berechnung des Urlaubsentgelts zu berücksichtigen.

Im vorliegenden Fall war die Gewährung der Inkassoprämie im Rahmen einer Betriebsvereinbarung festgelegt worden, wobei u.a. bestimmt war, daß diese kein Lohnbestandteil bei Krankheit sein sollte.

Das BAG hat jedoch ausdrücklich bestimmt, daß diese Vereinbarung am Lohnfortzahlungsanspruch des Arbeitnehmers nichts ändere.

Allgemeine Rechtsfragen

Neues statistisches Berichtssystem im Handel

Die parlamentarischen Beratungen des Gesetzentwurfs über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistik-Gesetz) haben zur Annahme des Gesetzes durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat geführt.

Das Handelsstatistik-Gesetz hat für den Bereich Handel und Gastgewerbe durch Zusammenfassung, Vereinheitlichung, Straffung und Ergänzung der Rechtsgrundlagen ein aufeinander abgestimmtes System laufender und mehrjähriger Erhebungen geschaffen. Die Neuordnung war auf-

grund der vielgestaltigen strukturellen Veränderungen in den genannten Wirtschaftsbereichen erforderlich geworden. Dabei wurde die bisherige Berichterstattung in verschiedener Hinsicht gestrafft und um Merkmale bzw. Erhebungen zur Gewinnung der dringend erforderlichen Informationen für Zwecke der Strukturbeobachtung ergänzt. Bei der Erarbeitung des neuen Systems mußte ein Ausgleich zwischen den **fachlichen, zeitlichen und regionalen** Anforderungen für Konjunktur- und Strukturuntersuchungen einerseits und den Kosten für die Beschaffung und Aufbereitung der Informationen sowie der Belastung der Befragten andererseits gefunden werden.

Ursachen der Neuordnung

Im Handel und Gastgewerbe haben in den vergangenen Jahren tiefgreifende Strukturwandlungen stattgefunden, die das herkömmliche Bild dieser Wirtschaftszweige stark verändert haben. Maßgeblich hierfür waren neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung vor allem quantitative und qualitative Änderungen in der Zusammensetzung der Verbrauchernachfrage, Rationalisierungsmaßnahmen sowie Veränderungen in der Konkurrenz- und Standortsituation der Unternehmen. Diese Entwicklungen und Anpassungsprozesse haben u. a. zu zusätzlichen Anforderungen an die amtliche Statistik, insbesondere hinsichtlich der regelmäßigen Bereitstellung von Strukturdaten, geführt. Hierdurch wurde eine Neugestaltung der Statistik des Handels und Gastgewerbes unumgänglich.

Die Handels- und Gaststättenzählungen werden als totale Bestandsaufnahmen künftig auf die Erfassung von wenigen, wichtigen Merkmalen, wie Umsatz, Beschäftigte und Kapazitätsangaben, konzentriert. Ihre Ergebnisse lassen sich in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitsstätten darstellen und decken somit insbesondere auch den regionalstatistischen Zahlenbedarf ab. Dabei ist hervorzuheben, daß für diese, den Erhebungsbereich lückenlos und in feiner regionaler Gliederung erfassenden Nachweisungen künftig ein zeitlicher Rahmen vorgegeben ist. Das Handelstatistik-Gesetz sieht vor, daß diese Zählungen ab 1985 in 10jährigem Turnus stattfinden. Außerdem ist als Grundlage für den Übergang auf das neue System eine **Handels- und Gaststättenzählung für 1979** vorgesehen.

Die statistische Berichterstattung im Handel und Gastgewerbe wird künftig folgende Erhebungsteile umfassen:

Als **Totalerhebungen**

die auf einen 6 bis 10jährigen Turnus ausgerichteten Handels- und Gaststättenzählungen

Als **Repräsentativerhebungen**

die monatlichen Erhebungen

die Jahreserhebungen

die (auf einen 5 bis 7jährigen Turnus ausgerichteten)

Ergänzungserhebungen zu den Jahreserhebungen.

Da von seiten der Mitgliedfirmen des öfteren Fragen hinsichtlich der Auskunftspflicht und der Geheimhaltung anfallen, finden Sie im folgenden eine Klärung der

Rechtsfragen zur Großhandelsstatistik

I.

Die rechtliche Grundlage für die Großhandelsstatistik sind das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom 12.1.1960 und das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3.9.1953.

Auskunftspflichtig sind die Unternehmen des Groß- und Außenhandels einschl. der Ein- und Verkaufsvereinigungen. Die Befragten haben die Antworten wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß und unentgeltlich zu geben (§ 10 Abs. 2 STATGES). Die Großhandelsstatistik wird bei höchstens 10.000 dieser Unternehmen durchgeführt. Als Bundesstatistik wird sie vom Statistischen Bundesamt (Sitz Wiesbaden) erhoben und aufbereitet.

Wer Angaben verweigert, nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtig oder unvollständige Angaben macht, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit Geldbuße bis zu 10.000 DM geahndet werden kann (§ 14 STATGES). Bei größeren Betrieben trifft die Geldbuße denjenigen, der betriebsintern verantwortlich ist (§ 15 STATGES).

Die Einzelangaben der Berichtsfirmen bleiben **geheim**. Die Einzelangaben dürfen auch an sonstige Behörden, insbesondere staatliche Konkurrenzbetriebe, nicht weitergeleitet werden.

II.

Um ordnungsgemäß Auskunft für die Großhandelsstatistik erteilen zu können, ist regelmäßig ein erheblicher Personal- und Zeitaufwand erforderlich. Die Kosten sind von der jeweiligen Firma zu tragen. Eine Entschädigung ist nicht vorgesehen. Insbesondere wegen dieses entschädigungslos zu leistenden Aufwandes sind verfassungsrechtliche Bedenken erhoben worden. In den bislang zu entscheidenden Fällen haben die Gerichte die Heranziehung als **verfassungskonform** bejaht.

Auch verstößt die Verpflichtung, entschädigungslos Auskunft zu erteilen, nicht das gegen im Grundgesetz verbürgte Eigentumsrecht. Sollte in einem Einzelfall tatsächlich eine Firma durch den für die Auskunftserteilung notwendigen Aufwand in ihrer Substanz getroffen sein, so wäre nicht die verfassungsrechtliche Gültigkeit in Frage gestellt. Lediglich die Erhebung im Einzelfall, also der konkrete Verwaltungsakt, wäre rechtswidrig.

III.

Zusammenfassung:

Die Großhandelsstatistik ist in ihren gesetzlichen Grundlagen verfassungsgemäß.

Die Berichtsfirmen werden nach dem aus statistischen-mathematischen Grundsätzen hergeleiteten Zufallsprinzip bestimmt. Der innerbetriebliche Aufwand, der für die ordnungsgemäße Auskunftserteilung erforderlich ist, ist von der Berichtsfirma zu tragen und wird nicht erstattet. Die herangezogenen Betriebe sind zur Auskunft verpflichtet. Ein Wechsel der Berichtsfirmen ist vom Gesetz nicht vorgesehen, sollte jedoch in 3jährigem Abstand erfolgen. Nur in Ausnahmefällen besteht die Möglichkeit, sich der Berichtspflicht zu entziehen.

Berufsausbildung und -förderung

Auch Arbeitgeber für kürzere Studienzeiten

Wie der Wissenschaftsrat, so befürwortet auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kürzere Studienzeiten durch sinnvolle Straffung der Studieninhalte. Dies läge im Interesse der Studierenden selbst, weil sie hierdurch früher in das Berufsleben eintreten könnten.

Die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Einführung besonderer Kurzstudiengänge an Universitäten halte die Bundesvereinigung jedoch für verfehlt. Dies gelte vor allem für wirtschaftsrelevante Fächer wie die Ingenieurs-, Wirtschafts-, Natur- und Sozialwissenschaften. Solche Studiengänge würden anwendungsbezogen und in entsprechend kurzer Studienzeit bereits durch die Lehrprogramme der Fachhochschulen abgedeckt. Durch die Einführung von Kurzstudiengängen an den Universitäten müßten aber die **Fachhochschulen** ihre in der mehr praxisbezogenen Ausbildung liegende Anziehungskraft auf viele junge Menschen verlieren. Deshalb sei es notwendig, die bewährte arbeitsteilige Ausbildung der Universitäten und Fachhochschulen beizubehalten und die Selbständigkeit der Fachhochschulen zu stärken.

Für die Beibehaltung der Fachhochschulen spreche auch die Tatsache, daß von ihrem Studienangebot nicht zuletzt wegen der weiterhin günstigen Berufsaussichten von den jungen Menschen im steigenden Umfang Gebrauch gemacht werde. Zur Zeit gäbe es in der Bundesrepublik Deutschland rund 157 000 Fachhochschulstudenten.

Annahmekarten für Schulabgänger 1979

Bayern führt in diesem Jahr erstmals Annahmekarten von Ausbildungsplätzen für die Schulabgänger des Jahres 1979 ein. Sinn dieser Annahmekarten ist es, den Ausbildungsstellenmarkt zu entspannen und das Blockieren von Ausbildungsplätzen zu verhindern.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind vielfach Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben, weil Bewerber sich zu spät endgültig für einen von mehreren zugesagten Ausbildungsplätzen entschieden haben. Die Annahmekarte soll verhindern, daß aus diesem Grund die Ausbildungsplätze nicht mehr rechtzeitig besetzt werden können. Außerdem soll mit diesem Verfahren erreicht werden, daß die Bewerber über ihre Aufnahmekancen informiert und ihnen frühzeitig ein Ausbildungsplatz gesichert wird. Gleichzeitig kann auch der Betrieb nach Erhalt der Annahmekarte davon ausgehen, daß der Bewerber den angebotenen Platz tatsächlich annehmen wird.

Zur vollen Wirksamkeit der Aktion ist es erforderlich, daß alle Ausbildungsbetriebe beim Abschluß von Ausbildungsverträgen die Annahmekarten von den Auszubildenden anfordern. Die Einführung von Annahmekarten bringt für die Betriebe keine zusätzlichen Belastungen. Andere Bundesländer, wie Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland haben das Annahmekartenverfahren bereits erprobt und positive Erfahrungen damit gemacht.

In Bayern wird das Annahmekartenverfahren 1979 zum ersten Mal eingeführt.

Im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr ist ein Merkblatt mit folgendem Text bekanntgemacht worden.

1. Jeder, der sich für das Ausbildungsjahr 1979/80 um einen Ausbildungsplatz bewirbt, sollte im Besitz einer Annahmekarte sein. Schüler – vom Hauptschüler bis zum Abiturienten –, die 1979 ihre Schule verlassen, erhielten im Februar mit dem Halbjahreszeugnis von ihrer Schule eine Annahmekarte ausgehändigt. Die übrigen Bewerber erhalten die Annahmekarte auf Antrag von der zuletzt besuchten Schule.

Die „Annahmekarte 1979“ hat die Farbe gelb; sie enthält Namen, Vornamen, Geburtstag und Anschrift des Schülers sowie die Bezeichnung der zuletzt besuchten Schule.

Bewerber aus den Ländern Baden-Württemberg, Rheinlandpfalz und Saarland, die ebenfalls die Annahmekarte eingeführt haben, benutzen die Annahmekarte dieser Länder. Auch Hessen beabsichtigt die Einführung der Annahmekarte.

Bewerber, die eine Schule außerhalb der oben genannten Bundesländer besuchen oder zuletzt besucht haben, erhalten eine Annahmekarte auf Antrag bei der Regierung von Mittelfranken, Promenadeplatz 27 (Schloß), 88 Ansbach, Telefon 0981/531.

2. Die Betriebe werden gebeten, ihre freien Ausbildungsplätze frühzeitig – möglichst über die Arbeitsämter – anzubieten. Die Auswahl der Bewerber sollte ebenfalls möglichst frühzeitig erfolgen.

Die Betriebe werden gebeten, den Bewerbern, mit denen sie einen Ausbildungsvertrag abschließen wollen, eine Frist (mindestens 14 Tage, möglichst bis zum 20. April 1979) zu setzen, innerhalb der die Bewerber den zugesagten Ausbildungsplatz annehmen. Beim Abschluß des Ausbildungsvertrages ist die Annahmekarte vom Bewerber abzugeben.

Um den Jugendlichen in seiner Ausbildungsplatzwahl nicht einzuschränken, darf die Annahmekarte nicht bereits mit den Bewerbungsunterlagen angefordert werden.

3. Legt der Bewerber dem Betrieb bis zum Ablauf der festgesetzten Frist, spätestens jedoch nach Ablauf einer Nachfrist bis zum 10. Mai 1979, die unterschriebene Annahmekarte nicht vor, so kann der Betrieb grundsätzlich davon ausgehen, daß der Bewerber den angebotenen Ausbildungsplatz nicht einnimmt. Der Ausbildungsplatz kann dann anderweitig vergeben werden.
4. Hat ein Betrieb bereits vor Ausgabe der Annahmekarten einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, fordert er die Annahmekarte nachträglich an.
5. Hat ein Auszubildender bei einem Betrieb seine Annahmekarte bereits abgegeben, so muß er, wenn er sich nachträglich für einen Ausbildungsplatz bei einem anderen Betrieb oder für einen Schulplatz entscheidet, die Annahmekarte zurückfordern. Die Betriebe werden deshalb gebeten, die Annahmekarten sorgfältig aufzubewahren.

Sollte dennoch eine Annahmekarte verloren gegangen sein, so bestätigt der Betrieb den Verlust. Der Jugendliche erhält dann von seiner Schule eine Zweitausfertigung.

Verzicht auf Berufsbildungsabgabe 1979

Die Bundesregierung hat am 21. 2. 1979 beschlossen, auch in diesem Jahr keine Umlage nach dem Ausbildungsförderungsgesetz zu erheben. Bildungsminister Schmude sagte nach der Kabinettsitzung, es sei zu erwarten, daß 1979 allen interessierten Jugendlichen ein angemessenes Ausbildungsplatzangebot gemacht werden könne. Schmude erinnerte an die Entwicklung in den vergangenen Jahren. Danach sei die Zahl der abgeschlossenen Verträge 1978 gegenüber 1975 um über 140.000 gestiegen. Allein 1978 habe der Zuwachs rund 44.000 Verträge ausgemacht.

Als „sachgerecht“ bezeichnete der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) den Verzicht. Die Wirtschaft sehe darin eine Bestätigung ihrer eigenen Anstrengungen. Erneut plädieren wir in diesem Zusammenhang auch an unsere Mitgliedsfirmen, in ihrer Ausbildungsbereitschaft nicht nachzulassen. Die Arbeitgeberverbände haben der Regie-

rung versprochen, daß in diesem Jahr allen Jugendlichen, die eine Ausbildung in der Wirtschaft anstrengen, auch ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen werde.

Für dieses Jahr erwartet Minister Schmude, daß 655.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchten. Das sei eine Steigerung von nochmals 26.000 gegenüber 1978. Er rechnet damit, daß allen diesen Jugendlichen ein befriedigendes Angebot gemacht werden könne.

Schreiben der Präsidenten der Spitzenverbände an Bundesminister Schmude

In einem Schreiben an den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dr. Jürgen Schmude, haben die Präsidenten der Spitzenverbände der Wirtschaft und des Bundesverbandes der freien Berufe zum Ausdruck gebracht, daß auch 1979 alle Jugendlichen, die es wünschen, einen Ausbildungsplatz erhalten werden. In der Anlage übersenden wir Ihnen eine Ablichtung dieses Schreibens zu Ihrer Information.

Gleichzeitig appellieren die Präsidenten an die Betriebe, das Angebot an Ausbildungsplätzen auch 1979 weiter zu steigern. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen gewidmet werden.

Sehr geehrter Herr Minister,

in den letzten Jahren hat die Wirtschaft erhebliche Anstrengungen zur Erweiterung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen unternommen. Aufgrund der hohen Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und des Engagements unserer Organisationen ist es gelungen, die Zahl der jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der Nachfrage entsprechend zu steigern.

Von dieser großen Aufgeschlossenheit der Betriebe gegenüber einer vermehrten Einstellung von Jugendlichen kann auch in diesem Jahr ausgegangen werden.

Wir versichern Ihnen, daß unsere bisherigen Bemühungen zur Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten aktiv fortgeführt werden. Dies haben wir in jüngster Zeit mehrfach erklärt. Wir werden wie in den Vorjahren die Betriebe zu vermehrten Anstrengungen aufrufen. Den Problemgruppen unter den Jugendlichen soll dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, insbesondere der Intensivierung der bereits von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen ergriffenen Initiativen zur Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen im gewerblich/technischen Bereich.

Wir bekräftigen die von den Unternehmerorganisationen bereits im Hauptausschuß zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß 1979 allen Jugendlichen, die eine Ausbildung in der Wirtschaft anstreben, ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen wird.

Ergebnisse von Kammerumfragen über das voraussichtliche Angebot in diesem Jahr bestätigen diese positive Einschätzung. Nach Umfragen z.B. im Handwerksbereich konnte 1978 in vielen Berufen eine erhebliche Zahl von Ausbildungsplätzen sowohl in Ballungsgebieten als auch in strukturschwächeren Regionen nicht besetzt werden. Auch 1979 ist eher damit zu rechnen, daß in wichtigen Bereichen trotz Facharbeitermangels die Nachfrage nach Ausbildungsstellenbewerbern nicht befriedigt werden kann.

Angesichts der Erfolge in den vergangenen Jahren wird das angestrebte Ziel auch 1979 erreicht werden, zumal nur eine verhältnismäßig geringe Nachfragesteigerung zu erwarten ist.

Wir bitten die Bundesregierung, die privaten Aktivitäten der Unternehmen nicht zu erschweren, sondern zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband der Deutschen Industrie
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Deutscher Industrie- und Handelstag
Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels
Zentralverband des Deutschen Handwerks
Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
Bundesverband der freien Berufe

292 573 Auszubildende

Ende 1977 gab es in Bayern insgesamt 292 573 Auszubildende, die in 394 verschiedenen Berufen ausgebildet wurden, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Mit 160 461 (54,8%) und mit 115 535 Auszubildenden (39,4%) standen die Fertigungs- und die Dienstleistungsberufe im Vordergrund. Von den einzelnen Berufsgruppen waren die Warenkaufleute (40 721 Auszubildende), die Mechaniker (30 991) sowie die Bürofach-, Bürohilfskräfte (28 264) am stärksten vertreten. 42,1% der Auszubildenden verteilten sich auf 32 930 Ausbildungsbetriebe des Bereichs der Industrie- und Handelskammern, 45,2% auf 43 407 Betriebe des Bereichs der Handwerkskammern.

LGA-Stenogramm Februar 1979

8.2.

Tarifverhandlungen und

Sitzung des Bürgerschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft

9.2.

Klausurtagung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Grainau

15.2.

Kooperationsgespräch mit Repräsentanten des Groß- und Außenhandelsverbandes Baden-Württemberg

16.2.

100 Jahre Bayer. Gewerbeaufsicht

Festveranstaltung und Empfang im Antiquarium der Residenz

20.2.

Sitzung des Handelsausschusses der IHK für München und Oberbayern

Sitzung des Berufsbildungsausschusses BGA, Düsseldorf

Sitzung des Arbeitskreises Recht der BGA, Bonn

22.2.

Sitzung der Großen Tarifkommission des LGA

Sitzung des Arbeitskreises Recht der VAB

26.2.

Tarifverhandlungen

Verkehr

Einführung des Telefon-Nahdienstes mit Zeittakt

Die bundesweite Einführung des Telefon-Nahdienstes der Deutschen Bundespost – Nahdienst und Zeitzählung im Ortsnetz – ist organisatorisch und planerisch soweit vorbereitet, daß die Umstellungstermine bereits angekündigt werden. Eine entsprechende Übersicht über die Umstellungstermine in Bayern entnehmen Sie bitte der folgenden Aufstellung.

Die Umstellung auf den Nahdienst mit Zeitzählung ist zeitlich so vorgesehen, daß bereits Anfang 1980 rund 50% der Teilnehmer und 75% der Fläche der Bundesrepublik Deutschland das neue Tarifsysteem anwenden werden. Bis Ende 1982 sollen die Umstellungen abgeschlossen sein.

Bei dem neuen System ist jedes Ortsnetz um einen Nahbereich erweitert, in dem dann eine einheitliche zeitabhängige Gebühr gilt.

Die Zeittakt-Länge beträgt während des Tagtarifs 8 Minuten und während der Zeiten des Nachtтарifs I und II 12 Minuten.

Der Nachbereich besteht aus den Ortsnetzen, die in einem Umkreis von 20 km um das eigene Ortsnetz liegen, auf jeden Fall aber aus den Nachbarortsnetzen.

Für das Zonenrandgebiet ist eine Sonderregelung vorgesehen, die vorsieht, daß der sonst übliche Radius von 20 km auf 25 km erweitert wird. Das gilt für Ortsnetze mit Grenzüberschreitung sowie bei denjenigen Ortsnetzen, die durch ihre grenznahe Lage mehr als 30% ihrer 20-km-Nahbereichs-Fläche verlieren. Ortsnetze im Zonenrandgebiet, bei denen der Flächenverlust mehr als 60% beträgt, erhalten einen 30-km-Kreis-Fläche.

Sie können anhand der folgenden Übersicht ermitteln, wann die Einführung des Nahdienstes in Ihrem Bereich geplant ist. Die Umstellungsbereiche sind alphabetisch geordnet. Die Ziffern in der rechten Spalte haben folgende Bedeutung:

- 0 = bereits umgestellt
- 1 = Umstellung im Januar 1980
- 2 = Umstellung zwischen Januar 1980 und Oktober 1980
- 3 = Umstellung zwischen Oktober 1980 und April 1981
- 4 = Umstellung zwischen April 1981 und Oktober 1981
- 5 = Umstellung zwischen Oktober 1981 und April 1982
- 6 = Umstellung zwischen April 1982 und Dezember 1982

0825 Aichach	0	0977 Bad Neustadt	1
0867 Altötting	1	0865 Bad Reichenhall	3
0962 Amberg	1	0804 Bad Tölz	1
0980 Ansbach	1	0984 Bad Windsheim	1
0982 Ansbach	1	0950 Bamberg	3
0602 Aschaffenburg	1	0951 Bamberg	3
0609 Aschaffenburg	1	0954 Bamberg	3
0820 Augsburg	1	0920 Bayreuth	1
0821 Augsburg	1	0921 Bayreuth	1
0823 Augsburg	1	0927 Bayreuth	1
0806 Bad Aibling	1	0846 Beilngries	1
0974 Bad Brückenau	1	0824 Buchloe	1
0970 Bad Kissingen	1	0947 Burglengenfeld	1
0971 Bad Kissingen	1	0955 Burgwindheim	1
0973 Bad Kissingen	1	0956 Coburg	1
0976 Bad Königshofen	1	0813 Dachau	1

0990 Deggendorf	3	0946 Roding	1
0991 Deggendorf	3	0803 Rosenheim	1
0907 Dillingen	1	0917 Roth	1
0873 Dingolfing	1	0986 Rothenburg	1
0900 Donauwörth	1	0878 Rottenburg	1
0906 Donauwörth	1	0802 Schafflach	4
0808 Dorfen	5	0886 Schongau	1
0953 Ebern	1	0943 Schwandorf	1
0872 Eggenfelden	1	0972 Schweinfurt	1
0945 Eggmühl	1	0857 Simbach	1
0842 Eichstätt	1	0832 Sonthofen	3
0877 Ergoldsbach	1	0815 Starnberg	6
0913 Erlangen	1	0777 Stockach	1
0919 Forchheim	3	0942 Straubing	1
0816 Freising	2	0963 Tirschenreuth	1
0855 Freyung	1	0861 Traunstein	6
0814 Fürstenfeldbruck	6	0866 Traunstein	6
0882 Garmisch-Partenkirchen	1	0862 Trostberg	1
0935 Gemünden	1	0874 Vilsbiburg	1
0964 Grafenwöhr	1	0854 Vilshofen	1
0822 Günzburg	6	0965 Vohenstrauß	1
0983 Gunzenhausen	1	0868 Waging	1
0850 Passau	1	0807 Wasserburg	1
0851 Passau	1	0960 Weiden	1
0924 Pegnitz	5	0961 Weiden	1
0844 Pfaffenhofen	1	0880 Weilheim	2
0856 Pfarrkirchen	1	0881 Weilheim	2
0993 Plattling	1	0915 Weissenburg	1
0853 Pocking	1	0987 Windsbach	2
0805 Prien	1	0817 Wolfartshausen	1
0992 Regen	1	0930 Würzburg	1
0940 Regensburg	0	0931 Würzburg	1
0941 Regensburg	0	0936 Würzburg	1
		0829 Zusmarshausen	2

Außenhandel

Ursprungsnachweis für Textil-erzeugnisse aus der Türkei

Das Bundesfinanzministerium gibt durch Erlaß vom 11. 1. 1979 (III B3 - Z 1820 - 2/79) folgendes bekannt:

„Aufgrund der Verordnungen (EWG) Nr. 2573/78 des Rates vom 30. Oktober 1978 (ABl. Nr. L309/1 vom 1. November 1978) kann bei Textilerzeugnissen

- a) der Tarifnummern 51.01, 51.03 und 51.04
53.05 bis 53.08, 53.10 und 53.11
54.03 bis 54.05
55.04 bis 55.09
56.04 bis 56.07

- b) der Kapitel 58 bis 62

des Zolitarifs der Ursprung in der Türkei durch den Vermerk „Türkischer Ursprung“ in Feld 8 (Bemerkungen) der ordnungsgemäß ausgestellten Warenverkehrsbescheinigung A.TR.1 oder A.TR.3 nachgewiesen werden. Dieser Ursprungsnachweis tritt an die Stelle eines nach der Einfuhrliste erforderlichen Ursprungszeugnisses oder einer Ursprungserklärung.

Bei der Einfuhr von Textilerzeugnissen, die sich in der Türkei im freien Verkehr befinden und keine Ursprungswaren der Türkei sind, sowie von Textilerzeugnissen mit Ursprung in der Türkei, für die keine oder keine mit der Bescheinigung nach Absatz 1 versehene Warenverkehrsbescheinigung A.TR.1 oder A.TR.3 vorgelegt wird, ist der Ursprungsnachweis nach den dafür allgemein geltenden Vorschriften zu erbringen (§ 27 Abs. 2 Nr. 1 u. 2 AWV, VSF N 1178 Nr. 61b).“

Wie wir die Freiheit im Handel verlieren (Fortsetzung)

Diese an Beispielen der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere aber der Bundesrepublik Deutschland dargestellten Schutzmechanismen finden vergleichbare, teilweise sogar noch perfekter ausgefeilte Parallelen in anderen Industrieländern. Dort ist der Protektionismus ebenfalls erheblich angewachsen und es bestehen hier wie dort starke Bestrebungen, zusätzliche Maßnahmen einzuführen.

Obwohl sich der europäische Markt unter den eigenen Schutzmaßnahmen abzukapseln beginnt, versucht er durch eine offensive Exportpolitik seinerseits die Absatzchancen im weltweiten Markt zu vergrößern. Hier taucht ein Sonderproblem sektoraler Handelspolitik auf. Während im Agrarexport in zunehmendem Maße mit Exportsubventionen gearbeitet wird, bleibt der gewerbliche Export weitgehend frei von direkten staatlichen Hilfsmaßnahmen. Er hat sich seinen Marktanteil aus eigener Kraft zu erhalten bzw. auszuweiten. Dennoch findet die fortlaufende Steigerung der Exporte im gewerblichen Bereich Beifall der Regierungen und Verwaltungen der europäischen Mitgliedstaaten im Hinblick auf Erhaltung und Vergrößerung der Zahl von ausfuhrorientierten Arbeitsplätzen. Daraus resultieren zunehmend große Exportprojekte mit beachtlichen Kapazitäten. Dieses betrifft insbesondere nicht nur die Ausfuhren von Konsumfertigartikeln, sondern vornehmlich von Investitionsgütern, Maschinen, Anlagen und ganzen Fabriken zur Erzeugung von Fertigwaren. Eine indirekte Unterstützung finden diese Projekte teilweise sogar durch die von der Bundesrepublik Deutschland gezielt vergebenen Mittel der Entwicklungshilfe und durch die Entsendung von Entwicklungshelfern, die sowohl die psychologische Vorbereitung des Einsatzes solcher Maschinen oder Anlagen beziehungsweise nachher auch ihre sinnvolle Nutzung sicherstellen sollen. Die Produktionsergebnisse dieses Nicht-Konsumgüter-Exports werden allerdings wiederum und wegen des Schutzes von hiesigen Arbeitsplätzen kritisch betrachtet. Denn die Förderung der Industrialisierung wird nur insoweit betrieben, als sie sich exportunterstützend auswirkt. Vermarktung der mit Hilfe dieser Investitionen erzeugten Produkte in Drittlandsmärkten wird zunächst wohlwollend akzeptiert. Versuchen derartig mit europäischen Anlagen ausgerüstete Staaten allerdings, den Absatz ihrer neuen Ware auf den europäischen Märkten zu befördern, so kommt es oftmals allein aus diesem Grund zu Importrestriktionen. Auf das weiter oben genannte Beispiel der Beschränkung der Präferenzen wird insoweit verwiesen. Die Außenhandelspolitik wirkt somit zusätzlich sektoral nach Exporten von Investitionsgütern und Importen von daraus erzeugten Produkten. Schutzmaßnahmen anderer Länder führen außerdem dazu, daß Europa wegen der Gefahr des „Reflux“, der Umleitung dieser Waren in den europäischen Markt, Vorsorge trifft durch restriktive Verfeinerung des Importschutzes.

Völlig ins Gegenteil verkehrt wird dieses Mißverhältnis zwischen Export- und Importpolitik allerdings dann, wenn es sich um Großkompensation für Anlagenexporte in Ostblockstaaten handelt. Hier wird entgegen den marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten die verhältnismäßig unbeschränkte Einfuhr von – eventuell im Markt nicht benötigten – Fertigerzeugnissen aus diesen Anlagen ausdrücklich verabredet und zugelassen. Damit wird marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten und gewachsenen Handelsströmen nicht mehr Rechnung getragen, stattdessen resultieren daraus weitergehende Restriktionen gegenüber anderen Lieferländern.

Außenhandel und Strukturpolitik

Die Notwendigkeit für eine beschäftigungssichernde Strukturpolitik ist unbestritten. Die Arbeitsplatzsicherung genießt ebenso Vorrang wie die Erhaltung bestimmter Industrie- und Handwerkszweige. Unvermeidlich sind in diesem Zusammenhang Schutzmaßnahmen, wie sie ja selbst die liberalen Vorschriften des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes und des GATT und letztlich auch des freiheitlich angelegten EWG-Vertrages vorsehen. Die selektiven Schutzmaßnahmen, die zu treffen sind, dürfen sich nur auf ein Produkt, nicht aber auf eine Produktionsregion in der Welt beschränken. Die handelspolitische Verpflichtung der Gemeinschaft im Rahmen des GATT muß zur Erhaltung der eigenen Exportfähigkeit so gestaltet sein, daß alle Länder der Welt gleichermaßen Lieferchancen in den europäischen Raum haben. Schutzmaßnahmen, selbst wenn sie vorübergehend nicht global, sondern nur sektoral vorgenommen werden müssen, dürften regelmäßig nur angewendet werden, wenn sie der Zielsetzung entsprechen, bruchartige Strukturveränderungen der heimischen Wirtschaft zu verhindern. Daraus folgt, daß derartige Maßnahmen grundsätzlich **befristet** sein müßten. Nach Ablauf einer eindeutig festgelegten und überschaubaren Schutzfrist sind die Maßnahmen endgültig und auf Dauer aufzugeben, um wieder normale und unverfälschte Wettbewerbsbedingungen eintreten zu lassen. Das Verstecken hinter der Mehrheitsmeinung im GATT, in der OECD, in der UNCTAD und in der Europäischen Gemeinschaft sollte beendet werden. Chancen für eine Wiederholung und Weiterentwicklung des Welt Handels unter möglichst freien Bedingungen liegen nur in einer positiven Vorwärtsstrategie, die sich von der strukturerhaltenden sektoralen und selektiven Schutzmaßnahmenpolitik löst und zu einer globalen Freihandelspolitik zurückfindet, die ihrerseits auch auf Verwaltungspraktiken verzichtet, die die nach außen bekundeten Willenserklärungen letztlich in ihr Gegenteil verkehren.

Schutzmaßnahmen, so berechtigt sie auch im Einzelfall aus wohlverstandenen Interesse sein mögen, sind deshalb aus wohlverstandenen Interesse sein mögen, sind deshalb dem Freihandelsprinzip unterzuordnen und somit mit einem Selbstauflösungsmechanismus zu versehen, um auch in diesem Sektor den Freihandel wieder zum Ordnungsprinzip zu machen.

Verschärfte Verwaltungspraxis beeinträchtigt legale Freiräume

Die verschärfte Verwaltungspraxis erscheint zunächst als notwendige Reaktion, um in den äußerst umfangreichen und schwer überschaubaren Regelungssystemen illegales Vorgehen von der Wahrnehmung legaler Freiräume zu trennen. Die Verwaltung trägt damit dazu bei, die Grenzen des rechtlich Zulässigen zu definieren. In dieser Hinsicht ist das staatliche Durchgreifen nur zu begrüßen; denn gleiche Wettbewerbschancen bestehen nur, wenn alle Betroffenen sich an die Vorschriften halten. Die zuständigen Behörden gehen deshalb mit Recht zum Beispiel gegen alle Versuche vor, die begrenzte Textileinfuhr aus einigen ostasiatischen Lieferländern dadurch zu umgehen, daß die Ware über den innerdeutschen Handel mit geänderter Ursprungskennzeichnung importiert wird.

Der konsequente Vollzug und die lückenlose Überwachung der komplizierten Vorschriften setzt aber voraus, daß in allen Einzelheiten eine so klare Regelung vorhanden

ist, daß der Betroffene den Maßstäben gerecht werden kann, die die Exekutive im nachhinein an sein Handeln stellt. Angesichts der meterlangen amtlichen Publikationen, die zur Veröffentlichung dieses Materials notwendig sind, ist es kein Wunder, daß oft schon Verzögerungen, Berichtigungen und Neuveröffentlichungen die Kenntnis der jeweils geltenden Rechtslage erschweren. Schließlich liegt es oft genug nur an Initiativen der für Außenhandelsfirmen tätigen Verbände, daß bei einer Neuregelung eine praxisgerechte Übergangslösung getroffen wird.

Angesichts dieser Umstände hat der scharfe Durchgriff der Verwaltung über die anzuerkennende Eliminierung illegaler Geschäftspraktiken hinaus auch Auswirkungen für den legalen Spielraum. Dessen Grenzen werden gerade nicht verdeutlicht, sondern vernebelt, wenn erst nachträglich klar gemacht wird, was von Anfang an zu beachten gewesen sein soll. Um sich nicht der Gefahr von Sanktionen auszusetzen, ist der Handel deshalb gezwungen, die an sich gegebene Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung nur eingeschränkt wahrzunehmen.

Handel braucht klare Rechtsgrundlagen

Die genaue Handhabung von ungenauen Vorschriften geht häufig nicht nur zu Lasten der Betroffenen, sondern kann sich auch für den gesamten Außenhandel nachteilig auswirken. So wurde zum Beispiel die Textileinfuhr aus Griechenland zeitweilig unterbrochen, weil Griechenland sich veranlaßt sah, seine Textilexporte wegen der Erschöpfung der Einfuhrkontingente in der Bundesrepublik zu stoppen. Statistische Bereinigungen auf europäischer Ebene ergaben dann jedoch, daß weitere Einfuhren möglich waren.

An diesem Beispiel wird erneut deutlich, daß die Geschäftspraxis im Außenhandel kaum noch von außenwirtschaftlichen Grundprinzipien, dafür aber umso stärker von äußerst komplizierten Verwaltungseingriffen bestimmt wird. Es sind gerade die den äußersten Spezialfall regelnden Verwaltungsanordnungen, die wegen ihrer Unkalkulierbarkeit die Außenhandelspraktiken verunsichern müssen, zumal wenn bereits schwebende oder gar abgeschlossene Geschäfte mit betroffen werden. Die Forderung nach Klarheit der Rechtsgrundlagen für das Außenhandelsgeschäft muß daher die Verwaltungsanordnungen und ihre Durchführungen voll einschließen.

Diesen Beitrag haben wir mit freundlicher Genehmigung dem WGA-Geschäftsbericht 1978 der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel Hamburg e.V. entnommen.

Investitionen in Entwicklungsländern werden stärker gefördert

Mittelständische deutsche Unternehmen sollen stärker in Entwicklungsländern investieren. Die Bundesregierung hat zu diesem Zweck ihr entwicklungspolitisches Instrumentarium für privatwirtschaftliche Engagements in der Dritten Welt durch „Richtlinien für die Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern“ ergänzt. Die vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Offergeld, erlassenen Richtlinien wurden jetzt dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages übersandt. Das Förderprogramm ersetzt und verbessert die bisher gewährten ERP-Niederlassungskredite und erweitert die bestehenden Förderinstrumente wie Kapitalanlagengarantien des Bundes, DEG-Beteiligungen und das Entwicklungsländer-Steuergesetz.

Der Haushaltsausschuß sei gebeten worden, die im Haushalt 1979 des BMZ für diesen Zweck bereitgestellten 25 Mio. DM zu entsperren. Davon sollen Darlehen bis zum Höchstbetrag von jeweils 2,5 Mio. DM zu einem Zinssatz von jährlich 3,5% mit einer Laufzeit von bis zu 15 Jahren, davon bis zu fünf tilgungsfreien Jahren, gewährt werden. Für Niederlassungen in den ärmsten Entwicklungsländern gilt ein Zinssatz von 2,5%. Die Kreditvergabe erfolgt auf Antrag. Antragsberechtigt sind kleinere und mittlere Unternehmen mit Sitz und Geschäftsbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland, deren Jahresumsatz im Durchschnitt der vorangegangenen drei Kalenderjahre weniger als 200 Mio. DM betrug. In Ausnahmefällen können auch größere Unternehmen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sehen die Richtlinien die Finanzierung von vorbereitenden Projektstudien für Niederlassungen vor, wobei im Falle eines negativen Ergebnisses der Studie auf Rückzahlung des Kredits verzichtet werden kann. Dadurch sollen kleinere und mittlere Unternehmen insbesondere in der kostenintensiven Anlaufphase einer Beteiligung entlastet werden und Informationsdefizite abgebaut werden.

Die Darlehensanträge müssen über ein deutsches Kreditinstitut bei der Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau eingereicht werden. Sofern die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) in Köln an einer Investition beteiligt ist, kann der Antrag über die DEG gestellt werden. Über die Kreditanträge entscheidet das BMZ.

Offizielle Beteiligung Brasiliens an internationalen 1979 in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Messen und Ausstellungen

HANNOVER-MESSE 18. 4. – 26. 4. 79

Informationsstand

in der Halle „Internationaler Treffpunkt“

INTERZUM – KÖLN 19. 5. – 22. 5. 79

Länderstand

brasilianische Hersteller bieten an:

- Erzeugnisse und Zuliefermaterial für die Möbelindustrie
- Furniere tropischer Hölzer
- Tischlerplatten
- Leder für Polstermöbel
- Bezugs- und Dekostoffe
- vorgefertigte Elemente für die Möbelindustrie und den Innenausbau
- Parkettfußböden
- Wand- und Deckenverkleidung
- Erzeugnisse für die Innendekoration

ANUGA – KÖLN 8. 9. – 13. 9. 79

Länderstand

brasilianische Hersteller bieten an:

- Lebens- und Genußmittel aller Art, insbesondere:
- Fruchtsäfte und -konzentrate
- Konfitüren und Gelees
- Fruchtpulpe für die Marmeladenindustrie
- aus typisch brasilianischen Früchten
- Spargel und Palmenherzen in Dosen
- gefriergetrocknete Früchte und Gewürze
- Fleischwarenerzeugnisse

48. GDS – INTERNATIONALE SCHUHMESSE – DÜSSELDORF 22.9. – 24.9.79

Ausstellung brasilianischer Schuhwarenhersteller

angeboten werden:

- Lederschuhe und -stiefel aller Art für Damen, Herren und Kinder, einschließlich Sandaletten und Abendschuhe für Damen

SPOGA – KÖLN 22.9. – 25.9.79

Länderstand

brasilianische Hersteller bieten an:

- Lederbälle für Basket-, Volley- und Fußball
- Sporttaschen aus Leder
- Sportschuhe für die verschiedenen Sportarten
- Sport- und Freizeitkleidung
- Camping-Zelte
- Hängematten
- Sonnenschirme für Garten und Strand

MÜNCHNER MODEWOCHE MÜNCHEN 1.10. – 5.10.79

Länderstand

brasilianische Aussteller bieten an:

- Damenoberbekleidung: Kostüme, Blusen, Röcke
- Strick- und Wirkwaren
- Bade- und Strandbekleidung
- Baby-, Kinder- und Mädchenbekleidung
- Lederbekleidung
- Modeschmuck und Bijuteriewaren

BUCHMESSE – FRANKFURT 1.10. – 15.10.79

Länderstand

Buchausstellung der brasilianischen Verleger-Verbände

Personalien

Wir gratulieren

Erneut zum Handelsrichter am Landgericht Aschaffenburg wurde Herr **Erich Götz**, Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Götz oHG, Eisen-Großhandlung in Aschaffenburg, auf die Dauer von 3 Jahren ernannt.

Wir gratulieren zu dieser ehrenvollen Berufung sehr herzlich.

Zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Nürnberg wurde mit Wirkung von 15. Januar 1979 an Herr **Norbert Friedrich**, Prokurist bei der Fa. Carl Weidenbach, Kfz-Teile, Nürnberg, berufen.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

Alfred Pröschel – 50jähriges Betriebsjubiläum



Schulferien 1979

Die nachstehende Übersicht soll unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, bei der Erstellung des Urlaubsplanes die Schulferien in den einzelnen Bundesländern mit zu berücksichtigen.

Land	Ostern	Pfingsten	Sommer	Herbst	Weihnachten
Baden-Württemberg	7.4. – 21.4.	– 5.6.	26.7. – 5.9.	29.10. – 30.10.	22.12. – 11.1.
Bayern	9.4. – 21.4.	5.6. – 16.6.	1.8. – 17.9.	31.10. – 2.11.	21.12. – 8.1.
Berlin	2.4. – 21.4.	2.6. – 5.6.	19.7. – 1.9.	26.10. – 3.11.	24.12. – 5.1.
Bremen	2.4. – 21.4.	5.6. – 6.6.	19.7. – 1.9.	29.10. – 3.11.	24.12. – 7.1.
Hamburg	5.3. – 24.3.	21.5. – 26.5.	16.7. – 25.8.	22.10. – 27.10.	24.12. – 5.1.
Hessen	31.3. – 21.4.	– 5.6.	12.7. – 22.8.	22.10. – 2.11.	22.12. – 4.1.
Niedersachsen	2.4. – 21.4.	2.6. – 5.6.	19.7. – 29.8.	24.10. – 3.11.	22.12. – 5.1.
Nordrhein-Westf.	31.3. – 21.4.	—	21.6. – 4.8.	5.10. – 13.10.	21.12. – 5.1.
Rheinland-Pfalz	9.4. – 30.4.	2.6. – 5.6.	5.7. – 15.8.	25.10. – 31.10.	22.12. – 7.1.
Saarland	2.4. – 23.4.	—	5.7. – 18.8.	26.10. – 3.11.	24.12. – 5.1.
Schleswig-Holst.	2.4. – 23.4.	2.6. –	12.7. – 22.8.	15.10. – 27.10.	22.12. – 5.1.

Sein 50jähriges Betriebsjubiläum kann am 1. April dieses Jahres Herr Alfred Pröschel, Direktor im Hause Böttcher & Renner, Nürnberg und München, mit den Tochtergesellschaften Senefelder in München und Wien, feiern.

Der Jubilar hat hervorragenden Anteil am Aufstieg eines der größten und ältesten graphischen Fachgeschäfte. Sein unermüdlicher Einsatz wird in der Branche im In- und Ausland hoch geschätzt. Nicht zuletzt hat er bei den Gesellschaftern Cläre Link und Ernst Renner und bei allen Mitarbeitern den Ehrentitel „Mädchen für alles“.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

Erich Rauhut – 75 Jahre

Sein 75. Lebensjahr vollendete am 25. März 1979 Herr **Erich Rauhut**, Mitinhaber und Senior unserer Mitgliedsfirma, der Eisenwarengroßhandlung Julius Friedr. Krönlein, Eisenwaren-Großhandel in Schweinfurt.

Der Jubilar ist noch täglich mit großer Tatkraft im Betrieb tätig. Daß dies so bleibt, wünschen wir dem Jubilar, verbunden mit unseren herzlichsten Glückwünschen, von ganzem Herzen.

Buchbesprechungen

Unternehmerische Personalpolitik

Herausgegeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln, Bachem-Verlag, 1978, 320 Seiten, 36,- DM.

Die Frage, wie „human“ die Arbeitswelt in der Bundesrepublik ist, beschäftigt Politiker, Wissenschaftler und Öffentlichkeit immer wieder. Die Vielfalt unterschiedlicher Standpunkte hierzu spiegelt sich in einer fast unübersehbaren Fülle von Publikationen. Erstmals hat jetzt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Fragenkomplex der Arbeitsbedingungen und der sie gestaltenden Personalpolitik aus unternehmerischer Sicht umfassend Stellung genommen. Ziel der Veröffentlichung ist es, Informationen und Anregungen zu vermitteln, aber auch falsche, z. T. ideologisch verzerrte Vorstellungen zu korrigieren.

Der erste Teil des Buches behandelt die Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik. Anhand umfangreichen Materials erhält der Leser einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitsanforderungen, der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes, der Arbeitszeit, des Arbeitsentgelts und der sozialen Beziehungen im Betrieb. Er erfährt dabei u. a., daß

- die gängige These von der Herunterqualifizierung der Tätigkeiten in der Wirtschaft falsch ist, weil sich in den letzten 20 Jahren fast durchgehend eine Höherqualifizierung vollzogen hat,
- die vielgeschmähte Fließbandarbeit von lediglich 5% der gewerblichen Arbeitnehmer verrichtet und von den Betroffenen sehr unterschiedlich beurteilt wird,
- die Frühinvalidität zu einem beträchtlichen Teil die Folge ernährungsabhängiger Erkrankungen ist,
- die Arbeitnehmer eine hohe Arbeitszufriedenheit bescheinigen und das leistungsbezogene Entgelt bejahen.

Der zweite Teil zeigt die Schwerpunktaufgaben der unternehmerischen Personalpolitik auf. Er gibt u. a. Antwort auf folgende aktuelle Fragen:

- Welche Funktionen haben Personalvorstand und Personalleiter?

- Welche Anforderungen müssen an ihre fachliche und menschliche Qualifikation gestellt werden?
- Wie gelingt es der Personalführung, Mitarbeiter zur Leistung zu motivieren?
- Welche Gesichtspunkte sind bei der Auswahl neuer Mitarbeiter richtig?
- Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen einer weiteren Humanisierung der Arbeit?
- Welchen Nutzen hat eine gesellschaftsbezogene Unternehmensberichterstattung (Sozialbilanz) für den Betrieb und wie erstellt man sie?

Dieses Buch ist das Ergebnis langjähriger Erfahrungen von Betriebspraktikern. Es wendet sich an alle, die praktisch wie theoretisch mit der Arbeitswelt und der unternehmerischen Personalpolitik zu tun haben, wie Unternehmensleitungen, Führungskräfte, Wissenschaftler, Politiker und Verbandsvertreter. Nicht zuletzt ist es auch für die interessierte Öffentlichkeit gedacht.

Den größten Nutzen hat der Leser, der die Schrift gezielt als Nachschlagewerk heranzieht, wenn er mit Einzelfragen aus der Arbeitswelt konfrontiert wird. Ein umfassendes Stichwortverzeichnis erleichtert ihm dabei die Orientierung.

Arbeitgeberverbände und deren Mitglieder können die von der Bundesvereinigung geförderte Verbandsausgabe zu folgenden Bedingungen bei Direktbestellung über die Bundesvereinigung oder beim J. P. Bachem-Verlag, Ursulaplatz 1, 5000 Köln 1, Telefon 0221/135041 (nicht über den Buchhandel) erwerben:

1 Exemplar	18,- DM
2 – 5 Exemplare je Stück	15,- DM
6 – 50 Exemplare je Stück	12,- DM
mehr als 50 Exemplare je Stück	7,50 DM

Hinzu kommen 6% Mehrwertsteuer, Porto und Verpackungskosten.

Heinz Michaels

Arbeitslosigkeit – und doch keine Arbeitskräfte

Arbeitsmarktprobleme der deutschen Automobilindustrie

80 Seiten, Broschur, ECON Verlag GmbH, Düsseldorf-Wien, DM 12,80

Der Titel dieses Buches klingt angesichts von rund 1 Mill. Arbeitslosen widersprüchlich. Dennoch haben verschiedene Unternehmen erhebliche Personalsorgen und werben um Arbeitskräfte.

Heinz Michaels ist in Gesprächen mit Unternehmensleitungen und Betriebsräten in der deutschen Automobilindustrie, die zu den Schlüsselindustrien unserer Wirtschaft gehört, diesem Phänomen nachgegangen.

Die Unternehmen der Automobilindustrie haben die Sorge, genügend Arbeitskräfte anzuwerben und stehen vor einem erheblichen Arbeitskräftemangel trotz einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von rund 1 Mill.

Was ist also los auf dem Arbeitsmarkt? Welche Probleme ergeben sich für die Unternehmen?

Die Studie zeigt, daß partiell Arbeitskräftemangel trotz der Arbeitslosigkeit herrscht, wie gering die Mobilität der Arbeitnehmer ist, welche Möglichkeiten die Arbeitsämter bieten u.v.a.m.

Die auf seine ausgedehnten Recherchen beruhenden Berichte geben typische Erfahrungen wieder, die zumindest teilweise auch auf Unternehmen anderer Industriezweige zutreffen dürften. Sie sollen dazu beitragen, die Diskussion über Arbeitsmarktfragen zu beleben, auch wenn Rezepte nicht vorgeschlagen werden können.

Stege/Weinspach

Betriebsverfassungsgesetz

Handbuch für die betriebliche Praxis

Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Köln; DM 62,-

All denen, die bei ihrer täglichen Arbeit in der betrieblichen Praxis das Betriebsverfassungsgesetz berücksichtigen und anzuwenden haben, soll das vorliegende Handbuch eine Hilfe sein. Anliegen der Verfasser war es, dem Praktiker einen Leitfaden zu bieten, der ihm die Anwendung des Gesetzes erleichtert. Deshalb wurde bewußt die Form des Praktikerhandbuchs und nicht die des juristischen Kommentars gewählt.

In der vorliegenden dritten Auflage ist die bis Januar 1978 veröffentlichte Rechtsprechung zum Betriebsverfassungsgesetz berücksichtigt.

In einem Anhang sind neue und überarbeitete Musterformulare für die betriebliche Praxis, die einschlägigen Gesetzestexte, ein Paragraphenregister sowie ein ausführliches Stichwortverzeichnis enthalten.

Kosten, die keiner kennt/Der unsichtbare Lohn

Format 12 x 19 cm, 32 Seiten, kartoniert, Einzelpreis DM 2,80 brutto bei Mindestabnahme von 5 Exemplaren

Deutscher Instituts-Verlag, Oberländer Ufer 84 - 88, 5000 Köln 51, Telefon 0221/3704341

Mit den Löhnen ist es ähnlich wie mit einem Eisberg: Einen großen Teil sieht man nicht. Denn neben dem Lohn oder Gehalt für geleistete Arbeit bezieht jeder Arbeitnehmer einen „zweiten Lohn“, den der Betrieb aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, tariflicher Vereinbarungen oder freiwillig aufbringt.

Die Liste dieser gesetzlichen, tariflichen und freiwilligen Zusatzkosten ist lang. Sie reicht von der Arbeitslosenversicherung bis hin zur zusätzlichen Pensionsversicherung. Daraus erwächst ein respektable Kosten-Posten, den kein Arbeiter und Angestellter in seinem ganzen Umfang kennt, der aber in den Firmenbüchern deutliche Spuren hinterläßt.

Die vorliegende Mini-Broschüre gibt Auskunft über diese Zusatzkosten, aber auch über die Grenzen der Belastbarkeit. **Fazit:** Sozialen Fortschritt gibt es nicht umsonst - er muß erarbeitet werden.

Das Personal-Büro in Recht und Praxis

Arbeitsrecht - Lohnsteuer - Sozialversicherung - Personalführung - Organisation. Grundwerk mit rund 4300 Seiten, die in 4 Kunststoff-Sammelordnern abgelegt sind, einschließlich Ordner und Register, bis zum Liefertag ergänzt DM 39,60. Seitenpreis der 12 mal im Jahr erscheinenden Ergänzungslieferungen 11,2 Pf. Im Bezugspreis der Nachträge sind 11 umfangreiche Kundendienst-Leistungen eingeschlossen.

Rudolf Haufe Verlag, Postfach 1740, 7800 Freiburg im Breisgau.

Die erste **Ergänzungslieferung** des Jahres 1979 steht besonders im Zeichen der Änderungen auf sozialversicherungsrechtlichem Gebiet. Wer ständig mit dem Werk arbeitet, wird es besonders begrüßen, daß rechtzeitig im Wirksamwerden der neuen Bezugsgröße und der erhöhten Beitragsbemessungsgrenzen sämtliche Grundsatzdarstellungen zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung

auf den neuesten Stand gebracht wurden. Dies gilt für die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge ebenso, wie für die Vorschriften über die Beschäftigung von Rentnern und die Folgerungen, die sich aus der Erhöhung der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Krankenversicherung ergeben können. Eine Sonder-Beilage erleichtert die richtige Steuerklassenwahl für Arbeitnehmer-Ehegatten.

Wir können Ihnen dieses Werk bestens empfehlen.

Kommentar zur Gewerbeordnung

Von Prof. Dr. Ludwig Fröhler
und Regierungsdirektor Dr. Joachim Kormann
1978, XVI, 540 Seiten, Ln. DM 115,-
ISBN 3-8005-6902-7

Bücher des Betriebs-Beraters

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Dieser neue Kommentar zur Gewerbeordnung wendet sich an alle, die auf einen modernen Kommentar mittlerer Größe in gebundener Form für dieses Rechtsgebiet angewiesen sind.

Es soll eine übersichtliche, doch zugleich auch wissenschaftlich fundierte Arbeitshilfe geboten werden - primär an den Praktiker in Wirtschaft, Verwaltung und Gerichtsbarkeit gerichtet, aber ebenso für den wissenschaftlich Interessierten gedacht. Infolge seiner strengen Systematik wird der Kommentar auch als Lernbehelf, sei es für die juristische Ausbildung, sei es für die Verwaltungsbildung, geeignet sein. In der Behandlung der Einzelfragen wird stets eine ausgewogene Lösung angestrebt, die gleichermaßen Gesichtspunkte und Bedürfnisse der Behörden, Betriebe, Berufsorganisationen und Gerichte berücksichtigt, ohne einen dieser Standpunkte überzubewerten oder zu vernachlässigen.

Besonderer Wert ist auf klare Gliederung und auf knappe, präzise Darstellungsweise gelegt. Dabei erfolgt bewußt eine Schwerpunktbildung durch zusammenhängende größere Darstellungen besonders grundlegender und aktueller Gebiete und Problemkreise. In der praktischen Anwendung und in der wissenschaftlichen Durchdringung besonders schwieriger Bestimmungen der Gewerbeordnung sind auch im Umfang entsprechend diesem Schwierigkeitsgrad ausführlicher erläutert, auf Selbstverständlichkeiten wurde verzichtet. Die Verfasser verlassen durchaus auch einmal eingefahrene Gleise, wo ihnen eine bisher weniger reflektierte, als von altersher übernommene „herrschende Meinung“ im Licht neuerer Entwicklungen und unter Berücksichtigung unseres modernen Rechts- und Sozialstaates nicht mehr zweifelsfrei erscheint.

Kommentiert sind die gewerberechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, und zwar sofort vollständig und nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung einschließlich der Neufassung des Titels IV. Eingearbeitet sind zudem die Konsequenzen, die sich aus dem Inkrafttreten des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes bzw. entsprechender Vorschriften der Länder ergeben. Gerade hier zeigt sich eine Fülle von bislang kaum erkannten Überschneidungen der Gesetzeswerke und damit durch Wissenschaft und Praxis erst zu bewältigender Einzelprobleme.

Ein besonderer Vorteil des Kommentars liegt schließlich darin, daß er „aus einem Guß“ ist: Die Verfasser haben keine gebietsbezogene Aufteilung vorgenommen, sondern gemeinsam die Bestimmungen kommentiert.

So wird der Kommentar allen Benutzern eine fundierte Arbeitshilfe bei der Lösung gewerberechtlicher Probleme sein.

Handelsvertreterrecht

Prof. Dr. Meyer

274 Seiten, DIN A 5, Peylin-Einband, DM 59,-
ISBN 3-7719-6136-XForkel-Verlag Stuttgart-Wiesbaden
Forkel-Reihe „Schriften zur Arbeitsrecht-Blattei“

Das Recht des Handelsvertreters befindet sich im Umbruch, obwohl seine gesetzliche Grundlage seit der Handelsvertreternovelle von 1953 unverändert ist.

Das Buch soll in überschaubarem Umfang darüber informieren, wie die Rechtsprechung gegenwärtig das geltende Handelsvertreterrecht anwendet und welche Auslegungsvorschläge die Literatur unterbreitet.

Die gesellschaftliche Entwicklung und deren Widerspiegelung in Rechtsprechung und Literatur werden dargestellt.

Gegenpositionen werden dort erarbeitet, wo von deren Verfestigung schädliche Rückwirkungen auf die Funktion oder soziale Stellung des Handelsvertreters zu erwarten sind, u. a. in der Frage des im Handelsvertretervertrag angeblich immanenten Wettbewerbsverbots.

Ein interessantes Buch für Handelsvertreter, Betriebe und alle mit dem Arbeitsrecht befaßten Stellen.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Kommentar

begründet von Dr. Dr. H. C. Erich Molitor
und

Dr. Bernhard Volmer

fortgeführt von

Dr. Claas-Hinrich Germelmann

2., völlig neubearbeitete Auflage

C. H. Beck Verlag, München

Am 1. Mai 1976 ist ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz in Kraft getreten, wodurch das frühere Gesetz wesentlich geändert wurde. Eine Neubearbeitung des Kommentars war dadurch unumgänglich, zumal auch die übrige Entwicklung des Arbeits- und Arbeitsschutzrechts berücksichtigt werden mußten.

Mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976 hat der Gesetzgeber nicht nur einige Vorschriften geändert, sondern eine völlig neue Kodifikation des Jugendarbeitsschutzrechts vorgenommen. Der vorliegende Kommentar stellt daher nicht eine bloße Fortführung seiner Vorgänger dar, sondern es handelt sich hierbei um eine Neubearbeitung, die mit dem alten Kommentar praktisch nicht verglichen werden kann. Aufbau und Systematik sind dabei dem neuen Gesetz angepaßt und teilweise wesentlich geändert worden. Für die Praxis von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß durch eine stärkere Untergliederung mit Randnummern das Auffinden von Erläuterungen wesentlich erleichtert wird.

Die Benutzbarkeit des Kommentars wurde auch dadurch verbessert, daß im Anhang des Kommentars sonstige Jugendschutzvorschriften, Vorschriften zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und Regelungen auszugswise aufgenommen worden sind, die besondere Beschäftigungsverbote enthalten. Es ist auch zu begrüßen, daß teilweise internationale Regelungen abgedruckt wurden, die Grundlage für einige gesetzliche Bestimmungen waren.

Der besondere Wert dieses Kommentars ist jedoch darin zu erblicken, daß sich die Verfasser bemüht haben, dort, wo das Gesetz keine unmittelbaren Lösungen bietet, im Geiste des Gesetzes zu praktisch zweckmäßigen Lösungen zu ge-

langen. Es wurde hierdurch eine echte Lücke geschlossen, weil die überwiegend öffentlich rechtliche Regelung des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu Eingriffen der hoheitlichen Gewalt in die private Sphäre und sehr weitgehend auch zu Strafen, wenn auch durchweg in Form der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ermächtigt, die eine besonders scharfe gesetzliche Umschreibung erwünscht erscheinen lassen.

Die vorliegende 2. Auflage dieses Werkes darf daher ohne Übertreibung als ein praxisnaher und wissenschaftlich gründlicher Kommentar bezeichnet werden, der die schwierigen Zweifelsfragen des neuen Gesetzes eingehend behandelt. Die ist für jeden eine wertvolle Hilfe, der in der Praxis mit Fragen des Jugendarbeitsschutzes konfrontiert ist.

Kursbuch des Bayerischen Linien- und Flächenverkehrs 1978/79

Der Landesverband Bayerischer Transportunternehmer hat gemeinsam mit dem Landesverband Bayerischer Spediteure das „Kursbuch des Bayerischen Linien- und Flächenverkehrs“ in seiner 14. völlig überarbeiteten verbesserten Auflage herausgegeben. Es enthält mit 529 verzeichneten Güterlinien alle organisatorischen erfaßten regelmäßigen Verkehrsrelationen des gewerblichen Straßen-Güterverkehrs im Land Bayern und von diesem ausgehend in andere Bundesländer und ins Ausland sowie ein Verzeichnis des bayerischen Flächenverkehrs.

Interessenten können das Kursbuch kostenlos beim Landesverband Bayerischer Transportunternehmen LBT e.V., Postfach 148, 8000 München 19, beziehen.

Rechtsprobleme der Exportfinanzierung

Von Rechtsanwalt Dr. Friedrich Graf von Westphalen, Köln.

2., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1978,

320 Seiten, Leinen DM 96,-

ISBN 3-8005-6900-0

Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft,
Band 11Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Die praktischen Rechtsprobleme der Exportfinanzierung gewinnen ständig an Bedeutung; mehr und mehr werden Exportunternehmen zu „Finanziers wider Willen“.

Angesichts der Exportabhängigkeit vieler Unternehmen rücken Finanzierungsfragen stärker in den Vordergrund. Dabei wird – wie die Erfahrung bestätigt – bei der Bewältigung der Rechtsprobleme bei komplizierter werdenden Finanzierungen nicht immer ausreichende Sorgfalt verwandt; mitunter fehlt auch das erforderliche Know-how.

Diese Schrift ist – wie auch die Kritik der ersten Auflage lobend hervorgehoben hat – die einzige, welche sich im deutschsprachigen Raum mit den typischen Rechtsproblemen der Finanzierung von Exportgeschäften auseinandersetzt. Dabei wendet sie sich nicht nur an die Juristen in exportorientierten Unternehmen und in den Banken; sie wendet sich gleichermaßen an Exportkaufleute und die häufig mit Akquisitionsaufgaben betrauten Techniker.

Die zweite Auflage ist wesentlich überarbeitet; sie ist nicht nur auf den neuesten Stand gebracht, sondern auch erheblich ergänzt worden. Vertieft sind insbesondere die Kapitel über die Forfaitierung, das Exportfactoring und die Zahlungssicherheiten. Das Kapitel über Bestellerkredite wurde zusätzlich aufgenommen.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Verhandlungsstrategien im Verkauf

Wie Sie Kunden zu Partnern machen

Von Mack Hanan, James Cribbin und Howard Berrian.
Übersetzung aus dem Amerikanischen von Dr. Walter Riedel.
1978, 168 Seiten, Br. DM 29,—
ISBN 3-7938-7647-9

I. H. Sauer-Verlag GmbH, 6900 Heidelberg

Dieses Buch hilft allen im Verkaufsdienst Beschäftigten, den Nutzen ihrer Verkaufstätigkeit zu steigern. Es zeigt, wie man zu seinen Kunden ein auf Partnerschaft gegründetes Verhältnis schafft. Die „Sprache“ der Partnerschaft ist das Verhandeln.

Dieses Buch zeigt, wie man zu verhandeln hat, um eine dauerhafte Beziehung aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zu anderen Büchern über Verhandlungsführung lehrt dieses Buch nicht, wie man die andere Seite ausspielt und überlistet. Es zeigt vielmehr, wie man ein echtes Partnerschaftsverhältnis entwickelt, das auf beiderseitigen Vorteil und Nutzen gerichtet ist.

Mack Hanan, James Cribbin und Howard Berrian sind Mitglieder eines Institutes von Unterrichtspraktikern im Bereich der Managemententwicklung, und haben in Kursen und Seminaren der Amerikanischen Management-Gesellschaft (AMA) unterrichtet. Dauerhafte Partnerschaften mit Kunden zu erzielen ist das Grundanliegen ihres jetzt vorgelegten Trainingsbuches.

Damit Sie Ihr Geld nicht verheizen

Im Rahmen der Aufklärungs-Aktion „Energiesparen – unsere beste Energiequelle“ ist jetzt die Broschüre (55 Seiten)

„Damit Sie Ihr Geld nicht verheizen“ erschienen.

Diese Broschüre informiert über die am 1. Oktober 1978 in Kraft getretene Heizungsanlagen- und Betriebsverordnung und gibt praktische Tips, wie man beim Heizen Energie und Geld sparen kann.

Anhand verschiedener Tabellen kann der Betreiber einer Heizungsanlage leicht überprüfen ob bzw. wie energie-, geldsparend und umweltfreundlich seine Anlage arbeitet.

Mit einer gut arbeitenden Heizungsanlage kann man leicht viel Geld und Energie sparen und etwas für den Umweltschutz tun. Rund 40% unseres gesamten Energieverbrauchs geht in die Raumheizung; das Einsparpotential ist beträchtlich.

Interessenten können die Broschüre bei der Pressestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft, Postfach, 5300 Bonn 1, **schriftlich** anfordern. Die Schrift wird kostenlos abgegeben.

Wegbereiter zum Erfolg

Erwin Nieder

125 Seiten, kartoniert, DM 19,—
ISBN 3-7719-6202-1

Forke-Verlag, Postfach 104, 7000 Stuttgart 70,
Telefon 0711/764032

Erfolg ist etwas, das nach dem Kausalgesetz von Ursache und Wirkung erfolgt, also die Folge unserer Bemühungen um planmäßigen Kräfteinsatz.

Der Berufserfolg allein sagt noch nichts über den Lebenserfolg, da der Lebenserfolg eines Menschen nur an seinem Erfolg sowohl im Berufs- als auch im Privatleben gemessen werden kann.

Unsere wichtigste Lebensaufgabe ist die Entfaltung unserer Persönlichkeit, denn nur dadurch erhält unser Dasein einen wertvollen Inhalt, der nicht nur uns, sondern auch unserer Umwelt zugute kommt.

Das Ziel unserer Bestrebungen muß die Fähigkeit sein, uns selbst zu erkennen, zu erziehen und richtig zur Geltung zu bringen.

Ebenso wichtig ist es für uns, unsere Mitmenschen richtig einzuschätzen und zu behandeln, denn Menschenkenntnis ist nicht angeboren, sondern eine Fähigkeit, die durch vergleichendes Beobachten, Schlüsseziehen und Erfühlen erlernt werden kann.

Das neue Buch von Erwin Nieder will Ihnen durch vielfach erprobte Übungen, durch durchdachte Anregungen und Ratschläge, neue Wege zur Persönlichkeitsentfaltung und zum Lebenserfolg öffnen.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Seminar für Unternehmer und Führungskräfte
des Großhandels

Wege zur Kostensenkung

Die Gewinne der meisten Großhandelsunternehmen zeigen eine beängstigende Entwicklung: viele stehen in den roten Zahlen! Rentabilitätsverbesserungen über Umsatzsteigerung bzw. preispolitische Maßnahmen läßt die Marktlage nicht zu! Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ist heute nur noch von der Kostenseite her möglich.

Dieses Seminar will gerade auch für kleinere und mittlere Großhandelsunternehmen realisierbare Möglichkeiten aufzeigen.

Programm:

- Kostensenkung als vorrangige Zielsetzung der Geschäftsführung
- Erkennen von Schwachstellen durch systematische Methoden: Gewinnung von Informationen, Herausarbeiten der Problematik, Bildung von Rationalisierungsschwerpunkten
- Praktische Möglichkeiten zur Senkung der Kosten in Organisationsaufbau und -ablauf, sowie in den Funktionsbereichen Personal, Beschaffung, Lagerhaltung und Vertrieb

Termine:

Lehrg. Nr. 2/601 NÜRNBERG, 24. April 1979

Lehrg. Nr. 2/602 MÜNCHEN, 25. April 1979

Dauer:

1 Tag von 9.00 – 17.00 Uhr

Referent:

Dipl.-Volksw. Udo Schröter, Ges. für Handelsberatung mbH

Gebühr: DM 136,—

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels

Postfach 370243

8000 München 37

Tel.: (089) 557617

Anmeldeschluß:

beide Seminare – 11. April 1979 –

Nach Eingang Ihrer Anmeldung werden wir Ihnen eine Anmeldebestätigung/Rechnung zusenden, auf der Sie genaue Angaben zum Seminar finden.

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
April 1979 · Nr. 4/1979

Das aktuelle Thema	3	Bayerns Feiertage einheitlich – aber wie?
Allgemeine Rechtsfragen	5	Ab 1. April 1979 auch Schutz von Dienstleistungsmarken Die Geltendmachung von Ansprüchen gegen Spediteure und Frachtführer
	7	Handels- und Gaststättenzählung 1979
Steuerfragen	8	Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. Juli 1979
	10	Braun an Streibl: Entscheidung ändern Verkauf zuzüglich jeweils gültige Mehrwertsteuer
Berufsausbildung und -förderung	10	15 000 suchen Ausbildungsplätze
	11	34,6% der Auszubildenden sind Mädchen
Außenhandel	11	BGA-Kritik an der Vernichtung von Agrarüberschüssen BfA-Veröffentlichungen
	12	Kontaktwünsche spanischer Firmen Modell zur Sicherung deutscher Exportlieferungen nach Österreich Außenhandel für Handelsförderungsstelle in Peking
Personalien	12	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · RA Frankenberger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels G.m.b.H., München, Ottostr. 7. Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels EV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe u. Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Redaktion: Dipl.-Volkswirtin Deutsch. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Bayerns Feiertage einheitlich – aber wie?

Nicht nach Maximalgrundsätzen – Wie die Wirtschaft es sieht.

Der Beschluß der CSU-Landtagsfraktion, die Zahl der gesetzlichen Feiertage künftig für das gesamte bayerische Staatsgebiet auf 14 auszuweiten, hat zu scharfen Protesten in der bayerischen Wirtschaft geführt. Die Aktionsgemeinschaft Handel, die unseren Landesverband, den Landesverband des Bayerischen Einzelhandels und den Centralverband der bayerischen Handelsvertreter und Handelsmakler umfaßt, hat in einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß, ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht. Sie finden dieses Schreiben im Anschluß an den Kommentar der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft zu diesem Thema:

Die Diskussion über die Feiertagsregelung hat sich in jüngster Zeit in Bayern auf allen Ebenen neu belebt. Innerhalb der katholischen Kirche ist gegenwärtig im Rahmen der Kirchenrechtsreform eine umfassende Neuordnung der Feiertagsregelung im Gespräch. Für die evangelische Landeskirche war die Gemeinderechtsreform, obwohl sie noch nicht abgeschlossen ist, Anlaß für die Forderung, den Buß- und Betttag für ganz Bayern zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären. Die CSU-Landtagsfraktion griff dieses Begehren auf und richtete an die Bayerische Staatsregierung die Empfehlung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die bisher unterschiedliche Feiertagsregelung in Bayern auf dem höchsten Niveau vereinheitlicht.

Hauptbetroffener jeder Neuregelung ist die Wirtschaft, denn jede Einführung eines neuen Feiertags stellt eine Arbeitszeitverkürzung dar. Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Veränderung des bayerischen Status quo im Feiertagsrecht müssen daher in die Erwägungen einbezogen werden. Auf seine Vor- und Nachteile hat sich die bayerische Wirtschaft eingestellt. Sollte dennoch das Feiertagsrecht in Bayern vereinheitlicht werden, so bestehen aus wirtschaftlicher Sicht hiergegen keine grundsätzlichen Bedenken. Eines muß die Wirtschaft jedoch ablehnen: Eine Vereinheitlichung kann nicht nach Maximalgrundsätzen vorgenommen werden, die bestehende Unterschiede weiter verstärken würden. Soll eine wirkliche Vereinheitlichung das Ziel sein, so gilt es, die in den übrigen Bundesländern geltenden Regelungen in die Überlegungen einzubeziehen, sich nicht nur an Teilen, sondern an der Gesamtheit dieser Regelungen zu orientieren.

Vergleich mit den anderen Bundesländern

Jeder in einem anderen Bundesland begangene Feiertag gilt auch in Bayern, wenngleich teilweise auf jene Gebiete beschränkt, deren Bevölkerung überwiegend jener Konfession angehört, für die auch kirchlich dieser Tag ein Feiertag ist. Nur diese Einschränkung ermöglicht es, die Auswirkungen der „bayernspezifischen“ Feiertagsregelung gerade noch in Grenzen zu halten. Während bei einer Fünf-Tage-Woche im Bundesdurchschnitt durch gesetzliche Feiertage 10,0 Arbeitstage pro Jahr ausfallen, sind es in Bayern im Landesdurchschnitt 10,4 Arbeitstage. Würden alle Feiertage für ganz Bayern zu gesetzlichen Feiertagen erhoben, so läge Bayern mit 14 Feiertagen und 11,7 ausfallenden Arbeitstagen allein an der Spitze aller Bundesländer.

Aufgabe des Gesetzgebers

In ihren Äußerungen zur Vereinheitlichung der Feiertage macht die evangelisch-lutherische Kirche religiöse und kirchliche Beweggründe geltend. Bisher hat sie jedoch nicht in Einzelheiten dargetan, daß diese Beweggründe einem wirklichen Bedürfnis entsprechen. Eine solche – im Vergleich zu den Jahren der Festlegung der heutigen Feiertagsregelung gar gestiegene – Grundströmung ist auch nicht zu erkennen. Die Bevölkerung schätzt an den Feiertagen vor allem die Freizeit. Diese Entleerung des ursprünglichen Sinngehalts der Feiertage trug sicher mit zu den gegenwärtigen Überlegungen des Vatikans bei, die Fixierung einiger kirchlicher Feste auf einen bestimmten Tag aufzuheben und sie liturgisch am folgenden Sonntag zu feiern. Eine solche von der katholischen Kirche anerkannte gesellschaftliche Wirklichkeit entzieht dem Gesetzgeber die Grundlage für eine Ausweitung der Feiertage, denn dem Gesetz würde die innere Berechtigung fehlen. Die veränderte Einschätzung der Feiertage müßte sogar zu ihrem Abbau führen. Daß dies nicht eine wirklichkeitsfremde Vorstellung ist, zeigt die Entwicklung in Italien. Dort wurde die Zahl der Feiertage von 15 auf neun vermindert.

Aufgabe der Tarifpartner

Jede Einführung eines neuen Feiertages stellt eine Arbeitszeitverkürzung dar. Sie wird damit zur Regelung von Arbeitsbedingungen, die nicht in die Kompetenz des Landesgesetzgebers fällt, sondern Aufgabe der Tarifpartner ist. Die in der Öffentlichkeit und zwischen den Tarifpartnern in Gang gekommene gesellschafts- und sozialpolitische Diskussion befaßt sich derzeit mit dem Problemkreis der Arbeitszeitverkürzung in ihren verschiedensten Formen. Die jüngste Entwicklung zeigt, daß die tariflichen Festlegungen von Arbeitszeit und Urlaub zu bundeseinheitlichen Regelungen führen. Unterschiedliche Feiertagsregelungen der Bundesländer beeinflussen diesen Trend nicht. Die Vereinheitlichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen macht nicht einmal mehr an Staatsgrenzen halt, sie hat europäische Dimension.

Ökonomische Auswirkungen

Dem Wunsch nach mehr Freizeit sind ökonomische Grenzen gesetzt. Die wirtschaftlich verfügbare Arbeitszeit ist heute bereits geringer als allgemein angenommen wird. Im Durchschnitt beträgt bei einer Fünf-Tage-Woche die effektive Arbeitszeit eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers nur noch 203 Tage im Jahr; das entspricht rein rechnerisch einer Wochenarbeitszeit von 31,1 Stunden. Auf jeden geleisteten Arbeitstag entfallen nur 0,49 Prozent der verfügbaren Arbeitszeit.

Wie bei jeder zusätzlichen Arbeitszeitverkürzung wäre die am meisten einschneidende Folge einer Ausweitung der Feiertage, daß der auf der Wirtschaft lastende Kostendruck, die Hauptursache für die gegenwärtige hohe Arbeitslosigkeit, sich weiter verschärfen müßte. Bei unverändert hohen Gesamtkosten müßte die Wirtschaft einen erheblichen Produktionsausfall hinnehmen. Er würde sich 1979 pro Tag und damit auch pro Feiertag auf annähernd eine Milliarde DM belaufen. Ohne diese Wertschöpfung müßte die Wirtschaft für einen zusätzlichen Feiertag mindestens 650 Millionen DM Kosten weiter tragen.

Wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Feiertage

Die Vereinheitlichung der Feiertage muß auf die ökonomischen Folgen Rücksicht nehmen. Die aus einer Ausweitung resultierenden Belastungen sind gegen die Entlastungen aus dem Wegfall eines Feiertags zu saldieren.

In Frage kämen für eine Vereinheitlichung Regelungen für die nicht bundesweit geltenden Feiertage; das sind: Heilige Drei Könige, Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen sowie Buß- und Bettag. Aus wirtschaftlicher Sicht sind diese Feiertage jedoch nicht gleichwertig:

- Fronleichnam und Buß- und Bettag sind feste, stets auf einen Arbeitstag fallende Feiertage, während es sich bei den anderen Feiertagen um bewegliche Feste handelt, die bei einer Fünf-Tage-Woche in 5/7 der Fälle und bei einer Sechs-Tage-Woche in 6/7 der Fälle Arbeitstag sind.
- 75 Prozent der Arbeitsplätze liegen in Bayern in Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung und 25 Prozent der Arbeitsplätze in Gebieten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung.
- Allerheiligen als katholischer Feiertag ist bereits heute für rund ein Drittel der Gebiete Bayerns mit überwiegend evangelischer Bevölkerung ebenfalls Feiertag.

Die Aktionsgemeinschaft Bayerischer Gesamthandel nimmt Stellung:

Herrn Ministerpräsident Dr. h.c. Franz Josef Strauß
Bayerische Staatskanzlei

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Aus der Presse haben wir erfahren, daß die CSU Landtagsfraktion am 14.3.1979 den Beschluß gefaßt hat, in Zukunft landeseinheitlich in Bayern 14 gesetzliche Feiertage einzuführen. Angesichts der Tragweite dieses Beschlusses für die mittelständischen Betriebe des bayerischen Handels nehmen wir die Art seines Zustandekommens ohne Abstimmung mit den am meisten betroffenen Wirtschaftsstufen mit großem Befremden zur Kenntnis. Bei unseren Firmen, die im Vertrauen auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage zu entsprechenden unternehmerischen Dispositionen bereit sind, hat die nun vorgesehene Feiertagsregelung erhebliche Unruhe und Proteste ausgelöst.

Mit Erstaunen haben wir außerdem registriert, daß ausgerechnet die CSU diese neue Variante zur Prüfung der Belastbarkeit der Wirtschaft auf den Weg der Gesetzgebung bringen will, obwohl wir doch gerade in dieser Fraktion Kenntnis und Sachverstand für die Sorgen der Klein- und Mittelbetriebe voraussetzen dürften – zumindest wenn man den Lippenbekenntnissen der Parteisprecher Glauben schenken darf.

Bei aller Bereitschaft, an einer praxisnahen Vereinheitlichung der Feiertagsregelung in Bayern mitzuwirken, bleibt es dem Handel unverstündlich, warum nur die Maximallösung zur Debatte steht. Es drängt sich der Eindruck auf, daß ein heikles Problem durch eine populäre Maßnahme auf dem für die Partei „billigsten“ und bequemsten Weg aus der Welt geschafft werden soll, nur zahlt in diesem Fall die Wirtschaft allein die Zeche.

Es ist für den bayerischen Handel unvorstellbar, mit welcher Leichtfertigkeit durch einen Federstrich über Größenordnungen entschieden wird, die unser Mittelstands-

Strukturelle Nachteile nicht verschärfen

Jede Kostenbelastung der bayerischen Wirtschaft durch Vereinheitlichung der Feiertage würde die Wettbewerbsverzerrung verschärfen, die die bayerische Wirtschaft infolge der natürlichen Nachteile schon heute zu tragen hat. Sie muß die sich aus Revierferne und Rohstoffarmut ergebenden höheren Transport- und Energiekosten durch höhere Leistungen ausgleichen. Trotz der im Vergleich zum Bundesgebiet günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ist der Rückstand der bayerischen Wirtschaft in der Leistungskraft noch nicht aufgeholt.

Die Ausdehnung der gesetzlichen Feiertage in einer Zeit, in der geringe Kostendifferenzen über den Erfolg am Markt und damit über den Bestand an Arbeitsplätzen entscheiden, würde neue strukturelle Nachteile bringen. Noch mehr als die absolute Höhe der Kosten entscheiden über die Wahl des Standorts eines Betriebs und damit über die Frage, welche Arbeitsplätze gesichert und wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die relativen Kosten, der Kostenvergleich mit anderen möglichen Standorten. Es wäre eine schlechte Wirtschaftspolitik, mit ein paar Millionen DM mehr oder weniger die Attraktivität von Arbeitsplätzen in Bayern fördern zu wollen und gleichzeitig der bayerischen Wirtschaft zusätzliche Belastungen in Höhe von Hunderten Millionen aufzubürden. Eine Ausweitung der Feiertage könnte die vergleichsweise günstige wirtschaftliche Entwicklung Bayerns der letzten Jahre jäh beenden.

programm geradezu ad absurdum führen. Die CSU-Fraktion weiß – oder müßte wissen – daß die Lohnintensität unserer mittelständischen Betriebe außerordentlich hoch ist. Die vorgeschlagene Feiertagsregelung bedeutet deshalb für die Tarifpartner eine Abwertung ihres zähen Ringens und von großer Verantwortung gekennzeichneten Bemühens, zu tragbaren Tarifgestaltungen zu kommen. Wenn sie sich vor Augen führen, verehrter Herr Ministerpräsident, daß im bayerischen Handel ein zusätzlicher arbeitsfreier Tag einer Lohnkostensteigerung von 0,5 Prozent bis 0,8 Prozent gleichzusetzen ist, so mögen Sie ermessen, wie sich für unsere nordbayerischen Betriebe eine Mehrbelastung von 3 Feiertagen auswirken muß. Die zwangsläufigen Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen liegen klar auf der Hand.

Wir bitten Sie, verehrter Herr Ministerpräsident, sich dafür zu verwenden, daß dieser Beschluß unter Beteiligung des bayerischen Handels erneut zur Diskussion gestellt wird, damit wir Gelegenheit erhalten, das volle Gewicht unserer Argumente anhand konkreten Zahlenmaterials zu erläutern.

Mit freundlichem Gruß

Landesverband des bayerischen
Groß- und Außenhandels

Braun Sattel

Landesverband des bayerischen
Einzelhandels

Reissinger von Reumont

Wirtschaftsverband bayerischer
Handelsvertreter und Handelsmakler CDH

Pfeiff Pannier

Eine erste schriftliche Reaktion des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr liegt uns inzwischen zum bayerischen Feiertagsgesetz vor. Staatsminister Anton Jaumann gab uns in einem Schreiben bekannt, daß er unsere Bedenken teilt und gebeten habe, in eine erneute Beratung der Problematik einzutreten. Desgleichen habe er den Herrn Ministerpräsidenten von seiner Haltung unterrichtet. Am 20. März habe Herr Ministerpräsident die Frage einer neuen bayerischen Feiertagsregelung bereits im Ministerrat zur Diskussion gestellt und dabei auf die erheblichen Einwände der Wirtschaft besonders hingewiesen. Nach Meinung der Staatsregierung werde die Frage einer Neuregelung des bayerischen Feiertagsrechts noch eingehend mit allen beteiligten Kreisen zu erörtern sein.

Allgemeine Rechtsfragen

Ab 1. April 1979 auch Schutz von Dienstleistungsmarken

Am 1. April 1979 tritt das Gesetz über die Eintragung von Dienstleistungsmarken in Kraft. Von diesem Tag an können Dienstleistungsmarken – so wie Warenzeichen – geschützt werden. Das Gesetz schützt vor allem Inhaber von Dienstleistungsmarken im zwischenstaatlichen Bereich ebenso wie Warenzeicheninhaber. In den Staaten, in denen bisher die Eintragung von Dienstleistungsmarken möglich war, hat sich der mangelnde Schutz im deutschen Bereich als nachteilig erwiesen. Im Bereich der Europäischen Gemeinschaft wird die Möglichkeit, nun auch in der Bundesrepublik Deutschland Dienstleistungsmarken zum Schutze anzumelden, noch größere Bedeutung haben. Den Inhabern übereinstimmender älterer Markenrechte soll ein Widerspruchsrecht gegen die Eintragung einer EG-Marke nur gegeben werden, wenn diese in ein nationales Register eingetragen ist. Dies war bisher in Deutschland nicht der Fall.

Die Inhaber von Dienstleistungsmarken können schon jetzt, also noch vor Inkrafttreten des Gesetzes, eine Marke beim Deutschen Patentamt zur Eintragung anmelden. Die Anmeldungen gelten dann mit Beginn des 1. April 1979 als eingereicht.

Das Gesetz enthält noch eine wichtige Übergangsbestimmung:

„Der Inhaber einer eingetragenen Dienstleistungsmarke, die vor dem 1. April 1980 angemeldet worden ist, kann sich der Weiterbenutzung eines mit der Marke übereinstimmenden Zeichens für gleiche oder gleichartige Dienstleistungen durch einen anderen im räumlichen Bereich der bisherigen Benutzung des Zeichens nicht widersetzen, wenn dieser das Zeichen bis spätestens am 1. April 1978 in Benutzung genommen hatte. Soweit auf Grund anderer Vorschriften ältere Rechte bestehen, bleiben sie unberührt.“

Der letzte Satz weist darauf hin, daß selbstverständlich z.B. ein erworbenes Recht auf Grund der Verkehrsgeltung eines Zeichens durch eine Benutzung vor dem 1. Oktober 1978 nicht beeinträchtigt wird. Die Bestimmung des Termins „1. Oktober 1978“ stellt sicher, daß nicht während des noch laufenden Gesetzgebungsverfahrens bis zum Inkrafttreten ein „Prioritätsrennen“ stattfindet.

Die Geltendmachung von Ansprüchen gegen Spediteure und Frachtführer

Die entgeltliche Beförderung von Waren spielt in unserem heutigen Wirtschaftsleben eine immer größere Rolle. Es soll daher in diesem Beitrag der Versuch unternommen werden, die durch Sondergesetze, Geschäftsbedingungen und Vereinbarungen sehr zersplittert geregelten Ansprüche im Zusammenhang mit der entgeltlichen Beförderung von Waren etwas transparenter zu machen. Es sind hier eine ganze Reihe von Grundsätzen zu beachten, die vom großen- teils dispositiven, d.h. von den Vertragsparteien abänder- baren Recht des BGB und HGB zum Teil weit abweichen. Die besondere Aktualität ist durch die kürzliche Änderung der für einen Großteil der Ansprüche beachtlichen Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) sowie der Bedingungen der Speditions- und Rollfuhrbedingungen (SVS/ RVS) einerseits, der Kraftverkehrsordnung (KVO) anderer- seits, gegeben.

Hervorzuheben sind vor allem kurze materiell-rechtliche Ausschlussfristen, Verjährungsfristen, Haftungsbeschrän- kungen. Von Bedeutung ist ferner die Ersetzung von Haf- tung durch Versicherung.

Die Abweichung vom Recht des BGB und vom HGB kann verschiedene Rechtsgründe haben. In Betracht kommen hier die Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp), meist in Verbindung mit der SVS/RVS-Versicherung oder der inzwischen als gleichwertig anerkannten Spedi- tionspolice sowie das Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) mit der Kraftverkehrsverordnung (KVO) sowie internationale Abkommen wie z.B. das CMR, d.h. das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßen- güterverkehr.

1. Die Geltung der ADSp

Kommt zwischen einem Spediteur und einem kaufmänni- schen Auftraggeber ein Geschäft zustande, finden grund- sätzlich die ADSp Anwendung, wobei es keine Rolle spielt, ob es sich um ein Speditions-, Fracht-, Lager-, Kommis- sions- oder ein sonstiges mit dem Frachtgeschäft zusam- menhängendes Geschäft handelt.

Der Umfang der Geltung bestimmt sich nach § 2 ADSp.

Die ADSp gelten nach ständiger Rechtsprechung unter deutschen Spediteuren kraft Unterwerfung. Die ADSp werden aber dann **nicht** kraft stillschweigender Unterwer- fung Vertragsinhalt, wenn nicht ein spezialisiertes Massen- geschäft gegeben ist, sondern ein individueller Miet-, Misch- oder Werkvertrag vorliegt, bei dem eine stillschweigende Unterwerfung nicht angenommen werden kann. Ähnlich verhält es sich im Geschäftsverkehr mit Ausländern. Handelt es sich bei dem Ausländer um keinen Spediteur, so können die ADSp nur kraft ausdrücklichen Hinweises Vertragsinhalt werden, es sei denn, es liegen besondere Umstände des Einzelfalles vor, die die Annahme rechtfertigen, daß dem ausländischen Vertragsteil ein Kennenmüssen der Anwen- dung der ADSp zuzurechnen ist. Aber auch dann muß nach den Regeln des internationalen Privatrechts geklärt werden, ob das Schweigen des ausländischen Geschäftspartners rechtliche Wirkungen entfalten kann.

2. Die Haftung nach ADSp

§ 54 a ADSp beschränkt die Haftung der Höhe nach auf 3,75 DM je kg brutto der versendeten Ware und höchstens DM 3.750,- je Schadensfall. Die Haftungs-Höchstgrenze wird gebildet durch den gemeinen Wert oder den gemeinen Handelswert der Sache. Keine Haftungshöchstgrenze be-

steht für Vorsatz und Veruntreuung von Organen oder leitenden Angestellten. Bei Veruntreuungen sonstiger Angestellter besteht eine Beschränkung auf DM 50.000,- pro Schadensfall. § 54 ADSp setzt voraus, daß der Spediteur für den Schaden verantwortlich ist. Wann dies der Fall ist, richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften, die durch die ADSp zum Teil eingeschränkt sind. Demzufolge **haftet** der Spediteur nur für eigenes Verschulden, nicht dagegen für Zufall und höhere Gewalt. Trifft das Verschulden einen von ihm Beauftragten, so haftet er nur für sorgfältige Auswahl, darüber hinaus nicht. Einem Anspruch aus unerlaubter Handlung können die ADSp wirksam entgegengesetzt werden. Das bedeutet in der Praxis, daß die Haftung aus unerlaubter Handlung zwar nicht ausgeschlossen ist, aber alle Haftungsbeschränkungen und auch die Verjährungsfrist der ADSp gelten.

Hinsichtlich der Verjährung von Ansprüchen gegen den Spediteur gilt die **8-Monatsfrist** seit Kenntnis des Berechtigten von dem Anspruch, spätestens jedoch mit Ablieferung des Gutes. Von dem hier einschlägigen § 64 ADSp werden Ansprüche aus allen Rechtsgründen umfaßt, auch die aus unerlaubter Handlung, ungerechtfertigter Bereicherung, sowie Geschäftsführung ohne Auftrag. Kenntnis ist dem Empfänger erst nach entsprechender Mitteilung des Speditors vom Verlust der Ware zuzurechnen. Ablieferung des Gutes ist hier nur diejenige an den Empfänger, nicht die an den Zwischenspediteur oder Frachtführer. Da sonst für Verjährungen nirgends eine 8-Monatsfrist üblich ist, wird man sich die in § 64 ADSp normierte daher besonders zu merken haben.

3. Ansprüche aus der Speditionsversicherung

Liegt der Abschluß einer Speditionsversicherung vor, so wird durch diese Versicherung der Schaden gemäß der gesetzlichen, nicht durch ADSp beschränkten Haftung des Speditors aus Verkehrsverträgen gedeckt, auch wenn die Haftung des Speditors auf dessen Vorsatz beruht. Es sind grundsätzlich alle, auch mittelbare Sach- und Vermögensschäden eingeschlossen, dagegen besteht keine Deckung für Personenschäden. Die Haftung für Zwischenspediteure, die nach ADSp ausgeschlossen ist, wird durch die Versicherung ebenfalls gedeckt, allerdings nur für deutsche oder europäische Zwischenspediteure. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die 8-Monatsverjährungsfrist des § 64 ADSp hier **unanwendbar** ist. Die Leistung der Versicherung ist jedoch gemäß § 8 SVS beschränkt auf den gemeinen Handelswert oder gemeinen Wert des Gutes, und, falls es bei Erteilung des Verkehrsauftrages verkauft war, auf den Verkaufspreis.

Sollten sich aus positiver Vertragsverletzung darüber hinausgehende Schäden ergeben, so werden diese weder vom Spediteur noch von der Speditionsversicherung ersetzt. Pro Schadensereignis gilt in jedem Fall als Höchstsumme ein Betrag von einer Million DM, auch wenn mehrere Versicherte davon betroffen sind. Eine Anspruchsbegrenzung auf DM 5.000,- pro Verkehrsauftrag kommt gemäß § 6 SVS dann infrage, wenn die Bekanntgabe eines höheren Warenwertes nicht rechtzeitig erfolgt ist.

4. Geltendmachung der Ansprüche aus Speditionsversicherung

Bei der Speditionsversicherung handelt es sich um eine Versicherung für fremde Rechnung, da der Spediteur die Prämie dem Auftraggeber in Rechnung stellt. Sie ist jedoch ein echter Vertrag zu Gunsten Dritter, da die Rechte aus dem Versicherungsvertrag dem Auftraggeber oder Interessen-

LGA-Stenogramm für Monat März 1979

- 1. 3.**
Tarifverhandlungen
- 2. 3.**
Kooperationsgespräch mit unserem Schwesterverband in Baden-Württemberg
- 5. 3.**
Arbeitsgespräch über die Errichtung des Großhandelszentrums in München
- 6. 3.**
Arbeitskreis Kartellrecht des BGA, Bonn
- 7. 3.**
Sitzung Ausschuß für Betriebswirtschaft und Verkehr im LGA
- 8. 3.**
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern
- 12. 3.**
Sitzung des Messebeirates im Wirtschaftsministerium
- 13. 3.**
Sitzung der großen Tarifkommission in Baden-Württemberg
- 14. 3.**
Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit des BGA tagt in Frankfurt
Besprechung im Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz
- 15./16. 3.**
Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des BGA in Essen
- 16. 3.**
Arbeitskreis allgemeine Verbandsfragen
Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern
Sitzung Fachzweig Feuerwehrbedarf
- 17. 3.**
Eröffnung der Handwerksmesse, München
- 20. 3.**
Sitzung des Garantierausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft
Sitzung Fachzweig Technische Chemikalien
- 21. 3.**
Geschäftsführerbesprechung des BGA, Bonn
- 26. 3.**
Tarifverhandlungen
Wirtschaftsgespräch mit einer afrikanischen Gruppe im Wirtschaftsministerium
- 27. 3.**
Tarifverhandlungen
Diskussion mit den Interessenten für ein Großhandelszentrum in München
Sitzung des Unterausschusses „Weiterbildung“ der VAB
- 29. 3.**
Sitzung des Unterausschusses „Programmgestaltung“ für das Seminarprogramm 1979/80
- 30. 3.**
Richter- und Anwaltskonferenz des CDH

träger unmittelbar zustehen. Das bedeutet, daß er seine Versicherungsansprüche **in eigener Verantwortung** wahrnehmen muß. Dies bedeutet insbesondere, daß er für die rechtzeitige Schadensmeldung und die Beachtung von Klage und Verjährungsfristen selbst Rechnung zu tragen hat. Zwar trifft den Spediteur grundsätzlich nicht die Pflicht zur Schadensanzeige, jedoch kann die Anmeldung – fristwährend – auch über den Spediteur erfolgen. Gemäß § 10 Nr. 1 SVS ist jeder Schaden unverzüglich, **spätestens innerhalb eines Monats** an die zuständige Niederlassung der Oskar-Schunck-KG zu melden. Im Falle der Speditions-police ist die Meldung an die Fa. Hans Rudolf Schmidt & Co. in Hamburg zu richten. Wird diese Obliegenheit schuldhaft verletzt, **erlischt** der Anspruch gegen den Versicherer. Die Monatsfrist beginnt dann zu laufen, wenn der geschädigte Auftraggeber Kenntnis vom Bestehen der Speditionsversicherung erhält. Auf den Haftungsausschluß gemäß § 41 a ADSp kann sich der Spediteur unter Umständen dann nicht berufen, wenn er unklare Auskünfte erteilt hat. In diesem Fall kann man die Ansprüche gegen den Spediteur selbst durchsetzen. Eine rechtzeitige Rückfrage empfiehlt sich jedoch dringend.

Die Oskar-Schunck-KG führt nur die Verhandlungen über die geltend gemachten Ansprüche. Es muß innerhalb eines Jahres seit der Schadensmeldung Klage gegen die Versicherer erhoben werden, wenn die geltend gemachten Ansprüche nicht anerkannt oder geregelt werden. Bei dieser Jahresfrist handelt es sich um eine **materielle Ausschußfrist**, die ohne Berücksichtigung eines etwaigen Verschuldens bei ihrer Versäumung vom Gericht von Amts wegen zu beachten ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese Frist durch Vereinbarung zu verlängern. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß weder die Oskar-Schunck-KG noch die Speditionsversicherer zu einem Hinweis auf diese Frist verpflichtet sind und einen solchen auch im allgemeinen nicht geben.

Es ist daher nicht möglich, gegenüber einer solchen unterlassenen Hinweispflicht sich mit der Arglistenrede zu verteidigen. Für die Wahrung der Frist genügt die Klageerhebung selbst vor einem unzuständigen Gericht ebenso, wie Klageeinreichung oder ein Mahnbescheid.

5. Die Haftung nach GüKG/KVO

Die Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen im Güterfernverkehr unterliegt ausschließlich den Bestimmungen des GüKG und der KVO. Gemäß den Bestimmungen §§ 20, 26 GüKG sind sie unabdingbar und unverzichtbar. Haftungsbeschränkungen und Ausschlüsse sind nach § 26 GüKG zulässig. Gemäß § 29 KVO wird bei Transportmittelunfällen und Betriebsunfällen eine Gefährdungshaftung für unmittelbare Sachschäden an den beförderten Gütern begründet. Dabei sind mittelbare Vermögensschäden und Personenschäden ausgeschlossen. Daneben besteht die Haftung aus unerlaubter Handlung. Im Gegensatz zum Spediteur haftet der Frachtführer selbst und muß sich selbst versichern. Auf Verlangen des Verfügungsberechtigten muß er seine Ansprüche aus der Versicherung an diesen abtreten. Der Frachtführer haftet für die gesamte Ausführung des Vertrages, auch für das Verschulden Dritter. Ansprüche aus dem Beförderungsvertrag nach GüKG/KVO verjähren gemäß § 40 KVO **in einem Jahr**. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß diese Frist nicht nur für Entschädigungsansprüche, sondern auch für die Ansprüche des Frachtführers auf Entgelt gelten. Eine **3-jährige** Verjährungsfrist gilt dagegen für die Ansprüche auf Auszahlung von Nachnahme- und Verkaufserlösen sowie aus vorsätzlicher Schädigung. Der Ablauf

des Lieferungstages ist der Verjährungsbeginn für Entschädigungsansprüche. Bei Verlust des Gutes ist Verjährungsbeginn der 30. Tag nach Beendigung der Lieferfrist. Erfolgt eine schriftliche Anmeldung beim Unternehmer, so werden die Ansprüche auf Entschädigung bis zur Bekanntgabe eines schriftlichen Ablehnungsbescheides gehemmt.

6. Die Haftung nach CMR

Auch im internationalen Verkehr besteht gemäß Nr. 17 Abs. 1 CMR eine durch Abs. 2 derselben Vorschrift modifizierte Gefährdungshaftung. Gemäß Nr. 32 CMR besteht für die Verjährung von Haftungsansprüchen eine Frist von **einem Jahr**. Nur im Falle von Vorsatz und diesem gleichstehenden Verschulden beträgt die Verjährungsfrist **3 Jahre**.

Eine schriftliche Reklamation hemmt nur die Verjährung von Ansprüchen gegen den Frachtführer. Die kurze Verjährung gilt für alle Ansprüche aus einer dem CMR unterliegenden Beförderung, nicht nur für Vertragsansprüche und nicht nur für Ansprüche, die auf dem CMR beruhen, sondern auch für gesetzliche Ansprüche aus dem jeweiligen nationalen Recht. Da es sich hier um die Durchsetzung von Ansprüchen im internationalen Verkehr handelt, sei noch darauf hingewiesen, daß die Verfolgung derartiger Ansprüche nicht nur rechtlich, sondern auch durch meist außerordentlich mühsame Sachverhaltsvermittlungen äußerst kompliziert ist, so daß es sich unbedingt empfiehlt, mit der Geltendmachung derartiger Ansprüche nicht zu säumen, um Verjährungs- oder Ausschußfristen zu vermeiden.

Handels- und Gaststättenzählung 1979

Die Vorbereitungsarbeiten für die Handels- und Gaststättenzählung 1979 sind soweit gediehen, daß im März mit dem Versand der Fragebogen für die Zählung im Handel, für die als Stichtag der 31. März 79 bestimmt wurde, begonnen werden kann.

Aus diesem Grunde bittet das statistische Landesamt alle Auskunftspflichtigen, durch sorgfältige Ausfüllung und rechtzeitige Einsendung der Fragebogen zum guten Gelingen der Erhebungen im Handel und im Gastgewerbe beizutragen. Zweck der angeordneten Bestandsaufnahme ist es, das Ausmaß der Veränderungen gegenüber der zuletzt 1968 durchgeführten Handels- und Gaststättenzählung aufzuzeigen.

Im Rahmen dieser Erhebungen werden zur Ermittlung eines Strukturbildes bei den Unternehmen u. a. die Anzahl der tätigen Personen, die Rechtsform, die Beteiligungsverhältnisse im Handel, der Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit, der Umsatz nach Warengruppen, der Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren im Großhandel und Handelsvermittlergewerbe erfaßt.

Die bei den Arbeitsstätten ermittelten Sachverhalte tragen in erster Linie den regionalpolitischen Anforderungen Rechnung, werden aber auch für die Analyse der regionalen Entwicklung und Verteilung des Handels sowie für Standort- und Marktanalysen benötigt. Erhoben werden auch die Bedienungsform im Groß- und Einzelhandel, die örtliche Lage in Verbindung mit dem Vorhandensein von Parkplätzen, außerdem im Einzelhandel die Vertriebsform sowie die Geschäfts- und Verkaufsfläche.

Grundlage der Erhebung ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe vom 10. November 1978 (BGB 1 I, Seite 1733).

Steuerfragen

Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. Juli 1979

Der Bundesfinanzminister hat in einem Einführungsschreiben vom 26.2.1979 an die Herren Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder zu den Auswirkungen der Umsatzsteuer-Erhöhung Stellung genommen. Wir drucken Ihnen den Wortlaut dieses Schreibens im folgenden ab, wobei wir von der Wiedergabe folgender Themen abgesehen haben, da sie in unserem Verbandsbereich voraussichtlich nicht von Bedeutung sind:

- Einlösung von Rabattmarken
- Auswirkungen bei der Istbesteuerung
- Besteuerung von Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserlieferungen
- Besteuerung von Personenbeförderungen

Wir weisen besonders auf Ziffer 3.2 des Erlasses hin, der die Gewährung von Jahresrückvergütungen behandelt. Der Bundesfinanzminister hat die schon 1968 praktizierte Regelung übernommen. Es besteht bezüglich der Umsatzsteuer-Berichtigung ein Wahlrecht. Der Steuerpflichtige kann die gewährte Rückvergütung nach den Umsatzanteilen auf zwei Jahreshälften aufteilen und zu den dann jeweils geltenden Steuersätzen die Berichtigung durchführen. Anstelle dieser Regelung kann der Steuerpflichtige auch von einer Aufteilung der Rückvergütung absehen und für die Berichtigung der Umsatzsteuer die Sätze 12% bzw. 6% anwenden. In diesem Falle ist eine Berichtigung zu den neuen Umsatzsteuer-Sätzen nicht zulässig.

Einführungsschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 26.2.1979 IVA1-S7210-6/79 und IVA2-S7270-6/79
Betr.: Umsatzsteuer; Erhöhung der Steuersätze mit Wirkung vom 1. Juli 1979 an.

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder gilt folgendes:

I. Allgemeines

Nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 des Steueränderungsgesetzes 1979 – StÄndG 1979 – vom 30. November 1978 (BGBl. I S. 1849, 1856; BStBl. I S. 479, 486) erhöhen sich vom 1. Juli 1979 an der allgemeine Steuersatz (§ 12 Abs. 1 UStG) von 12 v.H. auf 13 v.H. und der ermäßigte Steuersatz (§ 12 Abs. 2 UStG) von 6 v.H. auf 6,5 v.H. Die neuen Steuersätze sind nach § 27 Abs. 13 Nr. 2 UStG i.d.F. des Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 StÄndG 1979 auf die Lieferungen, die sonstigen Leistungen und den Eigenverbrauch sowie die Einfuhren anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1979 bewirkt werden.

II. Auswirkungen beim Übergang

1. Teilleistungen

1.1 Grundsätzliches

Wird eine Lieferung oder sonstige Leistung nicht im ganzen, sondern in Teilen geschuldet und werden Teile dieser Leistung vor dem 1. Juli 1979 bewirkt, so unterliegen diese Teilleistungen den bis zum 30. Juni 1979 geltenden Steuersätzen (12 v.H. und 6 v.H.). Eine Leistung ist in Teilen geschuldet, wenn für bestimmte Teile einer Leistung das Entgelt gesondert vereinbart wird (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a Satz 3 UStG). Wegen der Voraussetzungen einer Teilleistung vgl. im einzelnen Nr. 36 des BdF-Erlasses vom 14. Februar 1968 – IV A/2-S 7015-2/68 – (BStBl. I S. 401, USt-Kartei § 13 S 7270 K. 2).

1.2. Teilleistungen in der Bauwirtschaft und in der anlageerrichtenden Industrie

Bei der umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Teilleistungen in der Bauwirtschaft und in der anlageerrichtenden Industrie ist der BdF-Erlass vom 23. November 1967 – IV A/2-S 7440-3/67 – (BStBl. I S. 461, USt-Kartei § 27 S 7440 K. 2) mit Ausnahme des Abschnitts 2 Abs. 7 entsprechend anzuwenden. Teilleistungen können hiernach grundsätzlich als vor dem 1. Juli 1979 bewirkt angesehen werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die geschuldete Werklieferung oder Werkleistung muß nach wirtschaftlicher Betrachtung teilbar sein.
2. Die Teile der Werklieferung müssen vor dem 1. Juli 1979 abgenommen worden sein; die Teile der Werkleistung müssen vor dem 1. Juli 1979 vollendet worden sein.
3. Vor dem 1. Juli 1979 muß vereinbart worden sein, daß für die Teile der Werklieferung oder Werkleistung ein entsprechendes Teilentgelt zu zahlen ist.
4. Das Teilentgelt muß gesondert abgerechnet werden.

2. Dauerleistungen

- (1) Besonders zu beachten ist die Anhebung der Steuersätze bei Leistungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken (Dauerleistungen), sofern der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Steuersätze in den für die Leistung vereinbarten Zeitraum fällt. Bei den Dauerleistungen kann es sich sowohl um sonstige Leistungen (z. B. Vermietungen, Leasing, Wartungen, Überwachungen) als auch um die Gesamtheit mehrerer Lieferungen (z. B. Zeitschriftenabonnements) handeln. Für Dauerleistungen werden unterschiedliche Zeiträume vereinbart (z. B. 1/2 Jahr, 1 Jahr, 1 Kalenderjahr, 5 Jahre).

(2) Dauerleistungen werden ausgeführt:

1. im Falle einer sonstigen Leistung an dem Tag, an dem der vereinbarte Leistungszeitraum endet,
2. im Falle wiederkehrender Lieferungen an dem Tag, an dem die letzte Lieferung für den vereinbarten Leistungszeitraum vorgenommen wird.

Auf Dauerleistungen, die hiernach vor dem 1. Juli 1979 ausgeführt werden, sind noch die bis zum 30. Juni 1979 geltenden Steuersätze (12 v.H. und 6 v.H.) anzuwenden. Nach dem 30. Juni 1979 bewirkte Dauerleistungen unterliegen dagegen den neuen Steuersätzen (13 v.H. und 6,5 v.H.).

(3) Wird eine Dauerleistung nicht insgesamt für den vereinbarten Leistungszeitraum, sondern für kürzere Zeitabschnitte (z. B. Vierteljahr, Kalendermonat) abgerechnet, so liegen insoweit Teilleistungen i. S. des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a Satz 3 UStG vor. Teilleistungen sind auch dann anzuerkennen, wenn in einer Rechnung neben dem Gesamtentgelt auch der auf einen kürzeren Leistungsabschnitt entfallende Teilbetrag angegeben wird und es dem Leistungsempfänger überlassen bleibt, das Gesamtentgelt oder die Teilentgelte zu entrichten. Die Anwendung der Steuersätze richtet sich nach dem Zeitpunkt der Ausführung der jeweiligen Teilleistung, für den die gleichen Grundsätze gelten, wie für den Zeitpunkt der Dauerleistung selbst (vgl. Abs. 2).

(4) Wird bei einer Dauerleistung für das Jahr 1979 vor dem 1. Juli 1979 ein kürzerer Abrechnungszeitraum (z. B. Kalendervierteljahr) als früher vereinbart, so sind umsatzsteuerrechtlich entsprechende Teilleistungen anzuerkennen. Als Vereinbarung eines kürzeren Abrech-

nungszeitraums ist es insbesondere auch anzusehen, wenn in einer vor dem 1. Juli 1979 erteilten Rechnung das Entgelt oder der Preis für diesen Abrechnungszeitraum – ggf. neben dem Gesamtentgelt oder -preis – angegeben wird.

3. Änderungen der Bemessungsgrundlagen

3.1. Grundsätzliches

(1) Tritt nach dem 30. Juni 1979 eine Minderung oder Erhöhung der Bemessungsgrundlage für einen vor dem 1. Juli 1979 bewirkten steuerpflichtigen Umsatz im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 UStG ein (z.B. durch Skonto, Rabatt oder einen sonstigen Preisnachlaß oder durch Nachberechnung), so hat der Unternehmer, der diesen Umsatz ausgeführt hat, nach § 17 Abs. 1 UStG den dafür geschuldeten Steuerbetrag zu berichtigen. Dabei sind sowohl im Fall der Besteuerung nach vereinbarten Entgelten (Solleinnahmen) als auch im Fall der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Isteinnahmen) die bis zum 30. Juni 1979 geltenden Steuersätze (12 v.H. und 6 v.H.) anzuwenden. Das gleiche gilt für die Berichtigung des Vorsteuerabzugs.

(2) Eine Steuerberichtigung nach § 17 Abs. 1 UStG scheidet aus, soweit sich die Entgelte für nichtsteuerbare und steuerfreie Umsätze nachträglich ändern. Führt der Unternehmer Umsätze aus, die verschiedenen Steuersätzen unterliegen, so ist bei einer nachträglichen Änderung der Bemessungsgrundlage die Umsatzsteuer nach dem Steuersatz zu berichtigen, der auf den jeweils zugrundeliegenden Umsatz anzuwenden war. Dies kann in der Praxis einen unangemessen großen Arbeitsaufwand erfordern. Zur Vereinfachung wird deshalb zugelassen, nachträgliche Änderungen der Bemessungsgrundlagen für die vor dem 1. Juli 1979 ausgeführten Umsätze nach dem Verhältnis zwischen den verschiedenen Steuersätzen unterliegenden Umsätzen sowie den steuerfreien und nichtsteuerbaren Umsätzen des Voranmeldungszeitraums aufzuteilen, in dem die Änderungen der Bemessungsgrundlagen tatsächlich eingetreten sind (vgl. auch Abschnitt B IV des BdF-Erlasses vom 2. Januar 1968–IV A/3–S 7381–14/67–, BStBl. I S. 179, USt-Kartei § 22 S 7381 K. 1). Entsprechendes gilt für die Berichtigung des Vorsteuerabzugs.

3.2. Gewährung von Jahresrückvergütungen und dergleichen

(1) Die Anhebung der Steuersätze zum 1. Juli 1979 ist bei der Berichtigung der Steuer- und Vorsteuerbeträge nach § 17 Abs. 1 UStG ebenfalls zu berücksichtigen, wenn die Entgelte für die im Jahre 1979 ausgeführten Leistungen gemeinsam (z.B. durch Jahresrückvergütungen, Jahresboni, Treuerabatte und dergleichen) gemindert werden. Soweit die gemeinsame Entgeltsminderung für die in der ersten Jahreshälfte 1979 (vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1979) ausgeführten Umsätze gewährt wird, sind folglich bei der Anwendung des § 17 Abs. 1 UStG die Steuersätze von 12 v.H. und 6 v.H. zugrunde zu legen. Auf den Anteil der gemeinsamen Entgeltsminderung, der auf die Umsätze im zweiten Halbjahr 1979 (vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1979) entfällt, sind auch für die Steuer- und Vorsteuerberichtigung die neuen Steuersätze von 13 v.H. und 6,5 v.H. anzuwenden. Der Unternehmer hat nach § 17 Abs. 4 UStG den betreffenden Leistungsempfängern einen Beleg zu erteilen, aus dem hervorgeht, wie sich die gemeinsame Entgeltsminderung auf die Umsätze im ersten und zweiten Halbjahr 1979 entsprechend den anzuwendenden Steuersätzen verteilt.

(2) Zur Vereinfachung kann bei der Aufteilung der gemeinsamen Entgeltsminderung für die im Kalenderjahr 1979 getätigten Umsätze wie folgt verfahren werden:

1. Der Unternehmer ermittelt das Verhältnis zwischen seinen steuerpflichtigen Umsätzen des ersten Halbjahrs 1979 und denen des zweiten Halbjahrs 1979. Er teilt nach diesem Verhältnis die gemeinsamen Entgeltsminderungen auf, die er den einzelnen Leistungsempfängern für das Kalenderjahr 1979 gewährt.
2. Unterliegen die Umsätze des Unternehmers teils dem allgemeinen, teils dem ermäßigten Steuersatz, so wird das Verhältnis zwischen den nichtbegünstigten und den begünstigten Umsätzen entweder für das Kalenderjahr 1979 insgesamt oder für die beiden Halbjahre gesondert ermittelt. Der Unternehmer verteilt die dem einzelnen Leistungsempfänger gewährte gemeinsame Entgeltsminderung nach diesem Umsatzverhältnis auf die verschiedenen Steuersätze.

Der Leistungsempfänger hat bei der Berichtigung des Vorsteuerabzugs von der Aufteilung der gemeinsamen Entgeltsminderung auf die verschiedenen Steuersätze auszugehen, die der Unternehmer vorgenommen und in dem nach § 17 Abs. 4 UStG zu erteilenden Beleg angegeben hat.

(3) Es ist auch nicht zu beanstanden, wenn ein Unternehmer von einer Aufteilung der gemeinsamen Entgeltsminderung absieht und der Steuerberichtigung nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 UStG ausnahmslos die Steuersätze von 12 v.H. oder 6 v.H. zugrunde legt. Der Leistungsempfänger muß dann bei der Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 UStG entsprechend verfahren.

4. (Nicht abgedruckt)

5. (Nicht abgedruckt)

6. (Nicht abgedruckt)

7. Besteuerung der Umsätze von Handelsvertretern

Bei Handelsvertretern ist, wenn sich die Entgeltsvereinbarung nach den §§ 87 ff. HGB richtet, der BdF-Erlass vom 11. Juni 1968–IV A/2–S 7440–4/68–(BStBl. I S. 980, USt-Kartei § 27 S 7440 K. 10) entsprechend anzuwenden. Die Leistung des Handelsvertreters ist hiernach der Umsatzsteuer nach dem ab 1. Juli 1979 geltenden neuen Steuersatz (13 v.H.) zu unterwerfen, wenn der vertretene Unternehmer (Auftraggeber) die Lieferung an den Kunden nach dem 30. Juni 1979 ausgeführt hat.

8. Besteuerung der Umsätze von Handelsmaklern

Die Leistung des Handelsmaklers wird im Zeitpunkt der Erteilung der Schlußnote (§ 94 HGB) ausgeführt. Wird die Schlußnote nach dem 30. Juni 1979 erteilt, so ist auf die Vermittlungsleistung der ab 1. Juli 1979 geltende Steuersatz (13 v.H.) anzuwenden.

9. Besteuerung der Umsätze im Gastgewerbe beim Übergang zu den erhöhten Steuersätzen

Zur Vermeidung von Übergangsschwierigkeiten wird zugelassen, daß Lieferungen von Speisen, Getränken und Tabakwaren sowie andere im Gastgewerbe übliche Leistungen, die in der Nacht vom 30. Juni 1979 zum 1. Juli 1979 in Gaststätten, Clubhäusern, Würstchenständen und ähnlichen Betrieben ausgeführt werden, noch der Umsatzsteuer nach den bis zum 30. Juni 1979 geltenden Steuersätzen (12 v.H. und 6 v.H.) unterworfen werden. Dies gilt nicht für die Beherbergungen und die damit zusammenhängenden Leistungen.

10. Umtausch von Gegenständen

Beim Umtausch eines Gegenstands wird die ursprüngliche Lieferung rückgängig gemacht; an deren Stelle tritt eine neue Lieferung. Wird ein vor dem 1. Juli 1979 gelieferter Gegenstand nach diesem Stichtag umgetauscht, so unterliegt die Lieferung des Ersatzgegenstandes der Umsatzsteuer nach dem ab 1. Juli 1979 geltenden Steuersatz (13 v. H. oder 6,5 v. H.).

III. Auswirkungen auf die Steuer- und Entgeltsberechnung

(1) Bei Rechnungen im Sinne der §§ 4 und 6 der 1. UStDV (Rechnungen über Kleinbeträge, Fahrausweise und Belege im Reisegepäckverkehr) ergeben sich durch die Anhebung der Umsatzsteuersätze ab 1. Juli 1979 für die Errechnung der Umsatzsteuer (Vorsteuer) von den Rechnungsbeträgen folgende abgerundete Hundertsätze:

1. bei dem Steuersatz von 13 v. H. der Hundertsatz 11,5 und
2. bei dem Steuersatz von 6,5 v. H. der Hundertsatz 6,1.

(2) Bei einem Unternehmer, der nach § 9 Abs. 4 und 6 der 1. UStDV die Entgelte und Umsatzsteuerbeträge jeweils in einer Summe aufzeichnet, ergibt sich ab 1. Juli 1979 der Gesamtbetrag der Entgelte für die nach dem 30. Juni 1979 ausgeführten Umsätze durch Anwendung der folgenden Divisoren auf die Summe der aufgezeichneten Rechnungsbeträge:

1. Divisor 1,13 bei dem Steuersatz von 13 v. H. und
2. Divisor 1,065 bei dem Steuersatz von 6,5 v. H.

IV. Vorsteuerabzug bei Beköstigung von Arbeitnehmern im Haushalt des Unternehmers

Bei der nach Abschnitt C Teil III Abs. 5 des BdF-Erlasses vom 28. Juni 1969—IV A/3—S 7300—48/69—(BStBl. I S. 349, USt-Kartei § 15 S 7300 K. 2) zugelassenen vereinfachten Ermittlung der Vorsteuern, die im Zusammenhang mit der Beköstigung der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer anfallen, ist ab 1. Juli 1979 von einem durchschnittlichen Steuersatz von 7,1 v. H. auszugehen. Dementsprechend ist in diesen Fällen die abziehbare Vorsteuer ab 1. Juli 1979 mit 6,6 v. H. des einkommensteuerrechtlich anerkannten Werts (Bruttobetrag) zu errechnen.

V. Sonstige Auswirkungen

(1) Die in den §§ 8 und 8a der 1. UStDV festgesetzten Vorsteuer-Pauschalsätze für Geschäfts- und Dienstreisen sowie die in der Anlage zur Durchschnittssatz-Verordnung (4. UStDV) aufgeführten Vorsteuer-Durchschnittssätze für bestimmte Berufs- und Gewerbezeile werden im Verordnungswege mit Wirkung ab 1. Juli 1979 an die vom gleichen Tage an geltenden neuen Umsatzsteuersätze angepaßt.

(2) Wegen der Änderung der Durchschnittssätze und Kürzungsbeträge für die Land- und Forstwirtschaft wird auf das BMF-Schreiben vom 29. Dezember 1978—IV A 2—S 7410—18/78—(BStBl. 1979 I S. 44) hingewiesen.

(3) Keinen Einfluß hat die Erhöhung der Steuersätze des § 12 UStG auf

1. die Steuer- und Kürzungssätze im innerdeutschen Waren- und Dienstleistungsverkehr nach der VwV zu § 26 Abs. 4 UStG vom 24. Mai 1973 (BStBl. I S. 532, USt-Kartei § 26 S 7435 K. 11),
2. die Kürzungssätze nach dem Berlinförderungsgesetz und
3. den für Unternehmer mit niedrigem Gesamtumsatz in § 19 Abs. 1 UStG vorgeschriebenen Steuersatz von 4 v. H.

Braun an Streibl: Entscheidung ändern

Eine rückzahlbare Mittelstandshilfe wird besteuert

Auf die Ungereimtheit, daß der Staat eine vorwiegend von Mittelstandsbetrieben beanspruchte rückzahlbare Liquiditätshilfe zunächst einmal besteuert und dadurch ihren Effekt schmälert, hat Präsident Walter Braun den bayerischen Finanzminister Max Streibl in einem Schreiben hingewiesen.

Braun empfiehlt die Rücknahme einer gemeinsamen Entscheidung des Bundesfinanzministeriums und der Einkommensteuer-Referenten der Länder, nach der im sogenannten Erstinnovationsprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft die gewährten, bedingt rückzahlbaren Zuwendungen als Erträge erfaßt und sofort versteuert werden müssen. Das stehe im Widerspruch zur Absicht des Gesetzgebers, Unternehmen in der Zeit zu entlasten, in der sie für aussichtsreiche Entwicklungen zur Erstinnovation erhöhte Aufwendungen finanzieren müssen. Diese steuerliche Behandlung sei auch rechtlich nicht erforderlich.

Tatsächlich werden bisher in 90 Prozent der Fälle die gewährten Zuschüsse wieder zurückgezahlt, weil die unterstützten Arbeiten erfolgreich verliefen. Nur bei Mißerfolg oder Abbruch der Entwicklungen wird der staatliche Zuschuß als verloren betrachtet.

Verkauf zuzüglich jeweils gültige Mehrwertsteuer

Das OLG Frankfurt hat festgestellt, daß es nicht möglich ist, in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen den Verkauf zum jeweils gültigen Mehrwertsteuersatz festzulegen, wenn zwischen Vertragsabschluß und Lieferung weniger als vier Monate liegen.

Sofern Kunden jetzt Ware bestellen, die erst nach dem 1.7.1979, also nach Wirksamwerden der neuen Mehrwertsteuer geliefert wird, sollten Sie darauf hinweisen, daß auf den Nettopreis die gesetzliche Mehrwertsteuer berechnet wird. Besser ist es, wenn darauf hingewiesen wird, daß bei Lieferung nach dem 1.7.1979 der Mehrwertsteuersatz von 13% (bzw. 6,5%) ausgedrückt in DM zu bezahlen ist.

Berufsausbildung und -förderung

15 000 suchen Ausbildungsplätze

Rund 15 000 Jugendliche werden in diesem Jahr in Mittelfranken die Schulen verlassen und Ausbildungsplätze suchen. Präsident Walter Braun hat deshalb alle Betriebe des Nürnberger Kammerbezirks aufgerufen, für diese Jugendlichen genügend „Lehrstellen“ bereit zu stellen.

Bald weniger Schulabgänger

Die Kammer weist darauf hin, daß die Zahl der Schulabgänger in einigen Jahren ganz erheblich zurückgehen wird. Statt 15 000 Schulabgänger werden der mittelfränkischen Wirtschaft schon in zehn Jahren nur noch 8 000 zur Verfügung stehen. „Unsere Wirtschaft benötigt jedoch qualifizierte Mitarbeiter in wachsender Zahl“, stellt die IHK Nürnberg fest. Deshalb gelte es heute vorzusorgen. Eine Vergrößerung des Ausbildungsplatzangebots in diesem und im kommenden Jahr sei das „Gebot der Stunde“.

„Arbeitsämter informieren“

Zugleich hat die Kammer die Betriebe aufgefordert, die Berufsberatung der Arbeitsämter über das Angebot an Ausbildungsstellen in der Wirtschaft weiterhin rechtzeitig zu informieren. Die Mitteilung an das Arbeitsamt bedeute für die Betriebe nicht die Verpflichtung, nur solche Jugendliche einzustellen, die von der Arbeitsverwaltung zugewiesen würden.

34,6 % der Auszubildenden sind Mädchen

Die Gesamtzahl der Auszubildenden ist in Bayern im Jahre 1977 um 7,9% auf fast 293 000 angestiegen, speziell bei den Handwerkskammern sogar um 10,4%, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Der Anteil der Mädchen nimmt ständig zu. Von 1975 bis 1977 erhöhte er sich von 33,1 auf 34,6%. Dabei handelt es sich nur um die betriebliche Berufsausbildung; Mädchen absolvieren ihre Berufsausbildung häufig auch in Berufsfachschulen. In einigen Berufsgruppen werden fast ausschließlich nur Mädchen ausgebildet. Dies gilt für die hauswirtschaftlichen Berufe, Gesundheitsdienstberufe, Textilverarbeiter und Körperpfleger; sämtliche mit einem Mädchenanteil von mindestens 95%. Wesentlich mehr Mädchen als Jungen werden außerdem ausgebildet in den Berufsgruppen Wirtschaftsprüfer (78,1%), Bürofachkräfte und -hilfskräfte (73,4%), Warenkaufleute (72,7%) und Gästebetreuer (68,8%) sowie in künstlerischen Berufen (59,6%). Um 50% liegt der Mädchenanteil bei Lederherstellern und -verarbeitern, Bank- und Versicherungskaufleuten, Reinigungsberufen und Gartenbauern. Am geringsten ist er im Bereich der Fertigungsberufe, wo er durchschnittlich 6,8% beträgt.

Außenhandel

BGA-Kritik an der Vernichtung von Agrarüberschüssen

Die Steigerung der Interventionsmittel im EG-Agrarhaushalt 1979 von 11,8 Milliarden DM auf fast 14 Milliarden DM sei ein alarmierendes Zeichen dafür, wie sehr die EG-Agrarpolitik in Gegensatz zu den Verbraucher-Interessen geraten sei und wie sehr die Handels-Beziehungen zu den Entwicklungsländern konterkariert würden. Besonders augenfällig demonstrierte das die Steigerung der Interventionsmittel für die Vernichtung von Obst und Gemüse, die sich innerhalb eines Jahres von 239 Millionen DM auf 727 Millionen DM fast verdreifachten. Das erklärte der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA).

Wie aus der Antwort auf eine Anfrage im Europäischen Parlament hervorgehe, wurden von der intervenierten Ware ganz erhebliche Anteile verfüttert, zu Alkohol verarbeitet oder für jegliche Verwendung unbrauchbar gemacht, nämlich:

Blumenkohl 99,7 Prozent, Tomaten 94,5 Prozent, Pfirsiche 96,9 Prozent, Birnen 97,4 Prozent, Äpfel 97,1 Prozent, Tafeltrauben 12,0 Prozent, Mandarinen 74,7 Prozent, Apfelsinen 81,2 Prozent, Zitronen 94,3 Prozent.

Gleichzeitig werde – wie der BGA feststellt – die Einfuhr von Frischware, überwiegend aus Entwicklungsländern, unterbunden, weil die Interventionslagerhaltung für unverkäufliche Überschüsse die Grenzen der EG-Finanzierung zu sprengen drohten.

Leidtragende der eingelagerten Minderqualität von EG-Obst- und Gemüse seien durchweg die Überseeländer. Der Rindfleischimport, vor allem aus den traditionellen lateinamerikanischen Lieferländern, werde mit mehr als 200% Abschöpfung nahezu inhibiert, weil 248.000 Tonnen Rindfleisch eingelagert sind. Der subventionierte Magermilchpulverberg von 600.000 Tonnen träge die lateinamerikanischen und ostasiatischen Soja- und Tapioka-produzenten. Die Interventionskosten für den Milchsektor, einschließlich des Butterberges von knapp 400.000 Tonnen, verschlängen nunmehr fast 10 Milliarden DM. Die Substitutionsregelung – einheimisches Futtergetreide statt Soja, Tapioka, Corn gluten feed – gehe ebenfalls zu Lasten der Produzenten in den Entwicklungsländern. Wegen des sich abzeichnenden Zuckerberges drohe das AKP-Zuckerprotokoll annulliert zu werden. Verschärfte Importrestriktionen seien auf dem Weinsektor zu erwarten.

Gleichzeitig habe die EG-Kommission die Erstattung für die gedumpten Agrarexporte von 8 Milliarden DM auf 10 Milliarden DM für 1979 erhöht. Wenn der Finanzminister erkläre, das 0,7 Prozent-Ziel vom Bruttosozialprodukt für die öffentliche Entwicklungshilfe sei nur über höhere Steuern zu erreichen, so müsse an die Notwendigkeit, die Gesamtzusammenhänge zu sehen, erinnert werden. Eine Begrenzung der Verschwendung im Agrarbereich und der Ausuferung der Agrarkosten bei gleichzeitiger Öffnung der Märkte gegenüber agrarischen Entwicklungsländer-Erzeugnissen sei die beste Entwicklungshilfe.

BfA-Veröffentlichungen

Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Postfach 108007, 5000 Köln 1, bietet folgende Mitteilungen zu einem Selbstkostenbeitrag von 2,- DM je Exemplar (einschließlich Porto) an. Bestellungen sollten schriftlich und nur in Ausnahmefällen fernmündlich (0221/233011, App. 22) aufgegeben werden. Die Anschrift des Bestellers sollte vollständig und deutlich lesbar sein.

Die Mitteilungen werden mit Rechnung zugestellt.

Branchenbilder

Produktion: Import/Export; Absatzstruktur und -wege; Preise; Service; Liefer- und Zahlungsbedingungen; Werbung; Messen und Ausstellungen; Außenhandelsbestimmungen und Zölle; Anschriften wichtiger Verbände und Organisationen.

Argentinien – Markt für Elektrohaushaltsgeräte	BM-366/78
Argentinien – Markt für Uhren	BM-370/78
Griechenland – Textilindustrie	BM-365/78
Italien – Markt für Lederwaren	BM-372/78
Mexiko – Markt für Textilfasern und Stoffe	BM-379/78
Venezuela – Markt für Uhren	BM-364/78
Venezuela – Markt für Chemikalien	BM-368/78
Auskunfts- und Kontaktstellen in Argentinien	BM-359/78
Bankensystem und Finanzierungsmethoden in Japan	BM-360/78
Verzeichnis der Mitteilungen 2. Halbjahr 78	BM-386/78
kostenlos	

USA

Elektronische und elektrotechnische Industrie – Konsumgütermarkt; Markt für Industrie-Elektronikausrüstungen; Elektroausrüstungsmarkt; Kraftwerksausrüstungen, Kernkraftwerke, Hochbauausrüstungen; Staatlicher Beschaffungsmarkt; Elektronik-Komponentenmarkt; Finanzlage; Ausblick. 63 Seiten.

Kontaktwünsche spanischer Firmen

Die Deutsche Handelskammer für Spanien hat uns Kontaktwünsche spanischer Firmen (Importe, Exporte, Vertretungsangebote, Vertretungsgesuche, Kooperationen) übermittelt. Interessierte Mitgliedsfirmen können die Kontaktliste bei der Abteilung Außenhandel, Sandstraße 29/IV, 8500 Nürnberg abrufen. Namen und Anschriften können dann bei der Deutschen Handelskammer für Spanien direkt unter Nennung der sich aus der Kontaktliste ergebenden Chiffre-Nummer kostenlos erfragt werden.

Modell zur Sicherung deutscher Exportlieferungen nach Österreich

Das Zunehmen von Insolvenzen in Österreich und die vermutliche Rekordschadenssumme von 8 bis 10 Mrd. S 1978 hat den Salzburger Verein für interdisziplinäre Forschung, dessen Beirat auch die deutsch-österreichische Außenwirtschaftskammer angehört, veranlaßt, ein Lösungsmodell zu erarbeiten. Es soll zu einem erhöhten Schutz der Forderungen ausländischer Lieferanten gegen österreichische Abnehmer führen.

Das Modell geht davon aus, daß nach österreichischem Recht der Eigentumsvorbehalt als Kreditsicherungsmittel vor allem bei Waren zur Weiterveräußerung, nicht hinreichend ist. Es strebt darüber hinaus eine erhöhte Einblickmöglichkeit des ausländischen Lieferanten in die Geschäftsführung einer in Österreich ansässigen Abnehmerfirma an, wodurch verhindert wird, daß der Lieferant im Insolvenzfall des Abnehmers in Österreich den Anspruch auf die gelieferte Ware verliert.

Zur Verdeutlichung des Problems wird folgende Situation dargestellt: Der Lieferant liefert aus der Bundesrepublik Deutschland Waren für 100,- DM an eine Vertriebsfirma in Österreich. Sie stehen bis zur Bezahlung unter dem Eigentumsvorbehalt des Lieferanten. Die Vertriebsfirma verkauft die Ware ihrerseits für einen Gegenwert von 200,- DM an einen Endverbraucher in Österreich. Nach Weiterveräußerung erlischt der Eigentumsvorbehalt des Lieferanten vollständig.

Das Wertverfolgungsmodell setzt nun bei der Verfolgung des Weiterveräußerungserlöses von 200,- DM an, und zwar mit der datenmäßig belegten Tatsache, daß in diesem Weiterveräußerungserlös ein Anteil von 100,- DM des Lieferanten aus der ursprünglichen Lieferung enthalten ist. Wenn das Geld auf dem sog. Wertverfolgungskonto eingeht, wird der ursprüngliche Lieferwert von 100,- DM separiert. Es bedarf daher keiner Konstruktionen, wie der Überbindung von Eigentumsvorbehalten oder Vorabzessionen des Weiterveräußerungserlöses, sondern es kann das separierte Geld sodann dem Lieferanten angewiesen werden. Darüber hinaus gewährleiste das Modell jederzeit eine Kontrolle des Warenlagers der Vertriebsfirma und auch eine erhöhte Sicherung des Erlöses bei einer Insolvenz der Vertriebsfirma. Das Modell ist in Zusammenarbeit mit einer Bank, einem Wirtschaftstreuhandbüro und einem Großrechnungszentrum in Salzburg organisatorisch vorbereitet worden, so daß es der Exportwirtschaft angeblich in kurzer Zeit zur Verfügung stehen könnte.

Mit 1306 Fällen ist 1978 die höchste Insolvenzzahl seit 1945 in Österreich notiert worden; das entsprach einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rd. 27%. Was die Anzahl der Insolvenzen betrifft, so lag Wien mit 388 weit an der Spitze, gefolgt von Oberösterreich (198), der Steiermark (181), Tirol (133) und Kärnten (128).

Außenhandel für Handelsförderungsstelle in Peking

Für die Errichtung einer Handelsförderungsstelle bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking hat sich der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) in einem Schreiben an das Bundeswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt eingesetzt.

Eine solche Hilfestellung für den deutsch-chinesischen Außenhandel hält der BGA für notwendig, da nach bisheriger Erfahrung gegenüber der Situation in anderen Staatshandelsländern die Anbahnung und Durchführung von Außenhandelsgeschäften mit der Volksrepublik China ungleich schwieriger sei. Zudem seien die Wirtschaftsabteilungen der Botschaften anderer konkurrierender Länder in Peking durchweg personell und technisch erheblich besser als die bundesdeutsche Vertretung ausgestattet und daher in der Lage, effektiver zu arbeiten. Schließlich sei für die deutschen Außenhandelsunternehmen eine unmittelbare permanente Firmenrepräsentanz – wie sie mittelfristig in dem von der Volksrepublik China geplanten Handelszentrum realisiert werden könnte – vorerst noch nicht möglich.

Der BGA rechnet damit, daß der deutsch-chinesische Warenaustausch eine rasch zunehmende Bedeutung erlangt. Von 1977 auf 1978 ist der Umsatz im deutsch-chinesischen Warenverkehr um nahezu 50 Prozent gestiegen; dabei hat die deutsche Einfuhr aus China um 10,4 Prozent, die deutsche Ausfuhr nach China um 71,6 Prozent zugenommen. Es kann davon ausgegangen werden, daß 1978 feste Aufträge im Werte von ca. 6,1 Milliarden DM an die deutsche Industrie vergeben worden sind, so daß die Volksrepublik China als Kunde der deutschen Wirtschaft vom bisher 25. Rang auf einen wesentlich besseren Platz aufzurücken wird.

Personalien

Wir gratulieren

Zu seiner ehrenvollen Berufung als ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Würzburg gratulieren wir Herrn **Richard Joachimi**, Aschaffenburg, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma A. Joachimi jr., Großhandel mit Bürobedarf, Papier- und Schreibwaren, herzlich. Die neue Amtsperiode trat mit Wirkung vom 1. März an für vier weitere Jahre in Kraft.

Hans Wedel wird 50 Jahre

Am 28. März 1979 feierte Herr Hans Wedel, Geschäftsführer des Familienunternehmens Martin Bauer KG in Markt Vestenbergsgreuth seinen 50. Geburtstag.

Im Jahre 1950 trat Hans Wedel in die gleichnamige Firma seines Schwiegervaters Martin Bauer ein, deren Gesamtleitung er 1956 als alleiniger Inhaber übernahm. Die Umstellung in eine Familien-KG, mit Beteiligung seiner Ehefrau Sofie Wedel und der beiden Söhne Martin und Adolf erfolgte 1974.

Unter der weitsichtigen Regie von Hans Wedel, der in den ersten Jahren nach seinem Eintritt in das damals noch kleine Unternehmen auf dem bis dorthin noch unbedeutenden Kräuterteemarkt Pionierarbeit leistete, entwickelte sich die Firma Martin Bauer zum wohl bedeutendsten Hersteller von Kräutertee-Feinschnitten.

Die Entwicklung der Kräutertees im Aufgußbeutel voraussehend, knüpfte Hans Wedel schon zu Beginn der 50er Jahre persönliche Kontakte zu den Ursprungsländern. Die Konzipierung geeigneter maschineller Anlagen zur rationellen und gleichzeitig aromaschonenden Herstellung abpackfähiger Feinschnitte geschah im gleichen Atemzug in mühevoller Kleinarbeit. Als sich dann das Wachstum der Kräutertee-Aufgußbeutel beschleunigte, war man bei „Maba“ bereits darauf eingestellt. Rechtzeitig hatte Hans Wedel die produktionstechnischen Voraussetzungen geschaffen. Ein wichtiges Merkmal seiner Geschäftspolitik ist seit jeher die Lieferantenpflege. Das in unzähligen Reisen und Begegnungen erreichte gegenseitige Vertrauen sichert „Maba“ bei knappen Ernten auch heute noch einen Marktvorsprung.



Maxime setzt er sich und allen Mitarbeitern bei der Betreuung der Kunden. Die Flexibilität und Leistungsfähigkeit von Martin Bauer tragen seine Handschrift.

Neben seinem geschäftlichen Engagement setzt sich Hans Wedel auch sehr für seine Heimatgemeinde ein. Auch die Förderung der örtlichen Vereine kommt bei ihm nicht zu kurz.

Durch die von ihm geführte Firma kann Vestenbergsgreuth eine Steuerkraft aufweisen, die pro Einwohner gesehen, eine der höchsten ganz Bayerns ist.

Daneben bietet seine Firma über 100 Mitarbeitern einen sicheren Arbeitsplatz in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes.

Hans Wedel wird auch weiterhin seine volle Kraft darauf verwenden, das von seinem Schwiegervater gegründete Familienunternehmen so erfolgreich wie bisher zu steuern. Das wünscht ihm der LGA verbunden mit den besten Wünschen für sein persönliches Wohlergehen.

Stahl-Schaff – 125jähriges Firmenjubiläum

Am 25.2.1979 konnte unsere Mitgliedsfirma Stahl-Schaff, Schwarzenbach, ihr 125jähriges Jubiläum feiern. Die Firma hatte sich in 125 Jahren von der Nagelschmiede zur führenden Fachgroßhandlung für Walzstahl – Bleche – Röhren – Betonstahl – Baustahlgewebe – Blankstahl – Qualitätsstahl – Drähte und Geflechte – Eisenwaren – Schrauben aller Art – Sanitär- und Heizungsbedarf sowie Einbauküchen entwickelt. Heute nimmt sie als eine der bedeutendsten Fachhandlungen im nördlichen Oberfranken einen besonderen Rang ein.

Ein Blick in die Firmengeschichte zeigt, daß um 1820 ein Johann Conrad Schaaf Erfurt verließ und sich in Schwarzenbach als Nagelschmiedemeister ansiedelte, in einem Beruf, den er auch an seinen Sohn Johann Georg Schaff vererbte. Auch Johann Christoph August Schaff erlernte das Handwerk seiner Väter. Da dieses aber durch die sich rasch ausbreitende maschinelle Nagelherstellung entscheidende Rückschläge erfuhr, strebte er über seinen Beruf hinaus und begann das Handwerk mit dem Handelsgeschäft zu verknüpfen. Er wurde damit zum Begründer der Firma. Auch sein Sohn legte noch 1864 die Meisterprüfung als Nagelschmiedemeister ab. Zwar wuchs auch er der väterlichen Tradition entsprechend in den überlieferten Beruf hinein, seine Haupttätigkeit galt aber dem aufstrebenden Handelsgeschäft. Wenige Jahre vor seinem Tode, 1908, übergab er die Geschäftsführung seinem Sohn Christoph Schaff und dem mit seiner Tochter verheirateten Max Müller. Christoph Schaff sowie seine Brüder Theodor und Max kehrten nicht aus dem ersten Weltkrieg zurück.

Max Müller steuerte nun das Geschäft durch die Wirtschaftskrise. Hochbetagt stellte er 1945 nochmals seine Erkenntnisse und Erfahrungen dem wiedererstandenen Fachverband als Vorstandsmitglied der Bayerischen Eisenhandelsvereinigung zur Verfügung.

Nach achtjähriger Tätigkeit während der bittersten Zeit der jüngsten Geschichte übergab seine Tochter, Frida Gollner, die Geschäftsführung an ihren Schwiegersohn Willy Heinlein. Er baute das Geschäft weiter aus. So entstand 1953 nächst dem Bahnhof eine zweigeschossige Lagerhalle mit Gleisanschluß. Durch Sortimentsänderungen bedingt, sind weitere Investitionen nötig geworden. Viele Artikel, die am Anfang und auch noch nach dem Kriege im Verkaufsprogramm waren, sind durch die schnelle Entwicklung verschwunden und wurden durch die Aufnahme neuer Artikelgruppen kompensiert.

Ganz besonders ist der 1974 erstellte Mehrzweckbau an der Kantstraße zu vermerken. Dieser Neubau enthält neben einem Hochregallager modernste Büroeinrichtungen sowie ein großzügig gestaltetes Bäder- und Küchenstudio. Nach wie vor liegt die Geschäftsleitung in den Händen von Herrn Willy Heinlein, der auch noch in Fachverbänden, besonders in den Gremien des Stahlhandels, mitarbeitet und heute als Gebietsvorstand das Gebiet Nordbayern im BDS vertritt.

Die Firma beschäftigt heute ca. 60 Angestellte und Arbeiter. Ihr Fahrzeugpark umfaßt 6 Lkw und 10 Pkw.

Die Firma Stahl-Schaff versteht sich als Symbol für Tradition und Fortschritt. Das Vertrauen vom Kunden zum Lieferanten beruht auf der stetigen Leistung, wobei die Mitarbeiter der Firma mit an erster Stelle zu erwähnen sind. Allen Kundenwünschen soll in dem höchst denkbaren Maße entsprochen werden, weshalb die Firma auch über diese Feier hinweg weiterhin im Dienste des Kunden stehen wird.

100 Jahre Greif & Schlick

1879 erfolgte die Gründung des Großhandelshauses Import-Export Greif & Schlick auf der soliden Grundlage schöpferischen Geistes, kaufmännischen Weitblicks und nie erlahmender Arbeitsfreudigkeit. Ein Blick auf die Firmengeschichte von den bescheidenen Anfängen bis zur heutigen Bedeutung zeigt, daß dieser hundertjährige Weg das fortschrittliche Denken, Planen und Handeln aller für eine gemeinsame Zukunft darstellt. Die Ereignisse lesen sich in der chronologischen Aneinanderreihung wie folgt:

1879 1. April: Gründung der Firma C. Greif durch Nähmaschinentechner Carl Greif und Kaufmann Conrad Schlick im gemieteten Hause Metzgergasse 13 in Coburg als Großhandelsfirma für Nähmaschinen-Ersatzteile und Zubehör.

1880 Eintragung der Firma C. Greif ins Handelsregister, Coburg.

1894 Erweiterung des bisherigen Verkaufs-Programms mit Fahrradteilen und Zubehör.

1897 Änderung der Firmenbezeichnung in GREIF & SCHLICK. – Das Geschäftshaus Metzgergasse 13 wird käuflich erworben.

1905 Aufnahme von Automobil-Ersatzteilen und Zubehör ins Verkaufsprogramm.

1906 Max Greif, Sohn des Gründers Carl Greif, heiratet Fräulein Ida Schlick, Tochter des Gründers Conrad Schlick. Dieser Ehe entstammt der derzeitige Inhaber Rolf Greif.

1907 Carl Greif tritt aus Altersgründen von seiner Tätigkeit zurück. Kaufmann Conrad Schlick übernimmt die alleinige Geschäftsführung.

1908 Baubeginn eines neuen Geschäftsgebäudes im Jugendstil in der Raststraße.

1909 Einzug in den Neubau Raststraße Nr. 5. Am 4. und 5. Februar wird der gesamte Neubau von plötzlich eintretendem Hochwasser eingeschlossen.

1911 Conrad Schlick wird 1. Vorsitzender des Schutzverbandes „Deutsche Fahrrad-Teile-Grossisten“.

1911 Übernahme des Alleinvertriebes der ersten magnetischen Fahrrad- (1911) und Motorrad-Lampe (1913) „Berko“ (Berlin – Coburg) für Europa und Übersee.

1913 Conrad Schlick wird der Titel „Herzoglich Sächsischer Kommerzienrat“ verliehen.

1914 Der Erste Weltkrieg. Ein großer Teil der Geschäftsräume wird sowohl dem Roten Kreuz als auch kriegswichtigen Stellen zur Verfügung gestellt.

1916 Prokurist Max Greif, der Sohn des Mitbegründers, stirbt.

1917 Carl Greif, Mitbegründer und langjähriges Mitglied der Handelskammer Coburg, Träger des Herzogl. Sächsischen Ritterkreuzes II. Klasse, stirbt. Conrad Schlick ist Alleininhaber.

1922 1. Januar: Umwandlung der Firma in eine GmbH. Die Herren Franz Jacobi, Albert Rosenlöcher und Emil Zimmerlein werden Mitinhaber und Geschäftsführer. Beginn der Eigenmontage von Fahrrädern unter der Bezeichnung „Cobursa“.

1929 Kommerzienrat Conrad Schlick feiert goldenes Arbeitsjubiläum.

1931 Kommerzienrat Conrad Schlick verstirbt. Seine Tochter Ellen Schlick übernimmt die Geschäftsleitung.

1937 Umwandlung der Firma in eine Kommandit-Gesellschaft.

1939 Beginn des Zweiten Weltkrieges (1939 – 1945). Kraftfahrzeugteile dürfen nur noch für kriegswichtige Fahrzeuge an die Reichswehr und deren Heimat-Kfz-Parks abgegeben werden.

1945 Wiederaufnahme der Eigenmontage von Fahrrädern unter den Bezeichnungen „Ehrenburg“, „Hohenfels“, „Greif“, „Continental“ und „Exclusiv“.

1948 Rolf Greif, der Enkel der Firmengründer, wird Komplementär und Geschäftsführer.

17.6.: Währungsreform. Alle Mitarbeiter stellen der Firma die Hälfte ihres Kopfgeldes (DM 40,-) zur schnellen Warenbeschaffung zur Verfügung. Durch die verlorenen Absatzgebiete in Thüringen und Sachsen wird eine intensive Ausweitung des Verkaufsraumes nach Ober-, Mittelfranken und Hessen nötig.

1950 Gründung einer Zweigniederlassung in Fulda (Leipziger Straße). Wiederaufnahme des Exportes von Nähmaschinenteilen.

1952 Ausbau des Verschleißteile- und Zubehörprogramms für Fahrzeuge, Werkzeuge und Werkstatteinrichtungen.

1955 Filiale Fulda zieht in größere Räume um (Ohmstraße).

1956 Am 21. Oktober heiratet Rolf Greif Fräulein Christine Schlick. Aus dieser Ehe stammen drei Söhne: Conrad, Stephan und Christoph.

1959 Fräulein Ellen Schlick, Mitinhaberin und Geschäftsführerin verstirbt im Alter von 65 Jahren. Herr Rolf Greif übernimmt die alleinige Geschäftsführung.

1962 Eröffnung der Zweigniederlassung Bayreuth.

1966 Nochmaliger Umzug der Filiale Fulda in die Bardostraße.

1967 Erweiterung der Lager- und Verkaufsräume im Stammhaus. 24.12.: Zweite Hochwasserkatastrophe. Wasserstandshöhe in den Kellerräumen 1,10 m. Der Schaden hat große Ausmaße.

1968 Beitritt zum Zweirad-Ring.

1969 Beitritt zur TS-Union Handelsgesellschaft für Kraftfahrzeugbedarf.

1970 Kauf des angrenzenden Grundstücks der Firma Senkeisen in Coburg. Die Fahrradmontage und die Kfz-Reifenmontage beziehen die Fabrikhallen. Ein großer Parkplatz wird geschaffen.

1971 Vergrößerung der Niederlassung in Bayreuth.

1976 Umstellung des Betriebes auf Datenverarbeitung.

1978 Am 13. Juli wird Rolf Greif in München mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet.

1979 Heute verfügt die Firma im Stammhaus Coburg über 7700 qm; die Filiale Fulda über 1260 qm und die Niederlassung Bayreuth über 1324 qm Lagerraum. 130 Mitarbeiter sorgen für einen reibungslosen Geschäftsablauf.

Unterstützt werden diese Bemühungen durch einen möglichst engen Kontakt zum Kunden. Ein bewährter und anerkannter Informationsservice ist deshalb u.a. ein mobiler Ausstellungsbus. In ihm werden Neuheiten präsentiert, Informationen ausgetauscht und Fachgespräche geführt. denn nur die umfassende Kommunikation zwischen allen, am Arbeitsgeschehen Beteiligten entspricht dem dynamischen Selbstverständnis dieser traditionsreichen Firma. Eine weitere Initiative in dieser Richtung ist die alljährlich stattfindende Hausmesse. Dort gibt es alles, was es rund um das Auto, das Motorrad und das Fahrrad an Funktions- und Zubehörteilen gibt.

Die Jubiläumsfeier am 1. April wird als Auftakt verstanden, auch in Zukunft alles zu tun, das Vertrauen in die Firma zu erhalten und noch intensiver zu gestalten.

Wir wünschen dies unserem Vorstandsmitglied Rolf Greif von Herzen.

25-jähriges Firmenjubiläum Fa. F. W. Brügelmann Söhne

Sein 25-jähriges Firmenjubiläum bei der Fa. Brügelmann, Textil-Großsortimenter mit Zweigniederlassung in München, kann am 20.4.1979 Herr **Karl Vogel**, Abteilungsleiter und Ausbilder, begehen.

Herrn Vogel gelten an diesem Tage unsere besten Glückwünsche.

Buchbesprechungen

Das Personal-Büro in Recht und Praxis

Arbeitsrecht – Lohnsteuer – Sozialversicherung – Personalführung – Organisation. Grundwerk mit rund 4.300 Seiten, die in 4 Kunststoff-Sammelordnern abgelegt sind, einschließlich Ordner und Register, bis zum Liefertag ergänzt DM 39,60. Seitenpreis der 12mal im Jahr erscheinenden Ergänzungslieferungen 11,2 Pf. Im Bezugspreis der Nachträge sind 11 umfangreiche Kundendienst-Leistungen eingeschlossen.

Rudolf Haufe Verlag. Postfach 740. 7800 Freiburg i. Breisgau.

In der zweiten Ergänzungslieferung 1979 ist zunächst ein Beitrag über Sonderbuchungen hervorzuheben, der jeden Praktiker der Lohn- und Gehaltsabrechnung interessieren wird: Anhand praktischer Beispiele wird die richtige Verbuchung der verschiedensten Sonderzahlungen von Abschlagszahlungen bis zu Zukunftssicherungsleistungen und Pensionsrückstellungen dargestellt. Unter den aktualisierten Beiträgen sind besonders die Darstellungen der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der Beitragsberechnung bei Rückzahlung von Weihnachtsszuwendungen zu erwähnen. Erfreulicherweise wird, wie gerade diese Ergänzungslieferung zeigt, das „Personal-Büro“ immer wieder von jedem Ballast gereinigt, soweit einzelne Darstellungen durch Zeitablauf überholt oder nicht mehr von Interesse sind. Das Werk bleibt dadurch immer überschaubar und kann auch jetzt, im 11. Jahrgang seines Bestehens, nach wie vor als ein Standardwerk für die Personalabteilung empfohlen werden.

Wer liefert was?

Richtig einkaufen und gewußt wo – das ist nicht immer einfach. Die soeben erschienene Ausgabe 1979 des fünf-sprachigen Einkaufsquellenwerkes „Wer liefert was?“ aus Hamburg kann dabei gute Dienste leisten. Man sagt, was beim Einkauf gespart wird, braucht nicht mehr verdient zu werden. – Ein schwieriges Jahr und ein härterer Wettbewerb stehen bevor. Der Markt befindet sich in Bewegung.

„Wer liefert was?“ wird daher alljährlich völlig neu bearbeitet. 1700 Seiten sind vollgestopft mit Angeboten der deutschen Industrie, übersichtlich geordnet und mit Angabe der Hersteller versehen – eine wahre Fundgrube für den Einkäufer in aller Welt.

Wenn Hersteller unbekannt sind, oder wenn Vergleichsangebote eingeholt werden müssen, „Wer liefert was?“ gibt getreulich Auskunft. Es spricht für dieses Einkaufsquellenwerk, daß schon die 31. Ausgabe aufgelegt werden mußte. Wie gesagt: Der Markt ist immer in Bewegung – der Inhalt des „Wer liefert was?“ daher auch.

Der Preis einschl. Versandkosten beträgt:

Bundesrepublik Deutschland	
und West-Berlin	DM 44,- incl. MWSt.
Ausland:	DM 52,-

Zu beziehen beim Verlag:
Bezugsquellennachweis für den Einkauf
„Wer liefert was?“ GmbH
Steindamm 71
Postfach 100549
2000 Hamburg 1
oder beim Buchhandel

Handbuch „Gefährliche Stoffe in Sonderabfällen“

Das Umweltbundesamt veröffentlicht eine wichtige Hilfe zum Umgang mit gefährlichen Abfällen.

Das Handbuch „Gefährliche Stoffe in Sonderabfällen“ enthält eine Auswahl von problematischen Stoffen, die, wenn sie in Abfällen enthalten sind, Gefahren für Menschen, Tiere, Pflanzen und Sachgüter verursachen und damit unsere Umwelt schädigen können.

Die Veröffentlichung zeigt in einer Reihe entsprechender Kriterien das Gefahrenpotential dieser Stoffe auf und gibt damit auch Hinweise über mögliche Schadwirkungen von Abfällen, in denen diese Stoffe in relevanten Mengen enthalten sind. Die Ausführungen werden ergänzt durch Angaben über die Entstehung, Beseitigung oder Verwendung dieser Abfälle.

Das Handbuch richtet sich einerseits an diejenigen in Bund, Ländern und Gemeinden, die sich mit Gesetzgebung, Vollzug oder Rechtsprechung auf dem Gebiet für Abfallwirtschaft beschäftigen. Es richtet sich aber auch andererseits an Industrie und Gewerbetreibende, bei denen Sonderabfälle anfallen, transportiert, verwertet oder beseitigt werden. Denjenigen sei der Bezug dieses Handbuches besonders empfohlen.

Das Handbuch „Gefährliche Stoffe in Sonderabfällen“ ist über den Erich Schmidt-Verlag, Berlin, oder über den Buchhandel zu beziehen.

Preis: 76,- DM.

Taschenbuch Betrieblicher Immissionsschutz

Das Taschenbuch Betrieblicher Immissionsschutz ist ein unentbehrliches Informationsmittel für die zuständigen Planungs-, Genehmigungs- und Überwachungsbehörden, für Institute und Forschungseinrichtungen sowie nicht zuletzt für die inner- und außerbetriebliche Fort- und Weiterbildung. Es ist aber insbesondere die kompakte und handliche Arbeitshilfe für den Immissionsschutzbeauftragten bei Durchführung seiner gesetzlich vorgegebenen Beratungs-, Prüfungs-, Überwachungs- und Aufklärungsaufgaben. Der günstige Preis macht es möglich, alle im Betrieb mit Immissionsschutzfragen befaßten Personen mit diesem Taschenbuch auszustatten.

Das Taschenbuch ist verfaßt von den Rechtsanwälten Dr. Willi Gässler und Horst P. Sander und kann im Erich Schmidt-Verlag, Berlin – Bielefeld – München, bezogen werden.

Preis: 28,60 DM.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



„Chancen für kleine und mittlere Unternehmen in den achtziger Jahren“

ist das Generalthema des internationalen Symposiums über kleine und mittlere Unternehmen vom 29. – 31. 10. 1979 in Berlin im neu erbauten internationalen Kongreßzentrum (ICC Berlin).

Der BGA und weitere Spitzenverbände der Deutschen gewerblichen Wirtschaft haben unter Federführung des DIHT die Trägerschaft übernommen. Die finanzielle Durchführung obliegt dem RKW.

Ziel des Symposiums ist es, Ideen, Konzepte, Informationen sowie Forschungsergebnisse über kleine und mittlere Unternehmen in verschiedenen Stadien zu diskutieren, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen sowie durch Gedankenaustausch die weltweite Verbindung und das Verständnis unter den Vertretern kleiner und mittlerer Unternehmen herzustellen.

Die Themen der Veranstaltung beinhalten folgende Problemstellungen für kleine und mittlere Unternehmen:

Chancen und Risiken im Wandel der Märkte; Wettbewerbssituation; Finanzierungsmöglichkeiten; Führung und Organisation; Forschung, Entwicklung und Innovation; zwischenbetriebliche Kooperation; Gründung selbständiger Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen im Prozeß der weltwirtschaftlichen Integration.

Seminar „Der Innendienstmitarbeiter als Verkäufer“

Es gibt in vielen Betrieben den Innendienstverkäufer. Es gibt aber in allen Betrieben Innendienstmitarbeiter, die am Verkauf nur mittelbar beteiligt sind, z.B. dadurch, daß sie die Abschlüsse des Außendienstes weiterverarbeiten, daß sie Telefonauskünfte geben...

Haben Sie schon einmal überlegt, wieviel vom Verkaufserfolg verloren gehen kann, wenn Ihre Mitarbeiter zu wenig auf ihre Mitwirkung im Verkaufsgeschehen hin ausgebildet sind?

Zielgruppe:
Sekretärinnen, Sachbearbeiter, Innendienstmitarbeiter

Programm:

- Der Innendienstmitarbeiter als professioneller „Verkäufer“
- Repräsentant der Firma nach innen und nach außen
- Überzeugen – mit den Mitteln des geschriebenen Wortes
- Die optimale Anwendung von Sprache, Argument und sprachlichem Ausdruck in der Korrespondenz
- Beherrschen der Grundlagen telefonspezifischer Behandlungstechniken

- Kennenlernen von Systematiken zur Anwendung Ihres Wissens, zum Ordnen und damit Verfügbarmachen des Wissens
- Das Auswählen von Argumenten und Techniken nach Zielsetzung

Termine:

2/406 München,

21. – 22. 5. 1979

Dauer:

2 Tage, jeweils von 9.00 – 17.00 Uhr

Referent:

Hannelore Leerhuber, Verhaltenstrainerin

Gebühr:

DM 176,–

Das Gesetz der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, seine Anwendung bei der Erstellung und Ausarbeitung von Einkaufs- sowie Lieferungs- und Zahlungsbedingungen

Allgemeine Geschäftsbedingungen dienen der Standardisierung der Verträge, der Rationalisierung des Geschäftsablaufes, der Preisgestaltung durch Risikobegrenzung und – wenn es sich beispielsweise um die Weitergabe eines Eigentumsvorbehalts handelt – der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen gegenüber dem Lieferanten. Allgemeine Geschäftsbedingungen müssen daher maßgeschneidert sein, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Mit der einmaligen Erstellung ist es nicht getan. Allgemeine Geschäftsbedingungen sind nur dann eine nützliche Grundlage, wenn sie laufend auf dem neuesten Stand von Rechtsprechung und Rechtslehre gehalten werden.

Programm:

1. Das Gesetz der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
 - Aufbau des Gesetzes
 - Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich
 - Materiell-rechtlicher Teil
 - Allgemeine Bestimmungen
 - Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag und Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit einzelner Klauseln
 - Die Grenzen der AGB
 - Verfahrensrechtlicher Teil
 - Auswirkungen des Gesetzes auf die AGB der Unternehmen des Groß- und Außenhandels
 - Die Überprüfung der kaufmännischen AGB
2. Grundsätze bei der Aufstellung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Termin:

2/604 München,

16. 5. 1979

Dauer:

1 Tag von 9.00 – 17.00 Uhr

Referent:

Dr. Bernd Lindemeyer, Bonn

Gebühr:

DM 140,–

Für Ihren Terminkalender: Verbandstag 1979
am 19. 6. 1979 in der Meistersingerhalle in Nürnberg

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

**34. Jahrgang · München
Mai 1979 · Nr. 5/1979**

Das aktuelle Thema	3	Sprachstrategie gegen Unternehmer
Arbeitgeberfragen	4 5	Renten Anpassungsbericht 1979 – Perspektiven bis 1983 Rentenversicherung/Nachentrichtungsfrist läuft ab
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	6 7 10	Zur Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach verlore- nem Kündigungsschutzprozeß Lohnfortzahlungsanspruch nach Selbstmordversuch Wer darf kündigen? Weiterbeschäftigung nach einer Kündigung Weihnachtsgratifikation und Gleichbehandlungsgrundsatz Beweiswert einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeits- bescheinigung Auch Teilzeitbeschäftigte sind Arbeitnehmer im Sinne des Kündigungsschutzgesetzes
Mittelstand	10	Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns mbH
Konjunktur und Marktentwicklung	11	Aufwärtsentwicklung gewinnt an Breite
Außenhandel	11 12	Benutzung von Warenzeichen in der UdSSR Neufassung des Interzonenhandels – Vordrucke Iran-Zahlungsverkehr
Verschiedenes	12	Aktion Gemeinsinn
Personalien	12	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · RA Frankenger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München 2, Ottostr. 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostr. 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Sprachstrategie gegen Unternehmer

Von Joachim Hentze

Leiter der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft (IBW)

Die Auseinandersetzung an der neuen „Front“ hat längst begonnen, der Rechts- und Gesellschaftswissenschaftler Prof. Dr. Bernd Rüthers hat ihre Linien bei den „Bayerischen Unternehmertagen 1979“ nachgezogen: Die politische, soziale und vor allem die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, so führte er in einem der Arbeitskreise aus, werde durch eine „gezielte Sprachstrategie“ radikaler Gegnergruppen erfolgreich angegriffen. Die Diffamierungsvokabeln seien bereits in die Alltagssprache eingegangen. Seit 1965 werde planmäßig an der Zerstörung des bis dahin positiven Unternehmerbildes in der Bundesrepublik gearbeitet. Der Angriff richte sich in einem solchen Ausmaß gegen die Freiheit des wirtschaftlichen und unternehmerischen Handelns, daß man geradezu von einem „Hexenjagdphänomen“ sprechen könne.

Eine Aufgabe für die Öffentlichkeitsarbeit

Mit der gesellschaftspolitischen Konfrontation durch „Sprachstrategie“ sieht sich die unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit, wie sie die IBW zu leisten hat, seit geraumer Zeit vor einer Aufgabe, deren Bedeutung inzwischen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es gibt keinen Zweifel, daß überlegter, systematischer Gebrauch der Sprache Bewußtseinsinhalte schaffen und verändern kann, deren Wurzeln tiefer reichen als die oberflächlich vermittelte „Meinung“, die schwankt und schillernd bleiben mag. Das wird vor allem dann gefährlich, wenn die in das Netzwerk der Massenkommunikation eingesponnene moderne Industriegesellschaft mit Hilfe der Semantik, der Lehre von den Bedeutungen der Wörter, manipuliert werden soll. Die „semantische Strategie“ wird von gewissen Politikern, politischen Gruppierungen und auch manchen gesellschaftlichen Organisationen mit Könnerschaft und oft auch Skrupellosigkeit gehandhabt. Besonders in den Sozialwissenschaften bildete sich eine seltsame Kultur der Verschleierung und Verformung von Begriffen heraus, die inzwischen ihre Wirkungen in der Politik wie im öffentlichen Bewußtsein nicht verfehlt hat. So manches Wort, so mancher Wert wurde bewußt mit aggressiv zu verstehenden, Emotionen auslösenden Vokabeln besetzt. Die Beispiele sind bekannt: Aus der „Sozialen Marktwirtschaft“ wurde auf diese Weise der „Spätkapitalismus“, aus dem Gewinn, den noch der alte Bebel als unerläßlich für das „Rauchen der Schornsteine“ bezeichnet hatte, wurde der „Profit“, der unmißverständlich in die Nähe egoistischer Raffgier zu rücken ist. Und die dem öffentlichen Dienst fernzuhaltenden Verfassungsfeinde sahen sich mit „Berufsverboten“ belegt, so wie aus dem verbrieften, wenn auch nicht gewährten Menschenrecht, von einem Land in das andere hinüberzuwechseln – oder gar nur von einem Teil Deutschlands in den anderen –, ein „Mißbrauch der Transitwege“ wurde.

Auch im Bereich der Wirtschaft müssen wir uns mit solchen Erscheinungen auseinandersetzen. Das begann vor zwei Jahrzehnten mit der Diskussion um die Folgen der Rationalisierung für die Arbeitnehmer, die dann ihren tarifvertraglichen Niederschlag in sogenannten „Rationalisie-

rungs-Schutzabkommen“ fand. Rationalisierungsschutz? Wenn Wörter einen Sinn haben, galt es also, den Arbeitnehmer vor der Rationalisierung schlechthin zu schützen. Eineinhalb Jahrzehnte lang – in der nur durch eine gelinde Rezession unterbrochenen Hochkonjunktur – schlummerte da ein kleiner semantischer Knallkörper vor sich hin, bis er unter dem Druck von Krise und Arbeitslosigkeit zündete: Fortan wurde die Rationalisierung als „Jobkiller“ verfremdet und verteufelt. Da galt es dann auf einmal, eilig jene Argumente zusammenzutragen, die die Rationalisierung in ihrer Unausweichlichkeit für die technisch-ökonomische Entwicklung wieder an die rechte Stelle der Meinungsbildung rücken sollten. Noch ist das keineswegs überall gelungen, noch spricht man vom „Wegrationalisieren“ – eine Wortschöpfung, die geradewegs dem Wörterbuch des Unmenschen entnommen zu sein scheint.

Vorstufe agitatorische Einseitigkeit

Ähnlich ging es mit dem der Wirtschaft aufgedrängten Begriff der sog. „Humanisierung der Arbeit“. Humanisiert werden kann schließlich nur, was noch nicht „human“, was nicht menschlich, was sozusagen unmenschlich ist. Wurde da nicht ein Arsenal aufgebaut, mit dem sich trefflich agitieren läßt: Die Arbeitswelt ein Hort der Inhumanität? Welche Schlüsse darf man daraus ziehen, wenn es um die Verantwortlichen für diese Arbeitswelt geht, um die Unternehmer? Da feiert der Ausbeuter des 19. Jahrhunderts, der herzlose Leuteschinder gehässige Urständ. Der MAN-Vorstandsvorsitzende Dr.-Ing. Hans H. Moll hat das einmal so kommentiert: „Aus einer vom Bildungsstand unabhängigen Vorliebe der Deutschen für Fremdwörter wird die auf die Ansprüche des Menschen zugeschnittene Arbeitsgestaltung auch als 'Humanisierung der Arbeit' bezeichnet. Mit diesem Schlagwort wird, bewußt oder unbewußt, der abwegige Eindruck erweckt, als ob unsere Arbeitswelt bisher inhuman wäre. Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich sogar in bestimmten Fällen der mehr oder weniger verschleierte Angriff auf die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung.“

Auch die Tarifpolitik bietet Beispiele, die unterschwellig Negatives implizieren: „Lohnpause“, „Null-Monat“. Ein besonders beunruhigender Vorgang: Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat im März 1978 auf dem Medienkongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einem kleinen verbalen Trick zur Schaffung eines ganz neuen Bewußtseins in der Frage der Tarifpolitik angesetzt. Er sprach dort nämlich von einer „Tarifautonomie der Gewerkschaft“. Als ob zur Tarifautonomie nicht beide Parteien gehörten! Freilich ist es von derartigen, keineswegs zufälligen Vorstößen nicht weit bis zur Verteufelung der Aussperrung, die wiederum mit dem Odium frühkapitalistischer Erbarmungslosigkeit behaftet werden soll. Die einschlägige Propaganda ist zweifellos nicht erfolglos geblieben. Im Kontext mit den Versuchen, die Friedenspflicht in der Schlichtungsordnung abzuschaffen, wird der Sinn solcher Begriffsfindungen klar: Es geht darum, einem einseitigen gewerkschaftlichen Diktat den Weg zu bereiten.

Behauptung an der „semantischen Front“

Unternehmer können und wollen ihrerseits keiner Begriffsverfälschung, keiner propagandistischen Verdummung der Öffentlichkeit das Wort reden. Wohl aber gilt es, sich an der „semantischen Front“ zu behaupten. Dazu ein Diskussionsbeispiel: Könnten nicht die Arbeitgeber, um das semantische Gleichgewicht im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Aussperrung wieder herzustellen, anstatt schlechthin von Streik und Abwehraussperrung bewußt von „Angriffsstreik“ und Aussperrung als einer dem Angriffsstreik entsprechenden Gegenmaßnahme sprechen? Es kommt ja in diesem Zusammenhang auch darauf an, die dem 19. Jahrhundert entstammenden, künstlich gepflegten Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu korrigieren, daß der Streik etwa die Ultima ratio einer gepeinigten, ausgebeuteten, hilflosen Masse verletzter Proletarier sei. Streik ist schließlich heute nichts anderes als ein – gewiß zulässiges und ordnungspolitisch anerkanntes – Offensivinstrument einer Massenorganisation, die nun, wie sich gezeigt hat, auf immer mehr Macht zielt.

Die Fälle lassen sich vervielfachen. Für die unternehme-

rische Informationsarbeit wird es darauf ankommen, sich in angemessener Form mit Begriffen auseinanderzusetzen wie „Demokratisierung“, „Herrschende“, „Emanzipation“, „Freiraum“, „Selbstverwirklichung“ oder „Recht auf Arbeit“. Es sollte in allen Organisationen der Wirtschaft erkannt werden, daß in diesem Bereich der Unwägbarkeiten der Gebrauch der Sprache geeignet ist, das Bewußtsein zu verändern und damit politische Tatsachen zu schaffen. Noch einmal Prof. Rüthers: „Es handelt sich bei diesen Begriffsumbildungen um eine Art von Beschwörungsformeln oder „Gebetsvokabeln“. Sie sollen, ganz im Sinne der großen Kirchenväter von Marx bis Habermas den Gang der Geschichte nicht mehr beschreiben, sondern verändern und die Effekte erzielen, die mit ihnen beschworen werden. Diese gezielten Sprachtechniken beruhen übrigens auf dem begründeten Vertrauen in die suggestive Kraft der Sprache für die Umbildung des kollektiven Bewußtseins: Wenn man eine leistungsstarke Wirtschafts- und Sozialordnung lange genug totbetet und als schwach und krisenanfällig diffamiert, dann wird das schon die Vertrauensgrundlage zersetzen. Das ist das Prinzip, nach dem diese Sprachstrategie erfolgreich antritt.“

Arbeitgeberfragen

Renten Anpassungsbericht 1979 – Perspektiven bis 1983

Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften jährlich bis zum 31. März einen Renten Anpassungsbericht zu geben, in dem sie über die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung unterrichtet. Der Renten Anpassungsbericht 1979, der jetzt als Bundestags-Drucksache 8/2709 veröffentlicht worden ist, legt die finanziellen Perspektiven für den Zeitraum von 1979 bis 1993 dar. Da die Renten Anpassungen bis zum Jahre 1981 bereits mit dem 21. Renten Anpassungsgesetz beschlossen worden sind, entfällt die Funktion des Berichts, die nächste Renten Anpassung zu begründen. Rechtsstand für die Darlegungen und Berechnungen ist der 1. März 1979. Wie in früheren Jahren werden künftige Renten Anpassungen einbezogen. Nur so läßt sich prüfen, ob unter den getroffenen Annahmen über die wirtschaftliche und demographische Entwicklung die Durchführung laufender Renten Anpassungen mit der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Schwankungsreserve und das Rentenniveau vereinbar ist.

Die Finanz- und Liquiditätslage im mittelfristigen Zeitraum bis 1983

Die Berechnungen zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung der Finanz- und Liquiditätslage der gesetzlichen Rentenversicherung gehen von den gegenwärtigen Annahmen der Bundesregierung zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung aus. Danach wird – insoweit unverändert gegenüber dem Renten Anpassungsbericht 1978 – ein Entgeltzuwachs für 1979 von 6,0 v. H., für 1980 bis 1982 von je 6,2 v. H. sowie für 1983 von 6,0 v. H. unterstellt. Bezüglich der Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten geht die Bundesregierung von einer Zunahme um 0,6 v. H. im Jahre 1979 und von 0,5 v. H. im Jahre 1980 aus. In den Jahren von 1981 bis 1983 unterstellt sie einen Anstieg um 0,4 v. H. jährlich. Die Annahme über die Beschäftigtenentwicklung ist optimistischer als die des Vorjahres. Die Bundesregierung bemerkt allerdings zu den Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, daß diese mit derzeit nicht abschätzbaren Risiken behaftet sind. Es wird insbesondere

davon ausgegangen, daß die außenwirtschaftlichen Bedingungen sich nicht wesentlich ändern und die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen durch entsprechende Verhaltensweise aller Beteiligten verwirklicht werden.

Unter den getroffenen gesamtwirtschaftlichen Annahmen würde sich die Schwankungsreserve in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung zusammen bis zum Jahresende 1980 auf 12,6 Mrd. DM (1,4 Monatsausgaben) vermindern. Das gesetzlich vorgeschriebene Mindestsoll der Schwankungsreserve liegt bei einer Monatsausgabe. In den Folgejahren wäre mit einem Anstieg der Schwankungsreserve zu rechnen. Die Ursache hierfür liegt vor allem in der nach dem 21. Renten Anpassungsgesetz ab 1981 vorgesehenen Erhöhung des Beitragssatzes von 18 v. H. auf 18,5 v. H.

Finanzentwicklung bis 1993

Wie im Vorjahr wird die mögliche finanzielle Entwicklung bis zum Jahre 1993 an Hand von neun Modellrechnungen dargestellt. Bei den Annahmen, die den langfristigen Trendrechnungen zugrundeliegen, handelt es sich weder um Prognosen, d. h. um Vorhersagen einer erwarteten Entwicklung, noch um Projektionen im Sinne von Zielvorstellungen. Für die Entwicklung der Bruttodurchschnittsentgelte aller Versicherten werden alternativ Zuwachsraten von 5 v. H., 6 v. H. und 7 v. H. zugrundegelegt. Hinsichtlich der Veränderung der Zahl der abhängig Beschäftigten werden alternativ drei Modelle entwickelt. Das Modell „höherer Beschäftigungsstand“ unterstellt eine Zunahme der beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 1978 bis 1993 um rd. 1,5 Mio. Die Modelle „mittlerer Beschäftigungsstand“ und „niedrigerer Beschäftigungsstand“ gehen von einem entsprechenden Zuwachs um rd. 0,9 Mio. bzw. rd. 0,3 Mio. aus.

Gegenüber dem letztjährigen Renten Anpassungsbericht hat die Bundesregierung einige Rechnungsgrundlagen zur Ermittlung der Rentenausgaben aktualisiert. Neben dem gestiegenen Versicherungsgrad der Frauen betrifft dies insbesondere die Sterblichkeitsentwicklung, die seit 1977 hinter den Zahlen der bisherigen Bevölkerungsvorausschätzung zurückgeblieben ist. Bei mittlerer Lohn- und Beschäfti-

gungsvariante ergeben sich hieraus allein Mehrausgaben gegenüber dem Rentenanpassungsbericht 1978 von 57 Mrd. DM im 15-jährigen Vorausberechnungszeitraum. Das Absinken der Schwankungsreserve ist außerdem eine Folge des Geburtenrückgangs seit den sechziger Jahren, durch den sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Renten ab Ende der achtziger Jahre zunehmend verschlechtert. Bemerkenswert ist schließlich, daß die Bundesregierung die Mehraufwendungen durch das Gesetz zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für Schwerbehinderte (5. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz) und durch das noch in der Beratung befindliche Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs ab 1982 zu Lasten der Rentenversicherung in die Vorausberechnungen einsetzt. Es wird allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, daß hierdurch kein Präjudiz für die spätere Finanzierung dieser Kosten, die der Bund bis 1981 übernommen hat, geschaffen wird.

Gutachten des Sozialbeirats

Dem Rentenanpassungsbericht ist das Gutachten des Sozialbeirats beigelegt. Das Gremium, dem Vertreter der Versicherten, der Arbeitgeber, der deutschen Bundesbank und der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften angehören, beschränkt sein Gutachten ebenfalls auf die Bewertung der Vorausberechnungen über die Finanzlage der Rentenversicherung und weist im Zusammenhang damit auf Grundsatzzfragen der Alterssicherung hin, deren Bedeutung in der letzten Zeit stärker hervorgetreten ist.

Die Gutachter wiederholen ihre Auffassung, daß die gesetzliche Untergrenze für die Schwankungsreserve mit einer Monatsausgabe zu niedrig bemessen ist. Sie bezeichnen ein Rücklagenminimum im Umfang von drei Monatsausgaben als angemessen. Um in Zeiten besonderer finanzieller Anspannung eine ausreichende Liquiditätsausstattung der Rentenversicherung sicherzustellen, befürwortet der Beirat eine Vorziehung der für 1981 anstehenden Nachzahlung von früher aufgeschobenen Bundeszuschüssen auf das Jahr 1980 sowie eine möglichst baldige gesetzliche Konkretisierung der Bundesgarantie.

Der Sozialbeirat beabsichtigt eine wissenschaftlich fundierte, die vielfältigen Wechselwirkungen einbeziehende und abwägende Analyse von einer Gruppe von Wissenschaftlern anfertigen zu lassen, die sowohl die längerfristigen Entwicklungsperspektiven der Rentenversicherung als auch die in der kommenden Legislaturperiode zu verwirklichende Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung berücksichtigen soll. Als Objekte der Untersuchung, die innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein soll, werden genannt:

- die Auswirkungen der derzeitigen Rentenformel auf die Schwankungen des Rentenniveaus und die Finanzlage der Rentenversicherungsträger (Möglichkeiten einer Aktualisierung der allgemeinen Bemessungsgrundlage),
- die Frage der Aufteilung der Finanzierung der Rentenversicherung auf Beitragszahler einerseits und Steuerzahler (Bundeszuschuß) andererseits im Hinblick auf die Komponenten der Beitragsäquivalenz der Leistungen und des sozialen Ausgleichs in der Rentenversicherung,
- die Problematik der Bindung der Rentenanpassung an die Brutto Lohnentwicklung im Hinblick auf die unterschiedliche Entwicklung der Renten und der verfügbaren Einkommen der Aktiven in den zurückliegenden Jahren (Frage der Nettoanpassung und der Rentenbesteuerung),
- die Probleme, die von der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur auf die Rentenfinanzen ausgehen.

Einen Schwerpunkt des Gutachtens bilden die Ausführungen zur Bevölkerungsentwicklung. Eine Stagnation der Geburtenhäufigkeit auf dem jetzt erreichten niedrigen Niveau würde zu einer Verschlechterung des sog. Alterslastquotienten (zahlenmäßiges Verhältnis der Personen im Alter von 60 Jahren und mehr zu den 20- bis unter 60-jährigen) ab Mitte der neunziger Jahre und verstärkt ab dem Jahre 2020 führen. Während im Jahre 1980 100 Personen im erwerbsfähigen Alter etwa 38 nicht mehr Erwerbsfähige unterhalten müssen, würden es unter dieser Annahme im Jahre 2030 bereits 67 Personen sein. Der Beirat weist darauf hin, daß derartig langfristige Berechnungen immer das Zeichen größter Unsicherheit tragen, es also durchaus im Bereich des Möglichen liege, daß die Bevölkerungsentwicklung günstiger verlaufe, aber auch eine noch ungünstigere Entwicklung nicht von vornherein auszuschließen sei. Ungewissheiten lägen auch in der weiteren Entwicklung der Erwerbsquote der Frauen und in der Politik der Bundesregierung im Hinblick auf die Zuwanderung von Ausländern. Der Sozialbeirat vertritt die Auffassung, die aus der Bevölkerungsentwicklung erwachsenden Belastungen könnten weder allein den Beitragszahlern durch die Erhöhung der Beitragssätze noch den Rentnern durch eine entsprechende Absenkung des Rentenniveaus zugemutet werden. Das Problem lasse sich nicht isoliert für den Bereich der sozialen Rentenversicherung betrachten. Wichtig sei die Frage der Gesamtbelastung der Aktiven im Verhältnis zu den Inaktiven. Hierbei wäre zu prüfen, inwieweit bei einer schrumpfenden Bevölkerung die zunehmende „Alterslast“ durch eine sinkende „Kinderlast“ kompensiert werden könnte. Weiter wäre zu fragen, inwieweit eine erhöhte private Vorsorge für das Alter zur Problemlösung beitragen und ob die bisherige Art und Weise der Rentenfinanzierung auf Dauer beibehalten werden könne.

Rentenversicherung/Nachentrichtungsfrist läuft ab

Nach dem Rentenreformgesetz 1972 (Art. 2, § 49a AnVG bzw. Art. 2, § 51 AnVG) konnten

- bestimmte Personengruppen von Selbständigen die Nachentrichtung von freiwilligen Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Zeit vom 1.1.1956 an,
- die zur freiwilligen Versicherung Berechtigten die Nachentrichtung von freiwilligen Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung beginnend vom Dezember 1973 an bis längstens 1.1.1956 zurück

beantragen. Ein Antrag hierzu war spätestens bis zum 31. Dezember 1975 (Ausschlußfrist) beim zuständigen Versicherungsträger zu stellen. Dieser konnte ebenfalls auf Antrag die Entrichtung der Beiträge in Teilzahlungen bis zu einem Zeitraum von 5 Jahren gestatten.

Die Versicherungsträger weisen nun darauf hin, daß der Teilzahlungszeitraum von 5 Jahren mit dem Tag begonnen hat, an dem der Versicherte den Nachentrichtungsbescheid vom Versicherungsträger erhalten hat. Alle diejenigen, die einen Antrag auf außerordentliche Nachentrichtung freiwilliger Beiträge mit Teilzahlung gestellt haben, sollten deshalb prüfen, wann die Fünf-Jahres-Frist abläuft, damit vor dem Fristablauf gegebenenfalls noch Zahlungen vorgenommen werden können.

Es ist möglich, daß schon jetzt täglich diese individuellen Fristen ablaufen. Nach Ablauf der Frist ist eine Zahlung weder in einer Summe noch in Teilbeträgen zulässig.

Sozialversicherung

Zur Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach verlorenem Kündigungsschutzprozeß

Ein verlorener Kündigungsschutzprozeß kann für den Arbeitgeber verschiedene Folgen haben: Zunächst einmal die grundsätzliche Verpflichtung, den früheren Mitarbeiter wieder einzustellen, insbesondere aber die Vergütung für die Zwischenzeit zu leisten, soweit der Arbeitnehmer nicht anderweitig Bezüge erhalten hat. Dieser auf der Rechtsgrundlage des Annahmeverzuges beruhende Anspruch des Arbeitnehmers ist freilich in der Praxis der Prozeßabwicklung ungleich häufiger, da erfahrungsgemäß die Rückkehr des einmal gekündigten Arbeitnehmers in den Betrieb eine ziemliche Seltenheit darstellt. Der Gesetzgeber ist dabei sowohl dem gekündigten Arbeitnehmer, als auch dem mit dem Prozeß überzogenen Arbeitgeber entgegengekommen, als er dem Arbeitnehmer in § 12 des Kündigungsschutzgesetzes die Möglichkeit eingeräumt hat, sich trotz eines für ihn günstig ausgehenden Rechtsstreites von seinem früheren Betrieb zu lösen und bei der neuen Firma zu bleiben, in welche er in der Zwischenzeit eingetreten ist. Zu dieser Rechtsprechung und Literatur nicht immer einheitlich beurteilten Materie hat nun das Bundesarbeitsgericht in seinem Urteil vom 19.7.1978 - 5 AZR 748/77 - (DB 1978 S. 2417) folgendes ausgeführt:

Nimmt ein Arbeitnehmer seinen Arbeitgeber nach unwirksamer Kündigung auf Entgeltzahlung aus Annahmeverzug in Anspruch, so muß er diesem wegen der Anrechnungsmöglichkeit Auskunft über seinen anderweitigen Arbeitsverdienst geben. Diese Auskunftspflicht bezieht sich grundsätzlich nur auf die Höhe des anderweitigen Arbeitsverdienstes. Daß der Arbeitnehmer anderweitig gearbeitet und dadurch Verdienst erzielt hat, muß der Arbeitgeber darlegen und im Bestreitensfall beweisen. Solange der Arbeitnehmer die geschuldete Auskunft nicht erteilt hat, kann der Arbeitgeber die entsprechende Zahlung verweigern. Eine Verurteilung Zug um Zug scheidet aus. Hat ein Arbeitnehmer nach erfolgreichem Kündigungsschutzprozeß durch Erklärung gegenüber seinem alten Arbeitgeber die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bei diesem verweigert, weil er inzwischen ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen ist, so erlischt das alte Arbeitsverhältnis mit dem Zugang dieser Erklärung. Der Arbeitnehmer kann Zahlung des entgangenen Verdienstes in einem solchen Fall nur bis zum Eintritt in das neue Arbeitsverhältnis verlangen. Nur für diese Zeit kommt eine Anrechnung anderweitigen Arbeitsverdienstes in Betracht.

Lohnfortzahlungsanspruch nach Selbstmordversuch

Das Bundesarbeitsgericht hat in seinem Urteil vom 28.2.1979 - 5 AZR 611/77 - entschieden, daß ein Arbeitnehmer, der infolge eines mißglückten Selbstmordversuches arbeitsunfähig krank ist, **Lohnfortzahlung nach dem Lohnfortzahlungsgesetz** erhält. Nach dem vorliegenden Bericht über die mündliche Verhandlung **verneinte das Bundesarbeitsgericht die Frage, ob die Krankheit des Arbeitnehmers durch den mißglückten Selbstmordversuch von ihm selbst verschuldet worden sei.** Nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts sei grundsätzlich davon auszugehen, daß die **Schuldfähigkeit** von Personen, die einen Selbstmordversuch unternehmen, **regelmäßig** fehle.

In der bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts wurden Lohnfortzahlungsansprüche in diesen Fällen grundsätzlich verneint. Eine genauere Wertung der neuen Entscheidung ist erst möglich, wenn die Urteilsgründe vorliegen.

Wer darf kündigen?

Die Beantwortung dieser Frage war Gegenstand eines Rechtsstreits, welcher vom Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 30.5.78 - 2 AZR 633/76 - (Der Betrieb 1978, S. 2082) entschieden wurde. Ein Mitarbeiter hatte eine schriftliche Kündigung erhalten, welche von zwei „Sachbearbeitern“ der Personalabteilung unterzeichnet war. Der Arbeitnehmer hielt diese Personen nicht für kompetent, klagte auf Feststellung der Rechtsunwirksamkeit der Kündigung und bekam in allen drei Instanzen recht. Das Bundesarbeitsgericht führte hierzu aus:

Der Grundsatz, daß es bei einer Kündigung durch den Leiter der Personalabteilung nicht der Vorlage einer Vollmachtsurkunde bedarf, kann auf die Sachbearbeiter einer Personalabteilung nicht übertragen werden. Deren Kündigungserklärung, welche ohne Vollmacht vorlage abgegeben wird, kann der Kündigungsempfänger zurückweisen mit der Folge, daß die Kündigung unwirksam ist. Eine Ausdehnung der Grundsätze für einen mit Kündigungsberechtigung ausgestatteten Personalabteilungsleiter auf Personalsachbearbeiter wäre allenfalls dann in Erwägung zu ziehen, wenn zweifelsfrei feststünde, daß diese Personalsachbearbeiter zur selbständigen Abgabe von Kündigungserklärungen bevollmächtigt waren. Wird die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch einen Bevollmächtigten des Arbeitgebers ohne Vorlage einer Vollmachtsurkunde erklärt, so muß die Zurückweisung der Kündigung durch den Arbeitnehmer ohne schuldhaftes Zögern erfolgen. Dazu wird nicht ein sofortiges Handeln verlangt. Vielmehr steht dem Arbeitnehmer eine gewisse Zeit der Überlegung und für die Einholung rechtskundigen Rats zur Verfügung. Maßgebend für die Länge der Frist sind die Umstände des Einzelfalles.

Weiterbeschäftigung nach einer Kündigung

Nach § 7 des Kündigungsschutzgesetzes gilt eine Kündigung, wenn ihre Rechtsunwirksamkeit nicht rechtzeitig geltend gemacht wird, als von Anfang an rechtswirksam. Diese dem Grundgedanken unseres Bürgerlichen Rechts entsprechende Bestimmung ist im Grunde genommen der Angelpunkt für einige Stimmen aus Rechtsprechung und Literatur, welche grundsätzlich einem gekündigten Arbeitnehmer ein Recht auf Weiterbeschäftigung am bisherigen Arbeitsplatz zugestehen möchten, bis ihr Kündigungsschutzprozeß rechtskräftig abgeschlossen ist. In Übereinstimmung mit der herrschenden Auffassung in Literatur und Rechtsprechung, auch des Bundesarbeitsgerichts, hat das Landesarbeitsgericht Bremen in seinem Urteil vom 14.12.1978 - 3 Sa 160/78 - (DB 1979, S. 459) einen derartigen gewissermaßen automatischen Weiterbeschäftigungsanspruch des gekündigten Arbeitnehmers während der Dauer der arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber abgelehnt:

Das Kündigungsschutzgesetz läßt an keiner Stelle erkennen, daß es mit dem Fortbestand des Beschäftigungsanspruches über die Kündigungsfrist hinaus rechnet. Im Gegenteil folgt aus § 11 des Kündigungsschutzgesetzes,

daß das Gesetz von der Beendigung der Beschäftigung mit dem Entlassungstermin ausgeht. Die Regelung des § 102 Abs. 5 des Betriebsverfassungsgesetzes wäre überflüssig, wenn grundsätzlich ein Weiterbeschäftigungsanspruch gegeben wäre. Es wäre aber auch sachlich nicht gerechtfertigt, wenn dem Arbeitnehmer in jedem Fall die Möglichkeit gegeben würde, auf dem einfachen Weg der Erhebung einer Kündigungsschutzklage die Beschäftigung zu verlängern, möglicherweise um sehr erhebliche Zeit.

Zu dieser Problematik hat der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts mit Beschluß vom 18. 1. 1979 – 2 AZR 662/76 – den Großen Senat des Bundesarbeitsgerichts angerufen.

Weihnachtsgratifikation und Gleichbehandlungsgrundsatz

In einem Betrieb erhielten die Angestellten zu Weihnachten ein volles Monatsgehalt als Gratifikation, die gewerblichen Arbeitnehmer bekamen dagegen nur 70% eines Monatsbezuges, ihre Klage auf die restlichen 30% endete vor den Schranken des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf am 19. 7. 1978 – 6 Sa 405/78 – (BB 1979, S. 272) mit einer Niederlage:

Da im vorliegenden Falle weder eine kollektivrechtliche noch einzelvertragliche Regelung über die Zahlung einer Weihnachtsgratifikation besteht, kommt als Anspruchsgrundlage für das Klagebegehren lediglich der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz in Betracht. Der Arbeitgeber ist bei der Gewährung zusätzlicher freiwilliger Leistungen, abgesehen von einem Verstoß gegen Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes in der Gruppenbildung grundsätzlich frei, ihm ist lediglich eine willkürliche, völlig sachfremde Gruppenbildung verboten. Wenn die Vorstellung des Arbeitgebers in erster Linie darauf gerichtet ist, seine Angestellten durch eine bevorzugende Behandlung fester als seine Arbeiter an seinen Betrieb zu binden, so muß dieser Wille respektiert werden. Eine derartige Differenzierung ist jedenfalls nicht willkürlich.

Im vorliegenden Falle handelte es sich allerdings um eine Firma, deren Belegschaft zu $\frac{3}{4}$ aus Angestellten und nur zu $\frac{1}{4}$ aus gewerblichen Arbeitnehmern bestand.

Beweiswert einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Das Bundesarbeitsgericht hat in einem Urteil vom 4. 10. 1978 5 AZR 326/77 – folgende Grundsätze zum Beweiswert einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bestätigt oder neu aufgestellt:

1. Nach den Grundsätzen, die der Senat für das Beweisverfahren bei bestrittener krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit eines Arbeitnehmers aufgestellt hat, hat eine ordnungsgemäß ausgestellte ärztliche Bescheinigung einen hohen Beweiswert. Diese Bescheinigung ist der gesetzlich vorgesehene und gewichtigste Beweis für die Tatsache einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit. Trotz dieser Bescheinigung können aber im Einzelfall aus besonderen Umständen Zweifel an der Erkrankung des Arbeiters bestehen. Als einen solchen Umstand hat der Senat Erklärungen eines Arbeitnehmers angesehen, mit denen er vor der Erkrankung ein „Krankfeiern“ ankündigte. Solche Erklärungen wecken **erhebliche** Zweifel ob die angekündigte Krankheit auch wirklich vorlag. Die Behauptung des Arbeitgebers, der Arbeitnehmer habe vor der angeblichen Erkrankung einem Arbeitskollegen erklärt, er werde Urlaub machen und schon einen Vorwand finden, um die Vertragserfüllung für die restliche Zeit ablehnen zu können, ist nach Ansicht

des Senats **erheblich**. Aufgrund dieser Sachdarstellung sind Zweifel an einer tatsächlichen Erkrankung eines Arbeitnehmers berechtigt, da eine solche Äußerung vermuten läßt, daß der Arbeitnehmer eine Krankheit nur vorgeschützt hat. Der Arbeitnehmer muß deshalb vortragen und über die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung hinaus Beweis dafür anbieten, daß tatsächlich eine krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit bestanden hat. Das Gericht entscheidet dann in freier Beweiswürdigung unter Berücksichtigung aller wesentlichen Umstände darüber, ob der Nachweis dafür erbracht ist oder nicht.

2. Ein weiteres Problem dieses Falles hat das BAG, wie folgt, behandelt:

Danach ist es nicht zu beanstanden, daß aus der Weigerung eines Arbeitnehmers, sich von einem vom Arbeitgeber benannten Arzt ein weiteres Mal untersuchen zu lassen, keine nachteiligen Schlüsse auf das Bestehen der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit gezogen werden. Der Nachweis einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit muß dem Arbeitnehmer, der eine Nachuntersuchung verweigert, in jedem Falle möglich sein. Tarifliche Beweislastregeln, dürfen dem nicht entgegenstehen. Das schließt jedoch nicht aus, daß das Gericht im Einzelfall aus einer Weigerung des Arbeitnehmers nachteilige Schlüsse auf das Vorhandensein einer Krankheit ziehen kann.

Im vorliegenden Fall hat das Gericht dies nicht getan mit der Begründung, daß der Arbeitnehmer im konkreten Falle eine Nachuntersuchung ablehnen durfte, da er aus seiner Sicht die Sorge hegen konnte, daß der vom Arbeitgeber benannte Arzt nicht die erforderliche Unabhängigkeit besitzen würde, um objektiv urteilen zu können.

LGA-Stenogramm April 1979

2. 4.

Festveranstaltung aus Anlaß des 100jährigen Betriebsjubiläums der Firma Greif & Schlick, Coburg

3. 4.

Sitzung unseres Ausschusses für Berufsbildung

5. 4.

Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern

6. 4.

Mitgliederversammlung unseres Fachzweiges Papier-, Schreibwaren und Bürobedarf

9. 4.

Tarifgespräch mit den Gewerkschaften und Tarifabschluß

10. 4.

Arbeitssitzung in der IHK für München und Oberbayern mit Vertretern der Stadt München in Sachen Großhandelszentrum

11. 4.

Sitzung des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit

18. 4.

Sitzung unseres Vorstandes in München

19. 4.

Geschäftsführerbesprechung unserer Arbeitsgemeinschaft der Außenhandelsverbände in Bremen

23. 4.

Sitzung des Messebeirates im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr

Betriebsvergleichsergebnisse im Großhandel 1977

Das Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln hat die Großhandelsbetriebsvergleiche für das Jahr 1977 abgeschlossen. An der Erhebung waren 1928 Großhandelsbetriebe beteiligt. Die wichtigsten Durchschnittsergebnisse des erfaßten Großhandels insgesamt und der einzelnen Branchen sind aus den Tabellen ersichtlich.

Zahl der erfaßten Betriebe, Absatz und Zahl der beschäftigten Personen insgesamt und je Betrieb im Jahre 1977

Lfd. Nr.	Branche	Zahl der erfaßten Betriebe	Gesamtumsatz in DM	Gesamtzahl der beschäftigten Personen	Absatz je Betrieb in DM	Beschäftigte Personen je Betrieb
		1	2	3	4	5
1	Biergroßhandel	105	593 740 000 ¹⁾	2 458	5 655 000 ¹⁾	23
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	38	914 930 000 ¹⁾	1 033	24 077 000 ¹⁾	27
3	Textilgroßhandel	57	423 981 000	2 618	7 438 000	46
4	Großhandel mit Heimtextilien	32	304 844 000	1 476	9 526 000	46
5	Schuhgroßhandel	27	340 355 000	1 213	12 606 000	45
	Elektro- sowie Rundfunk- und Fernseh- Großhandel mit:					
6	mehr als 64 % Elektroartikel	133	2 254 994 000	7 454	16 955 000	56
7	mehr als 64 % Rundfunk- und Fernsehartikel	17	507 425 000	1 013	29 849 000	60
8	gemischtem Sortiment	13	536 898 000	1 709	41 300 000	131
9	Eisen- und Metallwarengroßhandel	59	1 450 987 000	6 241	24 593 000	106
10	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	27	331 587 000	1 506	12 281 000	56
11	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	49	345 716 000 ¹⁾	1 086	7 055 000 ¹⁾	22
12	Uhrengroßhandel	6	29 164 000	111	4 861 000	19
13	Schmuckwarengroßhandel	27	174 984 000	606	6 481 000	22
14	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	84	722 602 000	3 819	8 602 000	45
15	Papiergroßhandel	36	1 605 432 000 ¹⁾	4 057	44 595 000 ¹⁾	113
16	Technischer Handel	90	603 022 000	2 264	6 700 000	25
17	Farbengroßhandel	105	689 721 000	3 900	6 569 000	37
18	Holzgroßhandel	184	1 327 780 000	4 626	7 216 000	25
	Stahlhandel mit:					
19	weniger als 25 % Streckengeschäft	60	1 166 626 000 ¹⁾	3 727	19 444 000 ¹⁾	62
20	25-50 % Streckengeschäft	20	1 354 416 000 ¹⁾	2 476	67 721 000 ¹⁾	124
21	mehr als 50 % Streckengeschäft	18	1 631 152 000 ¹⁾	1 476	90 620 000 ¹⁾	82
22	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	43	494 844 000	1 515	11 508 000	35
23	Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten und Bahnmateral	46	938 183 000	3 181	20 395 000	69
24	Großhandel in Binderei- und Gärtnereibedarfs- artikeln	22	46 650 000 ¹⁾	232	2 120 000 ¹⁾	11
erfaßter Großhandel insgesamt		1298	18 790 033 000	59 797	—	—
Zum Vergleich: entspr. Gesamtdurchschnitt 1976 ..		1310	18 355 500 000	59 638	—	—

¹⁾ Absatz abzüglich Kundenskonti und -boni

²⁾ Absatz abzüglich Kundenboni

³⁾ einschließlich Tabaksteuer

Absatz je beschäftigte Person, Absatz je Rechnung und Lagerumschlagsgeschwindigkeit im Jahre 1977

Lfd. Nr.	Branche	Absatz je beschäftigte Person in DM	Beschäft. Pers. je 1000 000 DM Absatz	Absatz je Rechnung in DM	Zahl der Rechnungen je 100 000 DM Absatz	Lagerumschlagsgeschwindigkeit ...mal	Lagerbestand ³⁾ je 100 000 DM Absatz in DM
		1	2	3	4	5	6
1	Biergroßhandel	241 600	4,1	—	—	—	—
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	885 700	1,1	—	—	20,0	4 600
3	Textilgroßhandel	161 900	6,2	290	345	4,8	15 170
4	Großhandel mit Heimtextilien	206 500	4,8	412	243	5,0	14 200
5	Schuhgroßhandel	280 600	3,6	392	255	4,2	18 450
	Elektro- sowie Rundfunk- und Fernseh-Großhandel mit:						
6	mehr als 64 % Elektroartikel	302 500	3,3	—	—	7,0	11 590
7	mehr als 64 % Rundfunk- und Fernsehartikel	500 900	2,0	—	—	7,4	11 570
8	gemischtem Sortiment	314 200	3,2	—	—	7,1	11 750
9	Eisen- und Metallwarengroßhandel	232 500	4,3	484	207	5,0 ²⁾	15 620
10	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	220 200	4,5	751	133	4,5	15 910
11	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	318 300	3,1	—	—	6,8 ²⁾	10 510
12	Uhrengroßhandel	261 900	3,8	—	—	4,5	16 270
13	Schmuckwarengroßhandel	289 000	3,5	—	—	2,6	24 920
14	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	189 200	5,3	139	719	5,7 ²⁾	13 460
15	Papiergroßhandel	395 800	2,5	690 ¹⁾	145 ¹⁾	5,3	15 450
16	Technischer Handel	266 400	3,8	598	167	7,5 ¹⁾	9 750
17	Farbengroßhandel	176 900	5,7	—	—	5,5 ²⁾	12 910
18	Holzgroßhandel	287 000	3,5	740	135	4,0 ²⁾	18 980
	Stahlhandel mit:						
19	weniger als 25 % Streckengeschäft	313 000	3,2	—	—	7,4 ¹⁾	10 420
20	25-50 % Streckengeschäft	547 000	1,8	—	—	5,9 ¹⁾	14 490
21	mehr als 50 % Streckengeschäft	1 105 000	0,9	—	—	4,2 ¹⁾	22 070
22	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	326 600	3,1	544	184	4,7	15 850
23	Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten und Bahnmateral	294 900	3,4	—	—	4,4	17 070
24	Großhandel in Binderei- und Gärtnereibedarfsartikeln	201 100	5,0	—	—	5,1	13 310
erfaßter Großhandel insgesamt		387 000	2,6	485	206	5,6	15 120
Zum Vergleich: entsprechender Gesamtdurchschnitt 1976 ..		368 200	2,7	476	210	6,0	14 160

— bedeutet: Position nicht ermittelt

¹⁾ Lagerabsatz dividiert durch die im Lagergeschäft ausgestellten Rechnungen

²⁾ Absatz zu Einstandspreisen dividiert durch den durchschnittlichen Lagerbestand zu Bilanzwerten

³⁾ Lagerbestand zu Einstandspreisen

Gesamtkosten und Kostenarten in Prozenten im Jahre 1977

Lfd. Nr.	Branche	Pers.-Kost. ohne Untern.-Lohn u. Prov.												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Biergroßhandel	11,5	1,7	0,2	13,4	2,2	0,7	0,2	2,1	0,6	0,4	1,6	2,5	23,7
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer) ...	3,3	0,2	0,1	3,6	0,3		0,4	0,2	0,3	0,8	1,2	7,0	
3	Textilgroßhandel	13,2	1,4	0,9	15,5	2,6	1,0	0,6	0,8	1,0	1,0	0,9	2,8	26,2
4	Großhandel mit Heimtextilien	12,8	1,0	0,9	14,7	2,4	2,8 ¹⁾	0,8	1,2	1,2	1,0	1,2	2,9	28,2
5	Schuhgroßhandel	9,1	1,1	0,7	10,9	1,5	1,5	1,3	0,7	0,8	1,1	0,9	2,1	20,8
6	Elektro- sowie Rundfunk- und Fernseh- Großhandel mit: mehr als 64 % Elektroartikel	9,2	0,7	0,2	10,1	1,5	0,5	0,2	0,6	0,6	0,7	0,7	2,0	16,9
7	mehr als 64 % Rundfunk- und Fernsehartikel	6,3	0,6	0,3	7,2	1,2	0,4	0,2	0,5	0,4	0,5	0,7	1,3	12,4
8	gemischtem Sortiment	9,1	0,4	0,2	9,7	1,4	0,4	0,2	0,5	0,5	0,6	0,6	1,3	15,2
9	Eisen- und Metallwarengroßhandel	13,5	0,7	0,2	14,4	1,8	0,7	0,3	0,9	1,0	0,7	0,8	2,4	23,0
10	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	12,2	0,7	1,8	14,7	1,9	1,5	0,7	1,3	1,0	0,8	1,1	2,6	25,6
11	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	9,6	1,2	0,3	11,1	4,7	1,9	0,1	0,7	0,6	0,9	0,8	2,8	23,6
12	Uhrengroßhandel	10,8	1,6	2,0	14,4	0,9	1,5	0,6	0,5	0,9	1,4	0,8	2,3	23,3
13	Schmuckwarengroßhandel	8,3	2,0	2,4	12,7	0,8	1,0	0,5	0,8	1,1	1,8	0,7	3,8	23,2
14	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	13,5	1,4	0,5	15,4	1,9	0,7	0,2	1,0	0,5	0,8	0,8	2,6	23,9
15	Papiergroßhandel	8,1	0,8	0,6	9,5	1,7	0,6	0,3	0,9	0,6	0,8	0,9	2,0	17,3
16	Technischer Handel	12,9	1,4	0,4	14,7	1,7	0,9	0,5	0,8	0,6	0,6	1,0	2,9	23,7
17	Farbengroßhandel	14,9	1,8	0,4	17,1	2,9	1,5	0,3	1,2	1,0	1,0	1,3	3,2	29,5
18	Holzgroßhandel	10,9	1,3	0,3	12,5	2,1	0,8	0,3	1,2	1,0	0,7	1,4	2,7	22,7
19	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	10,6	0,6	0,1	11,3	1,7	0,4	0,3	1,0	0,8	0,8	1,3	2,8	20,4
20	25-50 % Streckengeschäft	7,1	0,2	—	7,3	1,0	0,3	0,2	0,7	0,7	0,5	0,9	2,3	13,9
21	mehr als 50 % Streckengeschäft	4,0	0,2	0,1	4,3	0,5	0,2	0,1	0,4	0,6	0,4	0,5	1,3	8,3
22	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	11,1	1,2	0,7	13,0	1,6	1,3	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	2,8	22,3
23	Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten und Bahnmaterial	12,4	0,6	0,2	13,2		1,3				0,8	2,3		23,6
24	Großhandel in Binderei- und Garnereibedarfs- artikeln	12,7	2,5	¹⁾	15,2	3,7	1,0	0,1	1,7	0,6	1,4	1,3	2,9	27,9
erfaßter Großhandel insgesamt		10,4	0,9	0,4	11,7	1,8	0,8	0,3	0,9	0,8	0,7	0,9	2,4	20,3
Zum Vergleich: entspr. Gesamtdurchschnitt 1976		10,3	0,9	0,3	11,5	1,8	0,7	0,3	0,9	0,8	0,7	1,0	2,4	20,1

¹⁾ bedeutet: Diese Kostenarten waren nicht abgrenzbar und sind deshalb nur in den Gesamtkosten enthalten
²⁾ Position in Spalte 1 miterfaßt ³⁾ einschließlich Musterkosten

Kosten in Prozenten der Gesamtkosten im Jahre 1977

Lfd. Nr.	Branche	Pers.-Kost. ohne Untern.-Lohn u. Prov.												
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Biergroßhandel	48,5	7,2	0,8	56,5	9,3	3,0	0,8	8,9	2,5	1,7	6,8	10,5	100
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer) ...	47,1	2,9	1,4	51,4	4,3	2,9		5,7	2,9	4,3	11,4	17,1	100
3	Textilgroßhandel	50,4	5,3	3,5	59,2	9,9	3,8	2,3	3,1	3,8	3,8	3,4	10,7	100
4	Großhandel mit Heimtextilien	45,4	3,5	3,2	52,1	8,5	9,9 ¹⁾	2,8	4,3	4,3	3,5	4,3	10,3	100
5	Schuhgroßhandel	43,8	5,3	3,3	52,4	7,2	7,2	6,3	3,4	3,8	5,3	4,3	10,1	100
6	Elektro- sowie Rundfunk- und Fernseh- Großhandel mit: mehr als 64 % Elektroartikel	54,4	4,1	1,3	59,8	8,9	3,0	1,2	3,6	3,6	4,1	4,1	11,7	100
7	mehr als 64 % Rundfunk- und Fernsehartikel	50,8	4,8	2,5	58,1	9,7	3,2	1,6	4,0	3,2	4,0	5,6	10,6	100
8	gemischtem Sortiment	59,9	2,6	1,3	63,8	9,2	2,6	1,3	3,3	3,3	3,9	3,9	8,7	100
9	Eisen- und Metallwarengroßhandel	58,7	3,0	0,9	62,6	7,8	3,0	1,3	3,9	4,3	3,0	3,5	10,6	100
10	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	47,7	2,7	7,0	57,4	7,4	5,9	2,7	5,1	3,9	3,1	4,3	10,2	100
11	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	40,7	5,1	1,2	47,0	19,9	8,1	0,4	3,0	2,5	3,8	3,4	9,9	100
12	Uhrengroßhandel	46,4	6,9	8,5	61,8	3,9	6,4	2,6	2,1	3,9	6,0	3,4	9,9	100
13	Schmuckwarengroßhandel	35,8	8,6	10,3	54,7	3,4	4,3	2,2	3,4	4,7	7,8	3,0	16,5	100
14	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	56,5	5,9	2,0	64,4	7,9	2,9	0,8	4,2	2,1	3,3	3,3	11,1	100
15	Papiergroßhandel	46,8	4,6	3,5	54,9	9,8	3,5	1,7	5,2	3,5	4,6	5,2	11,6	100
16	Technischer Handel	54,4	5,9	1,7	62,0	7,2	3,8	2,1	3,4	2,5	2,5	4,2	12,3	100
17	Farbengroßhandel	50,5	6,1	1,3	58,0	9,8	5,1	1,0	4,1	3,4	3,4	4,4	10,8	100
18	Holzgroßhandel	48,0	5,7	1,4	55,1	9,3	3,5	1,3	5,3	4,4	3,1	6,2	11,8	100
19	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	52,0	2,9	0,5	55,4	8,3	2,0	1,5	4,9	3,9	3,9	6,4	13,7	100
20	25-50 % Streckengeschäft	51,1	1,4	—	52,5	7,2	2,2	1,4	5,0	5,0	3,6	6,5	16,6	100
21	mehr als 50 % Streckengeschäft	48,2	2,4	1,2	51,8	6,0	2,4	1,2	4,8	7,2	4,8	6,0	15,8	100
22	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	49,8	5,4	3,1	58,3	7,2	5,8	3,1	3,1	3,1	3,1	3,6	12,7	100
23	Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten und Bahnmaterial	52,5	2,5	0,9	55,9		5,5				3,4	9,7		100
24	Großhandel in Binderei- und Garnereibedarfs- artikeln	45,5	9,0	¹⁾	54,5	13,3	3,6	0,4	6,1	2,2	5,0	4,7	10,2	100
erfaßter Großhandel insgesamt		51,2	4,4	2,0	57,6	8,9	3,9	1,5	4,4	3,9	3,5	4,4	11,9	100
Zum Vergleich: entspr. Gesamtdurchschnitt 1976		51,2	4,5	1,5	57,2	9,0	3,5	1,5	4,5	4,0	3,5	5,0	11,8	100

¹⁾ bedeutet: Diese Kostenarten waren nicht abgrenzbar und sind deshalb nur in den Gesamtkosten enthalten
²⁾ Proportionen in Spalte 1 miterfaßt ³⁾ einschließlich Musterkosten

Auch Teilzeitbeschäftigte sind Arbeitnehmer im Sinne des Kündigungsschutzgesetzes

Sogenannte Kleinstbetriebe, d.h. solche mit in der Regel fünf oder weniger Arbeitnehmern (wobei die Auszubildenden nicht mitgezählt werden), sind vom gesetzlichen Kündigungsschutz ausgeschlossen, da dieser eben doch eine Belastung des Betriebes bedeutet, von der ein Arbeitgeber mit nur wenigen Mitarbeitern verschont bleiben soll. Der gekündigte Arbeitnehmer muß also gewissermaßen beim Ausscheiden nochmals rasch die Häupter seiner Lieben zählen, um festzustellen, ob insoweit eine formelle Voraussetzung für die Führung eines Kündigungsschutzprozesses erfüllt ist. Dabei ist der Begriff des Arbeitnehmers unabhängig vom Umfang der Beschäftigung, wie das Landes-

arbeitsgericht Hamm in seinem Urteil vom 8. 11. 1978 – 2 Sa. 1222/78 – (DB 1979, S. 119) festgestellt hat:

Die drei Verkäuferinnen sowie die Putzfrau sind im Rahmen des § 23 Abs. 1 Satz 2 des Kündigungsschutzgesetzes voll als Arbeitnehmer zu zählen, obwohl sie nur 24 bzw. 20 bzw. 6 Wochenarbeitsstunden leisten. Diese Vorschrift stellt nämlich allein auf die Zahl der beschäftigten Personen ab, ohne damit ein bestimmtes Mindestmaß an Wochenarbeitszeit zu verbinden. Vielmehr sind auch teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer bei der Berechnung der Arbeitnehmerzahl des § 23 Abs. 1 Satz 2 des Kündigungsschutzgesetzes voll zu berücksichtigen. Dies gilt selbst dann, wenn ein Arbeitnehmer in der Woche nur stundenweise beschäftigt wird. Voraussetzung ist lediglich, daß die betreffenden Arbeitnehmer in einem festen Arbeitsverhältnis stehen und ihre Beschäftigung regelmäßig erfolgt.

Mittelstand

Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns mbH

Richtlinien für die Beteiligung an kleinen und mittleren Unternehmen Fassung Dezember 1978

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns mbH hat die Aufgabe, kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft nach Maßgabe dieser Richtlinien Beteiligungskapital zu angemessenen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, um deren Eigenkapitalbasis zu erweitern.

1. Beteiligungsnehmer

Eine Beteiligung ist nur an kleinen oder mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft möglich.

Die Ertragskraft des Unternehmens sowie die fachlichen und kaufmännischen Eigenschaften der Unternehmensführung müssen langfristig eine ausreichende Rendite und eine vertragsgemäße Abwicklung der Beteiligung erwarten lassen.

An dem Unternehmen darf nicht bereits eine Beteiligung einer anderen Kapitalbeteiligungsgesellschaft oder eines sonstigen Finanzierungsinstitutes bestehen.

2. Zweck der Beteiligung

Die Beteiligung soll der Schaffung und der Sicherung nachhaltig wettbewerbsfähiger, selbständiger Existenzen dienen. Die Erweiterung der Eigenkapitalbasis durch die Beteiligung soll vornehmlich die Finanzierung folgender Vorhaben ermöglichen:

- Errichtungen, Erweiterungen, grundlegende Rationalisierungen oder Umstellungen von Betrieben insbesondere bei Strukturwandel,
- Existenzgründungen durch Nachwuchskräfte,
- Kooperationen und Innovationen.

Beteiligungen können auch bei Erbauseinandersetzungen oder in Ausnahmefällen beim Ausscheiden von Gesellschaftern eingegangen werden.

Ausgeschlossen sind Beteiligungen, die ausschließlich der Sanierung der Finanzverhältnisse oder der Finanzierung von Vorhaben dienen, deren Fertigstellung länger als ein

Jahr zurückliegt, sowie Beteiligungen an Unternehmen, bei denen die ungünstige Kapitalstruktur durch überhöhten Kapitalabzug der Gesellschafter verursacht wurde.

3. Art der Beteiligung

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft wird sich in der Regel an dem Unternehmen als stiller Gesellschafter beteiligen und dabei ihre Teilnahme am Verlust im Konkurs- oder gerichtlichen Vergleichsverfahren nicht ausschließen.

4. Höhe der Beteiligung

Die Beteiligung beträgt höchstens DM 750000,- und soll in der Regel die Höhe des vorhandenen Eigenkapitals des Beteiligungsnehmers nicht übersteigen. Diese Begrenzungen gelten auch für mehrere Beteiligungen an demselben Unternehmen.

5. Kosten der Beteiligung

Für die Beteiligung ist ein laufendes Entgelt zu entrichten, das sich aus einer festen und einer gewinnabhängigen Vergütung zusammensetzt.

Das laufende Entgelt beträgt insgesamt nicht mehr als jährlich 9% der Beteiligungssumme.

Für die Übernahme der Beteiligungsgarantie durch die Bayerische Garantiegesellschaft mbH für mittelständische Beteiligungen wird außerdem eine Garantieprovision in Höhe von jährlich 0,7% des Beteiligungsbetrages berechnet. Einmalig ist ein Beitrag für den Haftungsfonds und eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von je 1% des Beteiligungsbetrages zu entrichten. Die Bearbeitungsgebühr steht zur Hälfte der Garantiegesellschaft zu.

6. Dauer der Beteiligung

Die Laufzeit der Beteiligung beträgt in der Regel 10 Jahre. Der Beteiligungsnehmer kann die Beteiligung jederzeit vorzeitig unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr kündigen. In diesem Fall kann ein Agio verlangt werden.

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft kann die Beteiligung vorzeitig nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kündigen.

7. Sonstige Bestimmungen

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft wird den Beteiligungsnehmer auf Wunsch in seinen betrieblichen Finanzierungsangelegenheiten kostenlos beraten. Sie wird jedoch – außer in der Anlaufzeit bei Unternehmensgründungen – keinen Einfluß auf die laufende Geschäftsführung nehmen, soweit das Unternehmen eine angemessene Rendite erzielt und die Beteiligung nicht gefährdet erscheint. Maßnahmen, die eine wesentliche Änderung der Vertragsgrundlage des Beteiligungsverhältnisses darstellen, z.B. die Aufnahme neuer Geschäftszweige, die Umstellung der Produktion und die Betriebsaufgabe, kann die Kapitalbeteiligungsgesellschaft von ihrer Zustimmung abhängig machen.

Der Beteiligungsnehmer hat jeweils innerhalb der ersten 6 Monate des folgenden Geschäftsjahres die geprüfte Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung nebst Erläuterungen – ggf. mit dem Prüfungsbericht – vorzulegen. Die Kapitalbeteiligungsgesellschaft kann außerdem Berichte und Auskünfte über wesentliche Daten und Vorfälle verlangen und das Unternehmen im erforderlichen Umfang prüfen oder prüfen lassen.

Das Prüfungs- und Auskunftsrecht steht auch der Beteiligungsgarantiegesellschaft, dem Bund, dem Bundesrechnungshof, dem Freistaat Bayern, dem Bayerischen Obersten Rechnungshof und deren Beauftragten zu.

Die Einzelheiten des Beteiligungsverhältnisses, insbesondere der Umfang der Überwachungs- und Prüfungsrechte, werden im Beteiligungsvertrag geregelt.

8. Antragstellung

Anträge auf Beteiligungen sind in zweifacher Ausfertigung bei der Kapitalbeteiligungsgesellschaft zu stellen und sollen folgende Angaben und Unterlagen enthalten:

- Rechtsform, evtl. Beteiligungsverhältnisse, Vermögen und Schulden der Inhaber außerhalb der Bilanz, historische Entwicklung des Unternehmens, Handelsregisterauszug, Gesellschaftsvertrag.
- Art der Geschäftstätigkeit, Produktionsprogramm, Umsätze, Auftragsbestand, Marktstellung des Unternehmens, Hauptabnehmer, Anzahl der Beschäftigten.
- Alter, Ausbildung, beruflicher Werdegang und Tätigkeitsbereich der Inhaber.
- Darstellung des mit der Beteiligung zu fördernden Vorhabens und dessen voraussichtliche Finanzierung sowie Ertragsvorschau und geschäftspolitische Zielsetzung für die nächsten Jahre.
- Geprüfte Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen nebst erforderlichen Erläuterungen, zumindest für die letzten 3 Jahre. Wenn zwischen Bilanzstichtag und Antragstellung mehr als 6 Monate vergangen sind, ist zusätzlich eine aktuelle Zwischenbilanz erforderlich.

Bei Antragstellung ist als Vorauszahlung auf die einmalige Bearbeitungsgebühr ein Betrag von DM 500,- an die Kapitalbeteiligungsgesellschaft zu überweisen. Dieser Betrag wird bei Ablehnung oder Verzicht nicht zurückvergütet.

Es wird empfohlen, sich vor der Antragstellung mit der

**Kapitalbeteiligungsgesellschaft
für die mittelständische Wirtschaft Bayerns mbH,
St.-Anna-Straße 15, 8000 München 22,
Telefon (089) 2124-1,**

wegen eines Vorgesprächs in Verbindung zu setzen.

Konjunktur und Marktentwicklung

Aufwärtsentwicklung gewinnt an Breite

Die konjunkturelle Entwicklung in Bayern war gegen Ende des Jahres 1978 von einer sich verstärkenden und weiter an Breite gewinnenden Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Deutlich im Vordergrund stand die Binnennachfrage, die am stärksten auf dem Bausektor zu spüren war. Die Auftrags-eingänge des bayerischen Bauhauptgewerbes stiegen 1978 gegenüber dem Vorjahr um 24%. Trotz dieser dynamischen Entwicklung konnte die Produktion lediglich um 3,1% aus- geweitet werden, während die Zahl der Beschäftigten um 4,2% über die des Vorjahres stieg. In der bayerischen In- dustrie wurden im zweiten Halbjahr 1978 um 8,4% mehr Auf- tragseingänge verbucht als vor Jahresfrist. Der gesamt- industrielle Produktionsindex stieg gegenüber 1977 bei Nichtberücksichtigung der Bauindustrie um 4,1%; gleich- zeitig nahm die Zahl der Beschäftigten nur um 0,3% auf 1,26 Mill. Personen zu. Der bayerische Einzelhandel setzte 6% mehr Waren um als 1977, was einem realen Umsatzplus von 3,5% entspricht. Im Außenhandel erhöhten sich die Einfuhrwerte um 7,2%, die Exporte nahmen um 7,3% zu. Der Gesamtumsatz des Handwerks erhöhte sich gegenüber 1977 um 3,3%; die Zahl der Beschäftigten stieg um 3,7%. Die Preisentwicklung blieb im Verlauf des Jahres 1978 aus- gesprochen stabil; der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Bayern erhöhte sich nur um 2,6%.

Außenhandel

Benutzung von Warenzeichen in der UdSSR

In der Frage der Benutzung von Warenzeichen in der UdSSR kann der 1.5.1979 im Individualfall ein wichtiger Termin sein. Von unserem Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) wurde mitgeteilt, daß die Inhaber von eingetragenen Warenzeichen nach der am 01.05.1974 in Kraft getretenen Warenzeichenverordnung verpflichtet sind, ihr Warenzeichen zu benutzen. Ist dies über einen Zeitraum von 5 Jahren vom Zeitpunkt der Ein- tragung an gerechnet nicht der Fall, so kann das Staats- komitee für Erfindungen und Entdeckungen beim Minister- rat der UdSSR auf eigene Initiative oder auf Antrag von interessierter dritter Seite die Eintragung des Warenzei- chens löschen. Als Benutzung gilt die tatsächliche Verwen- dung des Warenzeichens oder Dienstleistungszeichens auf Waren bzw. deren Verpackung sowie zur Bezeichnung tat- sächlich erbrachter Dienstleistungen, die in der Warenzei- chen- bzw. Dienstleistungsurkunde aufgeführt sind.

Offiziellen sowjetischen Stellungnahmen der letzten Zeit ist nach weiteren Angaben des BGA zu entnehmen, daß das zuständige genannte Staatskomitee beim Antrag auf Ver- längerung eines Warenzeichens den Benutzungsnachweis verlangen wird. Dies bedeutet, daß Warenzeichen, die vor dem Inkrafttreten der neuen Verordnung vom 01.05.1974 eingetragen waren, vor dem 01.05.1979 nachweisbar be- nutzt werden müssen, wenn sie nicht löschungsreif werden sollen. Bei danach eingetragenen Warenzeichen läuft die Fünfjahresfrist entsprechend später ab.

Der Verlust eines Warenzeichens durch Löschung kann zur Folge haben, daß außer den Kosten für eine Neumeldung keine Schutzmöglichkeit mehr besteht, weil in der Zwi- schenzeit ein verwechselbares Zeichen eingetragen wurde

und in der UdSSR eine diesbezügliche Prüfung von Amts wegen vorgenommen wird. Private Abgrenzungsvereinbarungen mit dem Inhaber des prioritätsälteren Zeichens sind in der Warenzeichenverordnung nicht vorgesehen und haben rechtlich keine Relevanz.

Als herkömmliche Benutzungsart, die anerkannt wird, gilt die Veröffentlichung der Warenzeichen in sowjetischen Zeitschriften oder die Vorführung von mit den Zeichen versehenen Waren auf Ausstellungen und Messen in der UdSSR. Die Leitungen solcher Veranstaltungen stellen Bescheinigungen über die Zurschaustellung der Waren mit dem Warenzeichen aus.

Neufassung des Interzonenhandels – Vordrucke

Die im Bundesanzeiger Nr. 47 vom 8.3.1979 veröffentlichte Neuverordnung zur Durchführung der Interzonenhandelsverordnung lösten am 1.4.1979 die z.Zt. geltenden 5 Durchführungsverordnungen ab. Die neue Verordnung faßt die bisherigen Regelungen in gestraffter übersichtlicher Form zusammen.

In diesem Rahmen wurden die Interzonenhandels-Vordrucke überarbeitet und vereinfacht:
Warenbegleitschein – NEU 6-fach – Anlage 3 zur IZHV – DV
Warenbegleitschein – für Teilsendungen
NEU 5-fach – Anlage 4 zur IZHV – DV
Bezugsgenehmigung – NEU 6-fach – Anlage 5 zur IZGV – DV

Die neuen Vordrucke sind ab 1. April 1979 gültig; die bisherigen Formulare
Warenbegleitschein – Anlage 1 zur 3. IZH – DVO
Warenbegleitschein – Teilsendung –
Anlage 2 zur 3. IZH – DVO
Bezugsgenehmigung – Anlage zur 2. IZH – DVO
können noch bis zum 31. 12. 1979 verwendet werden.

Iran-Zahlungsverkehr

Exporteure von Waren, die auf Kasse-gegen-Dokumente-Basis in dem iranischen Zoll gelangt sind, sollten mit ihrem Transporteur Verbindung halten bezüglich der Frage, ob die Güter nicht zu reexportieren sind, wenn ein iranischer Abnehmer die Dokumente auch nach einiger Zeit nicht aufgenommen haben sollte. Der Exporteur muß sich jedoch im klaren sein, daß die Prozedur des Reexportes kompliziert und zeitaufwendig ist. Neben allen Dokumenten zur Verzollung wird z.B. auch eine schwierig zu besorgende Bestätigung der Zentralbank benötigt, daß bezüglich des Reexportgutes keine Devisen transferiert wurden. Im Normalfall ist die aktive Mitarbeit des Abnehmers erforderlich.

Verschiedenes

Aktion Gemeinsinn

Material zu Kampagne zu Gunsten der ausländischen Kinder.

Die Aktion Gemeinsinn hat eine neue Broschüre mit dem Titel „Ausländische Kinder“ herausgebracht, die möglichst breit auch über die Betriebe verteilt werden soll.

Weiterhin hat die Aktion Gemeinsinn Poster entwickelt, die ebenfalls auch über die Betriebe verteilt und dort ausgehängt werden sollen.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Esser, hat mehrfach über die Ziele und Maßnahmen der Aktion informiert und um Unterstützung gebeten. Nach seinen Ausführungen geht es darum, zu verhindern, daß dieser Teil der Bevölkerung, der mit einem Starthandicap in die Berufswelt geht und Integrations-schwierigkeiten hat, künftig außerhalb der Gesellschaft steht mit allen Gefährdungen, die damit verbunden sind. Hier gegenzusteuern, ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft von hohem Rang. Die Aktion Gemeinsinn, die das Problembewußtsein in dieser Frage schaffen will, verdient deshalb Unterstützung.

Broschüre und Poster können kostenlos und direkt angefordert werden bei der Aktion Gemeinsinn e.V., Baumschulallee 15, 5300 Bonn 1, Tel. 02221/631441.

Personalien

Wir gratulieren

Herr **Richard Reiter**, Hauptabteilungsleiter bei der Friedrich Krupp GmbH, Stahlhandel München, wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1979 an für eine neue Amtsperiode von 4 Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht München berufen.

Ebenfalls beim Sozialgericht in Würzburg wurde Herr **Hermann Steinbach**, Prokurist in unserer Mitgliedsfirma Julius Friedrich Krönlein KG, Eisengroßhandlung in Schweinfurt, berufen. Die Amtsperiode trat mit Wirkung vom 1. März 1979 an in Kraft.

Ebenfalls gratulieren wir Herrn **Heribert Grimm**, Fa. Grimm, Schmidt & Co. KG, Großhandel für Spielwaren, Schreibwaren und Lederwaren in Augsburg. Herr Grimm wurde beim Sozialgericht Augsburg berufen.

Herrn **Robert Schaller**, Komplementär der Fa. Albert Schaller, Elektro-, Radio- und Fernsehgroßhandlung in Kempten, zu seiner Wiederwahl zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Kempten. Die neue Amtsperiode beginnt mit Wirkung vom 1. Mai 1979 an.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

IHK-Handelsausschuß wählte neuen Vorsitzenden

Der Handelsausschuß der Industrie- und Handelskammer Nürnberg hat auf seiner konstituierenden Sitzung zum ersten Vorsitzenden unser Vorstandsmitglied **Friedrich Pfeufer** (Firma Johann Pfeufer) und zum zweiten Vorsitzenden Helmut Harl (Firma Küchen-Loesch) gewählt. Der bisherige erste Vorsitzende, IHK-Vizepräsident Rudolf Wöhr, hatte für den Ausschußvorsitz nicht mehr kandidiert.

Herzlichen Glückwunsch.

Franziska Aigner: Doppeljubiläum im Landesverband

Ein Jubiläum mit Seltenheitswert konnte in diesen Tagen Frau Franziska Aigner, vielen unserer Mitgliedsfirmen als langjährige Mitarbeiterin des Landesverbandes bestens bekannt, feiern. Aus Anlaß ihres 65. Geburtstages und angesichts ihres 50jährigen Dienstjubiläums würdigte Präsident Walter Braun die Verdienste der Jubilarin und sprach im Namen des gesamten Vorstandes Frau Aigner die herz-

lichsten Glückwünsche aus, verbunden mit dem Ausdruck seiner Hochachtung für ihre Leistungen und dem Dank für ihre Treue und stete Einsatzbereitschaft. Wörtlich führte Präsident Braun in seiner Laudatio aus:

„Sie verkörpern den Fleiß und die Verantwortungsbereitschaft einer Generation, der es vorbehalten war, die größten Tiefen und Krisen unseres Volkes in unserem Jahrhundert zu durchleben und die mit dem Mut sowie der Entschlossenheit zu einem erfolgreichen Neubeginn daraus hervorgegangen ist. Sie haben die Tugenden der Arbeit durch diese mannigfachen Beeinträchtigungen nie aus Ihrem Sinnen und Trachten verloren, sondern vielmehr alle damit verbundenen Wertbegriffe fast mit einem trotzig „jetzt erst recht“ zu den Maximen Ihres Handelns erhoben. Sie können stolz darauf sein und ich bin sicher, Sie empfinden auch das Gefühl einer tiefen Befriedigung mit all dem, was sich Ihnen heute rückschauend als Höhepunkte und Erlebniswerte Ihres beruflichen Lebens darstellt.



Mit Ihrem 50jährigen Dienstjubiläum ist das so eine Sache: Sie traten am 1.4.1928 in die Kanzlei des damaligen Hauptgeschäftsführers unseres Verbandes ein und wurden am 25.10.1934 fest in den Verband übernommen. Da Sie aber schon in der Kanzlei eigentlich nur Verbandsarbeit leisteten, haben wir in einer Art von „Mischrechnung“ das 50jährige in die Nähe Ihres Geburtstagsjubiläums gerückt. Ich meine, das ist nicht nur legitim, sondern auch angebracht. Ihre Tätigkeit im Verband wurde eigentlich nur einmal unterbrochen: Sie waren Soldat! Als Reichsangestellte kamen Sie zu der Feldluftzeuggruppe Italien und dienten in Neapel von 1940 – 1945. Und auch eine 4monatige Kriegsgefangenschaft blieb Ihnen nicht erspart. Nach dem Krieg kehrten Sie zurück zum Verband und arbeiteten mit unserem damaligen ersten Hauptgeschäftsführer Dr. Höllerer zusammen, dessen Nachfolger Herr Pfrang war. Ihr Arbeitsgebiet konzentrierte sich im Laufe der Jahre auf die Buchhaltung und das gesamte Rechnungswesen, dessen Vielfältigkeit gerade durch Ihre jahrzehntelange Erfahrung bei Ihnen in bester Obhut war und ist.

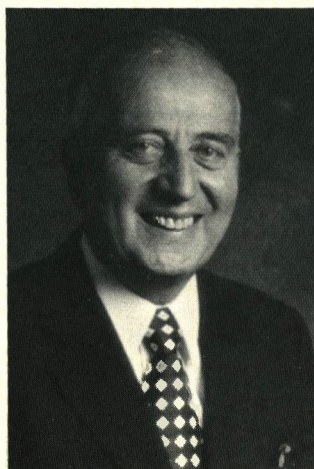
Zunächst darf ich Sie mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Arbeit und einer Urkunde des Kuratoriums der Bayerischen Arbeitgeberschaft auszeichnen.

Namens des in unserem Verband zusammengeschlossenen Bayerischen Groß- und Außenhandels überreiche ich Ihnen 5 Krüger-Rand-Goldmünzen, symbolisch für die 5 Jahrzehnte in unserem Verband, eine Zeit, die wir Ihnen zumindest nachträglich vergolden wollen.

Schließlich übergebe ich Ihnen diese Blumen symbolisch für den Strauß unserer besten Wünsche für Sie, liebe Frau Aigner, verbunden mit den besten Wünschen für Ihren weiteren Lebens- und Berufsweg, Glück und Gesundheit.“

Paul Spitzweck – 65 Jahre

Am 26. Mai kann Paul Spitzweck, Mitgeschäftsführer und Senior der Baygro Handels-GmbH & Co. KG, Fachgroßhandel für Schreib-, Spiel-, Textil- und Kurzwaren, in München seinen 65. Geburtstag feiern.



Sein Lebensweg schien nicht in die kaufmännische Richtung zu gehen, hat er doch, der Tradition seines Elternhauses folgend, zunächst das Schreinerhandwerk erlernt, um anschließend an der Staatsbauschule in München zu studieren und sich dem Architektenberuf zuzuwenden. Nur kurze Zeit freilich – der Kriegsdienst und schließlich die Gefangenschaft unterbrachen, wie bei so vielen seiner Generation, alle privaten und beruflichen Pläne und Entwicklungen. Erst in den Jahren nach dem Kriege konnte der Jubilar dann als freischaffender Architekt tätig sein.

1949 folgte dann die große Zäsur im Lebensweg: Paul Spitzweck trat in die Firma seines Schwiegervaters, die alteingeführte Großhandelsfirma Otto Buchner, ein. Es folgten die Jahre des Wiederaufbaus und der Rückführung der Firma Otto Buchner von Simbach/Inn, wohin sie kriegshalber ausgelagert war, nach München. 1956 konnte er beides vereinen, Kaufmann und Architekt zu sein: das Geschäftshaus am Maria-Hilfplatz wurde neu errichtet! Zunächst als Prokurist, seit 1964 als Mitinhaber, führte er, zusammen mit seiner Frau, die Firma Buchner zu neuer Blüte. Bald war das neue Geschäftshaus den steigenden Umsätzen und der Expansion nicht mehr gewachsen. Zusätzliche Räume mußten angemietet werden. Dieser Entwicklung trug Paul Spitzweck Rechnung – er wagte den Sprung an den Stadtrand und errichtete in Riem einen modernen Flachbau. Doch trotz oder vielleicht gerade wegen dieser erfreulichen Geschäftsausweitung der Firma Otto Buchner war Paul Spitzweck der Überzeugung, daß nur der Vorstoß zu ganz neuen Größenordnungen dem mittelständischen Großhandel auf lange Sicht die Anwendung modernster Methoden und aufwendiger technischer Mittel erlaubt. In den beiden alteingesessenen Münchner Großhandlungen Th. Deisenhofer KG und I. G. Leuze & Söhne fand er mit den Herren Gerhard Dietz und Günther Leuze die aufgeschlos-

senen Unternehmer für die partnerschaftliche Gründung der Baygro im Jahre 1974. Mit diesen und seinem Sohn Peter Spitzweck stand Paul Spitzweck seither einem Unternehmen vor, dessen Entwicklung die Richtigkeit seiner Vorausschau bestätigt.

Dem Jubilar gelten unsere herzlichsten Glückwünsche.

Albert Seibert – 60 Jahre

Am 15. April 1979 vollendete **Albert Seibert**, Geschäftsführer der Firma Albert Schaller, Elektro-Radio-Fernseh-Großhandlung, Kempten seinen 60. Geburtstag.

Als Jungkaufmann begann er am 1.5.1937 seine berufliche Laufbahn bei der Firma Schaller. Durch Kriegsdienst unterbrochen, hatte er einen verhältnismäßig raschen Aufstieg, so daß ihm bereits am 1.1.1950 Einzel-Prokura verliehen wurde. Am 1.5.1977 feierte Albert Seibert sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

Neben der rein betrieblichen Tätigkeit war Albert Seibert jahrelang mit der Ausbildung der Jugendlichen im Betrieb und den Prüfungsabnahmen der IHK beschäftigt, sowie als Schöffe beim Amtsgericht Kempten bestellt. Im Dezember 1978 wurde er außerdem in den IHK-Gremiums Ausschuß für Kempten und das Oberallgäu gewählt.

Wir gratulieren dem Jubilar sehr herzlich.

100-jähriges Jubiläum der Firma Boehringer

100 Jahre Großhandel, 200 Jahre Glas, so könnte man die Chronik der Unternehmer-Familie Boehringer beschreiben, die in diesen Tagen das 100-jährige Jubiläum begeht. Bis ins Jahr 1788 muß man zurückgehen, um das Anfangskapitel aufzuschlagen, das mit der Übernahme einer Glashütte im Schwarzwald beginnt. Als sich das Ende der Glashütte abzeichnete, schuf sich die Familie Boehringer mit der Errichtung ihres ersten Großhandelsbetriebs in Stuttgart eine neue Existenzgrundlage. 1906 folgte die Inbetriebnahme weiterer Gebäude in Zuffenhausen. Verbunden damit war eine Ausweitung des Sortiments auf Glas, Porzellan, Steingut, Keramik und Geschenkartikel jeglicher Art. Daneben entstanden Spezialsortimente in der Hotelabteilung, der Flaschenabteilung und der Brauereiabteilung.

Aus der Kurzwarenabteilung entwickelte sich vor ca. 15 Jahren die Spielwarenabteilung, mit der ein weiteres Kapitel der Firmengeschichte aufgeschlagen wurde. Im Stammhaus der Firma in Tamm, das 1963 bezogen wurde, befindet sich auch das Regional-Lager der FHS-Fördergemeinschaft Spielwaren-Einzelhandels GmbH & Co. KG.

100 Jahre Großhandel, 15 Jahre Spielwaren-Großhandel, eine Tradition die verpflichtet – 500 Mitarbeiter, 83.898 Quadratmeter Betriebsfläche, 100.000.000,- DM Umsatz, Zahlen, die für sich sprechen und für die unternehmerische Leistung dieser echten Familien-KG, deren Leitung heute in den Händen der Herren Ulrich Boehringer und Peter Meyer-Boehringer liegt. Die Firma Boehringer, die neben ihrem Hauptbetrieb in Tamm noch Niederlassungen in Bonn, Bobenheim, Weingarten und Gräfelting besitzt, gehört seit 1965 dem Großhandelszentralverband für Spielwaren und Geschenkartikel und seit 1974 dem Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels an.

Wir gratulieren der Jubilarin zum 100-jährigen Bestehen und wünschen der Firmenleitung und allen Mitarbeitern alles Gute und viel Erfolg für die kommenden Jahrzehnte.

Schuhgroßhandlung Herrmann & Co. – 75-jähriges Jubiläum

Unsere Mitgliedsfirma, die Schuh-Groß-Vertrieb Herrmann & Co. in Nürnberg, Klingenhofstraße, konnte am 4. Mai dieses Jahres ein stolzes Jubiläum feiern: ihr 75-jähriges Geschäftsjubiläum.

Nach der Gründung der Firma durch die Herren M. Künstler und J. Herrmann 1904, nahm die Firma eine schnelle Aufwärtsentwicklung ein und bekleidete bald eine starke Position unter den Lieferanten des mittelständischen Schuh-Einzelhandels in Bayern, allerdings lagen auch bedeutende Absatzgebiete vor dem 2. Weltkrieg in der heutigen DDR.

1930 war Karl Herrmann, der Sohn des Gründers Jakob Herrmann, in die Firma eingetreten, die er nach dem Tod des Seniorchefs 1951 als alleiniger Inhaber weiterführte. Die Firma nahm bis in den 2. Weltkrieg hinein eine bedeutende Aufwärtsentwicklung, die zunächst einen Schlußpunkt 1945 durch die restlose Zerstörung der Betriebsgebäude in Nürnberg fand. 1949 konnte der Einzug in das neu aufgebaute Geschäftshaus vorgenommen werden. Eine stürmische Entwicklung setzte in der Folgezeit ein, an der Karl Herrmann einen maßgebenden Anteil hatte. Lange Jahre war Karl Herrmann auch Vorsitzender unseres Fachzweigs „Schuhe“ und Mitglied des Ausschusses für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Nach seinem Tode 1966 wurde Frau E. Herrmann die alleinige Inhaberin des Unternehmens. Zusammen mit Herrn E. Steger leitete Frau K. Kolb das Unternehmen weiter. Herr Steger, seit 1975 an der Firma beteiligt, hatte der Firma schon als Lehrling von der Pike auf gedient, Frau Kolb war seit 1943 in der Firma beschäftigt.

Die Firma nahm weiterhin eine expansive Entwicklung, 1971 konnte der große Neubau in der Klingenhofstraße bezogen werden. Heute nimmt die Firma eine Spitzenposition im Kreise der deutschen Schuh-Großhandels- und Import-Firmen ein. Daß dies auch im vierten Vierteljahrhundert so bleiben möge und die Firma mit gleichem Stolz ihre Firmengeschichte fortschreiben kann, wünschen wir ihr an dieser Stelle von ganzem Herzen.

30 Jahre Firma Ragaller – Papier – Plastik

Die Firma heißt offiziell „Ragaller GmbH & Co. KG“. Ihr Chef ist eine quirlige Unternehmerin.

Die Firma befaßt sich mit der Herstellung von Servietten und dem Großhandel von Papier- und Plastikwaren, die aus dem In- und Ausland anrollen.

1949 hat Karin Ragaller den Start zur selbständigen Kaufrau und Unternehmerin in jungen Jahren begonnen. Sie schaffte es mit Einfallsreichtum, Fleiß und natürlichem Charme, daß ihre Firma heute eine der bekanntesten der Branche ist.

1972 war ein Glücksjahr für Frau Ragaller, denn sie bekam den Güterbahnhof Schwabing mit eigenem Gleisanschluß von der Deutschen Bundesbahn.

Der Juniorchef ist bereits mit im Betrieb, und das beste Kapital für Frau Ragaller ist die Seele des Büros, Herr Stoy, sowie ihre langjährigen Mitarbeiter.

Wir gratulieren herzlich.

Buchbesprechungen

Der neue FELDHAUS-Grundwissentest für Auszubildende

Im Laufe der letzten Jahre ist der FELDHAUS-Grundwissentest für viele Betriebe zu einem wichtigen Hilfsmittel bei der Auswahl der Lehrstellenbewerber geworden. Bei der Vielzahl von Schulformen, den unterschiedlichen Anforderungen einzelner Schulen, Klassen und Lehrer bietet der Test dem Ausbilder eine zuverlässige Grundlage für die objektive Beurteilung der schulischen Leistungen.

Das Testprogramm ist jetzt gründlich Neubearbeitet und wesentlich erweitert worden. Es stehen nun mehr als doppelt so viele Aufgabenhefte wie bisher in zwei alternativen Testreihen (A u. B) zur Verfügung, so daß die Betriebe die Aufgabenhefte wechseln können oder bei Testveranstaltungen mit mehreren Teilnehmern unterschiedliche Aufgabensätze gleichen Niveaus ausgeben können. Eine notwendige Maßnahme, wenn man die große Verbreitung dieses Testverfahrens bedenkt.

Gleichzeitig sind alle Aufgaben einer wissenschaftlich fundierten Prüfung unterzogen worden. Dabei wurden die Ereignisse und Erfahrungen vieler Tausend durchgeführter Tests ausgewertet und verarbeitet. Auf dieser Grundlage ist eine zuverlässige Beurteilung der Testleistungen gewährleistet. Die Resultate der Untersuchungen werden in einem Begleitheft veröffentlicht, das auch allgemeine Anwendungshinweise enthält. Mit Hilfe von Notenverteilungskurven können die Leistungen differenziert nach schulischer Vorbildung beurteilt werden.

Die Anwendung ist denkbar einfach. Die Lösungen der programmierten Aufgaben (multiple-choice) werden vom Prüfling auf separate Lösungsblätter übertragen, die vom Prüfer in wenigen Sekunden mit Hilfe einer Schablone ausgewertet werden. Auch eine differenzierte Auswertung nach Fehlerkategorien (z. B. Groß- und Kleinschreibung, Prozentrechnung) ist möglich. Sie hat den Vorteil, besondere Schwächen in einzelnen Wissensgebieten aufzudecken, die oft durch gezielte Fördermaßnahmen beseitigt werden können. Computerauswertung ist möglich.

Zur Auswahl des geeigneten Testheftes, die sich nach Anforderung des Betriebes und der schulischen Vorbildung der Bewerber richtet, gibt es für jede Testreihe eine Sammelmappe (A und B) mit Mustern aller Aufgabenhefte der Reihe und einem Begleitheft. Die Kosten der Mappen (je 45,- DM, zus. 75,- DM) werden bei Nachbestellungen gutgeschrieben. Die einzelnen Tests kosten je nach Abnahme DM 6,50 bis DM 3,50. Hinzu kommen die einmaligen Kosten der Auswertungsschablone.

FELDHAUS VERLAG, Postfach 650 464, 2000 Hamburg 65

„Praxis des Rechnungswesens“ – Nachschlagewerk in Loseblattform

erschienen im Rudolf Haufe Verlag, 7800 Freiburg, Postfach 740

Preis: 32,50 DM + Ergänzungslieferungen 6 x jährlich à ca. 120 – 140 Seiten, Seitenpreis 11,8 Pfg.

Als stets aktuelles Nachschlagewerk für Probleme der praktischen Betriebswirtschaft, des Handels- und Steuerrechts empfiehlt sich die neu überarbeitete und jetzt 2800 Seiten umfassende Loseblattsammlung „Praxis des Rechnungswesens“. Neben einem umfangreichen Stichwortregister werden in einem 600 Begriffe umfassenden Lexikon praxisrelevante Fragen unter betriebswirtschaftlichen, steuer- und handelsrechtlichen Aspekten erläutert.

Im Hauptteil sind in ausführlichen Darlegungen, sachlich und verständlich formuliert mit vielen Beispielen, folgende Problembereiche des betrieblichen Rechnungswesens behandelt: Buchführungs- und Bilanzierungstechniken, Methoden und Verfahren der Inventur, Bilanzierung nach Handels- und Steuerrecht, Sonderfälle der Bilanzierung, Kostenrechnung und Kalkulation, Kennzahlen – Statistik – Betriebsvergleich, Finanzierung und Investition, moderne Verfahren der Unternehmensführung, Rechnungswesen und EDV, Organisation des Rechnungswesens, einschlägige Rechtsfragen und praktische Hinweise für ausgewählte betriebswirtschaftliche Probleme.

Ein weiteres Kapitel „Aktuelle Informationen“, differenziert nach den oben aufgezählten Problembereichen, enthält Urteile, Verfügungen und Erlasse sowie Nachrichten, Termine und Hinweise auf aktuelle Ereignisse, die für das betriebliche Rechnungswesen wichtig sind.

Das Nachschlagewerk erweist sich somit als aktueller Ratgeber zur schnellen Information in Entscheidungssituationen und auch als Grundlage gezielter Wissensauffrischung und -erweiterung.

Im Bezugspreis sind weitergehend, Kundendienstleistungen wie Musterverträge, Afa-Tabellen und Sonderdrucke über Spezialfragen enthalten.

Gerhard Kienbaum:

„Strategische Unternehmensführung“

Zielgerichtete Konzeptionen entwickeln und verwirklichen, den Erfolg der Zukunft sichern – dazu liefert das Beratungssystem „Strategische Unternehmensführung“ die Entscheidungsgrundlagen für jeden Funktionsbereich des Unternehmens. Mit der „Strategischen Unternehmensführung“ steht jetzt eine praxisgerechte Beratung für alle Unternehmensbereiche – wie z. B. Unternehmensleitung, Beschaffung, Marketing, Personalmanagement, Finanzierung, Controlling – zur Verfügung. Entwickelt wurde dieses Beratungssystem von Gerhard Kienbaum, dem erfolgreichsten deutschen Unternehmensberater, in Zusammenarbeit mit 16 weiteren Spezialisten aus der Unternehmenspraxis. Mitglieder des Verbands können das komplette Kienbaum-Beratungssystem „Strategische Unternehmensführung“ – acht Arbeitsordner – bis zum 30. Juni 1979 zum Vorzugspreis von insgesamt DM 650,- (statt DM 1264,-) anfordern bei: GWI-INSTITUT, Neuhauser Straße 14, 8000 München 2.

Erfolgreicher Umgang mit Menschen

147 Seiten, DIN A 5, Peylin-Einband DM 19,-
ISBN 3-7719-6206-4, von Erwin Nieder

Erfolgreich bei seinen Mitmenschen zu sein und reibungslos mit ihnen umzugehen, erfordert ein besonderes Maß an Einsicht und Geschick.

Es gibt viele, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufgebaute Veröffentlichungen auf den Gebieten der Psychologie, Soziologie, Biologie usw., die leider für den Laien nur schwer verständlich sind.

Hier will das vorliegende Buch eine Brücke schlagen.

So ist der wichtige theoretische Teil umfangreich, allgemeinverständlich und dennoch wissenschaftlich einwandfrei behandelt worden.

Im praktischen Teil werden außer dem Bereich der menschlichen Beziehungen die am häufigsten vorkommenden Situationen im Umgang mit Menschen besprochen.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Die Grundregeln der Menschenführung, des Zusammenlebens und Wirkens im Betrieb sind im dritten Teil berücksichtigt.

Entspannungsübungen im Sinne des „Autogenen Trainings“, zur Bekämpfung von Nervosität sowie körperlicher und seelische Erschöpfung, beschließen das Buch.

„AUSLANDSREISEN“ Vorbereitung – Durchführung

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart, Verlag Fink-Kümmerly & Frey GmbH, Stuttgart, drei Ordner, 2850 Seiten, DM 72,—.

Seit über 40 Jahren bietet die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, ihren Mitgliedern einen einzigartigen Service durch die Herausgabe eines in seiner Art einzigen Loseblattwerkes mit den aktuellsten Informationen über 170 Länder der Welt. Der Inhalt ist speziell auf den Bedarf und die Ansprüche bei Geschäfts- und Dienstreisen

abgestimmt. Durch ständige Zusammenarbeit mit konsularischen Vertretungen, Handelsmissionen und Beobachtern im In- und Ausland sind alle Daten, Angaben, Werte, Vorschriften und Bestimmungen immer auf dem jeweils neuesten Stand. Jeder Bezieher von AUSLANDSREISEN erhält, sooft erforderlich, aktuellste Ergänzungen und Änderungen. Neben internationalen Bestimmungen und wichtigen Auslandsadressen bietet das Gesamtwerk einen ausführlichen Länderteil von Ägypten bis Zypern. In einem eigenen Band werden das Paßrecht, Devisenbestimmungen, Zollvorschriften, Hinweise für den Reiseverkehr, Versicherungsschutz, bargeldlose Zahlungssysteme usw. behandelt. Für jeden, der ins Ausland reist oder sich über seine ausländischen Geschäftsverbindungen ein klares Bild verschaffen möchte, dem wird AUSLANDSREISEN ein guter und zuverlässiger Ratgeber sein.

Bei sofortiger Bestellung gilt noch der oben angegebene Preis, während in Kürze eine Anhebung für das Gesamtwerk auf DM 98,— vorgesehen ist. Die laufenden Ergänzungen und Änderungen kosten, mindestens für 1 Jahr, DM 6,80.

Mit tiefer Trauer nahmen wir Abschied von unserem langjährigen Vorsitzenden

Conrad Bittner

Generalkonsul a. D.

Ehrenvorsitzender des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels
nach langer schwerer Krankheit verstorben ist.

Der Initiative des Verstorbenen ist es zu danken, daß im Frühjahr 1946 der Landesverband gegründet wurde; zunächst war er stellvertretender Vorsitzender, ab Juli 1948 dann Vorsitzender des Landesverbandes. In Anerkennung seiner einmaligen Verdienste um den Großhandel und seiner Organisationen wurde Conrad Bittner zum Ehrenvorsitzenden unseres Verbandes ernannt, nachdem er vom Amt des Vorsitzenden und gleichzeitig von den übrigen damit verbundenen Ehrenämtern zurückgetreten war. Für seine Verdienste wurde er mit dem Bayerischen Verdienstorden und dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Der Verstorbene hat für den Groß- und Außenhandel Beispiellooses geleistet. Dafür werden wir ihm stets von ganzem Herzen dankbar sein.

Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels

Der Präsident

Der Hauptgeschäftsführer



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
Juni/Juli 1979 · Nr. 6/7/1979

Das aktuelle Thema	3	Verbesserung der Situation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	4	Kündigung innerhalb der Sechs-Monats-Frist des § 1 KSchG Nichtigkeit der Abdingung einer laufend gezahlten Anwesenheitsprämie für Krankheitszeiten
Allgemeine Rechtsfragen	4	Unzulässige Klauseln in Handelsvertreter-Verträgen
Steuerfragen	5 7 8 9	Steuerliche Behandlung von Spesen für Kraftfahrer Änderung des Kraftfahrzeug-Steuergesetzes Steuerfreiheit von Entlassungsabfindungen Nachlese Verbandstag 1979
Mittelstand	19 21	Richtlinien zur Durchführung des Bayerischen Kreditpro- gramms 1979/80 für die Förderung des gewerblichen Mittel- stands (Bayerisches Mittelstandskreditprogramm) Eigenkapitalhilfe-Programm der Bundesregierung zur Förderung von Existenzgründungen
Außenhandel	22	Behandlung von Fehlmengen in Zollagern Neue Vordrucke für Sammelzollanmeldung, Anschreibun- gen und Zollanmeldung Anmeldevordruck für die Zollabfertigung zur Veredelung und zur Umwandlung
Personalien	23	
Buchbesprechungen	27	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · RA Frankenberger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München 2, Ottostr. 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostr. 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Verbesserung der Situation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer

Zusammen mit der Regierung von Mittelfranken hat die Industrie- und Handelskammer Nürnberg eine Informationsveranstaltung ausgerichtet mit dem Ziel, Wege aufzuzeigen, wie den Kindern der ausländischen Arbeitnehmer bessere berufliche Startchancen gegeben werden können. Anlässlich dieser Veranstaltung setzte sich Präsident **Walter Braun** mit dieser Thematik in seiner Begrüßungsansprache auseinander, aus der wir hier einen Auszug veröffentlichen:

Es darf uns nicht gleichgültig sein, was aus den Kindern der in unseren Unternehmen beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer wird. Soweit es in unseren Kräften steht, wollen wir gerne dazu beitragen, daß sie einen Ausbildungsplatz finden, der ihren Anlagen und Fähigkeiten entspricht.

Es ist eine humanitäre Aufgabe. Wir begrüßen es, daß sich kirchliche Organisationen und Einrichtungen privater und kommunaler Träger seit Jahren der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien annehmen. Ihnen sind wir dankbar, daß sie sich so engagiert einsetzen. Wo unsere Hilfe erwartet oder unsere Unterstützung gewünscht wird, sollten wir dazu bereit sein.

Die Frage der Verbesserung der Startchancen der ausländischen Kinder hat außerdem einen wichtigen gesellschaftspolitischen Akzent. Weil ab Mitte der Achtzigerjahre die Zahl der deutschen Jugendlichen, die ein Ausbildungsverhältnis antreten können, erheblich abnimmt, sprechen auch arbeitsmarktpolitische Gründe für eine vermehrte Ausbildung ausländischer Jugendlicher.

Eine Situationsanalyse zeigt, wie dringend die Lösung des Problems ist. Nach der Schulstatistik sind in Bayern 65800 ausländische Jugendliche von sechs bis 18 Jahren registriert. 1978 traten in Bayern davon rund 4500 in das Erwerbsleben ein. Diese Zahl wird bis 1981 auf etwa 6000 ansteigen und auch in den Folgejahren nicht zurückgehen. Leider besitzen 50 Prozent dieser Jugendlichen zur Zeit keinen Hauptschulabschluß, 80 Prozent haben keinen Ausbildungsvertrag. Wenn hier nicht bald eine wesentliche Verbesserung der Situation eintritt, müssen wir damit rechnen, daß die Unzufriedenheit bei den heranwachsenden ausländischen Jugendlichen wächst und sie in ein Subproletariat abgedrängt werden mit allen negativen Begleiterscheinungen. Das nützt in unserem Lande niemandem. Es schadet nur. Deshalb muß alles getan werden, um hier abzuweichen.

Die Industrie- und Handelskammer Nürnberg hat im vergangenen Jahr die Firmen befragt, die ausländische Jugendliche ausbilden und festgestellt, daß nur ein Prozent des gesamten Ausbildungsvolumens der Kammer, also ein Prozent von 21000 Ausbildungsverhältnissen, auf ausländische Jugendliche entfällt. An der Spitze stehen dabei Türken, gefolgt von den Italienern und Jugoslawen.

Mit unserer Umfrage, die durch ein Gespräch mit Vertretern der Firmen ergänzt wurde, haben wir eine Reihe von Ursachen festgestellt.

Nach unseren Erkenntnissen muß man zwischen drei Gruppen ausländischer Jugendlicher und Kinder unterscheiden:

- erstens Kinder, die in der Bundesrepublik geboren werden. Bei ihnen bereitet es am wenigsten Schwierigkeiten, schulische und berufliche Qualifikationen zu vermitteln.
- zweitens Kinder, die während der Dauer der deutschen Schulpflicht in die Bundesrepublik einreisen. Je früher der Einreisezeitpunkt liegt, desto weniger Schwierigkeiten bereitet der Übergang in das Erwerbsleben.
- drittens Jugendliche, die erst nach Ablauf der Volksschulpflicht einreisen. Bei dieser Personengruppe stellen sich beim Übergang in das Erwerbsleben ganz erhebliche Schwierigkeiten ein.

Das Problem, mit dem wir es zu tun haben, ist also nicht auf die Fragen zu reduzieren, ob zweisprachige Klassen die Lösung bringen, welche Stärke die Klassen haben sollen und nach welchen Gesichtspunkten sie geführt werden sollen. Das sind sicher Fragen, über die man unterschiedliche Auffassungen haben kann; sie müssen im pädagogischen Raum diskutiert und entschieden werden. Ausschlaggebend scheint mir zu sein, daß die Kinder und Jugendlichen der ausländischen Arbeitnehmer eine entsprechende schulische Grundbildung erfahren müssen. Für eine erfolgreiche Ausbildungsplatzbewerbung sind aber keineswegs allein ausreichende Deutschkenntnisse ausschlaggebend, so notwendig sie sind. Wichtig ist auch, daß der ausländische Jugendliche und das ausländische Kind Rechnen, Lesen und Schreiben erlernen. Es kommt zugleich auf die Qualität der schulischen und der Persönlichkeitsbildung an.

Als wichtig wurde durch Herkunft die ethnisch bedingte Mentalität der Kinder und Jugendlichen erkannt. Kulturelle und religiöse Eigenheiten der Herkunftsländer, Heimatbindung und Rückkehrwilligkeit wirken sich auch auf die Bereitschaft aus, einen Beruf zu erlernen. Zum Beispiel endet die allgemeine Schulpflicht in den Heimatländern mit dem Abschluß der Volksschule, in der Türkei nach dem fünften Schuljahr. Deshalb erkennen Eltern von Ausländerkindern häufig nicht die Zweckmäßigkeit und die Vorteile einer beruflichen Ausbildung. Die Jugendlichen drängen vorrangig auf eine Arbeitsaufnahme.

Für die Eltern ausländischer Kinder ist es außerdem schwer, ihre Kinder richtig zu beraten. Ihnen ist unser Ausbildungssystem fremd. Es müßte den Lehrern möglich sein, Eltern und Schüler besser als bisher darüber zu informieren, um eine wichtige Informationslücke zu schließen.

Ich bin sicher, daß sich Wege finden lassen, die Effektivität der Berufsausbildung der Ausländerkinder zu erhöhen. Zunächst aber muß es gemeinsamer Auftrag sein, die Startchancen der ausländischen Kinder in die berufliche Ausbildung zu verbessern.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

Kündigung innerhalb der Sechs-Monats-Frist des § 1 KSchG

In einer neuen Entscheidung hat sich das Bundesarbeitsgericht mit der Kündigung innerhalb der nach § 1 KSchG erforderlichen Wartefrist befaßt. Das Urteil vom 28.09.1978 – 2 AZR 2/77 – hatte die Frage nach dem Umfang der gem. § 102 Betriebsverfassungsgesetz erforderlichen Anhörungspflicht zu entscheiden. In den Gründen der Entscheidung führte das Bundesarbeitsgericht aus, daß auch bei einer Kündigung in den ersten sechs Monaten des Arbeitsverhältnisses an die Mitteilungspflicht des Arbeitgebers aus § 102 Abs. 1 Betriebsverfassungsgesetz keine geringeren Anforderungen gestellt werden dürfen als bei einer Kündigung, gegen die der Arbeitnehmer gem. § 1 ff KSchG geschützt ist. Erfülle der Arbeitgeber seine Pflicht aus § 102 Betriebsverfassungsgesetz zur Anhörung des Betriebsrats nicht ausreichend, dann werde dieser Mangel grundsätzlich nicht dadurch geheilt, daß der Betriebsrat zur beabsichtigten Kündigung „abschließend“ Stellung genommen habe. Etwas anderes könne allenfalls dann gelten, wenn der Betriebsrat ausdrücklich und vorbehaltlos der Kündigung zugestimmt habe. Ob der Arbeitgeber schon vor der Anhörung des Betriebsrats seinen Kündigungswillen abschließend gebildet habe, ist auf die im übrigen ordnungsgemäße Anhörung ohne Einfluß. Das Bundesarbeitsgericht stellt in diesem Urteil auch fest, daß, falls der Betriebsratsvorsitzende über den Kündigungssachverhalt nicht im unklaren ist, der Arbeitgeber in seinem Anhörungsschreiben nicht noch einmal eine genaue Einzeldarstellung der Umstände geben muß, auf die die Kündigung gestützt wird, da sich der Betriebsrat die Kenntnis seines Vorsitzenden gem. § 26 Abs. 3 Satz 2 Betriebsverfassungsgesetz zurechnen lassen muß.

In den Leitsätzen des Urteils vom 28.09.1978 geht das Bundesarbeitsgericht auch auf die Frage eines ausnahmsweisen Kündigungsschutzes bei Kündigung vor Erfüllung der sechsmonatigen Wartezeit ein. Danach kann der Arbeitnehmer, dem vor der Erfüllung der sechsmonatigen Wartezeit gekündigt wird, den allgemeinen Kündigungsschutz ausnahmsweise dann in Anspruch nehmen, wenn durch die Kündigung der Eintritt des allgemeinen Kündigungsschutzes entgegen dem Grundsatz von Treu und Glauben vereitelt werden soll. Diese Folge trete hingegen dann nicht ein, wenn der Arbeitgeber aus einem sachlichen Grunde kündigt, der nicht notwendig den Anforderungen an eine sozial gerechtfertigte Kündigung (§ 1 Abs. 2 u. 3 KSchG) genügen muß.

Nichtigkeit der Abdingung einer laufend gezahlten Anwesenheitsprämie für Krankheitszeiten

In einem Betrieb zahlte der Arbeitgeber als freiwillige Leistung seinen Arbeitnehmern eine Anwesenheitsprämie, damit sie regelmäßig und pünktlich zur Arbeit erschienen. Dabei war im Anstellungsvertrag vereinbart, daß die Anwesenheitsprämie von der tatsächlichen Anwesenheit des Arbeitnehmers abhängig sei und bei krankheitsbedingten Fehlzeiten gekürzt werden könne. Als nun ein Arbeitnehmer krankheitsbedingt 12 Fehltage aufzuweisen hatte, erhielt er unter Hinweis auf diese Klausel nur sein Grundgehalt. Das Bundesarbeitsgericht hält eine derartige Klausel für nichtig und führt zu dieser Rechtsproblematik in seinem Urteil vom 4.10.1978 – 5 AZR 886/77 – folgendes aus:

Zum fortzuzahlenden Arbeitsentgelt gehören alle fortlaufend gewährten Leistungen, die der Arbeitgeber als Vergütung für die zugesagten Dienste versprochen hat. Ausgenommen sind nur Leistungen, mit denen Aufwendungen ersetzt werden sollen, die nur einem gesunden Arbeiter im Falle der Arbeitsleistung entstehen, nicht aber einem Kranken. Sinn und Zweck dieser Regelung ist es, dem kranken Arbeiter die Lohnbestandteile zu sichern, über die ein gesunder Arbeiter verfügen kann und die seinen Lebensstandard ausmachen. Alles, was der Arbeitgeber aufgrund des Arbeitsverhältnisses als laufende Zahlung gewährt und nicht unter Aufwendungsersatz fällt, ist Arbeitsentgelt im Sinne dieser Lohnfortzahlungsbestimmung. Gemessen an dieser lohnrechtlichen Einordnung gehört eine Anwesenheitsprovision (oder Anwesenheitsprämie) zu dem im Krankheitsfall fortzuzahlenden Lohn. Sie wird dafür gezahlt, daß der Arbeitnehmer regelmäßig und pünktlich zur Arbeit erscheint. Mit ihr wird kein Aufwand ersetzt. Wie das Bundesarbeitsgericht weiter ausführt, gehört die Anwesenheitsprovision im Streitfall auch zum laufenden Arbeitsentgelt. Sie ist, wie das Grundgehalt, monatlich – im vertraglich festgelegten Lohnzeitraum – zu zahlen. Daran ändert sich auch nichts, wenn, wie im zugrunde liegenden Sachverhalt die Anwesenheitsprämie als freiwillige Leistung gezahlt wird. Denn aufgrund der vertraglichen Vereinbarung hat der Arbeitnehmer dann, wenn er arbeitete, auf die Anwesenheitsprämie einen Rechtsanspruch. Im übrigen kann der Arbeitgeber den Umfang der Lohnfortzahlungspflicht auch dann nicht bestimmen, wenn es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Auf den vom Arbeitgeber verfolgten Zweck – Verringerung von Fehlzeiten jeder Art – kommt es nicht an. Diesen Zweck kann der Arbeitgeber nur im Rahmen der erlaubten rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten verfolgen. Unerheblich ist weiter, welchen Anteil die Prämie an dem vereinbarten Gesamtarbeitsentgelt hat und wie sich einzelne Fehlzeiten der Höhe nach auf die Anwesenheitsprovision auswirken. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gehen vom Lohnausfallprinzip aus. Dem erkrankten Arbeitnehmer muß der volle Lohn weitergezahlt werden.

Das Bundesarbeitsgericht geht ferner davon aus, daß die Nichtigkeit der vertraglichen Kürzungsvereinbarung weder zur Unwirksamkeit des Arbeitsvertrages noch zur Ungültigkeit der Lohnvereinbarung führt. Vielmehr gilt der Arbeitsvertrag mit der Zusage der Anwesenheitsprämie ohne die Kürzungsvereinbarung. Denn wenn eine Vertragsbestimmung gegen eine zwingende arbeitsrechtliche Schutznorm verstößt, so wird hierdurch der Arbeitsvertrag im ganzen nicht berührt, weil sonst der Arbeitnehmer, der durch die verletzte Vorschrift geschützt werden soll, noch mehr geschädigt würde, als wenn die Schutznorm nicht bestünde.

Allgemeine Rechtsfragen

Unzulässige Klauseln in Handelsvertreter-Verträgen

Oftmals wollen Firmen sicher gehen, daß die Abrechnung mit dem Handelsvertreter nicht mehr umgestoßen werden kann und daß keine Provisionsnachforderungen kommen. Deshalb wird in die Vertreterverträge gern eine Klausel aufgenommen, die Monatsabrechnung sei für den Vertreter verbindlich, und der Saldo werde von ihm anerkannt, wenn er nicht innerhalb von 2 Wochen seit Zugang dieser Unterlagen schriftlich Widerspruch anmelde.

Eine solche Abmachung widerspreche dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung, dem Vertreter die ihm zustehende Provision zu sichern, so entschied das Oberlandesgericht Hamm. Eine Klausel, wonach Abrechnungen als genehmigt gelten sollten, wenn ihnen nicht innerhalb einer bestimmten Frist widersprochen werde, sei deshalb nicht nur insoweit unwirksam, als der Vertreter seine Rechte auf Abrechnung, Buchauszug, Mitteilung der für den Provisionsanspruch wesentlichen Umstände und auch Bucheinsicht geltend mache. Sie können vielmehr auch der Verteidigung des Handelsvertreters gegen Rückbelastungen durch die Unternehmer nicht entgegengehalten werden.

Steuerfragen

Steuerliche Behandlung von Spesen für Kraftfahrer

Wie wir Ihnen bereits mit unseren Kurzinformationen 4/79 vom 24. April 1979 mitgeteilt haben, hat der Bundesfinanzhof mit seinem aufsehenerregenden Urteil vom 24. November 1978 IV R 171-172/76 folgenden Fall entschieden:

Ein Berufskraftfahrer, der werktätlich mit seinem eigenen Pkw zu seinem 10 km entfernt liegenden Kraftfahrzeugdepot fuhr, erhielt dort seine Aufträge, prüfte dort sein Lastfahrzeug auf Fahrtauglichkeit und wurde mindestens einmal wöchentlich dort auch zur Wartung des Lkw (Abschmieren, Ölwechsel, kleine Reparaturen) tätig. In den Streitjahren fuhr er überwiegend im Nahverkehr. Über die Fahrten führte er Fahrtenbücher. Von seinem Arbeitgeber erhielt er pauschal DM 4,- und während der Erntezeit (er transportierte überwiegend Getreide, Düngemittel, Saatgut, Futtermittel u. dgl.) DM 10,- bis DM 12,- je Fahrtentag steuerfrei ausgezahlt.

Im Lohnsteuerjahresausgleich 1971 begehrte der Kläger den Ansatz von DM 4.447,- Mehraufwendung für Verpflegung als Werbungskosten, die er unter Zugrundelegung der sich nach Abschnitt 21 Abs. 4 Nr. 3a Lohnsteuerrichtlinien 1970 ergebenden Pauschbeträge ermittelt hatte. Hierbei war von ihm ein steuerfreier Zuschuß seines Arbeitgebers von DM 1.708,- abgesetzt worden. Für das Jahr 1972 machte er DM 4.057,- Mehraufwendungen für Verpflegung als Werbungskosten geltend, der steuerfreie Arbeitgeberzuschuß betrug DM 1.555,-.

Einsprüche und Klagen vor dem Finanzgericht blieben erfolglos. Der Bundesfinanzhof wies die Revision gegen die Urteile des Finanzgerichtes mit folgender Begründung ab:

Die Revisionen sind unbegründet, ohne daß es eines Eingehens auf die von den Beteiligten als streitig vorgebrachten Rechtsfragen bedarf.

Sowohl die Beteiligten als auch das FG gehen zu Unrecht davon aus, daß es sich bei den Fahrten des Klägers für seinen Arbeitgeber um „Dienstreisen“ (Berufsreisen) i. S. des Abschn. 21 Abs. 2 LStR 1970/72 gehandelt habe. Denn Dienstreisen liegen nach ständiger Rechtsprechung des erkennenden Senats lediglich dann vor, wenn der Arbeitnehmer aus beruflichen Gründen zeitweilig vom Ort seiner regelmäßigen (festen) Arbeitsstätte abwesend ist (vgl. für einen Pflasterer: Urteil vom 5. November 1971 VI R 184/69, BFHE 103, 493, BStBl II 1972, 130). Diese Voraussetzung ist dann nicht gegeben, wenn ein LKW-Fahrer – wie hier der Kläger – seine arbeitstäglichen Fahrten von einem bestimmten Betriebsgelände aus antritt. In einem solchen Falle hat

der Arbeitnehmer keine regelmäßige Arbeitsstätte bei seiner Anstellungsfirma. Arbeitsstätte ist hier vielmehr der LKW, mit dem der Kläger unterwegs ist (wie z. B. bei einem Schlafwagenschaffner der von ihm jeweils betreute Schlafwagen, vgl. Urteil des Senats vom 11. August 1972 VI R 128/70, BFHE 107, 21, BStBl II 1972, 915).

Dem steht – wie das FG mit bindender Wirkung für den erkennenden Senat (vgl. § 118 Abs. 2 FGO) rechtsfehlerfrei festgestellt hat – im Streitfall nicht entgegen, daß der Kläger auf dem Betriebsgelände seines Arbeitgebers vor Fahrtantritt bestimmte, regelmäßig nur kurze Zeit beanspruchende Wartungsarbeiten vorgenommen oder vom Gesetzgeber vorgeschriebene Kontrollmaßnahmen durchgeführt hat, die im wesentlichen der Sicherheit im Straßenverkehr dienen. Denn hierdurch wird der Ort des Arbeitsantritts für den Kläger nicht zu einer regelmäßigen Arbeitsstätte bei seinem Arbeitgeber. Wer – wie hier der Kläger – keine grundstücksgebundene Arbeitsstätte hat, kann von dort aus keine Berufsreisen antreten und als Folge hiervon auch keinen reisebedingten Verpflegungsmehraufwand als Werbungskosten geltend machen.

Auch die Anerkennung eines Mehraufwands für Verpflegung wegen auswärtiger Tätigkeit des Klägers als Werbungskosten kommt hier nicht in Betracht. Denn die hierfür an den Kläger von seinem Arbeitgeber steuerfrei gezahlten Zuschüsse übersteigen die Erfahrungssätze, die die Verwaltung nach Abschn. 24 Abs. 3 Nr. 1 i. V. m. Abschn. 22 Abs. 2 Nr. 1 LStR 1972 als Werbungskosten anerkennt.

Eine Seefahrt, die ist lustig

Mit Unterstützung unseres Landesverbandes durften 250 Kinder und Jugendliche des Spastikerzentrums München unter der Schirmherrschaft von Wirtschaftsminister Anton Jaumann (auf dem Bild links) und unserem Präsidenten Walter Braun (rechts neben Frau Jaumann) eine Rundfahrt über den Starnberger See machen. Die Fahrt auf der „Seeshaupt“ führte kreuz und quer über den Starnberger See. Höhepunkt der Reise war die Verteilung von Geschenken, die der Großhandelszentralverband für Spielwaren und Geschenkartikel gestiftet hatte.



Viel Spaß auf der „Seeshaupt“: Staatsminister Anton Jaumann (l.) in Begleitung seiner Frau. Rechts Präsident Walter Braun.

Was ist eine feste Arbeitsstätte?

Das Urteil hat in der gesamten Wirtschaft heftige Reaktionen ausgelöst, zumal bereits in einer Reihe von Fällen aus Anlaß von Betriebsprüfungen Schwierigkeiten entstanden und Kraftfahrerspesen nicht anerkannt wurden. Es ist darüber hinaus zu befürchten, daß das Urteil dazu führt, daß auch bezüglich der Spesenregelungen von einer Vielzahl weiterer Außendienstmitarbeiter Probleme entstehen. Der BFH ist der Auffassung, daß die Kraftfahrer deshalb keine Spesen steuerfrei erhalten können, weil sie keine feste Arbeitsstätte beim Sitz der Firma haben und die Dienstreise ein Entfernen von einer regelmäßigen Arbeitsstätte begrifflich voraussetzt.

Die Finanzverwaltung wird sich sicher auf den Standpunkt stellen, daß das Gleiche für eine Vielzahl weiterer Außendienstmitarbeiter, z.B. Reisende und Verkaufsfahrer gilt die ebenfalls keine „feste Arbeitsstätte“ im Sinne des Urteils haben, zumal dann nicht, wenn sie rationell eingesetzt werden und sich die Aufenthalte in der Firma nach Möglichkeit auf ein Minimum beschränken. Das Urteil kann im Ergebnis nicht nur zu sehr erheblichen Mehrbelastungen führen, sondern auch zu einer erheblichen Unruhe unter dem gesamten Außendienstpersonal, weil der steuerfreie Spesenersatz für Außendienstmitarbeiter seinen „besonderen Wert“ hat. Schließlich können erhebliche Nachforderungen auf unsere Firmen zukommen.

In einer Fragestunde des Deutschen Bundestages hat der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, am 9./10. Mai 1979 die folgende Frage namens der Bundesregierung beantwortet

Abg. Dr. Häfele (CDU/CSU):

– Beabsichtigt die Bundesregierung, das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 24. November 1978 – VI R 171-172/76 (Bundessteuerblatt 1979 II S. 148), wonach ein Berufskraftfahrer im Ergebnis keine Verpflegungsmehraufwendungen als Werbungskosten steuerlich geltend machen kann, uneingeschränkt anzuwenden bzw. den Ländern zur Anwendung zu empfehlen?

– Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Anwendung des erwähnten Bundesfinanzhofurteils zu einer erheblichen steuerlichen Benachteiligung der Berufskraftfahrer führt und dadurch in der weiteren Konsequenz Personalkostensteigerungen und Arbeitsplatzverluste im Güterkraftverkehrsgewerbe drohen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?

schriftliche Antwort:

Das von Ihnen erwähnte neue Urteil des Bundesfinanzhofs ist zu den steuerlichen Reisekostenbestimmungen, insbesondere zu dem Begriff der Dienstreise, ergangen. Dieser Bereich ist gesetzlich nicht geregelt; die zu beachtenden Grundsätze sind vielmehr von der höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelt worden. Das neue Urteil liegt auf der Linie dieser bisherigen Rechtsprechung. Eine Nichtanwendung würde deshalb den steuerlichen Reisekostenbereich insgesamt treffen und kann deshalb nicht erwogen werden.

Es ist richtig, daß die Entscheidung des Bundesfinanzhofs im konkreten Einzelfall dazu führen kann, daß bisher steuerlich pauschal anerkannte Verpflegungsmehraufwendungen künftig nicht mehr berücksichtigt werden können. Andererseits ist es fraglich, ob z.B. den im Nahverkehr eingesetzten Berufskraftfahrern, die täglich nach Hause zurückkehren, tatsächlich regelmäßig Verpflegungsmehraufwendungen in Höhe der Reisekosten-Pauschbeträge entstehen. Diese liegen immerhin zwischen 29,- und 33,- DM.

Es muß deshalb eine Lösung gefunden werden, die der besonderen Aufwandssituation dieses Personenkreises Rechnung trägt. Die Überlegungen gehen dahin, die von dem BFH-Urteil betroffenen Kraftfahrer den an ständig wechselnden Einsatzstellen beschäftigten Arbeitnehmern gleichzustellen und bei ihnen für Verpflegungsmehraufwendungen täglich 5,- DM pauschal anzuerkennen.

Eine solche Regelung bedarf allerdings der Zustimmung durch die obersten Finanzbehörden der Länder. Die Bundesregierung ist bemüht, die entsprechende Abstimmung noch in diesem Monat herbeizuführen.

Nach unserer Ansicht geht die Antwort des parlamentarischen Staatssekretärs Haehser, es sei fraglich, ob z.B. den im Nahverkehr eingesetzten Berufsfahrern, die täglich nach Hause zurückkehren, tatsächlich regelmäßig Verpflegungsmehraufwendungen in Höhe der Reisekosten-Pauschbeträge entstehen, da diese ja zwischen 29,- und 33,- DM liegen, völlig an der Sache vorbei. Schon bisher wurden in diesen Fällen Kürzungen in den Pauschalen vorgenommen, weil die Anwendung der Pauschalen zu einer unangemessenen Besteuerung geführt hätte.

Musterbeispiel für negatives Handeln

Das Urteil des BFH ist vom Ansatz her falsch: Dem Kraftfahrer und sonstigen Außendienstmitarbeiter entstehen aus betrieblicher Veranlassung erhöhte Aufwendungen, die steuerlich berücksichtigt werden müssen. Diese Aufwendungen entstehen völlig unabhängig davon, welcher Ort als feste Arbeitsstätte gilt. Wir vermögen nicht einzusehen, daß dem ein vom Bundesfinanzhof formulierter Dienstreisebegriff entgegenstehen soll. Der Vorgang scheint uns ein Musterbeispiel für ein negatives Handeln des Fiskus am Steuerbürger zu sein, welcher jedes Maß für einen fairen Ausgleich vermissen läßt.

Wir erfahren zwischenzeitlich vom Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, daß die Lohnsteuerreferenten der Länder auf ihrer Sitzung vom 17. Mai 1979 folgende Änderung der Lohnsteuerrichtlinien beschlossen haben:

1. Ein Lkw-Fahrer, der abends nach Hause zurückkehrt, erhält einen Satz von DM 8,- als steuerfreien Mehrverpflegungsaufwand.
2. Lkw-Fahrer, die abends nicht nach Hause zurückkehren, erhalten die vollen Mehrverpflegungs- bzw. Reisekostenpauschalen von DM 29,- bis DM 39,-, je nach Arbeitslohn.

Falls die Änderung der Lohnsteuerrichtlinien in diesem Sinne erfolgt, ist ein Teilerfolg erreicht, ungeklärt ist allerdings nach wie vor die Frage der *Rückwirkung* weil in einzelnen Finanzamtsbezirken die Sache bereits seit 1977 aufgegriffen wurde. Außerdem bleibt weiterhin eine gewisse Rechtsunsicherheit, weil die Lohnsteuerrichtlinien bekanntlich nicht die Gerichte binden.

Die Regelung ist noch auf Ministerebene genehmigungsbedürftig. Sie wird demnächst mit den Verbänden der Wirtschaft beraten.

Über den Fortgang der Sache werden wir Sie in unserer Verbandszeitung bzw. unseren Kurzinformationen informieren. Wir sind weiterhin bemüht, eine tragbare gesetzliche Regelung herbeizuführen.

Der Bundesminister der Finanzen hat zur steuerlichen Behandlung des Verpflegungsmehraufwandes bei Berufskraftfahrern soeben einen weiteren Erlaß unter dem AZ: IV B 6 – S 2353 – 47/49II unter dem Datum vom 29. Juni 1979 veröffentlicht. Hier-nach gilt folgendes:

1. Wenn Fahrten eines Berufskraftfahrers nicht nach Abschnitt 25 Abs. 2 LStR i.V.m. dem Urteil des BFH vom 24. November 1978 (BStBl 1979 II S. 148) als Dienstreisen angesehen werden können und der Arbeitnehmer täglich zu seiner Wohnung zurückkehrt, bestehen keine Bedenken, die durch die Fahrten veranlaßten Verpflegungsmehraufwendungen auf täglich 8,- DM zu schätzen. Voraussetzung ist, daß der Arbeitnehmer aus ausschließlich beruflichen Gründen mehr als 6 Stunden täglich unterwegs ist. Der Betrag erhöht sich auf täglich 16,- DM, wenn der Arbeitnehmer aus ausschließlich beruflichen Gründen mehr als 12 Stunden täglich unterwegs ist.

Soweit nach bisheriger Übung von den Finanzämtern in Fällen der vom BFH entschiedenen Art bei Berufskraftfahrern eine regelmäßige Arbeitsstätte am Betriebssitz anerkannt worden ist und der Arbeitgeber höhere Beträge als Auslösungen steuerfrei gezahlt hat, sind bis zum 30. Juni 1979 keine nachteiligen Folgerungen aus dem BFH-Urteil zu ziehen.

2. Kehrt der Berufskraftfahrer von seinen Fahrten nicht täglich zur Wohnung zurück, so gilt der Betrieb, Zweigbetrieb usw. als regelmäßige Arbeitsstätte, so daß es sich insoweit um eine Dienstreise handelt. Reisekosten sind nach Maßgabe des Abschnitts 25 LStR zu berücksichtigen.

Änderung des Kraftfahrzeug-Steuergesetzes

Der Bundestag hat Ende letzten Jahres die seit 5 Jahren hart umkämpfte Änderung des Kraftfahrzeug-Steuer-gesetzes verabschiedet. Ab 1. Juni 1979 gilt das Gesetz in seiner neuen Fassung, weshalb hier auf folgende Änderungen besonders hingewiesen wird:

1. Anhänger-Befreiung

Von der Kraftfahrzeugsteuer werden alle Anhänger – außer Wohnwagenanhänger – befreit, für die der Fahrzeughalter einen Antrag stellt. Wird kein Antrag gestellt, tritt **keine** automatische Befreiung ein. Der Antrag kann auch für einen Teil des Fahrzeugparks eines Betriebes gestellt werden; es gilt also nicht das Motto „alles oder nichts“. Die befreiten Anhänger dürfen nur von Kraftfahrzeugen gezogen werden, für die ein „Anhänger-Zuschlag“ gezahlt worden ist oder die von der Kraftfahrzeugsteuer befreit worden sind, weil sie ausschließlich zur Zustellung oder Abholung im Huckle-packverkehr verwendet werden. Das bedeutet, daß die nach diesem Verfahren steuerbefreiten Anhänger **nicht** gezogen werden dürfen von allgemein eingesetzten Fahrzeugen, für die kein Zuschlag bezahlt worden ist, oder in Berlin zugelassene, ohne Zuschlag versteuerte Motorfahrzeuge oder im Ausland zugelassene Zugfahrzeuge.

Der Zuschlag muß das höchstzulässige Gesamtgewicht des schwersten mit dem entsprechenden Zugfahrzeug zu

ziehenden Anhängers abdecken. Er ist in 5 Stufen gestaf-felt und beträgt jährlich bei einem höchstzulässigen Ge-samtgewicht des schwersten Kraftfahrzeuganhängers von

nicht mehr als 10 to	DM 1.402,50
zwischen 10 und 12 to	DM 1.827,50
zwischen 12 und 14 to	DM 2.342,50
zwischen 14 und 16 to	DM 3.407,50
über 16 to	DM 5.957,50

Der Vorteil, von der neu geschaffenen Anhänger-Befreiung Gebrauch machen zu können, liegt auf der Hand. Sollen beispielsweise von einem Zugfahrzeug drei verschie-dene, von der Kraftfahrzeugsteuer befreite Anhänger mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 14, 15,5 und 16 to befördert werden, so beträgt der Zuschlag einmal gemäß obiger Staffelung DM 3.407,50. Ohne die Möglichkeit der Anhängerbefreiung müßte jeder der im Beispiel genann-ten drei Anhänger versteuert werden, was eine Steuer-schuld in Höhe von DM 8.909,50 ergäbe. Die Ersparnis be-trägt also DM 5.502,-.

Bei Sattelanhängern ist das verkehrsrechtlich zulässige Gesamtgewicht um die Sattellast zu vermindern.

Der Antrag ist formlos zu stellen; es genügt ein Schreiben des Inhaltes, das hiermit die Steuerbefreiung für den An-hänger mit dem Kennzeichen ab gemäß § 10 des Kraftfahrzeug-Steuer-gesetzes in der Fassung vom 1.2.1979 beantragt wird.

Dabei ist darauf zu achten, daß der Antrag begründet wird. An die Begründung werden keine hohen Anforderun-gen gestellt, es genügt z.B. der lapidare Satz „weil es für meinen Betrieb zweckmäßig ist“. Der Antrag ist bei der je-weiligen zuständigen Straßenverkehrsbehörde/Zulassungs-stelle in **doppelter Ausfertigung** zu stellen. Die Zulassungs-stelle teilt darauf hin ein grünes Nummernschild zu und übermittelt den Befreiungsantrag direkt und automatisch dem Finanzamt.

Sollte ein Lastzug mit einem steuerbefreiten Anhänger während der Fahrt ausfallen (Unfall oder Panne) und der Anhänger von einem anderen Zugfahrzeug abgeholt werden müssen, so muß auch für dieses Zugfahrzeug der entspre-chende Zuschlag nachgewiesen werden können.

Wurde für das Erstfahrzeug kein oder ein zu geringer Zu-schlag entrichtet, so liegt grundsätzlich ein Verstoß gegen das Gesetz vor. In diesen Fällen verbleibt nur ein Antrag auf Aussetzung von Verfolgungsmaßnahmen aus Billig-keitsgründen; allerdings dürfte die Erfolgsaussicht gering sein, sobald der Verdacht des Mißbrauches aufkommen könnte.

2. Tageweise Erstattung

Im Gegensatz zum bisherigen Zustand wird künftig die Kraftfahrzeugsteuer bei der Abmeldung eines Fahrzeuges tageweise erstattet, soweit sie über den Tag der Abmeldung hinaus bezahlt worden ist. Die Erstattung erfolgt automa-tisch nach der Abmeldung; die Zulassungsstelle, bei der die Abmeldung zu beantragen ist, leitet die notwendigen In-formationen direkt an das zuständige Finanzamt weiter. Die Kraftfahrzeugsteuer ist allerdings mindestens für einen Monat zu zahlen.

3. Wann ist die Kfz-Steuer zu zahlen?

Die Kraftfahrzeugsteuer ist künftig grundsätzlich **jährlich** zu zahlen. Beträgt die Jahressteuer jedoch mehr als 1.000,- DM, so kann auch halbjährlich bezahlt werden; bei einer Jahressteuer von über 2.000,- DM ist vierteljährliche Zah-lung zugelassen. Bei halbjährlicher Steuerzahlung sind 3%, bei vierteljährlicher Zahlung 6% Zuschlag zu zahlen.

Steuerfreiheit von Entlassungsabfindungen

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat in einer Grundsatzentscheidung zur Frage der steuerlichen Behandlung von Entlassungsabfindungen Stellung genommen, wodurch die bislang bestehende Rechtslage geändert wird:

Mit Urteil vom 13. 10. 1978 (VI R 91/77) BStBl 1979 II, S. 155 ff., hatte der BFH über einen Fall zu entscheiden, in dem einem Arbeitnehmer Ende März zunächst fristgemäß zum 30. 9. gekündigt, danach das Arbeitsverhältnis jedoch vorzeitig einvernehmlich bei Zahlung einer einmaligen Abfindung zum 30. April aufgelöst worden war.

Nach bisheriger Rechtslage waren bei einem solchen Sachverhalt – Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf einen Zeitpunkt vor Ablauf der für den Arbeitnehmer geltenden kürzeren Kündigungsfrist – diejenigen Bezüge nicht als Abfindung steuerfrei, die bis zum Ablauf der Kündigungsfrist gezahlt werden. Nunmehr hat der BFH Abfindungen wegen einer vom Arbeitgeber veranlaßten vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses nach § 3 Nr. 9 Einkommenssteuergesetz (EStG) 1975 in der Regel auch insoweit als steuerfrei angesehen, als mit den Abfindungen entgangene Verdienstmöglichkeiten für die Zeit bis zum Ende der Kündigungsfrist abgegolten werden.

Zwar hält der BFH grundsätzlich an seiner Auffassung fest, daß keine begünstigten Abfindungen, sondern nicht begünstigte Gehaltszahlungen in der Regel anzunehmen sind, wenn ein Arbeitnehmer den Betrag erhält, der seinem laufenden Gehalt oder seinen sonstigen Ansprüchen aus dem Dienstverhältnis bis zur Beendigung desselben entspricht, auch wenn dieser Betrag als Abfindung bezeichnet wird.

Der BFH begründet die Steuerfreiheit im vorliegenden Fall damit, daß durch § 3 Nr. 9 Einkommenssteuergesetz 1975 ein neuer Abfindungsbegriff eingeführt worden sei. Der Gesetzgeber habe alle Abfindungen bis zu gewissen Höchstbeträgen wegen einer vom Arbeitgeber veranlaßten oder gerichtlich ausgesprochenen Auflösung des Arbeitsverhältnisses generell – ohne Bezugnahme auf arbeitsrechtliche Vorschriften – von der Lohnsteuer befreit. Es treffe zu, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer damit in gewissem Maße selbst bestimmen können, in welchem Umfang sie steuerfreie Abfindungen an die Stelle von steuerpflichtigen Lohn- und Gehaltsansprüchen treten lassen wollen.

Dieser neuen Rechtsprechung werden die Finanzbehörden folgen. Soweit die Verwaltungsregelungen in Abschnitt 4 Abs. 2 der Lohnsteuerrichtlinien mit dem vorliegenden Urteil nicht übereinstimmen, werden sie von den Finanzbehörden nicht mehr angewendet.

Bildungszentrum besteht 25 Jahre

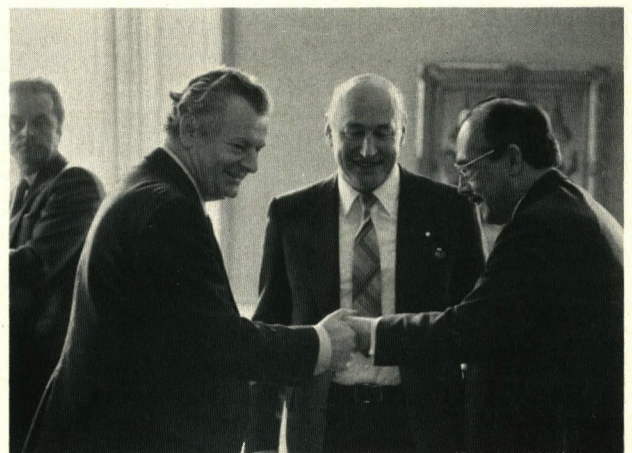
Zur Feier des 25jährigen Bestehens des Bildungszentrums des Bayerischen Handels konnte sein Vorsitzender, **Erwin Otto Maier**, am 7. Mai 1979 in der Akademie der Schönen Künste in München eine stattliche Anzahl von Gästen begrüßen. Vor 25 Jahren, meinte er, habe man im Handel noch weniger Probleme mit Personalqualifikation und -bildung gehabt. Man könne sich deshalb glücklich schätzen, daß Persönlichkeiten wie Herr Dr. Egerer und Herr Dr. Dütsch die Weitsicht gehabt hätten, die Gründung einer gemeinsamen Bildungseinrichtung der drei Landesverbände des bayerischen Einzelhandels, Groß- und Außenhandels, Handelsvertreter und Handelsmakler zu betreiben – heute wisse jeder, wie wichtig solche Einrichtungen seien.

Man solle aber nicht in der Vergangenheit verharren, denn die Zukunft bringe weitere, vielfältige Aufgaben. Das Bildungszentrum sei gefordert als Einrichtung, die die Probleme der Betriebe kennen, erfassen und analysieren müsse, um daraus Beratungen und Bildungsangebote werden zu lassen, die sich nicht nur in Standardlösungen erschöpfen dürften, sondern auch „Maßschneiderei“ auf bestimmte Situationen hin sein müsse. Man müsse noch mehr Hilfen für Betriebe erbringen, die durch die Ausbildungsordnungen überfordert seien und schließlich wachse der Fortbildung immer größere Bedeutung zu.

Herr Staatsminister **Anton Jaumann** zeigte in seiner Ansprache auf, wie geradezu revolutionär sich der Handel während der 25 Jahre des Bestehens des Bildungszentrums entwickelt habe – allerdings sei diese Entwicklung in der Öffentlichkeit weithin unbeachtet geblieben. Spätestens seit dem Wandel vom Verkäufermarkt zum Käufermarkt werde aber klar, wie sehr dynamisch sich der Handelskaufmann am Markt verhalten müsse. Dabei komme es auf die persönliche Leistung eines jeden im Handel Tätigen an – sie

sei der wichtigste Wettbewerbsfaktor im Dienstleistungssektor Handel. Hierauf müsse auch die Mittelstandspolitik abzielen, wenn sie Wettbewerbsnachteile der Klein- und Mittelbetriebe abbauen wolle. Das Bildungszentrum des Bayerischen Handels, dessen Arbeit aus Gewerbeförderungsmitteln seines Hauses gefördert werde, habe sich als Instrument dieser Politik der Hilfe zur Selbsthilfe bewährt. Es gelte als vorbildlich und sei zudem die einzige Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik, die eine Kooperation aller drei Handelsebenen darstelle.

(Fortsetzung S. 19)



Staatsminister Anton Jaumann (l.) begrüßt den Vorsitzenden unseres Berufsbildungsausschusses, Joachim-Hans Kuster (r.). In der Bildmitte: E. O. Maier



NACHLESE

VERBANDSTAG 1979

Rechenschaftsbericht

Konsul Senator Walter Braun

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den abgelaufenen 2 Jahren haben wir die Aktivitäten unseres Verbandes zur Wahrung der Interessen des bayerischen Groß- und Außenhandels erneut und in erheblichem Maße gesteigert. Im Mittelpunkt dieses Rechenschaftsberichtes des Präsidenten sollen deshalb die Schwerpunkte unserer Verbandsarbeit und Betrachtungen „nach innen“ stehen.

Vorweg erlauben Sie mir bitte einen allgemeinen Appell, von dem ich allerdings befürchte, daß er sich mehr an diejenigen richtet, die heute nicht anwesend sind. Sie wissen, daß ich in einem persönlichen Schreiben an alle Mitgliedsfirmen noch einmal aufgefordert habe, diesen Verbandstag zahlreich zu besuchen, um der Öffentlichkeit die Geschlossenheit, die Stärke und die Bedeutung des bayerischen Groß- und Außenhandels vor Augen zu führen. Ich werte dieses Vorkommnis als ein Symptom für die Einstellung einer überwiegenden Zahl unserer Kolleginnen und Kollegen, die immer davon ausgehen, daß andere sich bereitfinden werden, ihre ureigensten Anliegen zu regeln. Ich habe für diese Einstellung überhaupt kein Verständnis, denn unsere berufsständische Gemeinschaft kann auf die Dauer nicht nur von den Aktivitäten einzelner getragen werden und braucht ganz einfach die Ideen und die Bereitschaft aller. Offensichtlich gibt es noch eine viel zu große Anzahl von Unternehmern, die noch nicht einsehen wollen, daß es inzwischen um Sein oder Nichtsein geht. Ich rufe Sie deshalb alle mit größter Eindringlichkeit dazu auf, nehmen Sie die Ziele und Erfolge unserer Arbeit nicht nur zur Kenntnis, tragen Sie die berechtigten Forderungen, die Sorgen und die vielen Beweise der Leistungsbereitschaft der selbständigen Unternehmer des Mittelstandes in die Öffentlichkeit, indem Sie selbst Kontakte finden oder aber in den Gremien des Verbandes mitarbeiten.

Die Gremien des Verbandes, die heute auch erneut zur Wahl stehen, sind derzeit in ehrenamtlicher Besetzung folgende:

- Vorstand und Präsidium
- Arbeitgeber- und Tarifausschuß
- Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit
- Steuerausschuß
- Ausschuß für Berufsbildung
- Ausschuß für Betriebswirtschaft und Verkehr.

Dazu kommen noch die beiden *Rechnungsprüfer*.

Um Ihnen einmal ein Bild über die Frequenz der Arbeiten in diesen Gremien zu geben, habe ich mir die Zahlen über die abgehaltenen Sitzungen zusammenstellen lassen. Danach tagten unsere Ausschüsse

in den vergangenen beiden Jahren insgesamt 22 mal und Vorstand mit Präsidium insgesamt 8 mal. Diesen Zahlen sind die Tarifverhandlungen mit unseren Gewerkschaften, die Besprechungen auf Ministerebene, die Teilnahme an Hearings und die Mitwirkung in den anderen Ebenen unserer Arbeitgeberorganisation *nicht* eingerechnet. So hat beispielsweise die Vereinigung der Arbeitgeberverbände weitere 24 mal und der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels zusätzliche 34 mal unter unserer Mitwirkung in den verschiedensten Gremien getagt. Die ebenfalls unter unserer Beteiligung und Mitarbeit durchgeführten Sitzungen des Bürgerschaftsausschusses und des Garantiausschusses erreichten die Zahl von 20 Zusammenkünften. Hinzu kommen 30 Sitzungen unserer Fachzweige, an denen Sie ja selbst weitgehend beteiligt waren.

Im Vordergrund unserer Aufgaben stand erneut die Arbeits-, Tarif- und Sozialpolitik. Ab 1977 gelten die neuen Tätigkeitsmerkmale mit einer Erweiterung der Gehaltsgruppen von V auf VI. Gleichzeitig wurde als neuartiges Rechenschema ein Gehaltsgitter entwickelt, das uns endlich davon wegbringen soll, mit den Gewerkschaften jeweils über einzelne Gehälter in ungleicher Gewichtung verhandeln zu müssen. Im Rahmen dieses Gehaltsgitters erleben wir 1979 eine letztmalige Anpassung, wonach künftig nur noch lineare Eckwert-Erhöhungen stattfinden werden.

1978 wurden erstmals tariflich festgelegte, vermögenswirksame Leistungen im bayerischen Groß- und Außenhandel gewährt. Nach dem diesjährigen Tarifabschluß werden diese Leistungen in drei Jahresstufen bis 1981 den Höchstbetrag von DM 52,- erreichen. Wir sind damit sowohl von der Wirtschaftsstufe her als auch regional im Vergleich mit anderen Landesverbänden bei den letzten, die sich diese Zahlungen abringen ließen.

Der sich ausweitende Umfang der tariflichen Sonderleistungen hat uns auch veranlaßt, die Allgemeinverbindlichkeit unserer Tarifverträge zu beantragen, damit Wettbewerbsverzerrungen soweit als möglich vermieden werden. Im vergangenen Jahr war unser Entgelttarif allgemeinverbindlich und in diesem Jahr werden wir zusätzlich den Manteltarif, der bis 1981 läuft, einbeziehen. Auch im Bereich des Arbeitsrechts kann ich Ihnen einige Zahlen nennen:

In unserer Hauptgeschäftsstelle München und unserer Geschäftsstelle Nürnberg wurden in den vergangenen beiden Jahren insgesamt etwa 700 Termine vor Arbeitsgerichten wahrgenommen. In der laufenden Bearbeitung befanden sich jeweils rund 360 Fälle. Aus diesem Fundus, der fortlaufend erweiterten und vertieften Erfahrungen unserer Verbandsjuristen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts schöpfen wir eine Fülle von Ansatzpunkten für unsere Arbeit und für die Ableitung von Maßnahmen im Interesse

unserer Firmen. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang ganz besonders auf die zur Verfügung stehenden Musterverträge und auf die Möglichkeit hinweisen, jederzeit kurzfristig fachkundigen Rat und Auskünfte in den Geschäftsstellen zu erhalten.

Auf den weiteren Rechtsgebieten der Steuer und des Wettbewerbs vollzogen sich keine spektakulären Ereignisse, aber es gab doch einige herausragende Aktivitäten, die ich hier erwähnen möchte.

In einem Katalog investitionshemmender Maßnahmen, der vom Wirtschaftsministerium im Kontakt mit den Vertretern der einzelnen berufsständischen Gruppen zusammengetragen wurde, haben wir 48 detaillierte Vorschläge und Erläuterungen niedergelegt. Diese Empfehlungen befassen sich schwergewichtlich mit steuerrechtlichen, aber auch mit arbeitsrechtlichen Vorschriften und bürokratischen Hemmnissen der freien Unternehmerentscheidung. Beispielhaft war unsere im Steuerausschuß erarbeitete Stellungnahme zu einer Anfrage des Bundesverfassungsgerichts zum Problem der Aufrechterhaltung des Nominalwertprinzips, die von den Spitzenverbänden des Handels auf Bundesebene nahezu unverändert übernommen wurde und auf die das Bundesverfassungsgericht in seiner für uns positiven Entscheidung Anfang dieses Jahres mehrfach Bezug nahm.

Außerordentlich aufwendig gestaltete sich unsere Beteiligung an den Beratungen der Kammern und Verbände im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr über Wettbewerbsregeln des Handels. Die Tatsache, daß das Vorhaben scheiterte, darf aus unserer Sicht nicht nur negativ gesehen werden. Angesichts einer, wie zum Schluß angestrebt, die Unternehmerentscheidung einengenden Lösung ist keine Lösung letztlich besser. Positiv für uns war auch, daß wir die Standpunkte des bayerischen Groß- und Außenhandels zu Grundfragen des Wettbewerbsrechts in diesem Kreis nachhaltig verdeutlichen konnten.

Eine weitere tragende Säule unserer Verbandsarbeit, die Berufsbildung, gab uns die Möglichkeit, eine Reihe von Aktivitäten zu entwickeln und Vorhaben in die Tat umzusetzen:

Erschienen ist neu der Informationsprospekt für zukünftig Auszubildende im Groß- und Außenhandel. Diese ausführliche Unterlage, die von unserem Ausschuß für Berufsbildung erarbeitet wurde, fand im ganzen Bundesgebiet große Beachtung. Einige Landesverbände erklärten sich spontan bereit, die Unterlage von uns zu übernehmen. Die Verteilung erfolgt über Arbeitsämter an solche Jugendliche (Haupt- und Realschulabgänger), die als Nachwuchskräfte für den Groß- und Außenhandel in Frage kommen, in gezielter Form.

Aus diesem umfangreichen Informationsblatt entwickelte sich ein Kurzprospekt für die allgemeine Verteilung und Streuung vorwiegend für Wanderausstellungen. Diese Wanderausstellungen wurden in den vergangenen beiden Jahren gründlich im Hinblick auf unsere Beteiligung vorbereitet und werden in diesem Jahr beginnen. Ziel der Ausstellungen ist die Berufsorientierung für Jugendliche etwa der 7. Klasse. Hervorzuheben ist, daß die Besuche im Klassenverbund gemeinsam mit den Lehrern erfolgen und im Unterricht vor- und nachbereitet werden. Wir sind auf der Ausstellung mit einem Gemeinschaftsstand gemeinsam mit dem Einzelhandel vertreten. Träger der ganzen Veranstaltung ist das Landesarbeitsamt.

Das Berufsgrundschuljahr war in den abgelaufenen Monaten eines unserer konstantesten Probleme. Zusammen mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern haben wir in zahllosen Diskussionen über Zielsetzungen, Möglichkeiten und Unternehmervorstellungen debattiert. Wir wollen einen Weg finden, der genügend Raum für die Betriebe läßt, um fachpraktisch auszubilden. Unter diesen Voraussetzungen sind wir offen sowohl für die schulische als auch für die kooperative Lösung des Problems. Am liebsten wäre uns allerdings der betriebsbezogene Phasenunterricht.

Nach wie vor steht die Ausbildung zum Handelsfachwirt im Vordergrund der Ausbildungsbemühungen unseres Bildungszentrums. Unter unserer Mitarbeit im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels wurde neu eine 3jährige Ausbildungsordnung für den „Lagerist“ entwickelt. Hinzuweisen ist vielleicht auch noch auf die Verabschiedung der neuen Ausbildungsordnung zum Kaufmann im Groß- und Außenhandel und der Rahmenlehrpläne, die eine Abstimmung der betrieblichen und schulischen Lerninhalte brachten und die wir ebenfalls maßgeblich mitgestaltet haben.

Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit sind wir erneut rege und ideenreich in Aktion getreten. Herausragende Ereignisse, die eine breite Öffentlichkeit einbezogen, waren

am 18.10.1977 die Verleihung des Rudolf-Egerer-Preises an Herrn Hans-Heydan von Frankenberg, am 28.2.1978 unsere Pressekonferenz bei der Firma Richter u. Frenzel in Nürnberg, am 1.6.1978 die Pressekonferenz „Abiturienten im Handel“, am 26.6.1978 das Mittelstands-Hearing im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, am 5.10.1978 unsere öffentliche Veranstaltung in Bayreuth.

Wir haben erneut umfangreiches Informationsmaterial erarbeitet und die Reihe unserer Flugblätter zur Verteilung an die Mitarbeiter fortgesetzt. Wir sind dabei einen neuen Weg gegangen und haben neben den sozialpolitischen Themenstellungen auch innerbetriebliche, organisatorische Probleme aufgegriffen. So befaßte sich unser letztes Flugblatt beispielsweise mit den Telefonkosten, einem Thema, das den meisten von uns doch erhebliches Kopferbrechen bereitet.

Auf unsere Initiative und unter unserer Führung wurde ein Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene durch unseren BGA gegründet, der allerdings gegenwärtig noch im Anfangsstadium seiner Arbeiten steht.

Mit einem kurzen Hinweis habe ich vorhin schon unsere betriebswirtschaftliche Arbeit und damit den Ausschuß für Betriebswirtschaft und Verkehr erwähnt. In diesem Gremium sind die Strukturhebungen zur Arbeitsmarktsituation, die wir zweimal durchführten und unsere laufenden Auswertungen im Testkreis des LGA vorbereitet sowie betriebswirtschaftlich betreut worden. Mit den Ergebnissen aus all diesen Umfragen konnten wir sowohl in unseren Erklärungen in der Öffentlichkeit als auch hinsichtlich der Dringlichkeit verbandlicher Maßnahmen wertvolle Erkenntnisse ableiten.

Für eine größere und sehr bedeutsame Untersuchung waren wir gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr Auftraggeber für das Ifo-Institut. Es handelt sich um eine Untersuchung über die Bedeutung des Produktions-Verbindungshandels für die Leistungsqualität des produzierenden Gewerbes in den Fördergebieten. Dabei geht es ganz konkret um den Nachweis der ausschlaggebenden Funktion des Großhandels für das Gewerbe und damit verbunden um die Herleitung eines Primäreffektes auch für unsere Wirtschaftsstufe. Die Untersuchung ist abgeschlossen, die Ergebnismünderschrift dürfte etwa Ende dieses Monats vorliegen und wird Ihnen über unsere Verbandsnachrichten ausführlich zur Kenntnis gelangen.

Im Bereich des Außenhandels beziehen sich unsere Initiativen in stärkerem Maße auf die Wahrung der Interessen unserer bayerischen Außenhändler im Rahmen der Arbeit unseres Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Lassen Sie mich aus diesem Arbeitsgebiet aber auch zwei besondere Ergebnisse herausgreifen und erläutern:

Soeben ist das Leistungs- und Mitgliederverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Exporteurevereine erschienen, der wir als Mitglied angehören. Diese Broschüre enthält neben einer Darstellung der Funktionen des modernen Exporthandels ein Verzeichnis von insgesamt 400 Mitgliedern und einen

zugehörigen Produktionsindex. Die Ausarbeitung ist in 20.000 Exemplaren gedruckt worden und wird in den nächsten Wochen an sämtliche Außenhandelskammern, an die Industrie- und Handelskammern, an die Ministerien und alle mit dem Außenhandel befaßten Institutionen abgegeben. Auch anfragende Unternehmen aus dem Ausland erhalten von uns das Verzeichnis. Eine große Anzahl von Firmen unseres Verbandes haben sich an der Broschüre beteiligt, und wir sind sicher, daß dies zum Vorteil der einzelnen Firmen sein wird.

Eine entscheidende Funktion haben wir auch im Messebeirat des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Neben dem Handwerk, der Industrie und den Industrie- und Handelskammern sind wir die 4. Institution, die sich im laufenden Turnus mit Vertretern des Ministeriums trifft, um über die Vergabe von öffentlichen Mitteln zur Messebeteiligung in Form von Gemeinschaftsständen zu beraten. Es ist dies ein Bereich, der für viele unserer Kolleginnen und Kollegen noch Neuland ist und wo wir die Absicht haben, vom Verband aus als Mitträger, Berater und Organisatoren von Messebeteiligungen aufzutreten. Die bisherigen Erfahrungen aus der Praxis zeigen, daß diese Form der Betreuung für unsere Mitgliedsfirmen große Möglichkeiten zur Entfaltung im Außenhandel bieten kann.

Auf die Mitwirkung unseres Verbandes in den verschiedensten Gremien will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Schon am Anfang meiner Ausführungen habe ich unsere Arbeit in den Gremien der Kreditgarantiegemeinschaft des Bayerischen Handels und der Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Bayerischen Wirtschaft erwähnt. Es ist für uns eine selbstverständliche Aufgabe, dort, wo es möglich ist, auch die finanzielle Hilfe des Staates gerade unseren Mitgliedsfirmen zugänglich zu machen.

Die Finanzen des Verbandes, die auch nicht ohne Bedeutung sind, wird im Anschluß an meinen Bericht der Vertreter des Schatzmeisters erläutern, so daß mir nun eigentlich nichts anderes mehr bleibt, als Ihnen dafür zu danken, daß Sie Ihrem Landesverband die Treue gehalten haben und, wie Ihre Beteiligung am heutigen Tage beweist, auch den notwendigen Rückhalt zu gewähren bereit sind. In diesen Dank einschließen möchte ich aber ganz besonders die Vorsitzenden unserer Ausschüsse, die Herren Schmidt, Augsburg, Schiessl, Regensburg, Kuster, Augsburg, Dr. Wolfrum, München sowie unsere tüchtige Geschäftsführung, die alle gemeinsam im Dienste des bayerischen Groß- und Außenhandels ihr bestes gegeben haben. Ich freue mich über die erzielten Erfolge und hoffe, daß wir nach Ablauf von weiteren 2 Jahren erneut eine so stolze Bilanz ziehen können.



*Präsident
Konsul Senator Walter Braun:*

Groß- und Außenhandel: Sorge vor neuem Inflationsschub

„Die Wirklichkeit ist dabei, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu überrollen“, lautete das Fazit der Ausführungen unseres Präsidenten, Konsul Senator *Walter Braun*, auf unserem Verbandstag in der Nürnberger Meistersingerhalle.

Braun setzte sich in seinem Vortrag ausführlich mit den Existenzbedingungen des freien Unternehmertums zwischen Idee und Wirklichkeit auseinander.

Insbesondere in den Bereichen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts, des Steuer- und Wettbewerbsrechts, der Berufsbildung und dem Außenhandel, werde das Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit offenkundig. Zwar vollziehe sich die Gefährdung der sozialen Marktwirtschaft nicht spektakulär, sondern in einem schrittweisen Abgleiten in staatliche Reglementierungen. Die Erfahrung zeige, daß die Spielräume der Unternehmerfreiheit durch faktische und rechtliche Strukturen zunehmend eingengt werden. Im gleichen Maße, wie der Glaube an die Machbarkeit aller konjunkturellen Entwicklungen zugenommen habe, sei auch die Erwartungsmentalität der Bürger in den Staat gewachsen und habe gleichzeitig den Willen zur Eigenverantwortlichkeit geschwächt.

Unterstützt würden diese Tendenzen noch durch einen rigorosen Verteilungskampf, ja geradezu einem „Verteilungsirrwitz“, wie Braun es nannte. Die Hebel zum Bedienen der Umverteilungsmaschinerie lägen hauptsächlich in der Lohn-, der Steuer- und Sozialpolitik sowie dem Arbeitsrecht.

Die deutsche Wirtschaft habe inzwischen einen Lohnkostensockel erreicht, dessen weiteres Aufstocken Strangulierungsaktionen gleichkomme. Im Groß- und Außenhandel läge der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten inzwischen bei 60–65 %, da der Groß- und Außenhandel außerordentlich dienstleistungsintensiv arbeiten müsse.

Zum Bereich der Sozialpolitik, meinte Braun, eine Verkürzung der Arbeitszeit schaffe weder neue Arbeitsplätze noch sei die 40-Stundenwoche inhuman.

Zum geforderten Verbot der Aussperrung sagte Braun: „Stünde dem Druckmittel des Streiks nicht die Möglichkeit der Aussperrung gegenüber, so käme dies einem einseitigen Lohndiktat der Gewerkschaften gleich. Dies gelte um so mehr, als die Gewerkschaften zunehmend zur Taktik des Schwerpunktstreiks übergehen, d.h. einzelne Unternehmen würden empfindlich getroffen, andererseits aber würden die Gewerkschaftskassen geschont. Gerade aber die kleinen und mittelständischen Unternehmen, wie sie typisch für den Groß- und Außenhandel seien, könnten mit Sicherheit die aus den Streiks resultierenden Verluste nicht auffangen.“

Arbeitslosigkeit lasse sich nicht anders als über dynamisches Wirtschaftswachstum abbauen.

Das Fürchten lehren könne einen geradezu das neue „Aktionsprogramm“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Derartig massive und massiert vorgetragene Forderungen legten sich wie ein Schraubstock um die unternehmerische Freiheit. Bedenken müsse man außerdem, daß heute bereits 49 % der gesamten Sozialaufwendungen von den Unternehmen getragen würden.

Zur Vernichtung des selbständigen Unternehmers müsse, so Braun, die unter maßgeblicher Beteiligung des DGB durch Sozialisten und Kommunisten im Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments vorgelegten Empfehlung zur Mitbestimmung führen. Danach sollte allen Betrieben mit mindestens 250 Beschäftigten oder aber einem Jahresumsatz von 1,5 Millionen Europäischer Rechnungseinheiten (das entspricht rund 4 Millionen DM) ein Aufsichtsrat und ein Arbeitsdirektor, ähnlich wie bei der Montan-Mitbestimmung, per Gesetz aufgezwungen werden. Die Tatsache, daß bei der genannten Größenordnung im Großhandel Betriebe mit 15 – 25 Beschäftigten paritätisch besetzte Gremien in der Art von Aufsichtsräten bestellen müßten, beantworte die Frage nach dem wirklichen Ziel solcher sozialverbrämter Strategien von selbst.

Die Teuerungswelle erreicht den Großhandel

N. Nürnberg (Eigener Bericht) — Trotz der Verbesserung des konjunkturellen Klimas in den letzten Monaten sehen die bayerischen Unternehmen des Groß- und Außenhandels die Geschäftsentwicklung bis Ende 1979 nur mit verhaltenem Optimismus. Beim diesjährigen Verbandstag sagte der Präsident des Landesverbandes Bayern, Senator Walter Braun in Nürnberg, insgesamt habe der Großhandel in der Bundesrepublik in den ersten 4 Monaten 180 Mrd. DM umgesetzt. Das sei eine Steigerung von 6% nom. und 2% real. In Bayern wurden von 16 000 Betrieben mit 180 000 Mitarbeitern 63 Mrd. DM erzielt. Auf Grund seiner Drehscheibenfunktion spüre der Großhandel Preissteigerungen sehr früh. Die Teuerungswelle liege derzeit bei 6,2%, dieser Wert sei seit 1976 nicht mehr erreicht worden. 1978 habe der Großhandel mit einer Preissenkung von 0,3% einen einmaligen Stabilitätsbeitrag geleistet.

Die Betriebe müßten jetzt eine Reihe schwerwiegender Probleme lösen. Die Eigenkapitalquote im Großhandel liege nicht einmal mehr bei 19%. Die Ertrags-, Eigenkapital- und Investitionsschwäche mittlerer und kleinerer Unternehmen sei das Ergebnis einer jahrelang überzogenen Steuerpolitik. Auch der richtige Ansatz der Körperschaftssteuerreform habe für den mittelständischen Großhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht.

Die vermögenssteuerliche Doppelbelastung bleibe das Haupthindernis für die Anwendung der GmbH als Rechtsform. Die schon 1977 geforderte durchgehende personenbezogene Besteuerung des Unternehmereinkommens sei noch immer nicht verwirklicht. Auch die Diskussion um die Jahres-Durchschnittsbesteuerung sei in den steckengeblieben, die verlustfreie Bewertung sei noch nicht möglich.

Braun kritisierte die immer komplizierter werdenden Steuererklärungsformulare. Der normale Körperschaftsteuer-Erklärungsbogen für eine 20 000-DM-Haftungs-GmbH sei mit seinem Umfang eine Zumutung.

Einstimmig in seinem Amt als Präsident bestätigte die Mitgliederversammlung Senator Braun. Er bekleidet dieses Amt seit fast 20 Jahren.

Eigenkapitalquote im Großhandel unter 19 Prozent
Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels tagte in Nürnberg (IBW) Nürnberg. Die bayerischen Unternehmen des Groß- und Außenhandels sehen der Geschäftsentwicklung des nächsten halben Jahres mit relativer Zuversicht entgegen, wobei der in den letzten Monaten gezeigte Optimismus allerdings schon wieder verhaltener ausfällt. Dies sagte der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, Konsul Senator Walter Braun, auf dem Verbandstag seiner Organisation für die kommende Zeit. Trotz der nicht ungünstigen Konjunktur-Startposition für die Probleme zu hätten die Betriebe jedoch mit einer Reihe schwerwiegender Probleme zu kämpfen. So liege die Eigenkapitalquote im Großhandel nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank inzwischen nicht einmal mehr bei 19%, eine Tatsache, die zweifellos einen erhöhten Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit darstelle.

Süddeutsche Zeitung 20. 6. 79

Großhandel

Geringe Eigenkapitalbasis bereitet zunehmende Sorgen

HANDELSBLATT, Mittwoch, 20. 6. 1979

GW. NURNBERG. Die bayerischen Unternehmen des Groß- und Außenhandels sehen mit relativer Zuversicht der Geschäftsentwicklung des nächsten halben Jahres entgegen, wobei allerdings in den letzten Monaten gezeigte Optimismus inzwischen schon wieder etwas verhaltener ausfällt. So sieht der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, Senator Walter Braun, auf dem Verbandstag seiner Organisation in Nürnberg die Situation seines Wirtschaftsbereichs.

Die konjunkturelle Startposition für die kommende Zeit sei zwar keineswegs ungünstig, doch hätten die Betriebe mit einer Reihe schwerwiegender Probleme zu kämpfen. So liege die Eigenkapitalquote im Großhandel inzwischen nicht einmal mehr bei 19%, was zweifellos einen erhöhten Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit darstelle.

Die Ertrags-, Eigenkapital- und Investitionsschwäche gerade mittlerer und kleinerer Unternehmen sei auch das Ergebnis einer jahrelang überzogenen Steuerpolitik, die sich als Vehikel der Umverteilungspolitik ge- und mißbrauchen lasse. Auch der richtige Ansatz der Körperschaftssteuerreform habe für den mittelständischen Großhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht. Die vermögenssteuerliche Doppelbelastung bleibe das Haupthindernis für die Anwendung der GmbH als Rechtsform. Die schon 1977 geforderte durchgehende personenbezogene Besteuerung des Unternehmereinkommens sei noch immer nicht verwirklicht. Auch die Diskussion um die Jahres-Durchschnittsbesteuerung sei in den steckengeblieben, die verlustfreie Bewertung sei noch nicht möglich.

Mit 1,1 Mill. Beschäftigten
110 000 Unternehmen
63 Mrd. DM Umsatz
2% real

Eigenkapital im Großhandel unter 19 Prozent

Verbandstag des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels in Nürnberg

Die bayerischen Unternehmen des Groß- und Außenhandels sehen der Geschäftsentwicklung des nächsten halben Jahres mit relativer Zuversicht entgegen, wobei der in den letzten Monaten gezeigte Optimismus allerdings schon wieder verhaltener ausfällt. Dies sagte der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, Konsul Senator Walter Braun, auf dem Verbandstag seiner Organisation in Nürnberg. Trotz der nicht ungünstigen Konjunktur-Startposition für die kommende Zeit seien die Betriebe mit einer Reihe schwerwiegender Probleme zu kämpfen. So liege die Eigenkapitalquote im Großhandel inzwischen nicht einmal mehr bei 19%, was zweifellos einen erhöhten Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit darstelle.

Geringe Eigenkapitalquote im Großhandel

„Ein erhöhter Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit“

gl. NURNBERG, 20. Juni. Die Eigenkapitalquote im Großhandel liegt nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank inzwischen nicht einmal mehr bei 19 Prozent. Diese Tatsache beinhaltet nach Meinung des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels einen „erhöhten Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit“. Nach Auffassung des Verbandspräsidenten Senator Braun ist die Existenzfähigkeit der Unternehmen des Groß- und Außenhandels ein zentraler Punkt der Diskussion. Die Ertrags-, Eigenkapital- und Investitionsschwäche mittlerer und kleinerer Unternehmen sei das Ergebnis einer jahrelang überzogenen Steuerpolitik, die sich als Vehikel der Umverteilungspolitik ge- und mißbrauchen lasse. Auch der richtige Ansatz der Körperschaftssteuerreform habe für den mittelständischen Großhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht. Die vermögenssteuerliche Doppelbelastung bleibe das Haupthindernis für die Anwendung der GmbH als Rechtsform. Die schon 1977 geforderte durchgehende personenbezogene Besteuerung des Unternehmereinkommens sei noch immer nicht verwirklicht. Auch die Diskussion um die Jahres-Durchschnittsbesteuerung sei in den steckengeblieben, die verlustfreie Bewertung sei noch nicht möglich. Es seien keine Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Existenzfähigkeit vorgenommen worden.

Aufgrund seiner „Drehscheibenfunktion“ spüre der Großhandel Preissteigerungen sehr früh. Die Teuerungswelle liege derzeit bei 6,2%, dieser Wert sei seit 1976 nicht mehr erreicht worden. 1978 habe der Großhandel mit einer Preissenkung von 0,3% einen einmaligen Stabilitätsbeitrag geleistet.

Die Ertrags-, Eigenkapital- und Investitionsschwäche gerade mittlerer und kleinerer Unternehmen sei auch das Ergebnis einer jahrelang überzogenen Steuerpolitik, die sich als Vehikel der Umverteilungspolitik ge- und mißbrauchen lasse. Auch der richtige Ansatz der Körperschaftssteuerreform habe für den mittelständischen Großhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht. Die vermögenssteuerliche Doppelbelastung bleibe das Haupthindernis für die Anwendung der GmbH als Rechtsform. Die schon 1977 geforderte durchgehende personenbezogene Besteuerung des Unternehmereinkommens sei noch immer nicht verwirklicht. Auch die Diskussion um die Jahres-Durchschnittsbesteuerung sei in den steckengeblieben, die verlustfreie Bewertung sei noch nicht möglich.

Aufgrund seiner „Drehscheibenfunktion“ spüre der Großhandel Preissteigerungen sehr früh, führte Präsident Braun aus. Die Teuerungswelle liege derzeit bei 6,2%, dieser Wert sei seit 1976 nicht mehr erreicht worden. Im vergangenen Jahr habe der Großhandel mit einer Preissenkung von 0,3 Prozent einen wohl einmaligen Stabilitätsbeitrag geleistet. Ein stabiles Preisniveau sei ein eigenständiges wirtschaftspolitisches Ziel von höchstem Rang, das die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung auf Dauer mitgarantieren könne.

Das neuerdings so gern angesprochene Steuersenkungsthema der Parteien sei nur ein Ausfluß des allgemeinen Unbehagens und eine kosmetische Operation, die lediglich einen Teil der durch die heimlichen Steuererhöhungen erreichten Überbesteuerung wieder ausgleichen solle, erklärte Helmut Hartmann, der Vizepräsident des Verbandes. Der einzelne Bürger habe schon wesentlich früher Unmutreaktionen gezeigt; diese seien sicher auch eine der Ursachen des sich immer weiter ausbreitenden Leistungsunwillens.

Steuerpolitik zwecks Umverteilung

Die Ertrags-, Eigenkapital- und Investitionsschwäche gerade mittlerer und kleinerer Unternehmen sei auch das Ergebnis einer jahrelang überzogenen Steuerpolitik, die sich als Vehikel der Umverteilungspolitik ge- und mißbrauchen lasse. Auch der richtige Ansatz der Körperschaftssteuerreform habe für den mittelständischen Großhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht. Die vermögenssteuerliche Doppelbelastung bleibe das Haupthindernis für die Anwendung der GmbH als Rechtsform. Die schon 1977 geforderte durchgehende personenbezogene Besteuerung des Unternehmereinkommens sei noch immer nicht verwirklicht. Auch die Diskussion um die Jahres-Durchschnittsbesteuerung sei in den steckengeblieben, die verlustfreie Bewertung sei noch nicht möglich.

„Ein erhöhter Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit“

„Ein erhöhter Unsicherheitsfaktor für die Existenzfähigkeit“

Bayer. Staatsz. 22. 6. 79

Blick durch die Wirtschaft 21. 6. 79

Freiheits-Spielraum über Entwicklung

Ident Walter Braun befürchtet ein „schrittweises Abgleiten in staatliche Reglementierungen“ — Die Preisentwicklung bereitet dem Großhandel Sorge

Der Groß- und Außenhandel, so betonte Braun, befinde sich in einer „Gefahr“, dass er durch die Preisentwicklung in die Hände der Staatlichen Reglementierungen übergeben werde.

Der Groß- und Außenhandel, so betonte Braun, befinde sich in einer „Gefahr“, dass er durch die Preisentwicklung in die Hände der Staatlichen Reglementierungen übergeben werde.

Hohe Teuerungsrate in Groß- und Außenhandel

Senator Walter Braun seit 20 Jahren Präsident

Der Handel in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren von einer hohen Teuerungsrate gekennzeichnet. Die Preise für Waren im Groß- und Außenhandel sind im Durchschnitt um 6,2 Prozent im Vorjahr gestiegen.

Senator Braun, der in seinem Amt seit 20 Jahren steht, erklärte, dass die Teuerungsrate im Groß- und Außenhandel im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen besonders hoch sei.

Die Teuerungsrate im Groß- und Außenhandel ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen besonders hoch. Dies ist auf die hohen Kosten für Rohstoffe und Energie zurückzuführen.

Senator Braun, der in seinem Amt seit 20 Jahren steht, erklärte, dass die Teuerungsrate im Groß- und Außenhandel im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen besonders hoch sei.

Die Teuerungsrate im Groß- und Außenhandel ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen besonders hoch. Dies ist auf die hohen Kosten für Rohstoffe und Energie zurückzuführen.

Walter Braun wieder Großhandelspräsident

(IBW) Nürnberg. Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels hat einstimmig in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Walter Braun bekleidet dieses Amt ununterbrochen seit fast 20 Jahren.

Dem Groß- und Außenhandel in Bayern gehören rd. 16 000 Betriebe mit 180 000 Beschäftigten an, die 1978 zusammen einen Umsatz von 63 Mrd. DM erzielten.

IBW-Informationsdienst der bayerischen Wirtschaft

Handel fürchtet Inflationsschub

Landesverband tagt in Nürnberg — „Marktwirtschaft in Gefahr“

Nürnberg (dpa). Der Handel hat Sorge vor einem Inflationsschub. Die Wirklichkeit ist dabei, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu überrollen, stellte Senator Walter Braun, Präsident des Landesverbandes des bayerischen Groß- und Außenhandels, auf dessen Verbandstagung in Nürnberg fest.

Insbesondere in den Bereichen der Sozialpolitik und des Arbeits-, Steuer- sowie Wettbewerbsrechts, der Berufsbildung und des Außenhandels werde das Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit offenkundig. Die Gefährdung der sozialen Marktwirtschaft vollziehe sich nicht spektakulär, sondern in einem „schrittweisen Abgleiten in staatliche Reglementierungen“.

Unterstützt würden diese Tendenzen noch durch einen rigorosen Verteilungskampf, geradzu einem „Verteilungskrieg“, betonte Braun. Die Hebel zum Bedienen der Umverteilungsmaschinerie lägen hauptsächlich in der Lohn-, der Steuer- und Sozialpolitik sowie dem Arbeitsrecht. Im Groß- und Außenhandel liege der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten inzwischen bei 60 bis 65%.

Insgesamt setzte der Groß- und Außenhandel in den ersten vier Monaten 1979 fast 180 Mrd. DM um — 6% nominal und 2% real mehr als im gleichen Zeitraum 1978.

Sorge bereite die Preissituation. Aufgrund seiner „Drehscheibenfunktion“ spüre der Großhandel Preisveränderungen früher als andere. Die Steigerungsrate gegenüber der Vorjahreszeit habe 6,2% betragen.

Die Zahl der Groß- und Außenhandelsbetriebe im Bundesgebiet beläuft sich auf 110 000 Unternehmen mit 1,1 Mill. Beschäftigten, die 1978 einen Gesamtumsatz von 540 Mrd. DM erwirtschafteten, davon in Bayern 63 Mrd. DM mit 16 000 Betrieben und 180 000 Mitarbeitern.

Augsburger Allgemeine 20. 6. 79

Das Recht auf Aussperrung bleibt

Braun als Präsident einstimmig wiedergewählt / Trotz Optimismus große Probleme

Im letzten Jahr ein Umsatz von 540 Milliarden DM / Auch in Bayern laufen Geschäfte

NÜRNBERG (wrs). — „Die Wirklichkeit ist dabei, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu überrollen“, meinte Senator Walter Braun, gestern einstimmig wiedergewählter Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, auf dessen Verbandstagung in der Nürnberger Meistersingerhalle. Die bayerischen Unternehmen, die dem Verband angeschlossen sind, sehen der Geschäftsentwicklung des nächsten halben Jahres mit relativer Zuversicht entgegen, wobei der in den letzten Monaten gezeigte Optimismus allerdings schon

Trotz der nicht ungunstigen Konjunktur-Startposition für die kommenden Zeit hätten die Betriebe jedoch mit einer Reihe schwerwiegender Probleme zu kämpfen. So liege die Eigenkapitalquote im Großhandel nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank inzwischen nicht einmal mehr bei 19 Prozent. Dies sei ein deutliches Zeichen für die Existenzgefährdung der Betriebe.

Zum Bereich der Sozialpolitik meinte Braun, eine Verkürzung der Arbeitszeit schaffe weder neue Arbeitsplätze noch die 40-Stundenwoche inhuman. Zum Geldverbot der Aussperrung meinte Braun, dass die Möglichkeit der Aussperrung gegenüber dem Druck der Gewerkschaften ein Mittel der Gewerkschaften sei. Dies gilt um so mehr, als die Gewerkschaften zunehmend zur Taktik des Streiks übergegangen seien. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen könnten aber mit Sicherheit die aus den Streiks resultierenden Verluste nicht auffangen.

Zur Vermittlung des selbständigen Unternehmens meinte Braun, dass die Möglichkeit der Aussperrung gegenüber dem Druck der Gewerkschaften ein Mittel der Gewerkschaften sei. Dies gilt um so mehr, als die Gewerkschaften zunehmend zur Taktik des Streiks übergegangen seien. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen könnten aber mit Sicherheit die aus den Streiks resultierenden Verluste nicht auffangen.

Zum Bereich der Steuerpolitik setzte sich Braun mit der seiner Ansicht nach am Ansatz richtigen Körperschaftsteuer-Reform auseinander. Sie habe leider für den mittelständischen Groß- und Außenhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht. Nach wie vor bleibe die Vermögenssteuer als Doppelbelastung als Hauptthema zur Anwendung der GmbH als der Rechtsform, in der die haftungsrechtlichen und steuerrechtlichen Probleme, eine „Schachmatt“ seien.

Unternehmerfamilie sachgerecht gelöst werden könnten. Nach wie vor sei die zogene Besteuerung des Unternehmens Einkommens nicht verwirklicht.

Aufgrund seiner „Drehscheibenfunktion“ spüre der Großhandel Preissteigerungen sehr früh. Die Teuerungsrate im Großhandel betrage derzeit rund sechs Prozent, führte Braun weiter aus. Dieser Wert sei seit 1976 nicht mehr erreicht worden. Im vergangenen Jahr habe der Großhandel mit einer Preissenkung von 0,3 Prozent einen wohl einmaligen Stabilisierungsbeitrag geleistet. Ein stabiles Preisniveau sei ein Ziel von höchstem Rang, das die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung auf Dauer mitgarantieren könnte.

An der deutschen Außenwirtschaft habe der selbständige Außenhandel einen Anteil von etwa 15 Prozent, davon im Import rund 20 Prozent und im Export 12 Prozent. Das Schwerkraft der Leistungen des selbständigen Außenhandels liege im Entwicklungsländereinsatz mit einem Gesamtanteil von rund 30 Prozent, an den Einfuhren der Leistungsländer sei der deutsche Groß- und Außenhandel mit 50 Prozent, am Gesamtexport mit 25 Prozent, mit rund 25 Prozent beteiligt.

Mit 1,1 Millionen Beschäftigten in rund 110 000 Unternehmen wurde nach

NZ 20. 6. 79

Auch mit Nadelstichen könne man ein System durchlöchern, man müsse nur oft genug zustechen.

Im Bereich der Steuerpolitik setzte sich Braun mit der im Ansatz richtigen Körperschaftsteuer-Reform auseinander. Sie habe leider für den mittelständischen Großhandelsunternehmer keine durchgreifende Verbesserung der Besteuerung gebracht. Nach wie vor bleibe die vermögenssteuerliche Doppelbelastung als Haupthindernis zur Anwendung der GmbH als der Rechtsform, in der die haftungsrechtlichen und steuerrechtlichen Probleme einer mehrköpfigen Unternehmerfamilie sachgerecht gelöst werden könnten. Nach wie vor sei die geforderte durchgehende personenbezogene Besteuerung des Unternehmer Einkommens nicht verwirklicht.

Im gewerbesteuerlichen Bereich habe das Steueränderungsgesetz 1979 die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen, eine Entlastung der Firmen zu bringen. Durch die Erhöhung des Einkommensteueranteils der Gemeinden könnte eine Senkung der Gewerbesteuer-Hebesätze bei den einzelnen Kommunen verwirklicht werden. Auf die Zusammenhänge müsse immer wieder hingewiesen werden, um die vom Gesetzgeber eingeleitete und gewünschte Entlastung der mittelständischen Unternehmen gegenüber den Gemeinden durchzusetzen. Zur effektiven Entlastung der mittelständischen Unternehmen gehöre auch eine durchgreifende Vereinfachung und Rationalisierung des Steuererhebungsverfahrens.

Seit Jahren schon sehe sich der Groß- und Außenhandel in einer außerordentlich scharfen Wettbewerbssituation. Je kleiner der Betrieb, desto stärker der Wettbewerbsdruck. So stellten 67 % der Großhandelsbetriebe einen zunehmenden Wettbewerbsdruck fest.

Der Groß- und Außenhandel, als Bindeglied und Drehscheibe der Wirtschaft, bejahe voll und ganz eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsform, da er nur in diesem Raum seine besondere Leistungsfähigkeit entfalten könne. Diesen Prinzipien müsse aber „das Grundgesetz der Wirtschaft“, das Kartellgesetz, Rechnung tragen. Der Großhandel bewerte die unternehmerische Freiheit des Handelns mit all seinen Risiken im Wettbewerb höher als einen wettbewerbsrechtlichen Perfektionismus und Dirigismus.

Mit besonderem Nachdruck wies Braun auf die stark angehobenen Ausbildungsaktivitäten des deutschen Groß- und Außenhandels hin. So habe in den beiden vorangegangenen Jahren die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge zur Groß- und Außenhandelskaufmannsausbildung immerhin um 26 % gesteigert werden können. Seine Wirtschaftsstufe werde diesem Komplex auch in Zukunft weiterhin erhebliche Bedeutung zumessen.

Zu einem Risikofaktor besonderer Art scheine sich langsam ein Teil des internationalen Handels zu entwickeln. Er stehe 1979 im Spannungsfeld politischer Unwägbarkeiten und rapider Rohstoffverteuerungen.

An der deutschen Außenwirtschaft habe der selbständige Außenhandel einen Anteil von etwa 15 %, davon im Import rund 20 % und im Export 12 %. Das Schwergewicht der Leistungen des selbständigen Außenhandels liege im Entwicklungsländergeschäft mit einem Gesamtanteil von rund 50 %; an den Einfuhren aus Entwicklungsländern sei der deutsche Groß- und Außenhandel mit 80 %, am Gesamtexport in die Entwicklungsländer mit rund 25 % beteiligt.



Braun setzte sich insbesondere mit den bisherigen Versuchen auseinander, den freien Welthandel durch immer neue und verfeinerte Protektionismen zu zerstören, die geradezu Lehrbeispiele seien für die Diskrepanz zwischen freiem Unternehmertum in Idee und Wirklichkeit. Als ermutigend bezeichnete er allerdings den erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen in der Tokio-Runde als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Welthandels sowie die Bekräftigung der bisherigen weltoffenen Ausrichtung des Handelssystems und die entschiedene Absage an protektionistische Tendenzen, deren noch weiteres Ausufern um jeden Preis verhindert werden müsse.

Sorge bereite unserer Wirtschaftsstufe die Preissituation. Aufgrund seiner Drehscheiben-Funktion spüre der Großhandel Preisveränderungen eher als andere. So habe die Preisveränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat rund 6,2 % betragen, die höchste Preissteigerungsrate seit 1976. Diese Entwicklung sei um so gravierender, als im vergangenen Jahr der Groß- und Außenhandel mit einer negativen Preissteigerungsrate von -0,3 % einen wohl einmaligen Stabilitätsbeitrag geleistet hatte. Auf die Beibehaltung der größtmöglichen Stabilität des Preisniveaus müsse deshalb ein erhebliches Augenmerk gerichtet werden.



*Vizepräsident
Helmut Hartmann:*

Die 70iger Jahre – Jahre der Ernüchterung

Als die Zäsur der Nachkriegszeit bezeichnete Vizepräsident *Helmut Hartmann* das Jahr 1973. In diesem Jahr seien die Grenzen der Belastbarkeit mit einem Schlage sichtbar geworden, die Überbelastung deutlich und die Ratlosigkeit habe sich ausgebreitet. Für die junge Generation hätten diese Jahre eine neue Erfahrung gebracht, nämlich die, daß auch Arbeitsplätze nicht wie Manna vom Himmel fallen und sich Euphorien letztlich doch an der Realität messen lassen müssen.

Das stop and go der Konjunkturpolitik kennzeichne weite Perioden der 70er Jahre, das Vertrauen selbst in die nähere Zukunft sei angeschlagen.

Die Ertragskraft der Betriebe sei in dieser Zeit über Gebühr belastet worden. So seien seit 1970 durchschnittlich der Urlaub um rund 6 Tage gesteigert worden, parallel dazu laufe die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit im Groß- und Außenhandel von 42,5 auf 40 Stunden. Dank unermüdlicher Rationalisierungsbemühungen sei dennoch die Kaufkraft erheblich gesteigert worden, was am Kaufkraftvergleich der Lohnminute abzulesen sei. So sei z.B. die Arbeitszeit für ein Paket Butter von 45 Minuten im Jahre 1958 auf 11 Minuten 1978 gefallen, trotz der inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen. Hartmann zeigte allerdings die Gefahr auf, daß wir bereits von den Leistungen der Vergangenheit lebten. Sorge bereite nämlich die Tatsache, daß in den letzten Jahren nur noch 4,4 %, gemessen am Umsatz, investiert worden seien, im Gegensatz zum Jahre 1970, das noch 6,9 % ausweise. Diese Investitionslücke würden wir erst in den kommenden Jahren voll zu spüren bekommen.

Eine ganz andere Richtung habe dagegen die Steuer- und Abgabenquote eingeschlagen, sie sei von 33,1 % im Jahre 1970 auf 38,2 % in 78 gestiegen. Wachsende Leistung würde damit in steigendem Maße nicht honoriert, sondern konfisziert.



*Regierungspräsident v. Mosch (2.v.l.) und Oberbürgermeister Andreas Urschlechter (3.v.l.).
Ganz rechts: HGF Wolf Moser von der VAB.*

Insbesondere für den Groß- und Außenhandel hätten die 70er Jahre harte Opfer gefordert, was in dem hohen Ausleseprozeß zum Ausdruck komme. Man habe lernen müssen, von hohen Wachstumsraten Abschied zu nehmen. Nach seiner Meinung würden deshalb die 70er Jahre als das Jahrzehnt der Ernüchterung in die Chroniken eingehen.



Regierungspräsident v. Mosch gratuliert Präsident Braun zu seiner beeindruckenden Ansprache.



Hauptgeschäftsführer Werner Sattel:

Mit neuen Strategien in die 80er Jahre

Wir stehen vor einem Zeitabschnitt neuer „quantitativ materieller Bedingungen“ aufgrund einer veränderten Wertedynamik. Mit diesen Worten rundete Hauptgeschäftsführer *Werner Sattel* die Verbandstagung des Verbandes in Nürnberg ab.

Die 80er Jahre würden uns, so *Sattel*, eine Werteververschiebung auf breiter Front bringen. Diese Entwicklung müßte der Groß- und Außenhandel mit besonderer Wachsamkeit verfolgen unter Beachtung folgender Überlegungen und dem Einsatz neuer Strategien:

- Die Rolle des Konsumenten in seinem häufiger als früher wechselnden Verhalten neu zu analysieren und für diese Analyse
- neue oder verfeinerte Informationstechniken anzuwenden, sowohl betriebsintern als auch im Informationsverbund mit anderen Wirtschaftsstufen.
- Andauernder und ungebrochener Innovationsbereitschaft, geboren aus der „schöpferischen Neugierde“ als der Ureigenschaft eines jeden Kaufmanns im Groß- und Außenhandel
- der Sicherstellung eines hochqualifizierten Nachwuchses als eine der wichtigsten Erfolgsstrategien
- der Schaffung der Gleichheit der Voraussetzungen für kleine und mittlere Betriebe, ohne jedoch eine Schutzzäunpolitik zu betreiben. Damit verbunden sei auch die Forderung nach einer ausschließlich auf die kleinen und mittleren Betriebe abgestellten Fördermittelpolitik.

Konsequent und unbeirrbar bleiben müsse der Groß- und Außenhandel dagegen in den schon bisher eingesetzten Strategien des

- Angebots klarer Leistungsprogramme
- der Spezialisierung, wo sich Überangebote direkt zum Abnehmer kanalisieren

- der Entwicklung beweglicher und dem Markt angepaßter Betriebstypen, auch in der Kooperation und
- die Verwirklichung rationeller Konzepte in der Unternehmensführung.

Es sind dies z.B. die Bildung gemeinschaftlicher Marketing-Zentralen, die Kooperation bei Lieferung und Warenbezug oder auch die Anwendung neuer Finanzierungssysteme und das Mittragen von Verbundkonzeptionen, wie z.B. die Einrichtung von Großhandelszentren.

Es wird das Primat dieser Wirtschaftsstufe bleiben, ein hohes Maß an Flexibilität und Kreativität zu entwickeln. Grundvoraussetzung für die kleinen und mittleren Unternehmen des Groß- und Außenhandels sei allerdings eine Politik mit nicht weniger, sondern mehr Marktwirtschaft.



Beim fränkischen Buffet und bei den weitergeführten Diskussionen lernten sich unsere Mitglieder kennen.

Dem bayerischen Handel aber insgesamt gelte der Dank des Staates, denn mit einer Steigerung der Ausbildungsverhältnisse um 26% innerhalb von drei Jahren liege er weit über dem Durchschnitt der Wirtschaft. Zwei Bitten an den bayerischen Handel schloß der Minister an: 1. weiterhin so auszubilden, denn jetzt sei die letzte Chance ein ausreichendes Angebot an Schulabgängern zu finden; Ende der 80er Jahre seien die Abgangsjahrgänge wieder so klein wie Ende der 60er Jahre; 2. dazu beizutragen zu beweisen, daß die soziale Marktwirtschaft in der Lage sei, auch das Ausbildungsplatzproblem zu lösen.

Im Hinblick auf die Fortbildung stellte er den Zielkonflikt dar, der bestehe einerseits in der Notwendigkeit eines vielfältigen Fortbildungsangebots ohne gängelnde staatliche Eingriffe, andererseits in Ordnungsmaßnahmen des Staates mit dem Ziel, größere Überschaubarkeit und Vergleichbarkeit und verbreitete Anerkennung der Abschlüsse zu erreichen. Hier könne aber der Staat nicht vorschreiben, hier müßten die Partner sich einigen.

Im Mittelpunkt der Feier stand eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Berufliche Bildung im Handel – Probleme, Entwicklungen, Perspektiven“. Herr **Dr. Schlaffke**, Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft, leitete diese Diskussion als Moderator, an der weiterhin teilnahmen: Herr **Dr. Wimmer**, Ltd. Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Herr **Prof. Berke**, Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialpädagogik an der Universität Erlangen-Nürnberg, Herr **Braun-eiser**, Redakteur für Bildungspolitik im Bayerischen Rundfunk, Herr **Grüschow**, Vorsitzender des Bildungspolitischen Beirats der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Herr **Hofmann**, Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses unseres Bundesverbandes.

Mittelstand

Richtlinien zur Durchführung des Bayerischen Kreditprogramms 1979/80 für die Förderung des gewerblichen Mittelstandes (Bayerisches Mittelstandskreditprogramm)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 25. Juni 1979 Nr. 3540 – III/7 b – 30543

Im Vollzug des Mittelstandsförderungsgesetzes vom 8. Oktober 1974 (GVBl S. 497) stehen im Rahmen der Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung zur Förderung von Unternehmen der Bayerischen Staatsregierung zur Förderung von mittelständischen Gewerbebetrieben im Haushaltsjahr 1979/80 Mittel zur Verfügung, die im Wege der Refinanzierung durch die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), München, die Gewährung von zinsgünstigen Darlehen an förderungswürdige mittelständische Unternehmen der Industrie, des Handwerks, des Handels, des Straßenverkehrsgewerbes und des sonstigen Dienstleistungsgewerbes ermöglichen. Handwerksunternehmen im Sinne des Programms sind auch Unternehmen des handwerksähnlichen Gewerbes.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Refinanzierungsmitteln besteht nicht.

Die Mittel werden nach Maßgabe der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) vom 8. Dezember 1971 (GVBl S. 433), der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Gewährung von Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft vom 14. August 1973 (WVMBI S. 159) und der nachstehenden, im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen erlassenen besonderen Richtlinien bereitgestellt.

I.

Voraussetzungen der Darlehensgewährung

Die LfA kann den Hausbanken auf Antrag Refinanzierungsmittel zur Gewährung von zinsgünstigen Darlehen an mittelständische Betriebe der Industrie, des Handwerks, des handwerksähnlichen Gewerbes, des Handels, des Straßenverkehrsgewerbes und des sonstigen Dienstleistungsgewerbes zur Verfügung stellen, wenn die nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die Darlehen dürfen nur verwendet werden für Investitionen zur Gründung oder zur Sicherung selbständiger mittelständischer Existenzen. Im Rahmen dieses Verwendungszwecks können die Darlehen insbesondere zur Finanzierung folgender Vorhaben gewährt werden:
 - a) Investitionen im Zusammenhang mit der Gründung einer selbständigen Existenz im gewerblichen Mittelstand;
 - b) Investitionen zur Errichtung und Einrichtung einer Betriebsstätte, insbesondere in neuen Wohnsiedlungen, neu geordneten Stadtteilen, Gewerbegebieten oder Einkaufszentren;
 - c) Investitionen zur Rationalisierung, Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Betrieben oder Betriebsteilen;
 - d) Investitionen zur Schaffung oder Sicherung von betrieblichen Ausbildungsplätzen.

Zu den förderungsfähigen Investitionen zählen auch Aufwendungen zur Leistung von Mietvorauszahlungen, Mieterdarlehen oder Baukostenzuschüssen, bei Existenzgründungen auch Aufwendungen zur Übernahme von Betrieben oder tätigen Beteiligungen sowie zur Beschaffung eines ersten Warenlagers.

2. Die Vorhaben werden nur gefördert, wenn das Unternehmen hinsichtlich Umsatz, Kapitalausstattung und Beschäftigtenzahl dem mittelständischen Bereich zuzuordnen ist. Die Neuerrichtung von Industriebetrieben kann nur in besonderen Ausnahmefällen, und nur soweit keine strukturellen Bedenken bestehen, gefördert werden.
3. Die Inhaber von Handwerksunternehmen müssen in der Handwerksrolle, die Inhaber von handwerksähnlichen Unternehmen in dem Verzeichnis der handwerksähnlichen Betriebe eingetragen sein.
4. Vorhaben, die lediglich der Ersatzbeschaffung dienen, sowie die Anschaffung, Modernisierung oder Reparatur von Kraftfahrzeugen werden im Rahmen dieses Programms nicht berücksichtigt.
5. Die Darlehen des Mittelstandskreditprogramms sind zusätzliche Hilfen.
Der Antragsteller hat entsprechend seiner Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage für die Finanzierung in angemessenem Umfang Eigenmittel oder Fremdmittel einzusetzen, die nicht durch öffentliche Finanzierungshilfen zinsverbilligt sind. Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muß gesichert sein. Antragsteller, bei denen im Hinblick auf die Vermögens- und Ertragslage oder die Höhe des Vorhabens die mögliche Finanzierungshilfe wirtschaftlich unerheblich ist, können nicht berücksichtigt werden.

Unternehmen, die in den der Antragstellung vorangegangenen 2 Jahren den Höchstbetrag gem. Ziff. II, 1 bereits voll ausgeschöpft haben, kann ein weiteres Darlehen nur in begründeten Fällen gewährt werden.

6. Für Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antrags-
eingangs bereits begonnen war, werden Mittel des Pro-
gramms nicht bewilligt.
7. Die Gewährung von Darlehen zur Ablösung von Bank-
krediten (Umschuldung) und zur Sanierung ist ausge-
schlossen.
8. Die geplanten Vorhaben müssen so weit vorbereitet sein,
daß sie nach der Bewilligung der beantragten Mittel kurz-
fristig in Angriff genommen werden können.

II.

Darlehenskonditionen

1. Zinssatz und Laufzeit

a) Darlehen zur Existenzgründung

Der Zinssatz für Darlehen zur Gründung einer selb-
ständigen mittelständischen Existenz kann ein-
schließlich aller Provisionen und sonstigen Neben-
leistungen 3,5% jährlich betragen. Die Darlehen kön-
nen bis zur Höhe von rd. 30% der förderungsfähigen
Investitionen gewährt werden. Die Laufzeit beträgt für
den Erwerb von Betriebsgrundstücken sowie für bau-
liche Investitionen bis zu 15 Jahre, für sonstige In-
vestitionen bis zu 10 Jahre, davon jeweils bis zu
2 Jahre tilgungsfrei. Dabei wird davon ausgegangen,
daß zusätzlich ein Darlehen aus den ERP-Program-
men beantragt wird.

Anstelle dieser beiden Darlehen können zur Existenz-
gründung auch Darlehen mit einem Zinssatz von
jährlich 4% (einschließlich aller Provisionen und Ne-
benleistungen) in Höhe von in der Regel bis zu 60%
der förderungsfähigen Investitionen zur Verfügung
gestellt werden. Die Laufzeit dieser Darlehen kann für
den Erwerb von Betriebsgrundstücken sowie für bau-
liche Investitionen bis zu 12 Jahre, für sonstige In-
vestitionen bis zu 7 Jahre betragen, davon jeweils bis
zu 2 Jahre tilgungsfrei.

b) Sonstige Darlehen

Der Zinssatz für den Letztkreditnehmer beträgt ein-
schließlich aller Provisionen und sonstigen Neben-
leistungen jährlich 5%. Im Zonenrandgebiet kann ein
Zinssatz von 4,5% gewährt werden. Die Laufzeit der
Darlehen kann für den Erwerb von Betriebsgrund-
stücken sowie für bauliche Investitionen bis zu 12
Jahre, für sonstige Investitionen bis zu 7 Jahre be-
tragen, davon jeweils bis zu 2 Jahre tilgungsfrei. Für
bauliche Investitionen, die der Standortsicherung die-
nen, insbesondere bei Verlagerungen aus Gründen
des Städtebaus oder des Umweltschutzes, kann in
Ausnahmefällen eine Laufzeit bis zu 15 Jahre, davon
bis zu 2 Jahre tilgungsfrei, eingeräumt werden.

2. Darlehenshöhe

Die Darlehen sollen mindestens 15000,- DM betragen
und 200000,- DM nicht übersteigen.

3. Auszahlung

Die Darlehen zur Förderung der Gründung selbständiger
Existenzen werden zum Nennwert ausbezahlt. Die LfA
und die Hausbank können zur Abgeltung der Neben-
kosten eine einmalige Gebühr bis zur Höhe von je 0,1%
des Darlehensbetrages berechnen.

Bei den sonstigen Darlehen kann zur Abgeltung aller
Nebenkosten, insbesondere der Geldbeschaffungs-
kosten, von der LfA eine einmalige Gebühr von 1% des

LGA-Stenogramm Mai/Juni 1979

2. 5.

Schiffsausflug auf dem Starnberger See für die
Patienten des Spastikerzentrums, München, auf Ein-
ladung von Staatsminister Anton JAUMANN, finan-
ziert durch eine Spende unseres LGA

3. 5.

Sitzung des Bürgschaftsausschusses unserer Kredit-
garantiegemeinschaft

7. 5.

Öffentliche Veranstaltung anlässlich des 25jährigen
Bestehens unseres Bildungszentrums, München

15. 5.

Sitzung des Ausschusses Tarifpolitik der VAB

Sitzung des Garantiaeusschusses unserer Kapital-
beteiligungsgesellschaft

16. 5.

Teilnahme an der Jahresversammlung unseres
Schwesterverbandes in Baden-Württemberg

17./18. 5.

Geschäftsführerkonferenz der BDA in Garmisch

21. 5.

Festveranstaltung anlässlich des 150jährigen Jubi-
läums der Kathreiner AG

Besprechung Großhandelszentrum München (Bür-
germeister Gittel)

21./22. 5.

Europäischer Spielzeugkongreß in München

29. 5.

Arbeitskreis Gesellschaftspolitik der VAB

6. 6.

Vorbesprechung über das Untersuchungsergebnis
Produktionsverbindungshandel und Leistungsquali-
tät des produzierenden Gewerbes, Wirtschaftsmini-
sterium

7. 6.

Sitzung des Bürgschaftsausschusses unserer KGG

18. 6.

Presseabend anlässlich unseres Verbandstages

19. 6.

LGA-Verbandstag, Meistersingerhalle, Nürnberg

20. 6.

Sitzung des Messebeirates im Wirtschaftsministerium

21. 6.

Sitzung des Verwaltungsrates unserer KGG

22. 6.

Besprechung Großhandelszentrum München (IHK)

26. 6.

Ifo-Jahresversammlung

27. 6.

VAB-Empfang anlässlich 65. Geburtstag Präsident
Dr. Wrede

28. 6.

Gesellschafterversammlung und Garantiaeusschuß-
sitzung unserer Kapitalbeteiligungsgesellschaft

Darlehensbetrages berechnet werden; die einmalige Bearbeitungsgebühr der Hausbank kann 0,1% betragen.

4. Tilgung

Die Darlehen sind in gleichen Halbjahresraten zur tilgen. Der Darlehensnehmer ist zur vorzeitigen Rückzahlung berechtigt.

5. Absicherung

Die Darlehen sind nach bankmäßigen Grundsätzen abzusichern. Sie werden von den Hausbanken unter Übernahme der Eigenhaftung gewährt.

Kann ein Darlehen nach bankmäßigen Gesichtspunkten nicht ausreichend abgesichert werden, so kann von Handwerksunternehmen eine Bürgschaft der Kreditgarantiegemeinschaft des Bayerischen Handwerks GmbH, Ottostraße 7, 8000 München 2, von Handelsunternehmen eine Bürgschaft der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern GmbH, Briener Straße 45, 8000 München 2, von Gartenbauunternehmen eine Bürgschaft der Kreditgarantiegemeinschaft für den Bayerischen Gartenbau GmbH, St.-Anna-Str. 15, 8000 München 22, von Unternehmen der Kraftwagenspedition eine Bürgschaft der Bürgschaftsgesellschaft für die Kraftwagenspedition mbH, Stromstraße 41, 4000 Düsseldorf 1 (im folgenden ebenfalls als „Kreditgarantiegemeinschaft“ bezeichnet) und in den übrigen Fällen eine Bürgschaft der LfA beantragt werden.

III.

Antragsverfahren

1. Für die Anträge ist das Formblatt 150 „Antrag auf Gewährung eines Darlehens aus dem Bayerischen Mittelstandskreditprogramm“ zu verwenden.
Wird gleichzeitig die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft beantragt, so sind für das Darlehen und die Bürgschaft einheitlich die Vordrucke der jeweiligen Kreditgarantiegemeinschaft zu verwenden.
Die Antragsvordrucke sind bei den Hausbanken, den Regierungen, der LfA, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e.V. und dem Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V. erhältlich.
2. Die Anträge sind in 4 Fertigungen (5 Fertigungen, wenn zugleich die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft beantragt wird) bei der Hausbank einzureichen. Die Hausbank leitet 3 Fertigungen (4 Fertigungen, wenn auch die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft gewährt werden soll) des Antrags samt Unterlagen mit ihrer Bereitschaftserklärung an die LfA.
3. Die LfA übermittelt eine Fertigung des Antrags samt Unterlagen an die zur Begutachtung bestimmten Stellen und an die zuständige Kreditgarantiegemeinschaft, wenn deren Bürgschaft beantragt wird.
4. Über die Anträge entscheidet die LfA nach Prüfung der bankmäßigen Voraussetzungen. Die LfA teilt ihre Entscheidung der zuständigen Regierung mit.
5. Für das Antragsverfahren werden unbeschadet der Ziff. II, 3 Kosten nicht erhoben.

IV.

Hinweis

Die Angaben im Antrag sowie in den dazu eingereichten ergänzenden Unterlagen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 2 des Subventionengesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) und Art. 1 des Bayerischen Subventionengesetzes vom 23. Dezember 1976 (GVBl S. 586).

Eigenkapitalhilfe-Programm der Bundesregierung zur Förderung von Existenzgründungen

Am 1. Juli 1979 tritt die Richtlinie der Bundesregierung für das Eigenkapitalhilfe-Programm zur Förderung der Gründung selbständiger Existenzen in Kraft. Im folgenden soll daher kurz das wichtigste dieser Richtlinie dargestellt werden:

Mit der Eigenkapitalhilfe können Existenzgründern im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe zusätzliche risikotragende Mittel für angemessene und erfolgversprechende Existenzgründungen zur Verfügung gestellt werden. Die Fördermittel haften unbeschränkt und erfüllen somit Eigenkapitalfunktion. Es können folgende Vorhaben gefördert werden:

- a) Investitionen zur Gründung einer selbständigen Existenz einschl. der Beschaffung eines ersten Warenlagers,
- b) Übernahme oder tätige Beteiligungen.

Die Mittel aus der Eigenkapitalhilfe sind ausschließlich und unmittelbar für Existenzgründungsvorhaben einzusetzen.

Antragsberechtigt sind natürliche Personen bis zum 50. Lebensjahr, die eine fachliche und kaufmännische Qualifikation nachweisen können, soweit diese üblicherweise für die Ausübung des Berufes verlangt wird. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Eigenkapitalhilfe besteht nicht. Die Eigenkapitalhilfe wird als „Hilfe zur Selbsthilfe“ gewährt. Der Existenzgründer muß daher in angemessenem Umfang eigene Mittel zur Verfügung stellen; als eigene Mittel gelten bare und unbare Vermögenswerte.

Eigenkapitalhilfe wird nur gewährt, wenn ohne die Eigenkapitalhilfe eine erfolgsversprechende Existenzgründung nicht möglich wäre. Es werden nur Vorhaben gefördert, die eine nachhaltige tragfähige Vollexistenz erwarten lassen und bei denen eine Investitionssumme von mindestens 40.000,- DM nachgewiesen wird. Dem Antrag auf Gewährung von Eigenkapitalhilfe ist ein Investitions- und Finanzplan für das Existenzgründungsvorhaben beizufügen. Zu dem Existenzgründungsvorhaben ist die Stellungnahme einer unabhängigen, fachlich kompetenten Stelle (z.B. unabhängige Sachverständige, Betriebsberater, Verband) beizubringen. Im Zeitpunkt der Antragstellung darf mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen worden sein. Eigenkapitalhilfe darf nur einmal je Antragsteller bewilligt werden.

Die Eigenkapitalhilfe wird zu den eingesetzten eigenen Mitteln im Verhältnis 3:2, im Zonenrandgebiet im Verhältnis 2:2 gewährt. Der Höchstbetrag beläuft sich auf 100.000,- DM, im Zonenrandgebiet auf 110.000,- DM. Eigenmittel und Eigenkapitalhilfe dürfen zusammen höchstens 1/3 der Investitionssumme betragen. Während der ersten zwei Jahre besteht für die Existenzgründer Zinsfreiheit; die Zinsen werden insoweit vom Bund übernommen. Vom dritten Jahr an bis zum Ende des zehnten Jahres gilt der bei der Gewährung der Eigenkapitalhilfe fest vereinbarte Zinssatz, vom 11. Jahr an bis zum 20. Jahr der Festzinssatz unter Zugrundelegung des ggf. veränderten Zinsniveaus. Mit dem Zinssatz sind auch etwaige Bankgebühren abgegolten.

Die Auszahlung erfolgt zu 100%, die Laufzeit beträgt 20 Jahre. Die Tilgung geschieht nach 10 tilgungsfreien Jahren in 20 gleichen Halbjahresraten. Eine vorzeitige Tilgung ist unter Einhaltung einer 3monatigen Kündigungsfrist zum 31. März und 30. September eines jeden Jahres möglich. Bei einer vorzeitigen Tilgung innerhalb der ersten 5

Jahre ist die Hälfte der in den beiden ersten Jahren vom Bund übernommenen Zinsen nachzuentrichten; dies gilt nicht bei einer Tilgung, die im Zusammenhang mit der Aufgabe der selbständigen Existenz steht. An Sicherheiten werden nur die persönliche Haftung des Antragstellers und seines Ehepartners verlangt, sonst sind keine weiteren Sicherheiten erforderlich.

Anträge können bei jedem Kreditinstitut gestellt werden. Die Eigenkapitalhilfen werden von der Lastenausgleichsbank, 5300 Bonn 2, Wielandstraße 4, und in Berlin von der Berliner Industriebank AG, 1000 Berlin 33, Landecker Str. 3, zur Verfügung gestellt.

Außenhandel

Behandlung von Fehlmengen in Zollagern

Werden in Zollagern Fehlmengen festgestellt (z.B. bei Gestellung von Lagerwaren zu einer neuen Zollbehandlung oder bei Bestandsaufnahmen), deren Ursache nicht offensichtlich ist, so wird zunächst die Lagerbuchführung überprüft. Läßt sich bei offenen Zollagern nicht feststellen, daß die Waren untergegangen sind oder u.U. aus-gelagert worden sind, die nicht zur Entstehung einer Zollschuld geführt haben oder daß für sie der Zoll entrichtet worden ist, so fordert die Zollstelle den Zoll und ggf. die anderen Eingangsabgaben an (VSF Z 1301 89).

Bei Zollniederlagen und Zollverschlußlagern kommen bei festgestellten Fehlmengen weitere Nachforschungen wegen des Zollanspruchs nur dann in Betracht, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß Zollgut der zollamtlichen Überwachung entzogen worden ist und erwartet werden kann, daß ein Zollschuldner ermittelt wird. Ist Zollgut vernichtet worden, so kann der Niederlagehalter oder Lagerinhaber als Zollschuldner allenfalls dann in Anspruch genommen werden, wenn die Vernichtung durch eine Verletzung zollrechtlicher Pflichten verursacht worden ist. Soweit sich der Verdacht ergibt, daß Zollgut der zollamtlichen Überwachung entzogen worden war, wird geprüft, ob das Zollager noch zollsicher hergerichtet ist.

Neue Vordrucke für Sammelzollanmeldung, Anschreibungen und Zollanmeldung

Bei zugelassener Sammelzollanmeldung richtet sich das Muster der nach Ablauf eines jeden Abrechnungszeitraumes abzugebenden zusammengefaßten vollständigen Zollanmeldungen (Sammelzollanmeldungen) danach, welche Warengruppen eingeführt und zu welchem Verkehr sie abgefertigt werden. Das gleiche gilt bei zugelassener Zollbehandlung ohne Abfertigung für das Muster der Anschreibungen, die regelmäßig auch als Zollanmeldungen der angeschriebenen Waren zugelassen werden.

Für die Sammelzollanmeldungen sowie für die Anschreibungen und die Zollanmeldungen können ab sofort die vom Bundesfinanzministerium und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam herausgegebenen Neufassungen (Ausgaben 1979) der Verbundvordrucke 0510 (1 f ((Sp)) AHStat), 0512 (1 g AHStat), 0514 (1 h AHStat) und 0516 (1 u AHStat)

verwendet werden. Der Vordruck 0510 gilt für die Einfuhr in den freien Verkehr von Waren, die nur der Einfuhrumsatzsteuer unterliegen; er darf von Spediteuren und anderen Beauftragten der Einführer verwendet werden, wenn die Anschreibungen für mehrere Einführer geführt werden und die Waren für Unternehmen zum Vorsteuerabzugberechtigter bestimmt sind. Der Vordruck 0512 wird für die Einfuhr von Waren in den freien Verkehr (ausgenommen Freigutverwendung) verwendet, während der Vordruck 0514 für die Einfuhr von Waren in eine Freigutverwendung, einen besonderen Zollverkehr oder eine Freigutveredelung (auch Nachholgut) und der Vordruck 0516 für die Einfuhr in den freien Verkehr von Rückwaren und sonstigen unentgeltlich eingeführten Waren (ausgenommen Freigutverwendung) bestimmt ist.

Die Aufmachung der Verbundvordrucke (Sätze zu je 4 Blättern) ist unverändert geblieben. Die Blätter 1 sind als statistischer Anmeldeschein, die Blätter 2 für die Zollstelle, die Blätter 3 für den Zollbeteiligten (Vordruck 0510 für den Beauftragten der Zollbeteiligten) und die Blätter 4 als Einfuhrkontrollmeldung bestimmt.

Für die Sammelzollanmeldungen oder die Zollanmeldungen kann ab sofort auch die vom Bundesfinanzministerium herausgegebene neue Fassung des Vordrucks 0473, ggfs. mit der Neufassung des Zusatzblattes „Zollwert“ (Vordruck 0474) abgegeben werden. Die Aufmachung dieser beiden Vordrucke (Ausgaben 1979) ist ebenfalls unverändert geblieben; sie sind als Sätze zu je drei gleichen Blättern aufgelegt.

Das Bundesfinanzministerium hat zugelassen, daß die vorbezeichneten Zollvordrucke in der bisherigen Fassung (Ausgaben 1977) bis 31. 12. 79 aufgebraucht werden können (VSF Z 3030 Nr. 2; 58. Lieferung zum Allgemeinen Zollrecht vom 22. 3. 1979).

Anmeldevordruck für die Zollabfertigung zur Veredelung und zur Umwandlung

Für den Zollantrag auf Abfertigung von Waren zum aktiven Veredelungsverkehr oder zur Umwandlung und für die Zollanmeldung kann ab sofort die vom Bundesfinanzministerium und dem Statistischen Bundesamt herausgegebene Neufassung des Verbundvordrucks 0462/Muster 1 n AHStat (Ausgabe 1979) verwendet werden. Die Aufmachung des Vordrucks (Satz zu 5 Blättern) ist unverändert geblieben (VSF Z 3016 Nr. 3; 58. Lieferung zum Allgemeinen Zollrecht vom 22. 3. 1979).

Der Vordrucksatz dient mit dem Blatt 1 der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik (Einfuhranmeldung), mit den Blättern 2-4 dem Antrag und der Anmeldung für die Zollabfertigung für den Zoll, die Einfuhrumsatzsteuer und ggf. eine andere Verbrauchssteuer sowie mit dem Blatt 5 als Einfuhrkontrollmeldung. Das Blatt 4 des Vordrucks braucht nur abgegeben zu werden, wenn die Zollabfertigung bei einer anderen Zollstelle als der überwachenden Zollstelle beantragt wird. Für die Anmeldung von Nachholgut (§ 51 ZG) ist der Vordruck 0459 (Zollantrag und Zollmeldung für die Abfertigung von Waren zum freien Verkehr) abzugeben.

Der Vordruck 0462 in der bisherigen Fassung (Ausgabe 1974) kann für die Abfertigung von Waren zum aktiven Veredelungsverkehr bis 31. 12. 1979 aufgebraucht werden.

Personalien

Wir betrauern

Herrn **Cord Halseband**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma 2H-Papiergroßhandels-gesellschaft mbH und der Ferdinand Flinsch GmbH in München. Herr Halseband wurde auf die Dauer von 3 Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt.

Arbeitgeberpräsident Dr. Wrede 65 Jahre



Sozial- und Gesellschaftspolitiker von Rang, erfahrener Tarifexperte, erfolgreicher Unternehmer aus dem Bereich der mittelständischen Industrie und souverän urteilender Berater und Mitgestalter des öffentlichen Lebens im Freistaat Bayern – das ist Senator **Dr. Ernst Wrede**, Leiter der Geschäftsführung der Friedrich Merk Telefonbau GmbH, München, der am 27. Juni 1979 sein 65. Lebensjahr vollendete. Als Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) und Vorsitzender des Vereins der Bayerischen Metallindustrie (VBM) – beides seit 1977 –, aber auch zuvor schon in zahlreichen Ehrenämtern im Organisationsbereich der bayerischen Arbeitgeberverbände, hat er der unternehmerischen Politik in Bayern einen unverwechselbaren Stempel aufgeprägt. Seine klaren Konzeptionen, von unversöhnlichen Standpunkten ebenso weit wie von schwärmerischen Illusionen entfernt, haben dem Spitzenrepräsentanten der Arbeitgeber Anerkennung auch auf der Arbeitnehmerseite eingetragen. Immer wieder hat Dr. Wrede sich – allen zeitweiligen Verschärfungen der

sozialen Auseinandersetzung zum Trotz – für eine verständnisvolle, am Leitbild unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung orientierte Partnerschaft mit der Gewerkschaft eingesetzt.

Dafür gebührt ihm neben unseren Glückwünschen Dank und Anerkennung.

Heinrich Klenk – 80 Jahre

Am 28. Mai 1979 begeht Heinrich Klenk, der Seniorchef und Begründer der Firma Heinrich Klenk, Drogen und Vegetabilien, Schwebheim/Schweinfurt, seinen 80. Geburtstag. Ausgestattet mit ausreichendem Fachwissen, mit dem Gespür eines kaufmännisch denkenden Menschen und mit der erforderlichen Ausdauer, erkannte Heinrich Klenk vor 56 Jahren als erster die günstige Lage seines Heimatortes Schwebheim inmitten des „Mainfränkischen Apothekergartens“ und wußte diesen Standortvorteil mit sicherem Instinkt zu nutzen.

Aus bescheidenen Anfängen heraus in denen sich die ersten Vorgänge zunächst nur auf den Handel, die Trocknung und die Bearbeitung der für die Schweinfurter Gegend typischen Arzneipflanzen wie *Althea officinalis*, *Mentha piperita*, *Angelica archangelica*, *Valeriana officinalis* und *Verbascum species* beschränkten, schuf Heinrich Klenk im Laufe der Jahre ein beachtliches Unternehmen, welches heute mit zu den größten seiner Art in Deutschland zählt.

Die fast völlige Zerstörung der Betriebsanlagen während eines Luftangriffes im Jahre 1944 hat Heinrich Klenk nicht entmutigen und seine Tatkraft nicht schmälern können. Mit Zuversicht ist er an den Wiederaufbau und die Erweiterung des Betriebes gegangen.

Die Tatsache, daß die Erträge des heimischen Anbaus heute bei weitem nicht mehr ausreichen um den stetig wachsenden Drogenbedarf zu decken, hat Heinrich Klenk zur Aufnahme intensiver geschäftlicher Verbindungen mit den Arzneipflanzen-Lieferländern des gesamten Auslandes Anlaß gegeben. Auch hier hat er rechtzeitig die Erfordernisse der Zeit erkannt und die richtigen Schlüsse daraus gezogen.

Dennoch darf man Heinrich Klenk noch heute zu den unermüdlichen Förderern des Arzneipflanzenanbaus sowohl seiner Heimatgemeinde, als auch der Anbauggebiete des Erdinger Mooses zählen.

Auch als Vorsitzender des Fachzweiges Heilpflanzen in unserem Landesverband, in den 60er Jahren, hat er sich stets für die Belange der Anbauer und der Bearbeiter eingesetzt.

Noch heute lenkt der rüstige Jubilar mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit die Geschicke seines Betriebes. Trotz des Erfolges aber ist er wie stets der bescheidene – also typische – Franke geblieben.

Möge ihm noch manches Jahr in Gesundheit vergönnt sein.

Hermann Frank – 70 Jahre

Am 16.6.1909 wurde Herr Hermann Frank in Nürnberg geboren. Schon als junger Kaufmann kam er zur Firma Staub & Co, Chemikaliengroßhandel, und hat die Entwicklung der Firma zur heutigen führenden Marktposition entscheidend mitgeprägt. Hermann Frank ist langjähriger Geschäftsführer der Firmen Ferdinand Kreuzer und Sabamühle GmbH, die sich mit dem Vertrieb von Stärke und Stärkeprodukten sowie Gewürzen und speziellen Nahrungsmitteln befassen.

In den Jahren 1939 bis 1945 wurde Hermann Frank Soldat. Der Hauptmann der Artillerie kehrte erst 1949 aus sowjetischer Gefangenschaft zurück um sich der Reorganisation und dem Wiederaufbau seiner Betriebe zu widmen. Unserem LGA ist Hermann Frank eng verbunden: Getragen vom Vertrauen seiner Kollegen des bayerischen Chemikaliengroßhandels vertritt er im Tarifausschuß unseres LGA die Interessen des Chemikaliengroßhandels.



Wir verbinden unsere besten Glückwünsche mit unserem herzlichen Dank für einen Großhandelsunternehmer, dem die große Verantwortung und das Übermaß an Arbeitsleistung, das zeitlebens von ihm verlangt wurde, nichts von seiner Energie, Vitalität und Überzeugungskraft nehmen konnte. Wir wissen darüber hinaus seine persönliche Liebenswürdigkeit und seinen hintergründigen Humor besonders zu schätzen.

Viel Erfolg, beste Gesundheit und viel Glück für Ihren weiteren Lebensweg!

40jähriges Firmenjubiläum – F. MEIER KG



Am Freitag, dem 18. Mai 1979 feierte mit einem Empfang im Festsaal des Schlosses Burgfarrnbach unsere Mitgliedsfirma F. MEIER KG, Fürth, ihr 40jähriges Bestehen.

Die Fa. MEIER KG zählt zu den angesehensten Werbemittel-Herstellern in der Bundesrepublik. Sie ist ein Unternehmen, das im In- und Ausland den denkbar besten Ruf

genießt, das bekannt ist für seine hervorragenden Produkte und seinen umfassenden Service, ein Unternehmen, das heute qualitativ an der Spitze steht.

Dabei hatte alles ganz klein angefangen. Wer könnte über den Start, den Werdegang und über die Zukunft besser berichten als der Chef des Unternehmens. Willi Meier hat das Wort. „In den frühen 50er Jahren war für unsere Firma eine grundlegende Neuordnung in der Zielsetzung nötig, um der alteingesessenen Großhandlung für Schaufensterartikel eine Zukunftschance zu geben. Wir strebten eine Veränderung von diesem Großhandel hin zum Design und zu einer Werbemittelproduktion an. Was war zu tun? Zunächst stellte ich eine Firmen-Maxime auf, die auch heute noch Gültigkeit hat: Eine Werbefirma muß besser sein als der Durchschnitt, anders als die anderen.

Neue Ideen, Impulse, unternehmerisches Gespür und Investitionsfreudigkeit waren nötig, um diesen Grundgedanken umzusetzen. Wir wollten keine Massenware anbieten, sondern das Exklusive, das einmalige Produkt pflegen. Die MEIER-KOLLEKTION wurde geboren und sie war vom Start weg ein Renner, wurde zum Erfolg für uns und unsere Kunden.

Der Weg war richtig, eine konsequente Fortsetzung die Folge. Heute bieten wir alles aus einer Hand, wir reagieren schnellstens. Das ist unsere Stärke. Wir haben das Know-how, wir haben die Kreativ-Teams, das gute Design und die vielseitige Produktion. Und das soll auch künftig so bleiben. Wenn wir jetzt Bilanz ziehen, dann nicht um uns auf dem Erfolg der Vergangenheit auszuruhen. Im Gegenteil. Der Erfolg ist für uns Ansporn und Verpflichtung, auch in Zukunft besser zu sein als andere.“

Eduard Breitner – 25jähriges Betriebsjubiläum

Eduard Breitner, Verkaufsleiter für die eigenen Filialen bei Baeuerle Farben KG, Lack- und Kunststoffwerk in Memmingen-Steinheim, beging in diesen Tagen sein 25-jähriges Betriebsjubiläum.

Eduard Breitner hat das Metier der Lack- und Farbenbranche von der Pike auf gelernt. Als Lehrling trat er 1948 in eine Farben-Groß- und Einzelhandlung in Ulm ein. Seine Kenntnisse vertiefte er dann 1951 – 1954 in zwei verschiedenen Farben-Groß- und Einzelhandelsbetrieben. 1954 trat Breitner bei der Firma Baeuerle ein – damals war es noch die Farbengroßhandlung und Farbenfabrik Emil Baeuerle. Nachdem er zwei Jahre als Verkäufer in der Filiale Kempten tätig war, übernahm er bereits 1956 verantwortlich die damals neu gegründete Filiale in Ravensburg. Breitner war zu diesem Zeitpunkt 24 Jahre alt, ein Zeichen dafür, welches Vertrauen der Firmeninhaber damals in ihn setzte und welche Leistungen man von ihm erwartete. Mit Recht: Die Umsätze entwickelten sich in Regensburg schon recht bald sehr erfreulich. Deshalb erhielt Breitner bereits 6 Jahre später die Handlungsvollmacht.

Aufgrund seiner hervorragenden Fähigkeiten und seines umfangreichen Wissens auf dem Gebiet der Einzelhandelsfragen holte die Geschäftsleitung ihn 1969 in das Stammhaus nach Memmingen-Steinheim. Hier nahm er die Tätigkeit des Referenten für Einzelhandelsfragen auf – ein Aufgabenbereich, der damals neu in der Firma installiert wurde. Breitner widmete sich in dieser Zeit vor allen Dingen dem Aus- und Aufbau der eigenen Filialkette sowie dem Geschäft mit selbständigen Händlern – praktisch im gesamten süd-

deutschen Raum. In dieser Zeit führte er ungezählte Beratungen direkt vor Ort bei den Händlerkunden durch, beriet diese Firmen vor allen Dingen in bezug auf Ladengestaltung, Sortimentsgestaltung, ging auf viele Detailfragen dieser Händlerkunden ein und informierte über Serviceleistungen des Hauses Baeuerle. Man kann heute ohne Übertreibung sagen, daß der Aufbau des süddeutschen Baeuerle-Partner-Systems, einer außerordentlich erfolgreichen Vertriebsform, auf dem Einsatz des Jubilars beruht.



Wegen der starken Expansion der eigenen Filialgeschäfte wurde es notwendig, diese einem eigenen Management zu unterstellen. Im Jahre 1974 übergab daher die Geschäftsleitung Herrn Breitner die Verkaufsleitung der Baeuerle-eigenen Filialen. Insgesamt sind es heute 14 Filialen im süddeutschen Raum, von Freiburg/Schwarzwald bis Sonthofen im Allgäu. Unter seiner Leitung erhielten diese Filialen trotz des immer härter werdenden Wettbewerbs einen Aufschwung, der deutlich über dem Branchendurchschnitt lag und liegt. Wenn heute die Baeuerle Filialen ein einheitliches Erscheinungsbild tragen, eine positiv anmutende Atmosphäre ausstrahlen, in der objektive Beratung groß geschrieben wird, so ist auch das weitgehend ein Verdienst von Herrn Breitner.

Im Rahmen einer Jubiläumsfeier im Kreise der Geschäftsleitung, Kollegen und Mitarbeiter hob Walther Baeuerle das hervorragende Können und die besonderen Verdienste zum Wohle der Firma hervor. Er wies dabei im Besonderen auf die stete Einsatzbereitschaft, das positive Engagement und das vorbildliche Verhalten gegenüber Geschäftsleitung, Kollegen und Mitarbeitern hin.

Firma Huber – Eitel in neuen Geschäftsräumen

Die Firma Emil Huber – Richard Eitel GmbH, Dental-medizinische Großhandlung in Augsburg, entstand im Jahre 1977 und ist eine Gemeinschaftsgründung der bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden Firma Eitel, vorm. C. Kühny Augsburg und der in Karlsruhe ansässigen Dental-medizinischen Großhandlung Emil Huber.

Die Gesellschaft wird von 2 Geschäftsführern repräsentiert. Herr Dipl. Ing. Richard Eitel gründete im Jahre 1946 die bisherige Firma Eitel und führte sie aus kleinsten Anfängen zu einer in Fachkreisen im schwäbischen Raum wohlbekannten und beachteten Firma. Herr Kaufmann Berthold Klein entstammt als weiterer Geschäftsführer einer der an-

gesehensten Dental-Depots in der Bundesrepublik, der Firma Emil Huber Karlsruhe, die vor allem im süddeutschen und südwestdeutschen Raum eine Reihe von Filialen unterhält.

Bereits im Jahre 1950 wurden in Kempten und Ingolstadt Filialen der ursprünglichen Firma Eitel gegründet, da die Eigenart der Branche und die etwas beschränkten Raumverhältnisse im alten Anwesen Hermanstraße 31 eine Dezentralisierung des Verkaufs notwendig machten. Beide Filialen werden seit der Umgründung in die Firma Huber-Eitel Dental GmbH weitergeführt.

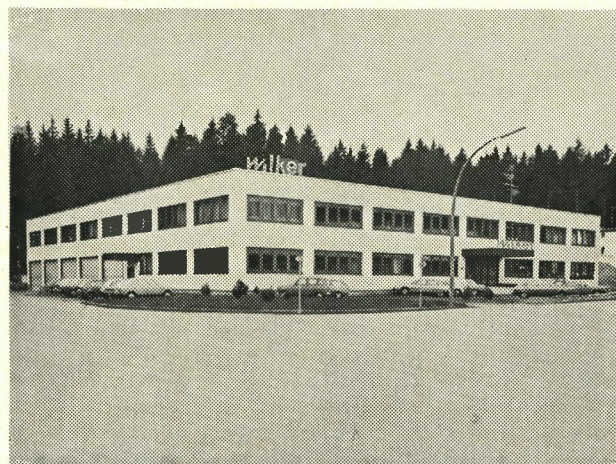
Heute bedienen etwa 40 Fachkräfte einen Kundenstamm, dessen verantwortungsvolle Tätigkeit im Gesundheitswesen nicht nur einer fachgerechten Beratung, sondern auch einer gewissenhaften Service-Leistung bedarf. Die außerordentlich weitgefächerte Angebotspalette eines Dental-Depots reicht vom Verkauf aller Geräte, Einrichtungen, Maschinen und Materialien, die in einem zahnärztlichen Sprechzimmer oder einem zahntechnischen Laboratorium benötigt werden, bis zu allen Einzelheiten der Planung einer Zahnarztpraxis und der Wartung und Reparatur der Einzelgeräte. Eine besondere Eigenart im Warensortiment bildet der Unterhalt eines Zahnlagers, aus dem der Zahnarzt oder Zahntechniker den für seinen Patienten passenden Zahn aussuchen kann. Ein Lager von ca. einer halben Million künstlicher Zähne steht dazu zur Verfügung.

Mit dem Bezug neuer Räume in Augsburg, Hermanstraße 11, ist die Firma Huber-Eitel Dental GmbH nunmehr in Stand gesetzt, Zahnärzte und Laboratorien mit einem erweiterten und vergrößertem Sortiment zu bedienen. Die räumliche Ausdehnung der neuen Geschäftsräume läßt außerdem Platz für Ausstellungsmöglichkeiten und Demonstrationen einer Reihe von zahnärztlichen Arbeitsplätzen der verschiedensten Fabrikate.

Wir wünschen auch weiterhin Geschäftserfolg.

Michael & Wilker KG hat eine neue Betriebsstätte

Das bedeutende Elektro-Großhandelsunternehmen im Landkreis Traunstein, Michael & Wilker, Elektro-Großhandelshaus, siedelte in eine neue Betriebsstätte um, die den Rahmen bilden soll, den wachsenden Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.



Die Anforderungen an eine Elektro-Großhandelsfirma sind hoch: Es müssen für die Elektro-Branche immerhin 15.000 – 20.000 Artikel in einem übersichtlichen Lager bereitgestellt und verwaltet werden. Dafür wurde eine rationelle Abwicklung in einer EDV-überwachten Regalanlage mit 5.000 qm Nutzfläche geschaffen.

Der darauf abgestimmte Fuhrpark ist mit kurzen Lieferfristen in der Lage, im Umkreis von 50 – 70 km eine schnelle Bedienung des Elektro-Fachhandwerks und -Fachhandels zu bewerkstelligen. Um eine möglichst vollständige Beratung und Information geben zu können, wurde ein großzügiges Informations- und Beratungszentrum mit einer damit verbundenen Verkaufsfläche von 1.000 qm geschaffen. Die ständig wechselnde Ausstellung stellt das erweiterte Schaufenster des Fachhandels dar und gibt dem Kundenkreis Gelegenheit, sich umfassend zu informieren und beraten zu lassen. Auch an einen modernen Schulungsraum wurde gedacht, der gezielte Produkt- und Lieferanteninformationen für den Fachhandel und das Fachhandwerk bei Michael & Wilker KG zuläßt.

All diese Vorteile konnten zusammengefaßt werden auf einer bebauten Grundfläche von 2.700 qm in zweigeschossiger Fertigteilbauweise mittels einer Stahlrahmenkonstruktion, so daß eine 5.000 qm große Nutzfläche herauskam, die die Lager-, Verwaltungs- und Sozialräume in sinnvoller Weise miteinander verbindet.

Die Firma Michael & Wilker KG betrachtet sich als engen Partner des Fachhandels. Im Bewußtsein der Bedeutung als Mittler zwischen dem Partner des Elektrofachhandels und Elektrohandwerks einerseits und den Lieferanten der Elektroindustrie andererseits, ist dieses Bauwerk entstanden, das den Anforderungen bis weit in die 80iger Jahre gewachsen sein soll.

Die Geschäftsleitung mit dem Senior-Chef, Herrn Wilker, und seinem Sohn, Herrn Hövel, verbindet eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Immerhin können 6 Mitarbeiter auf eine mehr als 25jährige und weitere 15 Mitarbeiter auf eine 10jährige Betriebszugehörigkeit zurückblicken. Daraus bildet sich der Kern der Führungsmannschaft, der sich die notwendigen Aufgaben stellen wird. Daß sie in der erwarteten und erhofften Weise bewältigt werden können, wünschen wir dieser dynamischen Firma von Herzen.

Neu-Eröffnung bei Erlbacher

Trotz Anmietung von Lager- und Parkflächen wurden die bestehenden Geschäftsräume unserer Mitgliedsfirma Erlbacher, Elektro-Großhandel, Nürnberg, in den letzten Jahren eng und enger; ein wirtschaftliches Arbeiten war nicht mehr möglich. Deshalb faßte man 1978 den Entschluß, den Betrieb auf die grüne Wiese zu verlagern. Es bot sich das Hafengebiet mit seiner optimalen Anbindung an das gesamte nordbayerische Schnellstraßennetz an. Die Pläne wurden mit Baubeginn im August 1978 in die Tat umgesetzt, so daß heute erstklassige Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung dieses Unternehmens bestehen: Ausreichende Parkmöglichkeiten, ein rationelles Lagersystem und sehr gut gestaltete Ausstellungsräume in einer Größenordnung von 800 qm.

Die Firma Erlbacher war kurz nach dem Kriege 1946 durch Herrn Fritz Erlbacher in Berlin gegründet worden, aber infolge der politischen Entwicklung 1950 nach Nürnberg verlegt worden. Zuerst kam sie in einem provisorischen Unterschlupf in einer Großruine unter, 1953 wurde dann das Grundstück in der Georg-Strobel-Straße 3 erworben. 1970 übernahm Herr Peter Brandl als Komplementär die Ge-

schaftsführung der Firma, 1971 wurde zu den bestehenden Lagerräumen ein 4stöckiges Haus mit Ausstellungs- und Büroräumen in Betrieb genommen. Aber diese Ausdehnungsmöglichkeiten konnten den immer größer werdenden Raumbedarf nicht auffangen, so daß der Neubau nötig wurde.

Heute beschäftigt die Firma etwas über 50 Mitarbeiter, das Lieferprogramm umfaßt elektrotechnisches Baumaterial und Leuchten, sowie Geräte und Küchen.

Unser Landesverband wünscht auch in den neuen Räumen weiterhin eine erfreuliche Geschäftsentwicklung.

20 Jahre Camping-Ausstellungen bei Kanzewitsch

Im Kreise vieler Gäste konnte unsere Mitgliedsfirma Edgar Kanzewitsch KG, Außenhandelsgesellschaft mbH für Metallwaren und Sportartikel in Kronach, am 30. Juni 1979 das 20-jährige Jubiläum der Camping-Ausstellung feiern.



Die Firma Kanzewitsch wurde 1951 durch Herrn Edgar Kanzewitsch gegründet. 3 Jahre später knüpfte sie erste Kontakte zu Produzenten und aus der DDR an, nachdem sie sich die ersten 3 Jahre mit der Produktion und dem Vertrieb von Sport- und Wetterbekleidung befaßt hatte. 1955 erhielt sie den Alleinvertrieb magnetischer Sportlehrtafeln für das gesamte Bundesgebiet und das westliche Ausland. Ein Jahr später kam die Vertretung verschiedener Sport- und Freizeitartikel aus der DDR hinzu. 1959 machte der Geschäftserfolg einen Neubau in Kronach erforderlich. Es fand die erste Camping-Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Sport- und Freizeitindustrie der DDR statt. 1960 wurde die Firma Generalvertreter der gesamten Sport- und Camping-Industrie der DDR für das Bundesgebiet einschließlich Berlin. Die Expansion ging weiter: 1962 konnte das Firmengelände eines ehemaligen Sägewerks erworben werden, zwei Hallen mit großzügigen Lager- und Verwaltungsräumen wurden gebaut, die dann 1963 bezogen werden konnten. Aber schon 1967 erwies sich das neue Lager als zu klein. Eine weitere Halle wurde gebaut. Die neuen Räumlichkeiten erlaubten die Ausstattung der Service-Abteilung mit Textil- und Holzverarbeitungsmaschinen; 1970 erfolgt der Anbau eines 3stöckigen Lagergebäudes.

Im Alter von nur 40 Jahren verstarb 1971 der Firmengründer Edgar Kanzewitsch. Das Geschäft wurde durch seine Ehefrau Christa mit Unterstützung der bewährten Mitarbeiter erfolgreich fortgeführt. 1976 mußte bereits wieder an einen weiteren Anbau gedacht werden, da die Expansion kontinuierlich in den vergangenen 5 Jahren fortgeschritten war.

Aller Grund also, den Geschäftserfolg auch im Rahmen des 20jährigen Jubiläum der Camping-Ausstellung zu feiern!

Buchbesprechungen

Grenzen des Wachstums?

Rohstoff-Technik-Energie

Die Stimmung schwankt häufig zwischen Aggression und Resignation, wenn Mitarbeiter im Betrieb über Wirtschaft und Wachstum sprechen, denn „Wirtschaftswachstum steigert ja doch nur den Profit der Bosse“. Vorurteile dieser Art hilft die neue DIV-Minibroschüre zu beseitigen.

Die Mitarbeiter in den Betrieben sollten die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Mensch und Maschine, Rohstoff und Technik, Energie und Wachstum kennen. Die neue DIV-Minibroschüre verdeutlicht diese Zusammenhänge argumentativ und eindringlich. Sie zeigt, daß Wirtschaftswachstum keine Profitmache, sondern das ureigenste Problem jedes einzelnen ist. Diese Broschüre eignet sich daher in besonderer Weise zum „Großeinsatz“.

Zu bestellen beim Deutschen Instituts-Verlag GmbH, Oberländer Ufer 84-88, 5000 Köln 51, Tel. (0221) 3704341. Mengenstaffel (brutto):

- ab 10 Exemplaren DM 3,30
- ab 20 Exemplaren DM 3,20
- ab 50 Exemplaren DM 3,10
- ab 100 Exemplaren DM 2,95.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

von Dr. Achim Lepke

Band 21 der Bücherei „betrieb + personal“

Format 14,8 x 21 cm – 136 Seiten – Best.-Nr. 446211, DM 18,80 Stollfuß Verlag Bonn.

Trotz des von der Bundesregierung verfügten Anwerbestopps werden weiterhin in erheblichem Umfang ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. Die damit verbundenen Probleme sind vielschichtig und oft Anlaß zu weitreichenden Auseinandersetzungen, auch arbeitsgerichtlicher Art.

Das vorliegende Buch will in erster Linie als arbeitsrechtlicher Leitfaden für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer verstanden sein. Es richtet sich an Personalsachbearbeiter und Mitglieder von Betriebs- und Personalvertretungen, die speziell mit solchen Fragen befaßt sind. Von der Einstellung bis zur Entlassung werden alle für die betriebliche Praxis wesentlichen Fragen, insbesondere unter Auswertung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung dargestellt. Zahlreiche Beispiele vertiefen das Verständnis.

Jahrbuch der Export- und Versandleiter

Das Jahrbuch der Export- und Versandleiter liegt jetzt mit der Ausgabe 1979 vor. Es unterrichtet praxisnah, umfassend und aktuell die verladende Wirtschaft über die Einfuhrbestimmungen für über 200 Länder. Im allgemeinen Teil sind u.a. enthalten: Die wichtigsten Passagen AWG/AWV, Ausfuhrgarantien und -bürgschaften, Incoterms (in deutsch und englisch), Gefahren- und Kostenübergang im Außenhandel, Trade terms, Transportversicherung, Kontaktadressen, Seefrachtrabatte, Hinweise für den Luftfrachtverkehr und Charterverträge.

Jedes aufgeführte Land verfügt u.a. über Angaben zur Einwohnerzahl, Außenhandelsstatistiken in DM und tons, See- und Zollflughäfen, Uhrzeit gegenüber MEZ, Handelsprache, Landeswährung, Zolltarif, Frachtzahlung in TIR-Verkehr, Carnet ATA und alle notwendigen Dokumente für den See-, Bahn-, Straßen-, Luft- und Postverkehr.

Herausgeber: K.O. Storck & Co., Verlag und Druckerei GmbH, Stahlwiete 7, 2000 Hamburg 50, 38,- DM + MwSt.

Der Vertragshändlervertrag unter Einschluß des EG-Kartellrechtes

Von Rechtsanwalt Dr. Herbert Stumpf, unter Mitwirkung von Rudolf Zimmermann, beide Frankfurt

2., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1979, 321 Seiten, Leinen, DM 98,-

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH, 6900 Heidelberg, Bestell-Nr. ISBN 3/8005/6912/4

Die Gestaltung und Behandlung von Verträgen mit Vertragshändlern werfen in der Praxis besondere rechtliche Probleme auf. Der vorliegende Band soll den Abschluß dieser Verträge erleichtern und Klarheit über die bei der Abwicklung auftretenden rechtlichen Schwierigkeiten geben. Das Buch wendet sich dabei nicht nur an den Juristen, sondern auch an den mit Vertriebsfragen befaßten Kaufmann.

Da Vertragshändlerverträge häufig mit ausländischen Partnern abgeschlossen werden, wurde auch der Darstellung der Problematik solcher Auslandsverträge breiter Raum gewidmet. Die Darlegungen schließen mit einer Darstellung des Deutschen und des EG-Kartellrechtes. Die in den Anhang des Buches aufgenommenen Vertragsmuster sind für den Praktiker besonders wertvoll.

Die 2. Auflage ist überarbeitet, erweitert und auf den neuesten Stand gebracht. Einschlägige neue Rechtsprechungen und Literatur sowie neue Entwicklungen wurden berücksichtigt. Vertieft wurden die Kapitel über den Gebietsschutz und den Ausgleichsanspruch, da diese Probleme in der letzten Zeit besonders an Bedeutung gewonnen haben.

Zollbestimmungen im Reiseverkehr

Zu Beginn der Reisesaison 1979 hat der Bundesfinanzminister die deutschen Auslandsreisenden auf die geänderten Zollbestimmungen im Reiseverkehr hingewiesen. Danach wurde die Freimenge für die Einfuhr von Wein im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr von 3 auf 4 l erhöht und die Wertgrenze für eine mögliche pauschalierte Abgabenerhebung von 240 auf 250 DM angehoben. Ein besonderer Ursprungsnachweis zur Erlangung von Zollfreiheit für Einfuhren aus EFTA-Staaten (Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz mit Liechtenstein) ist erst erforderlich, wenn der Warenwert 1.250 DM übersteigt. (Bisher 1.100,- DM). Das Mindestalter für die abgabefreie Einfuhr von Tabakwaren und alkoholischen Getränken ist von 15 auf 17 heraufgesetzt worden.

Näheres darüber und viele Tips und Ratschläge können deutsche Auslandsurlauber der Broschüre „Gute Fahrt mit dem Zoll“ entnehmen, die das Bundesfinanzministerium auch in diesem Jahr wieder herausgegeben hat. Sie ist ab sofort bei allen Zollstellen und beim Bundesfinanzministerium Bonn, Referat Presse und Information, erhältlich (Anschrift: Postf. 1308, 5300 Bonn 1).

HAMMER/LASSIG

Postordnung und ergänzende Vorschriften

Textausgabe mit Erläuterungen und Wegweiser für die Wirtschaft durch die Benutzungs- und Gebührenbestimmungen der Deutschen Bundespost im Inland und nach dem Ausland

Von Dr. sc. pol. Karl-Heinrich HAMMER und Dr. jur. Roland LASSIG

Ergänzbare Ausgabe einschließlich 38. und 39. Ergänzungslieferung, 786 Seiten, DIN A 5, Plastikordner, DM 46,-.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Zum Inhalt:

Die 38. und die 39. Ergänzungslieferung zu diesem wichtigen Wegweiser für die Wirtschaft sind zwischenzeitlich herausgebracht worden.

Die beiden Lieferungen enthalten alle am 1. Januar 1979 in Kraft getretenen Tarifänderungen des In- und Auslandsdienstes, u. a. für den Paketdienst nach dem Ausland, ferner die Auslandspostgebührenordnung sowie die ebenfalls ab 1.1.1979 geltende Neufassung der Postzeitungsordnung und Postzeitungs-Gebührenordnung. Außerdem wurden aufgenommen alle inzwischen eingetretenen Änderungen der Ausführungsbestimmungen zur Postordnung.

Wie bei diesem Werk üblich, sind die Änderungen und Ergänzungen bereits enthaltener Texte und Erläuterungen durch Randlinien kenntlich gemacht worden. Außerdem werden zur leichteren Orientierung unter jedem Stichwort jeweils die Bestimmungen für den Inlands- und für den Auslandsdienst getrennt aufgeführt.

**Berichte zur Bildungspolitik 1979/80
des Instituts der Deutschen Wirtschaft**

Herausgegeben von Uwe Göbel und Winfried Schlaffke

Format DIN A 5, 360 Seiten + 1 Ausklappseite, broschiert,
Einzelpreis DM 24,80 brutto, ISBN 3-88054-317-8

Überfüllte Hochschulen und weithin verunsicherte und frustrierte Studenten hat uns das blinde Vertrauen auf den Wert einer vermeintlich „höheren“ Bildung beschert. Gleichzeitig aber haben die Unternehmen Schwierigkeiten, hochqualifizierte Mitarbeiter zu finden. Diesem weitgehend zusammenhanglosen Nebeneinander von Bildung und Beschäftigung liegt eine Fehlentwicklung des Bildungswesens zugrunde, die zu korrigieren es höchste Zeit ist.

Mit den in diesem Jahr zum dritten Mal erscheinenden „Berichten zur Bildungspolitik“ legt das Institut der deutschen Wirtschaft ein Bildungskonzept vor, das durch eine Neugestaltung des gesamten Bildungswesens den Erfordernissen der achtziger Jahre gerecht wird. Schwerpunkte dieses Konzepts sind zum einen die Integration der Bildungs- und Berufsberatung und der Weiterbildung in das Bildungssystem, zum anderen der Ausbau der Zusammenarbeit von Bildungs- und Beschäftigungssystem.

Diesen Schwerpunkten sind konkrete Vorschläge zu inhaltlichen und organisatorischen Änderungen des bestehenden Bildungssystems zugeordnet, für die die Zeit besonders günstig ist, da Schulen und Hochschulen in den kommenden Jahren auf Grund der geburtschwachen Jahrgänge von ihren jetzt noch drängenden und ungelösten Kapazitätsproblemen entlastet werden.

Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Oberländer Ufer 84-88, 5000 Köln 51
Telefon (0221) 3704341

Obergärig ist unser Bier.



Hacker-Pschorr



Kloster Weißbier und Erstes Münchner Alt,
die obergärigen Premium-Biere von Hacker-Pschorr.

Die Hacker-Pschorr Bräu AG freut sich über die mit dem Verband Bayerischer Bier- und Getränke-Fachgroßhändler e.V. vereinbarte Fördermitgliedschaft. Gerne beraten wir Sie in allen gemeinsamen Fragen und Problemen.

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
August 1979 · Nr. 8/1979

Das aktuelle Thema	3	Kein Treibsatz für Systemwechsler
Arbeitgeberfragen	4	Förderprogramm für die Einstellung Schwerbehinderter
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	4	Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes
	5	Beschränkung der Haftung des Berufskraftfahrers durch Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abschluß einer Vollkaskoversicherung
	6	Grenzen der Haftung des Arbeitgebers für Schäden des Arbeitnehmers nach Unfall auf Dienstreise mit eigenem Pkw Lohnpfändung – ein Kündigungsgrund? Urlaub in der Kündigungsfrist Unzulässiger Verzicht des Arbeitgebers auf Wettbewerbsverbot nach Bekanntgabe des zukünftigen Arbeitgebers durch den Arbeitnehmer
Wettbewerbsrecht	7	Verkaufsveranstaltungen des Großhandels an Sonn- und Feiertagen
Allgemeine Rechtsfragen	9	Mutterschaftsurlaub
Berufsausbildung und -Förderung	10	Fortsetzung des Berufsausbildungsverhältnisses nach Nichtbestehen der Wiederholungsprüfung
	11	Berufsfindungsangebot des Groß- und Außenhandels
Verkehr	12	Dieselmzuschlag – ein negatives Preissignal
Konjunktur und Marktentwicklung	12	Weiterhin verhaltene Investitionsentwicklung im Großhandel
Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel	14	Warenverkehr mit der DDR und Ost-Berlin Hartwig: Chancen der Liberalisierung energiepolitisch nutzen Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern
	15	Ein verbandspolitisches Angebot zur Ausfuhrsteigerung: Zollantrag und Zollanwendung bei Abfertigung von Waren zum freien Verkehr Diesel-Bezugsscheinsystem für ausländische Lkw eingeführt
Verschiedenes	15	Informationsreise für mittelständische Unternehmer
	16	Deutscher Führungskräfte-Kongress '79 Seminar „Zukunfts-Perspektiven für den Großhandel“
Personalien	17	
Buchbesprechungen	18	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · RA Frankenberger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München 2, Ottostr. 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostr. 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema:

Kein Treibsatz für Systemwechsler

In seinem Mitbestimmungsurteil hat sich das Bundesverfassungsgericht – entgegen einer schon jetzt verbreiteten Auffassung – durchaus extensiv mit gewissen Grundsatzfragen beschäftigt. Das betrifft vor allem die Ausführungen über das Verhältnis unserer Wirtschaftsordnung zur Verfassung. So hat das Gericht erklärt, das Grundgesetz enthalte keine unmittelbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten Wirtschaftsordnung. Auch normiere es nicht konkrete verfassungsrechtliche Grundsätze der Gestaltung des Wirtschaftslebens. Es überlasse dessen Ordnung vielmehr dem Gesetzgeber, „der hierüber innerhalb der ihm durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen frei zu entscheiden hat...“. Die Verfassungsmäßigkeit wirtschaftsordnender Gesetze sei unter dem Gesichtspunkt der Grundrechte „primär eine solche der Wahrung der Freiheit des einzelnen Bürgers“. Sie sei nicht Frage eines „institutionellen Zusammenhangs der Wirtschaftsverfassung“, der, wie das Gericht wörtlich sagt, „durch verselbständigte, den individualrechtlichen Gehalt der Grundrechte überhöhende Objektivierungen begründet wird, oder eines mehr als seine grundgesetzlichen Elemente gewährleistenden 'Ordnungs- und Schutzzusammenhangs der Grundrechte'“. Anschließend heißt es, das Grundgesetz sei „wirtschaftspolitisch neutral“; der Gesetzgeber dürfe jede ihm sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte, beachte.

Höhenflüge in „eine andere Republik“?

Bedeutet diese Passagen womöglich, daß da im Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein Treibsatz für Systemwechsler eingebaut ist? Werden sich Sozialisten und Gewerkschafter nun des Mitbestimmungsurteils bemächtigen, um es sozusagen als Kerosin für ihre ordnungspolitischen Höhenflüge in „eine andere Republik“ zu verwenden? Wird man jetzt, vermeintlich mit Duldung des Bundesverfassungsgerichts, die Soziale Marktwirtschaft abschaffen können – mit allem, was dazugehört: der – gewiß ohnehin schon weit eingeschränkten – unternehmerischen Entscheidungsfreiheit, aber auch der Freiheit des Verbrauchers, dem Wettbewerb, den Gesetzen von Rentabilität und Markt? Und mit dem Ergebnis des Wohlstandes, den uns dieses System der Sozialen Marktwirtschaft beschert hat, das sich als das leistungsfähigste Wirtschaftssystem der Welt überhaupt erwiesen hat? Kann der Begründung der Karlsruher Richter wirklich entnommen werden, daß da keinerlei Zusammenhang zwischen den Grundrechten und Grundwerten unserer Verfassung einerseits und dem Kern der Sozialen Marktwirtschaft andererseits besteht?

Grundrechte und soziale Marktwirtschaft

In Wirklichkeit sind die Inhalte konkreter Grundrechte aus unserer Verfassung identisch mit wesentlichen Elementen der Sozialen Marktwirtschaft. Das sind vor allem das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), die Freizügigkeit (Artikel 11), die Berufsfreiheit (Artikel 12), die Eigentumsgarantie (Artikel 14) und die Sozialstaatsgarantie (Artikel 20, Abs. 1). Diese Ordnungskriterien finden ihren Ausdruck in der freien Konsumwahl, in der freien Wahl des Arbeitsplatzes, in der Eigenverantwortung des Unternehmers für Investitionen und in der Tarifautonomie; sie gehen eindeutig aus dem Grundgesetz hervor. Mit anderen Worten: Bestimmte Verfassungsartikel aus dem Bereich der Grundrechte lassen

sich, soweit es um die Wirtschaftsordnung geht, nur marktwirtschaftlich interpretieren.

Sozialisierung nur unter Vorbehalt

Aber der Sozialisierungsartikel? Läßt sich mit seiner Hilfe nicht – ohne daß die Verfassung berührt würde – der Sozialismus installieren? Findet damit zumindest nicht die vermeintlich lapidare Aussage von der „Neutralität“ des Grundgesetzes ihre Bestätigung? Auch hier haben die Systemveränderer bisher schon ebenso plakativ wie unpräzise operiert. Denn bereits der Absatz 3 des Eigentumsartikels 14 zieht die Bremse: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig...“. Und der Sozialisierungsartikel 15 ist ein „Kann“-Artikel: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergesellschaftung durch ein Gesetz... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden...“. Kein Zweifel, daß demgegenüber der indikative Formulierung des Artikels 14 „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet“ die normierende Bedeutung zukommt.

Kein Widerspruch zum Urteil

Setzt sich, wer solches feststellt, in Widerspruch zum Mitbestimmungsurteil? Eben davon kann nicht die Rede sein. Sollten sich die auf institutionelle Veränderungen zielenden Angriffe der jüngeren und jüngsten Zeit auf die Soziale Marktwirtschaft nun unter Berufung auf Karlsruhe wiederholen, muß befürchtet werden, daß dabei eine entscheidende Festlegung der Verfassungsrichter geflissentlich verschwiegen wird. Diese haben nämlich dem Gesetzgeber die Verfolgung „jeder ihm sachgemäß erscheinenden Wirtschaftspolitik“ nur unter der Voraussetzung zugestanden, daß er „dabei das Grundgesetz, insbesondere die Grundrechte, beachtet“. Die Grundrechte aber enthalten eben jene Elemente einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft, von denen die Rede war. Eine Interpretation des Karlsruher Urteils dahingehend, daß keinerlei Bindungen unserer geltenden und so erfolgreich praktizierten Wirtschaftsordnung an die Verfassung existierten, ist daher unzulässig.

Das ist auch aus der Forderung des Gerichtes nach Zusammenarbeit der Partner im Betrieb im Rahmen des Mitbestimmungsgesetzes ableitbar. Und wer den engagierten Verfechtern der Mitbestimmung die Verbindung von Mitbestimmung und Demokratie als eine in ihrer ideellen Ausprägung zulässige Assoziation zugesteht, darf dann auch den unauflöslichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft betonen.

Was Müller-Armack wollte

Demokratie und Soziale Marktwirtschaft entsprechen sich, während zwischen Demokratie und allen Spielarten einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft ein systembedingter Widerspruch besteht. Dieser Grundtatbestand enthebt Wirtschaftspolitiker und Unternehmer nicht der Verpflichtung, den gegebenen Ordnungsrahmen ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht auszufüllen. Im übrigen scheint es in Vergessenheit geraten zu sein, daß der „Cheftheoretiker“ des Systems, Müller-Armack, schon vor 33 Jahren eine – freilich funktional zu verstehende – partnerschaftliche Mitbestimmung gefordert hat, daß er gegen Monopole aufgetreten ist, daß er sich für eine bewußte Be-

schäftigungs- und Strukturpolitik, für sozialen Ausgleich, für eine Förderung kleiner Betriebe und genossenschaftliche Selbsthilfe ausgesprochen hat. Die so häufig bestrittene soziale Komponente dieser „neuen“ Marktwirtschaft, mit der der klassische Kapitalismus endgültig überwunden wurde, war eindeutig vorgezeichnet.

Freiheitsschutz für den Einzelnen

Müller-Armack schwebte eine „Ordnung nach dem Maße des Menschen“ vor – so wie sie für den politischen Rahmen den Schöpfern des Grundgesetzes vor Augen stand. Dieser „Ordnung nach dem Maße des Menschen“ entspricht folgende Passage aus der Karlsruher Urteilsbegründung: „Allerdings darf die Berücksichtigung der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers nicht zu einer Verkürzung dessen führen, was die Verfassung in allem Wandel unverändert gewährleisten will, namentlich nicht zu einer Verkürzung der in den Einzelgrundrechten garantierten individuellen Freiheiten, ohne die nach der Konzeption des Grundgesetzes ein Leben in menschlicher Würde nicht möglich ist. Die Aufgabe besteht infolgedessen darin, die grundsätzliche Freiheit wirtschafts- und sozialpolitischer Gestaltung, die dem Gesetzgeber gewahrt bleiben muß, mit dem Freiheitsschutz zu vereinen, auf den der einzelne Bürger gerade auch dem Gesetzgeber gegenüber einen verfassungsrechtlichen Anspruch hat (BVerfGE 7, 377 (400)).“

Wer darin nicht eine Rechtfertigung wesentlicher Elemente der Sozialen Marktwirtschaft erblickt, lasse alle Hoffnung fahren: Unter Berufung auf das Karlsruher Mitbestimmungs-urteil wird er die Soziale Marktwirtschaft nicht aus den Angeln heben dürfen.

(ibw)

Arbeitgeberfragen

Förderprogramm für die Einstellung Schwerbehinderter

Im Hinblick auf die unverändert schwierige Arbeitsmarktsituation für Behinderte und die bei der Durchführung des 1. und 2. Sonderprogrammes des Bundes und der Länder zur verstärkten Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte gewonnenen Erfahrungen haben Bund und Länder auf Vorschlag des Beirates für die Rehabilitation der Behinderten die Durchführung eines entsprechenden 3. Programmes beschlossen. Das 3. Sonderprogramm hat eine Laufzeit vom 1.4.1979 bis 31.3.1980.

Danach können Arbeitgeber, die ihre Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt haben und bereit sind, zusätzlich Schwerbehinderte oder Gleichgestellte einzustellen, einen einmaligen Förderbetrag erhalten, und zwar

1. 18.000,- DM für die Einstellung
 - a) eines Schwerbehinderten, der auf eine Hilfskraft dauernd angewiesen ist, oder
 - b) eines schwerbehinderten Jugendlichen mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens 80% zur beruflichen Erstausbildung,
2. 15.000,- DM für die Einstellung eines schwerbehinderten oder gleichgestellten Jugendlichen zur beruflichen Erstausbildung,
3. 12.000,- DM für die Einstellung
 - a) eines Schwerbehinderten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens 80%,
 - b) eines Schwerbehinderten oder Gleichgestellten, der das 55. Lebensjahr vollendet hat, oder

c) eines Schwerbehinderten oder Gleichgestellten, der mindestens seit einem Jahr arbeitslos ist,

4. 8.000,- DM für die Einstellung eines Schwerbehinderten oder Gleichgestellten, sofern er
 - a) seit mindestens 6 Monaten arbeitslos ist,
 - b) im Anschluß an die Ausbildung arbeitslos ist,
 - c) im Anschluß an den Besuch einer allgemein-bildenden Schule arbeitslos ist und wegen Art und Schwere der Behinderung voraussehbar ist, daß er nach den Gesamtumständen an keiner Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes teilnehmen kann oder
 - d) bisher in einer anerkannten Werkstatt für Behinderte tätig war.

Wird ein Schwerbehinderter oder Gleichgestellter zur Beschäftigung in Teilzeit eingestellt, wird nur ein der kürzeren Arbeitszeit entsprechender Förderbetrag gewährt, es sei denn, daß die kürzere Arbeitszeit wegen Art und Schwere der Behinderung notwendig erscheint.

Die Förderbeträge nach dem 3. Sonderprogramm werden zusätzlich zu den gesetzlichen Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz gewährt. Werden solche Leistungen in Anspruch genommen, ermäßigen sich die Förderbeträge nach diesem Sonderprogramm pauschal um 30%.

Anträge auf Gewährung von Zuschüssen können ab sofort beim örtlich zuständigen Arbeitsamt eingereicht werden.

Arbeitsrechtliche Entscheidungen

Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes

Am 1.7.1979 trat die Neufassung des Arbeitsgerichtsgesetzes in Kraft.

Die Gesetzesänderung dient der Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens. Folgende Änderungen sind für die Praxis besonders wichtig:

§ 54: Die Vorschriften über die Güteverhandlung erfahren eine wesentliche Änderung. Künftig kann die Klage gem. § 54 Abs. 2 Satz 1 bis zur Stellung der Anträge ohne Einwilligung des Beklagten zurückgenommen werden. Ein in der Güteverhandlung abgegebenes gerichtliches Geständnis hat gem. § 54 Abs. 2 Satz 2 nur dann bindende Wirkung, wenn es zu Protokoll erklärt worden ist. Der neue § 54 IV entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 55 Abs. 1, wonach sich bei Nichterscheinen einer Partei oder Erfolglosigkeit der Güteverhandlung die weitere Verhandlung unmittelbar anschließt. Stehen dem Hinderungsgründe entgegen, soll die weitere Verhandlung alsbald – bislang binnen 3 Tagen – stattfinden. Erscheinen oder verhandeln beide Parteien in der Güteverhandlung nicht, ordnet künftig der Vorsitzende gem. § 54 Abs. 5 Satz 1 das Ruhen des Verfahrens an; bislang wurde in einem solchen Fall Termin zur streitigen Verhandlung bestimmt.

§ 55: Der neue § 55 Abs. 4 dient der Beschleunigung des Verfahrens. Danach kann der Vorsitzende in bestimmten dort aufgezählten Fällen vor der streitigen Verhandlung einen Beweisbeschluß erlassen und ausführen.

§ 56: In § 56 erfolgt eine Angleichung an die Vorschriften der ZPO. Der Vorsitzende kann nunmehr zwecks Vorbereitung der streitigen Verhandlung über die ihm bisher eingeräumten Möglichkeiten hinaus den Parteien unter Fristsetzung die Ergänzung oder Erläuterung ihrer Schriftsätze und die Vorlegung von Urkunden und anderen Gegenständen aufgeben. Angriffs- und Verteidigungsmittel, die nach Ablauf einer solchen Frist vorgebracht werden, sind – so die

Neuregelung – nur zugelassen, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt.

§ 61 a: Diese Norm ist besonders wichtig und neu in das Gesetz aufgenommen und bezweckt die besondere Beschleunigung von **Kündigungsschutzverfahren**. Danach soll die Güteverhandlung innerhalb von zwei Wochen nach Klageerhebung stattfinden. Ist eine weitere Verhandlung erforderlich, kann der Vorsitzende den Parteien Fristen – Mindestdauer zwei Wochen – zur Klageerwidmung und zur Stellungnahme dazu setzen. Verspätetes Vorbringen ist grundsätzlich ausgeschlossen.

§ 64: Das Recht der Berufung erfuhr mehrere Änderungen. So kann in vermögensrechtlichen Streitigkeiten die Berufung im Hinblick auf den Wert des Beschwerdegegenstandes nur eingelegt werden, wenn dieser DM 800,- übersteigt (bislang: wenn er DM 300,- erreicht). Neu eingefügt ist § 64 Abs. 8, wonach Berufungen in Kündigungsschutzverfahren vorrangig zu erledigen sind.

§ 66: Die Berufungs- und die Berufungsbegründungsfrist wurden von zwei Wochen auf je einen Monat verlängert.

§§ 72, 72 a: Die wichtigste Änderung des Revisionsrechts liegt im Wegfall der Streitwertrevision. Die Revision ist zuzulassen bei grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache und bei Divergenz, wobei die bisherige Regelung um den Fall divergierender Entscheidungen verschiedener Kammern desselben Landesarbeitsgerichts erweitert worden ist.

Die vom Gesetzgeber neu eingefügte Nichtzulassungsbeschwerde kann nur eingelegt werden bei grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache, wenn es um folgende Rechtsstreitigkeiten geht:

1. zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen,
2. über die Auslegung eines Tarifvertrages, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk des Landesarbeitsgerichts hinaus erstreckt, oder
3. zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt.

Nach dem neuen Gesetz ist es noch mehr als bisher erforderlich, die Arbeitsgerichtsverfahren gut vorzubereiten und uns rechtzeitig einzuschalten. Wir bitten daher bei Ar-

beitsgerichtsprozessen, uns umgehend und vollständig zu informieren, da es bei dem neuen Gesetz sonst im Einzelfall zu erheblichen Schwierigkeiten kommen kann.

Beschränkung der Haftung des Berufskraftfahrers durch Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abschluß einer Vollkaskoversicherung

Entgegen der bisherigen Rechtsprechung von Bundesgerichtshof und Bundesarbeitsgericht hat das LAG Bremen in seinem Urteil vom 31.01.1979 – 2 Sa 194/78, 2 Sa 203/78 – entschieden, daß das Nichtbestehen einer Kaskoversicherung für einen beschädigten LKW zu einer Haftungsbeschränkung auf seiten des Arbeitnehmers führen könne.

In seiner Begründung führt das LAG aus, daß aufgrund der Neufassung des § 15 Abs. 2 der Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung Ersatzansprüche des Versicherungsnehmers, die nach § 67 VVG auf den Versicherer übergegangen sind, gegen den berechtigten Fahrer und andere in der Haftpflichtversicherung mitversicherte Personen sowie gegen den Mieter oder Entleiher nur geltend gemacht werden können, wenn von ihnen der Versicherungsfall vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist. Damit sei die Kfz-Kaskoversicherung zu einem Instrument für die Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung geworden, da sie geeignet sei, in den Fällen in denen der angestellte Kraftfahrer nur leicht fahrlässig gehandelt habe, diesem einen wirksamen Schutz gegen die Inanspruchnahme bei Schäden am Fahrzeug des Arbeitgebers zukommen zu lassen. Im Hinblick auf die gestiegenen Risiken des Straßenverkehrs, das mögliche erhebliche Ausmaß von Schäden, die nicht durch eine Berufs-Haftpflichtversicherung des *angestellten* Fahrers abgedeckt werden könnten, wird argumentiert, daß dem Arbeitgeber wegen des nicht mehr kalkulierbaren Risikos, daß der Arbeitnehmer im überwiegenden Interesse des Arbeitgebers eingehe und wegen der Tatsache, daß eine Kaskoversicherung das Halten eines Kraftfahrzeugs nicht in unvertretbarer Weise verteuere, der Abschluß einer solchen Versicherung zuzumuten sei.

In seinem Urteil beschränkt das LAG nicht *generell* die Haftung, sondern differenziert nach dem Zeitwert des Fahrzeugs. Danach sei bei einem geringen Zeitwert der Abschluß einer Kaskoversicherung dem Arbeitgeber nicht zuzumuten, während bei höheren Zeitwerten entweder eine Kaskoversicherung mit Selbstbeteiligung oder bei Neuwert eine Vollkaskoversicherung abgeschlossen werden müsse, um das hohe Risiko des Arbeitnehmers auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Bayerische Bierkrüge

Franz Herb o.H.G. **Bierglasveredelung**

Büro: 8 München 19
Nymphenburgerstr. 121
Tel. 089/192325 u. 194189

Werk: Puchheim
Benzstr. 24
Tel. 089/803990

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

In dem zu entscheidenden Fall hielt die erkennende Kammer, ausgehend von dem durchschnittlichen Monatslohn des Arbeitnehmers und der Beitragsersparnis des Arbeitgebers, eine Selbstbeteiligung von DM 2.000,— bei einem Zeitwert des zerstörten LKWs von DM 40.000,— für angemessen. Es bleibt abzuwarten, ob das Bundesarbeitsgericht dem Tenor und der Begründung des LAG folgen wird.

Grenzen der Haftung des Arbeitgebers für Schäden des Arbeitnehmers nach Unfall auf Dienstreise mit eigenem Pkw

Der Große Senat des BAG hat in seinem Urteil vom 16.11.1978 – 3 A ZR 258/77 – abschließend die Frage entschieden, unter welchen Voraussetzungen der Arbeitgeber für von ihm nicht verschuldete Sachschäden seines Arbeitnehmers einzutreten hat. Die vom Großen Senat entwickelten Rechtsgrundsätze lassen keinen Raum für eine andere Beantwortung der Haftung in speziellen Fällen.

Danach haftet der Arbeitgeber für Sachschäden an Kraftfahrzeugen seines Arbeitnehmers, die dieser bei Dienstreisen erleidet, nur, wenn ihn hieran ein Verschulden trifft. Von diesem Grundsatz gelten dann Ausnahmen, wenn der Arbeitnehmer auf Grund seines Arbeitsvertrages zur Benutzung seines Kraftfahrzeuges verpflichtet war oder er das Kraftfahrzeug auf Verlangen seines Arbeitgebers zur Dienstreise benutzt hat. Des weiteren ist eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Entschädigung des Arbeitnehmers gegeben, wenn die Schäden bei einer gefährlichen Arbeit entstehen und außergewöhnlich sind.

In den Entscheidungsgründen ist ausgeführt, daß den Arbeitgeber das Haftungsrisiko für vom Arbeitnehmer eingesetzte eigene Kraftfahrzeuge nur dann trifft, wenn er deren Einsatz veranlaßt hat, um sie im betrieblichen Interesse zu verwerten.

Ein außergewöhnliches Schadensereignis und ein außergewöhnlicher Schaden sei nur dann gegeben, wenn der Arbeitnehmer nach der Art des Betriebes oder der Art der verrichteten Tätigkeit mit einem derartigen Schaden nicht rechnen mußte.

Lohnpfändung – ein Kündigungsgrund?

Für den Arbeitgeber ist es ärgerlich, wenn Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse zugestellt werden, mit denen der Lohn von Belegschaftsangehörigen gepfändet wird, da dies immer zu einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand führt. Das Landesarbeitsgericht Hamm hatte jetzt zu prüfen, ob eine solche Maßnahme zum Anlaß genommen werden darf, das Arbeitsverhältnis mit dem Gepfändeten fristgemäß aufzukündigen, und ob dann der Einwand des betroffenen Arbeitnehmers unter dem Tisch fällt, die Kündigung sei sozial nicht gerechtfertigt.

Der Richter ging von dem Grundsatz aus, der Arbeitgeber sei gehalten, eine durch Pfändungsmaßnahmen bedingte Arbeitsbelastung im gewissen Umfang hinzunehmen. Deshalb können Lohnpfändungen nur bei Hinzutreten weiterer Umstände den Arbeitgeber zu einer – meist ordentlichen – Kündigung berechtigen.

Von dem Sonderfall des Arbeitnehmers abgesehen, der bei dem Arbeitgeber eine herausgehobene oder Vertrauensstelle bekleide oder mit der Verwaltung von Geld befaßt sei, sei im allgemeinen für die soziale Rechtfertigung einer fristgemäßen Kündigung Voraussetzung, daß der Arbeitnehmer durch mindestens 2 Lohnpfändungen innerhalb eines nicht allzulangen Zeitraums eine nicht unerhebliche

zusätzliche Arbeitsbelastung des Arbeitgebers verursache und daß der Arbeitgeber den Arbeitnehmer hierauf hingewiesen und ermahnt habe, eine weitere Pfändungsmaßnahme zu vermeiden, und daß in Bezug auf die Arbeitnehmer vor Ablauf geraumer Zeit erneut ein Pfändungs- und Überweisungsbeschluß ergehe, sofern nicht diese abermalige Lohnpfändung einer unverschuldeten Zwangslage des Arbeitnehmers entspreche.

Nur in diesen Fällen wird eine Kündigung im Streitfall vor dem Arbeitsgericht Bestand haben können.

Urlaub in der Kündigungsfrist

Der Arbeitgeber darf dem gekündigten Arbeitnehmer für die Dauer der Kündigungsfrist den Resturlaub zuweisen. Dieses Recht hat das Landesarbeitsgericht Hamm in seinem Urteil vom 10.1.1979 (1 Sa 1412/78) bestätigt.

Die Klage eines Arbeitnehmers mit der Begründung, der Arbeitgeber dürfe den Urlaub nicht einseitig in die Kündigungsfrist legen, er verlange daher Weiterbeschäftigung und Urlaubsabgeltung, wurde abgewiesen. Nach Auffassung des LAG bestehen keine Bedenken dagegen, daß der Arbeitnehmer mit der Kündigungsfrist die Urlaubsgewährung einseitig verbindet. Grundsätzlich ist es zulässig, den Urlaub in die Kündigungsfrist zu legen. Der Kläger hätte sich gegen die Maßnahmen dann berechtigt wehren können, wenn er hieran ein *besonderes* Interesse gehabt hätte z.B. wenn er eine gebuchte Urlaubsreise nicht mehr hätte umdisponieren können. Ein bloßes Interesse daran, den Urlaub in einer ihm genehmen Zeit zu erhalten, reicht für die Annahme einer Unbilligkeit der Maßnahme des Arbeitgebers nicht aus. Die Urlaubsfestlegung steht grundsätzlich im Direktionsrecht des Arbeitgebers.

Unzulässiger Verzicht des Arbeitgebers auf Wettbewerbsverbot nach Bekanntgabe des zukünftigen Arbeitgebers durch den Arbeitnehmer

Das Bundesarbeitsgericht ist in seinem Urteil vom 26.10.1978 – 3 AZR 649/77 – hinsichtlich des Problems, unter welchen Voraussetzungen ein Arbeitgeber wirksam auf eine Wettbewerbsabrede verzichten darf, zu folgenden Feststellungen gelangt:

1. Der Arbeitgeber ist berechtigt, bis zur rechtlichen Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf das Wettbewerbsverbot zu verzichten. Vorzeitige Anfragen des Arbeitnehmers muß er nicht beantworten.
2. Ebenso ist der Arbeitnehmer nicht verpflichtet, seine möglichen zukünftigen Arbeitgeber bekanntzugeben.
3. Hat der Arbeitgeber dennoch Auskunft verlangt und erhalten und hat er aufgrund entsprechender Angaben erklärt, bei welchen Arbeitgebern der Arbeitnehmer nicht tätig werden dürfe, so ist ein danach ausgesprochener Verzicht nach § 242 BGB unwirksam (widerprüchliches Verhalten).

Der Entscheidung liegen folgende Überlegungen zugrunde:

Nach § 75a HGB kann der Arbeitgeber vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch schriftliche Erklärung auf das Wettbewerbsverbot mit der Wirkung verzichten, daß er mit dem Ablauf eines Jahres seit der Erklärung von der Verpflichtung zur Zahlung der ansich geschuldeten Karenzentschädigung frei wird. Das Recht, bis zur Beendigung des

Arbeitsverhältnisses auf das Wettbewerbsverbot zu verzichten, kann jedoch nach Treu und Glauben entfallen, wenn der Arbeitgeber den Anschein erweckt, er werde keinen Verzicht aussprechen. Dies soll z.B. dann der Fall sein, wenn der Arbeitgeber Kenntnis über die künftigen Berufspläne seines Arbeitnehmers erhält und daraufhin klarstellt, in welchen Bereichen und bei welchen Arbeitgebern der Arbeitnehmer nicht tätig werden dürfe. Dadurch

werde die zukünftige Berufstätigkeit des Arbeitnehmers gesteuert und der Eindruck erweckt, daß nur eine Tätigkeit im wettbewerbsfreien Raum in Betracht komme. Damit werde eine Lage geschaffen, die „de facto“ einem Wettbewerbsverbot gleichkomme, ohne daß – wenn zudem ein wirksamer Verzicht erklärt werden könne – eine Karenzentschädigung zu zahlen wäre. Dies widerspreche Sinn und Zweck des § 75 a HGB.

Wettbewerbsrecht

Verkaufsveranstaltungen des Großhandels an Sonn- und Feiertagen

Wir haben in unseren Kurzinformationen wiederholt darauf hingewiesen, daß die Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen nur aufgrund von Ausnahme genehmigungen erlaubt ist, die bei den Gewerbeaufsichtsämtern zu beantragen sind. Insbesondere aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 23.3.1977 wurde die zugrundeliegende gesetzliche Grundlage – § 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung – mehr und mehr restriktiv ausgelegt und unseren Firmen auf diese Weise die Durchführung der notwendigen Verkaufsveranstaltungen erschwert.

Die Bemühungen unseres Bundesverbandes, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag, eine wirtschaftsfreundlichere Handhabung der Ausnahme regelung zu erreichen, hat nunmehr einen wesentlichen Erfolg gehabt. Der Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung hat im Zusammenwirken mit den leitenden Gewerbeaufsichtsbeamten der Länder Grundsätze für eine einheitliche Ausnahmeregelung für die Hausmessen und sonstigen Orderveranstaltungen des Großhandels an Sonn- und Feiertagen erarbeitet, die wir Ihnen im folgenden im Wortlaut wiedergeben. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit- und Sozialordnung hat dieses Schreiben unverändert übernommen und den ihm unterstellten Gewerbeaufsichtsämtern mitgeteilt.

§ 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung ermächtigt die zuständige Behörde, eine bis zu 8 Stunden dauernde Beschäftigung durch einzelne Betriebe für bis zu 10 Sonn- und Feiertage im Jahr an denen „besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen“ durch Verwaltungsakt zuzulassen.

Entscheidend ist, daß für das Vorliegen „besondere Verhältnisse“ im Sinne des § 105 b Abs. 2 Satz 2 Gewerbeordnung keine räumliche Verbindung der Hausmesse mit den Messen, Märkten und Ausstellungen nach Tit. IV der Gewerbeordnung verlangt wird, sondern nur ein zeitlicher und sachlicher Zusammenhang (vergl. Ziff. 3.1).

Eine Auffangvorschrift, die für viele Branchen sehr wichtig sein dürfte, enthält schließlich Ziff. 3.2, wonach besondere Verhältnisse nach Lage des Einzelfalles auch vorliegen können, wenn zu branchenüblichen Orderterminen des Großhandels ein repräsentatives Angebot einer Vielzahl von Wiederverkäufern dargeboten wird.

Wir möchten in diesem Zusammenhang vor dem Mißverständnis warnen, es gäbe nunmehr keinerlei Beschränkungen mehr für Hausmessen. Die schwierige Wettbewerbslage des Betriebes und Gefahr für Arbeitsplätze können nicht als Rechtfertigung für die Durchführung einer Hausmesse vorgebracht werden und sollten daher auch tunlichst bei der Antragstellung nicht erwähnt werden (vergl. Ziff. 2 der

Grundsätze). Wir möchten Ihnen dringend empfehlen, von der Ausnahmeregelung nach § 105 b Abs. 2 Satz 2 nur behutsam Gebrauch zu machen, weil Mißbräuche die Gewerbeaufsichtsämter veranlassen können, wieder zu einer strenger Auslegung zurückzukehren.

Die „Grundsätze“ haben folgenden Wortlaut:

- 1.1 An Sonn- und Feiertagen dürfen Arbeitnehmer grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Das grundsätzliche Beschäftigungsverbot für Sonn- und Feiertage gilt nicht nur für die in § 105 b Abs. 1 Satz 1 und § 105 b Abs. 2 Satz 1 GewO genannten Arbeitnehmer, sondern ist darüber hinaus entsprechend § 105 b Abs. 5 auf alle Angestellten im Sinne der Arbeitszeitordnung anzuwenden. Das Beschäftigungsverbot gilt für die Beschäftigten aller dem sachlichen Geltungsbereich der Arbeitszeitordnung unterliegenden Betriebe einschließlich der Verwaltun-

Wohn- und Geschäftshaus in München-Ost

(Berg am Laim) zu verkaufen

Verkehrsgünstige Lage, 1260 m² Grund
Erdgeschoß 2 x 125 m² Hallen

1. OG 2 x 125 m² Büro- oder
Wohnräume

verschiedene Nebengebäude

bestens geeignet für Großhandels-
betriebe

Verhandlungsbasis 1,5 Mio

Interessenten wenden sich bitte
an die Hauptgeschäftsstelle

gen und Betriebe der Körperschaften des öffentlichen Rechts, in den Büros der Versicherungsunternehmer, der Auswanderungsberater, in den Kanzleien der Rechtsanwälte und Notare (Landmann-Rohmer, Kommentar zur Gewerbeordnung Band 1, 13. Auflage, Randnr. 81 zu § 105 b). Dieser Regelung liegt die Absicht des Gesetzgebers zugrunde, den Arbeitnehmern eine gewisse Ruhezeit zur Auffrischung ihrer Kräfte und zur Pflege des Familienlebens zu sichern. Die Arbeitnehmer sollen in der Lage sein, gerade diejenigen Möglichkeiten zur Erholung und Zerstreuung wahrzunehmen, die sich ihnen allein oder doch zumindest in besonderem Maße an Sonn- und Feiertagen bieten (s. VG Düsseldorf, Urteil vom 18.10.1977 – 3 K 2879/77 – in GewArch 1978/3 S. 93 –). Ziel dieser Regelung ist es außerdem, die selbstständigen Handelsgewerbetreibenden vor gegenseitiger Konkurrenz zu schützen (Landmann-Rohmer, Kommentar zur Gewerbeordnung Band I, 13. Aufl., Randnr. 4 zu § 105 b).

Verschiedene Ausnahmen vom grundsätzlichen Beschäftigungsverbot sind gesetzlich geregelt (§ 105 c und § 105 i Gewerbeordnung, § 17 Ladenschlußgesetz sowie die besonderen Privilegien für den Marktverkehr aufgrund der Bestimmungen des Titels IV der Gewerbeordnung) oder können durch Rechtsverordnung (§ 105 d Abs. 1 Gewerbeordnung) zugelassen werden.

1.2 – Begrenzung der Ausnahmen auf 10 Sonn- und Feiertage im Jahr –

Schließlich ermächtigt § 105 b Abs. 2 Satz 2 Gewerbeordnung (ggf. i.V. mit § 105 b Abs. 5 Satz 1 GewO) die zuständige Behörde, abweichend von § 105 b Abs. 2 Satz 1 eine bis zu 8 Stunden dauernde Beschäftigung durch einzelne Betriebe für bis zu 10 Sonn- und Feiertage im Jahr, an denen „besondere Verhältnisse einen (erweiterten) Geschäftsverkehr erforderlich machen“, durch Verwaltungsakt zuzulassen.

2. – Begriff und Abgrenzung der „besonderen Verhältnisse, die einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen –

Voraussetzung für die Zulassung der Beschäftigung ist, daß an den betreffenden Sonn- und Feiertagen „besondere Verhältnisse“ vorliegen, die es nachweislich geboten erscheinen lassen, einen Geschäftsverkehr zu ermöglichen. Berücksichtigt werden können nur außerbetriebliche Besonderheiten, die an bestimmten Sonn- und Feiertagen gegeben sind.

Sondersituationen einzelner Betriebe oder Geschäftszweige (z.B. Umsatzrückgänge, Absatzschwierigkeiten) erfüllen keinesfalls die gesetzlichen Voraussetzungen. Gleiches gilt für Umstände, die der Antragsteller selbst geschaffen hat, um bestimmte Tätigkeiten, die üblicherweise an Werktagen anfallen, auch an einem Sonn- oder Feiertag verrichten zu können. Die Sonn- und Feiertagsbeschäftigung darf somit nicht für irgend einen beliebigen, von dem Arbeitgeber ausgewählten, sondern eben allein für diejenigen Sonn- und Feiertage zugelassen werden, an denen sich das Verbot der Beschäftigung unbillig auswirken würde, weil an ihnen ohne Zutun des Gewerbetreibenden besondere Verhältnisse herrschen.

Die Frage, ob der Betrieb Wettbewerbsnachteile erleidet, wenn er einen Geschäftsverkehr entweder gar nicht oder nur ohne Beschäftigung von Arbeitnehmern durchführen kann, ist für die Zulässigkeit der Sonntagsbeschäftigung unerheblich (vgl. auch VG Mannheim, Urteil vom 23.3.1977 – IV-1498/76 – und VG Freiburg, Urteil vom 30.6.1976 – VS I 64/76 –).

3.1 – „Besondere Verhältnisse“ im Zusammenhang mit Messen, Märkten oder Ausstellungen nach Titel IV der GewO –

Besondere Verhältnisse können nach Lage des Einzelfalles u.a. vorliegen, wenn eine oder mehrere Firmen aus Anlaß von Messen, Märkten oder Ausstellungen, die die Voraussetzungen der §§ 64, 65, 66 oder 68 GewO erfüllen und nach § 69 GewO festgesetzt sind, eine Veranstaltung (z.B. Hausmesse, Ordermesse, Musterung, Nachmesseveranstaltung) für gewerbliche Wiederverkäufer durchführen, die hierzu in einem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang steht. Solche Veranstaltungen für gewerbliche Wiederverkäufer dienen dazu, endgültige Bezugsmengen bei der Industrie festlegen zu können oder um die vielseitigen Warenangebote wie Mode- und Saisonartikel etc. dem Einzelhändler bei sog. Hausmessen, die in der Regel im Frühjahr oder Herbst stattfinden, anzubieten, damit dieser im Interesse der Verbraucher eine sachgerechte Auswahl zu treffen vermag.

LGA-Stenogramm Juli 1979

2.7.

Gedankenaustausch über die künftige Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Spielzeug im Rahmen einer Sitzung in Nürnberg

Teilnahme am Festakt anläßlich der Verleihung des Wilhelm-Hübsch-Preises

3.7.

Spitzengespräch zwischen dem BGA-Präsidenten Konsul Hartwig und Präsident Konsul Senator Walter Braun in Nürnberg

5.7.

Teilnahme am Verbandstag des Bayerischen Einzelhandels in München

10.7.

Sitzung des Fachzweiges Papier und Pappe im LGA, München

11.7.

Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Arbeitgeberverbände VAB in Bayern

12.7.

Vorstandssitzung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände VAB in Bayern

13.7.

Schwäbisch-Fränkischer Wirtschaftstag in Nördlingen mit Herrn Staatsminister Anton Jaumann

19.7.

Sitzung der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern

25.7.

Gesellschafterversammlung der Kreditgarantiegemeinschaft in Bayern

26.7.

Sitzung des Ausschusses für Berufsbildung im LGA

30.7.

Sitzung des Unterausschusses „Weiterbildung“ der VAB

31.7.

Geschäftsführerbesprechung im LGA unter Einschluß der Korporativverbände

3.2 – „Besondere Verhältnisse“ bei branchenüblichen Orderterminen –

Besondere Verhältnisse können nach Lage des Einzelfalles u.a. vorliegen, wenn zu branchenüblichen Orderterminen des Großhandels ein repräsentatives Angebot einer Vielzahl von Wiederverkäufern dargeboten wird.

4. – Entscheidung über Anträge auf Zulassung von Sonntagsarbeit –

Die Ermächtigung trägt Ausnahmecharakter. Die Entscheidungen nach ihr sind unter sorgfältiger Abwägung des vorrangigen Interesses der Arbeitnehmer an der Erhaltung bestimmter Freizeiten an Sonn- und Feiertagen und der Bedürfnisse, die Sonntagsarbeit geboten erscheinen lassen, zu treffen. Wird eine Ausnahme vom Sonntagsbeschäftigungsverbot zugelassen, ist durch Auflage zu bestimmen, daß Arbeitnehmer für die Beschäftigung an einem Sonn- oder Feiertag an einem Arbeitstag derselben oder der folgenden Woche von der Arbeit freizustellen sind; mindestens jeder dritte Sonntag muß beschäftigungsfrei bleiben.

In Zweifelsfällen kann es angezeigt sein, die Industrie- und Handelskammern zum Charakter der Veranstaltung zu hören.

5. – Örtlich zuständige Behörde –

Über den Antrag auf Zulassung einer Ausnahme nach § 105 b Abs. 2 Satz 2 GewO entscheidet die Behörde, in deren Aufsichtsbezirk sich der Betriebssitz des Unternehmens (Veranstalter, Aussteller), das die Arbeitnehmer beschäftigt, befindet.

Bei der Antragstellung und Bearbeitung ist folgendes Verfahren zu beachten:

1. Der Veranstalter stellt für seine Beschäftigten einen Antrag bei der für seinen Betriebssitz zuständigen Behörde.
2. Diese Behörde prüft – ggf. im Benehmen mit der für den Veranstaltungsort zuständigen Behörde – die Voraussetzungen für die Ausnahme nach § 105 b Abs. 2 Satz 2 GewO und damit u.a., ob die „besonderen Verhältnisse“ vorliegen, und erteilt gegebenenfalls eine Ausnahmegenehmigung.
3. Der Veranstalter stellt den beteiligten Ausstellern Kopien der ihm erteilten Ausnahmegenehmigung zu.
4. Die an der Veranstaltung teilnehmenden Aussteller beantragen bei der für ihren Betriebssitz zuständigen Behörde ebenfalls eine Ausnahmegenehmigung für ihre Beschäftigten unter Vorlage der vom Veranstalter übersandten Kopie.
5. Die für die Aussteller zuständigen Behörden prüfen, ob die Begrenzung auf 10 Sonn- und Feiertage überschritten wird. Hinsichtlich der „besonderen Verhältnisse“ legt sie grundsätzlich die dem Veranstalter erteilte Ausnahme zugrunde.
6. Die für die Aussteller zuständigen Behörden entscheiden über deren Anträge und erteilen diesen gegebenenfalls eine Ausnahmegenehmigung.

Hinweis

Die nächste Ausgabe unserer LGA-Nachrichten (Nr. 9/10) wird Mitte Oktober bei Ihnen sein.

Allgemeine Rechtsfragen

Mutterschaftsurlaub

Bereits in unseren LGA-Nachrichten Nr. 3/1979, S. 3, haben wir Sie über den Regierungsentwurf zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs informiert. Am 1.7. d.J. ist das Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs nunmehr in Kraft getreten.

Das Mutterschutzgesetz ändert sich dadurch wie folgt:

- Mütter haben nunmehr im Anschluß an die Schutzfrist nach § 6 Abs. 1 MuSchG von 8 Wochen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub bis zu dem Tage, an dem das Kind 6 Monate alt wird (§ 8 a Abs. 1 MuSchG).
- Spätestens 4 Wochen vor Ablauf der 8wöchigen Schutzfrist muß die Mutter den Mutterschaftsurlaub verlangen (§ 8 a Abs. 2 MuSchG).
- Den Mutterschaftsurlaub können erstmals Mütter verlangen, deren Schutzfrist frühestens am 30.6.1979 endet. Endet die Schutzfrist am 30.6.1979 oder in der Zeit zwischen diesem Datum und dem 29.7.1979, muß die Mutter den Mutterschaftsurlaub nicht fristgemäß aber so frühzeitig wie möglich verlangen (§ 8 a Abs. 7 MuSchG).
- Eine vorzeitige Beendigung des Mutterschaftsurlaubs ist nur mit Zustimmung des Arbeitgebers zulässig (§ 8 a Abs. 5 MuSchG).
- Während des Mutterschaftsurlaubs darf die Mutter keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (§ 8 b MuSchG).
- Die Mutter soll dem Arbeitgeber auf dessen Verlangen spätestens 4 Wochen nach Beginn des Mutterschaftsurlaubs mitteilen, ob sie beabsichtigt, das Arbeitsverhältnis nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs fortzusetzen (§ 8 c MuSchG). Nach der Begründung des Ausschusses (Schriftlicher Bericht – BT-Drucksache 8/2797, S. 16) handelt es sich hierbei um eine Soll-Vorschrift, die keine einklagbare Verpflichtung schafft.
- Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Erholungsurlaub der Mutter für jeden vollen Kalendermonat des Mutterschaftsurlaubs um 1/12 zu kürzen; bereits gezahltes Urlaubsgeld kann nicht zurückgefordert werden (§ 8 d MuSchG).
- Der Arbeitgeber darf der Mutter während und 2 Monate nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs nicht kündigen (§ 9 a MuSchG). Die Mutter kann dagegen mit einer Frist von höchstens 1 Monat zum Ende des Mutterschaftsurlaubs kündigen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 MuSchG).

Marktindersdorf

Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses

Zu verkaufen bzw. zu vermieten sind:

4 Eigentumswohnungen, die sich jeweils über 3 Stockwerke erstrecken (Maisonnette-Stil) mit je ca. 100 qm Wohnfläche + Studio + Keller, ca. DM 230.000,- bis DM 250.000,-.

Geschäftsräume mit insgesamt 300 qm gewerblicher Fläche (beliebig unterteilbar) ca. DM 2.600,- je qm.

Interessenten setzen sich bitte mit Herrn Pannwitt, Tel. 0813/1978 in Verbindung.

– Während des Mutterschaftsurlaubs wird das Mutterschaftsgeld bis zu DM 750,- netto monatlich von der Krankenkasse fortgezahlt. Der Arbeitgeber hat in dieser Zeit keinen Zuschuß zu zahlen (§ 13 MuSchG).

Während des Mutterschaftsurlaubs bleibt die Sozialversicherung aufrecht erhalten. Die Beiträge der Renten- und Krankenversicherung werden bis 1981 vom Bund getragen. Für die Bundesanstalt für Arbeit ergibt sich eine zusätzliche Belastung von 50 Mio DM.

Die Bundesregierung hat im übrigen bis zum 30.6.1981 über die kostenmäßigen Auswirkungen zu berichten und einen Vorschlag zur Finanzierung ab 1982 zu machen.

Verdienstkreuz 1. Klasse an Joachim-Hans Kuster



Das Verdienstkreuz 1. Klasse konnte unser Vorstandsmitglied und bildungspolitischer Sprecher – Joachim-Hans Kuster – am 23. Juli 1979 aus der Hand des Bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann in Empfang nehmen. Damit wurde das vielseitige Engagement unter der Leitidee der Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung im Handel gewürdigt, ebenso wie seine Arbeit als Vorstandsmitglied unserer Bildungszentren in München und Nürnberg. Seinem erfolgreichen Wirken auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Fortbildung ist es zu verdanken, daß die Leistungskraft der bayerischen Wirtschaft mit ihren mittelständischen Unternehmen laufend und dauerhaft gestärkt werden konnte.

Wir freuen uns mit Herrn Kuster über diese ehrenvolle Auszeichnung, die auch die Summe seiner weiteren ehrenamtlichen Tätigkeiten und Initiativen miteinschließt. Sie wachsen aus der Überzeugung der Verpflichtung jenen Menschen gegenüber, die ein höheres Berufsziel durch Arbeit und Opfer an Freizeit mittels zeitgemäßen und fortschrittlichen Bildungsmaßnahmen zu erreichen suchen. Im eigenen Bereich des Handelskaufmanns sieht Joachim-Hans Kuster Raum und Möglichkeiten fortdauernder Aktivitäten.

Wir dürfen an dieser Stelle unseren herzlichen Glückwunsch aussprechen!

Berufsausbildung und -Förderung

Fortsetzung des Berufsausbildungsverhältnisses nach Nichtbestehen der Wiederholungsprüfung

Der Auszubildende kann auch nach nicht bestandener Wiederholungsprüfung die Fortsetzung des Ausbildungsverhältnisses verlangen, wobei das Ausbildungsverhältnis jedoch insgesamt nicht über ein Jahr hinaus verlängert werden darf, weil ein Auszubildender gemäß § 34 BBiG bei nicht bestandener Abschlußprüfung diese zweimal wiederholen kann. Es ist der Regelung in § 14 Abs. 3 BBiG nicht zwingend zu entnehmen, daß mit der nächstmöglichen Wiederholungsprüfung nur die erstmögliche Wiederholungsprüfung gemeint ist. Nach nicht bestandener Wiederholungsprüfung ist nämlich die folgende zweite Wiederholungsprüfung ebenfalls die nächstmögliche Wiederholungsprüfung.

Der Zusatz „nächstmöglich“ sagt nämlich nichts anderes aus, als daß eine Wiederholungsprüfung möglich sein muß und ferner, daß die nach der Prüfungsordnung nächstfolgende Wiederholungsprüfung gemeint ist. Gerade mit Rücksicht darauf, daß das Gesetz zwei Wiederholungsprüfungen vorsieht, hätte der Gesetzgeber, wenn das Ausbildungsverhältnis spätestens mit der ersten Wiederholungsprüfung hätte enden sollen, dieses klar sagen müssen. Demgegenüber kann nicht gesagt werden, der § 34 BBiG könne für eine Auslegung des § 14 Abs. 3 BBiG nicht herangezogen werden, weil in § 34 BBiG nur die Anzahl der Prüfungen geregelt, es aber nach den Prüfungsordnungen nicht erforderlich sein, daß im Zeitpunkt der zweiten Wiederholungsprüfung noch ein Ausbildungsverhältnis bestehe. Es ist zwar richtig, daß sich aus § 34 BBiG nicht eine Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses bis zur zweiten Wiederholungsprüfung herleiten kann und daß nach den Prüfungsordnungen nicht Voraussetzung für die Wiederholungsprüfung ist, daß noch ein Ausbildungsverhältnis besteht.

Die Regelung in § 34 BBiG ist aber insoweit von Bedeutung, als der Gesetzgeber hier zwei Wiederholungsprüfungen vorsieht, was ihn hätte veranlassen müssen, diesem Umstand in § 14 Abs. 3 BBiG Rechnung zu tragen, wenn er die Dauer des Ausbildungsverhältnisses nur auf den Zeitraum bis zur ersten möglichen Wiederholungsprüfung hätte beschränken wollen. Ist das aber nicht eindeutig der gesetzlichen Regelung zu entnehmen, so erscheint die Auslegung zwingend, daß die Fortsetzung auch bis zur nächsten möglichen Wiederholungsprüfung verlangt werden kann.

Dem Umstand, daß ein bestehendes Ausbildungsverhältnis nicht Voraussetzung für die Ablegung der Wiederholungsprüfung ist, trägt der Gesetzgeber schon dadurch Rechnung, daß er die Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses maximal nur um ein Jahr zuläßt, obwohl die zweite Wiederholungsprüfung je nach den Prüfungsterminen durchaus außerhalb dieses zeitlichen Rahmens liegen kann.

Da das Gesetz den Verlängerungszeitraum auf höchstens ein Jahr beschränkt hat, ist nicht zu folgern, daß nach nicht bestandener Wiederholungsprüfung eine Verlängerung um ein weiteres Jahr möglich ist. Eine solche Auslegung wäre nur dann möglich, wenn die erste Wiederholungsprüfung als „Abschlußprüfung“ im Sinne des § 14 Abs. 3 BBiG angesehen wird mit der Folge, daß diese Bestimmung in vollem Umfang auch nach nicht bestandener Wiederholungsprüfung anzuwenden ist. Da das Gesetz aber unterscheidet

zwischen „Abschlußprüfung“ und „Wiederholungsprüfung“, kann die erste Wiederholungsprüfung aber nicht als „Abschlußprüfung“ im Sinne des § 14 Abs. 3 BBiG angesehen werden. Demgemäß rechnet die Verlängerung von einem Jahr nicht etwa auch von der ersten Wiederholungsprüfung, sondern nur von der Abschlußprüfung ab (Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 9. 11. 1978 – 12 Sa 1133/78).

Berufsfindungsangebot des Groß- und Außenhandels

Ein erstes „Erschnupperrn“ der Berufswelt ermöglichen die sog. „Wanderausstellungen“, veranstaltet vom Landesarbeitsamt Süd, den Schülern der 7. und 8. Jahrgangsstufe der Hauptschulen und z.T. der Realschulen.



Unser Landesverband hat in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Süd gemeinsam mit dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels einen Informationsstand gestaltet, der interessierten Jugendlichen Gelegenheit gibt, im Gespräch mit Großhändlern oder in der Ausbildung erfahrenen Mitarbeitern erste Auskünfte und Eindrücke über den Ausbildungsgang des Kaufmanns im Groß- und Außenhandel und seine späteren Tätigkeiten sowie seine Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten.

Seinen Start machte der Stand mit der Ausstellung in Kempten, die dort Ende Juni eröffnet wurde; inzwischen haben auch die Jugendlichen aus dem Ingolstädter Raum das Angebot des Groß- und Außenhandels kennengelernt.

Präsident Braun wiedergewählt

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Ifo-Instituts hat Präsident **Walter Braun** für weitere 3 Jahre als Mitglied des Kuratoriums des Ifo-Instituts bestätigt.

Wir beglückwünschen Präsident Braun zu seiner Wiederwahl.

Interessierte Jugendliche können sich – auch zum Zwecke der Nachbereitung des Erfahrenen in den Schulen in Zusammenarbeit mit den Lehrern – mit Prospektmaterial versorgen, sowohl über den Ausbildungsgang des Kaufmanns im Groß- und Außenhandel wie auch über die Bedeutung und die Funktionen des Großhandels als „Drehscheibe der Wirtschaft“.

Angesichts der sich in den kommenden Jahren stark verminderten Schulabgängerzahl messen wir dem Stand steigende Bedeutung zu, auch in Zukunft genügend Auszubildende als Nachwuchskräfte zu finden.

Unser besonderer Dank gilt deshalb an dieser Stelle auch den Firmen, die sich bereiterklärt haben, die personelle Besetzung und Betreuung des Standes am jeweiligen Ausstellungsort sicherzustellen und für Auskünfte bereitzustehen. Es waren dies in Kempten die Firmen

Max Bohlinger
Fritz Hieber
Max Metz
Richter & Frenzel
Albert Schaller
Franz Tröger

und in Ingolstadt die Firmen
J. Fröschl & Co.
Ingolstädter Kies-Splitt-Kontor
Gebr. Konrad
Hermann Mayer
Joseph Pflügel-VOGEMA
Hans Popp Mineralölvertrieb GmbH
Ernst Willner jr.

Die nächste Ausstellung wird Anfang Oktober in Passau eröffnet werden, gefolgt von Freising, Deggendorf, München und Augsburg.

Im neuen West-Center

**Elsenheimerstraße
München
300 m zur U-Bahn**

**Büroturm, mit ca. 5000 m² Nutzfläche
Büroturm, ca. 7000 m² Nutzfläche
(Flächen auch in kleinere Einheiten teilbar)
Läden ab 70 m² - 1000 m²**

Bezug: Ende 1981, Mieterwünsche können noch berücksichtigt werden.

**Drömersche Grundbesitzverwaltungs GmbH & Co. KG
Langerstraße 4, 8000 München 80, Telefon (089) 47 30 78-79**

Verkehr

Dieselmzuschlag – ein negatives Preissignal

Von der gegen das Votum der verladenden Wirtschaft gefällten Entscheidung der Erweiterten Tarifkommission des allgemeinen Güternahverkehrs (ETKN), einen obligatorischen Dieselmzuschlag in Höhe von 2,5 Prozent zu erheben, könnte nach Ansicht des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) eine gefährliche Signalwirkung ausgehen, sofern der Bundesverkehrsminister im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister diesen Beschluß genehmigt. Die Bemühungen der Wirtschaft und die Appelle des Bundeswirtschaftsministers, Graf Lambsdorff, trotz der erheblichen Preissteigerungen auf dem Energiesektor und bei Mineralölprodukten Preisdisziplin zu bewahren, würden ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn im Verkehrssektor eine Preissteigerung von 2,5 Prozent staatlich verordnet würde, die ausschließlich mit Kostensteigerungen bei Mineralöl begründet wird.

Konjunktur und Marktentwicklung

Weiterhin verhaltene Investitionsentwicklung im Großhandel

An dem im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten Ifo-Investitionstest beteiligten sich rund 2000 Unternehmen des einzelwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Großhandels. Auf sie entfällt rund ein Viertel des gesamten in diesem Bereich getätigten Umsatzes. Erhoben wurden neben den Anlagezugängen in den vergangenen zwei Jahren die Investitionspläne für 1979, die Struktur der Investitionen sowie die Gründe für eventuelle Zurückstellungen geplanter Investitionsvorhaben.

1978: Investitionsbelegung im Fertigwarenhandel

Im Jahre 1978 profitierte auch der Großhandel von der leichten konjunkturellen Belebung der Wirtschaft und erzielte ein nominales Umsatzwachstum von 4%. Damit konnte er an die Entwicklung bei seinen bedeutendsten Geschäftspartnern, dem verarbeitenden Gewerbe (+3,8%) und dem Einzelhandel (+5,3%), anschließen. Da der Großhandel im vergangenen Jahr, erstmals seit 1968, seine Verkaufspreise senkte – im Durchschnitt um 0,3% – belief sich der reale Umsatzzuwachs in 1978 sogar auf 4,3%. Zu diesem Durchschnittsergebnis trugen der Großhandel mit Fertigwaren mit einem Rückgang der Verkaufspreise um 0,7% und einem Umsatzplus von 3,5% (real +4,2%) sowie der Rohstoff- und Halbwarenhandel mit fast konstanten Preisen (+0,1%) und einem Mehrerlös von 4,6% (real 4,5%) bei. Die Geschäftstätigkeit der verschiedenen Großhandelsbranchen entwickelte sich im Jahre 1978 sehr differenziert; die Skala der Umsatzveränderungen reichte von +36% nominal bzw. 28% real beim Handel mit festen Brennstoffen bis –5% bzw. –8% beim Düngemittelhandel.

Besonders bemerkenswert ist die Veränderung der Beschäftigtenzahl. Der seit Ende 1973 zu beobachtende Personalabbau kam in der ersten Jahreshälfte 1978 zum Stillstand, im zweiten Halbjahr konnte das Statistische Bundesamt sogar eine geringe Zunahme der Kopfzahl der im Großhandel beschäftigten Personen registrieren. Im Jahres-

durchschnitt errechnete man eine Zunahme um 0,2%. Hierbei ist aber noch nicht die unterschiedliche Entwicklung bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten berücksichtigt. Im Ifo-Investitionstest wird nach der Personalstärke auf der Basis von Vollarbeitskräften, also der tatsächlichen Kapazität, gefragt.

Die Auswertung dieser Meldungen erbrachte für 1978 eine Zunahme der Beschäftigten um 1%. Da der Umsatz gleichzeitig um 4% stieg, ergab sich 1978 erneut eine Umsatzsteigerung pro Vollarbeitskraft von 3%. Einen Eindruck von der Intensität der Rationalisierungsbemühungen im Großhandel vermittelt der Vergleich von realem Umsatzwachstum und der Entwicklung der Beschäftigtenzahl seit 1970. Insgesamt waren 1978 in den Großhandelsunternehmen rund 10% weniger Personen tätig als 1970; der Realumsatz stieg dagegen im gleichen Zeitraum um fast 17%. Die reale Leistung pro Beschäftigten hat also, auf der Preisbasis von 1970, um 30% zugenommen. Die Personalaufstockung des Jahres 1978 muß daher wohl als Indiz dafür gewertet werden, daß die Rationalisierungsreserven im Großhandel inzwischen weitgehend erschöpft sind und demnach mengenmäßige Umsatzzuwächse – soweit sie über das Lager laufen – ohne Verstärkung des Personals nicht mehr ohne weiteres bewältigt werden können.

Die Investitionsausgaben des Großhandels entwickelten sich 1978, nach den Ergebnissen der jüngsten Investitions-erhebung des Ifo-Instituts, mit einem nominalen Plus von 5% wesentlich günstiger als im Einzelhandel (–7%), aber schwächer als im verarbeitenden Gewerbe (+10%) und im Baugewerbe (+24%). Die Großhandelsunternehmen erreichten damit eine Investitionssumme von 5,7 Mrd. DM; das entspricht einer realen Aufstockung der Budgets um nur 1%.

Das ist weniger als ursprünglich für 1978 geplant war. Wie aus den jetzt gemeldeten endgültigen Bilanzzahlen für 1977 entnommen werden kann, ist diese Differenz mit den wegen der Investitionszulage¹⁾ auf das Jahr 1977 vorgezogenen Baumaßnahmen zu erklären.

Die Investitionsquote stieg zwar 1978 geringfügig auf 1,1% (1977: 1,0%), sie ist damit aber immer noch weit vom Durchschnittswert der sechziger und ersten siebziger Jahre entfernt. Mit einem derart niedrigen Anteil der Investitionsausgaben am Umsatz zählt der Großhandel zu den am wenigsten kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen, was weitgehend mit dem in einigen Fachsparten recht umfangreichen Streckengeschäft zusammenhängt. Im Großhandel korrelieren auch Erlös- und Investitionsentwicklung wesentlich schwächer als in den meisten anderen volkswirtschaftlichen Sektoren. So lag bei den Großhandelsunternehmen preisbereinigt der Umsatz im Jahre 1978 um rund 17% über, die Investitionen dagegen um 6% unter dem Niveau von 1970.

Die Großhandelsbereiche mit erhöhten und verminderten Investitionsetats hielten sich 1978 die Waage. Allerdings waren die Aufstockungen kräftiger ausgefallen als die Abstriche, was zur positiven Wachstumsrate von 5% führte.

Das deutlichste Plus bei den Investitionsausgaben erreichte 1978 der Großhandel mit gemischtem Sortiment (+27%) sowie mit „sonstigen Fertigwaren“; die Unternehmen des Textilwaren- und Schuhgroßhandels nahmen dagegen die umfangreichsten Abstriche an ihren Investitionsbudgets vor (–11%). Zwischen diesen Extremwerten lagen die Investitionswachstumsraten der übrigen Bereiche:

¹⁾ Die Begünstigungsfrist für die allgemeine Investitionszulage von 7,5% des Anschaffungswertes hatte bis zum Liefertermin 1. Juli 1976 gegolten. Für Gebäude war als spätester Fertigungstermin der 1. Juli 1977 festgesetzt.

Nahrungs- und Genußmittel +8%, Landhandel -3% sowie Rohstoffe und Halbwaren -2%. Bei der Analyse des Investitionsverhaltens auf Fachzeigebene zeigt sich eine noch deutlichere Polarisierung. Die höchsten Steigerungsraten der Investitionsausgaben (zwischen 25 und 55%) erzielten 1978 die Branchen Büromaschinen, Bücher und Zeitschriften, technische Bedarfsartikel, Spielwaren, Lacke, Farben und Tapeten, Uhren und Schmuck, Feinmechanik und Optik, Papier und Pappe sowie Werkzeuge und Werkzeugmaschinen. Dem stehen folgende Fachzeige gegenüber, die ihre Investitionsbudgets im Jahre 1978 zwischen 15% und 25% kürzten: Schuhe, Textilien, Schrott, feste Brennstoffe, Papierwaren, Schul- und Büroartikel, Zweiräder, NE-Metalle sowie Flachglas. Die restlichen Branchen veränderten ihre Investitionsausgaben in geringerem Umfang.

Die Analyse der Investitionsentwicklung in den verschiedenen Umsatzgrößenklassen zeigt, daß im Jahre 1978 die Investitionsbereitschaft der Unternehmen mit Jahresumsätzen über 10 Mill. DM wesentlich geringer war als die der kleineren Firmen.

Der genossenschaftliche Großhandel (einschließlich Einkaufsvereinigungen) übertraf 1978 zwar beim Umsatzwachstum (+4,3%) den einzelwirtschaftlichen (+4,0%) geringfügig, die Investitionsausgaben nahmen aber bei den Genossenschaften nicht so stark zu (+3,4%) wie bei den einzelwirtschaftlichen Unternehmen (+5,3%). Die Investitionsquote lag allerdings im genossenschaftlichen Großhandel mit 1,2% wieder höher als im einzelwirtschaftlichen (1,0%).

Ausrüstungsinvestitionen gewannen an Bedeutung

Im Jahre 1978 machte sich das Fehlen der Bauinvestitionen bemerkbar, die wegen der allgemeinen Investitionszulage (s. Fußnote 1) in die Förderperiode 1976/77 vorgezogen worden waren. Der Anteil der Bauten an den gesamten Investitionsausgaben ist 1978 zurückgegangen, im Durchschnitt des Großhandels von 48 auf 46%. Dadurch hat die Bedeutung der Ausgaben für Betriebs- und Geschäftsausstattung, hierzu zählen vor allem auch die elektronischen Datenverarbeitungs- und Steueranlagen, zugenommen. Ihr Anteil erreichte im Jahre 1978 29% (1977: 27%). Der Anteil der Kraftfahrzeugkäufe an den Investitionsbudgets stagnierte bei 25%. Nachdem der Bauanteil des Großhandels mit Textilwaren, Heimtextilien und Schuhen im Jahre 1978 wieder auf ein „normales“ Niveau zurückgegangen ist (55%), konnte der Großhandel mit Möbeln und kunstgewerblichen Erzeugnissen wieder den höchsten Ausgabenanteil für Baumaßnahmen (83%) für sich verbuchen. Die teilweise sehr unterschiedliche Investitionsstruktur der einzelnen Fachzeige ist weitgehend durch branchenspezifische Faktoren bestimmt.

Rückläufige Investitionskennziffern bei den größeren Unternehmen

Im Durchschnitt des Großhandels änderten sich die Investitionskennziffern im Jahre 1978 nur wenig. Allerdings fand die nach Unternehmensgrößen recht unterschiedliche Investitionsneigung zwangsläufig auch in den Investitionskennzahlen ihren Niederschlag. Während die Firmen mit einem Jahresumsatz ab 10 Mill. DM leicht rückläufige Investitionsquoten meldeten, konnten die Klein- und Mittelbetriebe die Anteile der Investitionen am Umsatz recht kräftig steigern. Die stark differierenden Investitionskennziffern innerhalb der verschiedenen Fachzeige spiegeln zwar einerseits die recht unterschiedlichen Branchenkonjunkturen wider, sind aber auch durch andere branchen-

spezifische Faktoren, wie z.B. Anteile des Streckengeschäfts am Gesamtumsatz, sortimentstypische Ausrüstungsstandards sowie verschiedene Unternehmensgrößenstrukturen bedingt.

1979: Leicht zunehmende Investitionsneigung

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres erzielte der Großhandel einen nominalen Umsatzzuwachs von 7% (real +3%). Nach den Ergebnissen des neuesten Ifo-Konjunkturtests rechnen diese Unternehmen für die nächsten Monate mit einer kaum veränderten Geschäftsentwicklung und einem anhaltenden Preisauftrieb. Demzufolge dürfte der Großhandelsumsatz im Jahresdurchschnitt 1979 etwa um 8% wachsen, was zumindest nominal eine Verbesserung gegenüber 1978 bedeuten würde. Nach den Plänen der Großhandelsunternehmen für 1979 ist auch bei den Investitionsausgaben mit einem Wachstum in der Größenordnung von 8% zu rechnen. Damit bliebe die Investitionsquote auf dem Stand von 1978 (1,1%). Real, d.h. nach Eliminierung der voraussichtlichen Preissteigerungsrate für Bauten und Ausrüstungsgüter würden diese Investitionsabsichten einen Zuwachs von rund 3% bedeuten. Verglichen mit dem Durchschnitt aller volkswirtschaftlichen Sektoren (+11,5%) und insbesondere mit seinen wichtigsten Geschäftspartnern, dem Einzelhandel (+13%) sowie dem verarbeitenden Gewerbe (+11%) und dem Baugewerbe (+25%), erscheinen die Investitionspläne des Großhandels für 1979 relativ bescheiden. Diese Unternehmen weisen in ihrer „Dreh-scheiben“- und Vermittlungsfunktion zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen eine relativ hohe Elastizität zwischen Umsatz- und Investitionsentwicklung auf. Das besonders im Produktionsverbindungshandel verbreitete Streckengeschäft mit Massengütern erfordert an Investitionen im Grunde nur Telefon-, Fernschreib- und EDV-Anlagen. Das sind jedoch Geräte, die zum einen über eine sehr hohe Kapazität verfügen und zum anderen relativ häufig angemietet bzw. auf Leasing-Basis genutzt werden. Eigentümer eines über Leasing oder sonstige Miete finanzierten Anlagegutes bleibt jedoch in der Regel der Vermieter, in der Bilanz des Mieters scheinen diese Investitionen nicht auf. Nach Untersuchungen des Ifo-Instituts²⁾ hat der Handel von allen Wirtschaftsbereichen den höchsten Leasing-Anteil. Gemessen an seinen Gesamtinvestitionen betrug er 1978 rund 12%. Dabei sind die übrigen Finanzierungs- und Vermietungsgesellschaften, wie z.B. Immobilienfonds, noch nicht berücksichtigt. Sollte die Bereitschaft zur Investitionsgütermiete beim Großhandel noch weiter zunehmen, so ist auch auf mittlere Sicht nicht damit zu rechnen, daß das Investitionsniveau der sechziger und ersten siebziger Jahre wieder erreicht wird.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren sind für 1979 keine nennenswerten unternehmensgrößenspezifischen Unterschiede bei den Investitionsabsichten festzustellen. Angesichts einer nach Branchen sehr stark differenzierten Umsatz- und Investitionsentwicklung ist diese Tatsache erstaunlich und gibt Anlaß zu der Vermutung, daß die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Unternehmensgrößenklassen geringer geworden sind.

Planungssicherheit hat zugenommen

Der Anteil der am Investitionstest teilnehmenden Firmen, der jeweils zum Erhebungszeitpunkt im Frühjahr, ursprünglich geplante Investitionsprojekte zurückgestellt hat, ist in

²⁾ Vgl. A. Städtler, Wachstumsbranche Leasing, in: Ifo-Schnelldienst, 2/1979.

den letzten Jahren laufend zurückgegangen. Im Jahre 1975 betrug dieser Anteilssatz noch 34%, 1978 waren es 16% und 1979 nur noch 12%. Die Planungssicherheit hat also im Durchschnitt des Großhandels weiter zugenommen. Nach wie vor steigt allerdings die Zahl der Rückstellungsmeldungen mit abnehmender Unternehmensgröße. Wenn man zurückgestellte Objekte als Potential für mögliche Revisionen der ursprünglichen Investitionspläne nach oben auffaßt, so wären derartige Impulse also vor allem von Klein- und Mittelbetrieben zu erwarten.

Begründet wurden die jüngsten Investitionszurückstellungen – wie auch in den vergangenen Jahren – vor allem mit „ungünstiger Ertragslage oder ungünstigen Gewinnerwartungen“ (74%). Die 1978 noch zweithäufigste Meldung (40%) „eingetretene oder erwartete Nachfrageabschwächung“ hat in diesem Jahr mit 21% stark an Bedeutung verloren, dafür verhindern aber im Großhandel offenbar wieder häufiger Finanzierungsschwierigkeiten (22%) die Realisierung von geplanten Projekten und zwar in allen Unternehmensgrößenklassen etwa gleich stark. Auch „sonstige Gründe“ wurden mit 22% für 1979 wieder öfter genannt. Der allergrößte Teil dieser Angaben läßt sich unter zwei Kategorien subsumieren, nämlich „Behinderungen bei Bauplanung bzw. -genehmigung“ und „Mangel an geeigneten Grundstücken“. Diese Probleme haben bei größeren Firmen ein stärkeres Gewicht, wie sich aus den mit wachsender Unternehmensgröße immer zahlreicher werdenden Meldungen erkennen läßt.

Arno Städtler

Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel

Warenverkehr mit der DDR und Ost-Berlin

Nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden im Mai 1979 aus dem Bundesgebiet Waren im Gesamtwert von 366 Mio DM in die DDR und nach Ost-Berlin geliefert, das sind 36 Mio DM (9%) weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Von den Lieferungen entfielen auf Grundstoffe und Produktionsgüter 176 Mio DM (+10%), auf Investitionsgüter 76 Mio DM (–36%), auf bergbauliche Erzeugnisse 39 Mio DM (–23%) und auf Nahrungs- und Genußmittel 36 Mio DM (+15%). Verbrauchsgüter wurden für 32 Mio DM (–8%) und land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse für 1 Mio DM (–29%) geliefert.

Im Berichtsmonat wurden aus der DDR und Ost-Berlin Waren im Wert von insgesamt 353 Mio DM bezogen. Der Gesamtwert der Bezüge lag damit um 22 Mio DM (7%) höher als im Mai 1978.

Die Bezüge von Grundstoffen und Produktionsgütern beliefen sich auf 148 Mio DM (+15%), von Verbrauchsgütern auf 96 Mio DM (–1%), von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen auf 44 Mio DM (–8%). Investitionsgüter wurden für 42 Mio DM (+36%) bezogen. Auf Erzeugnisse des Ernährungssektors entfielen 13 Mio DM (–18%) und auf bergbauliche Erzeugnisse 9 Mio DM (+2%).

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1979 betrug der Wert der Lieferungen in die DDR und nach Ost-Berlin 1,643 Mio DM, die Bezüge beliefen sich in diesem Zeitraum auf 1,622 Mio DM. Damit lagen – verglichen mit dem Zeitraum Januar bis Mai 1978 – die Lieferungen in die DDR um 12% niedriger und die Bezüge aus der DDR um 4% höher.

Hartwig: Chancen der Liberalisierung energiepolitisch nutzen

Als Beitrag zur Energieeinsparung und zur Verbesserung der Energieversorgung hat der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), **Hans Hartwig**, in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Dr. Otto Graf **Lambsdorff** vorgeschlagen, die bisher energiepolitisch nicht genutzten Möglichkeiten von Liberalisierungsmaßnahmen zu aktivieren. Chancen dazu böten die Liberalisierung oder zumindest ein namhafter Abbau der Kohleeinfuhrbeschränkung und eine Senkung der EG-Außenzölle auf Mineralölprodukte.

Energieverbrauchsmindernd würde sich auch der Fortfall der direkten und indirekten Subventionen zur Verbilligung und Förderung des Verbrauchs von Heizöl und Dieselmotoren auswirken, wie z. B. der Mineralölsteuerrückstellung für den Unterglasbau von Gemüse und Blumen oder der Dieselmotorenverbilligung für die Landwirtschaft; dies wäre – zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen – allerdings nur auf EG-Ebene zu verwirklichen.

Im Hinblick auf Energieeinsparungsmöglichkeiten sollten – nach Hartwigs Meinung – auch die EG-Marktordnungen überprüft werden. Im Rahmen der Milchmarktordnung wurden 1978 in der EG 2.072.700 t Magermilchpulver, die zum größten Teil an Schweine und Kälber wieder verfüttert wurden, energieaufwendig produziert. Dafür mußten 22.799.700 t Magermilch mit einem Energieaufwand von über 1 Million t Heizöl getrocknet werden. Auch in anderen Marktordnungen, wie beispielsweise für Getreide, Wein und Fleisch, wird durch Destillations-, Trocknungs- und Kühlungs-Maßnahmen der Energieverbrauch erhöht.

Überdies sollten die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, kosten- und energiesparend d. h. ökonomischer als bei uns produzieren zu können, stärker als bisher genutzt werden. Das setze allerdings – im Rahmen einer Revision der EG-Agrarpolitik – beispielsweise den Wegfall der Beihilfen für bestimmte, vor allem von Entwicklungsländern angebotene Agrarprodukte, etwa für Tomaten und Kernobst, voraus. Ähnliches gelte für die Zusatz-Zucker-Abschöpfung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (sog. Sonnenscheinfuchtzucker).

Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern

Mit Wirkung vom 27.6.1979 kann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Finanzmittel zur Förderung deutscher Niederlassungen im Ausland verfügen. Es steht für diese Maßnahme nach Kapitel 2302 Titel 86605 des Bundeshaushalts ein Betrag von 25 Mio DM zur Verfügung.

Die Kredite zur Förderung deutscher Niederlassungen in Entwicklungsländern löst die sog. ERP-Niederlassungskredite ab, die bisher ebenfalls in Höhe von 25 Mio DM der Wirtschaft zur Verfügung standen.

Die Niederlassungskredite sind Bestandteil des Förderungsinstrumentariums der Bundesregierung für private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Die finanziellen Mittel können sowohl für die anteilige Finanzierung der Niederlassungen verwendet werden als auch für die Finanzierung von vorbereitenden Studien für Niederlassungen. Im zweiten Fall brauchen die Mittel unter bestimmten Umständen nicht an den Bund zurückgezahlt werden.

Wie bei den früheren ERP-Niederlassungskrediten sind antragsberechtigt in erster Linie kleinere und mittlere Unternehmen; bei Vorhaben „von besonderer entwicklungspolitischer Bedeutung“ können aber auch größere Unternehmen finanzielle Mittel beantragen.

Die hierzu ergangenen Richtlinien für die Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in den Entwicklungsländern – Förderungsrichtlinien – geben einen genauen Überblick über den Verwendungszweck der gewährten Darlehen, die Darlehensausgestaltung, Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie die Auszahlung und Besicherung der Darlehen. Diese Förderungsrichtlinien können von Interessenten von uns kostenlos bezogen werden.

Ein verbandspolitisches Angebot zur Ausfuhrsteigerung:

Leistungs- und Mitgliedsverzeichnis des Exporthandels

Unter Mitwirkung unseres Landesverbandes kann die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Exporteurevereine erstmals ein gesamtes Leistungs- und Mitgliedsverzeichnis ihrer rund 400 Mitgliedsfirmen der Öffentlichkeit vorlegen. Die darin enthaltenen Mitgliedsfirmen werden mit ihren Hauptexportprodukten und Hauptabsatzmärkten detailliert vorgestellt. Ein stark gegliederter Produktindex erleichtert das Auffinden der spezialisierten Exporthandels Häuser. Das Verzeichnis wird ergänzt durch eine Darstellung der eigenständigen Leistungsfunktionen des Exporthandels in Marktbearbeitung, Finanzierung, Risikoübernahme und Service.

Die Mitgliedsfirmen und deren Tochterfirmen der fünf in der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Exporteurevereine zusammengefaßten Verbände des deutschen Exporthandels haben einen Anteil von schätzungsweise 20 bis 25 Prozent an den deutschen Exporten. Ihr Anteil im Übersee- und Transitgeschäft dürfte sogar über 50 Prozent liegen. Mit 3.000 Niederlassungen und ständigen Vertretungen im Ausland nehmen sie vor Ort die oft schwierigen und risikoreichen Funktionen des Exporthandels wahr.

Das Mitgliedsverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Exporteurevereine richtet sich nicht nur an den ausländischen Nachfrager nach deutschen Exportprodukten, sondern will auch verstärkten Exportinitiativen im Inland unterstützend Rechnung tragen. Da der Aufbau eines Exportmarketing mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist, möchte der Exporthandel sich als Alternative zum Direktexport verstanden wissen, der nicht nur, aber gerade für die mittelständische Industrie als Kooperationspartner Leistungen im Exportgeschäft übernimmt.

Zollantrag und Zollanwendung bei Abfertigung von Waren zum freien Verkehr

Sollen eingeführte Waren zum freien Verkehr abgefertigt werden, so hat der Zollbeteiligte einen entsprechenden Zollantrag zu stellen. Außerdem muß er die Waren mit dem für die beantragte Zollabfertigung maßgebenden Merkmalen und Umständen anmelden. Zollantrag und Zollanmeldung müssen grundsätzlich schriftlich abgegeben werden.

Für den schriftlichen Zollantrag und die schriftliche Zollanmeldung ist in erster Linie der Verbundvordruck 0459/1 k AHStat, ggf. mit Zusatzblatt „Angaben über den Zollwert“ (Vordruck 0465) und Zusatzblatt „Angaben über Verbrauchssteuern“ (Vordruck 0467) zu verwenden. Sollen die

Waren zur Freigutverwendung abgefertigt werden, so muß als Zollantrag und Zollanmeldung der Verbundvordruck 0461/1 m AHStat, ggf. mit den vorbezeichneten Zusatzblättern, abgegeben werden. Für den Zollantrag und die Zollanmeldung sind außerdem für bestimmte Fälle weitere Formulare, z.B. Vordruck 0324 (Zwischenschein nach vorübergehender Ausfuhr von Waren) und Vordruck 0458 (Abfertigung von Rohkaffee), vorgesehen (VSF Z 1001; 57. Lieferung zum Allgemeinen Zollrecht vom 1.3.1979).

Sind die abzufertigenden Waren tariflich zollfrei (ausgenommen Zollfreiheit im Rahmen einer Freigutverwendung oder einer Zollbegünstigung aufgrund von Präferenzregelungen oder anderen Regelungen mit bestimmten Wert-, Mengen- oder Zeitgrenzen, wie Zollkontingente oder Zollaussetzungen) und sind auch andere Eingangsabgaben (z.B. Einfuhrumsatzsteuer) nicht zu erheben, so kann die Zollstelle zulassen, daß der Zollantrag und die Zollanmeldung in das Gestellungsverzeichnis oder in das entsprechende Zollpapier (z.B. Versandschein) aufgenommen werden. Dasselbe gilt für Waren, die außertariflich zollfrei und für die auch keine anderen Eingangsabgaben zu erheben sind, es sei denn, es ist anderweitig die Verwendung eines bestimmten Formulars vorgeschrieben (z.B. Vordruck 0349 für Diplomaten- und Konsulargut).

Diesel-Bezugsscheinsystem für ausländische Lkw eingeführt

Ab 15.6.1979 erhalten dieselbetriebene Lkw und Autobusse mit ausländischen Kennzeichen an ungarischen Tankstellen Treibstoff nur noch gegen Vorweis einer sog. „Treibstoff-Kaufgenehmigung“. Der Bezugsschein muß an der Grenze bei den ungarischen Geldwechselstellen erworben werden. Der Kauf der Genehmigung wird von den Zollorganen kontrolliert. Für die Dauer eines einmaligen Aufenthaltes in Ungarn kostet die gültige Genehmigung für Autobusse 700 Ft, für Lkw zwischen 500 und 1200 Ft, je nach Nutzlast (umgerechnet rd. 50 bis 120 DM). Für kleine, im Grenzverkehr eingesetzte Lkw, die zum Teil mehrmals täglich die Grenze passieren, kann für 3000 Ft eine „Wochenkarte“ erworben werden.

Die Einführung des Bezugsscheinsystems durch das Finanzministerium und die damit erfolgte faktische Aufteilung des Dieselmärktes wird von Budapest mit dem nach wie vor im internationalen Vergleich recht niedrigen Inlandspreis für Dieselmotorkraftstoffe begründet (ein Liter = 4 Ft). Da es sich offensichtlich um einen Kaufzwang an der Grenze handelt, werden ausländische Transportunternehmen ab sofort in der Tat recht empfindlich zur Kasse gebeten.

Verschiedenes

Informationsreise für mittelständische Unternehmer

Eine Handelsdelegation mittelständischer Unternehmen mit einer Höchstteilnehmerzahl von 30 Personen beabsichtigt (nach einer Mitteilung der Bundesstelle für Außenhandelsinformation) der „Frankfurter Kreis für berufsbezogene Referate“, vom 7. bis 25.11.79 in die VR China zu entsenden. Das Programm umfaßt eine allgemeine Einführung und Besichtigung von chinesischen Produktionsstätten – damit sich die Teilnehmer auf das dortige technische Niveau und Wissen einstellen können – sowie einen speziellen, auf den

einzelnen Teilnehmer abgestimmten Besuchs- und Verhandlungsteil, an dessen Ende Exportverträge stehensollen. Interessenten werden gebeten, dem Veranstalter Material über ihre Firma zur Vorbereitung des speziellen Teils zukommen zu lassen. Die Reise findet unter fachlicher Begleitung und Beratung von Min.-Rat Dr. Dittmar (Bundeswirtschaftsministerium; China-Handel), Min.-Rat Dr. Hurst (Bundesfinanzministerium; Zoll), der Rechtsanwälte Dr. Kohler und A. Krug, Frankfurt, sowie Reg.-O.-Rat Paleit (Hess. Finanzverwaltung) statt.

Die Botschaft der VR China unterstützt das Vorhaben und wird zu einem Vorbereitungsseminar, das am 8.9.79 in Frankfurt stattfindet, Vertreter entsenden, damit diese Fragen der Teilnehmer beantworten. Ein Nach-Seminar soll am 24.11.79 in Tokio abgehalten werden.

Der Teilnehmerpreis (inkl. Vor- und Nachseminar) beträgt (z. Zt.) 11800 DM zuzüglich MwSt. Anfragen und Anmeldungen können an den „Frankfurter Kreis für berufsbezogene Referate“ (Adresse: Fischergasse 5, 6050 Offenbach 8; Tel.: 06 11/86 1260) gerichtet werden.

Deutscher Führungskräfte-Kongress '79

Mit der Zielsetzung „Offensiv in die Zukunft!“ als Generalthema findet am 26. und 27. November in München der DEUTSCHE FÜHRUNGSKRÄFTE-KONGRESS '79 statt. Auf dem Programm stehen praxisorientierte Fachvorträge und Arbeitskreise zu aktuellen Problemen moderner Unternehmensführung. Spezielle Gesprächszentren stehen zum individuellen Erfahrungsaustausch mit den Referenten und zwischen den Teilnehmern zur Verfügung. Auch auf dem diesjährigen Kongreß des GWI-INSTITUTS München treten als Referenten wieder zahlreiche renommierte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auf, unter anderen: Dr. Walter Baur, Roland Berger, Gert Dyckerhoff, Prof. Dr. Herbert Giersch, Günter F. Gross, Staatssekretär Martin Grüner (MdB), Dr. Arend Oetker, Dr. Oskar Pack, Bernd Rohrbach, Dr. Anton Stangl, Dr. Cord Wienholz, Dr. Carl Zimmerer. Das ausführliche Kongreßprogramm kann angefordert werden bei: GWI-Institut München, Neuhauser Straße 14, 8000 München 2.

Seminar „Zukunfts-Perspektiven für den Großhandel“

Das Gottlieb Duttweiler-Institut veranstaltet auch in diesem Herbst wieder das Seminar „Zukunfts-Perspektiven für den Großhandel“.

Im Großhandel sind in Zukunft im Bereich der Dienstleistungen des Marketings, aber auch bei Lagerung und Transport bedeutende Änderungen zu erwarten.

Der Trend zur Kooperation und Kommunikation hat sowohl für die Marktpolitik als auch für die Physische Distribution veränderte Voraussetzungen geschaffen. Die Informationsrevolution im Handel wird auch beim Großhandel zu beachtlichen Konsequenzen führen. Dieses Seminar bietet Ihnen die Chance, diese Entwicklung zu analysieren, daraus Zielsetzungen für die künftige Unternehmenspolitik abzuleiten und die daraus folgenden Maßnahmen zu diskutieren.

Zielsetzung

Skizzierung der handelsrelevanten Wertedynamik

Analyse der Entwicklungstrends im Großhandel

Aufzeigen der Möglichkeiten zu einem gesteuerten Wachstum

Hinweise und Beispiele für dynamische flexible Unternehmensführung

Entwicklung von Ansätzen zur Neuorientierung des Marketings

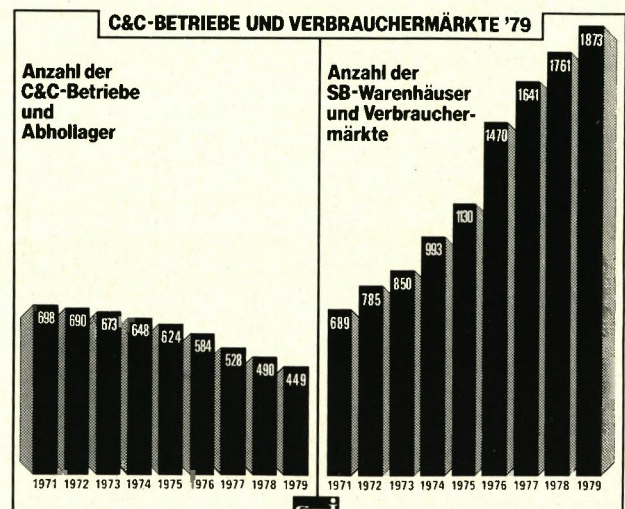
Diskussion der Alternativen zur Beeinflussung oder Anpassung an die Marktentwicklung

Anregung zur Verbesserung der Marketingkonzepte

Hinweise auf verbesserte Lager- und Transportkonzepte.

Das Seminar findet unter der Leitung von Professor Dr. Bruno Tietz vom 1. – 3. Oktober 1979 im Gottlieb Duttweiler-Institut, Rüschlikon-Zürich, statt. Das ausführliche Programm kann bei der Hauptgeschäftsstelle angefordert werden.

C & C-Betriebe und Verbrauchermärkte '79



Expansionsfreude und Gespür für noch offene Standorte beweisen die Unternehmer der SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte weiterhin: Eine Zunahme dieser aktuellen Handelsbetriebsformen in den letzten zwölf Monaten um 112 Betriebe wurde vom GWI-INSTITUT München jetzt ermittelt. Wie die GWI-Erhebung 1979 zeigt, gibt es zur Zeit im Bundesgebiet und in West-Berlin 1873 SB-Warenhäuser/Verbrauchermärkte. Sie verfügen über eine Verkaufsfläche von insgesamt 6,2 Mio Quadratmetern (Vorjahr 5,9 Mio).

Im C & C-Bereich setzt sich der entgegengesetzte Trend fort: Die Zahl der C & C-Betriebe verringerte sich um 41 auf 449 mit einer Gesamtverkaufsfläche von 1,6 Mio Quadratmetern (1,7 Mio).

Die Übersicht „C & C-Betriebe und Verbrauchermärkte '79“ mit den wichtigsten Ergebnissen der Erhebung steht kostenlos zur Verfügung bei: GWI-Institut, Neuhauser Straße 14, 8000 München 2.

Das Bildungsprogramm 1979/80 liegt vor.

Interessenten können es bei der Hauptgeschäftsstelle anfordern.

Personalien

Wir betrauern

Hermann Graf

Mit Trauer geben wir bekannt, daß Herr Hermann **Graf**, Inhaber der Firma Graf oHG, dental-medizinischer Großhandel in Augsburg, am 18. Juli unerwartet verstorben ist.

Hermann **Graf** hatte seine ganze Schaffenskraft dem Aufbau seiner Firma gewidmet. Seine großen menschlichen und geschäftlichen Fähigkeiten nötigten allen, die ihn kannten, große Hochachtung ab.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.



Wir gratulieren

Heinz Kaepfel – Neuer Vorsitzender des Ausschusses für Berufsbildung

Auf seiner letzten Sitzung wählten die Mitglieder des Ausschusses für Berufsbildung einstimmig Herrn **Heinz Kaepfel**, Augsburg, zum neuen Vorsitzenden. Er tritt damit die Nachfolge von Joachim-Hans Kuster an, der diesen Ausschuß mehr als ein Jahrzehnt erfolgreich geführt hatte.

Fritz Dietz – 70 Jahre

Zu seinem siebzigsten Geburtstag am 15.8.79 gratulierten Präsident W. Braun und Hauptgeschäftsführer Werner Sattel dem Gründer und Vorsitzenden des Landesverbandes des Groß- und Außenhandel für Hessen e.V., Fritz Dietz, auf das herzlichste.

Der deutsche Groß- und Außenhandel verdanke ihm entscheidende Impulse und vieles, was seine heutige Bedeutung ausmache. In die besten Wünsche für die Zukunft waren deshalb der Dank für seine beispielhaften Leistungen eingeschlossen.

Baustoffhändler Josef Kraft München – 75 Jahre

Bei der Baustoffgroßhandlung Josef Kraft in München hat man im Monat September gleich zweifachen Grund zum Feiern.

Der Chef des Hauses, Josef Kraft, hat am 5. September seinen 75. Geburtstag gefeiert. Fast gleichzeitig konnte er auf eine 60jährige Tätigkeit als Baustoffkaufmann zurückblicken.

Josef Kraft, der trotz seines Alters täglich mit vollem Einsatz im Betrieb tätig ist, hat am 15.9.1919 als Lehrling bei der Firma Carl Reiser, Baumaterialgeschäft en gros und en detail, München, gegründet 1886, seine berufliche Laufbahn begonnen.

Wie ernst es ihm mit seinem Beruf ist, hat er schon dadurch zu erkennen gegeben, daß er den Kaufmannschul-Abschluß mit Auszeichnung für hervorragende Leistungen abgelegt hat.

Der damalige Firmeninhaber hat seine besonderen Fähigkeiten frühzeitig erkannt und ihm bereits mit 29 Jahren – am 26.3.1934 – Prokura erteilt.

Vier Jahre später – am 1.1.1938 – hat Herr Reiser ihn zum Teilhaber ernannt.

Nach den Kriegsjahren, in denen das Geschäft restlos stagniert und die seinerzeitigen Firmengebäude in der Schäftlarnstraße größtenteils ausgebrannt waren, hat der heute 75jährige am 1.1.1946 als Alleininhaber der Firma Josef Kraft, vormals Carl Reiser, den Aufbau praktisch aus dem Nichts begonnen.

Die Firma Josef Kraft Bauwaren – heute in München ein Begriff – ist einwandfrei durch das kaufmännische Geschick, den Fleiß und die Umsicht des Herrn Josef Kraft zur heutigen Größe geführt worden. Ausschlaggebend für diesen Aufstieg ist auch zweifelsohne seine bis heute nicht erlahmende Tatkraft.

Nach den ersten Aufbaujahren ist der Betrieb am 29.6.1959 vom Bundesbahnpachtgrund in der Schäftlarnstraße auf das heutige eigene 10000 qm große Betriebsgrundstück Drygalski-Allee 15, München 71, verlegt worden. Das gleichzeitig erstellte Verwaltungsgebäude war schon bald den Anforderungen nicht mehr gewachsen und ist dann 1971 erheblich vergrößert und modernisiert worden.

Obwohl der Jubilar in seinem Betrieb voll engagiert war, hat er trotzdem bereits seit 1939 im Vorstand des Bayer. Baustoffhandelsverbandes bzw. der Vorgängerorganisation bis heute mitgewirkt. Für die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern war er lange Jahre im Prüfungsausschuß tätig. Manchem heute profilierten Baustoffkaufmann ist Herr Kraft noch als „Prüfer“ in Erinnerung. Für diese Tätigkeit ist ihm von der Industrie- und Handelskammer der „goldene Ehrenring“ verliehen worden.

Stärkung sucht der Jubilar bei Bergwanderungen in Tirol und an seinem Wohnort am Starnberger See. Als Gönner und Förderer der dortigen Wasserschutz hat er die Wasserschutz-Medaille in Gold erhalten.

Nicht vergessen sei bei dieser Gelegenheit, daß Herr Kraft schon immer seine soziale Einstellung deutlich gemacht hat. Betriebliche Sonderleistungen, um die noch in vielen Betrieben gerungen wird, sind bei ihm seit jeher selbstverständlich. Nicht nur bei der Führung seines Betriebes – auch als Mensch – ist er seiner Zeit weit voraus.

Herzlichen Glückwunsch dem zweifachen Jubilar!

Willi Eichstetter – 50 Jahre



Seinen 50. Geburtstag und zugleich das 10jährige Firmenjubiläum konnte unser Mitglied Willi Eichstetter, Bier- und Getränkefachgroßhandel in Cham feiern.

Wir gratulieren.

Cläre Link – 40 Jahre für Böttcher & Renner



Cläre Link, Mitinhaberin der Unternehmungen Böttcher & Renner, Nürnberg und München, sowie Senefelder München und Wien, kann am 1. Oktober auf eine 40jährige aktive, erfolgreiche Mitarbeit zurückblicken. B. & R. wurde 1901 gegründet und ist heute eines der ältesten und größten Fachgeschäfte für Druckereibedarf, mit Im- und Export in zahlreichen Ländern.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

Buchbesprechungen

Bobrowski/Gaul

Das Arbeitsrecht im Betrieb

Von der Einstellung bis zur Entlassung (zwei Bände)
Von Professor Dr. Dieter Gaul, Köln
7., vollständig neubearbeitete und erweiterte Auflage 1979, Leinen.

Band I: XXVIII, 662 Seiten, liegt vor.

Band II: ca. 900 Seiten.

Vorbestellpreis für beide Bände zusammen DM 198,-
(gültig bis zum Erscheinen von Band II im Oktober 1979).
Späterer Ladenpreis zusammen DM 235,-.

ISBN 3-8005-6305-3

Bücher des Betriebs-Beraters

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Das Standardwerk des Arbeitsrechts für den Praktiker erscheint jetzt neu. Der Umfang des Werkes mußte wesentlich erweitert werden, damit auch die aktuellste Rechtsprechung mit einbezogen und die umfangreiche Gesetzgebung der letzten Jahre berücksichtigt werden konnte.

In der siebenten Auflage ist das gesamte Arbeitsrecht in der auch bisher erfolgreichen Sachgliederung „von der Einstellung bis zur Entlassung“ dargestellt. Wegen der Bedürfnisse der Praxis werden noch stärker als bisher die durch das Betriebsverfassungsgesetz 1972 erweiterten Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates transparent gemacht. Mit wissenschaftlicher Genauigkeit wird die Rechtsentwicklung bis Ende 1978 verfolgt und berücksichtigt. Die vorliegende Gesamtdarstellung bietet sich als ein übersichtliches, zweckmäßiges und zuverlässiges Standardwerk zu allen Fragen des Arbeitsrechts dar. Besonders für betriebliche Führungskräfte, die in ihrem Aufgaben- und Verantwortungsbereich die arbeitsrechtlichen Zusammenhänge beachten und sozialrechtliche Prinzipien handhaben müssen, ist es eine Fundgrube des Wissens.

Größere Beachtung findet das Betriebsverfassungsgesetz und insbesondere die stark aufgefächerte Mitbestimmung des Betriebsrates in sozialen und personellen Angelegenheiten. Die Erörterung des Mitbestimmungsgesetzes 1976 neben den Beteiligungsrechten der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Montanmitbestimmungsgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 beansprucht einen breiten Raum.

Noch umfassender als bisher wird die Rechtsprechung neuesten Standes ausgearbeitet. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis ermöglicht das Auffinden des klar gegliederten Stoffes. Gerade durch die Art der Darstellung wendet sich das Werk auch an den Nichtjuristen. Insbesondere Personalabteilungen in Wirtschaft und Verwaltung finden hier wertvolle Hilfe und Anregung.

Wir können dieses Werk bestens empfehlen.

Deutsche Sozialgesetze

3. Auflage

Sammlung des gesamten Arbeits- und Sozialrechts der Bundesrepublik

Eine Zusammenfassung aller Gesetze und Rechtsverordnungen auf arbeits- und sozialrechtlichem Gebiet in der Bundesrepublik

von Dr. jur. F. LUBER, Landessozialgerichtsrat a. D.

Loseblatt-Ausgabe in drei Bänden · 13000 Seiten,
Preis DM 120,-

Die dreibändige Sammlung enthält über **750 Gesetze und Verordnungen** sowie bedeutsame Verwaltungsvorschriften, Satzungen und Tarifverträge des Bundesrechts auf den Gebieten des Arbeitsrechts und des Sozialrechts, und zwar bezogen sowohl auf das materielle (Leistungs-)Recht als auch auf das Recht des Verfahrens (Prozeßrecht).

Das umfangreiche Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik ist somit **vollständig zusammengefaßt**.

Auch Vorschriften **benachbarter Rechtsgebiete**, auf die in den arbeits- und sozialrechtlichen Gesetzen verwiesen wird, werden lückenlos wiedergegeben, um dem Benutzer der Sammlung das Aufsuchen anderer Quellen zu ersparen.

Der **raschen Information über den Inhalt der Sammlung** dienen zwei Inhaltsverzeichnisse, und zwar nach Nummern und nach dem Alphabet. Der schnellen Unterrichtung über den Gesetzesinhalt dienen Inhaltsübersichten, welche den umfangreicheren Rechtsvorschriften vorausgehen. Soweit die einzelnen Paragraphen eines Gesetzes keine amtliche Überschrift enthalten, wurden derartige Hilfen vorangestellt.

Wird im Gesetzestext auf eine andere Rechtsvorschrift verwiesen, so wird in der Fußnote die Nummer angegeben, unter welcher diese Vorschrift in der Sammlung aufzufinden ist, oder deren Fundstelle vermerkt. Ebenfalls wird in Fußnoten auf Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und dergleichen sowie auf Ausführungsgesetze der Länder hingewiesen.

Neben dem übersichtlichen Aufbau der Sammlung, der leichten Auffindbarkeit der einzelnen Gesetze und dem gefälligen Druckbild ist das Werk (**Loseblatt-Form**) stets auf dem neuesten Stand.

VERLAG R. S. SCHULZ

8136 Percha am Starnberger See · Berger Straße 8-10
8136 Kempfenhausen am Starnberger See · Seehang 4
Telefon 081 51 / 130 41 bis 130 43 · Telex 526 427 Buch

Das Personal-Büro in Recht und Praxis

Arbeitsrecht – Lohnsteuer – Sozialversicherung – Personalführung – Organisation. Grundwerk mit rund 4.300 Seiten, die in 4 Kunststoff-Sammelordnern abgelegt sind, einschließlich Ordner und Register, bis zum Liefertag ergänzt DM 39,60. Seitenpreis der 12 mal im Jahr erscheinenden Ergänzungslieferungen 11,2 Pf. Im Bezugspreis der Nachträge sind 11 umfangreiche Kundendienst-Leistungen eingeschlossen. Rudolf Haufe Verlag, Postfach 740, 7800 Freiburg im Breisgau.

Die vielfachen Arbeitsschutzvorschriften von der Arbeitsstättenverordnung bis zum Gaststätten- und Ladenschlußgesetz sowie ihre Überwachung werden in der **sechsten Ergänzungslieferung 1979** in dem Aufsatz „Gewerbeaufsicht und Personalwesen“ aus der Sicht der Betriebs- bzw. Personalleitung dargestellt. Ein ausführlicher Aufsatz ist den vielfältigen Problemen gewidmet, die sich bei der Vertragsgestaltung für einen längeren Auslandseinsatz von Arbeitnehmern ergeben. Daneben wurden die Aufsätze über Ausschußfristen im Arbeitsrecht sowie über die Rentenversicherung der Handwerker aktualisiert sowie die Neuregelung des Mutterschutzes ab 1. Juli 1979 aus Aktualitätsgründen in Form einer der Ergänzungslieferung beigelegten Sondermitteilung dargestellt.

Der Verlag stellt jedem Interessenten gerne das Grundwerk 14 Tage zur Ansicht und völlig unverbindlich zur Verfügung.

RGV-Handbuch Verpackung

Entwicklung – Herstellung – Anwendung – Beseitigung

Herausgegeben von der RG Verpackung (RGV) im Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW)e.V.

Unter Mitwirkung zahlreicher Fachkenner aus Wissenschaft und Praxis

Redaktion: Erhard Heinze, Unternehmensberater, Cremlingen und Dr. Ing. Wolfgang Möhrlein, Geschäftsführer der RGV, Frankfurt

Ergänzbare Ausgabe, 500 Seiten, Großoktav, DM 48,- zuzüglich Spezialordner DM 9,80.

Das Werk wird in Lieferungen aufgebaut, weitere Lieferungen erscheinen von Fall zu Fall.

Das „RGV-Handbuch Verpackung“ bietet praxisbezogene Auskünfte zu allen Verpackungsfragen. Maßgebliche Fachleute aus allen Kreisen der Verpackungswirtschaft konnten als Autoren gewonnen werden.

Durch die Konzeption als ergänzbare Ausgabe wird das „RGV-Handbuch Verpackung“ auf dem jeweiligen Stand der Entwicklung und Forschung, der Herstellungsverfahren und der Anwendungsmöglichkeiten der Verpackung gehalten.

Einen Eindruck von den im „RGV-Handbuch Verpackung“ behandelten Themenkreisen vermittelt die Hauptgliederung des Werkes:

Grundlagen der Verpackung	Transport und Lagerung
Verpackungsmärkte	Sondergebiete der
Packstoffe und Packmittel	Verpackung
Maschinen zur Herstellung	Verpackung und Umwelt
von Packmitteln	Aus- und Weiterbildung
	Verpackungsgeschichte

Dieses Informations- und Nachschlagewerk auf dem Gebiet „Verpackung“ ist sowohl für die tägliche Praxis der gesamten Verpackungsindustrie einschließlich ihrer Zulieferindustrie als auch für Wissenschaft, Gesetzgeber, Kommunen, Groß- und Einzelhandel und Verbraucher von Bedeutung.

Die Technik der geistigen Arbeit.

Bewältigung der Routine – Steigerung der Kreativität.

Buchreihe „Menschenführung und Betriebsorganisation“, Band 19, Verlag wvt Bad Harzburg 1979. Leinen, 325 Seiten, DM 36,-.

Der harte Konkurrenzdruck zwingt die mittelständischen Unternehmen zur beschleunigten Innovation. Ihre besondere Chance liegt gerade darin, durch immer neue originelle Einfälle, mit denen sie auf die wechselvollen Herausforderungen des Marktes reagieren, den Mitbewerbern ein Stück voraus zu sein. Aber wann haben die Inhaber dieser Unternehmen überhaupt Zeit zur kreativen Arbeit? Wenn sie im Prinzip darauf bestehen, alle Entscheidungen selbst zu treffen, ersticken sie in der Routine. Für sie gilt es, die Organisation zu ändern, so meint Professor Dr. Reinhard Höhn, Leiter der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft e.V. in Bad Harzburg, in seinem soeben erschienenen Buch, das durch seine Praxisnähe besticht. Höhn zeigt, wie der mittelständische Unternehmer sich von der Routine entlasten und wie er die lebenswichtige schöpferische Tätigkeit bei sich selbst und bei seinen Mitarbeitern fördern kann. Auf diese Weise kann der Inhaber des Klein- und Mittelbetriebes rechtzeitig verhindern, daß auf die Pionierphase der ersten Generation eine Phase innerer Erstarrung folgt, die sich im Grunde darauf beschränkt, die Ideen der Vergangenheit zu verwalten.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Gewinn und Profit sind nicht dasselbe

Unternehmensgewinne sind gleichermaßen Voraussetzung und Ziel einer funktionierenden Marktwirtschaft. Die marxistische Gesellschaftskritik macht den Profit dagegen für alle gesellschaftlichen Mißstände verantwortlich – sie bestreitet die Berechtigung von Unternehmensgewinnen.

Die neue Ausgabe 5 der Gesellschaftspolitischen Bildungsmaterialien untersucht diese zentrale Frage der Legitimation von Unternehmensgewinnen:

GEWINN

Legitimation und Funktion

von Walter Eberle

herausgegeben von der Stiftung Gesellschaft und Unternehmen

Einzelpreis DM 10,80 brutto (Mengenstaffel)

Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Köln

Auch diese Neuerscheinung eignet sich, wie die gesamte Schriftenreihe, durch ihren klaren Aufbau hervorragend zur Information und Weiterbildung betrieblicher Mitarbeiter und als Arbeitsmaterial in Kursen und Seminaren der Erwachsenenbildung.

Neu: Handlexikon für Handel und Absatz

Mehr als ein reines Nachschlagewerk zu Handelsbegriffen stellt das neue Handlexikon für Handel und Absatz dar: Enthalten sind in diesem Lexikon neben aktuellen Definitionen praxisbezogene Darstellungen darüber, wie sich der Handel entwickelt hat und wie seine Entwicklung weitergehen wird. Aufgezeigt werden auch Trends zu den aktuellen Handelsbetriebsformen mit Informationen zu ihrer Ein-

kaufs- und Angebotspolitik. Für Handel und Industrie bietet dieses Lexikon damit eine wichtige Hilfe für die grundlegenden Marketingentscheidungen. Mehr als 200 Spezialisten aus der Praxis haben an diesem großen Handelslexikon, das in Lizenz beim GWI-Institut München erschienen ist, mitgewirkt.

Handlexikon für Handel und Absatz.

Hrsg. Bernd Falk und Jakob Wolf. 760 Seiten. DM 98,-.

GWI-Institut München (Neuhauser Straße 14, 8000 München 2).

Knifflige Buchungsfragen

von Dipl.-Volkswirt Walter Alt/Dipl.-Kfm. Dieter Schiederer
3. Auflage 1979, Taylorix Fachverlag, Stuttgart
Band 1: Aufgaben – 13,80 DM, Band 2: Lösungen – 27,50 DM

In allen Wissensbereichen ist das Bearbeiten von Aufgaben ein ideales Mittel, sich gründlich in ein Stoffgebiet einzuarbeiten. Das gilt für Anfänger wie für sogenannte Fortgeschrittene und trifft besonders für das Erarbeiten der buchhalterischen Materie zu.

Dieses Übungsbuch führt von den buchhalterischen Grundbegriffen Stufe für Stufe hin zu komplizierten Buchungsfällen. Es werden die verschiedensten Aufgaben (schwierige laufende Geschäftsfälle, Abschluß- und Bilanzierungsfälle, Finanzierungsbuchungen, Bilanzuntersuchungen u.a.m.) von unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad gestellt. Im Lösungsband findet der Benutzer zur Selbstkontrolle und Vertiefung des Stoffes die richtigen Buchungen mit Erläuterungen. Die Ausführungen sind methodisch-didaktisch gut fundiert und steuerlich, wirtschaftsrechtlich sowie betriebswirtschaftlich auf dem neuesten Stand.

Obergärig ist unser Bier.



Hacker-Pschorr



Kloster Weißbier und Erstes Münchner Alt,
die obergärigen Premium-Biere von Hacker-Pschorr.

Die Hacker-Pschorr Bräu AG freut sich über die mit dem Verband Bayerischer Bier- und Getränke-Fachgroßhändler e.V. vereinbarte Fördermitgliedschaft. Gerne beraten wir Sie in allen gemeinsamen Fragen und Problemen.

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
Sept./Okt. 1979 · Nr. 9/10/1979

Das aktuelle Thema	3	Was erwartet sich die Absatzwirtschaft vom Berufsgrundbildungsjahr bzw. von der Berufsschule?
Arbeitgeberfragen	4 5 6 7 8	Feiertagsregelung als Prüfstein der Wirtschaftspolitik Gewerbesteuer-Hebesätze senken! Sind Führungskräfte im Handel unternehmenstreu? Die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen Tarifrunde '80 muß stabilitäts- und beschäftigungspolitische Chancen nutzen Im Schnitt 17 670 DM Spesen im Außendienst
Arbeitsrechtliche Entscheidungen	9	Kündigung wegen häufiger Erkrankung
Berufsausbildung und -Förderung	9	Neuregelung über Abschlußzeugnis in Berufsschulen 10.000,- DM Zuschuß für 20 Berufsschullehrer-Praktikanten
Verkehr	10	Die Belastung des Großhandels mit Post- und Fernmeldegebühren
Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel	10 11	Prüfungen der Abrechnungszollstellen bei Einfuhr-Sammelzollverfahren Schadensersatz wegen Kursverlust Studie über den US-Einzelhandel
Personalien	12	
Buchbesprechungen	13	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel · Dipl.-Kfm. Sauter · Dipl.-Volksw. Deutsch · RA Frankenberger · RA Rath

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München 2, Ottostr. 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostr. 7. Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostr. 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobieri, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Was erwartet sich die Absatzwirtschaft vom Berufsgrundbildungsjahr bzw. von der Berufsschule?

von Dr. Rudolf Egerer, Vorstandsmitglied im LGA

Ausgangssituation

- 1) In der bayerischen Absatzwirtschaft sind rund 500000 Personen in beratender, werbender, informierender und verkäuferischer Funktion unmittelbar tätig, ohne oder nur unzureichend auf ihre berufliche Tätigkeit vom staatlichen Schulwesen, besonders dem berufsbildenden, pädagogisch und systematisch vorbereitet worden zu sein, wie es bei anderen Berufsgruppen durch Fachlehrer der Fall ist, z. B. in den Büro-, Metall- und Elektroberufen.
- 2) Das Berufsgrundschul- oder -bildungsjahr ist der Einstieg in die künftige Erwachsenen-Tätigkeit und nicht der Abschluß einer zehnklassigen Hauptschule. Darin liegt auch die große Chance Schulmüdigkeit in berufliche Motivation zu wandeln, wenn der Fachunterricht auf spätere Berufsausbildung glaubhaft ausgerichtet ist.
- 3) Während z. B. beim Büro- und Verwaltungs-Kaufmann eine zeitweise Vollverschulung (Berufsgrundschuljahr) denkbar wäre, ist in der Absatzwirtschaft der gleichberechtigte Lern- und Erlebnisort „Betrieb“ von Anfang an nicht ersetzbar. Auch, wenn es den Klein- und Mittelbetrieben in einer Übergangszeit nicht leicht fällt, die kooperative Form des Berufsgrundbildungsjahres zu übernehmen, muß das duale Prinzip des besseren Ausbildungserfolgs von vornherein erhalten bleiben.

Probleme des Fachkundeunterrichts

- 1) Voraussetzung für die berufliche Grundbildung ist ein Fachkundeunterricht, der auf die künftige Berufstätigkeit mit „langjähriger Gebrauchsfähigkeit“ ausgerichtet ist. Dies verlangt vor allem eine pädagogische Heranführung an eine anspruchsvolle geistig-seelische Tätigkeit, wie Sprechen, Argumentieren, Informieren, Werben, Beraten, Umgang mit Menschen und Verkaufen. Dies sind branchenübergreifende zeitlose Erkenntnisse und nicht kurzfristige Lernfertigkeiten wie die von der Berufsschule so geliebte Buchführung, welche von Jugendlichen in 10 Jahren vielleicht benötigt wird und sich bis dahin vermutlich restlos geändert hat. Sicherlich gehört auch kaufmännisches Rechnen sowie ein Mindestmaß an Soll- und Habendenken zum notwendigen Wissen. Es ist aber ein Begleit- und nicht das Hauptwissen, welches zum beruflichen Erfolg in der Absatzwirtschaft führt. Diese pädagogische Erschließung geistigen Denkens und Handelns des jungen Menschen für sein künftiges Berufswirken ist eine vorrangige Sache der Schule, insbesondere dann, wenn sie im Grundbildungsjahr noch mehr Zeit für sich fordert. Sache der Betriebe ist es dann, die dazu erforderliche Übung, die Warenkunde und den praktischen Ablauf zu vermitteln.

Das Sichfreimachen zum Reden, zum Sprechen, ist ein seelischer Vorgang, der zu lehren und zu üben ist. Das Argumentieren ist eine Erschließung des Geistes und der Umgang mit den Menschen wiederum ein seelisch-psychologischer Service, was zusammen zu der produk-

tiven Leistung des Beratens und Verkaufens führt. Das sind die Hauptinhalte unseres Berufes, die von anderem Begleitwissen und -lernfertigkeiten gestützt werden. Man stelle sich nur vor, wie ein etwas schüchternes Mädchen durch wöchentlich 1 oder 2 Stunden Sprechübungen allein sich schon für Beruf und Leben qualifizieren kann.

Warenkunde gehört nicht in die Berufsschule und erst recht natürlich nicht in das Grundbildungsjahr. Der entsprechende bisherige Unterricht ist technologisch, d. h., es wird das „Aus was?“ und nicht das „Für was?“ gelehrt und hinkt darüber hinaus bei der schnellen Sortimentsentwicklung immer nach. Der Verzicht auf eine schulische Warenkunde erleichtert zudem den branchenübergreifenden Unterricht und die Klasseneinteilung bzw. Schwerpunktbildung im Berufsgrundbildungsjahr und fördert ganz entscheidend die Mobilität.

- 2) In den nächsten Jahren werden die Mittelschüler voraussichtlich nicht durch das Berufsgrundbildungsjahr erfaßt werden, sondern fast ausschließlich Hauptschüler. Da Banken, Versicherungen aber auch Industrie einen immer höheren Anteil an Mittel- und Oberschülern zur Ausbildung einstellen, müssen 90% und mehr eines Jahrgangs des Berufsfeldes Wirtschaft und Verwaltung mit Schwerpunkt: Absatzwirtschaft und Kundenberatung vom Handel übernommen werden. Dementsprechend hat sich auch der Fachkundeunterricht auf die überwiegende Mehrheit der Schüler einzustellen. Dies scheint aber nach allem, was offiziell und inoffiziell dazu verlautet wird, nicht der Fall zu sein.

Nach dem vorgesehenen Fächerkatalog soll notwendiges, nützliches und unnützes Begleitwissen im Fachkundeunterricht vermittelt werden, aber nicht das vorrangige Kernwissen für die produzierende und nicht verwaltende Funktion in der Absatzwirtschaft.

- 3) Ein Hindernis in dieser Zielsetzung ist u. a. das Prüfungsgeschehen. Schon heute müssen wir Praktiker uns engagierter und mehr als bisher dafür einsetzen, daß die Aufgaben in dem Wahlprüfungsfach: Einkauf, Lager und Vertrieb, das von der Mehrzahl der Einzelhandelslehrlinge gewählt wird, nicht nur aus verbrämten Rechen- und Kalkulationsfragen bestehen, die zwar leicht programmiert abprüfbar sind, sondern aus der praktischen Tätigkeit kommen.

Absurd ist daher das Verlangen, mehr Buchführungsunterricht zu erteilen, weil dies in anderen Bundesländern so sei, z. B. in Hessen, da sonst die Prüfungsergebnisse in Bayern sich vergleichsweise verschlechtern würden. Da faßt man sich an den Kopf und fragt: Wird denn für den Unterricht und die Prüfung oder für Beruf und Leben gelernt? Da Prüfungs- und Unterrichtsstoff sich ständig gegenseitig beeinflussen, muß dieser

Teufelskreis endlich durchbrochen werden. Zu einer solchen Kehrtwendung gehört aber auch, daß man in der Absatzwirtschaft dem Vorrang der mündlichen, sprechenden Tätigkeit gerecht wird und Prüfungsteile in Zeit und Punkten anders wertet.

Sicherlich macht eine umfassendere und absatzorientierte mündliche Prüfung bei der großen Zahl der Teilnehmer den Ausschüssen viel mehr Arbeit. Das ist aber kein Grund, funktionswidrig zu prüfen.

- 4) Das Problem, eine funktionsgerechte, also auf die berufliche Haupttätigkeit ausgerichtete Fachtheorie zu vermitteln, liegt nun darin, daß neben einem nicht ausreichenden Verständnis in der Schulverwaltung für die pädagogischen Belange verkäuferischer Berufe besteht, vor allem aber es an Lehrern, die dazu heran- und fortgebildet sind, fehlt. Da sie den entsprechenden Unterricht nicht erteilen können, wollen sie ihn auch nicht einführen und denken gar nicht daran, durch zeitweilige Praxis hier noch etwas nachzuholen. An einigen ganz wenigen Beispielen kann nachgewiesen werden, daß ein guter Verkaufsunterricht aus einem schwierigen Haufen eine disziplinierte aufmerksame Klasse entstehen läßt, die nach noch mehr Stunden dieser Art verlangt.

Dieses grandiose Versäumnis hat uns bisher einiges an Anfangsmotivation bei unseren heranwachsenden Mitarbeitern gekostet.

Wir könnten künftig leistungsfähigere und einsatzbereitere Mitarbeiter heranbilden, wenn die Berufsschule in ihrem auf das Berufsziel ausgerichteten Fachunterricht

mitziehen würde und auch dazu in der Lage wäre. Schon vor 10 Jahren sagte einmal Professor Abraham, eine Kapazität der Wirtschaftspädagogik: „Es ist ein Unding, daß fast 50% aller Diplom-Handelslehrer im Einzelhandel unterrichten, aber noch nicht 2% je einmal dort praktisch tätig waren“.

Bei einem dringend anstehenden Umdenken in der Studienplanung für die Lehrerbildung muß zumindestens 1/2 Jahr Praxis im Handel, also im Verkauf und nicht in der Buchhaltung verlangt werden. Als Voraussetzung für die Studienzulassung eines Diplom-Handelslehrers ist daher ein Kaufmannsgehilfenbrief zu fordern mit der Ausbildungstätigkeit von 1/2 Jahr im Handel, 1/2 Jahr in der Industrie und 1/2 Jahr nach freier Wahl. Dies fördert zudem die beruflichen Einsatzmöglichkeiten und Chancen eines Diplom-Handelslehrers.

Ein solcher Kaufmannsgehilfenbrief erhöht für einen Abiturienten seine Mobilität, auch, wenn er das Studium zum Diplom-Handelslehrer abbricht. Die dafür in Bayern benötigten 100 Ausbildungsplätze, zweimal 1/2 Jahr, kann sicherlich die einschlägige Wirtschaft mit Unterstützung der Kammern und Verbände bereitstellen.

Selbstverständlich müßte im Hochschulbereich durch Vermittlung von absatzwirtschaftlicher Pädagogik und Rhetorik gleichgezogen werden. Das mag im Umdenken und im Umstellen sehr schwierig sein. Es ist aber doch ein ganz natürliches Verlangen, das der Handel seit 30 Jahren ständig an die Pädagogen stellt.

Wann kommen wir endlich aus den festgefahrenen Gleisen heraus?

Arbeitgeberfragen

Feiertagsregelung als Prüfstein der Wirtschaftspolitik

Im Verlauf der ganzen Diskussion um die Neuregelung der Feiertage konnte der bayerischen Wirtschaft bisher noch keine einleuchtende Erklärung für die Notwendigkeit einer Reform des bayerischen Feiertagsrechts gegeben werden. Jeder in einem anderen Bundesland begangene Feiertag gilt auch in Bayern, wenngleich in vier Fällen auf jene Gebiete beschränkt, deren Bevölkerung vorwiegend der dominierenden Konfession angehört. Diese bayernspezifische Regelung wird jedem soweit nur möglich gerecht und hält dennoch die wirtschaftlichen Auswirkungen einigermaßen in Grenzen.

Die unter dem Schlagwort „Vereinheitlichung“ erhobene Forderung, alle vier unterschiedlichen Feiertage auf ganz Bayern auszudehnen, verläßt die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Kompromisses. Die Wirtschaft wendet sich nicht gegen eine Vereinheitlichung, sondern gegen eine Maximallösung, die der bayerischen Wirtschaft eine Spitzenbelastung im Vergleich zu allen anderen Bundesländern und allen Industriestaaten der Welt brächte.

Die Wirtschaft bestreitet der Kirche nicht das Recht festzulegen, welcher Tag als Feiertag kirchlich zu begehen ist. Der Gesetzgeber hat aber in eigener Verantwortung zu prüfen, inwieweit religiöse Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung es erfordern, daß dieser Tag den staatlichen Schutz mit all seinen Konsequenzen, vor allem für die Wirtschaft, erhält. Für die Unternehmen ist hierbei nicht so sehr entscheidend, welcher Tag Feiertag wird, sondern wieviel Arbeitstage insgesamt infolge von Feiertagen ausfallen.

Bei dieser Abwägung sollte der Landtag auch berücksichtigen, daß die strittigen Feiertage bundesuneinheitlich sind. Die religiösen Beweggründe und Empfindungen eines Gläubigen können in Bayern keinen anderen Rang haben als in einem anderen Bundesland oder im benachbarten Ausland. Dies noch dazu in einer Zeit, in der die Religiosität abnimmt, bei Feiertagen die Freizeit und nicht das kirchliche Fest im Vordergrund steht. Verfehlt wäre es, vor dieser sicher zu bedauernden Tendenz die Augen zu schließen. Dennoch sind unter diesen Umständen Überlegungen, die Fixierung kirchlicher Feste auf einen bestimmten Tag aufzuheben und sie liturgisch am folgenden Sonntag zu begehen, eine sachgerechtere Antwort auf die Tendenzen unserer Zeit, als neue Feiertage zu kreieren, von denen feststeht, daß die Bevölkerung sie nicht ihrem Sinngehalt entsprechend aufnehmen wird.

Belastung der Wirtschaft

Heute ist es deshalb weniger denn je gerechtfertigt, der Wirtschaft wegen weiterer Feiertage eine hohe Belastung aufzubürden. Auch Feiertage sind eine zusätzliche Arbeitszeitverkürzung. Bei unverändert hohen Gesamtkosten müßte die Wirtschaft einen erheblichen Produktionsausfall hinnehmen. Er würde sich bei Verwirklichung der Maximallösung 1979 in Bayern auf 1,3 Mrd. DM belaufen. Ohne diese Wertschöpfung müßte die Wirtschaft mindestens 850 Millionen DM Kosten weiter tragen.

Konsul Senator Walter Braun:

Gewerbesteuer-Hebesätze senken!

Seit Beginn dieses Jahres bemühen sich zahlreiche Organisationen der Wirtschaft – voran der Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels – intensiv darum, die Städte und Gemeinden von der Notwendigkeit einer Senkung der Gewerbesteuer-Hebesätze zu überzeugen. Die Verpflichtung zu einer solchen Maßnahme ergibt sich aus dem Steueränderungsgesetz 1979, das den Kommunen im Bundesgebiet, die keine Lohnsummensteuer erheben, ab 1980 erhebliche Mehreinnahmen bringt. Diese Einnahmen sollen nach dem Willen des Gesetzgebers dazu verwendet werden, die Gewerbesteuer-Hebesätze zu senken.

Leider zeigt sich bisher bei den Gemeinden ein zäher Widerstand gegen diese Gewerbesteuerentlastung. An der Spitze der „Verweigerer“, wie ich sie einmal bezeichnen möchte, marschiert bisher die Stadt München; ich habe aufgrund der bisher gewonnenen Erfahrungen leider Anlaß zu der Vermutung, daß gerade das Verhalten Münchens eine gewisse Signalwirkung für die anderen Städte in Bayern haben wird.

In Nordbayern sind wir bisher bedauerlicherweise ebenfalls auf geringes Entgegenkommen gestoßen. Rühmliche Ausnahme ist, zumindest was die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Senkung betrifft, die Stadt Nürnberg. Aber auch die Stadt Augsburg hat inzwischen nachgezogen, wie ich entsprechenden Pressemitteilungen entnehme. Alle Organisationen der Wirtschaft und alle Mitglieder, die Einfluß im kommunalpolitischen Raum geltend machen können, sollten aus Anlaß der im Herbst anlaufenden Haushaltsberatungen sehr intensiv darauf drängen, daß die Wirtschaft tatsächlich das erhält, was der Gesetzgeber ihr aus guten Gründen zugedacht hat. Man sollte nicht vergessen, daß die Entlastung darauf abzielt, den Unternehmen einen größeren finanziellen Spielraum für Investitionen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu geben.

Die verschiedenen Überlegungen zur Konkretisierung der Höhe der Hebesatzsenkung führt offenbar zu dem Ergebnis, daß das Bündel der durch das Steueränderungsgesetz 1979 im Gewerbesteuerbereich möglichen Entlastungen bei der Gewerbesteuer eine Senkung von maximal 60 Punkten zuließe.

Dieser Satz ist nach den vorliegenden Berechnungen das Maximum, was die Wirtschaft vernünftigerweise erwarten kann. Häufig wird aufgrund der besonderen Haushaltslage auch eine niedrigere Senkung gerechtfertigt sein. So wäre es auch z.B. bei der Stadt Nürnberg wohl vermessen, aufgrund der Haushaltslage eine Senkung um 50 oder 60 Punkte zu erwarten. Das aktuelle Angebot des Nürnberger Stadtkämmerers, ein Senkung um 25 Punkte vorzunehmen, kann man allerdings andererseits nur als unterste Grenze des Möglichen verstehen. Im Interesse der Wirtschaft sollte diese Grenze deutlich überschritten werden.

Bei der Gesamtbetrachtung ist ein weiterer Problemkreis nicht außer acht zu lassen: Die bayerischen Großstädte sind schon wegen der exorbitanten Grundstückspreise für Neuansiedlungen nicht gerade attraktiv. Sie bekommen z.T. schon heute die Abwanderungstendenzen zu spüren. Wenn die bayerischen Gemeinden ihre Hebesätze ab 1980 nicht spürbar senken, dürfte sich darüber hinaus im Verhältnis zu den westdeutschen Städten eine nicht unbeachtliche Verzerrung ergeben, weil im Gegensatz zu Bayern in Westdeutschland bisher neben der Gewerbesteuer und Gewerbeertragssteuer auch die Lohnsummensteuer erhoben wurde, die in Wegfall kommt. Die westdeutschen Gemeinden werden zwar versuchen, diesen Wegfall der Lohnsummensteuer durch eine Anhebung der Hebesätze zu kompensieren, aber aufgrund der Widerstände gegen eine solche Maßnahme werden sie keineswegs Hebesätze durchsetzen, die den jetzigen Hebesätzen der großen Städte im Süden annähernd entsprechen. Es müßte also somit zwangsläufig zu einem Gefälle bei den Hebesätzen kommen.

Die großen Gemeinden sollten sich ihrer besonderen Verantwortung auch insofern bewußt sein, als eine gewisse Präzedenzwirkung für die anderen Städte und Gemeinden von ihnen ausgeht. Wenn es nicht zu einer Hebesatzsenkung auf breiter Front kommt, so wäre dies mit Sicherheit ein „Merkposten“ sowohl für die Wirtschaft als auch für den Gesetzgeber, bei künftigen finanzpolitischen Gesetzgebungsmaßnahmen nicht mehr auf die Kooperationsbereitschaft der Kommunen vertrauen zu können.

Solche Kostenbelastungen verschärfen die natürlichen Nachteile, die Bayerns Wirtschaft infolge der sich aus Revierferne und Rohstoffarmut ergebenden höheren Transport- und Energiekosten zu tragen hat. Diese relativen Kosten, der Kostenvergleich mit anderen möglichen Standorten, sind ausschlaggebend bei der Wahl des Standortes eines Betriebs und damit für die Frage, welche Arbeitsplätze geschaffen werden. Neue Nachteile kann sich Bayerns Wirtschaft auf diesem Gebiet nicht leisten. Sie muß im nächsten Jahrzehnt rund 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge der ersten Hälfte der 60er Jahre schaffen. Der in den letzten Jahren in Gang gekommene Aufholprozeß, der Abbau des Rückstandes in der Leistungskraft im Vergleich zum Bund, gibt Bayerns Wirtschaft hierfür eine Chance.

Der gute Ruf, den sich Bayerns Wirtschaftspolitik erworben hatte, trug hierzu wesentlich bei. Wirtschaftspolitische Grundsätze und wirtschaftliche Notwendigkeiten wurden bisher in diesem Land nicht einfach tagespolitischer Opportunität geopfert. Die Unternehmen haben dies registriert und entsprechend investiert. Die Entscheidung über die Neuregelung der Feiertage wird daher zum Prüfstein dafür, ob es bei dieser Wirtschaftspolitik bleibt. Bei einem Ruhrprogramm von 1 Mrd. DM pro Jahr wäre es eine schlechte bayerische Wirtschaftspolitik, mit ein paar Millionen DM mehr oder weniger die Attraktivität von Arbeitsplätzen in Bayern fördern zu wollen und gleichzeitig der Wirtschaft zusätzliche Belastungen in Höhe einer knappen Milliarde pro Jahr aufzubürden. Eine Ausweitung der Feiertage, noch dazu in einer Zeit, in der geringe Kosten-

differenzen über den Erfolg am Markt und damit über den Bestand an Arbeitsplätzen entscheiden, muß das bisherige gute Klima des Vertrauens zerstören und könnte die vergleichsweise günstige wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat jäh beenden.

Sollte der bayerische Gesetzgeber eine Reform für erforderlich halten, so ist eine neue Feiertagsregelung mit 12 Feiertagen einheitlich für das ganze Staatsgebiet nach Auffassung der bayerischen Arbeitgeber der für alle beteiligten gesellschaftlichen Gruppen am ehesten tragbare Kompromiß, denn er kommt dem unerläßlichen Ausgleich zwischen allen Interessen am nächsten. Das wirtschaftlich strukturschwache, aber von Kultur, Religion und Tradition stark geprägte Land Bayern hätte damit zwar einen Feiertag weniger als Baden-Württemberg und das Saarland, aber ebenso viele Feiertage wie Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, jedoch einen Feiertag mehr als Hessen und zwei Feiertage mehr als die übrigen fünf Bundesländer. Ein endgültiger Verzicht auf diese Tage als Festtage muß damit nicht verbunden sein. So könnten zwei der bisher schon bundesuneinheitlichen Feiertage – Hl. Drei Könige, Fronleichnam, Maria-Himmelfahrt oder Allerheiligen – künftig am folgenden Sonntag begangen werden.

Sollte nur auf der Grundlage von 13 einheitlichen Feiertagen für ganz Bayern eine von allen beteiligten gesellschaftspolitischen Kräften akzeptierte neue Regelung erreichbar sein, so würden die bayerischen Arbeitgeber ihre grundlegenden Bedenken zurückstellen, einer solchen Lösung zustimmen und sie mittragen. Für diesen Fall erwarten die bayerischen Unternehmen jedoch, daß sich Staatsregierung und Landtag für einen wenigstens teilweisen Ausgleich der dadurch verschärften strukturellen Nachteile auf anderen Gebieten einsetzen.

Sind Führungskräfte im Handel unternehmenstreu?

Über dieses Thema berichtet H. P. Frank, Unternehmensberater und Seminarleiter.

In den letzten zwölf Monaten befragte er in seinen Seminaren 622 Führungskräfte des Handels. Alle Antworten wurden auf neutralen Bögen ohne Namens- oder Firmenennung gegeben.

Als Seminarleiter kannte ich den größten Teil der Seminarteilnehmer persönlich, ebenfalls die Herkunftsfirmen und die dortige Firmenstruktur. Hierdurch wurde gewährleistet, daß „ehrliche“ Antworten gegeben wurden. Die Kenntnis der Teilnehmer erleichterte mir auch die Beurteilung der Antworten.

Bei den 622 Befragten handelte es sich um Geschäftsführer, Personalleiter, Organisationsleiter, Revisoren, Bezirksleiter(innen), Warenannehmer.

Sie kamen aus insgesamt 57 Firmen: Filialunternehmen, VM-SM-Warenhäuser, C & C-Unternehmen, konventioneller Großhandel, Kaufhäuser. Größenordnungen der Firmen: Umsatzvolumen 50 Mio. DM und höher.

Hier die Ergebnisse der Befragung:

1. Würden Sie den Beruf noch einmal ergreifen?

9 Befragte (= 1,5%) verneinten diese Frage.

- Alle 9 klagten über totale Unterbesetzung und dementsprechende Überarbeitung; sie fühlten sich moralisch und körperlich fertig.
- 5 Teilnehmer sahen keine schnellen Beförderungsmöglichkeiten und dementsprechende finanzielle Aufstiegsmöglichkeiten.

- Ein Betriebsleiter war den Anforderungen nicht gewachsen.

2. Würden Sie die Firma wechseln bei einem höheren Gehalt von 15%, ohne Verbesserung der Position?

88 Befragte (= 14,1%) antworteten mit Ja.

- In dieser Gruppe würde man nicht nur wegen eines höheren Gehalts einen Wechsel ins Auge fassen; mehrere Teilnehmer beklagten sich auch über firmeninterne Querelen. Teilweise wird den Führungskräften in diesen Betrieben Vertuschung von Mißständen bei langjährigen Mitarbeitern angelastet.

Unsere Analysen ergaben für diese Gruppe, daß die Klagen über Mißstände zu etwa 60% als berechtigt anzusehen sind. Ein gesundes Betriebsklima würde viele Probleme abschaffen – es wird zuwenig beachtet.

3. Würden Sie die Firma wechseln ohne jede Gehaltserhöhung, nur bei einer Aufstockung der Position?

33 Befragte (= 5,3%) antworteten mit Ja.

- Bei einem Wechsel ohne jede Gehaltserhöhung – nur gegen eine höhere Position – spielen viele Gründe des Machtstrebens oder evtl. Vorkommnisse im persönlichen Bereich der momentanen Tätigkeit eine wesentliche Rolle.

4. Würden Sie die Firma wechseln ohne Gehaltserhöhung, wenn Sie den Arbeitsplatz näher am Wohnort bekämen?

94 Befragte (= 15,1%) antworteten mit Ja.

- Der Wohnort spielt eine sehr wichtige Rolle. Hierüber wurde in der Gruppe offen diskutiert.
- Die Hin- und Herfahrroute geht zu Lasten des Familienlebens, insbesondere, wenn die Mitarbeiter Familienväter sind. Hier ist der Zeitaufwand (neben den normalen Überstunden) eine echte Belastung.

5. Würden Sie die Firma wechseln, um ein besseres Betriebsklima zu finden?

Es antworteten mit Ja

- | | |
|--|-------------|
| a) ohne Gehaltserhöhung | 162 = 26,0% |
| b) mit Gehaltserhöhung | 209 = 33,6% |
| c) ohne Gehaltserhöhung aber Arbeitsplatz am Wohnort | 195 = 31,4% |

Die Problematik wirkt sich für jedes Unternehmen so aus, daß man sich wundern muß, wie wenig dagegen unternommen wird!

Es ist in etlichen Firmen errechenbar, welche Kosten durch falsches Führen entstehen – und das neben den Inventurverlusten. Aber auch Inventurverluste werden durch falsches Führen hervorgerufen, wenn aus Haß oder Abneigung gegenüber den Führungskräften der Personaldiebstahl blüht. (Ca. 60% der Inventurverluste werden wertmäßig durch Personal verursacht!)

6. Welche Ziele haben Sie sich gesteckt, um beruflich mit ca. 40 – 45 Jahren eine abgesicherte Position zu haben?

- | | |
|----------------------------|-------------|
| Marktleiter | 124 – 19,9% |
| Revisor | 120 – 19,3% |
| Bezirksleiter/Verk. Leiter | 86 – 13,8% |
| Geschäftsführer | 85 – 13,7% |
| Einkäufer | 74 – 11,9% |

Hinzu kommen dann eine Reihe weiterer Wünsche wie Filialleiter, Hauptabteilungsleiter, Verwaltungsleiter, Werbeleiter usw.

- Bei den Berufszielen sind allgemein klare Vorstellungen vorhanden. Man weiß, was man erreichen will – man ist sich nur im Unklaren darüber, wie man es erreichen kann.

Hier traten eine Reihe von berechtigten Klagen auf, daß man die Voraussetzungen für ein Weiterkommen – durch Weiterbildung vor allem in Spezialbereichen – nicht vorantreibt. Nur einzelne Firmen sind hier erfolgreich aktiv. Ca. 80% der Teilnehmer würden das Wochenende für praxisnahe Seminare hergeben!

- Berufswünsche in Richtung Revisionen lassen klar erkennen, daß in diesem Bereich noch die Aufbau-phase läuft. Für die Unternehmensleitungen wichtig, hier die richtige Person aufzubauen.
- Der Wunsch nach der Position als Marktleiter rührt sicherlich daher, daß er in der zur Zeit gängigen Form als „König in seinem Reich“ betrachtet wird.

Erfolgreiche Unternehmen haben aus diesen Hinweisen Schlüsse gezogen und diese in die Tat umgesetzt. Der Erfolg gibt diesen Unternehmen recht!

(entnommen aus „Hör zu“, Handelsservice, 9/79)

Die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen

(RAK) 1. **Zweck:** Die Rechtswirkungen des normativen Teiles eines Tarifvertrages treten in ihrem Geltungsbereich ein, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer tarifgebunden sind. Diese beschränkte Geltung des Tarifvertrages kann namentlich bei rückläufiger Konjunktur zu unerwünschten Konsequenzen führen. Bei einem starken Arbeitskräfteüberhang könnten Arbeitgeber geneigt sein, nur nicht tarifgebundene Arbeitnehmer einzustellen, um damit den durch den Tarifvertrag normierten Lasten zu entgehen. Andererseits könnten nicht tarifgebundene Arbeitnehmer durch Arbeitsaufnahme zu untertariflichen Bedingungen die tarifgebundenen Arbeitnehmer aus ihren Stellungen verdrängen. Schließlich erlangt ein Arbeitgeber, der eine hohe Zahl von nicht tarifgebundenen Arbeitnehmern beschäftigt, gegenüber seinen Marktmittelbewerbern einen Konkurrenzvorteil, weil er zu geringeren Lohnkosten produzieren kann.

2. **Wirkung:** Die Folge der AVE ist die Ausdehnung des Kreises der tarifgebundenen Personen auf alle Außenseiter. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag gilt mithin nicht nur für Tarifgebundene, sondern für sämtliche Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die dem räumlichen, fachlichen und betrieblichen Geltungsbereich des Tarifvertrages unterliegen.

Die AVE bewirkt, daß der gesamte normative Teil des Tarifvertrages gilt. Darunter fallen sowohl die Inhaltsnormen, als auch die Abschlußnormen, die Betriebsnormen und die betriebsverfassungsrechtlichen Normen.

Inhaltsnormen sind die normativen Bestimmungen, die den Inhalt des einzelnen Arbeitsverhältnisses regeln, also sich praktisch auf alle Pflichten und Rechte des Arbeitnehmers und Arbeitgebers beziehen.

Abschlußnormen sind Bestimmungen, die den Abschluß des Arbeitsvertrages regeln. Hierzu gehören insbesondere die Formvorschriften. Hierhin zählen ferner die Abschlußverbote und Abschlußgebote, insbesondere Wiedereinstellungsgebote nach Beendigung des Arbeitsvertrages. Betriebsnormen sind vor allem die sogenannten Solidar-normen. Das sind Normen, die nicht dem einzelnen Arbeitnehmer zugute kommen und für ihn Rechte begründen, sondern die dem Arbeitnehmer nur als Mitglied der Belegschaft nutzen. Es handelt sich dabei vor allem um Normen,

die den Arbeitgeberverband verpflichten, Wohlfahrtseinrichtungen für den Betrieb zu schaffen, aber auch Arbeitsordnungen für das Verhalten des Arbeitnehmers im Betriebe und bei seinem Betreten oder Verlassen. Betriebsverfassungsrechtliche Normen sind solche, die sich mit der Rechtsstellung der Arbeitnehmerschaft im Betriebe und ihrer Organe beschäftigen.

Anders steht es mit den Regeln für gemeinsame Einrichtungen der Tarifparteien. Solche Einrichtungen sind in der Regel nur für die Mitglieder der Tarifparteien bestimmt, so daß die sie regelnden Tarifbestimmungen für Außenseiter keine Bedeutung haben.

Was den *räumlichen* Geltungsbereich anbetrifft, so bezeichnet der Tarifvertrag im allgemeinen das Tarifgebiet in dem er gelten soll. Es werden Orts-, Kreis-, Stadt-, Landes- und Bundestarife unterschieden. Bei unseren Tarifverträgen handelt es sich um Landestarife, die für das Gebiet des Freistaats Bayern Geltung haben (§ 1 MTV). Derjenige Tarifvertrag findet auf das Arbeitsverhältnis Anwendung, der am Erfüllungsort des Arbeitsverhältnisses gilt. Erfüllungsort ist regelmäßig der Sitz des Betriebes. Wird ein Arbeitnehmer Kraft Vereinbarung oder Kraft Direktionsrechts des Arbeitgebers außerhalb des Betriebssitzes beschäftigt, so ist der Tarifvertrag des Betriebssitzes anzuwenden. Dies gilt grundsätzlich sowohl dann, wenn der Arbeitnehmer für den Betriebssitz eingestellt und als dann nach außerhalb entsandt worden ist, wie auch für Stammarbeitskräfte, die von vornherein für Arbeiten außerhalb des Betriebssitzes eingestellt werden. Eine Ausnahme ist in der Regel für solche Arbeitnehmer zu machen, die für vorübergehende Arbeiten außerhalb des Betriebssitzes eingestellt werden oder für eine außerhalb des Betriebssitzes liegende Betriebsstätte.

Da Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nach dem Industrieverbandsprinzip organisiert sind, werden die Tarifverträge regelmäßig für einen **bestimmten Wirtschaftszweig** (betriebl. Geltungsbereich) abgeschlossen. Es gilt das Prinzip der *Tarifeinheit*; es besagt, daß der Tarifvertrag für sämtliche Arbeitsverhältnisse des Betriebes gilt, auch wenn wirtschaftsfremde Arbeiten verrichtet werden. Umfaßt ein Betrieb mehrere Geschäftszweige (Mischbetriebe), so gilt gleichfalls das Prinzip der Tarifeinheit. Maßgebend ist die überwiegende Betriebstätigkeit. Diese ist nach dem wirtschaftlichen Schwergewicht, also nach der wirtschaftlichen Tätigkeit, die dem Betrieb das Gepräge gibt, zu beurteilen. Bei gleichwertiger Betätigung auf verschiedenen Wirtschaftszweigen ist darauf abzustellen, in welchem Geschäftszweig die meisten Arbeitnehmer beschäftigt werden. Das BAG hat sich weiter dafür ausgesprochen, daß auch für Hilfs- und Nebenbetriebe der Tarifvertrag des Hauptbetriebes gelten kann. Insoweit kommt es auf die Auslegung des Tarifes an. In § 1 unseres Manteltarifvertrages ist von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht unter gleichzeitiger Einschränkung, daß Nebenbetriebe, für die eine besondere tarifliche Regelung gilt, dem MTV nicht unterliegen.

Unter dem fachlichen Geltungsbereich der Tarifnormen versteht man den Anwendungsbereich auf die verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern. Es kann also vereinbart werden, daß ein Rahmentarif sowohl für Arbeiter wie für Angestellte gilt, wie im Falle unseres Manteltarifvertrages. Insbesondere bei Vergütungsstarifen wird zwischen Arbeitern, Angestellten, kaufmännischen und technischen Angestellten usw. unterschieden.

3. **Tarifkonkurrenz:** Grundsätzlich erstreckt sich die Wirkung der Allgemeinverbindlicherklärung unserer Tarifverträge auch auf Mitglieder eines anderen Verbandes. Hat allerdings dieser Verband für seine Mitglieder einen besonderen Tarifvertrag abgeschlossen, so fragt sich, welcher der

beiden Tarifverträge maßgebend ist. Darüber entscheiden, wenn die AVE nicht eine Einschränkungsklausel enthält, die Grundsätze über die Tarifkonkurrenz. Danach gilt folgendes:

In erster Linie ist der Tarifvertrag anwendbar, dessen Geltung die Tarifparteien wollen. Beim Zusammentreffen mehrerer Tarifverträge kann z.B. das *Zurücktreten* des einen, nicht aber der Vorrang bestimmt werden.

Ist für den Fall der Tarifkonkurrenz keine Vorsorge getroffen, so gilt der Grundsatz der *Tarifeinheit*.

Ergibt das Prinzip der Tarifeinheit noch keine Lösung der Tarifkonkurrenz, so findet das Spezialitätsprinzip Anwendung.

Es besagt, daß der Tarifvertrag Anwendung findet, der dem Betrieb räumlich, betrieblich, fachlich und persönlich am nächsten steht. Maßgebend ist die Art der Arbeit, die der überwiegende Teil der Arbeitnehmer zu leisten hat. Es geht also der Tarifvertrag mit dem räumlich engeren Geltungsbereich den mit dem weiteren vor. Dabei ist unerheblich, ob der eine Tarif allgemeinverbindlich ist und der andere nicht.

Ergeben die vorstehenden Prinzipien keine Lösung der Tarifkonkurrenz, so findet der Tarif Anwendung, der die meisten Arbeitsverhältnisse im Betrieb erfaßt.

Mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung seiner Tarife macht der LGA von dem im TVG (§ 5) vorgesehenen Instrument Gebrauch, um die oben geschilderten unerwünschten arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu vermeiden.

Tarifrunde '80 muß stabilitäts- und beschäftigungspolitische Chancen nutzen

Im Vorfeld der Diskussion über die Lohnpolitik 1980 hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dazu aufgerufen, die beschäftigungs- und stabilitätspolitischen Erfahrungen der letzten Jahre nicht beiseite zu schieben. Sie warnt davor, die nach der Ölkrise 1973/74 gemachten Fehler zu wiederholen. Damals habe sich die Einbeziehung der Ölverteuerung in die Tarifabschlüsse für die Konjunktur und Beschäftigung als verhängnisvoll erwiesen. Demgegenüber zeigten die beiden letzten Jahre, daß eine wachstumsgerechte Lohnpolitik die entscheidende Voraussetzung für Wirtschaftsaufschwung und Abbau von Arbeitslosigkeit sei. Der enge Zusammenhang zwischen Lohnpolitik und beschäftigungspolitischem Fortschritt sei 1978/79 eindrucksvoll bestätigt worden. Um so unverständlicher sei es, daß die IG Metall in ihren jüngsten Erklärungen erneut von der irrigen Annahme ausgehe, als könne das Ziel einer weiteren Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungssituation durch massive Lohnerhöhungen verwirklicht werden. Genau das Gegenteil sei der Fall. Die für 1980 greifbare Chance einer Preisberuhigung würde ebenso zunichte gemacht wie die Aussicht, die Lage am Arbeitsmarkt trotz absehbarer außenwirtschaftlicher Risiken weiter zu stabilisieren.

Die Tarifvertragsparteien würden ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung nur dann gerecht, wenn sie der Tatsache Rechnung trügen, daß die an das Ausland abgeflossenen Teile des Volkseinkommens für die inländische Verteilung nicht mehr zur Verfügung stünden. Da noch nicht einmal der exakte Konjunkturverlauf bis zum Jahresende absehbar sei, wäre es verfrüht, bereits zum jetzigen Zeitpunkt konkrete Lohnvorstellungen zu entwickeln. Nach Auffassung der Bundesvereinigung müsse der Kurs der Ver-

nunft dadurch fortgesetzt werden, daß die Tarifabschlüsse von 1980 engen Anschluß an die diesjährige Lohnbewegung hielten. Dies bedeute vor allem, daß die Lohnpolitik den sich am Jahresbeginn 1980 abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Datenkranz berücksichtigen und unter Vermeidung neuer stabilitäts- und beschäftigungspolitischer Belastungen einen optimalen Wohlstandszuwachs für die Arbeitnehmer gewährleisten müsse.

Im Schnitt 17670 DM Spesen im Außendienst

Die durchschnittlichen Gesamtspesen eines Außendienst-Reisenden im Handel betragen 17670 DM. Zu diesen Ergebnissen kam die kürzlich vom „Verkaufsleiter-Service“ vorgenommene Untersuchung, die jetzt vorliegt. („Die Spesen des Außendienstes“. Verlag Norbert Müller, Postfach 810605, 8000 München 81, 150,- DM). Die Spesenanalyse lag in Händen von Professor Dr. von Eckardstein und Dr. Rolf Kunkel. Befragt wurden 509 Firmen in der Bundesrepublik, die rund 18500 Verkäufer beschäftigen. Die Analyse enthält ausführliche Informationen über die derzeit üblichen Spesenregelungen bei festangestellten Reisenden und Handelsvertretern. Sie weist gesonderte Ergebnisse für den Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbereich sowie für Außendienste unterschiedlicher Größe aus. Die Spesendaten sind zum Teil auch nach 12 Branchen aufgeschlüsselt.

Von den Ergebnissen der Untersuchung sind bemerkenswert:

1. An den Gesamtspesen des Außendienstes haben die einzelnen Spesenarten im Durchschnitt folgende prozentuale Anteile: Fahrtspesen 52 Prozent, Tages- und Übernachtungsspesen 33 Prozent, Telefonkosten 10 Prozent und Ausgaben für Kundenbewirtung 5 Prozent.
2. Dienstreisen des Reisenden mit seinem Privat-Auto erstatten rund 70 Prozent der Firmen durch ein einheitliches Kilometergeld. Dabei zahlen drei Viertel dieser Firmen den steuerlichen Höchstsatz. Nach Kilometerleistung gestaffelte Sätze vergüten 8 Prozent der Firmen, weitere 11 Prozent kombinieren monatliche Kostenpauschalen mit Kilometergeldern. 11 Prozent praktizieren verschiedene Regelungen, wie zum Beispiel die Erstattung von Versicherungsbeiträgen zusätzlich zu Kilometergeldern.
3. Fast jede Firma gestattet ihren Reisenden Privatfahrten mit dem Firmenwagen. Rund zwei Drittel der Firmen erlauben auch die Benutzung des Wagens bei Auslandsurlaubsreisen. Nur jede zehnte Firma schränkt die Privatfahrten durch eine Kilometerbegrenzung ein.
4. Selbständige Handelsvertreter decken ihre Kosten üblicherweise aus ihrer Provision. 26 Prozent der Industrie- und 21 Prozent der Handelsfirmen vergüten jedoch Porto- und Telefonkosten. Werden Auslieferungslager betreut, beteiligen sich die meisten Firmen an den Kosten. Die Kosten der Kundenpräsentation werden von mehr als der Hälfte aller Firmen erstattet.
5. Rund 47 Prozent der Industriefirmen und 49 Prozent der Handelsfirmen vergüten Tagesspesen gemäß den steuerlichen Richtsätzen. Mit eigenen Pauschalsätzen, die unter den steuerlichen Sätzen liegen, arbeiten rund 40 Prozent der Industrie- und Handelsfirmen. Bei den Übernachtungsspesen überwiegt die Abrechnung nach Einzelbelegen. Rund 42 Prozent der befragten Firmen praktizieren diese Form.

Arbeitsrechtliche Entscheidungen

Kündigung wegen häufiger Erkrankung

(RAK) Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sind an die Kündigung wegen häufiger Erkrankung strenge Anforderungen zu stellen. Die Anzahl der Krankheitstage spielt hier nur unter anderem eine Rolle. Entscheidender ist die zunehmende Häufigkeit der Krankheitstage etwa über die letzten 4 Jahre hinweg, sowie die Anzahl der Krankheitsperioden. Ferner ist nach der Rechtsprechung eine umfassende Abwägung zwischen den Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers vorzunehmen. Nur wenn diese zu Ungunsten des Arbeitnehmers ausfällt, ist die Kündigung statthaft. Hierbei sind insbesondere die wirtschaftliche Belastung des Arbeitgebers durch die häufigen Erkrankungen des Arbeitnehmers, deren Auswirkungen auf den betrieblichen Ablauf und die Zusammenarbeit der Arbeitnehmer, die Dauer der Betriebszugehörigkeit der Arbeitnehmer sowie evtl. Umsetzungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Es empfiehlt sich folgende Daten zusammenzustellen:

- Auflistung der Krankheitsperioden für die gesamten Jahre der Beschäftigung.
- Feststellung der Krankheitshäufigkeit pro Jahr und insgesamt im Prozent (Arbeitstage).
- Gesamtsumme der wirtschaftlichen Belastung des Arbeitgebers pro Jahr und insgesamt in DM.
- Genaue Beschreibung des Arbeitsplatzes des zur Kündigung anstehenden Mitarbeiters im betrieblichen Gesamtgefüge.
- Auswirkungen der Erkrankungen auf den betrieblichen Ablauf und die Zusammenarbeit der Arbeitnehmer im einzelnen.
- Dauer der Betriebszugehörigkeit des Arbeitnehmers in Jahren.
- Umsetzungsmöglichkeiten
- Sonstige betriebliche und soziale Belange.

Berufsausbildung und -Förderung

Neuregelung über Abschlußzeugnis in Berufsschulen

Eine Vereinbarung über den Abschluß der Berufsschule haben die Kultusminister getroffen. Danach wird das „Abschlußzeugnis“ der Berufsschule künftig erteilt, wenn der Schüler nach ordnungsgemäßem Berufsschulbesuch in allen Unterrichtsfächern mindestens ausreichende Leistungen erzielt hat. Der Ausgleich nicht ausreichender Leistungen in bestimmten Fächern durch bessere Leistungen in anderen Fächern ist im Einzelfall möglich. Den Ländern wird in der Vereinbarung freigestellt, ob sie dem Schüler unter bestimmten Bedingungen den nachträglichen Erwerb eines Abschlußzeugnisses ermöglichen wollen. Wer das Ziel des Bildungsganges nicht erreicht hat, erhält lediglich ein „Abgangszeugnis“, ähnlich wie an der Hauptschule. Wichtig ist, daß mit dem Abschlußzeugnis der Berufsschule „ein Bildungsstand bestätigt werden kann, der in seinen Berechtigungen dem Abschlußzeugnis der Hauptschule entspricht, sofern mindestens die achte Klasse der Hauptschule oder eine entsprechende Klasse einer anderen allgemeinbildenden Schule erfolgreich besucht wurde oder die Son-

derschule für Lernbehinderte abgeschlossen wurde oder an einer beruflichen Schule als 10. Vollzeitschuljahr ein berufsvorbereitender Bildungsgang erfolgreich abgeschlossen wurde. Somit können auch „abgebrochene“ Hauptschüler und Sonderschüler in der Berufsschule ihre Chancen nachträglich verbessern.

10.000,- DM Zuschuß für 20 Berufsschullehrer-Praktikanten

Die Betriebe beklagen oft die mangelnde Berufspraxis der Berufsschullehrer, die zum einen darauf beruht, daß in der Ausbildung der Diplom-Handelslehrer die Betriebswirtschaftslehre des Handels und die Handelspraxis fast gar nicht berücksichtigt sind, zum anderen auch darauf zurückzuführen ist, daß Veränderungen im Handel – die sich in den letzten Jahren in immer rascherem Rhythmus abspielen – von außen nur schwer erkennbar sind. Es ist deshalb ein großes Anliegen des bayerischen Handels und des Ehrenvorsitzenden seines Bildungszentrums, Herrn **Dr. Rudolf Egerer**, Berufsschullehrern gezielten praktischen Erfahrungsgewinn im Handel zu vermitteln.

Herr Dr. Egerer hat mit einer großzügigen Spende von 10.000,- DM den Anstoß für die Bereitstellung von 20 Praktikumsplätzen, für die ein Zuschuß von 500,- DM je Person gewährt wird, gegeben.

Für den bayerischen Handel werden die Probleme der qualifizierten Ausbildung des Personals immer wichtiger, denn Erfolg oder auch Mißerfolg beruhen darauf, wie gut oder wie schlecht die Personalleistung ist. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist aber eine praxisnahe Ausbildung, die von beiden Partnern – Betrieb und Schule – gleichermaßen zu leisten ist. Dies ist um so wichtiger, je größer die Veränderungen in Bezug auf Sortiment, Angebot und Verkaufsformen, Verbrauchervünsche usw. werden. Nur derjenige, der genügend praktische Einsicht in die Vorgänge im Handel hat, kann sie aufarbeiten und in eine praxisnahe Ausbildung einfließen lassen.

20 Berufsschullehrer sollen im Verkauf, im Umgang mit dem Kunden ein mindestens 2-wöchiges Praktikum absolvieren und dadurch die Gelegenheit erhalten, ihren Überblick über aktuelle betriebliche Zusammenhänge und praktische Abläufe zu verbessern und zu vertiefen und ein besseres Verständnis hierfür zu gewinnen. Selbstverständlich kann dies nur ein Anfang sein – der bayerische Handel hofft mit diesem Anstoß die Bereitschaft der Berufsschullehrer zu verbessern, sich regelmäßig in der Praxis über Vorgänge und Veränderungen zu informieren.

Gleichzeitig bitten wir die Ausbildungsbetriebe des Einzel- und des Großhandels um ihre Mitarbeit in dieser wichtigen Aufgabe. Stellen Sie bitte Praktikantenstellen zur Verfügung, in denen die Berufsschullehrer eine wirklich gute Einsicht in die tägliche Arbeitspraxis und in die Probleme des Handelsbetriebes gewinnen.

Als Koordinationsstelle ist vorgesehen unser Bildungszentrum, über das auch die Zuschüsse vergeben werden, die für das Schuljahr 1979/80 befristet sind. Wir bitten interessierte Berufsschullehrer und Betriebe, die uns Praktikantenstellen zur Verfügung stellen können, sich zu wenden an unseren Landesverband, Hauptgeschäftsstelle München, Telefon: 089/557701 oder an das BILDUNGSZENTRUM DES BAYERISCHEN HANDELS, Briener Straße 47, 8000 München 2, Telefon 089/557617.

Verkehr

Die Belastung des Großhandels mit Post- und Fernmeldegebühren

(de) Das Ifo-Institut hat vor kurzem eine Studie über die Aufwendungen ausgewählter Wirtschaftsbereiche für Post- und Fernmeldegebühren abgeschlossen. Den Referenzzeitraum bildeten die Jahre 1975 bis 1977, eingezogen wurden die Bereiche Industrie, Großhandel, Einzelhandel, Handelsvermittlung, Freie Berufe, Verlagswesen, Bankensektor, Privatversicherungen, Rentenversicherungsträger und Gemeinden. Soweit die Aussagen für den Großhandel von Interesse sind, bringen wir hier einen Auszug.

Schwierige Bezugs- und Vergleichsbasis

Eine Meßplatte, die einmal die bereichsspezifische Kostenbelastung und -sensibilität verschiedener Wirtschaftsbereiche widerspiegelt und die zum anderen gleichzeitig einen aussagefähigen intersektoralen Kostenvergleich ermöglicht, gibt es nicht. So lassen beispielsweise Gebühren-Umsatzrelationen keinen Schluß auf das tatsächliche Belastungsausmaß zu. Auch die Kosten tragen als Bezugsbasis beiden Erfordernissen nicht voll Rechnung. So werden im Handel üblicherweise nur die im Rahmen der Erfüllung der Handelsfunktion anfallenden Kosten, d.s. die sog. Handlungskosten, nicht jedoch die Wareneinstandskosten berücksichtigt. In der industriellen Kostenrechnung dagegen wird der Wareneinsatz als Materialkostenblock von vornherein als Kostenbestandteil gesehen. Die Kostensensibilität des jeweiligen Bereichs, d.h. der Stellenwert der Post- und Fernmeldegebühren im bereichsspezifischen Kostengefüge, wurde deshalb anhand der jeweils branchenüblichen Kostengröße gemessen. Der intersektorale Vergleich dagegen wurde auf der Basis einer einheitlich definierten Gesamtkostengröße durchgeführt.

Die Belastungen im Großhandel

Nach den Ergebnissen des Ifo-Instituts beanspruchten die Post- und Fernmeldeaufwendungen im Jahre 1977 1,72% der Fremdhandlungskosten bzw. 1,63% der gesamten Handlungskosten, also einschließlich der kalkulatorischen Kosten. An den Gesamtkosten (einschließlich Wareneinsatz) partizipieren die Post- und Fernmeldegebühren mit 0,32%.

Im Zeitablauf zeigt sich eine tendenziell abnehmende Belastung des Großhandels mit Post- und Fernmeldegebühren. Dies bedeutet, daß die anderen Kosten – insbesondere die Personalkosten – wesentlich stärker gestiegen sind als die Post- und Fernmeldeaufwendungen.

Die Korrelation zwischen steigender Betriebsgröße und abnehmender Gebührenbelastung ist im Großhandel ähnlich stark ausgeprägt wie in der Industrie. Während kleine Unternehmen im Jahre 1977 knapp 6% ihrer Fremdhandlungskosten für Post- und Fernmeldeleistungen aufzuwenden hatten, waren es bei Unternehmen in der Kostengrößenklasse von über 5 Mill. DM – dies entspricht einer Umsatzgröße von mehr als 30 Mill. DM – nur rund 1,5%. Die relative Belastung der Kleinfirmen ist damit etwa viermal so stark wie die der großen Unternehmen.

Von den Gesamtaufwendungen entfielen 1977 im Durchschnitt knapp drei Viertel auf Fernmeldegebühren. Daran partizipieren allein die Fernspreckgebühren mit knapp 80%. Von den Postgebühren, die 27% der Kosten ausmachten, ist ein Drittel – und damit knapp ein Zehntel der Aufwendungen – den Paketgebühren zuzurechnen. Das Gesamtaufkommen des Großhandels an Post- und Fernmeldegebühren belief sich 1977 auf 1,671 Mrd. DM.

Belastungsprofile im intersektoralen Vergleich

Der bereichsübergreifende Vergleich der Gebührenbelastung aus branchenspezifischer Sicht, d.h. auf der Basis jener Kostengrößen, die die eigentliche Kostensensibilität der Sektoren widerspiegeln, ist in der Abbildung dargestellt.

Danach schlagen Post- und Fernmeldeaufwendungen in der Handelsvermittlung am stärksten zu Buche. Eine deutlich überdurchschnittliche Belastung ist ferner im Verlagswesen, bei den Banken sowie den freien Berufen festzustellen. Am unteren Ende der Skala rangieren die Industrie sowie die Kommunen.

Nimmt man den Gebührenvergleich auf der Basis „vereinheitlichter“ Kostenbezugsgrößen vor, so ergeben sich naturgemäß beachtliche Rangverschiebungen. Dieser Vergleich besitzt jedoch weitgehend nur formalen Charakter. Bei dieser Betrachtung reduziert sich die Belastung zwangsläufig in jenen Bereichen beträchtlich, deren Kostenbasis durch Hereinnahme von branchenüblich nicht als Kosten betrachteten Positionen vergrößert wird. Sie führt – ausgedrückt in % der „vereinheitlichten“ Gesamtkosten – zu folgender Belastungsskala:

Handelsvermittlung	4,12
Verlagswesen	3,43
Freie Berufe	2,52
Privatversicherungen	1,93
Rentenversicherungen	1,35
Banken	0,42
Industrie	0,37
Gemeinden	0,35
Großhandel	0,34
Einzelhandel	0,32

Hahn, W. und Singer, E.: Belastung ausgewählter Wirtschaftsbereiche mit Post- und Fernmeldegebühren, Studien zur Verkehrswirtschaft Nr. 10, München 1979. Zu beziehen beim Ifo-Institut (Preis 30,- DM).

Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel

Prüfungen der Abrechnungszollstellen bei Einfuhr-Sammelzollverfahren

(RAK) Ist die Einfuhr von Waren im Rahmen der Sammelzollanmeldung oder Zollbehandlung ohne Abfertigung mit Gestellung oder bei Gestellungsbefreiung zugelassen, so hat der Zulassungsinhaber nach Ablauf eines jeden Abrechnungszeitraumes der Abrechnungszollstelle eine oder ggf. mehrere Sammelzollanmeldungen oder Zollanmeldungen abzugeben. Darin sind sämtliche in dem betreffenden Abrechnungszeitraum eingeführten Einzelsendungen anzu-melden.

Die Abrechnungszollstelle prüft, ob die Einzelsendungen in der Anmeldung erfaßt sind und die darin aufgeführten Waren mit den laut Einzelanmeldungen bzw. Einfuhranzeigen, die ihr von den Abfertigungs- bzw. Erfassungszollstellen übersandt worden sind, eingeführten Waren übereinstimmen. In diese Prüfung werden bei der Zollbehandlung ohne Abfertigung auch die Anschreibungen der Einzelsendungen einbezogen. Die Prüfung der Anmeldungen und der Anschreibungen kann auf Stichproben beschränkt werden, wobei sich die Prüfung vor allem auf Fälle mit hohem Abgaberrisiko erstrecken muß.

In die Prüfung der Zollanmeldungen und der Anschreibungen müssen alle in Betracht kommenden zollrechtlichen Gebiete einbezogen werden. Werden Präferenznachweise erst mit der Zollanmeldung vorgelegt, so werden sie entsprechend den dafür geltenden Bestimmungen geprüft. Bei der Gestellungsbefreiung bei der Einfuhr wird gelegentlich auch geprüft, ob das Zollgut an den dafür bestimmten Ort gebracht worden ist. Außerdem wird bei der Zollbehandlung ohne Abfertigung mit Gestellung gelegentlich geprüft, ob das überlassene Zollgut unverzüglich angeschrieben worden ist.

Ergeben sich bei der stichprobenweisen Überprüfung Unstimmigkeiten, so wird eine vollständige Prüfung der Zollanmeldungen vorgenommen. Weicht bei Selbstberechnung der Eingangsabgaben der errechnete Betrag von dem geschuldeten Abgabebetrag ab, so kann die Abrechnungszollstelle zulassen, daß der Zollbeteiligte den Ausgleich bei Abgabe der nächsten Anmeldung vornimmt, es sei denn, der angemeldete Abgabebetrag ist mehr als 100 D-Mark niedriger als der geschuldete Betrag. Die Abrechnungszollstelle hat bei der Prüfung der Anmeldungen und ggf. der Anschreibungen auch die für die Einfuhr der Waren geltenden Vorschriften nicht zoll- und steuerrechtlicher Art (z.B. Marktordnungsrecht, Außenwirtschaftsrecht) zu beachten. Insbesondere muß sie prüfen, ob für die Waren eine etwa vorgeschriebene Einfuhrgenehmigung, -lizenz oder -erklärung oder eine Einfuhrkontrollmeldung vorliegt. Für Waren der Gruppe 3 (insbesondere Gemeinschaftswaren) werden die Angaben in den Anmeldungen geprüft, wenn ein besonderer Anlaß hierzu gegeben ist, z.B. wenn der Verdacht besteht, daß Waren – vor allem solche – für die eine Einfuhrgenehmigung, -lizenz oder -erklärung oder eine Einfuhrkontrollmeldung erforderlich ist – nicht, nicht richtig oder unvollständig angemeldet worden sind oder daß ein zu niedriger Umsatzsteuersatz angewendet worden ist. Darüber hinaus wird in einzelnen, vom Zollbeteiligten nicht vorhersehbaren Fällen eine Prüfung vorgenommen; dafür werden erforderlichenfalls die betreffenden Einzelanmeldungen oder Einfuhranzeigen bei den Abfertigungs- bzw. Erfassungszollstellen angefordert. Die Vollständigkeit der Zollanmeldungen solcher Waren muß mindestens einmal im Jahr anhand der Einzelbelege geprüft werden.

Hat der Zulassungsinhaber die Eingangsabgaben in der Sammelzollanmeldung oder der Zollanmeldung nicht selbst berechnet und kann die Prüfung der Anmeldung nicht vor dem Zeitpunkt der Fälligkeit der Abgaben abgeschlossen werden, so wird ggf. der Abgabenbescheid aufgrund der

ungeprüften Angaben rechtzeitig erteilt. Schließlich prüft die Abrechnungszollstelle auch, ob die für die Angaben geleistete Sicherheit ausreicht; sie veranlaßt erforderlichenfalls eine Erhöhung.

Schadensersatz wegen Kursverlust

(RAK) Ist eine Schuld in ausländischer Währung zu bezahlen, so kann der Zeitpunkt der Zahlung eine wesentliche Rolle spielen. Eine nach der Vereinbarung eintretende Kursdifferenz kann dazu führen, daß der Gläubiger umgerechnet in inländische Währung je nachdem mehr oder weniger erhält. Ist nach Eintritt der Fälligkeit bzw. des Verzugs der Kurswert der ausländischen Währung gesunken, so taucht die Frage auf, ob der Gläubiger Schadensersatz insoweit verlangen kann. Dies hat das OLG München in einem Urteil vom 18. Oktober 1978 – 7 U 2762/78 – bejaht. Gerät danach der Schuldner einer in ausländischer Währung berechneten Warenschuld mit der Kaufpreiszahlung in Verzug, so hat er dem Gläubiger außer Verzugszinsen Schadensersatz wegen einer nach der Fälligkeit eingetretenen Kursdifferenz zu leisten, es sei denn, daß die Folgen des Währungsverfalls den Gläubiger auch bei rechtzeitiger Zahlung getroffen hätten.

Studie über den US-Einzelhandel

Bei der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfA) in Köln ist eine Marktstudie über den Einzelhandel der USA erschienen. Der Bericht, Stand August 1978, basiert auf einer Marktanalyse aus der Reihe „Industry Surveys“ der Standard & Poor's Corp., New York.

In der Studie werden wichtige Einzelhandelsformen der USA, z.B. Department Stores, Drug Stores und Catalog Showrooms, an Hand ihres Warensortiments behandelt. Der Bericht gibt Zahlen für die Größe der Geschäfte, den Umsatz nach Warengruppen, z.B. Bekleidung und Autozubehör, den Umsatz pro square foot Geschäfts- und Verkaufsfläche sowie Lagerumschlag und Handelsspannen bei einzelnen Artikeln an und zeigt Trends für 1978 und 1979 auf.

Darüber hinaus geht der Bericht auf Fusionsbewegungen innerhalb der Branche ein und nennt die Marktanteile der führenden Einzelhändler. Abschließend behandelt er die Finanz- und Ertragslage des Einzelhandels.

Die Studie kann von der BfA unter der Bestellnummer MI-B/914 zum Preis von DM 7,- bezogen werden (Postfach 108007, D-5000 Köln 1).

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. Bierglasveredelung

Büro: 8 München 19
Nymphenburgerstr. 121
Tel. 089/192325 u. 194189

Werk: Puchheim
Benzstr. 24
Tel. 089/803990

Personalien

Wir betrauern

Georg Werner



Am 25.07.1979 verstarb der Senior-Chef unserer Mitgliedsfirma Web-Waren-Werner. Der am 19.08.1903 in Fürth geborene Gründer des Textil- und Teppich-Handelshauses war nach seiner Ausbildung zum Großhandelskaufmann zunächst als Reisender im Textilgroßhandel tätig. 1936 rief er zusammen mit seiner Frau Maria Werner die heutige Firma Web-Waren-Werner ins Leben, die er nach erneutem Wiederaufbau 1946 bis zum letzten Tage mit großer Umsicht und Erfahrung, mit Unterstützung seiner beiden Söhne leitete. Das Leben des Verstorbenen war erfüllt von harter Arbeit und gekrönt vom Erfolg eines im ganzen Bundesgebiet bekannten Unternehmens. Bis zu seinem Todestag war er aktiv im Betrieb tätig. Sein Abtreten erfolgte für Angehörige wie Mitarbeiter plötzlich und unerwartet.

Wir werden ihm ein bleibendes Angedenken bewahren.

Wir gratulieren

Herrn Dieter **Hoffmann**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Arnold Becker & Co., Textilgroßhandel in München, und stellvertretendem Vorsitzenden unseres Berufsbildungsausschusses, zu seiner erneuten Berufung zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht München.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

Ebenso gratulieren wir Herrn Dipl.-Kfm. Dieter **Streng**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Baustoff-Union GmbH in Fürth-Dambach, der mit Wirkung vom 21. Oktober 1979 auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Nürnberg-Fürth ernannt wurde.

Unsere besten Wünsche gelten ebenso Herrn Dipl.-Kfm. Bernhard **Amschler**, Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Amschler & Schlosser oHG, Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten, Bauwerkzeugen und Baueisenwaren. Herr Amschler wird mit Wirkung vom 17. Dezember an ebenfalls auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Nürnberg-Fürth ernannt.

Für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Augsburg wurde Herr **Justus Bullheimer**, Inhaber unserer Mitgliedsfirma Bullheimer & Co., Großhandel mit Uhrmacherbedarf, mit Wirkung vom 1. September 1979 an berufen.

Wir gratulieren zu dieser ehrenvollen Berufung herzlich.

Ebenfalls zum ehrenamtlichen Richter berufen wurde Herr Dipl. Volkswirt Günther **Hamperl**, Inhaber unserer Mitgliedsfirma Franz Hamperl, Großhandel mit Lebensmitteln in Nürnberg, beim Arbeitsgericht Nürnberg, für eine neue Amtsperiode von vier Jahren.

Wir gratulieren herzlich.

Herr Bruno **Sebold**, Dipl. Kfm., Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Max Sebold, Sanitär-Verwaltungsgesellschaft mbH, Aschaffenburg, wird auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Aschaffenburg ernannt.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

LGA-Stenogramm für August/September 1979

1.8.

Organisationsbesprechung im Rahmen der Europäischen Föderation der Spielwarengroß- und Außenhandelsverbände

6.8.

Kooperationsgespräch mit dem Bayerischen Verband der Handelsvertreter und Handelsmakler

17.8.

Informationsreise in das Großhandelszentrum Osna-brück mit örtlichen Besprechungen gemeinsam mit Repräsentanten der IHK und der Stadtverwaltung München

22.8.

Vorstandssitzung des Bildungszentrums des Bayerischen Handels

30.8.

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern

11.9.

Sitzung des Arbeitskreises Recht beim Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels

18.9.

Sitzung Süddeutscher Arbeitskreis „Technische Chemikalien, Stuttgart

Arbeitskreis Kartellrecht des BGA, Bonn

19.-21.9.

Mündliche Prüfung Handelsfachwirte, München

25.9.

Sitzung des Messeausschusses im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr

27.9.

Teilnahme an einem Podiumsgespräch des Verbandes Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Großisten e.V. in Baden-Baden.

Ernst L. Dittmar – 110-jähriges Firmenjubiläum

Unsere Mitgliedsfirma **Ernst L. Dittmar**, Nürnberg, Eisenwarengroßhandlung, hatte im Juli gleich zwei Gründe zum Feiern. Einmal feierte die Firma ihren 110-jährigen Geburtstag, zum anderen konnte der langjährige Prokurist der Firma, Herr **Ferdinand Rüdinger**, sein 60-jähriges Dienstjubiläum feiern. Aus diesen Gründen wurde nach einer offiziellen Feierstunde für die gesamte Belegschaft und die Gäste ein frohes Sommerfest veranstaltet.

Die Firma wurde 1869 gegründet. Schon damals bildeten Messing- und Kleineisenwaren-Spezialitäten den Grundstock für ein umfangreiches Sortiment. Im Laufe der Jahrzehnte vergrößerte sich die Firma ständig und wurde bald über die heimatischen Grenzen hinaus ein Begriff für den gesamten Eisenwarenfachhandel. Das Firmenzeichen – die ELD-Glocke – war und ist ein allgemein bekanntes Gütezeichen.

Schwer getroffen wurde die Firma im Januar 1945, das Geschäftshaus mit der gesamten Einrichtung und dem Warenlager wurden durch Kriegseinwirkung total zerstört. Nach Kriegsende entstand aus den Trümmern stufenweise ein neues modernes Unternehmen.

Unermüdlich arbeiteten die Inhaber, Vater und Sohn Dittmar, mit einer Schar verlässlicher Mitarbeiter an dem Wiederaufbau. Die heutige Bedeutung der Firma ist der Erfolg. Alle namhaften Unternehmen des Eisenwarenfachhandels in der Bundesrepublik Deutschland und auch im benachbarten Ausland, zählen zur Kundschaft der Firma. Nach wie vor unterhält sie ein umfangreiches Warenlager in Metallkurzwaren aller Art. Vor Jahren wurde noch zusätzlich ein marktgerechtes Sortiment in verpackten Kleisenwaren erstellt und seither mit ungewöhnlichem Erfolg verkauft.

Wesentlichen Anteil am Wiederaufbau nach dem Kriege und am geschäftlichen Erfolg ist dem Prokuristen, Herrn Ferdinand Rüdinger, zuzurechnen. Herr Rüdinger hatte als kaufmännischer Lehrling am 1.7.1919 seinen Beruf begonnen, 1939 erhielt er Handlungsvollmacht und 1951 die Prokura. Mitte dieses Jahres, also nach 60-jähriger Dienstzeit ohne Unterbrechung, trat er in den Ruhestand. Als engster Berater der Firmeninhaber hatte er sich durch seine überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft beispiellose Verdienste erworben. In den verschiedenen Ansprachen und Ehrungen kam sein ungewöhnliches Wirken in und für die Firma besonders zum Ausdruck.

Die Firma Ernst L. Dittmar ist ganz gewiß ein Beispiel dafür, was ein Familienunternehmen zusammen mit treuen und tüchtigen Mitarbeitern leisten kann. Daß dies auch ein weiteres Jahrhundert der Fall sein möge, wünschen wir der Firma von ganzem Herzen.

Haarkunst Gross – 65 Jahre jung

Die Firma Haarkunst Gross Ernst Chr. Gross, wurde 1914 in Köln von Christian Gross gegründet. Im Programm waren Haarersatz und Perücken, bald aber wurden auch die ersten Faschingsartikel und Bärte ins Programm aufgenommen.

1943 wurde das Unternehmen total ausgebombt, 1946 wurde der Neuaufbau der Firma in Prien a. Chiemsee in Angriff genommen. Zuerst wurden nur Friseurhaaarbeiten hergestellt, ab 1952 aber auch „gelackte“ Schnurrbärte und einfache genähte Perücken für den Fasching.

In diese Zeit fallen auch die ersten Gehversuche der Firma im Exportgeschäft. Mit Erfolg, denn heute sind Ergo-Produkte weltweit vertreten. Neben der jährlichen Ausstellung auf der Spielwarenmesse werden in vielen europäischen Ländern und Übersee die Geschäftskontakte persönlich gepflegt.

Im April 1957 starb der Firmengründer und sein Sohn Ernst übernahm den Betrieb. Das Unternehmen expandierte weiter von Jahr zu Jahr, so daß 1964 ein größerer Neubau erforderlich wurde.



Heute werden jährlich 150 verschiedene Perücken und Karnevalsärte in einem farbenprächtigen Katalog vorgestellt. Zur Tradition des Hauses gehören neben hoher Qualität und Originalität eine besondere Leistungsfähigkeit für die heißeste Zeit des Jahres, den Karneval. Nicht wenige der rund 100 Stamm- und Heimarbeiter sind aktiv an der Gestaltung von Neuheiten tätig. Nicht zu Unrecht trägt deshalb Haarkunst Gross den Beinamen „mit dem kreativen Team“. Jährliche Neuheiten-Überraschungen haben oft die berühmte Nasenlänge voraus und sind nicht selten Trendauslöser. Allein der Exportanteil des Gesamtumsatzes beträgt 30–40%.

In diesem Jahr konnte eine EDV-Anlage installiert werden, die dazu beitragen soll, trotz Expansion und kurzen Saisonszeiten die Auftragsabwicklung und den Kundenservice auf hohem Niveau zu halten. Wir wünschen, daß dies weiterhin mit Erfolg gelingen möge.

Buchbesprechungen

Das Personal-Büro in Recht und Praxis

Arbeitsrecht – Lohnsteuer – Sozialversicherung – Personalführung – Organisation. Grundwerk mit rund 4.300 Seiten, die in 4 Kunststoff-Sammelordnern abgelegt sind, einschließlich Ordner und Register, bis zum Liefertag ergänzt DM 39,60. Seitenpreis der 12 mal im Jahr erscheinenden Ergänzungslieferungen 11,2 Pf. Im Bezugspreis der Nachträge sind 11 umfangreiche Kundendienst-Leistungen eingeschlossen.

Rudolf Haufe Verlag, Postfach 740, 7800 Freiburg i. Breisgau.

Die vielfachen Arbeitsschutzvorschriften von der Arbeitsstättenverordnung bis zum Gaststätten- und Ladenschlußgesetz sowie ihre Überwachung werden in der **sechsten Ergänzungslieferung 1979** in dem Aufsatz „Gewerbeaufsicht und Personalwesen“ aus der Sicht der Betriebs- bzw. Personalleitung dargestellt. Ein ausführlicher Aufsatz ist

den vielfältigen Problemen gewidmet, die sich bei der Vertragsgestaltung für einen längeren Auslandseinsatz von Arbeitnehmern ergeben. Daneben wurden die Aufsätze über Ausschußfristen im Arbeitsrecht sowie über die Rentenversicherung der Handwerker aktualisiert sowie die Neuregelung des Mutterschutzes ab 1. Juli 1979 aus Aktualitätsgründen in Form einer der Ergänzungslieferung beigelegten Sondermitteilung dargestellt.

Der Verlag stellt jedem Interessenten gerne das Grundwerk 14 Tage zur Ansicht und völlig unverbindlich zur Verfügung.

Einstellung von Arbeitnehmern

6. neu bearbeitete Auflage 1979 – 56 Seiten
Verlag Arbeitsrechtlicher Ratgeber, Kaiserstraße 25,
4000 Düsseldorf

Zahlreiche Entscheidungen der Arbeitsgerichte und darauf beruhende Änderungen bisheriger Rechtsauffassungen machten eine Neubearbeitung der o.a. Schrift erforderlich, deren letzte Auflage aus dem Jahre 1972 stammt. Sie ist von Rechtsanwalt Hanns Spix, Geschäftsführer eines Arbeitgeberverbandes, und Prof. Heinz-Gert Papenheim, Dozent an einer Fachhochschule, verfaßt. Damit liegt für die Einstellung von Arbeitnehmern, und zwar von der Bewerber-Auswahl bis zum Abschluß des Arbeitsvertrages, eine über alle einschlägigen Phasen dieser wichtigen personellen Maßnahme sich erstreckende, auf den **neuesten Stand** gebrachte **Arbeitshilfe** vor, die wegen ihrer kurzen und knappen, gleichwohl aber präzisen Anleitungen, Vordrucke und Vertragsmuster schon in den vorausgegangenen Auflagen sehr gefragt war.

Der Stückpreis der Schrift beträgt 7,80 DM einschl. MwSt. zuzüglich Versandkosten. Bei Sammelbestellungen wird ein Mengenrabatt gewährt.

Kurzarbeitergeld

Kommentar

Gesetzestext mit eingehenden Erläuterungen und Praxisbeispielen

Rechtsverordnungen, Anordnungen der Bundesanstalt für Arbeit, Kurzarbeitergeldtabellen

Bearbeitet von Dr. Alfred Gebhardt
Richter am Sozialgericht Nürnberg

Loseblattausgabe
320 Seiten
DM 48,-

Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha am Starnberger See,
Berger Straße 8-10
8136 Kempfenhausen am Starnberger See, Seehang 4

Das Kurzarbeitergeld hat seit 1974 erheblich an sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. 1977 arbeiteten im Jahresdurchschnitt monatlich 5305 Betriebe mit 231 329 Arbeitnehmern kurz. Im Haushaltsjahr 1978 zahlte die Bundesanstalt für Arbeit Kurzarbeitergeld in Höhe von 596 441 000 DM (einschließlich Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsbeiträge), während 1977 nur 594 474 000 DM angefallen waren.

Einen Schwerpunkt der Darstellung bildet die für den Praktiker wichtige Regelung des Verfahrens, vor allem

- die Anzeige der Kurzarbeit,
- der Antrag auf Zahlung des Kurzarbeitergeldes,
- die Ausfüllung der beim Arbeitsamt einzureichenden Abrechnungslisten.

Dabei werden die Rechtsfragen nicht nur theoretisch erklärt, sondern an Hand eines Musterbeispiels anschaulich dargestellt. Das Werk wendet sich besonders an Arbeitgeber und Betriebsräte, an die Leiter von Personalabteilungen und ihre Sachbearbeiter.

Neu: Handlexikon für Handel und Absatz

Mehr als ein reines Nachschlagewerk zu Handelsbegriffen stellt das neue „Handlexikon für Handel und Absatz“ dar: Enthalten sind in diesem Lexikon neben aktuellen Definitionen praxisbezogene Darstellungen darüber, wie sich der Handel entwickelt hat und wie seine Entwicklung weitergehen wird. Aufgezeigt werden auch Trends zu den aktuellen Handelsbetriebsformen mit Informationen zu ihrer Einkaufs- und Angebotspolitik. Für Handel und Industrie bietet dieses Lexikon damit eine wichtige Hilfe für die grundlegenden Marketingentscheidungen. Mehr als 200 Spezialisten aus der Praxis haben an diesem großen Handlexikon, das in Lizenz beim GWI-Institut München erschienen ist, mitgewirkt.

Handlexikon für Handel und Absatz.

Hrsg. Bernd Falk und Jakob Wolf. 760 Seiten. DM 98,-.

GWI-Institut München (Neuhauser Str. 14, 8000 München 2).

Dipl.-Ing. Ulrike Portmann

Prof. Dr.-Ing. Klaus Dieter Portmann

Symbole und Sinnbilder in Bauzeichnungen nach Normen, Richtlinien und Regeln

4., neubearbeitete und erweiterte Auflage 1979. 157 Seiten mit Darstellungen von rd. 2.500 Symbolen und Sinnbildern. ISBN 3-7625-1194-2. Format 21 x 29,5 cm.

Kartonierte DM 38,-. Bauverlag GmbH, Wiesbaden und Berlin.

Die immer weitere Bereiche der Umwelt erfassende Form der bildhaften Darstellung hat insbesondere im Bereich der Bauzeichnungen zu einer sehr starken Zunahme der verwendeten Symbole und Sinnbilder geführt. Der Wunsch nach einer möglichst vollständigen Sammlung und systematischen schnell nutzbaren Zusammenstellung von Symbolen und Sinnbildern für Bauzeichnungen konnte bereits vor einigen Jahren durch die Herausgabe dieses in der Praxis ausgezeichnet bewährten Kataloges erfüllt werden.

Auch bei der 4. Auflage galt wieder das Bearbeitungsprinzip, daß nicht nur die in den zahlreichen DIN-Normen festgelegten Zeichen, sondern auch die von anderen technischen Gremien und der Industrie erarbeiteten und allgemein gebräuchlichen Unterlagen zur Auswertung herangezogen wurden.

Jetzt in 26. Auflage völlig neu überarbeitet erschienen:

„Deutsches Bundes Adressbuch“

Ein Nachschlagewerk für den regionalen Einkauf, Verkauf und für Werbung.

Dieses Nachschlagewerk verzeichnet die handelsgerichtlich eingetragenen Firmen aus Industrie, Groß- und Außenhandel und dem Dienstleistungsgewerbe und dazu wichtige Wirtschaftsorganisationen. Die Adressen sind nach Bundesländern geordnet, innerhalb der Länder alphabetisch nach Orten. Zu jedem Ort sind die dort ansässigen Firmen in alphabetischer Folge aufgeführt, mit Angabe von Adresse, Telefonnummer und Hauptgeschäftszweig: Insgesamt 310.000 Firmenanschriften.

Der Benutzer kann sich darüber hinaus jeweils über offizielle Angaben von Städten und Gemeinden informieren: Postleitzahl, Ortsteile, Einwohnerzahl, Regierungsbezirk, Landkreis, Amtsgericht, Bahnstation, Telefonort, IHK und Stadtverwaltung mit Telefon. Die im Rahmen der Verwaltungs- und Gebietsreform erfolgten Neugliederungen sind ebenfalls nach dem neuesten Stand berücksichtigt. Ein wertvolles Hilfsmittel ist das alphabetische Orts-Register, das aufzeigt, wo der Ort zu finden ist, der nun anders heißt.

Komplette Angaben über Landesbehörden und Regierungsbezirke mit Verkehrsdaten und Fernsprechnummern, Verzeichnisse „Die Landkreise und ihre Gemeinden“ runden den besonderen Gebrauchswert ab. Und: Mit den Firmen-Empfehlungen im überregionalen Bezugsquellenverzeichnis werden potentielle Kunden und Multiplikatoren im gesamten Bundesgebiet erreicht.

„Deutsches Bundes Adressbuch“, 26. Ausgabe 1979/80, ca. 2000 Seiten, ein Band im Format DIN A 4, Preis: DM 86,- + MwSt. (Inland), DM 100,- (Ausland).

Zu beziehen durch den Herausgeber:

Deutscher Adressbuch-Verlag für Wirtschaft und Verkehr GmbH, DAV-Verlagshaus, Postfach 110320, D-6100 Darmstadt.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Deckungsbeitragsrechnung im Großhandel

Mit der Deckungsbeitragsrechnung erhält der Großhandel ein Instrument, mit dem er gezielt die Kosten- und Ertragsentwicklung auf den einzelnen Erfolgs- bzw. Verursachungsstufen steuern kann. Eine Verschlechterung der Ertragssituation in einem Bereich, die vom ganzen Betrieb mitzutragen ist, kann so besser erkannt und beseitigt werden. Aber auch preispolitisch erhält der Großhändler größere Bewegungsfreiheit, weil er ertragreiche, unter dem Selbstkostenpreis der Vollkostenrechnung liegende Preise bestimmen kann.

Programm:

- Einige Begriffe der Kostenrechnung
- Vollkostenrechnung - Teilkostenrechnung; die Problematik der Zurechenbarkeit der Kosten nach dem Verursachungsprinzip
- Deckungsbeitragsrechnung auf Einzelkostenbasis
- Die Bildung von „Erfolgsstufen“
- Deckungsbeitragsrechnung auf Grenzkostenbasis
- Deckungsbeitragsrechnung und Preispolitik

Termin:

1/603 München 7. 11. 1979

Dauer:

1 Tag von 9 bis 17 Uhr

Gebühr:

DM 136,-

Verkaufsleiterseminar

Die Aufgaben und Probleme, die ein Verkaufsleiter heute zu lösen hat, sind schwieriger und vielfältiger geworden. Meistens reicht dazu das traditionelle Instrumentarium nicht mehr aus.

In diesem Seminar werden in der Praxis erprobte Methoden und Techniken, Hilfsmittel und Instrumente vorgestellt, die es dem aufgeschlossenen Verkaufsleiter ermöglichen, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Personenkreis:

Die im Betrieb für den Bereich Verkauf Verantwortlichen, ob sie nun Verkaufsleiter, Niederlassungsleiter oder Unternehmer sind.

Programm:

- Die Anforderungen, die an einen modernen Verkaufsleiter im Großhandel gestellt werden
- Die Aufgaben des Verkaufsleiters (VL)
- Das Führungsinstrumentarium des VL
- Zur Verbesserung der Leistungen des Verkaufsaußendienstes:
- Das zielorientierte Steuerungs- und Kontrollsystem
- Das zweckmäßige Außendienst-Berichtswesen, dessen Organisation und Auswertung
- Die Steuerung des Außendienstes durch Leistungskontrolle und Kennzahlen
- Die Motivation des Außendienstes
- Leistungssteigernde Entlohnungssysteme
- Finanzielle Leistungsanreize
- Sachprämien
- Die gezielte Schulung des Außendienstes, Anregungen, Methoden und Hilfsmittel
- Fallstudien aus der Praxis zur Vertiefung des Stoffes

Termine:

1/604 München 20. 11. - 21. 11. 1979

1/605 Nürnberg 27. 11. - 28. 11. 1979

Dauer:

2 Tage, jeweils von 9 bis 17 Uhr

Gebühr:

DM 272,-

GmbH oder Personengesellschaft?

Steuerliche, rechtliche und betriebswirtschaftliche Konsequenzen der Wahl der Unternehmensform

Durch die Körperschaftssteuerreform ist die GmbH für mittelständische Unternehmen des Handels zu einer interessanten Alternative geworden. Diese Rechtsform ist auch geeignet zur Lösung des Nachfolgeproblems in Familienunternehmen. Andererseits aber sind die Konsequenzen sorgfältig abzuwägen, insbesondere bei anlageintensiven Unternehmen in vermögenssteuerlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf zu erwartende weitergehende Regelungen im Rahmen der Schaffung eines einheitlichen EG-Rechts. Dieses Seminar soll Ihnen helfen, die Vor- und Nachteile der Rechtsformen für Ihr Unternehmen besser abzuschätzen.

Programm:

- Auswahlkriterien: altbekannte und neue Unternehmensformen, Führungsorganisation, Haftung, Finanzierung
- Körperschaftssteuer und Steuerbelastungsvergleich: Ertragssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, steuerliche Wettbewerbsverzerrungen
- Publizität und Mitbestimmung
- Umwandlungsbesteuerung
- Führungsverfassung, Finanzverfassung, Nachfolgestatut, Führungsnachfolge, Besitznachfolge

Termine:

1/441 F München 25. 10. 1979

1/442 F Nürnberg 6. 11. 1979

1/443 F Bayreuth 7. 11. 1979

1/444 F Würzburg 13. 11. 1979

Dauer:

1 Tag von 9 bis 17 Uhr

Gebühr:

DM 84,-

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz zum 31. Dezember 1978

Aktivseite

	DM	DM
Kassenbestand		206,45
Postscheckguthaben		7 361,74
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere		4 776,40
Forderungen an Kreditinstitute:		
Täglich fällig	38 370,85	
mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	21 650,36	
mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	23 880,12	
vier Jahren oder länger	185 000,—	268 901,33
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren des Bundes und der Länder	975 381,65	
von Kreditinstituten	1 617 036,63	
Sonstige	43 104,15	2 635 522,43
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind:		
börsengängige Anteile und Investmentanteile		1 048 436,44
Forderungen		
mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger		98 300,—
Beteiligungen		22 000,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		24 847,—
Sonstige Vermögensgegenstände		187 719,17
Rechnungsabgrenzungsposten		—,—
		4 298 070,96

Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des KWG fallenden Krediten	DM	—,—
Rückgriffsforderungen	DM	27 359 140,27

München, den 25. April 1979

Passivseite

	DM
Verbindlichkeiten	
aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	546 971,49
Rückstellungen	
andere Rückstellungen	595 585,95
sonstige Verbindlichkeiten	89 679,85
Grundkapital (Stammkapital)	100 000,—
offene Rücklagen (Haftungsfonds)	2 965 833,67
Bilanzgewinn	—,—
	4 298 070,96

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	DM 44 611 744,82
--	------------------

KREDITGARANTIEGEMEINSCHAFT
für den Handel in Bayern GmbH
gez. Kahllich

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
November 1979 · Nr. 11/1979

Das aktuelle Thema	3	Bayerische Staatsregierung für Gewerbesteuersenkung
Allgemeine Rechtsfragen	4 6	Geltung eines nachträglichen Eigentumsvorbehaltes Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz
Steuerfragen	6	Steuerliche Behandlung von Spesen für Kraftfahrer
Berufsausbildung und -Förderung	9 10	Franz Thiemann Träger des Rudolf-Egerer-Preises 1979 Erhebung über das voraussichtliche Ausbildungsplatzangebot 1980
Rationalisierung	11	Rationalisierungsmöglichkeiten im Fuhrpark des Großhandels
Konjunktur und Marktentwicklung	14	BGA zum Herbstgutachten: Kein Anlaß für Pessimismus
Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel	14 18	Islam – Grundzüge der Staats- und Wirtschaftstheorie Protektionismus und Politisierung des Welthandels gefährden den Außenhandel
Personalien	19	
Buchbesprechungen	20	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Rath (Arbeitsrecht, Baurecht, Umweltschutz, Außenhandel) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostr. 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostr. 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostr. 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Bayerische Staatsregierung für Gewerbesteuerensenkung

Die Bayerische Staatsregierung hat am 9. 10. 1979 beschlossen, die bayerischen Gemeinden mittels einer Bekanntmachung aufzufordern, sich ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt zu sein und die gewerbliche Wirtschaft durch Senkung der Gewerbesteuer-Hebesätze im Jahr 1980 zu entlasten. Wir drucken den Wortlaut dieser Bekanntmachung im folgenden ab und bitten nochmals alle Mitglieder mit Einfluß auf kommunalpolitischer Ebene sich ebenfalls nachdrücklich für die Senkung der Gewerbesteuer-Hebesätze einzusetzen.

Die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung hat folgenden Wortlaut:

Die Staatsregierung setzt sich seit langem nachdrücklich für einen Abbau der Überbesteuerung bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Gewerbesteuer ein. Das Steueränderungsgesetz 1979 vom 30. November 1978 (BGBl. I S. 1849), das einen Kompromiß zwischen den Vorstellungen der Bundesregierung und den von der Staatsregierung mitgetragenen Vorschlägen des Bundesrats darstellt, ist ein Schritt in diese Richtung. Es sieht unter anderem eine Entlastung der gewerblichen Wirtschaft durch den Wegfall der Lohnsummensteuer vor. Bei der Verabschiedung des Gesetzes ging man übereinstimmend davon aus, daß Gemeinden, die eine Lohnsummensteuer nicht erheben – so alle Gemeinden in Bayern –, die im Steueränderungsgesetz 1979 vorgesehenen Einnahmeverbesserungen vor allem in Form von Hebesatzsenkungen bei der Gewerbesteuer an die Steuerzahler weitergeben. Die Weitergabe der Steuermehreinnahmen durch die Gemeinden an die Wirtschaft war Voraussetzung für die Zustimmung der Bundesregierung zum Steueränderungsgesetz 1979. Im übrigen wäre ohne eine Senkung der Hebesätze die bayerische Wirtschaft gegenüber denjenigen Ländern, in denen die Lohnsummensteuer entfällt, unangemessen benachteiligt.

1. Mehreinnahmen aufgrund des Steueränderungsgesetzes 1979

Das Steueränderungsgesetz 1979 wird den bayerischen Gemeinden 1980 durch die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15% Mehreinnahmen in Höhe von 239 Mio DM und durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage um ein Drittel Ausgabeminderungen in Höhe von 468 Mio DM bringen. Von den Mehreinnahmen sind die durch die Erhöhung der Freibeträge beim Gewerbeertrag von 24 000 auf 36 000 DM bedingten Einnahmeausfälle in Höhe von 180 Mio DM abzusetzen, weil diese Maßnahme bereits unmittelbar den Steuerpflichtigen zugute kommt. Damit ergeben sich Mehreinnahmen in Höhe von 527 Mio DM.

Nach Ansicht der Staatsregierung sind die durch die Einkommensteuertarifreform bedingten Einnahmeausfälle (in Bayern ca. 300 Mio DM) nicht auf die Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 anzurechnen. Diese Steuerentlastungen dienen dem Abbau der durch die Gestaltung des Einkommensteuertarifs verursachten sog. heimlichen Steuererhöhungen, die entsprechend dem jeweiligen Anteil am Steueraufkommen Bund, Ländern und Gemeinden zugute kamen. Diese Gebietskörperschaften haben daher auch die durch die Korrektur des Einkommensteuertarifs bedingten Einnahmeausfälle zu tragen.

Die Mehreinnahmen von 527 Mio DM sind ausschließlich durch das Steueränderungsgesetz 1979 bedingt. Darin sind nicht Mehreinnahmen aus dem allgemeinen Anstieg der Steuereinnahmen enthalten. Nach gegenwärtigen Schätzungen wird sich allein der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 1980 in Bayern um weitere 260 Mio DM erhöhen. Den Gemeinden ist zuzumuten, mit diesem allgemeinen Steuerzuwachs die vergleichsweise geringen Verluste aufzufangen, die sich ab 1981 durch die Erhöhung des Freibetrags im Gewerbekapital und die Einführung eines Freibetrags bei der Anrechnung der Dauerschulden ergeben (ca. 10 Mio DM). Entsprechendes gilt für die Belastungen aus der Erhöhung der Umsatzsteuer, von der sämtliche Verbraucher betroffen sind und für etwaige Einnahmeverchiebungen, die sich 1979 beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wegen der Umstellung des Verteilungssystems sowie durch die Erhöhung der Sockelbeträge ergeben haben.

2. Abschaffung der sog. kommunalen Bagatellsteuern

Im Zusammenhang mit dem Steueränderungsgesetz 1979 sollen im Freistaat Bayern zur Vereinfachung des kommunalen Steuerrechts kommunale Bagatellsteuern (Getränksteuer, Vergnügungssteuer und Jagdsteuer) abgeschafft werden; der Fremdenverkehrsbeitrag soll vorerst beibehalten werden.

Für den beabsichtigten Wegfall der Getränkesteuer wird die Staatsregierung dem Bayer. Landtag einen gezielten Ausgleich vorschlagen. Ein gesonderter Ausgleich für den Wegfall der Vergnügungssteuer und der Jagdsteuer ist nicht veranlaßt. Die Staatsregierung hält es jedoch für gerechtfertigt, die Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 bei der Ermittlung der möglichen Senkung der Gewerbesteuerhebesätze jeweils um den Ausfall an Vergnügungssteuer zu kürzen.

3. Senkung der Gewerbesteuerhebesätze

Die Mehreinnahmen der bayerischen Gemeinden aus dem Steueränderungsgesetz 1979 ermöglichen im Jahr 1980 im Landesdurchschnitt unter Berücksichtigung der durch die Abschaffung der Vergnügungssteuer bedingten Auswirkungen eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 40 v.H.-Punkte. Dies entspricht im Landesdurchschnitt einer möglichen Verringerung des Gewerbesteueraufkommens 1980 um 12%. Die Entscheidung über die Gestaltung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 ist eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Die Staatsregierung geht davon aus, daß die Gemeinden in eigenem Verantwortungsbewußtsein für die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft die Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 im Landesdurchschnitt in der genannten Größenordnung durch Senkung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer weitergeben. Dabei wird die Entscheidung im Einzelfall von den örtlichen Gegebenheiten, insbesondere der Finanzlage und der bestehenden Hebesatzspannung mit beeinflußt werden.

Die Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 1980 wirken sich im Finanzausgleich für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen und der Umlagen erst im Jahre 1982 aus. Die Staatsregierung wird daher dem Bayer. Landtag für 1982 vorschlagen, in Anpassung an die tatsächliche Hebesatzentwicklung den derzeitigen Nivellierungshebesatz für die Gewerbesteuer zumindest auf 300 v.H. zu senken. Damit soll vermieden werden, daß Gemeinden, die den Gewerbesteuerhebesatz ab 1980 senken, letztlich schlechter gestellt sind, als vergleichbare gewerbesteuerschwächere Gemeinden, die höhere Schlüsselzuweisungen erhalten.

Eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze aus Anlaß des Steueränderungsgesetzes 1979 wird sich selbstverständlich bei der Gewährung gezielter Finanzhilfen auf die Höhe der Förderung nicht nachteilig auswirken.

Bayerisches Statistisches Landesamt

Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 und mögliche Senkung der Gewerbesteuerhebesätze im Jahr 1980

Berechnung für Gemeinde

Landkreis

1. Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979

Berechnung

1.1 Erhöhung des Einkommensteuerbeitragsbetrages = Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 % auf 15 % x Schlüsselzahl für 1979	239 300 000 DM DM
1.2 Senkung der Gewerbesteuerumlage um ein Drittel Grundlage: Gewerbesteuerumlage 1978: 3 = DM
1.3 Auswirkungen der Erhöhung des Freibetrages beim Gewerbeertrag von 24 000 DM auf 36 000 DM		
1.3.1 Gewerbesteuerausfall = fiktiver Gewerbesteuermessbetragsausfall 1977 ¹⁾ x Gewerbesteuerhebesatz 1978 ²⁾ DM
1.3.2 Minderung der Gewerbesteuerumlage = Gewerbesteuerausfall : Gewerbesteuerhebesatz 1978 x 80 % x 80 % DM
1.4 Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 (Zwischensumme)	 DM
1.5 Absetzung des Aufkommens an Vergütungssteuer 1978 ²⁾	 DM
1.6 Verbleibende Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979	 DM =====

Die Staatsregierung fordert die bayerischen Gemeinden auf, sich ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bewußt zu sein und die gewerbliche Wirtschaft durch eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze im Jahr 1980 zu entlasten.

Das Statistische Landesamt wurde beauftragt, sämtliche bayerischen Gemeinden eine Berechnung der Mehreinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1979 unter Berücksichtigung der Einnahmeausfälle wegen des Wegfalls der Vergütungssteuer nach beiliegendem Muster (Anlage) mit einem Abdruck dieser Bekanntmachung zu übersenden. In der Mitteilung ist auch die mögliche Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes im Jahr 1980 aufgrund der den Gemeinden verbleibenden Mehreinnahmen ausgewiesen. Die Gemeinden sollen die Berechnungen Interessenten zugänglich machen.

2. Berechnung der möglichen Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes

$$2.1 \frac{\text{Istaufkommen 1978}^{3)} \cdot \text{Mehreinnahmen 1.6}}{\text{Grundbetrag 1978}} \times 100 = \text{fiktiver Hebesatz}^{4)}$$

$$\frac{\text{.....}}{\text{.....}} \times 100 =$$

$$2.2 \text{ Hebesatz 1978} \cdot \text{fiktiver Hebesatz nach 2.1} = \text{mögliche Hebesatzsenkung 1980}$$

$$\frac{\text{.....}}{\text{.....}} \cdot \text{.....} = \text{.....} = \text{v.H.} \text{---Punkte}^{5)}$$

1) Meßbetragsausfall auf der Grundlage der Gewerbesteuerveranlagung für 1977, der eingetreten wäre, wenn die Erhöhung des Freibetrages beim Gewerbeertrag von 24 000 DM auf 36 000 DM bereits am 1.1.1977 gegolten hätte.

2) Laut Meldung für die Vierteljahresstatistik der Kommunalfinanzen 1978.

3) Ermittelt aus der Gewerbesteuerumlage 1978 - Gebietsstand 1.1.1979 -.

4) Ein negativer Hebesatz wird nicht ausgewiesen.

5) Eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes unter 150 v.H. wird nicht ausgewiesen.

Allgemeine Rechtsfragen

Geltung eines nachträglichen Eigentumsvorbehaltes

In der Praxis des Warenhandels spielen Fragen des Eigentumsvorbehaltes immer wieder eine wichtige Rolle. In seinem Urteil vom 25.10.78 - 8 ZR 206/77 - nimmt der BGH nunmehr Stellung zur Wirksamkeit eines nachträglichen Eigentumsvorbehalts.

In dem zur Entscheidung stehenden Fall waren Vertragsinhalt die allgemeinen Einkaufs- und Zahlungsbedingungen des Käufers (AEZB) geworden. Darin hieß es: „Wir kaufen nur zu diesen Bedingungen. Mit der Erfüllung des Auftrages erkennt sie der Lie-

ferant auch für nachfolgende Lieferungen an, selbst dann, wenn seine eigenen Geschäftsbedingungen anders lauten. Abweichungen von unseren Bedingungen müssen schriftlich vereinbart sein und sind nur dann wirksam, wenn sie entweder die Unterschrift eines der in Ziff. 12 bezeichneten Herrn der Geschäftsleitung oder die Unterschrift des zuständigen Zentral-Einkäufers tragen.

Schweigen auf uns mitgeteilte anders lautende Bedingungen des Lieferanten oder auf Einheitsbedingungen kann nicht als Anerkennung dieser Bedingungen ausgelegt werden. Insbesondere ist ein Schweigen auf Auftragsbestätigungen mit widersprechendem Inhalt nicht als Einverständnis anzusehen. Jede in der Auftragsbestätigung enthaltene Abweichung von unseren Bedingungen wird von uns als Ablehnung unseres Auftrages gewertet.

50. Geburtstag: Hauptgeschäftsführer Werner Sattel

Der Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes, Dipl. Kfm. Werner Sattel, wurde am 7. 11. 1979 50 Jahre alt. Die Hauptgeschäftsführung des LGA liegt seit 1975 in seinen Händen, bereits im September 1957 hatte er jedoch seine Tätigkeit in der GfH Gesellschaft für Handelsberatung mbH, einer Tochtergesellschaft unseres LGA, begonnen, nachdem er sein Studium an der Technischen Hochschule und der Universität München mit dem „Dipl.-Kaufmann“ abgeschlossen hatte. Der GfH blieb Herr Sattel verbunden. Noch heute ist er ihr Geschäftsführer.

Sein Weg in der Betriebsberatung ließ ihn zum Experten auf den Gebieten des wirtschaftlichen Einsatzes der Datenverarbeitung, der Kalkulation, der Kostenrechnung und des Betriebsvergleichs sowie über die Zusammenarbeit zwischen Großhandel und Industrie werden. 1965 wurde die d-v-h Datenverarbeitungsdienst des Handels GmbH ins Leben gerufen, deren Geschäftsführung ihm übertragen wurde.

Heute bekleidet Herr Sattel eine Reihe von Ämtern zur Wahrung der Interessen des bayerischen Groß- und Außenhandels sowie auch im Bundesgebiet und sogar im europäischen Rahmen. So ist er Mitgeschäftsführer der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern, Geschäftsführer der Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels, des GSG Großhandelszentralverband für Spielwaren und Geschenkartikel sowie des Fachzweigs Schreib-, Papierwaren und Bürobbedarf. Im Bildungszentrum des Bayerischen Handels gehört er dem Vorstand an, als Repräsentant des Großhandels stellt er sich außerdem der Bayerischen Volksstiftung zur Verfügung. Auf Bundes-, bzw. europäischer Ebene sind seine Tätigkeiten in der Bundesbetriebsberatungsstelle für den Deutschen Groß- und Außenhandel und der Europäischen Föderation des Spielzeuggroß- und Außenhandels zu nennen.

Präsident Braun dankte Herrn Sattel im Namen des Vorstandes und des gesamten bayerischen Groß- und Außenhandels für seinen unermüdlichen Einsatz im Interesse des gesamten Berufsstandes. Er wünschte ihm noch viele Jahre Vitalität und Kraft, sei-



nen Sachverstand auch weiterhin in den Dienst unseres LGA mit dem bisher gezeigten hervorragenden Erfolg zu stellen. Gratulationen und Glückwünsche aus dem gesamten Bundesgebiet zeugten für die Anerkennung und Respektierung der bisher geleisteten Arbeit.

Erfolgt die Lieferung dennoch, gilt dies unwiderleglich als Einverständnis mit unseren Einkaufs- und Zahlungsbedingungen. Nehmen wir die Lieferung an, so sind ausschließlich unsere Bedingungen vereinbart."

Auf den Lieferscheinen und Rechnungen des Verkäufers war maschinenschriftlich vermerkt:

„Sämtliche von uns zur Auslieferung gelangenden Waren bleiben bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises unser Eigentum".

Nachdem der Käufer in Konkurs geraten war, machte der Verkäufer einen Eigentumsvorbehalt hinsichtlich gelieferter und noch beim Gemeinschuldner vorhandener Ware geltend. Die Klage hatte keinen Erfolg.

Zunächst führt der BGH aus, daß sich aus der angegebenen Klausel in der AEZB der Käuferin ergebe, daß die Einkaufsbedingungen der Käuferin den Vorrang vor etwaigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Lieferanten haben, und daß Abweichungen von den in den AEZB genannten Personen unterzeichnet sein müßten.

Daß die Käuferin, ein großes Unternehmen mit zahllosen Lieferanten, mit ihren AEZB die Geltung ihrer Einkaufsbedingungen habe erreichen wollen, sei bei einem Rahmenvertrag unter Kaufleuten grundsätzlich nicht zu beanstanden.

Zum Eigentumsvorbehalt führt der BGH aus, ein nachträglicher (vertragswidriger) Eigentumsvorbehalt bei der Besitzübergabe sei allerdings grundsätzlich zulässig, weil nach herrschender Meinung der Verkäufer an eine vor der Lieferung erfolgte Einigung über einen Eigentumsübergang nicht gebunden sei. Bei der Besitzübergabe der von dem Verkäufer gelieferten Waren sei dem Angestellten des Käufers ein Lieferschein ausgehändigt worden, der einen Eigentumsvorbehalt enthalte.

Die Übergabe der Ware sei vom Käufer, falls nicht zuvor ein Eigentumsvorbehalt vereinbart worden sei, als Angebot zur bedingungslosen Übereignung zu verstehen. Ein nachträglicher (vertragswidriger) Eigentumsvorbehalt auf einem mit der Ware übergebenen Lieferschein stehe daher, falls der Eigentumsvorbehalt nicht zur Kenntnis genommen worden sei, nur unter besonderen Voraussetzungen der bedingungslosen Übereignung entgegen.

Der nachträgliche Eigentumsvorbehalt müsse deutlich erklärt sein und dürfe nicht an versteckter Stelle oder in kleiner Schrift angebracht sein.

Voraussetzung eines nachträglichen Eigentumsvorbehalts sei weiter, daß dieser dem Käufer zugegangen sei. Das könne nur dann angenommen werden, wenn diesem zuzumuten sei, von dem nachträglichen Eigentumsvorbehalt auf dem Lieferschein Kenntnis zu nehmen. Es sei daher zu fragen, ob der Käufer mit einem nachträglichen Eigentumsvorbehalt habe rechnen müssen oder nicht. Dabei seien alle Umstände des Einzelfalles zu prüfen.

Es sei insbesondere auch von Bedeutung, ob dem Käufer aufgrund seiner Geschäftsbeziehungen mit dem Verkäufer zuzumuten sei, gerade diese Eigentumsvorbehaltsklausel zu lesen. Denn diese sei nur dann im Rechtssinne zugegangen, wenn vom Käufer erwartet werden könne, daß er von dem gerade in dieser Form und unter diesen Umständen erklärten Eigentumsvorbehalt Kenntnis nehmen würde. Bei dieser Prüfung sei ein strenger Maßstab anzulegen, weil in dem Verhalten des Verkäufers eine Vertragsverletzung liege, auf welche der Käufer sich grundsätzlich nicht einzustellen brauche. Komme man unter Berücksichtigung dieser Erwägungen im Einzelfall zu dem Ergebnis, daß die Erklärung des Eigentumsvorbehalts dem Käufer nicht zugegangen sei, so habe dieser ein unbedingtes Übernahmeangebot angenommen und habe also bedingungslos Eigentum erworben.

Im vorliegenden Fall seien die Bedingungen, zu denen der Käufer eingekauft habe, in seinen AEZB im einzelnen und umfassend geregelt. Eine Abweichung von dieser Regelung sei nur unter begrenzten, in den AEZB genannten Ausnahmefällen möglich.

Der Käufer habe sich daher darauf verlassen dürfen, daß der Verkäufer zu den vertraglichen Bedingungen lieferte. Da es ihm infolgedessen nicht zumutbar gewesen sei, den Lieferschein des Verkäufers daraufhin zu überprüfen, ob dieser vertragswidrig einen Eigentumsvorbehalt enthalte, sei der Eigentumsvorbehalt ihm nicht zugegangen und infolgedessen eine bedingungslose Übergabe erfolgt.

Der BGH trägt mit diesem Urteil der Verschärfung des neuen AGB-Gesetzes Rechnung, wonach Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die nach den Umständen so ungewöhnlich sind, daß der Vertragspartner des Verwenders mit ihnen nicht zu rechnen braucht, nicht Vertragsbestandteil werden. Dieser Grundsatz sollte daher bei der Abwicklung des täglichen Warenverkehrs und den dabei verwendeten Allgemeinen Geschäftsbedingungen äußerste Beachtung finden.

Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz

– Ein Gesetzentwurf, der Mißtrauen sät –

Im Juni dieses Jahres hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz verabschiedet. Nach diesem Entwurf soll dem Arbeitgeber verboten werden, Arbeitnehmer wegen ihres Geschlechts zu benachteiligen. Dieses Verbot soll den gesamten Bereich des Arbeitsverhältnisses, also von der Begründung über die Durchführung bis zur Beendigung umfassen. Die vorgesehenen Regelungen sollen im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert werden. Die Beachtung des im Gesetzentwurf enthaltenen Benachteiligungsverbot soll wie folgt gesichert werden:

Ein Maßregelungsverbot untersagt jede Kündigung oder sonstige Benachteiligungen der Arbeitnehmer wegen der Wahrung ihrer Rechte.

Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf Beseitigung der Diskriminierung oder auf Schadenersatz; bei unterbliebener Einstellung oder beruflichem Aufstieg ist der Anspruch begrenzt. Schadenersatzansprüche wegen eines Verstoßes gegen das Benachteiligungsverbot verjähren in zwei Jahren.

Im Streitfall wird die Beweislast umgekehrt, d.h.: Macht der Arbeitnehmer Tatsachen glaubhaft, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen, so trägt der Arbeitgeber die Beweislast dafür, daß sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.

Zu diesem Gesetzesvorhaben ist anzumerken, daß die Gleichbehandlung von Mann und Frau geltendes Verfassungsrecht ist. Die Tarifvertragsparteien sind ebenso wie Arbeitgeber und Be-

triebsräte dazu verpflichtet, die Einhaltung dieses Gebotes zu überwachen. Ein solcher Gesetzesentwurf muß unter diesen Umständen als wahltaktischer Winkelzug betrachtet werden. Dies gilt umso mehr, da dieses Gesetz zu unübersichtlichen bürokratischen Belastungen, insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben führen würde. Dies folgt aus der völlig unverständlichen Regelung, daß künftig nunmehr in allen Fällen, in denen ein Arbeitnehmer behauptet, aufgrund seines Geschlechtes im Zusammenhang mit Begründung, Verlauf oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses benachteiligt zu sein, der Arbeitgeber die Nichtdiskriminierung beweisen muß. Praktisch bedeutet dies, daß ein Arbeitgeber in jedem Einzelfall eine Liste von sachlichen Minuspunkten bei jedem Arbeitnehmer anlegen müßte, um allen denkbaren Beweisnotwendigkeiten entsprechen zu können. Der bürokratische Aufwand, aber auch das dadurch geförderte Mißtrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stünden in krassem Widerspruch zum gewollten Gesetzeszweck.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich bereits im Namen der gesamten Wirtschaft an den Gesetzgeber gewandt, damit unseren berechtigten Einwänden Rechnung getragen wird.

Steuerfragen

Steuerliche Behandlung von Spesen für Kraftfahrer

Wir hatten Ihnen zuletzt im Heft 6/7 1979 unserer LGA-Nachrichten unter der gleichen Überschrift über die neueste Entwicklung der Kontroverse um die steuerliche Behandlung von Spesen für Kraftfahrer berichtet. Wir erinnern insbesondere an den Erlaß des Bundesfinanzministers vom 29. Juli 1979, wonach Berufskraftfahrern Verpflegungsmehraufwendungen in Höhe von täglich 8,- DM pauschal ersetzt werden können, wenn sie aus beruflichen Gründen mehr als 6 Stunden täglich unterwegs sind. Der Betrag erhöht sich auf täglich 16,- DM, wenn der Arbeitnehmer mehr als 12 Stunden täglich unterwegs ist. Soweit der Berufskraftfahrer nicht täglich zu seiner Wohnung zurückkehrt, können die vollen Pauschbeträge gemäß Abschnitt 25 Lohnsteuerrichtlinien gewährt werden.

Inzwischen liegt ein neues Urteil des Bundesfinanzhofes vom 11. Mai 1979 VI R 129/77 vor, das im Bundessteuerblatt Teil II Nr. 17 vom 15. August 1979 Seite 474 ff abgedruckt ist. der Urteilstenor lautet:

1. Bei einem Berufskraftfahrer kann sich die regelmäßige Arbeitsstätte am Betriebssitz des Arbeitgebers befinden, wenn sich aus der Häufung des Aufenthalts am Betriebssitz und dem Umfang der dortigen Verrichtungen ergibt, daß der Betriebssitz trotz der ausgedehnten Reisetätigkeit beruflicher Mittelpunkt des Fahrers ist (Anschluß an BFH-Urteil vom 24. November 1978, VI R 171-172/76, BFHE 126, 454, Bundessteuerblatt II 1979, 148).
2. Ob ein Getränke-Verkaufsfahrer seine regelmäßige Arbeitsstätte am Betriebssitz des Arbeitgebers hat, hängt von den im Einzelfall vorliegenden Verhältnissen ab. Der Betriebssitz kann insbesondere dann regelmäßige Arbeitsstätte sein, wenn der Fahrer dort nachweislich in regelmäßiger Wiederkehr z. B. Lade- oder Lagerarbeiten zu verrichten und über den Getränkeverkauf abzurechnen hat. ESTG 1972 §§ 9 Abs. 1, 12 Nr. 1.

Der Sache lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger und Revisionsbeklagte war im Streitjahr als Getränke-Verkaufsfahrer beschäftigt. An 240 Tagen hat er in einem Bezirk, der mindestens 15 km vom Betriebssitz entfernt liegt, Getränke

Vizepräsident Helmut Hartmann 50 Jahre

Am 25. 10. 1979 konnte der 2. Vizepräsident unseres Landesverbandes, Helmut Hartmann, Mitinhaber der 1861 gegründeten Papiergroßhandlung Hartmann & Mittler in Augsburg, eine der größten Papiergroßhandlungen in der Bundesrepublik und zweitgrößter Lieferant der deutschen Lehrmittelbranche, seinen 50. Geburtstag feiern.

Helmut Hartmann gehört dem Vorstand unseres Landesverbandes seit 1966 an. Anlässlich seines Geburtstages fand eine Vorstandssitzung in seiner Heimatstadt statt, der ein gemeinsames Essen im Kreise der Vorstandsmitglieder vorausging.

Präsident Walter Braun würdigte in seiner Laudatio die Verdienste des Jubilars und stattete ihm im Namen des LGA seinen Dank ab für seine vielen Aktivitäten und Tätigkeiten zur Vertretung und Wahrung der Interessen unseres gesamten Berufsstandes. Ebenso wie bei uns wird seine Mitarbeit geschätzt im Bundesverband des Deutschen Papiergroßhandels, dessen Vorstand Herr Hartmann seit 1976 angehört.



ausgefahren und verkauft. Dabei war er an 80 Tagen länger als 10 Stunden und an 160 Tagen länger als 12 Stunden ununterbrochen unterwegs. Seine Fahrten trat er jeweils am Sitz des Getränkeunternehmens an und kehrte stets an demselben Tag dort zurück.

In der Einkommensteuererklärung 1972 machte der Kläger Verpflegungsmehraufwendungen aus Anlaß von Dienstreisen als Werbungskosten entsprechend der Pauschbeträge des Abschnitts 21 Abs. 5 Nr. 3 der Lohnsteuerrichtlinien geltend.

Das Finanzamt ließ die Verpflegungsmehraufwendungen zunächst nur mit DM 3,- je Arbeitstag als Werbungskosten zum Abzug zu wobei es davon ausging, daß der Kläger keine Dienstreisen im Sinne der Lohnsteuerrichtlinien ausgeführt hat. Im Einspruchsverfahren bejahte es zwar das Vorliegen von Dienstreisen, vertrat jedoch die Auffassung, die Anwendung der Pauschbeträge führe zu einer unzutreffenden Besteuerung. Es schätzte die Verpflegungsmehraufwendungen auf arbeitstäglich 10,- DM.

Das Finanzgericht sprach dem Kläger die vollen Pauschsätze zu. Das Finanzamt legte gegen dieses Urteil Revision ein und führte aus, die Gewährung der Pauschbeträge des Abschnitts 21 Abs. 5 Nr. 3 Lohnsteuerrichtlinien führe im Streitfall zu einem offensichtlich unzutreffenden Ergebnis. Der Bundesfinanzhof hält die Revision für begründet und führt hierzu folgendes aus:

Die Revision ist begründet.

1. Aufwendungen für den Unterhalt des Steuerpflichtigen gehören zu den Kosten der privaten Lebensführung, die regelmäßig weder bei den einzelnen Einkunftsarten noch vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden dürfen. Sie sind nach § 12 Nr. 1 Satz 2 EStG selbst dann nicht abziehbar, wenn sie der Förderung des Berufs oder der Tätigkeit des Steuerpflichtigen dienen (zum sog. Aufteilungs- und Abzugsverbot vgl. Beschluß des Großen Senats des BFH vom 19. Oktober 1970 GrS 2/70, BFHE 100, 309, BStBl II 1971, 17). Nur wenn und soweit bei einem Arbeitnehmer – wie das FG zutreffend ausführt – zusätzliche und abgrenzbare Aufwendungen für die Ernährung eindeutig durch das Dienstverhältnis veranlaßt sind, kommt ein Werbungskostenabzug gemäß § 9 Abs. 1 EStG in Betracht. Für derartige, den Steueranspruch einschränkende Tatsachen trägt der Steuerpflichtige die objektive Beweislast (Feststellungslast – vgl. zuletzt BFH-Urteil vom 9. November 1978 VI R 195/77, BFHE 126, 418, BStBl II 1979, 149). Werden beruflich veranlaßte Mehraufwendungen für Verpflegung nachgewiesen oder glaubhaft gemacht, sind sie

in der nachgewiesenen Höhe abzüglich der üblichen Haushaltsersparnis als Werbungskosten abziehbar. Auch ohne Einzelnachweis oder Glaubhaftmachung lassen Verwaltung und Rechtsprechung Verpflegungsmehraufwendungen mit Pauschbeträgen bei einzelnen, häufig vorkommenden Sachverhalten, in denen Mehraufwendungen dieser Art typischer Weise anfallen, als Werbungskosten zum Abzug zu. Dies gilt z.B. für Verpflegungsmehraufwendungen anlässlich von Dienstreisen und Dienstgängen (Abschn. 21 Abs. 2 und 3 i. V.m. Abs. 5 Nr. 3 LStR; vgl. BFH-Urteil vom 29. November 1974 VI R 203/72, BFHE 114, 422, BStBl II 1975, 339); ferner für Verpflegungsmehraufwendungen aus Anlaß einer beruflich veranlaßten doppelten Haushaltsführung (Abschn. 26 Abs. 1 Nr. 3 LStR; BFH-Urteil vom 2. September 1977 VI R 114/76, BFHE 123, 444, BStBl II 1978, 26), für Verpflegungsmehraufwendungen bei mehr als 12stündiger beruflich veranlaßter Abwesenheit eines Arbeitnehmers von seiner Wohnung (Abschn. 24 Abs. 3 Nr. 1 LStR; BFH-Urteil vom 30. März 1979 VI R 123/76, BStBl II 1979 S. 498), bei Verpflegungsmehraufwendungen von an ständig wechselnden Einsatzstellen beschäftigten Arbeitnehmern, die aus ausschließlich beruflichen Gründen mehr als 10 Stunden täglich von ihrer Wohnung abwesend sind (Abschn. 24 Abs. 3 Nr. 2 LStR; BFH-Urteil vom 24. August 1973 VI R 189/71, BFHE 110, 344, BStBl II 1974, 11) sowie bei Verpflegungsmehraufwendungen anlässlich des Besuchs von Fortbildungsveranstaltungen (Abschn. 24 Abs. 3 letzter Satz LStR; BFH-Urteil vom 9. November 1971 VI R 109/69, BFHE 103, 516, BStBl II 1972, 147).

2. Im Streitfall hat der Kläger die Höhe der ihm tatsächlich erwachsenen Verpflegungsmehraufwendungen weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht. Die von der Rechtsprechung (z.B. BFH-Urteil vom 5. November 1971 VI R 184/69, BFHE 103, 493, BStBl II 1972, 130) als zutreffende Schätzung anerkannten Reisekostenpauschbeträge des Abschnitts 21 Abs. 5 Nr. 3 LStR dürfen indes nur angewandt werden, wenn eine Dienstreise i.S. des Abschnitts 21 Abs. 2 LStR gegeben ist. Die Annahme einer solchen Dienstreise setzt nach der ständigen Rechtsprechung des Senats u.a. voraus, daß ein Arbeitnehmer vorübergehend den Ort seiner regelmäßigen Arbeitsstätte verläßt, um aus dienstlichen Gründen anderswo tätig zu werden (BFH-Urteil vom 11. August 1972 VI R 128/70, BFHE 107, 21, BStBl II 1972, 915). Eine regelmäßige Arbeitsstätte hat der Arbeitnehmer dort, wo er mindestens einen Teil der vertraglich geschuldeten Leistungen in ständiger Wiederkehr zu erledigen

hat. Sucht ein Arbeitnehmer den Betriebssitz seines Arbeitgebers nur auf, um dort die geleisteten Arbeitsstunden anzugeben sowie den Arbeitslohn oder weitere Aufträge entgegenzunehmen, so wird dadurch der Betriebssitz noch nicht zur regelmäßigen Arbeitsstätte (ständige Rechtsprechung des BFH, vgl. z. B. Urteil VI R 128/70 mit weiteren Hinweisen). Dieser Auffassung ist auch das Schrifttum gefolgt (vgl. z. B. Herrmann/Heuer, Kommentar zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, 18. Aufl., § 3 EStG, Anm. 157; Blümich/Falk, Kommentar zum Einkommensteuergesetz, 11. Aufl., § 3 S. 46).

Bei einem **Berufskraftfahrer**, der arbeitstäglich Fahrten vom Betriebsgelände seines Arbeitgebers aus antritt, hat der erkennende Senat im Urteil vom 24. November 1978 VI R 171–172/76 (BFHE 126, 454, BStBl II 1979, 148) entschieden, daß dieser am Betriebssitz seines Arbeitgebers grundsätzlich keine regelmäßige Arbeitsstätte besitze. Ständige Arbeitsstätte sei hier das Fahrzeug, mit dem der Berufskraftfahrer unterwegs sei. Dem stehe nicht entgegen, daß der Berufskraftfahrer auf dem Betriebsgelände seines Arbeitgebers vor Fahrtantritt bestimmte, regelmäßig nur kurze Zeit beanspruchende Wartungsarbeiten zu erledigen oder vom Gesetzgeber vorgeschriebene Kontrollmaßnahmen durchzuführen habe. Hierdurch werde der Ort des Arbeitsantritts für den Berufskraftfahrer nicht zu einer regelmäßigen Arbeitsstätte. An dieser Rechtsauffassung wird festgehalten. Der Senat betont jedoch, daß Berufskraftfahrer ihre regelmäßige Arbeitsstätte auch am Betriebssitz des Arbeitgebers haben können, nämlich dann, wenn sich aus der Häufigkeit des Aufenthalts am Betriebssitz und dem Umfang der dortigen Verrichtungen ergibt, daß der Betriebssitz trotz der ausgedehnten Fahrtätigkeit beruflicher Mittelpunkt ist. Der Senat weist außerdem darauf hin, daß damit nicht über den hier nicht gegebenen Sachverhalt entschieden ist, bei dem Berufskraftfahrer mehrtägige Fahrten unternehmen.

Ob bei **Getränkefahrern** regelmäßige Arbeitsstätte das Fahrzeug oder der Betriebssitz des Arbeitgebers ist, ist nach den vorstehenden Grundsätzen zu beurteilen und hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Der Betriebssitz des Arbeitgebers kann bei einem Getränkeverkaufsfahrer insbesondere dann regelmäßige Arbeitsstätte sein, wenn der Fahrer nachweislich in regelmäßiger Wiederkehr am Betriebssitz z. B. Lade- oder Lagerarbeiten zu verrichten und Abrechnungen über den Getränkeverkauf zu erstellen oder andere Büroarbeiten zu erledigen hat und deshalb während eines nicht nur ganz unbedeutenden Teils seiner Arbeitszeit am Betriebssitz beschäftigt ist.

3. Die vom FG im Streitfall getroffenen tatsächlichen Feststellungen reichen nicht aus für eine abschließende Entscheidung des Senats, ob der Kläger Dienstreisen i. S. des Abschn. 21 Abs. 2 LStR ausgeführt hat und ob die Reisekostenpauschbeträge im Streitfall überhaupt dem Grunde nach anzuwenden sind. Die Vorentscheidung war daher aufzuheben und die nicht spruchreife Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das FG zurückzuverweisen (§ 126 Abs. 3 Nr. 2 der Finanzgerichtsordnung – FGO –). Das FG wird nunmehr unter Beachtung der vorstehend dargelegten Grundsätze die erforderlichen tatsächlichen Feststellungen nachzuholen haben. Der Umstand, daß der Kläger im Streitjahr für 160 Arbeitstage eine mehr als 12stündige und für 80 Arbeitstage eine mehr als 10stündige ununterbrochene Abwesenheit vom Betriebssitz behauptet hat, könnte gegen die Annahme des FG sprechen, der Kläger habe am Betriebssitz des Arbeitgebers seine regelmäßige (feste) Arbeitsstätte besessen.

Sollten die tatsächlichen Feststellungen die Anwendung der Reisekostenpauschbeträge dem Grunde nach rechtfertigen,

wird die Vorinstanz erneut zu prüfen haben, ob die Gewährung der ungekürzten Pauschbeträge im Streitfall zu einer unzutreffenden Besteuerung führt. Dabei wird zu beachten sein, daß der Ansatz der Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen auf Dienstreisen (Abschn. 21 Abs. 5 Nr. 3 LStR) nach der Rechtsprechung des Senats in aller Regel dann zu einer offensichtlich unzutreffenden Besteuerung führt, wenn die Reisetätigkeit eines Arbeitnehmers lediglich in arbeitstäglichen Fahrten innerhalb einer Großstadt (BFH-Urteil vom 20. Dezember 1971 VI R 257/70, BFHE 104, 217, BStBl II 1972, 246) besteht oder sich auf Fahrten nach zum Dienort unmittelbar benachbarten Gemeinden beschränkt (BFH-Urteil VI R 203/72). Das FG wird zu prüfen haben, ob diese Grundsätze bei Verkaufsfahrern nicht auch dann anzuwenden sind, wenn diese arbeitstäglich vom Betriebssitz aus Fahrten nicht nur in unmittelbar benachbarte Gemeinden, sondern in einen weiteren Umkreis vom Betriebssitz aus unternehmen und täglich zu ihrer Wohnung zurückkehren. Dabei dürfte von Bedeutung sein, daß Verkaufsfahrer aufgrund ihrer Reisetätigkeit eher in der Lage sind, von günstigeren Möglichkeiten zur Essenseinnahme Gebrauch zu machen als die große Zahl der übrigen Arbeitnehmer, die an ihren Arbeitsplatz gebunden sind und denen dort – abgesehen von Beschäftigten in Großbetrieben und bei Behörden – regelmäßig keine preisgünstigen Verpflegungsmöglichkeiten geboten werden.

Das BFH-Urteil gibt nach unserer Auffassung wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Frage, in welchen Fällen bei einem täglich zum Betriebssitz zurückkehrenden Berufskraftfahrer eine feste Arbeitsstätte angenommen werden kann. Der BFH stellt hierbei auf die Häufigkeit des Aufenthaltes am Betriebssitz und den Umfang der dortigen Verrichtungen ab, z. B. Lade- oder Lagerarbeiten, Verkaufsabrechnungen oder andere Büroarbeiten wären eines nicht nur ganz unbedeutenden Teils seiner Arbeitszeit am Betriebssitz.

Wie alle Gerichtsurteile gilt auch ein BFH-Urteil nur für den Einzelfall. Auch dieses Urteil enthebt Sie nicht der Entscheidung, ob Sie bezüglich Ihrer Berufskraftfahrer nach dem BFM-Erlaß vom 29. Juni 1979 verfahren wollen (DM 8,– bzw. DM 16,– täglich) oder ob Sie entsprechend der Tätigkeit Ihrer Berufskraftfahrer die normalen Pauschsätze für anwendbar halten. Bedenken Sie im letzteren Falle, daß unter Umständen erhebliche Beträge nachversteuert werden müssen, falls Sie mit Ihren Argumenten nicht durchdringen.

Präsident Braun mit der Helmut-Volz-Medaille geehrt

Als erster wurde der Präsident unseres Landesverbandes und Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, Konsul Senator Walter Braun, mit der von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gestifteten Helmut-Volz-Medaille der technischen Fakultät ausgezeichnet.

Mit dieser Auszeichnung würdigte die Hochschule sowohl die Verdienste Brauns um den Ausbau der Ingenieurwissenschaften als auch seine Bemühungen um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen technischer Fakultät und nordbayerischer Wirtschaft.

Anläßlich der Ehrung von Konsul Senator Walter Braun betonte Universitäts-Vizepräsident Professor Dr. Henning Köbller in bezug auf die neu gegründete technische Fakultät, daß sie diese für die mit Abstand gelungenste Neugründung der letzten zwei Jahrzehnte halten.

Berufsausbildung und -Förderung

Franz Thiemann Träger des Rudolf-Egerer-Preises 1979

Am 17. Oktober 1979 wurde der Rudolf-Egerer-Preis des Bayerischen Handels an Franz Thiemann verliehen. Dieser mit 10.000 DM dotierte Preis wurde im Jahre 1976 gemeinsam von unserem Landesverband, dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels und dem Wirtschaftsverband bayerischer Handelsvertreter und Handelsmakler (CDH) gestiftet. Unser Bildungszentrum des Bayerischen Handels verleiht ihn alle zwei Jahre.

In seiner Begrüßung wies **Erwin O. Maier**, Vorsitzender des Bildungszentrums des Bayerischen Handels, auf die Intention des Preises hin: Mit diesem Preis ehre man Vorbilder, die richtungsweisend für die Arbeit in der beruflichen Bildung seien. Wo die Tendenz sichtbar werde, alles zu reglementieren und damit die Gefahr der Schematisierung und der Praxisferne heraufbeschworen werde, seien diejenigen immer wichtiger, die aus der Praxis ihrer Betriebe und Berufszweige Sachverstand und Initiativen einbrächten, die in der Lage seien, sowohl aus den praktischen Gegebenheiten im einzelnen, wie aus einer Gesamtschau zu urteilen und mitzuarbeiten.

Für die Stifterverbände des Preises sprach Präsident **Hermann Reissinger**, Landesverband des Bayerischen Einzelhandels, (gleichzeitig im Namen unseres Präsidenten **Walter Braun** und Präsident **Kurt Pfeiff**, Wirtschaftsverband bayerischer Handelsvertreter und Handelsmakler (CDH)). Da die Aufgabe des Handels Dienstleistung sei, d.h. persönliche Leistung gegenüber dem Kunden, sei der Mensch in den Handelsbetrieben der wichtigste Erfolgsfaktor. Es verstehe sich deshalb ganz von selbst, daß die Frage der beruflichen Bildung außerordentliche Bedeutung gewonnen habe, daß der Handel ein vitales eigenes Interesse an allen Möglichkeiten haben müsse, die dazu beitrügen, menschliche Fähigkeiten zu erschließen und zu verbessern, damit die Leistungen der Betriebe einen hohen Standard erhielten und hielten. Handelskaufleute müßten flexibel sein, sich ständig anpassen und ständig dazulernen können, denn die Entwicklungen in den Warenbereichen, aber auch in den Kundenwünschen im Wettbewerb hätten sich in den letzten Jahren beschleunigt.

Mehr Flexibilität und Wirklichkeitsnähe in der staatlichen Bildungspolitik hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), **Otto Wolff von Amerongen**, gefordert. Wie die Wirtschaftspolitik, müsse auch die Bildungspolitik, die notwendige Beweglichkeit haben, sich dem ständigen Strukturwandel zu stellen. Ziel der Bildungspolitik müsse es sein, durch Förderung von Qualifikation und Mobilität die Anpassung in der Berufswelt zu erleichtern und zu fördern. Damit unterstütze sie auch den beruflichen Wandel. Dies sei gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung dafür, daß junge Menschen in der Wirtschaft die besten Chancen bekommen.

Wolff warnte vor dem Trugschluß, Bildungsexpansion automatisch mit höherer Qualifikation gleichzusetzen. Es sei doch offenes Geheimnis, daß die Qualität der Abschlüsse an den höher- und hochqualifizierten Bildungseinrichtungen im Zuge der Bildungsexpansion tendenziell gesunken sei. Zumindest die Wirtschaft glaube nicht mehr vorbehaltlos an die hohen Ausbildungsstandards dieser Bildungsbereiche, die Bildungspolitik bedürfe nicht weiterer Anreize zur Expansion, sondern zur Intensivierung. Dem Zwang zu mehr Mobilität und zu mehr Qualifikation werde sich niemand entziehen können. Dieser Zwang sei für die Wirtschaft und Gesellschaft vom dauernden Strukturwandel und vom weltweiten Wettbewerb vorgegeben. Auf diese Zukunftsperspektiven werde sich die Bildungspolitik stärker als bisher einstellen müssen.

In seiner Laudatio würdigte Erwin Otto Maier den Preisträger, **Franz Thiemann**, als einen erfolgreichen Unternehmer des Einzelhandels, der sich in beispielgebender Weise für die Belange seines Berufsstandes eingesetzt habe. Er habe das Engagement eines Unternehmers (als Inhaber des größten Reformhaus-Filialbetriebes in Europa) mit der ehrenamtlichen Arbeit für die Gemeinschaft verbunden. Er habe viele Aufgaben für die berufliche Bildung übernommen, so als Vorsitzender des Bildungspolitischen Beirates der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (bis 1976), als Vertreter des Handels in verschiedenen Spitzengremien, als Vorsitzender des Vorstandes und des Kuratoriums der Reformhausfachakademie oder auf Landesebene im Einzelhandelsverband Niedersachsens und als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Bildungszentrums für den Niedersächsischen Einzelhandel. Aber auch den Fragen und Aufgaben auf der Ebene der Industrie- und Handelskammer und des Landes- und Bundesausschusses nach Berufsbildungsgesetz habe er sich gestellt. Seit einem Jahr sei er Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim.

Seinen Dank stattete der Preisträger **Thiemann**, in Form von Gedanken, die in der heutigen Situation der beruflichen Bildung wichtig sind, ab. Der Wandel, führte er aus, sei eine Herausforderung an das Bildungswesen. Andererseits aber seien einige kritische Fragen an die Bildungspolitik zu richten, denn seit Bildung als Instrument der Politik entdeckt worden sei, habe sie sich mehr und mehr zur Gesellschaftsveränderungspolitik entwickelt. Das Berufsbildungswesen sei hier nicht ausreichend berücksichtigt worden „es ist doch überall zu lesen, daß das Fehlen von Fach-



Preisträger und Namensgeber im Gespräch: Franz Thiemann (l.) und Dr. Rudolf Egerer (r.)

kräften und Anwärtern auf qualifizierte Berufstätigkeiten von mittleren Führungskräften mit Praxis aus einer betrieblichen Ausbildung sich in immer steigenderem Maße bemerkbar macht. Die staatliche Bildungspolitik hat also hier zu extrem falschen Ergebnissen geführt. Was wäre denn aus den starken Jahrgängen geworden, wenn die Wirtschaft nicht die größten Anstrengungen unternommen hätte, um die Fehler auszugleichen und möglichst allen Ausbildungswilligen einen Platz zu bieten?" fragte Thiemann.



Beim anschließenden Empfang: Preisträger Franz Thiemann zwischen Präsident Walter Braun (l.) und Dr. Rudolf Egerer (r.)

Aber auch an die Ausbildung im Betrieb müßten Forderungen gestellt werden. Sie müsse so verbessert werden, „daß der junge Mensch in einer einheitlichen Lebenssituation eine echte Lebensgrundlage findet“.

Im Schlußwort äußerte sich **Joachim-Hans Kuster**, stellvertretender Vorsitzender des Bildungszentrums und bildungspolitischer Sprecher unseres LGA, zu dem heute sehr aktuellen Problem der Ausbildung der Mädchen. Auch für die Weiterbildung gelte das Gebot des Praxisbezugs. Deshalb dürfe auf die Pluralität der Träger, die die notwendige Differenzierung des Weiterbildungssektors widerspiegeln, nicht verzichtet werden.

Erhebung über das voraussichtliche Ausbildungsplatzangebot 1980

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit hat in seiner Sitzung am 21. Juni 1979 – gegen die Stimmen der Arbeitgeber – beschlossen, daß auch für das Jahr 1980 eine bundesweite, auf freiwilliger Basis beruhende Befragung ausbildungsberechtigter Betriebe über das voraussichtliche Ausbildungsplatzangebot durchgeführt werden soll.

Die Arbeitgebergruppe hat sich in den Beratungen unter ausdrücklicher Betonung ihrer Übereinstimmung mit dem Ziel, auch für 1980 alle Möglichkeiten zur Verstärkung und Nutzung des Ausbildungsplatzangebots auszuschöpfen, gegen eine Wiederholung der Erhebung ausgesprochen.

Nachdem der Verwaltungsrat die Erhebung aber trotz der erwähnten Bedenken beschlossen hat, bitten wir die bereits angelaufene Befragungsaktion durch alsbaldige Rücksendung der Befragungskarten zu unterstützen.

LGA-Stenogramm Oktober 1979

- 3. 10.**
Sitzung des Ausschusses für Berufsbildung im LGA
- 4. 10.**
Arbeitsgerichtstag, Schweinfurt
Mitgliederversammlung der Landesvereinigung des Bayerischen Lebensmittelgroßhandels, Grafenau
- 4./5. 10.**
Verbandstag des Großhandelszentralverbandes für Spielwaren und Geschenkartikel, Bad Kissingen
- 10. 10.**
Arbeitskreis Recht der VAB, Nürnberg
- 11. 10.**
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel
- 12. 10.**
Einweihungsfeier Fa. Voit, München
- 12./13. 10.**
Jahresmitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Farben-Großhandels, München
- 15. 10.**
Mitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bonn
- 17. 10.**
Verleihung des „Rudolf-Egerer-Preises“, München
- 18. 10.**
Vorstands- und Präsidialsitzung des DIHT in München
Erfraggruppe Textil, Dasing
- 18./19. 10.**
Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des BGA, Boppard
- 19. 10.**
Öffentliche Mitgliederversammlung des DIHT, München
Sitzung FZ Feuerwehrbedarf, Nürnberg
- 22. 10.**
Besprechung mit dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Bonn
Arbeitskreis Außensteuerrecht, Bonn
- 23. 10.**
Informationsgespräch mit dem Ifo-Institut
- 25. 10.**
Sitzung des LGA-Vorstandes und Geburtstagsfeier zum 50-Jährigen unseres zweiten Vizepräsidenten, Herrn Helmut Hartmann, Augsburg
- 25./26. 10.**
Tagung der Europäischen Föderation der Spielwarengroß- und Außenhandelsverbände in Brüssel
FIW-Kartellrechts-Seminar, Köln
- 29./30. 10.**
Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaft der Exporteurvereine in Nürnberg

Rationalisierung

Rationalisierungsmöglichkeiten im Fuhrpark des Großhandels

von Dipl.-Volkswirt Wolfgang Haas, Mannheim

Die rasche und reibungslose Versorgung unserer Wirtschaft mit Gütern aller Art wäre ohne den Großhandel nicht denkbar. Das zeigt sich allein schon an der enormen Transportleistung, die der Großhandel mit seinem Fuhrpark bewältigt.

Im vergangenen Jahr haben die Fahrzeuge des Großhandels in der Bundesrepublik schätzungsweise Waren im Wert von rd. 350 Mrd. DM ausgeliefert, dies sind ca. $\frac{2}{3}$ des vom Großhandel insgesamt getätigten Umsatzes.

In Zukunft wird dieser Anteil eher noch zunehmen, wie eine Strukturanalyse des Groß- und Außenhandelsverbandes Baden-Württemberg festgestellt hat, so daß nur die wenigsten Großhandelsbranchen bzw. -betriebe ohne einen mehr oder weniger großen eigenen Fuhrpark auskommen können.

Bereits heute umfaßt der Fuhrpark eines Großhandelsbetriebs im Durchschnitt 10 LKW und 9 PKW, wobei natürlich branchenmäßig starke Unterschiede bestehen. Diese Zahl macht jedoch deutlich, daß Aufbau und Unterhaltung eines eigenen Fuhrparks einen erheblichen Kapitaleinsatz erfordern und – zählt man Abschreibungen und Personalaufwendungen hinzu – hohe Kosten verursachen, die im Einzelfall bis zu 50% der Gesamtkosten eines Großhandelsunternehmens ausmachen können. Gemessen an Kapitaleinsatz und Kostenverursachung und ganz im Gegensatz zu seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung spielt der Fuhrpark in den meisten Großhandelsbetrieben in puncto Steuerung und Kontrolle jedoch eine untergeordnete Rolle. Nicht klar festgelegte Kompetenzen und Verantwortungen und eine mangelhafte Übersicht über das, was im Fuhrpark geschieht, verhindern vielfach, daß diesem Bereich innerhalb der Unternehmensorganisation die Bedeutung zukommt, die ihm eigentlich zusteht.

Was bei Betriebsberatungen immer wieder festgestellt wurde, hat jetzt eine Untersuchung des Groß- und Außenhandelsverbandes Baden-Württemberg zum Thema: „Möglichkeiten der Leistungssteigerung und Kostensenkung im Fuhrpark des Großhandels“ bestätigt: Im Fuhrparkbereich besteht noch häufig ein erhebliches, bisher nicht ausgeschöpftes Rationalisierungspotential, dessen Ausnützung künftig immer vorrangiger wird, denn Großzügigkeit und Improvisation kann sich angesichts ständig steigender Kosten auch im Fuhrpark auf Dauer kein Betrieb leisten. Nicht zuletzt die gegenwärtige Energieverteuerung zwingt dazu, sich mehr als bisher mit dem Fuhrpark zu beschäftigen.

Die nachfolgende Darstellung basiert auf den Ergebnissen der genannten Fuhrparkuntersuchung des Groß- und Außenhandelsverbandes Baden-Württemberg. Die im Text genannten Zahlen entstammen, soweit nicht besonders vermerkt, dieser Untersuchung.*)

Voraussetzung für jede Rationalisierungsmaßnahme im Fuhrpark sind klare und eindeutige Informationen darüber, in welcher Zeit welche Leistungen zu welchen Kosten erbracht werden. Diese Informationen lassen sich in vielen Fällen ohne großen zusätzlichen Aufwand beschaffen, denn als Grundlage können im Unternehmen ohnehin schon vorhandene Aufzeichnungen dienen.

Sie müssen nur verstärkt unter dem Gesichtspunkt „Was geschieht im Fuhrpark“ gesehen und ausgewertet werden!

Die zeitliche Auslastung des Fuhrparks

Aufschluß über die zeitliche Auslastung der einzelnen Fahrzeuge gewinnt man am besten durch die Verwendung von Fahrtschreibern und die Auswertung der Diagrammscheiben.

Leider erfolgt der Einbau von Fahrtschreibern noch überwiegend, um gesetzliche Vorschriften zu erfüllen und weniger, um gezielt die Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks steuern zu können.

Dies zeigt sich daran, daß kleinere LKW (unter 3,5 to Nutzlast) bei denen der Einbau noch nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, zu mehr als der Hälfte nicht mit Fahrtschreibern ausgestattet sind. Selbst dann, wenn Fahrtschreiber vorhanden sind, werden die Diagrammscheiben nur in den seltensten Fällen regelmäßig und vor allem vollständig ausgewertet.

Wesentliche, auf unwirtschaftlichen Fahrzeugeinsatz hinweisende Kontrollkriterien bleiben damit unbeachtet, wie folgende Beispiele zeigen:

Aus den Diagrammscheiben läßt sich die zeitliche Auslastung der Fahrzeuge als Verhältnis zwischen möglicher (normale Arbeitszeit) und effektiv erreichter Einsatzzeit ermitteln. Wird gleichmäßig von allen Fahrzeugen eine bei ca. 85% oder darüber liegende Auslastung erreicht, so ist dies positiv zu beurteilen.

Zeigen sich jedoch Unregelmäßigkeiten und/oder starke Unterschreitungen dieses Wertes, liegen ungenutzte Kapazitäten und damit unvertretbare Fixkosten vor. Durch eine verbesserte Tourenplanung können in solchen Fällen oftmals Fahrzeuge eingespart werden.

Obwohl die Kenntnis der zeitlichen Auslastung der Fahrzeuge also sehr wichtig wäre, ermitteln von den Betrieben, die überhaupt Diagrammscheiben auswerten, nur 45% diesen Wert.

Auch überhöhte Standzeiten der Fahrzeuge blockieren Fuhrparkkapazitäten, was nichts anderes heißt, als daß zu hohe fixe Sach- und Personalkosten anfallen.

Geht man davon aus, daß eine Stunde Standzeit bis zu DM 25,- kostet, so sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um den Anteil der Standzeiten zu verkürzen.

Bislang überwachen erst 60% der Diagrammscheiben-auswertenden Betriebe die Standzeiten bei den Kunden und lediglich 37% die Standzeiten im eigenen Betrieb, so daß kostenverursachende Zeitverluste nicht erkannt und folglich auch nicht beeinflußt werden können.

Gerade den Standzeiten im eigenen Betrieb sollte besondere Beachtung geschenkt werden, denn in 43% aller Betriebe vergehen zwischen Arbeitsbeginn des Fahrpersonals und Verlassen des Betriebsgeländes zur ersten Tagestour teilweise weit mehr als 1 Stunde. Dies sind Zeitverluste, die im Tagesablauf nicht mehr ausgeglichen werden können und die sich negativ auf Umsatz und Kosten des Betriebs auswirken.

Die Auslieferungsleistung des Fuhrparks

Auch für die Leistungsbeurteilung des Fuhrparks eignen sich teilweise die aus den Diagrammscheiben zu gewinnenden Daten

als Basismaterial, so z.B. die ausgewiesenen Fahrkilometer und das Verhältnis zwischen Fahrtzeit und Standzeit. Speziell diese Relation liefert wichtige Hinweise auf die Leistung der Fahrer und die Beschaffenheit der Touren, doch nur $\frac{1}{3}$ der Betriebe kennt das Verhältnis zwischen Fahrt- und Standzeit ihrer Fahrzeuge.

Neben den Diagrammscheiben lassen sich weitere Leistungskriterien aus den Tourenbegleit- bzw. Lieferscheinen entnehmen, wie z.B. Zahl der belieferten Kunden, ausgelieferte Mengen etc. Eine Analyse der so gewonnenen Leistungsdaten gibt Aufschluß über vorhandene Schwachstellen, die im einzelnen folgende Ursachen haben können:

1. Falsch ausgelegte Fuhrparkkapazität

Eine der größten Verlustquellen des Fuhrparks ist eine zu große Fuhrparkkapazität, so daß nur eine mangelhafte Fahrzeugauslastung erreicht wird, dafür aber Leerkosten (im eigentlichen Sinn des Wortes) entstehen. Vielfach wird die bestehende Kluft zwischen vorhandener und genutzter Fahrzeugkapazität mit optimistischen Umsatzerwartungen und „übertriebenem“ Kundenservice begründet, doch die Auswirkungen solchen Denken und Handelns zeigen sich meist schnell in der Gewinn- und Verlustrechnung. Allen Betrieben mit einer niedrigen Fahrzeugauslastung ist zu empfehlen, sämtliche Möglichkeiten einer besseren Kapazitätsnutzung zu prüfen wie z.B.: Überarbeitung der Tourenplanung, Einsatz von Spediteuren in Spitzenbelastungszeiten, Belieferung entfernter Kunden durch Spediteure und/oder durch Post und Bahn sowie gezielte Wahl der optimalen Fahrzeuggrößen bei Ersatz- und Neuinvestitionen.

2. Mangelhafter Arbeitseinsatz der Fahrer

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität des Fahrpersonals ist gleichbedeutend mit der besseren Ausnutzung der Fuhrparkkapazität. Deshalb verdient auch dieser Punkt besondere Beachtung.

Da die Arbeitsleistung allgemein abhängt von der Leistungsfähigkeit, der Leistungsbereitschaft und den Leistungsbedingungen, gilt es, gezielt diese Faktoren zu beeinflussen. So läßt sich beispielsweise die Leistungsfähigkeit durch inner- und/oder überbetriebliche Schulungen erhöhen und die Leistungsbedingungen können wesentlich durch Prämienanreize, etwa in Form einer Prämie zur Verkürzung der Be- und Entladezeiten (Standzeitprämie) verbessert werden. Hierauf wird bei der Erörterung der Fuhrparkkosten noch näher eingegangen.

3. Unzulängliche Organisation der Warenbereitstellung und -beladung

Oftmals werden von den Fahrern Aufgaben wahrgenommen, die wesentlich wirtschaftlicher vom Lagerpersonal erledigt werden könnten. Dies gilt vor allem für das Zusammenstellen der Kommissionen zu Touren aber auch für das Beladen der Fahrzeuge. Werden diese Arbeiten vom Fahrer ausgeführt, fallen neben dessen Personalkosten noch (unnötige) Kosten für das stehende Fahrzeug an. Um die Hofstandzeiten zu verkürzen, sollte deshalb das Lagerpersonal mindestens zum Beladen miteingesetzt werden. Auch durch tourengerechte Bereitstellung der auszuliefernden Ware auf markierten Bereitstellungsflächen – was bislang in knapp der Hälfte der Betriebe praktiziert wird – lassen sich die Hofstandzeiten wesentlich senken.

Dort, wo die tourengerecht geordnete Warenbereitstellung mangels ausreichender Lagerfläche nicht möglich ist, kann schon durch die einfachste Vorbereitung (Abstellen der Ware nach Kundenfolge, von vorne lesbare Artikel- und Kommissionsnummern usw.) der Beladevorgang beschleunigt werden.

Schließlich ist zu prüfen, ob nicht durch Vorladen der Fahrzeuge nach der letzten Tour und/oder einen gestaffelten Arbeitsbeginn von Fahr- und Lagerpersonal Wartezeiten abzubauen sind.

4. Fehlender bzw. unzureichender Einsatz von Be- und Entladehilfsmitteln

In vielen Großhandelsbetrieben wird noch immer auf Ladehilfen wie z.B. Ladebordwand, Palette, Rollbehälter oder Wechselfpritsche verzichtet, obwohl die Verwendung von der Waren- und Kommissionsbeschaffenheit her ohne weiteres möglich wäre. Am weitesten verbreitet ist die Ladebordwand, die in rd. einem Drittel der LKW zum Einsatz kommt, während Wechselfpritschen, mit denen bei geeigneten Voraussetzungen enorme Standzeitverkürzungen erreicht werden können, bislang nur in den seltensten Fällen verwendet werden.

Hier lassen sich mit Sicherheit noch Rationalisierungsreserven mobilisieren, ebenso wie in den Betrieben, die noch mit Paletten ausliefern, obwohl auch der Einsatz von Ladebordwand und Rollbehältern möglich wäre.

5. Erschwerte Abladebedingungen bei den Kunden

Dieser Punkt dürfte am schwierigsten zu beeinflussen sein, weshalb er jedoch nicht unbeachtet bleiben darf. Auch wenn es kein Patentrezept gibt, sollte gemeinsam mit den betreffenden Kunden nach Möglichkeiten gesucht werden, um die Entladestandzeit der Fahrzeuge zu verringern.

Kosten des Fuhrparks

Ziel jeder Verbesserungsmaßnahme im Fuhrpark muß es sein, die bisherigen Kosten zu senken, ohne den vorhandenen Servicegrad zu verschlechtern.

Dieses Ziel läßt sich jedoch nur erreichen, wenn den Verantwortlichen bekannt ist, welche Kosten im Fuhrpark anfallen und wovon sie abhängen.

Leider sind sich zu viele Chefs und Fuhrparkleiter (falls es einen solchen überhaupt gibt) über die Art und Höhe der im Fuhrpark anfallenden Kosten nicht im klaren und unterschätzen deshalb die Bedeutung von Rationalisierungsmaßnahmen gerade in diesem Bereich.

So beziehen beispielsweise ein Drittel der Betriebe die Abschreibungen und die Hälfte der Unternehmen die Fahrerlöhne nicht in die Fuhrparkkosten ein – diese gehen vielmehr in den Sammelkonten „Abschreibungen“ und „Personalkosten“ unter – obwohl die Kosten für Fahrer und evtl. Beifahrer sowie die Abschreibungen mit zusammen rd. 75% den größten Anteil an den Fuhrparkkosten stellen.

Auch die laufende Überwachung der Fuhrparkkosten – eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Erkennen von Schwachstellen – liegt bei vielen Betrieben im Argen. Um frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren und Verlustquellen baldmöglichst ausschalten zu können, sollten die Fuhrparkkosten nach Kostenarten und für jedes Fahrzeug getrennt monatlich, zumindest aber vierteljährlich ermittelt werden. In den meisten Betrieben ist diese Forderung noch nicht vollständig realisiert. Wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Anteil die einzelnen Kostenarten-Gruppen an den Gesamtkosten des Fuhrparks haben, dann wird deutlich, daß bei der Einleitung von Rationalisierungsmaßnahmen die Personalkosten im Vordergrund stehen müssen, und daß bei den Sachkosten die fixen Kosten wesentlich bedeutender sind als die variablen Kosten.

Möglichkeiten zur Reduzierung der fixen Kosten

Eine Reduzierung der Fixkosten läßt sich im wesentlichen durch die Einsparung von Fahrzeugen oder – damit gleichbedeutend – durch eine bessere Auslastung vorhandener Fahrzeuge erreichen. Folgende Maßnahmen bieten sich hierzu an:

1. Verkürzung der Standzeiten der Fahrzeuge

Auf die Notwendigkeit, die Fahrzeug-Standzeiten so kurz wie möglich zu halten, wurde bereits hingewiesen. Wie wichtig dies ist, zeigen auch die Ergebnisse einer im Großhandel vor einiger Zeit durchgeführten Erhebung, wonach im Durchschnitt der Fuhrpark nur ca. ein Viertel der gesamten Zeit im rollenden Einsatz ist, während der überwiegende Zeitanteil sich aus (unproduktiven) Stillstandszeiten zusammensetzt.

In den meisten Betrieben sind die Fahrer an einer Verkürzung der Standzeiten nicht sonderlich interessiert, da ihr Einkommen in keiner Weise hiervon beeinflusst wird. Im Gegenteil, es besteht sogar oftmals die Auffassung: „Komme ich zu früh von der Tour zurück, muß ich möglicherweise nochmals fahren oder gar andere Arbeiten verrichten!“

Dieser Einstellung kann man dadurch begegnen, daß man von den Fahrern für das Be- und Entladen Normalleistungen verlangt und bei besseren Ergebnissen die eingesparten Zeiten prämiiert. Der Einführung einer solchen „Standzeitprämie“ stehen bei richtiger Konzeption keine gesetzlichen Hindernisse entgegen. Trotzdem nutzt diese Möglichkeit bislang gerade 1% der Betriebe.

2. Optimale Tourenplanung

Die Tourenplanung ist das wichtigste Instrument der Fuhrparkorganisation, da sie die Grundlage jeder rationalen Waren- auslieferung bildet. Wenn sich irgendwo Generalstabsarbeit lohnt, dann hier.

Zu oft wird in der Praxis jedoch noch nach wechselndem Bedarf ausgeliefert, obwohl es – von wenigen Branchen abgesehen – prinzipiell möglich wäre, nach festen Tourenplänen zu fahren. Man darf vermuten, daß in diesen Fällen entweder die Rationalisierungsmöglichkeiten einer konsequenten Tourenplanung nicht bekannt sind oder aber dem Kundenservice absoluter Vorrang eingeräumt wird. Bei aller Bedeutung der Servicepolitik im Großhandel darf nicht übersehen werden, daß die zu weitgehende Erfüllung von Terminwünschen der Kunden die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens ernsthaft gefährden kann, weil dafür zu hohe Fuhrparkkosten hingenommen werden müssen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Auslastung des Fuhrparks besteht darin, die Kunden möglichst an feste Anliefertermine und damit an rechtzeitige Bestellungen zu gewöhnen, was natürlich nur bei entsprechender Koordination mit der Verkaufsabteilung möglich ist.

Leider läßt die Tourenplanung auch in den Betrieben, in denen sie durchgeführt wird, meistens noch zu wünschen übrig. Der beste Tourenplan nützt nämlich nichts, wenn er auf mangelhaften Daten beruht oder nicht konsequent genug durchgeführt wird.

Überall dort, wo der für den Tourenplan Verantwortliche die Lage der einzelnen Kunden im Kopf hat und frei disponiert – was bei schätzungsweise 60% der Betriebe der Fall ist – oder den Tourenplan auf Erfahrungswerten über erforderliche Tourenzeiten aufbaut – dies trifft sogar für 80% der Betriebe zu – sind die Rationalisierungsmöglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Die beste Möglichkeit zur Informationsgewinnung bieten Mitfahrstudien, weil dadurch die genauesten Aussagen über Fahrt- und Standzeiten zu erhalten und gleichzeitig die Fahrt- sowie Be- und Entladebedingungen zu erkennen sind. Auch die Diagrammscheibe stellt ein hervorragendes und außerdem billiges Mittel zur Gewinnung von Planungsdaten dar. Schließlich erfordert eine ordentliche Tourenplanung die Analyse des Auslieferungsgebiets anhand einer Landkarte, auf der die Anlieferungsstellen markiert sind.

3. Überlegungen, ob bei Spitzenbelastungen die Fremdauslieferung kostengünstiger ist

„Ein Fuhrpark, in dem Überstunden gemacht werden, ist ein billiger Fuhrpark“, nach diesem Grundsatz scheinen die meisten Betriebe zu verfahren, denn gut zwei Drittel der Unternehmen bewältigen Spitzenbelastungen durch Überstunden im eigenen Fuhrpark, der Rest setzt hierfür – ganz oder teilweise – Spediteure ein. Dieser Grundsatz ist jedoch nicht unbedingt richtig. Vielmehr können sich im Einzelfall rechtzeitig vorgenommene Erweiterungsinvestitionen sowohl unter Kosten- als auch unter Servicegesichtspunkten als weitaus günstiger erweisen, insbesondere dann, wenn auch außerhalb der Spitzenbelastungen regelmäßig mit Überstunden gearbeitet wird. Auf der anderen Seite wäre es ebenso verkehrt, die Fuhrparkkapazität auf die maximale Auslieferungsanforderung hin auszurichten, vor allem, wenn die Kapazität nur für wenige Monate des Jahres erforderlich ist. Hier sollte vor entsprechenden Entscheidungen auf jeden Fall ein Kostenvergleich stehen, der in vielen Fällen bei Auslieferungsgespässen zugunsten des Einsatzes von Spediteuren sprechen dürfte.

Möglichkeiten zur Beeinflussung der Abschreibungen

Um die Höhe der (kalkulatorischen) Abschreibungen in den Griff zu bekommen, ist es vor allem wichtig, den richtigen Zeitpunkt für Ersatz- und Erweiterungsinvestition zu finden. Bei Ersatzinvestitionen ist dies am besten über eine Kostenvergleichsrechnung möglich – die bislang knapp die Hälfte der Betriebe praktiziert – während Erweiterungsinvestitionen erst dann erfolgen sollten, wenn die vorhandenen Fahrzeuge optimal ausgelastet sind. Im Durchschnitt dient bei 40% der Betriebe jedoch nicht die Überschreitung der optimalen Auslastung als Entscheidungsgrundlage für Erweiterungsinvestitionen, sondern eine positive Umsatzentwicklung – ein unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten äußerst fragwürdiges Kriterium. Vor Anschaffung eines zusätzlichen Fahrzeugs sollte nämlich erst geprüft werden, ob der Umsatzzuwachs nicht durch Verkürzung der Standzeiten, Überarbeitung der Tourenplanung und bessere Kapazitätsnutzung abzufangen ist und damit der Anschaffungszeitpunkt hinausgeschoben werden kann.

Auch ist zu überlegen, ob man nicht bei voller Auslastung des eigenen Fuhrparks solange Spediteure einsetzt, bis sich ein weiteres Fahrzeug überhaupt wirtschaftlich lohnt.

Schließlich spielen die Wahl des richtigen Fahrzeugtyps und nicht zuletzt eine Verlängerung der Nutzungsdauer der Fahrzeuge durch pflegliche Behandlung und wirtschaftliche Fahrweise für die Höhe der Abschreibungen eine Rolle.

Möglichkeiten zur Senkung der variablen Kosten

Die variablen Kosten des Fuhrparks lassen sich vor allem durch Schulung und Training der Fahrer zu einer wirtschaftlichen Fahrweise senken.

Unwirtschaftliche Fahrweise wirkt sich nämlich über den Treibstoffverbrauch sowie über erhöhten Reifen-, Motoren- und Bremsenverschleiß nachteilig auf die variablen Kosten aus. Die Kostenauswirkung ist umso größer, je höher der Fahrzeitanteil an der Gesamteinsatzzeit des Fahrzeugs ist. Deshalb läßt sich insbesondere bei Touren mit überdurchschnittlich langen Fahrtstrecken durch kostenbewußte Fahrweise viel einsparen.

Trotz dieser Tatsache führt über die Hälfte der Betriebe für die Fahrer keinerlei Schulungsmaßnahmen durch. Man sollte bei Schulungen also nicht immer nur an die Außendienstmitarbeiter denken sondern auch an die Fahrer, denn hier lassen sich mit Sicherheit ohne nennenswerte Investitionen noch Verbesserungen erzielen. Zu bedenken ist auch, daß gemeinsame Fahrerbespre-

chungen geeignet sind, die meist etwas außerhalb der Betriebsgemeinschaft stehenden Fahrer stärker zu integrieren. Schließlich kommen bei derartigen Besprechungen vom Fahrpersonal oftmals Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten, die sonst nicht erkannt würden.

Schulungen und Besprechungen reichen jedoch meistens nicht aus, um das volle Interesse der Fahrer an der Wirtschaftlichkeit des Fuhrparks zu wecken, so daß noch finanzielle Anreize in Form von Prämien hinzukommen müssen.

Trotz gesetzlicher Einschränkungen durch das Fahrpersonalgesetz gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um das Fahrpersonal auch materiell zu motivieren, z.B. durch Unfallfreiheitsprämien – die mit 14% in der Praxis am häufigsten vorkommen, durch Reifenprämien, Prämien für wirtschaftliche Fahrweise (diese läßt sich bei einiger Übung sehr leicht aus der Diagrammscheibe direkt ablesen) und durch die bereits genannte Standzeitprämie.

Gut dreiviertel aller Großhandelsbetriebe bieten ihren Fahrern bislang jedoch keinerlei Prämienanreize! Dies ist z.T. darauf zurückzuführen, daß der erreichbare Einfluß auf das Arbeitsverhalten nicht hoch genug eingeschätzt wird, aber auch darauf, daß das Wissen um die Möglichkeiten einfach fehlt.

Möglichkeiten zur Senkung der Personalkosten

Außer der Reduzierung von Personalkosten, die sich als Folge einer Einsparung von Fahrzeugen in der Regel ergibt, können Personalkosten im Fuhrparkbereich dadurch gesenkt werden, daß Beifahrer abgebaut und nur noch in den Fällen eingesetzt werden, wo dies Kommissions- und kundenbedingt unumgänglich ist.

Obwohl es in nahezu allen Branchen Fuhrparks gibt, die überhaupt keine Beifahrer mehr haben oder sie nur fallweise mitschicken, werden in 10% aller Betriebe immer noch Beifahrer fest eingesetzt.

Wenn man davon ausgeht, daß die Arbeitszeit in den Fuhrparks des Großhandels teilweise bis zu 50% aus reiner Fahrtzeit besteht, in der die Beifahrer keinerlei Arbeitsleistung erbringen können, dann sollte alles getan werden, um nur in wirklich unvermeidbaren Fällen Kostenbelastungen durch Beifahrer auf sich nehmen zu müssen.

Schließlich sollte man bei nicht zu vermeidenden Standzeiten der Fahrzeuge im eigenen Betrieb versuchen, durch flexible Planung von Arbeitszeit und Arbeitseinsatz der Fahrer diese auch anderweitig im Betrieb einzusetzen, z.B. im Lager.

Resümee

In diesem Beitrag konnten die am häufigsten im Fuhrparkbereich anzutreffenden Schwachstellen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung nur kurz umrissen werden. Dem Leser dürfte jedoch klar geworden sein, daß der Fuhrpark einen bedeutenden Kostenfaktor in jedem Großhandelsbetrieb darstellt, für den es sich lohnt, alle vorhandenen Rationalisierungsreserven auszuschöpfen. Da natürlich nicht alle erkannten Verbesserungsmöglichkeiten von heute auf morgen in die Tat umgesetzt werden können, empfiehlt es sich, schrittweise vorzugehen, wobei man versuchen sollte, zuerst die zeitliche Auslastung, dann die Auslieferungsleistungen und schließlich die Kosten direkt in den Griff zu bekommen.

Vor allem ist dafür zu sorgen, daß der Fuhrpark nicht länger organisatorisch „im Abseits“ steht, d.h.

- 1) der Fuhrpark muß in der betrieblichen Hierarchie gleichberechtigt neben Einkauf, Verkauf, Lager und Verwaltung stehen;

- 2) die Verantwortung für den Fuhrpark sollte – soweit sie in Kleinbetrieben nicht bei der Geschäftsleitung direkt liegt – einem kompetenten Fachmann übertragen werden, der zu organisieren, planen und kontrollieren versteht;
- 3) die Fuhrparkorganisation sollte in regelmäßigen Abständen kritisch überprüft werden, wobei es sich u.U. empfiehlt, einen externen Berater hinzuzuziehen.

* Der Untersuchungsbericht kann gegen eine Schutzgebühr von DM 18,- bezogen werden vom Groß- und Außenhandelsverband Baden-Württemberg, Postfach 1180, 6800 Mannheim.

Konjunktur und Marktentwicklung

BGA zum Herbstgutachten: Kein Anlaß für Pessimismus

Nicht als Schwarzmalerei, sondern als den Versuch einer realistischen Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung hat der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V. (BGA) die Auffassung der Forschungsinstitute gewertet. Auch wenn es im kommenden Jahr zu einer vorübergehenden Abschwächung kommen sollte, sei ein kurzfristiges staatliches Gegensteuern nicht erforderlich. Der BGA teilt die Meinung der Gutachter, daß die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vorangetrieben werden müsse und maßvollen lohnpolitischen Entscheidungen in den kommenden Monaten ein besonderer Stellenwert zukomme.

Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel

Islam – Grundzüge der Staats- und Wirtschaftstheorie

Der Sieg der islamischen Revolution im Iran hat die Aufmerksamkeit der Welt mehr als je zuvor auf den Islam und seine Wiederbelebung, welche in den letzten Jahren stärker denn je in Erscheinung getreten ist, gelenkt. Die jüngsten Ereignisse im Iran haben auch Unruhe und Unsicherheit bei den Wirtschaftspartnern des Iran hervorgerufen. Es wird die Frage gestellt, ob die Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung des Islam ein Hemmnis für die Zusammenarbeit der islamischen Staaten und westlichen Industrienationen sein kann.

Um die Staats- und Wirtschaftsauffassung des Islam verstehen zu können, ist es erforderlich, Einblick in die islamische Theologie zu nehmen. Denn der dort vertretene abstrakte Gottesbegriff, das Menschenbild sowie die Zeit- und Geschichtserfahrung im Islam bilden die Grundlage jedweden Verständnisses der hier interessierenden Fragen.

Der Islam, die jüngste der drei monotheistischen Hochreligionen, ist im Aufbruch begriffen, er erlebt derzeit eine erstaunliche Renaissance. Einer neueren Religionsstatistik zur Folge bekennen sich heute rd. 650 Mio. Bewohner unseres Planeten zu der Religion, zu der Mohammad Kasim Ibn Abd'Allah im Jahre 610 nach Chr. aufrief und die er Islam nannte – auf Geheiß Gottes, wie der Koran der Nachwelt überliefert. Islam heißt: Sich Gott hingeben, sein ganzes Selbst Gott anheimstellen, heißt Frieden und Rettung. Islam bedeutet aber auch das Praktizieren der Vorschriften und Gebote und deutet somit ein äußeres Bekenntnis der Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft der muslimen an, d.h., derer, die dieser Gemeinschaft auch innerlich zugehörig sind.

Da der Islam nicht wie das Christentum um eine Person entstand, sondern um ein Buch, besitzt er auch keinen Ausgangspunkt, sich als Kirche zu konstituieren. Gewisse Ähnlichkeiten mit kirchlichen Einrichtungen sind daher nur scheinbar. Da der Islam also keine Kirche ist, kennt er auch keine Geistlichkeit oder Hierarchie, wie immer sie auch geartet sein mag. Der Islam kennt daher auch nicht die im Christentum üblichen Teilbereiche „Kirche und Welt“. Die Gemeinschaft der Gläubigen ist identisch mit dem Staatsvolk. Bürger, die nicht den Islam bekennen, sind bei aller Gleichberechtigung „Bürger anderer Qualität“. Das jeweilige Staatsoberhaupt ist als „Rai'is“ gleichzeitig Imam des in den jeweiligen Grenzen lebenden Staatsvolkes, das den Islam bekennt. Der Islam ist *din wa dawla*, d. h. Religion und Regierung, Gesetz und Politik. Die islamische Gemeinde findet ihre Einigkeit in ihrer Universalität, in dem klaren Bewußtsein eines geographischen Mittelpunktes – der Ka'ba zu Mekka.

Mohammad's Vermächtnis an seine Gemeinde ist der Koran, der ihm nach der Überlieferung im Verlauf von 23 Jahren Stück für Stück offenbart worden ist. Die Heilige Schrift des Islams vermittelt in 114 Kapiteln (Suras) ein das ganze Leben der Moslems umfassendes Gefüge religiöser Lehren, gesellschaftlicher Ordnungen und politischer Bindungen. Der Koran ist das Abbild einer ewigen, übergeschichtlichen Urschrift der Offenbarung, die – so der Glaube der Moslems – bei Gott aufbewahrt wird.

Der islamische Glaube ist auf eine relativ einfache Formel zu bringen, da er, wie im Koran nachzulesen ist, im wesentlichen durch fünf Grundsätze geprägt ist: Glaube an die Einheit Gottes, täglich 5 Gebete, Fasten im Monat Ramadhan, Mildtätigkeit in Form der Zakat sowie die Pilgerfahrt nach Mekka.

Die islamische Staatstheorie

Vor diesem Hintergrund muß man auch die islamische Staatstheorie sehen. Es erscheint dem westlichen Beobachter als zumindest sehr eigenartig, wenn Geistliche zu einer Revolution aufrufen, die Grundzüge der Politik bestimmen wollen oder sich gar als Politiker direkt am politischen Alltag beteiligen. Denn gerade in der christlich-abendländischen Welt gilt es doch als gesellschaftspolitischer Fortschritt, den Trennungsstrich zwischen Kirche und Staat ein für allemal gezogen zu haben. Auch die Kirchen erheben dagegen keinen Einspruch. In der islamischen Welt dagegen stellt sich die Frage nach Trennung von Religion (eine Kirche als Organisationsform wie bei den Christen gibt es ja im Islam nicht) und Staat erst gar nicht. Für die islamische Gesellschaft bedeutet die Trennung von Religion und Staat, von Religion und Politik sogar einen gesellschaftspolitischen Rückschritt – den Verfall. Denn wie wir gesehen haben, bedeutet Islam die Unterwerfung des Menschen unter den Willen und das Gesetz Gottes.

Zu den Gottesgesetzen gehören sowohl die Naturgesetze als auch und im besonderen die Regeln und Gesetze, nach denen der einzelne Gläubige sein Leben in einem sinnerfüllten Einklang mit der gesamten Schöpfung gestalten kann sowie die gesellschaftspolitischen Normen, wie sie mittels Verbalinspirationen den Propheten – von Adam bis Mohammed – von Gott offenbart wurden. Der gläubige Moslem sieht seine vollkommenen Entfaltungsmöglichkeiten nur in einer staatlichen Gemeinschaft, welche eben nach diesen Gottesgesetzen regiert wird. Die Sehnsucht der Moslems nach einer islamischen staatlichen Ordnung ist einer der wichtigsten politischen Faktoren, die bei der Beurteilung der politischen Entwicklung in den Ländern der sog. islamischen Welt höchste Beachtung finden sollte. Ein mächtiger Impuls für die Besinnung auf den Islam ist die Suche nach Identität und Würde. Die Folgerung aus diesem Glauben ist die Errichtung eines Gottesstaates. Dabei gibt es hinsichtlich eines islamischen theokratischen Staates im wesentlichen zwei Meinungen, nämlich eine sunnitische und eine schiitische.

Die sunnitische Auffassung sagt, daß aus den Reihen der Moslems durch Wahl der Beste und Würdigste bestimmt wird, der auf Lebenszeit Kalif der islamischen Welt ist. Er hat vergleichbar größere Kompetenzen als der Präsident der USA. Er ernennt die Minister. Ihm zur Seite steht eine beratende Versammlung integerer Gelehrter, die den Kalifen auch absetzen können, sobald er gegen die islamischen Prinzipien verstößt. Das Kalifat ist demnach nichts anderes als eine Verwaltung der islamischen Gemeinde.

Demgegenüber soll nach Auffassung der Schiiten der Nachfolger des Propheten und Gründer des ersten islamischen Staates in Medina der göttlichen Inspiration teilhaftig sein. Propheten neuer Gesetze oder Offenbarungen sind diese Nachfolger – bei den Schiiten Imame genannt – nicht. Die schiitische Richtung des Islam hat eine ausgeprägte Tradition im Kampf gegen Unrecht und soziale Mißstände und im Kampf für die Wahrung des Islam. Der Schiismus wird immer eine Quelle revolutionären Denkens und Handelns sein. Nach dem Glauben der Schiiten ist der 12. Imam nicht gestorben, sondern von Gott entrückt worden. Seit 873 gibt es also keinen erreichbaren Imam mehr. Die geistliche und politische Aufgabe der Imame liegt nun bei den schiitischen Rechtsgelehrten – quasi in Stellvertretung des 12. Imams.

Seit der Erklärung, daß die islamische Republik die künftige Staatsform im Iran darstellen soll, wird im Iran und in der ganzen Welt heftig darüber diskutiert, wie diese islamische Republik nun zu definieren und zu verstehen sei.

Mit der Verkündung einer islamischen Republik begannen auch die Vorbereitungen für eine neue Verfassung. Ein Gremium, in der Hauptsache bestehend aus renommierten Rechts- und Sozialwissenschaftlern, mit langen Erfahrungen und hoher wissenschaftlicher Qualifikation, Kenner des abendländischen wie auch des islamischen Rechtswesens, hat nach einer mehrmonatigen Beratung einen ersten Entwurf vorgelegt. Der Einfluß der Geistlichkeit auf die Politik wird sich auf eine Institution beschränken, die unserem Verfassungsgericht in der Bedeutung ähnlich ist. Nicht auszuschließen ist, daß Khomeini als politischer Integrationsfaktor Staatspräsident wird. Auf alle Fälle wird die Regierung in den Händen von „zivilen“ Politikern liegen. Die Befürchtung, daß die Entscheidung über die endgültige Gestalt der Verfassung in die Länge gezogen wird, ist eingetreten. Die Frage lautet nun, ob ein vom Volke gewähltes Gründungsparlament oder ein größerer Kreis vom Volk gewählter Experten (bestehend aus 75 Personen) das Problem lösen kann – oder ob ein Appell an Vernunft, Sachlichkeit, Weitsichtigkeit, Weltoffenheit, Aufrichtigkeit und Verantwortungsbewußtsein des Volkes und aller an den Diskussionen beteiligten Personen, Gruppen, Schichten und Klassen mehr Erfolg verspricht. Dies bleibt zunächst abzuwarten.

Die islamische Wirtschaftstheorie

Der politische Umschwung im Iran blieb natürlich auch nicht ohne sozialpolitischen Einfluß. Zum besseren Verständnis sei daher kurz auf die islamische Wirtschaftstheorie eingegangen.

Die weiter entwickelte islamische Wirtschaft kann in der Sprache der westlichen Wirtschaftstheorie als eine Art soziale Marktwirtschaft verstanden werden, die über die Bedeutung des bundesdeutschen Begriffes noch hinausgeht. Kapital und Eigentum sind, soweit sie nicht auf unrechtem Weg erworben sind, legitim und genießen den Schutz der Gesellschaft. Kapital und Eigentum sind in erster Linie sozialverpflichtend. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik eines islamischen Staates sind untrennbar. Wichtige Merkmale der islamischen Wirtschaft sind Sakat und der Verzicht auf Zinsen. Sakat als eine der fünf Säulen des Islam ist eine jährlich zu entrichtende religiöse Sozialabgabe auf das Netto-Kapital (also abzüglich der Schulden und ähnlicher Verpflichtungen) eines jeden Moslems. Hierfür gelten von Alters her je nach Kapitalart feste Sätze. Über die Ausgabe dieses Geldes gelten feste Vor-

schriften. Über sonstige Abgaben und Einnahmen des Staates gibt es keine Vorschriften – wohl aber für die Ausgaben, die eindeutig dem Wohle der Gemeinschaft dienen müssen.

Nach schiitischem Recht gelten für die Art der religiösen Sozialabgabe abweichende Regelungen. Die Sakat tritt hinter der sog. Khoms zurück. Die Ausgaberegulierung für die Khoms sieht beispielsweise detailliertere Anweisungen für die Ausgaben zur Pflege der religiösen Bildungsorganisationen vor – eine Stütze der schiitischen Gelehrten. Die Besteuerung des Kapitals bei gleichzeitigem Zinsverbot bedeutet Abzinsung des Kapitals, wenn es nicht alsbald wieder investiert bzw. gegen Gewinnbeteiligung und vollem unternehmerischen Risiko verliehen wird. So soll mittels Verhandlungen jeweils im Einzelfall der Wert von Kapital und Arbeit bestimmt werden.

Die Rolle der islamischen Banken kann innerhalb des islamischen Wirtschaftssystems nur die einer (zu bezahlenden) Dienstleistung sein, welche die Großanleger am Gewinn der durch die Banken getätigten Investitionen beteiligt und ihre Kleinsparer mit zinslosen Krediten (für Investitionen) belohnt. Zusätzlich zu dem Bank-Service (Betriebswirtschaftliche Investitionsbegleitung und soziale Absicherung der durch die Hilfe der Banken ermöglichten Investitionen), erfüllen die islamischen Banken ihre Aufgabe zur Entwicklung des Handwerks sowie einer Klein- und Mittelindustrie.

Die „Sakat-Zinsverbot-Regelung“ läßt nur ein langsames Anwachsen von großen Kapitalmengen zu. Die islamische Wirtschaftsstruktur ist auch deswegen eher klein- und mittelständisch ausgerichtet, damit möglichst vielen Menschen die Möglichkeit gegeben ist, in Eigenverantwortung am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Das entspricht auch am ehesten dem islamischen Welt- und Menschenbild und dem Ideal islamischer Menschenwürde. Bezogen auf die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen ergeben sich deshalb mittelfristig große Chancen für die deutsche mittelständische Industrie.

Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß nach islamischem Menschenbild die Verpflichtung des einzelnen der Gesellschaft gegenüber vorrangig vor den Ansprüchen des Individuums ist. Verschiedene islamische Theoretiker der Neuzeit versuchen, mit diesen und ähnlichen Argumenten die Kollektivierung im Wirtschaftsleben, wie auch die Verstaatlichung ganzer Wirtschaftsbereiche bis hin zur zentral-staatlichen Planwirtschaft zu begründen. Zentralstaatliche Planwirtschaft und im besonderen die sozialistische Planwirtschaft ist aber mit dem islamischen Weltbild unvereinbar. Man kann daher zusammenfassend sagen: Der Eingriff des islamischen Staates, seine Planung, sein Dirigismus, sein Eigentumsanspruch hatten dort Grenzen, wo der einzelne – soweit er das Allgemeinwohl nicht verletzt – in seinem Handlungs- und Entscheidungsspielraum eingeengt wird und seine private Initiative, besonders dort, wo er sich im Sinne des Allgemeinwohls engagiert, gelähmt wird.

Die iranische Wirtschaft nach der Revolution

Wie sieht nun die Verstaatlichung im Iran nach der Revolution konkret aus? Der Begriff Verstaatlichung ist nicht mit der Form einer europäischen bzw. Ostblock-politischen Verstaatlichung gleichzusetzen. Nach Pressemitteilungen ist es vielmehr ein Bemühen um Konsolidierung der Finanzverhältnisse in den einzelnen Industrien aufgrund der vielen Finanzflüchtlinge und der verbliebenen Unklarheiten. Durch die Enteignung der Banken und Versicherungen wird eine Konsolidierung und Klarstellung der Finanzverhältnisse des Landes angestrebt.

Schwieriger wird die Beurteilung der Lage in anderen Bereichen. Die Öl-, Gas-, Stahl- und Erzindustrie waren praktisch immer staatlich gelenkt, wobei man davon ausgehen muß, daß für die Zukunft andere Prioritäten gesetzt werden, die sich aus der Is-

Wer die Forschung vergißt, lebt von der Hand in den Mund

Wer glaubt, daß der Wohlstand eines Landes nur vom Leistungswillen seiner Bürger und einer gut organisierten Wirtschaft abhängig ist, könnte in Zukunft ein böses Erwachen erleben.

Gerade ein hochindustrialisiertes aber an Rohstoffen armes Land wie die Bundesrepublik lebt von der hohen Qualität seiner Erzeugnisse und von seinem Vorsprung an technischem Wissen. Und die Basis unseres technischen Fortschritts ist die Grundlagenforschung.

Deshalb fördern 5.500 Mitglieder des SV in einer gemeinsamen Initiative die unabhängige Forschung an Hochschulen und Instituten.

Weil Forschung unseren Fortschritt sichert und man Initiativen nicht nur dem Staat überlassen sollte.

Wir informieren Sie gern über unsere Arbeit.



Stifter- Verband

für die Deutsche Wissenschaft
Eine Initiative der Wirtschaft

Hauptverwaltung: Brucker Holt 56-60, 4300 Essen 1

lamisierung ergeben. Das bedeutet, daß man den Öl- und Gasexport auf eine Menge reduzieren wird, die durch die Notwendigkeit einer zukünftigen Versorgung des iranischen Marktes limitiert wird.

Eine Enteignung derjenigen Vermögen, deren Inhaber ins Ausland geflüchtet sind, muß als eine politische Folgerung angesehen werden. Hierbei sind deutsche Firmen in geringem Umfang beteiligt, sei es durch Lizenzen, Vertretungen und Kapitaleinschüsse. Es scheint festzustehen, daß in jedem Fall eine sachgemäße Entscheidung erfolgen soll.

Hinsichtlich verschuldeter Betriebe erwägt man u. U., Verschuldung gegenüber Banken in Kapital umzuwandeln, was bedeuten würde, daß die verstaatlichten Banken und damit der Staat in dieser Art von Betrieben entscheidend Einfluß gewinnen wird. Der Großteil der deutschen Firmen ist von den Maßnahmen vorläufig nicht betroffen. Es ist zu früh, hier eine definitive, abklärende Stellungnahme abgeben zu können, da alles noch im Fluß ist. Großfirmen, deren Management, Finanzlage und Zukunftsaussichten positiv beurteilt werden, genießen den Schutz der Regierung. In diesem Bereich sind eine Anzahl von maßgebenden deutschen Firmen angesiedelt.

Wie sich die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran in der Zukunft entwickeln werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer beurteilt werden. Sicher ist nur, daß die deutschen Unternehmen für das Land durchaus notwendig sind – auch im Sinne der neuen iranischen Machthaber. Auf dem Weg zur Industrialisierung des Iran wird es nach Meinung der Experten keinen abrupten Halt geben. Die deutsche Industrie wird also weiterhin im Iran engagiert bleiben. Freilich, der Umfang des Handels wird das Volumen der Vorjahre nicht mehr erreichen. Die deutsch-persischen Wirtschaftsbeziehungen werden auf kleinere Dimensionen zurückgestuft werden. Der Iran steckt schon zu tief in der Entwicklung zu einer Industriegesellschaft, und das persische Volk hat sich mit den Segnungen moderner Infrastruktur schon zu sehr eingelebt. Bezeichnend dafür ist, in welchem Ausmaß der Drang zur modernen Bildung – insbesondere zu den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen – in allen Bevölkerungsschichten des Iran zu beobachten ist. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß sich die persischen Familien mit ihren Bildungsanstrengungen schon seit Jahren auf eine moderne Industriegesellschaft vorbereiten. Es könnte heute keine politische oder religiöse Macht im Iran wagen, das aufzuhalten.

Im einzelnen sieht das so aus: Die Landwirtschaft bekommt von der neuen Regierung eine größere Priorität eingeräumt, als sie sie in den letzten Jahren innehatte. Auf diesem Sektor scheint eine Neuorientierung der einzuschlagenden Politik verhältnismäßig weit fortgeschritten. Der Iran sucht hier auch nach einer Reihe von praktischen Kooperationsmöglichkeiten mit der deutschen Landwirtschaft oder Agro-Industrie. Des weiteren scheint die Möglichkeit gegeben zu sein, zu einem normalen Importgeschäft für dringend benötigte Waren zurückzukommen. Entsprechend den neuen Vorstellungen der islamischen Revolution wird dies jedoch gegenüber den Einfuhren früherer Zeiten einige Abstriche mit sich bringen, nicht nur, was den Import von Kosmetika und alkoholischen Getränken anbetrifft, für die jedoch ohnehin die Bundesrepublik Deutschland nicht der Hauptlieferant war. Gerade vom iranischen Handelsministerium wurde der Wunsch nach einem stärkeren deutschen Bezug iranischer Güter – und zwar anderer als Erdöl und Teppiche – zur Verminderung des traditionellen Handelsbilanzdefizits der iranischen Seite gefordert, so daß auch hier die Weichen auf Normalisierung des beiderseitigen Handelsverkehrs gestellt zu sein scheinen. Offenbar gibt es auch erste Überlegungen der provisorischen Regierung, die seit der Revolution ins Stocken geratenen Gespräche mit der EG-Kom-

mission über einen nicht präferenziellen Handelsvertrag wieder in Gang zu bringen.

Dennoch wäre es falsch, in euphorische Erwartungen zu verfallen. Es darf nicht verkannt werden, daß es auf dem Wege zu einer Normalisierung des Wirtschaftsverkehrs auch ernste Schwierigkeiten gibt, die ausgeräumt werden müssen. Hier ist wohl in erster Linie an die Zahlungsrückstände zu denken, die deutschen Lieferanten für ihre in der Vergangenheit getätigten Lieferungen nach dem Iran entstanden sind. Betroffen sind hierbei insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die – mitunter im Gegensatz zu Unternehmen aus manchen anderen Industriestaaten – trotz der Wirren während der Revolution und unmittelbar danach im Land geblieben sind, um so ihre Präsenz und damit ihren guten Willen zur weiteren Zusammenarbeit zu bekunden. Eine weitere große Unsicherheit besteht z. Zt. bei vielen Joint Ventures und bei manchen großen Projekten. Hier ist vor allem an die Verlängerung notwendiger Arbeitserlaubnisse für Fachkräfte zu denken. Deutsche Unternehmen pflegen nur die für den Fortgang eines Projekts unerläßlichen Fachkräfte im Ausland zu halten. In vielen Fällen wird die Frage, ob das betreffende Vorhaben „im Interesse des iranischen Volkes liegt“, noch von den jeweils verantwortlichen Stellen geprüft.

Zum externen Zahlungsverkehr werden von der iranischen Zentralbank „im Prinzip“ keine Schwierigkeiten gemacht, Akkreditive über im Ausland zu zahlende Devisenbeträge zu eröffnen. Es ist zutreffend, daß der Iran weiterhin über Devisenreserven von etwa 10 Milliarden Dollar verfügt. Die Zentralbank handelt allerdings nach einer Empfehlung des Ministerrates, wonach Importe von Nahrungsmitteln, Pharmazeutika, Ersatzteilen und Rohstoffen für die Fabrikation bevorzugt zu bedienen sind. Stehen den Banken danach noch Mittel zur Verfügung, so sind sie keinen Beschränkungen unterworfen. Entsprechend den Beobachtungen von Firmenvertretern ist die Zahl der in jüngster Zeit tatsächlich eröffneten Akkreditive noch sehr gering. Ein Sonderproblem ist die Überweisung aufgelaufener Forderungen deutscher Spediteure, Schifffahrt- und Fluglinien wegen Frachten und Passagen. Bislang kam es nicht zu Transfers, auch in den Fällen nicht, in denen die Gläubiger alle neu vorgeschriebenen Prozeduren (Sonderbuchprüfung) erfüllt haben.

Unsicherheit erschwert die Situation

Größere Schwierigkeiten gibt es für produzierende deutsche Unternehmen und Firmen, die Bau- und Montagestellen im Iran unterhalten, im Zusammenhang mit der Entlassung von iranischen Arbeitern und Angestellten. Entlassungen sind in aller Regel nicht möglich, auch dann nicht, wenn z. B. die Firma nicht produzieren kann. In einigen Fällen hat das Arbeitsministerium Entlassungen zugestimmt, fordert jedoch die Zahlung außerordentlich hoher Abstandssummen an das zu entlassende Personal. Auch Teilentlohnung für Kurzarbeit wird regelmäßig nicht zugelassen. Die Lage hat sich zugespitzt durch die zusätzliche Forderung, Personal wieder einzustellen, das seit Ende August/Anfang September 1978 entlassen worden war. Besondere Schwierigkeiten gibt es bei Baufirmen, die je nach Projektfortschritt sowieso eine veränderliche Zahl von Personen beschäftigt. Die Situation ist deswegen unübersichtlich, weil die Forderungen meist von lokalen Komitees erhoben oder gestützt werden, zum Teil unter Gewaltandrohung. Das an sich zuständige Arbeitsministerium ist offenbar bislang in vielen Fällen machtlos, seine Auskünfte sind dementsprechend vage. Auch das Verhältnis zwischen den lokalen Komitees und dem Zentralbankkomitee erscheint unklar. Letzteres spricht Empfehlungen aus, die aber u. U. nicht befolgt werden. Von den Forderungen sind iranische Firmen, sowohl private Firmen wie auch staatliche Firmen, gleichermaßen betroffen. Es handelt sich offensichtlich weder um Maßnahmen gegenüber

Ausländern noch gegenüber der Privatindustrie als solchen – sondern um Reaktionen aus bestehender oder befürchteter Arbeitslosigkeit.

Im Bereich der Arbeitserlaubnisse für Ausländer zeichnet sich ein sehr hartes Bild ab. Arbeitserlaubnisse sollen prinzipiell nur für „einen Ausländer pro Firma“ erteilt werden. Offensichtlich handelt es sich um eine außerordentliche Reaktion auf die politisch scharf hervortretende Arbeitslosigkeit. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Entscheidungsbefugnis über Arbeitserlaubnisse allein bei der iranischen Regierung liegt, die z.Zt. in diesem Punkt offensichtlich auf Härte eingestellt ist. Erfahrene Firmen hoffen, daß die iranische Regierung sich noch für pragmatische Lösungen aufgeschlossen zeigen wird, damit nicht durch den Abzug wichtigen ausländischen Personals iranische Arbeitsplätze verlorengehen oder gefährdet werden. Für Bau- und Montagestellen werden offensichtlich besondere Regelungen vorgesehen. Die Lage ist aber noch unübersichtlich.

Zur Frage der persönlichen Sicherheit von Deutschen erklärte die Botschaft, daß sie ihre Empfehlung, nur notwendiges Personal nach Iran kommen zu lassen, weiterhin aufrechterhalte. Es wurde von Fällen berichtet, in denen deutsche Firmen sich von ihren iranischen Auftraggebern die Sicherheit entsandten deutschen Personals „garantieren“ ließen. Zur persönlichen Sicherheit kann auch eine Vorstellung bei dem lokalen Komitee bzw. der zuständigen Polizeistation (Kalandari) beitragen.

In den einzelnen Branchen ergibt sich derzeit folgendes Bild: Die Bereiche Pharmazie und Pflanzenschutz laufen relativ gut. Die Zahlungsmoral der iranischen Kunden wird als relativ gut bezeichnet, dies bezieht sich jedoch nicht immer auf Zinszahlungen. In anderen Bereichen der chemischen Industrie ist das Bild wesentlich ungünstiger. Die Elektroindustrie bezeichnet die Situation als „nicht gut“. Es wird auch von Schwierigkeiten berichtet, von öffentlichen Stellen eine Anerkennung von force majeure – Fällen zu erhalten. Im Maschinenbau laufen die Geschäfte nur in einigen Sparten (z.B. Nahrungsmittelmaschinen) wieder an. Im Anlagenbau wird unter der provisorischen Regierung für das Geschäft mit dem Staat keine Belebung erwartet. Im Bürobedarf ist die Konjunktur z.Zt. schlecht, der Umsatz im Bazar beträgt nur einen Bruchteil des vorjährigen. Auch beim Fahrzeugbau ist die Lage noch unübersichtlich, u.a. auch wegen starker Personaländerungen in einzelnen Firmen. Als erstes Anzeichen einer Belebung könnte gelten, daß vereinzelt wieder deutsche Techniker für die Produktion angefordert wurden.

Generell kann geraten werden, daß sich jeder Geschäftsreisende nach Iran angesichts der rechtlichen und verwaltungsmäßigen Unsicherheiten und Lageveränderungen vor Antritt seiner Reise die neuesten Informationen über die Lage verschaffen sollte. Die offizielle deutsch-iranische Industrie- und Handelskammer zu Teheran (POB 41/1846, 14155 Teheran, Telex 213252) ist hier gerne und jederzeit behilflich. Die Zahl der Geschäftsreisenden aus der Bundesrepublik Deutschland ist derzeit noch recht erheblich, jedoch sollte über eine geplante Geschäftsreise in jeder Firma von Fall zu Fall entschieden werden. Geschäftsreisen von deutschen Kaufleuten nach Iran können nach dem derzeitigen Stand weiterhin ohne Visum erfolgen. Der Aufenthalt kann bis zu 3 Monaten betragen. Voraussetzung ist allerdings, daß es sich um eine echte Geschäftsreise und nicht etwa um die Aufnahme einer Tätigkeit handelt. Z.B. sollen selbst Monteure, die nur eine Woche im Iran arbeiten, die Erteilung eines Arbeitsvisums abwarten.

Für den ausländischen Lieferanten, der selbst mit einer Niederlassung im Iran vertreten ist, stellt sich eine Kosten-Nutzen-Analyse seines Engagements derzeit recht ungünstig dar. Auch der Erwartungshorizont angebahnter Geschäfte sowie die Anbahnung neuer Abschlüsse ist augenblicklich gering. Äußerst wichtig

bei einer geplanten Wiederaufnahme von Geschäftskontakten ist die Tatsache, daß sich das Management in fast allen staatlichen Firmen verändert hat. Daher ist es für jeden wirtschaftlich Interessierten von größter Bedeutung, seine Vertriebsorganisation zu optimieren. Bei örtlichen Vertretern im Iran, so wird von Kennern der Verhältnisse empfohlen, sollte festgestellt werden, ob die Vertreterfirma noch existiert – auf dem Papier oder in der Praxis. Die Bankrepräsentanten in Teheran oder auch die Handelskammer sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereit, Hinweise oder „Schützenhilfe“ zu geben.

Besonders hinzuweisen ist auch auf die Tatsache, daß sich im Iran zahlreiche Adressen infolge Umbenennung von Orten, Straßen und Plätzen geändert haben. Hiervon ist besonders die Hauptstadt Teheran betroffen. Mit weiteren Änderungen ist zu rechnen. Eine Liste der bisher bekannt gewordenen Änderungen ist bei den Industrie- und Handelskammern erhältlich.

Abschließend sei noch auf einige „Fallen“ hingewiesen, in die Europäer, die mit der Denkweise und Mentalität islamischer Bevölkerungsschichten nicht vertraut sind, leicht hineintappen können. Wie wir schon gesehen haben, ist der Islam nicht nur Religion, sondern ein Moralsystem mit gewissen ethischen Pflichten. Die Religionsgesetze werden nur in weltliches Recht umgesetzt. Da der Islam nur etwa 600 Gesetze kennt und die Zulässigkeit neuer Gesetze umstritten ist, ist der Gesetzesauslegung zwangsläufig ein weiter Spielraum eingeräumt. Dies hat zur Folge, daß man nie genau weiß, nach welchen Regeln und Gesichtspunkten der einzelne Richter entscheiden wird. Aus den Koranversen kann im Prinzip alles herausgelesen werden. So erkennt etwa der Islam in der Regel den Urkundenbeweis nicht an. Eine Urkunde, auch jeder Vertrag, hat in den islamischen Ländern meist nur Wert als Gedächtnisstütze für die Zeugen. Deshalb ist es ratsam, bei jedem Geschäft für entsprechende Zeugen zu sorgen.

Eine ebenso bedeutsame „große Schranke“ ist das Verbot der „ungewissen Verträge“. So sind beispielsweise längerfristige Mietverträge ungültig, ebenso längerfristige Großaufträge, bei denen eine Leistung ausbedungen wird, die bei Vertragsabschluß noch nicht genau konkretisiert wird. Im Falle von Rechtsstreitigkeiten ist daher unbedingt anzuraten, einen Kompromiß herbeizuführen, da ein Richterspruch erfahrungsgemäß verschleppt wird und in der Regel zu Ungunsten des Ausländers ausfällt. Selbst wenn der Europäer einmal gewinnt, muß in gewissen Fällen ein Kabinettsbeschluß herbeigeführt werden, um die Vollstreckbarkeit zu ermöglichen. Geschäftsleute sollten sich im übrigen nicht durch die Behauptung, dieses oder jenes stehe im Koran, ins Bockshorn jagen lassen. Oftmals bringt schon die Gegenfrage, wo es denn genau stehe, den arabischen Partner in Verlegenheit. Denn mit dem Koran wird in den arabischen Ländern z.Zt. auch viel Schindluder getrieben.

Protektionismus und Politisierung des Welthandels gefährden den Außenhandel

Vor den wachsenden Gefahren für den deutschen Außenhandel durch einen „unsichtbaren“ Protektionismus und durch die Politisierung des Welthandels hat der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Hans Hartwig, vor der Mitgliederversammlung seines Verbandes gewarnt.

Mit Sorge registrierte der BGA insbesondere die Erschwerung der Import-Aktivitäten durch eine kaum noch übersehbare Vielfalt von Einfuhr-Dokumenten. Unterschiedliche Ursprungsregeln in Selbstbeschränkungsabkommen und in der EG-Präferenzregelung hätten zur Folge, daß gleiche Waren je nach Handelsinstru-

ment einen unterschiedlichen Ursprung erhalten. Importfirmen seien darüber hinaus mit Abfertigungsproblemen aufgrund unterschiedlicher Auffassungen der Verwaltungen im Liefer- bzw. Importland über die Einordnung der in 123 Spalten kategorisierten Textilien und über ihre Anrechnung auf die Quoten konfrontiert. Zunehmender Verwaltungsprotektionismus zeige sich schließlich in zu späten Ausschreibungen und in zu kurzen Laufzeiten für Einfuhrlicenzen, aber auch in der Einschüchterung der ausländischen Lieferanten durch Ausgleichszölle.

Immer belastender für den Groß- und Außenhandel sei insbesondere die Politisierung des Welthandels, wie sie z.B. in der Denaturierung des Rohstoffs Erdöl zur politischen Waffe, in den Boykott- und Embargo-Maßnahmen gegenüber dem südlichen Afrika oder auch in den Schwarzen Listen der arabischen Liga im Rahmen des Israel-Boykotts offenkundig werde. Der deutsche Groß- und Außenhandel lehne Wirtschaftssanktionen aus politischen Gründen grundsätzlich ab; deshalb müsse das Hermes-Instrument als Exportkreditversicherung ebenso von politischen Bewertungskriterien frei bleiben wie auch die Gewährung von Entwicklungshilfe.

Nachdem – wie das GATT festgestellt hat – die Einschränkung des freien Welthandels durch staatliche Eingriffe seit 1974 rapide zugenommen hat und mittlerweile mehr als 40 Prozent des Welthandels umfaßt, sind – wie Hartwig betonte – die kumulativen Gefahren des Protektionismus und der Politisierung des Welthandels zu einem Problem für die Zukunft einer liberalen, arbeitsteiligen Weltwirtschaft geworden.

Personalien

Wir gratulieren

Herr **Heribert Grimm**, Firma Grimm, Schmidt & Co. KG, Großhandel für Spielwaren, Schreibwaren und Lederwaren in Augsburg, langjähriges Mitglied unseres Ausschusses für Berufsbildung, wurde mit Wirkung vom 1. September 1979 auf die Dauer von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Bayerischen Landessozialgericht berufen.

Unseren herzlichen Glückwunsch.

Herrn **Günther Leuze**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma, der Baygro Handelsgesellschaft in München. Herr Leuze wurde mit Wirkung vom 10. November 1979 auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt.

Wir gratulieren herzlich.

25-jähriges Betriebsjubiläum bei Nägele & Völkel

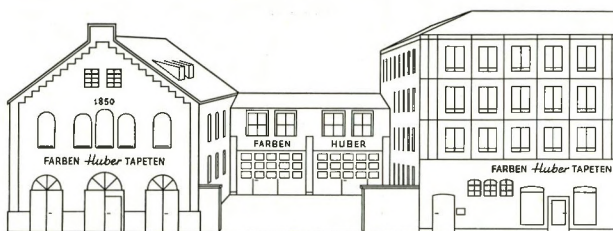


Ihr 25-jähriges Betriebsjubiläum konnte Frau Inge Ziener am 1. November 1979 im Hause Nägele & Völkel, Elektrogroßhandlung in Nürnberg, feiern.

Frau Ziener begann als Kontoristin in der Firma und konnte sich innerhalb weniger Jahre aufgrund ihres großen Fleißes und ihrer großen Zielstrebigkeit zur Abteilungsleiterin hocharbeiten. Heute untersteht Frau Ziener die Fakturier- und Bewertungsabteilung, der im Elektrogroßhandel eine zentrale Funktion zukommt.

Herzlichen Glückwunsch.

Farbengroßhandlung Heinrich Huber besteht 50 Jahre



50 Jahre im Dienste des Kunden steht unsere Mitgliedsfirma, die Farbengroßhandlung Heinrich Huber in Augsburg. Der Firmengründer, Heinrich Huber, legte mit einem kleinen Farbengeschäft im Krisenjahr 1929 den Grundstock für ein aufstrebendes Handelsunternehmen in Farben, Lacken, Tapeten und Malerwerkzeug. Im Laufe der Jahre wurde der Einzelhandel erweitert und 1941 der Hauptbetrieb an den Metzplatz verlegt. Die Aufnahme der Großhandelsfunktion brachte in den folgenden Jahren Kunden aus Handwerk, Industrie und Handel im Umkreis bis zu 70 km um Augsburg. Trotz der vollständigen Zerstörung während des Krieges entwickelte sich die Firma FARBEN HUBER zu den führenden Farbengroßhandlungen Bayerns mit einem der größten Sortimente der einschlägigen Warengruppen.

Der Firmengründer Heinrich Huber war 1973 verstorben. Sein Sohn Heinrich Huber führte das Werk seines Vaters fort, tatkräftig unterstützt von seinen fachkundigen und bewährten Mitarbeitern. Gestützt auf das Vertrauen der Kunden wollen sie das bleiben, was sie bisher waren:

Leistungsfähige und zuverlässige Partner für ihre Kunden.

Wir wünschen der Firma auch für die kommenden Jahrzehnte weiterhin eine gedeihliche Geschäftsentwicklung.

W. & A. Sinzker KG feiert 50-jähriges Bestehen

Am 13. November kann unsere Mitgliedsfirma W. & A. Sinzker KG, Technischer Gummi- und Asbestwaren-Großhandel, Artikel für Installation und technischem Bedarf, sein 50-jähriges Gründungsjubiläum feiern.

Die Firma wurde 1929 durch Walburga und Andreas Sinzker in der Münchner Karlstraße 83, gegründet.

Das Motto „Ausdauer und Fleiß“ brachten der Firma Erfolg. Im 2. Weltkrieg wurden allerdings die Geschäftsräume zerstört. Der Betrieb mußte evakuiert werden nach Bad Aibling, konnte aber 1945 nach München in die Baaderstraße zurückkehren.

Fleiß, fachliches Können und Umsicht der Inhaber, Teilhaber und Mitarbeiter schafften im Laufe der Jahre ein in Fachkreisen bekanntes und geschätztes Fachgeschäft für Dichtungen und Ersatzteile für die Sanitär-Installation, Klima- und Heizungstechnik.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Das Warensortiment wird laufend den neuesten Bedürfnissen angepaßt, entsprechend ergänzt und erweitert. Seit 1963 wird die Firma als KG geführt.

Frau Sinzker (Jahrgang 1998) ist immer noch ganzjährig im Betrieb tätig, den sie zusammen mit Herrn Sopp leitet, vormittags unterstützt durch Herrn Sinzker (Jahrgang 1892). Der Firma und den beiden Jubilaren wünscht unser Landesverband für die Zukunft alles Gute.!

Buchbesprechungen

Dr. Fredy Chapuis

Der Chef als Chef

– Leitfaden für Vorgesetzte –

6. Überarbeitete und erweiterte Auflage
jetzt in handlichem Format

440 Seiten, mit Abbildungen und Merkblättern,
Leinen mit Schutzumschlag DM 86,–
ISBN 3-7719-6208-0

Eine moderne Anleitung für richtige Menschenführung und rationale Führungstechnik.
Stellung, Aufgaben und Verpflichtungen des Chefs.

Chefs und Führungskräfte in Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe stehen fast täglich vor Personal-Problemen. Um sie zu bewältigen, reichen Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick nicht aus. Moderne Verfahren der Anleitung und Führung von Mitarbeitern sind anzuwenden, will man Arbeitslust und Verbundenheit zum Betrieb stärken.

Dieses Buch ist dafür ein Leitfaden. Es zeigt in einer systematischen Darstellung an vielen Beispielen, wie man Mitarbeiter ausliest, nach welchen Gesichtspunkten man sie beurteilt, wie man sie in die betrieblichen Gegebenheiten einführt, sie für ihre Arbeit begeistert und nicht zuletzt, welche Arbeitstechnik einem Chef erlaubt, sich zugunsten der Führungsaufgaben von Administration freizuhalten.

ABC EUROP PRODUCTION 1979 – 20. Ausgabe

Das große europäische Industrienachschlagewerk mit weltweiter Verbreitung

Verlag:

EUROP EXPORT EDITION GMBH

Berliner Allee 8, 6100 Darmstadt

Herausgeber: EDITION SELKA

Ausstattung :

2 Bände DIN A 4, 5400 Seiten

sechssprachiger Index in deutscher, englischer, französischer, spanischer, italienischer und portugiesischer Sprache.

Kaufpreis: DM 94,–

Mietpreis:

DM 42,50 (bis zum Erscheinen der nächstjährigen Ausgabe)

Preise zuzüglich Porto, Verpackung und MWST.

Inhalt:

Exportindustrie-Unternehmen aus 31 europäischen Ländern:

500.000 Industrie-Adressen

50.000 Produkte gegliedert nach

10.000 Branchen

Unentbehrlich:

für die Suche nach Lieferanten

für die Organisation und Planung des Verkaufs

für die Vorbereitung von Vertreterereinsätzen.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Sekretärinnen-Lehrgang

Sekretärinnen-Lehrgang mit Abschlufdiplom „Geprüfte Sekretärin“. Lehrplan und Stoffgebiet laut Bundesgesetzblatt. Mit diesem Lehrgang bieten wir Mitarbeiterinnen im Büro die Möglichkeit zum Aufstieg zur Abteilungs- oder Chefsekretärin.

Wir wollen damit alles das vermitteln, was eine gute Sekretärin braucht, nämlich: die Fähigkeit, eine Assistentin ihres Chefs zu sein, mit Menschen umzugehen, in betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen zu denken, alle technischen Fertigkeiten, die eine gute Sekretärin perfekt beherrschen muß.

Zulassungsvoraussetzungen:

- Abschlufprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und eine mindestens zweijährige Berufspraxis oder
- eine Abschlufprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, einen mindestens mittleren Bildungsabschluf (Realschule, mittlere Reife) und eine mindestens einjährige Berufspraxis oder
- den Abschluf einer Fachoberschule im Bereich Wirtschaft oder einer höheren Handelsschule oder
- den Abschluf der 12. Klasse eines Wirtschaftsgymnasiums oder eines Fachgymnasiums im Bereich Wirtschaft und eine mindestens einjährige Berufspraxis oder
- einen an einer öffentlichen oder staatlich anerkannten beruflichen Schule erworbenen Bildungsabschluf oder einen gleichwertigen Abschluf und eine mindestens dreijährige Berufspraxis oder
- einen mindestens mittleren Bildungsabschluf und eine mindestens vierjährige Berufspraxis, soweit nicht obiges anwendbar ist, oder
- eine mindestens sechsjährige Berufspraxis.

Vorkenntnisse: Steno 120 Silben, Maschinenschreiben 200 Anschläge.

Stoffgebiete und Lernziele:

1. schreibtechnische Qualifikationen

- Kurzschrift
- Maschinenschnellschreiben
- Briefgestaltung

2. fachkundliche Qualifikationen

- Textformulierung
- Protokollführung
- Sekretariatskunde

3. rechts-, wirtschafts- und sozialkundliche Qualifikationen

- Rechtskunde
- Wirtschaftskunde
- Sozialkunde

Der Lehrgang beginnt als Tages-Lehrgang am 14. 1. 1980 und endet am 13. 6. 1980 (500 Unterrichtsstunden). Unterrichtstage sind jeweils Montag mit Freitag von 8 - 12.30 Uhr.

Lehrgangsgebühren

Anmeldegebühr: DM 30,–

Lehrgangsgebühr: DM 2000,–

Arbeitsmaterial: DM 72,–

Prüfungsgebühr incl. Zeugnis: DM 120,–.

Der Lehrgang ist förderungsfähig nach dem Arbeitsförderungs-gesetz durch das Arbeitsamt. Andere Förderungsmöglichkeiten sind zu erfragen beim BZ (Tel.: 089/55 76 17).

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

34. Jahrgang · München
Dezember 1979 · Nr. 12/1979

Das aktuelle Thema	3	Unternehmer und Firma – rundum ein Gegenstand der Politik
Arbeitgeberfragen	3 4	Wirtschaft zahlt schlechter Arbeitgeber gegen Mißbrauch von Mitbestimmungsrechten
Sozialversicherung	4	Beitragsbemessungsgrenzen und Bemessungsgrundlagen in der Sozialversicherung im Jahre 1980
Arbeitsrechtliche Entscheidungen	6	Zur Wartefrist des Kündigungsschutzgesetzes bei Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses Der Chef darf seine Mitarbeiter beurteilen! Sonderkündigungsschutz von Schwerbehinderten Wann ist Personalabbau eine Betriebseinschränkung?
Allgemeine Rechtsfragen	7	Kaufscheinhandel Autoversicherung: Voller Schutz für Fahrgemeinschaften
Berufsausbildung und -Förderung	7	Schriftenverzeichnis zum „Kaufmann im Groß- und Außenhandel“
Konjunktur und Marktentwicklung	8	Großhandelsumsatz im September: rd. 50 Mrd. DM Lagerinvestitionen des Handels stützen Konjunktur
Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel	9 10 11 12	Umsatzsteuerfreiheit für im Ausland ausgewertete Leistungen Zollbehandlung ohne Abfertigung mit Gestellungsbefreiung nach Versand Zulassung von Sammelzollanmeldungen für Wareneinfuhren Anerkennung von Frachtkostenpauschalen bei der Zollwert-ermittlung Anerkennung von Warenverkehrsbescheinigungen als Präferenznachweise Zollseminar für Führungskräfte Einbeziehung der VR China ab 01.01. 1980 in die allgemeinen Präferenzen für Entwicklungsländer
Personalien	12	
Buchbesprechung	12	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Rath (Arbeitsrecht, Baurecht, Umweltschutz, Außenhandel) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Herausgeber: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostr. 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostr. 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstr. 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostr. 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 35 40 04.

Das aktuelle Thema

Unternehmer und Firma – rundum ein Gegenstand der Politik

von Präsident Walter Braun

Vor dem DIHT-Informationsausschuß hielt Präsident Walter Braun ein Referat, das sich mit dem Verhältnis von Unternehmer und Politik befaßte. Wir geben hier auszugsweise den Anfang dieses Referats wieder, da diese Aussagen Allgemeingültigkeit für die gesamte Unternehmerschaft haben:

Einen Unternehmer, der heute noch nicht weiß, daß er mit seiner Tätigkeit, seinem Beruf und seiner Firma rundum ein Gegenstand der Politik geworden ist und kein privates Reservat mehr beanspruchen kann, wird man bei uns kaum noch finden.

Selten, viel zu selten sind aber diejenigen, die sich selbst zu politischem Handeln aufgerufen fühlen und sich auf diese Aufgabe vorbereiten. Irgendwann kommt der Punkt, an dem man glaubt, es wäre besser für das Unternehmen, nicht in die Arena zu treten und Auseinandersetzungen zu meiden. Es ist zweifellos auch ein Einsatz, der sorgfältig überlegt sein muß. Politische Arbeit, wie sie ein Unternehmer betreiben kann, ist alles andere als eine voraussetzungslose Wissenschaft. Sie erfordert neben dem Wissen auch Witz und Weisheit, und sie ist manchmal eine Kunst.

Wer aber den zweiten, bequemeren Weg geht, im Stillen für sich und die Seinen zu arbeiten, muß sich darüber im klaren sein, daß er außerhalb des Unternehmens andere entscheiden läßt. Ich meine: auch unmittelbar können Nachteile für ihn daraus erwachsen, weil sogar der Gemeinderat irgendwann eine für das Unternehmen wichtige Entscheidung zu treffen hat, und diese Entscheidung zu leicht und vielleicht auch unsachgemäß trifft, wenn man den Unternehmer in der politischen Öffentlichkeit nicht kennt und deshalb die Basis des Vertrauens zu ihm fehlt.

Wichtiger ist aber der andere Schaden falscher Zurückhaltung: daß der Unternehmer in der Gesellschaft „in der Ecke“ sitzt und sich gegen die allzu geläufigen Vorurteile verteidigen muß. In un-

serer Verantwortung genügt es nicht, daß einige die Arbeit für die anderen tun. Jeder Unternehmer muß seine Beziehungen zur Öffentlichkeit als legitim und natürlich begreifen. Denn Politik in diesem Sinne ist ja nicht nur, was die Parteien und die Parlamente beschäftigt, sondern alles, was die Wirtschaft betrifft, öffentlich geregelt oder auch nur öffentlich diskutiert wird. Der polemische Angriff von heute kann das Gesetz von morgen sein, wenn es bei den Unternehmern an Engagement fehlt.

Ich will hier keine Motivforschung darüber betreiben, warum bei uns – es steht auch im neuen Grundsatzprogramm des DGB – der Staat als Unternehmer so hoch eingeschätzt wird. Er soll nicht nur die Grundstoffindustrien übernehmen, sondern auch durch zusätzliche öffentliche Betriebe in anderen Wirtschaftsbereichen die Konkurrenz beleben. Es ist eine Tatsache, daß die negative Moralisierung des privatwirtschaftlich erzielten Gewinns immer noch ein politisches Potential darstellt, während zugleich die Milliarden-Defizite öffentlich geführter Betriebe und deren offensichtliche Fehlentscheidungen ohne weitere Prüfung als notwendig, entschuldigbar oder für gerechtfertigt erklärt werden, von den gleichen Gruppierungen, die den Gewinn im privaten Unternehmen kritisieren. Als uninteressant geht in den Debatten völlig unter, daß bei jeder Mark des privatwirtschaftlich erzielten Gewinns in der Regel der überwiegende Teil dem Staat gehört, also der Allgemeinheit zufließt und damit natürlich auch Defizite von Staatsbetrieben deckt. Wir werden dieses Vorurteil gegen den privat erzielten Gewinn nicht durch eine noch so fortschrittliche Sozialstruktur ersetzen können, solange sich nicht in der Allgemeinheit die Erkenntnis durchsetzt, daß auch Zins und Gewinn nichts anderes sind als eine Form des Lohnes, eines Lohnes, den man sich durch vorausgegangene Leistung verdienen muß, und der hart besteuert wird. Davon sind wir trotz aller Öffentlichkeitsarbeit und Versachlichung der Diskussion noch meilenweit entfernt.

Arbeitgeberfragen

Zahlungsdisziplin nahm ab

Drei von zehn Unternehmen in der Bundesrepublik halten die vereinbarten Zahlungsfristen nicht ein. Trotz allgemein positiver Beurteilung des Konjunkturverlaufs nahm die Zahlungsdisziplin im III. Quartal 79 erstmals innerhalb der letzten 18 Monate wieder ab. Augenscheinlich wirkt sich die Nervosität über steigende Rohstoffpreise, höhere Inflationsraten und teurere Zinsen auf die Zahlungsbereitschaft zu allererst aus. Das zeigt die neueste Untersuchung der Schimmelpfeng GmbH über das Zahlungsverhalten der deutschen Wirtschaft, an der sich 9094 Unternehmen beteiligten.

Noch nicht besorgniserregend, aber deutlich sank die vereinbarungsgemäße Zahlungsweise – um 1,2 Prozentpunkte zum Vorquartal auf jetzt 70,6%. Entsprechend stieg die Zahl der Un-

ternehmen, die nur „langsam“ – d.h. mit Zielüberschreitungen bis zu 2 Monaten – ihre Zahlungen leisteten: 22,5% und damit 1,3% mehr als im Vorquartal. Während „schleppend“ – über 2 Monate Zahlungsverzug – um 0,3 Prozentpunkte auf jetzt 5,6% fiel, gab es „ernste Beanstandungen“ bei 1,3% der untersuchten Geschäftsbeziehungen (plus 0,2 Prozentpunkte).

Die Betrachtung der letzten vier Quartale zeigt, daß hartnäckige Schwierigkeiten beim Begleichen der Rechnungen für Waren oder Dienstleistungen in der Grundtendenz weniger wurden. Noch vor Jahresfrist zahlten schleppend oder nur unter Androhung von Rechtsmitteln über 10% der Geschäftspartner. Bis heute baute sich diese höchst bedenkliche Praxis auf 6,9% ab. Analog dazu scheint die Wirtschaft mit „langsamen“ Zahlern – mit 22,5% schon beinahe ein Viertel, Tendenz steigend – leben zu können. Zielüberschreitungen bis zu 2 Monaten werden wohl

noch als „ungefährlich“ hingenommen und in der Preiskalkulation aufgefangen. Langfristig kann nach Meinung der Schimmelpfeng GmbH dadurch zusätzlich die gefährliche Inflations-Mentalität gefördert werden. Statt energisch gegen preistreibende Tendenzen anzugehen – Zahlungsverzug gehört dazu – toleriert die Wirtschaft Langsamzahler immer noch. Wie lange kann sie sich das noch leisten?

Einzelbetrachtung der Wirtschaftszweige

Industrie

Unter die 70-Prozent-Grenze fiel die Zahlungsbereitschaft der Industrie im III. Quartal 79. Mit 69,8% lag sie um 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorquartal. Ähnlich wie beim Gesamtbild der Wirtschaft, stieg auch bei der Industrie der Anteil der „langsamen“ Zahler stark an (plus 1,7 auf 22,9%). Bei 1,1% (plus 0,3) der Industrie-Unternehmen ergaben sich ernste Beanstandungen.

Großhandel

Abgeschwächt, aber dennoch an der Spitze aller Wirtschaftszweige war das Zahlungsverhalten der Großhandelsbetriebe im III. Quartal 79. Mit 72,3% pünktlicher Zahler waren es 0,9% weniger. Leicht gestiegen ist die Anzahl der „Langsamen“ (plus 0,6 Prozentpunkte) und der „Schleppenden“ (plus 0,1). Mit 1,3% erster Beanstandungen – von 1,0% im Vorquartal – gab es auch hier eine Verschlechterung.

Einzelhandel

Um 2,9 Prozentpunkte fiel der Einzelhandels-Index der Zahlungsweise. Mit jetzt 69,3% wurde das schlechteste Ergebnis innerhalb der letzten 12 Monate registriert. Die pünktlichen Zahler wurden langsamer: mit bis zu zwei Monaten Verzug zahlten 23,9% und damit annähernd vier Prozent mehr als im Vorquartal. Dafür nahmen die „schleppenden Zahler“ um einen Prozentpunkt ab.

Handwerk

Den einzigen Zuwachs dieser Untersuchung legt das Handwerk vor: 70,4% und damit erstmals ein Ergebnis oberhalb der 70-Prozent-Grenze weist das III. Quartal aus. Der sprichwörtliche Goldene Boden, auf dem das Handwerk steht, wurde durch die beginnende konjunkturelle Nervosität nicht erschüttert. Der Anstieg um 4,2 Prozentpunkte spricht für sich.

Dienstleistungen

71,8% der Dienstleistungsbetriebe zahlten ihre Rechnungen pünktlich. Damit liegt dieser Wirtschaftszweig noch über dem Durchschnitt. Gleichzeitig erstaunt jedoch, daß die Zahlungsbereitschaft um 4,3 Prozentpunkte innerhalb eines Quartals absackte (von 76,1%). Um genau diese 4,3 Prozentpunkte wuchs die Gruppe der „langsamen Zahler“ unter den Dienstleistungs-Unternehmen an (von 17,7 auf 22,0%).

Baugewerbe

Trotz weiterhin positiver Daten der Baukonjunktur wurde das Zahlungsverhalten dieses Wirtschaftszweiges schlechter. Mit 3,2 Prozentpunkten Rückgang zum Vorquartal geriet das Ergebnis wieder unter die 60-Prozent-Marke, die in diesem Sommer erstmals überschritten worden war. Nur 58,4% der Baubetriebe können zu den pünktlichen Zahlern gerechnet werden. Ein Drittel (29,2%) zahlt nur langsam. Sehr hoch ist die Anzahl der „ersten Beanstandungen“ mit 2,7% – um 1,2 Prozentpunkte verschlechtert zum Vorquartal.

Textilindustrie

Von 74,4% (II./79) auf jetzt 68,7% stürzte das Ergebnis der Zahlungsweise bei der Textilindustrie ab. Vom hohen Niveau des Sommers ging es damit wieder auf die Zahlen der Vorquartale zurück. Deutlich stiegen auch „ernste Beanstandungen“ in der Textilindustrie – um einen Prozentpunkt auf 1,6%, was im übrigen jedoch dem Durchschnitt aller Branchen entspricht.

Arbeitgeber gegen Mißbrauch von Mitbestimmungsrechten

Die Mißachtung der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht durch Aufsichtsratsmitglieder der DGB-Gewerkschaften, wie sie insbesondere zunehmend in jüngster Zeit in gewerkschaftlichen Äußerungen zum Ausdruck kommt, bewirkt nach Ansicht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine erhebliche Belastung der Mitbestimmung. Eine vertrauensvolle und verantwortungsbewußte Arbeit im Aufsichtsrat werde unmöglich, wenn damit gerechnet werden müsse, daß Vertreter der Gewerkschaften vertrauliche Angaben aus dem Aufsichtsrat hinaustragen und zur gewerkschaftlichen Stimmungsmache in der Öffentlichkeit mißbrauchen. Ein solches Verhalten verstoße nicht nur gegen das Gesetz selbst, nach dem auch die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer ohne Einschränkung der allgemeinen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, es mißachte auch den gerade vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich hervorgehobenen Gedanken der Kooperation und der Verpflichtung auch der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer auf das Unternehmensinteresse.

Die Bundesvereinigung wendet sich entschieden gegen die hier zum Ausdruck kommende gewerkschaftliche Strategie. Deren erklärtes Ziel sei es, die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer in ein von der Gewerkschaftszentrale bis zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten reichendes Informationssystem einzubinden. Diese Strategie, die mit der Ankündigung eines gewerkschaftlichen „Frühwarnsystems“ und der zentralen Datensammlung bei den Gewerkschaften begonnen habe, reiche nun bis zur Aufforderung an die Aufsichtsratsmitglieder, sich über gesetzliche Pflichten hinwegzusetzen. Im Interesse gewerkschaftspolitischer Handlungsspielräume solle die Überschreitung rechtlicher Grenzen, deren Einhaltung für die Funktionsfähigkeit der Unternehmen unerlässlich sei, offenbar bewußt in Kauf genommen werden.

Sozialversicherung

Beitragsbemessungsgrenzen und Bemessungsgrundlagen in der Sozialversicherung im Jahre 1980

Der Bundesarbeitsminister hat im Bundesanzeiger vom 28. September 1979 die Bekanntmachung der Bezugsgrößen für die Sozialversicherung und zur Ergänzung der RV-Bezugsgrößenverordnung 1980 veröffentlicht. Nachstehend geben wir einen Überblick über die einzelnen Rechnungsgrößen.

Bezugsgrößen

Die Bezugsgröße für die Sozialversicherung nach § 18 Sozialgesetzbuch IV beträgt für 1980 26.400 DM (2.200 DM monatlich).

Beitragsbemessungsgrenzen in den Rentenversicherungen

Die Beitragsbemessungsgrenze in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten für das Jahr 1980 beträgt 50.400 DM oder 4.200 DM monatlich (in der knappschaftlichen Rentenversicherung 61.200 DM oder 5.100 DM monatlich). Der Betrag von 4.200 DM monatlich gilt ab 1.1.1980 auch als Beitragsbemessungsgrenze für den Beitrag zur Bundesanstalt für Arbeit.

Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung

Die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der gesetzlichen Krankenversicherung beträgt jeweils 75 vH der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung. Sie liegt damit in der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr bei 37.800 DM (3.150 DM monatlich). Damit werden alle Angestellten neu in die Versicherungspflicht einbezogen, deren Gehalt zwischen 3.000 und 3.150 DM im Monat liegt.

Angestellte mit Monatsgehältern zwischen 3.000 und 3.150 DM können sich von der am 1. Januar 1980 eintretenden Krankenversicherungspflicht befreien lassen. Diese Gehaltsstufe muß allerdings schon vor 1979 erreicht worden sein. Zur Befreiung haben die Angestellten eine private Krankheitskosten- und Tagelohnversicherung nachzuweisen. Der Antrag muß bis spätestens zum 31.1.1980 bei der an sich zuständigen Pflicht-Krankenkasse (Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse – nicht Ersatzkasse) gestellt werden. Die Möglichkeit der Befreiung von der eintretenden Versicherungspflicht gilt nicht nur für bereits Privatversicherte, sondern auch für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. Voraussetzung ist der Abschluß des Privatversicherungsvertrages noch in diesem Jahr. In Ersatzkassen Versicherte müssen die Mitgliedschaft dort bis spätestens 30.11.1979 gekündigt haben. Versicherte der anderen gesetzlichen Krankenkassen können den Austritt noch im Dezember erklären.

Entsprechend der Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze erhöht sich auch die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung für alle Versichertengruppen (Arbeiter, Angestellte, Selbständige und freiwillig Versicherte), und zwar von DM 3.000,- auf DM 3.150,- monatlich
DM 700,- auf DM 735,- wöchentlich
DM 100,- auf DM 105,- kalendertäglich.

Die Arbeitsverdienste der Versicherten werden ab 1.1.1980 bis zu diesen neuen Grenzen für die Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge herangezogen. Bemessungsgrenzen für Arbeitstage (5-Tage-Woche) oder Werkstage (6-Tage-Woche) dürfen nicht mehr verwendet werden. Nach den Beitragberechnungs-Richtlinien 1976 sind die Beitragsbemessungsgrenzen für Teil-Lohnzahlungszeiträume ausschließlich auf kalendertäglicher Basis zu ermitteln. Entsprechendes gilt auch für die Berechnung der Beiträge.

Ab 1. Januar 1980 gelten somit folgende monatliche Beitragsbemessungsgrenzen:

Krankenversicherung	DM 3.150,-
Arbeitslosenversicherung	DM 4.200,-
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	DM 4.200,-
Knappschaftliche Rentenversicherung	DM 5.100,-

Beitragssätze

Der Beitragssatz zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten beträgt 1980 unverändert 18 vH. Der Beitragssatz zur Bundesanstalt für Arbeit bleibt mit 3 vH ebenfalls konstant. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird von den einzelnen Krankenkassen autonom festge-

setzt. Er lag am 1.7.1979 im Durchschnitt aller Krankenkassen bei 11,3 vH.

Entgeltgrenzen für geringfügige Beschäftigungen und Geringverdiener

Die von der Bezugsgröße (§ 18 SGB IV) und der Beitragsbemessungsgrenze abhängigen Entgeltgrenzen für geringfügige Beschäftigungen und für Geringverdiener verändern sich zum Teil:

- Die Entgeltgrenze für versicherungsfreie geringfügige Beschäftigungen beträgt für das Jahr 1980 wie in diesem Jahr 390,- DM monatlich (dieser Betrag wurde durch das 21. RAG bis einschließlich 1980 festgeschrieben), bei höherem Arbeitsentgelt ein Fünftel des Gesamteinkommens; dies gilt für die Kranken- und Rentenversicherung.
- Die Entgeltgrenze für Geringverdiener erhöht sich von 400 DM auf 420 DM monatlich ($= \frac{1}{10}$ der monatlichen RV-Beitragsbemessungsgrenze); sie gilt für alle drei Versicherungszweige (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) und bedeutet eine alleinige Beitragspflicht des Arbeitgebers, wenn das Entgelt des Arbeitnehmers 420 DM monatlich nicht übersteigt.

Höchstzulässiges Entgelt für Beschäftigten neben einem flexiblen oder vorgezogenen Altersruhegeld

Diese Hinzuverdienstgrenzen sind seit dem 20. RAG festgeschrieben. Ein laufendes Arbeitsentgelt ist neben dem Bezug von flexiblem Altersruhegeld grundsätzlich nur bis zur Höhe von 1.000,- DM monatlich rentenunschädlich. Dies gilt nicht für Schwerbehinderte und für berufs- oder erwerbsunfähige Versicherte, die ab 1.1.1980 von der Möglichkeit Gebrauch machen, ein flexibles Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres zu beziehen. In diesen Fällen beträgt die rentenunschädliche Hinzuverdienstgrenze 425,- DM monatlich. Das entspricht der Regelung für Frauen und Arbeitslose, die das vorgezogene Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres erhalten. Nach Vollendung des 62. Lebensjahres erhöht sich die Hinzuverdienstgrenze auf 1.000,- DM monatlich.

Beiträge der freiwillig Versicherten in der Rentenversicherung

Der monatliche Mindestbeitrag beträgt ab 1. Januar 1980 unverändert gegenüber 1979 monatlich 72,- DM. Für Pflichtversicherte, die selbst die Beiträge zu entrichten haben, (z.B. antragspflichtversicherte Selbständige) und für die Höherversicherung gilt dies entsprechend. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Nachentrichtungsfrist von 2 Kalenderjahren mit Wirkung vom 1.1.1980 entfällt. Ab 1980 können freiwillige Beiträge nur noch bis zum Ablauf des Kalenderjahres entrichtet werden, für das sie gelten sollen. Im laufenden Jahr können also letztmals Beiträge für die Jahre 1977 bis 1979 einschließlich nachentrichtet werden.

Freiwillige Beiträge führen künftig nur dann zu dynamischen Rententeilen, wenn die freiwilligen Beiträge jeweils in einem zusammenhängenden Zeitraum von drei Kalenderjahren entrichtet werden und jedes Kalenderjahr mit Beiträgen in Höhe von zwölf Mindestbeiträgen (1979 und 1980: $12 \times 72,- \text{ DM} = 864,- \text{ DM}$) belegt ist (auf die Anzahl der Beiträge kommt es nicht an). Die Neuregelung gilt nur für freiwillige Beiträge, die für Zeiten nach dem 31. Dezember 1978 entrichtet werden, und für Rentenfälle, die nach dem 31. Dezember 1980 eintreten.

Als Monatsbeitrag für die freiwillige Versicherung und die Höherversicherung kann jeder volle DM-Betrag zwischen 72 DM und dem Höchstbeitrag von 756 DM (18 vH von 4.200,- DM) entrichtet werden.

Arbeitsrechtliche Entscheidungen

Zur Wartefrist des Kündigungsschutzgesetzes bei Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses

Eine der Voraussetzungen, welche die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes auf ein Arbeitsverhältnis gegeben sein läßt, ist die Tatsache, daß der betreffende Arbeitnehmer dem Betrieb mindestens ununterbrochen ein halbes Jahr angehört. Wie die Rechtslage zu beurteilen ist, wenn ein Arbeitnehmer nach Beendigung seines Arbeitsverhältnisses einige Zeit später erneut in den gleichen Betrieb eintritt, hat das Bundesarbeitsgericht in seinem Urteil vom 18.1.1979 – 2 AZR 254/77 – (DB 1979 S. 1754) aufgezeigt:

Aus dem sozialen Schutzzweck des Kündigungsschutzgesetzes hat der Senat entnommen, daß jedenfalls die Zeit eines früheren Arbeitsverhältnisses mit demselben Arbeitgeber auf die Wartezeit dann anzurechnen ist, wenn das neue Arbeitsverhältnis in einem engen sachlichen Zusammenhang mit dem früheren Arbeitsverhältnis steht. In diesem Falle wirkt sich die zeitweise rechtliche Unterbrechung zwischen den beiden Arbeitsverhältnissen nicht zum Nachteil des Arbeitnehmers auf die Erlangung des Kündigungsschutzes aus. Ein Zeitraum von 4 Monaten ist derart lange, daß seine Berücksichtigung zugunsten des Arbeitnehmers vom Schutzzweck des Kündigungsschutzgesetzes und von der Interessenlage her nicht mehr gedeckt wird.

Der Chef darf seine Mitarbeiter beurteilen!

Die sogenannte Personalakte, eigentlich genauer gesagt deren Inhalt, ist in letzter Zeit auffallend häufig Gegenstand von arbeitsgerichtlichen Entscheidungen. Hatten derartige Aktenstücke in der Vergangenheit ausschließlich Bedeutung für Angehörige des öffentlichen Dienstes, so muß nunmehr festgestellt werden, daß auch im Bereich der privaten Wirtschaft diese Urkunden an Gewicht gewinnen. Das grundsätzliche Recht des Arbeitgebers, Aufzeichnungen darüber zu machen, wie sich sein Mitarbeiter im Dienst führt oder wie es sich um die Qualität der von ihm erbrachten Leistungen im Rahmen seiner Tätigkeit verhält, hat das Bundesarbeitsgericht in seinem Urteil vom 28.3.1979 – 5 AZR 80/77 – (DB 1979 S. 1703) festgestellt:

Dem Arbeitgeber kann das Recht, die Leistungen der bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer zu beurteilen, nicht abgesprochen werden. Die Beurteilungen müssen in der Sache zutreffen und ordnungsgemäß zustande gekommen sein. Sie erleichtert dem Arbeitgeber die Prüfung, ob der Arbeitnehmer auch für andere Aufgaben geeignet ist und ob Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung in Betracht kommen. Der Beurteilende ist verpflichtet, dem betroffenen Arbeitnehmer auf Verlangen die Beurteilung im einzelnen zu begründen. Der Arbeitnehmer hat ein Recht darauf, daß er die Gründe erfährt, welche für die Beurteilung maßgebend waren.

Bezüglich der Beweislastverteilung in einem etwaigen Verfahren vor dem Arbeitsgericht, in welchem der Arbeitnehmer den Inhalt der Beurteilung als unzutreffend angreift, hat der Senat festgestellt, daß dem Arbeitnehmer nicht zugemutet werden könne, zu jedem einzelnen Beurteilungsmerkmal Tatsachen vorzutragen, welche eine günstigere Beurteilung rechtfertigen können; vielmehr müsse in erster Linie der Arbeitgeber oder der Dienstvorgesetzte seine Beurteilung durch Darlegung von Tatsachen begründen, wobei der Mitarbeiter dann auf die Momente hinweisen kann, welche seiner Ansicht nach zu Unrecht nicht berücksichtigt wurden.

Sonderkündigungsschutz von Schwerbehinderten

Auch in einer neuen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 19.4.1979 – 2 AZR 469/78 – (DB 1979, S. 1560) ging es um den Fall, daß dem Arbeitgeber zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung an einen Arbeitnehmer dessen Schwerbehinderteneigenschaft nicht bekannt war. In Bestätigung des Urteils vom 23.2.1978 – 2 AZR 462/76 –, hat der Senat für einen solchen Fall erneut folgende Konsequenzen aufgezeigt:

Hat der schwerbehinderte Arbeitnehmer im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung bereits einen Bescheid im Sinne des § 3 des Schwerbehindertengesetzes über seine Schwerbehinderteneigenschaft erhalten oder wenigstens einen entsprechenden Antrag beim Versorgungsamt gestellt, so steht ihm der Sonderkündigungsschutz auch dann zu, wenn der Arbeitgeber von der Schwerbehinderteneigenschaft oder von der Antragstellung nichts wußte. Der Arbeitnehmer ist in diesen Fällen jedoch gehalten, dem Arbeitgeber gegenüber innerhalb einer Regelfrist von einem Monat nach Zugang der ordentlichen Kündigung die bereits festgestellte oder zur Feststellung beantragte Schwerbehinderteneigenschaft geltend zu machen, wenn er sich den Sonderkündigungsschutz erhalten will.

Wann ist Personalabbau eine Betriebseinschränkung?

Wieder einmal hat sich das Bundesarbeitsgericht gegen die herrschende Auffassung in Rechtsprechung und Literatur gestellt, als es in seinem Urteil vom 22.5.1979 – 1 AZR 46/76 – (DB 1979, Seite 1751) darüber zu befinden hatte, ob mit dem Betriebsrat wegen eines Interessenausgleiches und Ausstellung eines Sozialplans verhandelt werden muß, wenn der Betrieb wegen Auftragsmangels beabsichtigt, das Personal stufenweise zu reduzieren. Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine Gesamtbetriebschaft von 425 Arbeitnehmer, welche monatlich um 24 Arbeitnehmer abgebaut werden sollte. Der Senat stellte sich auf den Standpunkt, daß hier ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit Betriebsänderungen gegeben sei und führt in den Gründen unter anderem folgendes aus:

Die für die überwiegende Meinung, wonach ein Personalabbau ohne Stillegung von Betriebsanlagen keine Betriebseinschränkung sein kann, angeführten Gründe vermögen nicht zu überzeugen. Es ist auch sonst kein durchschlagender Grund für die Annahme ersichtlich, eine Betriebseinschränkung könne nur bei einer Reduzierung der sächlichen Betriebsmittel vorliegen, nicht aber bei einem Personalabbau unter Beibehaltung der sächlichen Betriebsausstattung.

Der Begriff der Betriebseinschränkung verlangt allerdings, daß eine größere Anzahl von Arbeitnehmern betroffen ist. Die Richtschnur dafür, wann erhebliche Teile der Belegschaft betroffen sind, können die Zahlenangaben in § 17 Abs. 1 des Kündigungsschutzgesetzes über die Anzeigepflicht bei Massenentlassungen herangezogen werden. Der 4-Wochen-Zeitraum des § 17 Abs. 1 des Kündigungsschutzgesetzes ist allerdings ebenso wie der Zeitraum von 30 Kalendertagen in der jetzt geltenden Fassung dieser Vorschrift allein auf die Belastung des Arbeitsmarktes zugeschnitten und kann im Rahmen des § 111 des Betriebsverfassungsgesetzes nicht herangezogen werden.

Für das Vorliegen einer Betriebsänderung kann es nur darauf ankommen, wieviele Arbeitnehmer voraussichtlich von der geplanten unternehmerischen Maßnahme insgesamt nachteilig betroffen werden können, mag die Durchführung der Maßnahme auch stufenweise erfolgen und sich über einen längeren Zeitraum

hinziehen. Bei der Prüfung der Frage, ob eine Betriebseinschränkung vorliegt, ist von dem regelmäßigen Erscheinungsbild des Betriebes auszugehen. Gewöhnliche Schwankungen der Betriebstätigkeit, welche mit der Eigenart des jeweiligen Betriebes zusammenhängen, sind keine Betriebsänderungen im Sinne von § 111 des Betriebsverfassungsgesetzes, auch wenn eine größere Anzahl von Arbeitnehmern entlassen wird. Demgemäß ist die Betriebseinschränkung im Sinne von § 111 Satz 2 Ziff. 1 des Betriebsverfassungsgesetzes zu definieren als eine erhebliche, ungewöhnliche und nicht nur vorübergehende Herabsetzung der Leistungsfähigkeit des Betriebes, gleichgültig, ob die Verminderung der Leistungsfähigkeit durch Außerbetriebsetzung von Betriebsanlagen oder durch Personalreduzierung erfolgt.

Allgemeine Rechtsfragen

Kaufscheinhandel

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 11.4.1979 (Az: I ZR 118/77 – „Kaufscheinwerbung“) festgestellt, daß eine an jedermann oder beliebig ausgewählte Letztverbraucher gerichtete Werbung, die allgemein die Ausstellung von Einkaufsausweisen zum Einkauf beim Großhandel anbietet, auch dann unzulässig ist, wenn die Einkaufsausweise nur auf Anforderung eines bestimmten Interessenten, für einen bestimmten Einzeleinkauf und nur mit einem auf diesen Einkauf abgestellten Inhalt ausgegeben werden.

Autoversicherung: Voller Schutz für Fahrgemeinschaften

Durch die Energiekrise ist es verstärkt zur Bildung von sogenannten Fahrgemeinschaften auf der Basis von Betriebskostenbeteiligungen gekommen. Viele Betriebe fördern darüber hinaus die wechselseitige Benutzung der privaten Kraftfahrzeuge unter Mitnahme von Kollegen – meist im Tages- oder Wochentakt. Unterschiedliche Verlautbarungen der verschiedensten Stellen führten jedoch in letzter Zeit – auch aufgrund von neueren Gerichtsurteilen – zu erheblicher Unsicherheit über die versicherungsrechtlichen Konsequenzen bei der Bildung von Fahrgemeinschaften.

Die Eintrittspflicht des Kfz-Haftpflichtversicherers hängt vom Verwendungszweck des Fahrzeugs ab. Dieser ergibt sich aus dem Versicherungsantrag, wonach im Regelfall Versicherungsschutz zur Eigenverwendung ohne Vermietung des Privatwagens begehrt wird. Ein Verstoß gegen diesen Verwendungszweck liegt dann vor, wenn der Versicherungsnehmer sein Fahrzeug gewerbsmäßig als Mietwagen nutzt. Nach § 1 Abs. II Ziff. 1 des Personenbeförderungsgesetzes gilt jedoch eine Beförderung bei bloßer Betriebskostenbeteiligung nicht als entgeltlich. Damit liegt bei Fahrgemeinschaften grundsätzlich **keine** Verwendungszweckänderung im Sinne der Kraftfahrtbedingungen (AKB) vor, so daß der Kfz-Haftpflichtversicherer leistungspflichtig bleibt. Zu erwähnen ist, daß die Autohaftpflichtversicherung gemäß § 10 AKB nicht nur die Befriedigung begründeter, sondern auch die Abwehr unbegründeter Schadenersatzansprüche aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts erfaßt.

Um eine persönliche Zahlungspflicht des für einen Unfall verantwortlichen Halters des benutzten Fahrzeugs zu vermeiden, empfiehlt es sich für ihn, eine ausreichend hohe Haftpflichtversicherung abzuschließen, z.B. die nur eine geringe Mehrprämie ausmachende Versicherungssumme von DM 2.000.000,- pauschal oder die neu gebotene unbegrenzte Deckung.

Autofahrer, die sich wegen der hohen Benzinpreise zu Fahrgemeinschaften zusammenschließen und gemeinsam mit nur einem Wagen zur Arbeit fahren, brauchen sich also keine Sorgen um ihre Haftpflichtversicherung zu machen. Auch wenn solche Fahrgemeinschaften über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben, wird im Schadenfall der Versicherungsschutz durch den Autoversicherer nicht verweigert.

Ergänzend bleibt noch festzuhalten, daß auch bei den gesetzlichen Unfallversicherungsträgern (Berufsgenossenschaften) Versicherungsschutz besteht, wenn auf dem Weg zur oder von der Arbeitsstätte Umwege gemacht werden, um Mitfahrer aufzunehmen oder abzusetzen. Allerdings müssen dabei alle sonstigen Voraussetzungen für die Anerkennung eines Wegeunfalles erfüllt sein. Dies gilt vor allem für den „inneren Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit“; Unfallversicherungsschutz besteht deshalb auf Um- und Abwegen nur dann, wenn es sich um berufstätige und versicherte Personen handelt. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen im gleichen Betrieb beschäftigt sind, ob die Fahrgemeinschaft regelmäßig oder gelegentlich gebildet wird oder ob sich die Mitfahrer an den Benzinkosten beteiligen. Was die Wegstrecke angeht, so gilt als Voraussetzung für den Unfallversicherungsschutz nur, daß die Wege tatsächlich erforderlich sind, um die an der Fahrgemeinschaft Beteiligten zur Arbeitsstätte und wieder zurückzubringen. Größere Umwege sind unter dieser Voraussetzung ebenso eingeschlossen wie ein Abweichen vom direkten Weg, weil der Fahrer sich verfahren hat.

Welche Nachteile muß gegebenenfalls der Halter und/oder Fahrer des Privatwagens bei Fahrgemeinschaften auf sich nehmen? Einmal den Verlust des Schadenfreiheitsrabattes, wenn der Haftpflichtversicherer die Ansprüche der geschädigten Insassen befriedigt. Dieser Gesichtspunkt sollte jedoch nicht überbewertet werden, da eine Haftpflichtversicherung nicht wegen der Gewährung eines Rabattes abgeschlossen wird, sondern zum Schutz gegen Ansprüche Dritter.

Ferner liegt ein gewisses Risiko darin, daß der Fahrer bei einem Unfall, den er selbst verschuldet hat und durch den der mitgenommene Arbeitskollege verletzt wird, in der Regel eine höhere Bestrafung zu erwarten hat, als wenn er sich lediglich selbst einen Schaden zugefügt hätte.

Von diesen beiden Punkten abgesehen, kann aber festgestellt werden, daß die Bildung von Fahrgemeinschaften weder für den Fahrer noch für die Insassen Nachteile in sich birgt.

Berufsausbildung und -Förderung

Schriftenverzeichnis zum „Kaufmann im Groß- und Außenhandel“

Nachfolgend finden Sie ein Verzeichnis von Schriften, die sich mit dem Kaufmann im Groß- und Außenhandel befassen und sowohl für Auszubildende als auch für Ausbilder von Bedeutung sind:

- 1) Dibbern/Schwarze,
Der Kaufmann im Großhandel,
Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg v.d.H.,
Berlin, Zürich
- 2) Kalmund,
Leitfaden für Ausbilder im Groß- und Außenhandel,
Verlag Unternehmerberatung Groß- und Außenhandel,
4000 Düsseldorf, Im Liefeld 14

- 3) Richtlinien für den Unterricht in der Berufsschule Nordrhein-Westfalens, Kaufmann im Groß- und Außenhandel, Greven-Verlag Köln, Neue Weyer-Straße 1 - 3, Heft 4103
- 4) Dunkel/Liedtke, Praxis der Berufsbildung, Kaufmann im Groß- und Außenhandel, Spee-Verlag, Trier
- 5) Jung/Winter, Die Ausbildung im Großhandel nach der Checkliste der Industrie- und Handelskammern, Betriebswirtschaftlicher Verlag Th. Gabler, Wiesbaden
- 6) DIHT, Kaufmann im Groß- und Außenhandel, Praktische Übungen, City-Druck Leopold, Bonn
- 7) Kaffitz, Die Prüfung im Groß- und Außenhandel, Friedrich Kiehl Verlag GmbH, Ludwigshafen/Rh.
- 8) Würfl, Das Aus- und Fortbildungswesen im Groß- und Außenhandel, Ifo-Institut, München
- 9) Betrieblicher Ausbildungsplan für den Kaufmann im Groß- und Außenhandel, Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel, Landesverband Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Im Liefeld 14
- 10) Stellenbeschreibung im Großhandel, Rationalisierungsgemeinschaft des Handels beim RKW, 5000 Köln 1, Spichernstraße 55
- 11) Stellenbeschreibung im Großhandel, Betriebsberatung Baustoffhandel GmbH, 5000 Köln 41, Löpenicher Weg 36
- 12) Bienk, Leitfaden für Ausbilder im Holzhandel, Ludw. Flöttmann KG, 4830 Gütersloh, Postfach 1704
- 13) Die Kaufmannslehre im Eisen- und Stahlhandel, Bundesverband Deutscher Stahlhandel, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 3004
- 14) Innerbetrieblicher Ausbildungsplan für den Textilgroßhandel, Gesellschaft für Absatzwirtschaft im Textilgroßhandel mbH, 4000 Düsseldorf, Haroldstraße 28
- 15) Füh/Geurts/Peschke, Wirtschaftslehre des Großhandels, Eckners-Verlag, Wolfenbüttel

Konjunktur und Marktentwicklung

Großhandelsumsatz im September: rd. 50 Mrd. DM

Die Großhandelsunternehmen setzten im Bundesgebiet – nach vorläufigen Ergebnissen – im September 1979 rd. 50 Mrd DM um. Das sind knapp 4 Mrd DM bzw. 7% mehr als im September 1978. In Preisen von 1970 gerechnet – also real – ergab sich ein Umsatzminus gegenüber September 1978 von knapp 3%.

Auf den Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren entfielen im Berichtsmonat ein Umsatz von rd. 28 Mrd DM (nominal + 16%, real – 1%).

Von den acht Wirtschaftsgruppen dieser Unterabteilung erzielten der Handel mit Kohle und Mineralölserzeugnissen (+ 41, + 3%), mit Holz und Baustoffen (+ 8, + 1%) sowie mit Getreide, Futter- und Düngemitteln (+ 3, + 0,1%) höhere nominale und reale Umsätze als im September 1978. Die übrigen fünf Gruppen blieben real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats, beispielsweise der Handel mit Erzen, Metallen und Halbzeug (+ 13, – 2%), mit technischen Chemikalien und Kautschuk (+ 13, – 6%), sowie mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen (+ 25, – 8%).

Die acht Wirtschaftsgruppen des Großhandels mit Fertigungsverfahren verzeichneten im September 1979 zusammen einen Umsatz von rd. 22 Mrd DM (nominal – 3, real – 6%). In dieser Unterabteilung meldete nur der Handel mit Papier und Druckerzeugnissen nominal und real höhere Umsätze als im September 1978 (+ 7%, + 3%). Die realen Umsatzwerte der übrigen Wirtschaftsgruppen waren bis zu 15% niedriger als im Vorjahresmonat, so u.a. beim Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln (– 0,4, – 3%), mit pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen (– 4, – 7%), mit Fahrzeugen und Maschinen (– 7, – 10%) sowie mit Textilwaren und Schuhen (– 11, – 15%).

Von Januar bis September d. Js. setzten die Großhandelsunternehmen insgesamt rd. 434 Mrd DM um, rd. 42 Mrd DM mehr (+ 11, + 4%) als in den entsprechenden neun Monaten des Vorjahres.

Lagerinvestitionen des Handels stützen Konjunktur

I.

Der bereits im Laufe des Jahres 1978 in Gang gekommene Lageraufbau im Handel setzt sich in diesem Jahr offensichtlich fort. Die Bestellungen der Unternehmen steigen nach wie vor stärker als die Umsätze. Dies geht aus den jüngsten Erhebungsergebnissen des Ifo-Instituts zur Ordertätigkeit und Lagerentwicklung im Groß- und Einzelhandel hervor. Auf einen anhaltenden konjunkturellen Lageraufbau deuten auch die Urteile der Handelsunternehmen hin, die im Rahmen des Ifo-Konjunkturtests ermittelt werden. Die Lagersituation wurde insbesondere im Großhandel seit langem nicht mehr so günstig beurteilt wie 1979. In Teilbereichen wurde der gewollte Lageraufbau sogar durch Engpässe bei den Vorlieferanten behindert. Im Durchschnitt des Jahres 1979 dürften die wertmäßigen Lagerbestände des Handels um 12 - 13% wachsen, was einer realen Zunahme um annähernd 6% entspräche. Daraus resultiert ein beachtlicher wachstumsfördernder Effekt: Vom Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts dürften 1979 größenordnungsmäßig 5 - 6% auf die Ausweitung der realen Lagerinvestitionen des Handels entfallen.

II.

Hauptträger der Lagerinvestitionen des Handels im Jahre 1979 ist der Großhandel und hierbei wiederum vorrangig der Rohstoff- und Produktionsverbindungshandel, ein Bereich, der im bisherigen Jahresverlauf im Sog der günstigen Investitions- und Baukonjunktur und der allgemeinen kräftigen Nachfrage nach Rohstoffen ein beachtliches konjunkturelles Wachstum zu verzeichnen hatte. Die Auftragsvergabe nahm den Erhebungsergebnissen zufolge – von dem bereits im ersten Halbjahr erreichten hohen Niveau ausgehend – in der zweiten Jahreshälfte konjunkturell weiter zu. Der Anteil der Unternehmen mit höheren Bestellungen als vor Jahresfrist beläuft sich auf rund drei Zehntel. Die Orders dürften im Durchschnitt um reichlich 15% über dem Vorjahresniveau liegen. Die hohe Bereitschaft zu Lagerinvestitionen in diesem Bereich dokumentiert sich auch darin, daß die ursprünglichen Planungen der Unternehmen, die für das erste Halbjahr auf eine Reduzierung der Lagerquote ausgerichtet waren, offensichtlich kurzfristig revidiert wurden. Der Anteil der wert-

mäßigen Lagerbestände am Umsatz hat bereits damals fühlbar zugenommen. Für das laufende Halbjahr wurde eine weitere Erhöhung der Lagerquote und damit auch der Lagerdauer ins Auge gefaßt.

III.

Die Bestelltätigkeit hat sich in beinahe allen Branchen des Rohstoff- und Produktionsverbindungshandels konjunkturell weiter belebt. Die größten Lagerinvestitionen sind in den bauabhängigen Sparten, bei Papier und Pappe sowie im Landhandel festzustellen. Abschwächungstendenzen, die bislang allerdings noch wenig ausgeprägt sind, zeigen sich hingegen im Eisen- und Stahlbereich sowie bei Ne-Metallen, in Branchen also, in denen die längerfristigen Geschäftsaussichten in jüngerer Zeit zunehmend ungünstiger eingeschätzt werden.

IV.

Im Konsumgüterhandel setzte sich der 1978 zu beobachtende Lageraufbau in diesem Jahr zunächst fort. In der Folgezeit schwächte sich aber der Anstieg fühlbar ab. Die Verschlechterung der längerfristigen Geschäftserwartungen sowie die in weiten Bereichen teilweise zu großen Beständen veranlassen die Unternehmen nunmehr zu einer vorsichtigeren Bestell- und Lagerpolitik. Schwach ausgeprägt ist die Orderbereitschaft insbesondere im Gebrauchsgüterbereich. Hier dürften die Lagerinvestitionen derzeit konjunkturell sogar rückläufig sein. Bei kurzlebigen Verbrauchsgütern hingegen kommt es noch zu einem – allerdings merklich abgeschwächten – Lageraufbau. Eine kräftige Aufstockung der Bestellungen erfolgt allein im Lebensmittelhandel, eine Entwicklung, die angesichts der unverändert stabilen Nachfrage in diesem Bereich nicht überrascht.

V.

In der Vergabe von Stammorders in den saisonabhängigen Konsumgüterbranchen ist – im Gegensatz zu den Gesamtbestellungen – eine kräftige Belebung festzustellen. Während sie im ersten Halbjahr durchweg leicht rückläufig waren, ist nun die Bereitschaft zu Vorausdispositionen recht hoch. Dies gilt in erster Linie für die Branchen Lederwaren sowie Sportartikel, in denen der Anteil der Unternehmen mit höheren Fixaufträgen als vor Jahresfrist rund ein Fünftel beträgt. Eine sichtbare Tendenzwende ist aber auch im Textilhandel eingetreten. Offensichtlich erwartet man sich hier nicht zuletzt von der modischen Entwicklung wieder stärkere Nachfrageanstöße.

VI.

Unter den Motiven für eine Aufstockung der Bestellbudgets und Lagerinvestitionen sind zwar nach wie vor in erster Linie optimistische Umsatzaussichten maßgebend, sie haben jedoch an Relevanz verloren. Zunehmend scheint die Erwartung von Preissteigerungen als Anlaß für eine Ausweitung bzw. ein Vorziehen von Bestellungen in den Vordergrund zu treten. Daneben führt in wachsendem Maße – insbesondere in den Rohstoffbranchen – auch die Befürchtung längerer Lieferfristen zur Vorwegnahme von Lagerinvestitionen.

Außenhandel, EG- und innerdeutscher Handel

Umsatzsteuerfreiheit für im Ausland ausgewertete Leistungen

Sonstige Leistungen für einen ausländischen Auftraggeber sind umsatzsteuerfrei, wenn sie im Ausland ausgewertet werden und der Unternehmer nachweist, daß er für diese Leistungen ausländische Umsatzsteuer entrichtet hat (§ 4, Nr. 3, § 8 Abs. 1 Nr. 9 UStG). Hierdurch sollen Doppelbesteuerungen vermieden werden.

Das Bundesfinanzministerium weist im Erlaß v. 4. April 1979 – IV A 3 S 7147 – 3/79 darauf hin, daß die gegenwärtige Steuerbefreiung voraussichtlich mit Ablauf des Kalenderjahrs 1979 aufgehoben wird. Statt dessen soll nach § 3a Abs. 3 und 4 des neuen UStG 1980 für bestimmte sonstige Leistungen an Unternehmer der Leistungsort dort liegen, wo der Leistungsempfänger sein Unternehmen betreibt oder eine Betriebsstätte hat.

Die Neuregelung wird u. a. dazu führen, daß die in § 3a Abs. 4 des neuen Gesetzes bezeichneten Leistungen (z. B. Einräumung, Übertragung und Wahrnehmung von Patenten, Urheber-, Warenzeichen- und ähnlichen Rechten; Werbung und Öffentlichkeitsarbeit; rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung; Datenverarbeitung, Überlassung von Information; Gestellung von Personal) an Unternehmer in einem anderen Mitgliedstaat der EG nicht der deutschen Umsatzsteuer, sondern der Steuer des betreffenden anderen Mitgliedstaats unterliegen. Die Neuregelung wird voraussichtlich mit Wirkung ab 1. Januar 1980 in das deutsche Umsatzsteuerrecht eingefügt.

In den meisten anderen Mitgliedstaaten der EG ist die auf der 6. Umsatzsteuer-Richtlinie der EG beruhende Neuregelung bereits in Kraft, und zwar seit 1. Januar 1978 in Belgien und Großbritannien, seit 1. Oktober 1978 in Dänemark, seit 1. Januar 1979 in Frankreich und in den Niederlanden, seit 1. März 1979 in Irland und seit 1. April 1979 in Italien.

Durch diese unterschiedlichen Zeitpunkte können in verstärktem Umfang Doppelbesteuerungen eintreten. Um solche doppelten Belastungen zu vermeiden, hat das Bundesfinanzministerium bei der Anwendung der Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 3 und § 8 Abs. 1 Nr. 9 UStG auf Leistungen im Sinne des künftigen § 3a Abs. 4 an Unternehmer in den genannten EG-Mitgliedstaaten eine Sonderregelung erlassen.

Es wird ohne weitere Prüfung davon ausgegangen, daß die Leistungen in dem Mitgliedstaat der EG ausgewertet werden, in dem der Leistungsempfänger sein Unternehmen betreibt oder seine Betriebsstätte unterhält. Die Entrichtung der ausländischen Umsatzsteuer für die Leistungen durch den Leistungsempfänger wird als Zahlung dieser Steuer durch den inländischen Unternehmer angesehen. Außerdem wird der buchmäßige Nachweis der Entrichtung der ausländischen Umsatzsteuer durch den ausländischen Leistungsempfänger als erbracht angesehen, wenn sich aus den Aufzeichnungen des Unternehmers eindeutig und leicht nachprüfbar ergibt, daß der Leistungsempfänger Unternehmer ist und daß die Leistungen für Zwecke seines Unternehmens bestimmt sind.

Das Bundesfinanzministerium ist außerdem damit einverstanden, daß die angegebenen Sätze der Frachtkostenpauschale auch rückwirkend bei der Erledigung vorläufiger Zollbescheide angewendet werden können (Erlaß III B 4 – 7 1015 – 14/79; VSF-Nachrichten N 2679 vom 13. September 1979 Nr. 161).

Zollbehandlung ohne Abfertigung mit Gestellungsbefreiung nach Versand

Zollgut, das nach vorausgegangenem Versand von der Gestellung befreit ist, muß unverzüglich, nachdem es an den von der Zollstelle bestimmten Ort gebracht worden ist, für den Übergang in den freien Verkehr oder – soweit zugelassen – in eine Zollgutlagerung, einen aktiven Veredelungsverkehr, einen Umwandlungsverkehr oder eine Zollgutverwendung des Zollbeteiligten angeschlossen werden. Die Anschreibung der Waren durch den Zollbeteiligten steht der zollamtlichen Abfertigung gleich. Die Einzelheiten über die Zulassung dieses Sammelzollverfahrens bei der Einfuhr und die Abwicklung der Wareneinfuhren durch Anschreibung ergeben sich aus der Dienstanweisung des Bundesfi-

nanzministeriums über die Gestellungsbefreiung nach Versand (VSF Z 1214; 58. Lieferung zum Abschnitt Allgemeines Zollrecht).

Die Zulassung der Gestellungsbefreiung nach Versand muß vom „zugelassenen Empfänger“ beantragt werden. Voraussetzung für die Zulassung ist, daß der Antragsteller laufend Zollsendungen erhält und seine Anschreibung es der Zollverwaltung ermöglichen, die Warenbewegungen zu kontrollieren. Außerdem muß die Zulassung insgesamt gesehen der Vereinfachung dienen, die Übersichtlichkeit muß gewahrt bleiben, Zollbelange dürfen nicht beeinträchtigt werden, Einfuhrhindernisse (z. B. Außenwirtschaftsrecht) dürfen nicht entgegenstehen, und das Verfahren muß ordnungsgemäß abgewickelt werden können.

Als Orte für die Übergabe der nach Versand von der Gestellung befreiten Waren werden Plätze außerhalb des Betriebs des Antragstellers nur in der unumgänglich notwendigen Anzahl bestimmt. Mehrere Übergabeorte werden nur zugelassen, wenn die Anschreibungen bei einer betrieblichen Zentralstelle des Antragstellers geführt oder zusammengefaßt werden und dabei sicher-

gestellt ist, daß alle Sendungen vollständig und rechtzeitig erfaßt werden; außerdem dürfen sich für eine Prüfung bei den Übergabeorten keine Erschwernisse ergeben. Die für die einzelnen Übergabeorte zuständigen Zollstellen werden als Bestimmungs-zollstellen festgelegt. Ist im Eisenbahnverkehr die Bestimmungs-zollstelle nicht zugleich für den Bahnhof zuständig, bei dem die Eisenbahnabfertigung vorgenommen werden soll (z. B. Stückgut-, Knotenpunktbahnhof), so wird die für diesen zuständige Eisenbahnzollstelle (Zwischenzollstelle) in das Verfahren einbezogen.

In der Zulassung der Gestellungsbefreiung nach Versand wird festgelegt, inwieweit und innerhalb welcher Fristen der Eingang der Sendungen der Bestimmungs-zollstelle anzuzeigen ist. Dabei kann bestimmt werden, daß es der Anzeige nur auf Verlangen der Bestimmungs-zollstelle bedarf. Ferner wird bestimmt, inwieweit der zugelassene Empfänger ohne Mitwirkung der Zollstelle über die gestellungsbefreiten Waren verfügen darf.

Der zugelassene Empfänger darf in der Regel Nämlichkeitsmittel, deren Wirkung nicht beeinträchtigt ist, selbst entfernen. Die übernommenen Sendungen müssen geprüft und Unregelmäßigkeiten der Bestimmungs-zollstelle mitgeteilt werden; Beförderungsmittel, Behälter und Warenladung dürfen ggf. nicht ohne Weisung dieser Zollstelle verändert werden. Für den Eisenbahnverkehr können Erleichterungen zugelassen werden.

Auf den Versandscheinen müssen der Ort der Übergabe, das Ankunftsdatum, das Ergebnis der Prüfung der Waren und der Verschlüsse sowie das Datum und die Position der Anschreibung vermerkt werden. Außerdem müssen die Versandscheine innerhalb bestimmter Fristen der Bestimmungs-zollstelle vorgelegt werden. Erleichterungen sind auch hier im Eisenbahnverkehr möglich.

Im übrigen gelten im wesentlichen die Regelungen über die Zulassung von Sammelzollverfahren bei der Einfuhr und über die Zollbehandlung ohne Abfertigung im Anschluß an die Gestellung eingeführter Waren. Das gilt vor allem für die Bestimmung des Warenkreises, für die Warengruppen, für die Form der Anschreibungen und Zolldmeldungen, für die Bestimmung des Abrechnungszeitraums und die Sicherheitsleistung.

Zulassung von Sammelzollanmeldungen für Wareneinfuhren

Der Zollbeteiligte hat eingeführtes Zollgut, auf das sich sein Zolланtrag bezieht, mit den für die Zollbehandlung maßgebenden Merkmalen und Umständen anzumelden. Die Zolланmeldung muß mit dem Zolланtrag abgegeben werden. Das Hauptzollamt kann aber unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen zulassen, daß mit dem Zolланtrag zunächst eine vereinfachte Zolланmeldung und nachträglich zu mehreren innerhalb eines bestimmten Zeitraums gestellten Zolланträgen zusammengefaßte vollständige Zolланmeldungen (Sammelzolланmeldungen) abgegeben werden.

Die Zulassung der Sammelzolланmeldung wird auf Antrag desjenigen erteilt, der die Abfertigung der Waren beantragen will. Mit dem Antrag können Zusatzanträge auf Zulassung besonderer Erleichterungen (z. B. Zahlungsaufschub für Kaffee- oder Teesteuer) oder den Anschluß bestimmter Vereinbarungen (z. B. Vereinfachungen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Einfuhrumsatzsteuer) verbunden werden.

Als Antragsteller können auch Personen auftreten, die regelmäßig als Vertreter für einen oder mehrere Zollbeteiligte Zolланträge stellen und die Zolланmeldung abgeben (z. B. Spediteure), wenn die Waren für Unternehmen zum Vorsteuerabzug Berechtigter eingeführt werden. Sollen in solchen Fällen Waren zu einem besonderen Zollverkehr oder zu einem Freigutverkehr des Zollbe-

LGA-Stenogramm für Monat November 1979

5.11.
Kooperationsgespräch mit den Repräsentanten unseres Schwesterverbandes Baden-Württemberg in Nürnberg
Weiterbildung VAB

7.11.
Garantieausschußsitzung der Kapitalbeteiligungsgesellschaft

8.11.
Pressekonferenz der Spielzeugbranche unter Beteiligung des Großhandels auf dem Podium

Besprechung im Bayer. Wirtschaftsministerium über Fragen der weiteren Förderung von Existenzgründungen im Handel

13.11.
Berufsbildungsausschuß BGA

14.11.
Sitzung des Vorstandes des Bildungszentrums und Abendessen mit den Rudolf-Egerer-Preis Stipendiaten sowie dem ersten Preisträger Herrn von Frankenberg

20.11.
Sitzung des Süddeutschen Arbeitskreises „Technische Chemikalien“, München

Arbeitskreis Recht des BGA in Bonn

21.11.
Sitzung des Stiftungsrates der Bayerischen Volksstiftung
Zusammenkunft Erfa-Gruppe München

22.11.
Besprechung mit der Versicherungsstelle des Groß- und Außenhandels VGA zur verbesserten Risikodeckung

23.11.
Verwaltungsratssitzung der Kreditgarantiegemeinschaft

27.11.
Sitzung des Berufsbildungsausschusses im LGA

28.11.
Mitgliederversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, München, mit Ansprache des Bundesministers für Wirtschaft, Graf Lambsdorff

teiligten abgefertigt werden und soll die für diesen Verkehr zuständige Zollstelle nicht zugleich Abfertigungs- und Abrechnungszollstelle sein, so muß eine Zustimmungserklärung der zuständigen Zollstelle dem Hauptzollamt vorgelegt werden.

Die Sammelzollanmeldung ist möglich im Anschluß an die Gestellung des Zollguts unmittelbar bei der Einfuhr oder nach vorausgegangenem Zollgutversand, auch in einem vereinfachten Verfahren. Der Zollabfertigung kann eine Verwahrung oder Überlassung des Zollguts vorgeschaltet sein. Voraussetzung für die Zulassung ist, daß Waren häufig eingeführt werden, sie der Vereinfachung dient, die Übersichtlichkeit gewahrt bleibt, Zollbelange nicht beeinträchtigt werden, der Vereinfachung keine Hindernisse (z.B. Verbote oder Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze) entgegenstehen und der Antragsteller die Gewähr für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Verfahrens bietet.

In der Zulassung der Sammelzollanmeldung werden die Waren bezeichnet, die vereinfacht angemeldet werden können, und der Zeitraum, für den die Sammelzollanmeldungen abzugeben sind, sowie die Frist für ihre Abgabe bestimmt. Außerdem wird festgelegt, bei welchen Abfertigungszollstellen vereinfachte Zollanmeldungen abgegeben werden können und bei welcher Abrechnungszollstelle die Sammelzollanmeldungen abzugeben sind. Die Einzelheiten über das Zulassungsverfahren sowie über die Tätigkeiten der beteiligten Zollstellen und die Schlußprüfungen in den Betrieben der Zollbeteiligten enthält die neugefaßte Dienst-anweisung des Bundesfinanzministeriums über die Sammelzollanmeldung (VSF Z 1211; 58. Lieferung zum Allgemeinen Zollrecht).

Die Abfertigung bei mehreren Zollstellen wird nur zugelassen, wenn dem Antragsteller nicht zugemutet werden kann, sämtliche Einzelsendungen bei einer Zollstelle abfertigen zu lassen. Als Abrechnungszollstelle wird grundsätzlich das Hauptzollamt bestimmt, in dessen Bezirk die Sammelzollanmeldungen erstellt werden sollen; bei besonderen Zollverkehren oder bei Freigutverkehren wird grundsätzlich die Lagerzollstelle oder die überwachende Zollstelle bestimmt.

Die Waren der Einzelsendungen müssen in den Einzelanmeldungen (Vordruck 0469, für Dieselmotorkraftstoff Vordruck 0481) so genau beschrieben sein, wie es für die Zollbehandlung und die sonstige Behandlung der Waren sowie für die Prüfung der Sammelzollanmeldung auf Übereinstimmung der Waren erforderlich ist; dabei kann ausnahmsweise auf eine beigelegte Rechnung verwiesen werden. Für Waren der Gruppe 3 können als Einzelanmeldungen Rechnungen, Lieferscheine oder ähnliche Unterlagen zugelassen werden, wenn in diesen die vorgeschriebenen Angaben vermerkt sind.

Nach Ablauf eines jeden Abrechnungszeitraums (grundsätzlich der Kalendermonat) ist für die eingeführten Einzelsendungen die Sammelzollanmeldung abzugeben. Sein Muster richtet sich danach, welche Warengruppen eingeführt worden sind und zu welchem Verkehr die Waren abgefertigt worden sind. Getrennte Sammelzollanmeldungen sind für jede Warengruppe, jeden Umsatzsteuersatz sowie – bei Warengruppen 1 und 2 – für Zollkontingentwaren, für sonstige überwachungspflichtige Waren, für Waren, für die eine Einfuhrkontrollmeldung erforderlich ist, und für jeden besonderen Zollverkehr und jeden Freigutverkehr.

In der Zulassung wird im Regelfall vorgeschrieben, daß die für die betriebliche Buchführung bestimmten Rechnungsausfertigungen für Waren der Gruppen 1 und 2 so zu kennzeichnen sind, daß sie der betreffenden Sammelzollanmeldung ohne Schwierigkeit zugeordnet werden können; der Sammelzollanmeldung braucht dann nur eine Ausfertigung der Rechnung beigelegt zu werden. Außerdem müssen auf Verlangen der Abrechnungszollstelle mit der Sammelzollanmeldung eine Aufstellung der während des Abrechnungszeitraums eingeführten Einzelsendungen vorgelegt

und bei Änderung von Abgabensätzen die Einzelsendungen mit den gleichen Sätzen getrennt zusammengefaßt werden.

Die Frist für die Abgabe der Sammelzollanmeldungen wird in der Regel auf den 3. Werktag nach Ablauf des Abrechnungszeitraums festgesetzt. Eine längere Frist soll nur zugelassen werden, wenn der Antragsteller die Eingangsabgaben selbst berechnen wird. Ist es dem Beteiligten nicht möglich, die Anmeldung vor dem Fälligkeitstag der Abgaben abzugeben, so darf eine längere Frist mit der Maßgabe festgesetzt werden, daß Abschlagszahlungen spätestens zum Fälligkeitstag zu leisten sind.

Für die Eingangsabgaben, die durchschnittlich im Zeitraum von 1½ Monaten entstehen, wird die Leistung einer Sicherheit verlangt; für Kaffee- und Teesteuer wird ggf. ein Zeitraum von 2½ Monaten angesetzt. Die Einfuhrumsatzsteuer wird im allgemeinen nicht in die Sicherheitsleistung einbezogen, wenn die Waren für zum Vorsteuerabzug berechnete Unternehmer eingeführt werden.

Anerkennung von Frachtkostenpauschalen bei der Zollwertermittlung

Der Zollwert eingeführter Waren umfaßt u. a. die Beförderungskosten bis zum Ort des Verbringens in das Zollgebiet der Gemeinschaft. Werden Waren auf die gleiche Beförderungsart über diesen Ort hinaus in das Gemeinschaftszollgebiet befördert, so werden grundsätzlich die Transportkosten im Verhältnis der Streckenteile außerhalb und innerhalb des Zollgebiets aufgeteilt.

Um die Ermittlung des Zollwerts bei Lieferung von Waren „frei Bestimmungsort“ aus Ländern des Ostblocks im Straßengüterverkehr zu vereinfachen, können die Zollstellen ab sofort ohne weitere Prüfung als innergemeinschaftliche Kosten des Beförderers bestimmte Frachtkostenpauschalen anerkennen, wenn diese vom Zollwertanmelder angemeldet werden. Die Pauschalen betragen bei Warenbeförderungen aus den Ländern des Ostblocks (außer Jugoslawien) bei Ladungsgut 1,50 DM je Lkw- oder Lastzug-Kilometer und bei Stückgut 0,11 DM je t/km. Bei Transportkosten aus Jugoslawien werden bei Ladungsgut 1,70 DM je Lkw- oder Lastzug-Kilometer und bei Stückgut 0,14 DM je t/km als innergemeinschaftliche Transportkosten anerkannt (VSF Z 5460 Abs. 2).

Anerkennung von Warenverkehrsbescheinigungen als Präferenznachweise

Warenverkehrsbescheinigungen EUR 1 für Wareneinfuhren aus den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes (AKP-Staaten) sowie aus den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG), die nach dem 30.06.1979 auf nicht mehr gültigen Vordrucken ausgestellt worden sind, werden von den Zollstellen bis auf weiteres als Präferenznachweise anerkannt (Erlaß III B 8 – Z 1354 – 275/79 Nr. 200).

Die Zollstellen sind außerdem angewiesen worden, Warenverkehrsbescheinigungen EUR. 1 für Einfuhren von Waren aus Libanon auch dann anzuerkennen, wenn sie nicht von einer Zollstelle, sondern vom Ministère de L'Industrie et du Pétrole ausgestellt worden sind.

Zollseminar für Führungskräfte

Die bayerischen Industrie- und Handelskammern veranstalten zusammen mit der Oberfinanzdirektion Nürnberg unter der Schirmherrschaft von Finanzpräsident a. D. Dr. Walter Arndt das 5. Zollseminar für Führungskräfte.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2

Das Seminar, das in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Nürnberg und der Zollehranstalt Nürnberg in Fürth durchgeführt wird, erstreckt sich über insgesamt 4 Wochen.

- | | | |
|----------|---------------------|---------------------|
| 1. Woche | 21. bis 25. 1. 1980 | Fachbereich Einfuhr |
| 2. Woche | 11. bis 15. 2. 1980 | Fachbereich Einfuhr |
| 3. Woche | 3. bis 7. 3. 1980 | Fachbereich Einfuhr |
| 4. Woche | 14. bis 17. 4. 1980 | Fachbereich Ausfuhr |

Die Teilnehmergebühr für das Semester beträgt 1800,- DM. Bei getrennter Belegung ist die Gebühr für den Fachbereich Einfuhr (1. bis 3. Woche) 1300,- DM und für den Fachbereich Ausfuhr (4. Woche) 600,- DM.

Interessenten erhalten weitere Informationen über den Lehrgang sowie Unterlagen auf Anfrage bei der Außenwirtschaftsabteilung unserer Kammer, Abhofach, 8500 Nürnberg 106, Telefon 09 11/20591, App. 397.

Einbeziehung der VR China ab 01.01.1980 in die allgemeinen Präferenzen für Entwicklungsländer

Die Einbeziehung der VR China in das System der allgemeinen Zollpräferenzen mit Wirkung vom 01.01.1980 an ist im Grundsatz nicht streitig. Die VR China erhält jedoch keine Präferenzen, soweit es sich um jetzt schon kontingentierte Erzeugnisse handelt (im industriellen wie auch im landwirtschaftlichen Bereich).

Darüberhinaus haben die EG-Mitgliedstaaten für etwa 50 Warenpositionen den Ausschluß der VR China gefordert, über die z. Zt. noch verhandelt wird.

Soweit die VR China im Rahmen der allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer begünstigt wird, gilt dies grundsätzlich für alle Waren, deren Abfertigung nach dem 31.12.1979 beantragt wird. Voraussetzung ist die Vorlage des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A. Für Waren, welche sich bereits vor dem 01.01.1980 in der Gemeinschaft oder unterwegs befinden, wird die Übergangsregelung des Artikels 32 der Verordnung (EWG) Nr. 148/79 vom 26.01.1979 (ABl. Nr. L 25) verlängert und auf die VR China ausgedehnt. D.h., das Ursprungszeugnis nach Formblatt A sowie Unterlagen über die direkte Beförderung können bis zum 30.06.1980 nachgereicht werden. Maßgebend für die Anrechnung auf Plafonds und Kontingente bleibt der Zeitpunkt der Erstellung des Zolланtrags.

Vor dem 01.01.1980 ausgestellte Ursprungszeugnisse nach Formblatt A werden gemäß einem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen an den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels vom 07.11.1979 von der Deutschen Zollverwaltung anerkannt, vorausgesetzt, daß

- die Waren in der VR China entsprechend den Ursprungsregeln hergestellt worden, die ab 01.01.1980 gelten,
- die Waren unmittelbar in die Gemeinschaft befördert worden sind und
- die VR China bis spätestens im Zeitpunkt der Vorlage des Ursprungszeugnisses der EG-Kommission die zur Ausstellung der Ursprungszeugnisse zuständige Behörde mitgeteilt hat.

Mit einer Änderung der bestehenden Ursprungsregeln ist nicht zu rechnen. Als zuständige Behörde für die Ausstellung der Ursprungszeugnisse ist uns von der hiesigen chinesischen Botschaft das China Commodities Inspection Bureau in Peking genannt worden.

Personalien

Wir betrauern

Eugen GÜTHNER

Am 31.10. dieses Jahres verstarb der Seniorchef unserer Mitgliedsfirma Hans Bohner KG, Eisen- und Sanitärgrößhandel, Oettingen.

Der Verstorbene wurde mitten aus einem arbeitsreichen, aufopfernden und erfolgreichen Leben gerissen. Er hatte mit Leidenschaft, Energie und Pflichtbewußtsein die Firma aufgebaut und geführt. Sein Einsatzwille, sein unternehmerisches Können sowie nicht zuletzt seine menschliche Bescheidenheit, waren beispielgebend.

Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Wir gratulieren

Dr. Dieter WOLFRUM — Vorsitzender des IHK-Handels- ausschusses

Der Vizepräsident unseres Landesverbandes, Dr. Dieter Wolfrum, wurde vom Handelsausschuß der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern auf seiner konstituierenden Sitzung zum Vorsitzenden gewählt. Dr. Wolfrum ist persönlich haftender Gesellschafter der Schuhgrößhandlung Wolfrum & Gerbeth, München.

Buchbesprechung

Straßenverkehrsstrafrecht

von Horst Janiszewski

Band 12 der Schriftenreihe „Recht und Praxis“
DIN A 5 — 426 Seiten — Bestell-Nr. 443121 —
DM 36,- — STOLLFUSS VERLAG BONN

Das Straßenverkehrsstrafrecht hat sich zu einem bedeutsamen Rechtsgebiet entwickelt, das sich jährlich in hunderten Tausenden (d.h. in der Hälfte aller) strafgerichtlichen Verurteilungen und in Millionen von Bußgeldverfahren niederschlägt. Das Buch gibt einen Überblick über diese Spezialmaterie, der von der Darstellung allgemeiner straf- und bußgeldrechtlicher Grundfragen über die Erläuterung der wichtigsten Tatbestände bis hin zu den Maßnahmen reicht, die Gerichte und Verwaltungsbehörden im Anschluß an Verkehrszuwendungen ergreifen können. Besondere Schwerpunkte bilden dabei die Erörterung z.B. der Tatbestände, die sich mit dem Führen von Kraftfahrzeugen unter Alkoholeinfluß mit dem Verhalten nach einem Verkehrsunfall befassen. Aber auch alle anderen Alltagsfälle wie Straßenverkehrsgefährdung, Nötigung im Verkehr, fahrlässige Körperverletzung und Tötung, Fahren ohne Fahrerlaubnis, unbefugte Benutzung eines Fahrzeugs bis hin zur Entschädigung nach vorläufiger Entziehung der Fahrerlaubnis, der Anordnung des Verkehrsunterrichts, der Fahrbuchführung und dem Abschleppen eines Fahrzeugs sowie der Registrierung und Bepunktung von Verkehrsverstößen werden besprochen.